SAMMLUNG DER **DEUTSCHEN** STRAFGESETZBÜCHE R: HANNOVER, **HESSEN UND...**



m. 243 cd

Stenglein



<36617041270013

S

<36617041270013

Bayer. Staatsbibliothek

Sammlung

der deutschen Strafgesethücher.

Berausgegeben

nod

M. Stenglein,

3 meites Banboen.

VI. Hannover. VII. Großherzogthum Hessen und Frankfurt. VIII. Baben. IX. Nassau.

Mänchen.

Berlag von Christian Kaifer. 1858.

. .

A : WY 14.

Stautsrictiothek

VI. Criminalgesebbuch

für bas

Königreich Sannover

vom 8. August 1840.

1

Shi. 363,66 69

Einleitung.

Im Ronigreiche Gannover bestand bis zum Jahre 1840 bas gemeine beutsche Strafrecht, welches burch vereinzelte Ausstüffe ber Particular=Gesetzgebung und unter Einwirkung ber Braris einen ähnlichen Entwickelungsgang genommen hatte, wie in anderen Ländern bes beuischen Reichs.

Schon im Jahre 1816 sprach baher bie erste Ständeversammlung ben bringenden Bunsch nach Erlassung eines
neuen Strafgesethuches aus. Erst im Jahre 1823 wurbe
aber eine Gesetzgebungskommission mit ber Bearbeitung eines
folchen beauftragt, welche zunächst ben allgemeinen Theil entwarf, berieth und sodann zur Begutachtung mehreren Eriminalisten mittheilte, und bis zum Januar 1825 einen vollstänbigen Entwurf zu Stande brachte und burch den Druck
bekannt machte.

Beurtheilungen besfelben erichienen hauptfächlich von Mittermeier (Geibelberger Sahrbucher 1824. Nr. 41-43.)

und von Gans in einer eigenen Schrift (Kritische Beleuchtung bes Entwurfs eines Strafgesethuches für bas Königreich Hannover 2c. 2c. von einem praktischen Rechtsgelehrten 1827, 1828). Endlich zur Beleuchtung bes Entwurfs im Sinne seiner Rebaktoren Bemerkungen zu bem Entwurfe eines Strafgesethuches für bas Königreich Hannover 1828 von Dr. Anton Bauer.

Bis zum Jahre 1830 murbe mit Benütung fener Schriften ber Entwurf einer eingreifenden Reviston untergogen, die Beendigung ber Revision burch ein Schreiben vom 19. Marg 1830 ben Ständen mitgetheilt und in biefem alle Gebrechen bes bisherigen Rechtezustandes auf bas offenfte anerkannt. Um 12. November 1830 murbe ber Entwurf ben Standen übergeben und von einer eigenen, fcon vorher gu Diefem Zwede gewählten Rommiffion berathen, ohne bag jebod biefe Berathungen zu einem Refultate geführt batten. Erft beim Landtage 1833/34 murben Die Verhandlungen wieber aufgenommen, allein auch biegmal ging bie Versammlung auseinander, ehe bie neu gewählte Rommiffion ihre Arbeiten beenbigt batte. In ber zweiten Sigungsperiobe 1834 gelangte endlich ber Rommiffionsbericht an die Rammern und es erfolgte nunmehr bie Berathung bes Entwurfs bis gum Sabre 1837, in welchem gwar eine Uebereinstimmung beiber

Rammern erzielt, allein vor Mittheilung ber Befchluffe an bie Regierung bie Stänbeversammlung aufgelost wurbe.

Die neue Ständeversammlung, welche am 20. Februar 1838 zusammentrat, wurde zur wiederholten Berathung des Entwurfs von der Regierung aufgefordert und adoptirte nach kurzen Berathungen mit wenigen Abänderungen die Beschlüsse der vorigen. Diese wurden nach erzielter Uebereinstimmung beider Kammern am 28. Mai 1838 mit Motiven der Regierung mitgetheilt.

Am 8. August 1840 erfolgte endlich, nachdem noch einige weitere Gesetze von ben Ständen berathen worden waren, die Publikation bes Gesetzbuches.

Auf die Abfassung des Gesethuches hat das baberische Strafgesethuch mesentlichen Einfluß geubt, und Bauer behauptet sogar in der oben angesührten Schrift, es liege jenem
wie diesem die Feuerbach'sche psychologische Zwangstheorie
zu Grunde. In den späteren ständischen Verhandlungen wurde
letteres entschieden verneint und nur das absolute Gerechtigteitsprincip als maßgebend anerkannt, so daß die Uebereinstimmung mit dem baberischen Strafgesethuche nur als eine
solche betrachtet werden kann, welche, abgesehen von einer
bestimmten Strafrechtstheorie, in einzelnen auf Moral ober
Rechtsgefühl beruhenden Materien sich von selbst ergibt, oder

welche in Beziehungen besteht, in benen die Folgerungen aller Theorien übereinstimmen, oder endlich in Beziehung auf Desinitionen, Rebaktion und Anordnung bes Materials. Tropbem wird, ba in allen biesen Beziehungen vielfache Uebereinstimmung mit bem baberischen Strafgesegbuche wirklich stattsindet, auf dieses hauptsächlich verwiesen werden muffen.

Inhalts - Derzeichnif.

Allgemeiner Theil.

Ginleitung Urt. 1-5.

Erftes Rapitel. Bon Berbrechen und Strafen überhaupt, Art. 6-31.

3 meites Kapitel. Bon ber Bollenbung und von bem Bers suche eines Berbrechens, Art. 32-40.

Drittes Rapitel. Bom rechtswidrigen Borfage und von ber Fahrläßigfeit, Urt. 41-51.

Biertes Kapitel. Bon ben Urhebern eines Berbrechens, von ber Beibulfe und Begunfligung, Art. 52-76.

Fünftes Rapitel. Bon ben Grunben, welche bie Strafbar- feit ausschließen ober tilgen, Art. 77-90.

Sechstes Kapitel. Bon ber Zumeffung ber Strafe, und von Milberungs und Schärfungsgrunden, Art. 91-117.

Besonderer Theil.

Erstes Rapitel. Bon Berbrechen wiber bas Dafein und bie außere Sicherheit bes Staates, Art. 118—137.

3 meites Rapitel. Bon Berbrechen wiber bie Majestät und wiber bie Burbe bes Staates, Att. 138-149.

Drittes Kapitel. Bon Berbrechen wiber bie Regierung bes Staates, Urt. 150-177.

Biertes Kapitel. Bon Berbrechen wiber bie öffentliche Sicherheit bes Staates, Art. 178—192.

Fünftes Kapitel. Bon ben Berbrechen wiber bie Religion, Art. 193-195.

Sechstes Rapitel. Bon Berbrechen wiber öffentliche Treue und Glauben, Art. 196-224.

Siebentes Rapitel. Bon Berbrechen wiber bas Beben Unberer, Urt. 225-240.

Achtes Rapitel. Bon Beschäbigungen und anbern Difhanb= lungen an ber Perfon, Art. 241-254.

Bon Berlegung ber Familienrechte, Reuntes Rapitel. Art. 255-260.

Behntes Ravitel. Bon Chrenfranfungen, Art. 261-269. Gilftes Ravitel. Bon bem Berbrechen ber Ungucht,

Art. 270-278.

3molftes Rapitel. Bon ber Beeintrachtigung bes Gigen= thume burch Diebstahl, Unterschlagung und Betrug, Art. 279-320.

Dreizehntes Rapitel. Bon bem Raube und von ber Er= preffung, Art. 321-335.

Bierzehntes Rapitel. Bon ber Befchabigung bes Gigenthums, Art. 336-339.

Fünfzehntes Rapitel. Bon ftrafbaren Dienftverlegungen ber öffentlichen Beamten, Art. 340-373.



Patent,

die Einführung eines allgemeinen Criminal-Gefetbuches für das Königreich Hannover betreffend.

Sannover, ben 8. Auguft 1840.

Ernft Auguft,

von Gottes Gnaden König von hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, herzog von Cumberland, herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c.

Nachbem die bereits von Unferen Erlauchten Borfahren in der Regierung angeordneten Arbeiten zur Verbefferung der Criminalgesetze Unseres Königreichs Hannover nunmehr so weit gediehen sind, daß ein dem gegenwärtigen Bedürsniffe angemeffenes Criminalgesetzbuch unter versaffungsmäßiger Mitwirtung Unserer getreuen Stände versaft ist; so ertheilen Wirhiedurch diesem Gesetzbuche, wie solches hieneben verkündet wird, Unsere Königliche Sanction, und verordnen über deffen Ginführung das Folgende:

S. 1.

Das neue Criminalgesethuch tritt mit bem 1. November 1840 als allgemeines Gefet in bem ganzen Umfange Unferes Konigreichs hannover in Kraft.

§. 2.

Alle in Unferem Königreiche Hannover gegenwärtig geltenbe, allgemeine und besondere Strafgesetze und Gewohnheiten verlieren in so weit, als fie criminell zu ahndende Handlungen und deren Bestrafung betreffen, auch nicht durch die unten folgenden Bestimmungen ausdrücklich ausgenommen sind, mit dem 1. November 1840 ihre Gultigkeit.

§. 3.

Bergehen, welche burch jene außer Kraft tretenden Gesfetze mit einer peinlichen Strafe bedrobet, in das gegenwärtige Criminalgesetzbuch aber nicht aufgenommen find, bleiben von dem gedachten Tage an der polizeilichen Ahndung überlaffen.

§. 4.

An ben bestehenden Bolizeigesegen, ben Gesetzen über Bestrafung ber Steuer= und Boll-Contraventionen und den sonst zur Anwendung kommenden Strafbestimmungen, welche nicht peinlich zu ahndende Vergeben betreffen, wird durch bas gegenwärtige Gesetzbuch nichts geandert.

§. 5.

Auch bleiben bie fur gewiffe Stände bestehenben eigenthumlichen Strafgesete, insbesondere die Militar=Strafgesete,
die academischen Gesete fur die auf Unserer Landes-Universität Studirenden, und die gesetsichen Bestimmungen wegen der besonderen Uebertretungen der Steuer= und Zollbedienten, in Kraft.

§. 6.

Mit ben obigen Ausnahmen find von bem 1. November 1840 an alle zur Entscheidung kommende peinliche Fälle nach bem neuen Criminalgesethuche zu beurtheilen, auch wenn bie zu strafenden Verbrechen vor dem gedachten Tage begangen

find. Nur wenn ein fruher verübtes Berbrechen burch bie Gefege, welche zur Zeit feiner Begehung galten, mit einer gelindern Strafe bedrohet war, als durch bas neue Criminals Gefethuch, kommen jene fruheren Gefete annoch zur Answendung.

S. 7.

In Ansehung ber vor bem 1. November 1840 bereits gesprochenen Criminalerkenntnisse wird bem neuen Gesethuche ein Einfluß nur in so weit gestattet, daß, wenn gegen selbige Rechtsmittel ergriffen oder zulässig sind, über welche nach dem gedachten Termine zu entscheiden ift, alsbann das früher gesprochene Erkenntniß bei der Entscheidung über das ergriffene Rechtsmittel nach dem Criminalgesethuche geprüft und dem Besinden nach, sowohl in Ansehung der Strafart als des Strafmaßes, abgeändert werden soll.

S. 8.

Alle vor bem 1. November 1840 begangenen, bisher einer peinlichen Bestrafung unterworsenen Berbrechen, welche durch das Criminalgesetzbuch stillschweigend ausgeschieden oder ausbrücklich ber polizeilichen Bestrafung überlassen sind, sollen, so weit barüber nicht vor dem gedachten Tage rechtskrästig erkannt worden, zur polizeilichen Ahndung verwiesen werden, ohne Unterschied, ob wegen derselben eine Criminaluntersuchung bereits eingeleitet worden, oder nicht.

S. 9.

Durch die in dem funfzehnten Kapitel des Eriminalgesets buches enthaltenen, auf Dienstentlassung oder Dienstentsetzung gerichteten Strafbestimmungen wird die Entlassung eines öffentlichen Dieners im Wege der Berwaltung, so weit solche verfassungsmäßig in dem einzelnen Falle zulässig ift, nicht besichtantt oder ausgeschlossen.

§. 10.

Ueber die Bestrafung des Wildbiebstahls und der Jagde frevel, imgleichen der von Wildbieben dabei verübten Drohuns gen und Gewaltthätigkeiten, so wie des Fischdiebstahls, ferner über die polizeiliche Bestrafung der in den §§. 3. und 8. erswähnten Vergehen, auch über eine Verbesserung des gerichtslichen Verfahrens in peinlichen Fällen, sollen besondere Gessetz unverzüglich erlassen werden.

Wir gebieten Allen, welche es angeht, insbefondere ben fammtlichen Gerichten Unferes Königreichs, nach biefen Unferen Borschriften fich gebührend zu achten, und haben verfügt, daß bieses Batent sammt bem Criminalgesethuche in die erfte Abstellung ber Gesessammlung eingerückt werde.

Gegeben Sannover, ben 8. August 1840, Unferes Reiches im Bierten.

Ernft Muguft.

Strafenheim.

Ernft August,

von Gottes Gnaden König von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. &c.

Das unter verfaffungsmäßiger Mitwirkung Unferer getreuen Stände befchloffene und Kraft Unferes Batentes vom heutigen Tage mit Unferer Königlichen Sanction versehene und verkundete Eriminalgesethuch für Unfer Königreich Hannover lautet wörtlich, wie folgt:

Allgemeiner Cheil.

Einleitung.

Art. 1. Das gegenwärtige Gefetbuch hat nur I. Gegenfolche unerlaubte Sandlungen und Unterlassungen Gesetbuches.
zum Gegenstande, welche als Verbrechen zu betrach=
ten sind.

Art. 2. Den Berordnungen des Gefetbuches II. Personen, weich nach ind alle Unterthanen des Königreiches unterworfen, beiffe nach Militärpersonen, in soweit die Militär=Strafge= A Infander. gefe fur die Gegenstände desselben keine besonderen Borschriften enthalten, so wie Studenten, fofern nicht

gegen diefe nach ben Disciplinar-Gefeten befonbere Strafbestimmungen zur Anwendung kommen.

Die von den Unterthanen begangenen Verbrechen werden nach diesem Gesethuche beurtheilt, es mögen solche innerhalb der Grenzen des Königreichs oder außer denselben, an Inländern oder an Ausländern verübt worden sein. Nur dann kommt dasselbe gegen einen Unterthan nicht zur Anwendung, wenn eine in demselben als Verbrechen bezeichnete, von ihm gegen einen Ausländer im Auslande begangene That nach den Gesethen des Ortes, wo sie begangen wurde, straflos ist.

B. Mus=

Mrt. 3. Begen Auslander fommt basfelbe gur Unwendung wegen aller innerhalb bes Ronigreiches und wegen ber im Auslande an bem hiefigen Staate von ihnen begangenen Berbrechen. Auch fur bie von ihnen im Auslande an biefigen Unterthanen begangenen Verbrechen find fle nach bemfelben zu beftrafen, fo fern fle bieferhalb von ben auswärtigen Berichten nach Urtheil und Recht weber freigefprochen, noch beftraft worben, ober fo fern nach im Auslande erfolgter Freifprechung berfelben Grunde gur Bieberaufnahme ber Untersuchung eingetreten finb. Wenn in einem folchen Falle aber fur bas begangene Berbrechen bie an bem Orte ber That geltenben Befete eine gelindere Strafe beftimmen, ale bies Befegbuch, fo kommt biefe gur Anwendung, und falls babei bie Art bes Strafubels burch bas gegenwärtige Gefetbuch ausgeschloffen ift, fo tritt bafur eine anbere verhältnigmäßige Strafe ein. Wenn bie Sandlung nach ben Gefeten bes Ortes ber That völlig ftraflos ift, fo findet feine Strafe ftatt, es fei benn, bag biefelbe gegen ben bieffgen Staat gerichtet gemefen.

Uebrigens bleibt hiebei basjenige vorbehalten, mas etwa burch Staatsverträge ober fpecielle Bereinbarungen mit auswärtigen Regierungen anders bestimmt ift, ober kunftig bestimmt werden wird.

- Art. 4. Nur folche unerlaubte Sandlungen ober gungen jeber Unterlassungen, die durch das Geset mit einer Strafe Beitrafung: bedrohet worben sind, konnen diesem gemäß bestraft A. Strafwerben.
- Art. 5. Außerorbentliche Strafen bei unvoll- B. Beweis. ftanbigem Beweife finben nicht ftatt.

Erftes Kapitel.

Bon Berbrechen und Strafen überhaupt.

- Art, 6. Wer sich einer Handlung ober Unter. I. Bon Berblaffung schuldig macht, für welche bas gegenwärtige Gesegbuch eine Strafe gebrohet hat, ber begeht ein Berbrechen. Es umfaßt mithin bieser allgemeine Ausbruck, so oft er in bem Gesethuche gebraucht wird, auch diejenigen Bergehen, durch welche eine leichtere Strase verwirkt wird 1).
- Art. 7. Die Verbrechen sind in diesem Gesetbuche theils mit schweren, theils mit leichteren Strafen bedroht.

II. Bon Strafen.

Art. 8. Die fchweren Strafen find folgenbe:

A. Bon schweren Strafen.

- 1) Tobesftrafe, 2) Rettenftrafe,
- 3) Buchthausstrafe,
- 4) Dienftentfegung.

¹⁾ Bgl. Art. 1. 141. bes baper. Str.=8.=Bd.

1) Tobed: ftrafe.

Art. 9. Wer zum Tobe verurtheilt worden ift, foll mittelft bes Schwertes enthauptet werben.

Wenn das Gefet geschärfte Todesstrafe bestimmt, so soll der Berbrecher auf einer Rubhaut zum Richtplate geschleift werden.

Der zum Tobe Berurtheilte bleibt berechtigt, über

fein Bermogen zu verfügen.

2) Retten= ftrafe. Art. 10. Der zur Kettenstrafe Verurtheilte wird von dem Staate zu öffentlichen Arbeiten, oder wenn es hierzu an Gelegenheit fehlt, zu Arbeiten im Inenen der Strafanstalt, beides in Ketten, gebraucht 2).

Die Strafe hat zwei Grade, von benen ber erfte in leichterer Arbeit mit leichten Retten, ber zweite in ichwererer Arbeit mit fchweren Retten

befteht.

Befchärft fann bie Strafe werben:

1) burch eine vor ber Abführung in die Strafanstalt zu vollziehende Ausstellung des Berurtheilten am Strafpfahle (Art. 30. IV.);

2) burch eine jährlich um bie Beit bes begangenen Berbrechens zu verhängende einfame Ginsperrung in einen finstern Kerter, abwechfelnd bei Waffer und Brob, auf brei bis acht Tage;

3) burch Berbindung beiber Scharfungsarten.

Dauer ber Rettenftrafe.

Art. 11. Die Kettenftrafe barf nicht unter feche Sahren, fann aber bis auf Leben szeit erfannt werben.

Berwands lung berfelben. Art. 12. Weibspersonen, sowie gebrechliche ober schwächliche Berbrecher mannlichen Geschlechts, auch Berbrecher, welche bas achtzehnte Jahr noch nicht vollenbet haben, fofern eine Kettenstrafe unter zehn

²⁾ Bgl. Art. 7. bes baber. Ctr.=G.=Bd.

Sahren von ihnen verwirft ift, werben mit ber gefeplichen Rettenftrafe verschont, und ftatt berfelben gum Buchtbaufe, fur bie gange Dauer ber vermirtten Rettenftrafe, verurtheilt. Gofern Folgen einer erlittenen Rettenftrafe in Betracht fommen, ift gleichgultig, ob biefe Strafe felbft, ober, megen ber in Diesem Artitel enthaltenen Grunde, ftatt berfelben bie Strafe bes Buchthaufes vollzogen ift.

Mrt. 13. Der zum Buchtbaufe Verurtbeilte wird. 3) Buchtinnerhalb ber Strafanftalt, ohne Teffeln, zu ben bausprafe. burch bie Buchthausordnung vorgeschriebenen Arbeiten angehalten.

Diefe Strafe hat zwei Grabe, bie fich burch leichtere Arbeit (erfter Grad) und fcmerere Arbeit (zweiter Grab) unterfcbeiben. Es fann jeboch auch burch gelindere ober ftrengere Bebandlung auf biefe Abstufung ber Strafe eingewirft merben.

Sollte fich ergeben, bag ein zu fcmerer Arbeit Berurtheilter megen feiner Rorperfcmache ober Gebrechlichkeit folche zu leiften nicht vermochte, fo ift berfelbe, fo lange biefer Buftand bauert, gu fo fcmeren Arbeiten anzuhalten, wie feine Rorverbeschaffenbeit folde irgend verffattet.

Die Buchthausstrafe fann auf die im Urt. 10. bestimmte Urt geschärft werben, jedoch mittelft öffent= licher Ausstellung nur in ben beiben erften burch ben Art. 12. und in ben burch bie Borfcbriften bes befondern Theils bestimmten Fällen. (Art. 173. 210.)

Mrt. 14. Buchtbaus barf nicht unter zwei Dauer bers Jahren, und nicht über acht Sabre querfannt felben. merben.

Diefe lettere Beschränfung gilt jedoch nicht von Deutide Strafgefesbucher. VI.

bem nach Urt. 12. anstatt ber verwirften Rettenftrafe zu erkennenben Buchthaufe.

Urt. 15. Die zur Retten- ober Buchthausftrafe Musge= zeichnete Rleibung bei gweiten Grabes Berurtheilten werden burch eine abweichenbe Rleibung von ben Sträflingen bes erften idmereren Berbrechern. Grabes unterschieden.

Mugemeine Retten = unb ftrafe.

Mrt. 16. Berluft bes Abels fur Die Berfon bes Folgen ber Berbrechers, fowie aller Burben, Staats= und Gbren= Buchthaus- amter (vergl. Art. 372.), Ehrenzeichen, imgleichen ber Gilben = und Bunftrechte und bes Dechts bie Nationalkokarde zu tragen, außerbem Unfabigfeit zu allen ferneren öffentlichen Memtern und Burben ift eine nothwendige rechtliche Rolge jeber Berurtheilung in eine Retten= ober Buchtbausftrafe. (Beral, jeboch Alrt. 175) 3).

²⁾ Befet über bie Bilbung ber Comurgerichte vom 24. Dez. 1849 \$. 2.

Geidmorene fennen nicht fein :

⁶⁾ Berfonen, welche gu einer fcmeren Strafe (Art. 8. bes Eriminals Gefenbuches), jur Strafe bes Arbeitsbaufes ober ter Dienftentlaffung ober wegen Diebitable, Unterichlagung, Betruge, Galidung, leichtfinnigen Gibes ober Beftedung vernrtheilt worben finb.

⁷⁾ Perfonen, welche megen eines Berbrechens in Untersuchung befangen fint, welches entweber zu ben unter Nr. 6. fpeciell aufgeführten gebort, ober mit einer ber unter Nr. 6. aufgeführten Strafen gefetlich bebrobt ift.

Ctaatstienergefet v. S. Dai 1852.

S. 99. Der Rubegebalt gebt verloren: burch rechtsfraftige Bernrtheilung gn Rettenftrafe und Buchthansftrafe (Art. 16. bes Griminalgefehbuches), sowie burch Berurtbeilung wegen eines Berbrechens, welche, wenn ber Penfionar noch im Dienfie gestanben hatte, beffen Entfehung ober Entlaffung gefeglich gur Folge gehabt haben murbe (Art. 372. bes Eriminalgefehbuches) ingleichen burch Berurtheilung eines penfionirten Minifters, in Folge einer von ber alls gemeinen Ctanbeversammlung wegen abfichtlicher Berfaffungeverlegung erhobenen Untlage (S. 102. am Odlug und S. 103. bes Berfaffunge: Befetes vom 5. Ceptember 1848.)

Gefet megen Tragung ber Sannover'ichen Rational: Rotarbe v. 21. Dezember 1821.

III. Das ehrenvolle Recht, biefe Rotarbe gu tragen, wirb verwirkt:

Art. 17. Die Dienstentfegung (Caffation) 4) Dienstentfebung. bat ben Berluft aller mit bem Dienfte berbunbenen Rechte und Vorzuge und, wenn ber Verbrecher mehrere Memter befleibet, in ber Regel ben Berluft aller Memter zur Folge. Jeboch ift in bagu geeigneten Wällen ber Richter befugt, in bem Erfenntniffe bie lettere Wolge auszuschließen.

Mrt. 18. Die leichteren Strafen find:

B. Bon leide teren Strafen.

1) Strafarbeitebaus,

2) Gefangnif,

3) einfache Dienftentlaffung (Dimiffion),

4) Guspenfion vom Umte.

- 5) Biberruf und Abbitte por verfammeltem Ge= richte.
- 6) gerichtlicher Bermeis bei offenen Thuren,

7) Gelbbuffen.

Art. 19. Die zum Strafarbeite haufe Ber= Strafarbeiteurtbeilten merben zu angemeffener Arbeit, und zwar in ber Regel im Innern besfelben angehalten.

Die Strafe fann burch Befdrantung ber Roft auf Baffer und Brob an gewiffen Tagen, ober burch ftrenge Ginfamteit bes Sträflinge auf gemiffe Beit, ober burch Berbindung beiber Mittel geschärft merben. (Bergl. auch Art. 31. Cat 2.)

Dauer berfelben.

Mrt. 20. Das Strafarbeitsbaus fann nicht unter brei Mongten, und nicht über brei Sabre querfannt werben, jeboch mit berjenigen Ausnahme, welche in bem Urt. 99. beftimmt ift.

burch entebrente Bergebungen, auf welche Buchthaus: ober ähnliche Strafen gefeht find, und ift bemnach in ben in folden gallen ergebenben Strafertenntniffen bas Ertenntnig auf ben Berluft bes gebachten Rechtes mit ju richten.

Gefängniß.

Art. 21. Die Gefängnifftrafe foll auf langere Beit, als brei Monate, nicht stattfinden, vorbehalt- lich beffen, was im Art. 29. bestimmt ift.

Der bagu Berurtheilte wird in einem, von ben ubrigen Strafanftalten verschiebenen Gefängniffe, bei

einfacher Roft, eingeschloffen.

Die Strafe hat brei Grabe:

- a) Der erste Grab, ober bas einfache Gefängniß, gestattet bem Berurtheilten, auf seine Kosten, eine bessere als bie gewöhnliche Gesangenkost, und von Zeit zu Zeit ben Zuspruch seiner Ber- wandten ober Freunde.
- b) Der zweite Grab besteht entweber in Beschränkung ber Kost auf Brob und Wasser, ein um ben andern Tag, oder in strenger Ginsamkeit.

c) Der britte Grab besteht in einer Verbindung ber unter b) bemerkten Scharfungsarten.

Bei allen brei Graben wird ber Berurtheilte, wenn feine gewöhnlichen Berufsbeschäftigungen in Sandarbeiten bestehen, soweit es die Umstände gestatten, zu angemeffener Beschäftigung angehalten. Die abwechselnde Speisung mit Brod und Waffer barf ohne Unterbrechung nicht über vierzehn Tage hinaus erkannt werden, und kann im Ganzen den Zeitraum von sechs Wochen nicht überschreiten 1).

Abfürzung ber Gefäng= nißstrafe. Art. 22. Wenn eine verwirkte einfache Gefängnifftrafe, welche mehr als acht Tage beträgt, ben Nahrungsftand bes Berurtheilten, ober ben Unterhalt feiner Familie burch ihre Dauer gefährbet, fo foll sie, mittelft Anwendung ber im vorhergehenden Ar-

⁴⁾ Bgl. Art. 29. 30. bes bayer. Str.: B. Bc. mit Art. 21. 22.

titel bestimmten Schärfungsarten, in dem Maße abgekurzt werden, daß der zweite Grad dem Anderthalbsachen, der dritte Grad dem doppelten des ersten

Grabes gleichgeschätt wirb.

Art. 23. Wenn nach ber Berfonlichkeit des Ver- Berwandlung brechers und vorzüglich nach den Rüdflichten, welche lichen Freise aus dem sonstigen Lebenswandel desselben und der beitstrafen Natur des Verbrechens hervorgehen, dafür gehalten werden müßte, daß in dem besondern Falle die Nollziehung einer nach dem Gesetze verwirkten Kettensoder Zuchthausstrafe von einer so außerordentlichen Hältniß zwischen Verbrechen und Strafe gänzlich aufgehoben wurde; so ist statt derselben auf Staatse Gefängniß zu erkennen. Es soll dann aber die Dauer der gesetzlichen Strase, falls sie zeitlich ist, um ein Viertheil bis zur Hälfte verlängert werden. (Veral jedoch Art. 175.)

Auch bie Arbeitshaus = und Gefängnifftrafe ift aus gleichen Grunben, in Staatsgefängnif, jedoch ohne Verlangerung ber Strafzeit, ju verandern.

Eritt bas Staatsgefängniß in die Stelle ber Retten = ober Buchthausstrafe, fo treffen ben Berbrecher auch die im Artikel 16. bestimmten Folgen.

Sedoch foll der Richter befugt fein, nach ben Umftänden, insbesondere nach der Beschaffenheit des begangenen Verbrechens, ihn von diesen Folgen freisgusprechen (vergl. Art. 175.); auch kann der Richter den Umftänden nach die im Art. 31. vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung verfügen.

Art. 24. Wenn von Bagabunden und Bettlern Berwandlung mannlichen Geschlechts burch vorsätliche Berbrechen feren bet Gefängnifftrafe verwirkt worden ift, welche die Dauer Bagabunden. von feche Bochen nicht überfteigt, fo tann biefelbe unter Berudfichtigung bes Berbrechens in eine forver= liche Buchtigung verwandelt, und foll ber Beftrafte fobann, wenn es thunlich ift, an feine Obrigteit ab= geliefert, wenn er aber ein Fremder ift, außer Lanbes geschafft merben.

Die forperliche Buchtigung wird auf ben Ruden mit einer Beitiche, in Gegenwart einer Berichte= perfon und eines Urgtes ober Wundarztes, innerhalb bes Gefängniffes ober bes Gerichtshaufes, vollzogen.

Gie barf bie Babl von 50 Streichen niemals überschreiten, und bie Angahl ber Streiche ift im Urtheile zu beftimmen.

Bare fie, nach bem Gutachten bes Argtes, mit Befahr fur Leben ober Befundheit verbunden, fo bleibt es bei ber vermirtten Gefängnifftrafe, welche jeboch burch julaffige Scharfung abzuturgen ift. (Art. 22.)

Much bei Lagabunden weiblichen Gefchlechts fann auf eine, in angemeffener Art zu vollziehende forper= liche Budtigung, unter gleichen Bedingungen und nach porber eingeholtem Gutachten eines Arztes, fatt ber Befängnifftrafe erfannt werben.

Beftimmuna ber Dauer unb bes Grabes un= heitsftrafen.

Art. 25. Wenn in bem Criminalgefetbuche irgend eine Freiheitoftrafe, ohne Beftimmung ihrer Dauer, angebrobt wird, fo ift es bem Ermeffen bes Richters brobter Frei überlaffen, die Strafe innerhalb der in den Urt. 11. 14. 20. und 21. bestimmten Grengen, fowie nach ihren verschiebenen Graben, in Gemägheit ber bie Strafbarfeit bestimmenben allgemeinen (Rap. VI.), ober burch bas Gefet angegebenen befonderen Rudfichten, quaumeffen.

Mrt. 26. Die Strafzeit ift bei Freiheiteftrafen Berechnung jeberzeit von bem Tage bes Anfange ber Bollftreckung ber greiheites an zu berechnen, und fo oft biefelbe auf bie Dauer von Monaten bestimmt worben, ift barunter ber Beitraum von breifig Tagen zu verfteben. Jeber Tag einer Gefängnifftrafe muß volle vier und zwanzig: Stunden begreifen.

Art. 27. Die Guspenfion bom Umte ift Suspenfion. ftete mit Entziehung bes Gehaltes und ber Dienft= einfunfte, foweit folche in Gelb ober beftimmten Naturalien befteben, verfnupft. Gie fann nicht unter brei Mongten und nicht über Gin Sabr erfannt merben.

Mrt. 28. Gine Gelbftrafe fann nicht über Gelbftrafe. bie Summe von fünfhunbert Thalern bingus erkannt werben, ausgenommen beim Bufammen= fluffe mehrerer mit Gelbbufe bebroheten Berbrechen (Art. 107.), und in ben burch Art. 203. IV. 359. 362. beftimmten Rallen.

Die Entschädigung bes Verletten geht immer ber Belbftrafe por.

Mrt. 29. Reine im Gefete vorgefdriebene Fre i= Deren Berheitsftrafe barf vom Richter in Gelbftrafe ver= wandlung. manbelt merben.

Singegen find bie gefetlich angebrobeten Belb= ftrafen in Gefängnif zu vermanbeln:

1) bei ben unter Curatel ftebenben Berfchwenbern;

2) bei Unvermögenden, welche bie ausgesprochene Strafe nicht bezahlen tonnen.

Bei biefer Verwandlung foll nach Ermäßigung bes Richters Ein bis zwei Thaler Gelbbufe einer eintägigen Befangnifftrafe erften Grabes (Urt. 21.)

gleichgeachtet und wegen beren Abkurzung basjenige beobachtet werben, was im Art. 22. festgeset worsen ift. Wenn jedoch die solchergestalt ausgemittelte Gefängnifftrase die längste Dauer dieser Strafart (Art. 21.) überschreiten sollte, so sind, von da an, vier Thaler Geldbuße einer eintägigen Gefängnißstrase gleich zu achten 5).

Außerorbent= liche Straf= arten unb Strafen als Schärfung anbererArt. 30. I. Körperliche Züchtigung finbet nur als außerorbentliche Strafart (Art. 24. 99.) in ben burch bas Gefet bestimmten Fällen statt.

- II. Die Confiscation beschränkt sich auf einzelne Gegenstände, insbesondere auf die zur Begehung eines Berbrechens bestimmten oder gebrauchten Mittel und Werkzeuge, so wie auf die Erzeugnisse einer verbrecherischen Handlung. (3. B. Art. 152. 204.)
- III. Die Landesverweisung tritt nur bei Ausländern ein. So oft diese eine schwere Freiheitsstrase (Art. 8.) verwirkt haben, ist in dem Urtheile zugleich darauf zu erkennen, daß ste nach überstandener Strase des Landes verwiesen werden sollen. Auch ist auf dieselbe, als außerordentliche Strase, in den Fällen zu erkennen, wenn fremde Bagabunden oder Bettler die Strase des Arbeitshauses verwirkt haben.

IV. Deffentliche Ausstellung findet nicht als felbstständige Strafe, sondern nur als Schärfung anderer Strafen, und zwar blos in den gesetzlich bestimmten Fällen statt. (Art. 10. 13. 173. 210.) Der Sträfling wird babei vor der

⁵⁾ Bgl. Art. 34. bee baper. Etr. B .= 96.

Abführung in bie Strafanftalt, und zwar, wo es thunlich ift, an bem Orte bes begangenen Berbrechens, unter Unbangung einer Tafel, worauf bas Berbrechen und bie Strafe benannt ift, bochftene eine Stunde lang am Strafpfable ausgeftellt.

V. Das Staatsgefängniß fann unter befonberen Berbaltniffen anstatt ber verwirften orbentlichen Rreibeiteffrafe erfannt werben. (Art. 23.) Gine Mothwendigkeit, fatt auf eine ber orbentlichen Freiheitoftrafen, auf Staatsgefangnif gu erfennen, fann nur bei Bestrafung bes Duells. nach ben unten folgenben naberen Bestimmun= gen, eintreten.

Die Borichriften bes Militar=Benfionerealemente. vom 29. April 1817, nach welchen eine Berurtheilung wegen eines Berbrechens in gewiffen Fällen ben Berluft ber Militarpenfion gur Folge bat, bleiben ungeanbert.

Mrt. 31. In Bollzug gefette fcmere Strafen Befannt= (Art. 3.) follen bon ben erfennenden Gerichten burch machung voll-Die inländischen öffentlichen Blätter befannt gemacht Strafen. merben.

Bei anberen Strafen fann biefe Befanntmachung nur ale Scharfung auenahmeweife verfügt merben, und muß baber in bem Erfenntniffe befonbers porgefchrieben fein. (Bergl. Art. 23.)

Bweites Kapitel.

Bon ber Bollenbung und von bem Berfuche bes Berbrechene.

I. Bollen: bung.

Mrt. 32. Gin Berbrechen ift fur vollendet gu achten, fobalb fich bei einer That alle Mertmale. bie vermoge bes Gefetes zum Begriffe biefes Ber= brechens gehoren, vereinigt finden.

Gebort es zu ben gefetlichen Mertmalen, baf bie

Sandlung eine bestimmte Wirfung gehabt habe, fo ift bas Berbrechen erft mit bem Gintritte biefer Wirtung, außerbem aber ichon mit volliger Beendiaung ber unerlaubten Sandlung fur vollendet gu balten 6).

War in bem erften Ralle bie verbrecherische Sand= lung fo befchaffen, bag fie fcon ihrer Ratur nach gur Bervorbringung ber beabsichtigten Birfung genugte, fo ift auch angunehmen, bag bie eingetretene Birtung aus ibr entftanben fei, mofern nicht mit Bewifibeit ober großer Bahricheinlichkeit eine andere nabere Urfache biefes Erfolges ausgemittelt wirb.

II. Berfud.

Mrt. 33. Der Berfuch eines Berbrechens ift borhanden, wenn eine Berfon, in ber Absicht, ba8= felbe zu begeben, eine aufere Sandlung borge= nommen bat, welche wenigstens fcon als ein Unfang ber Ausführung bes beabsichtigten Berbrechens anzusehen ift. Wenn bei folden Berbrechen. gu beren gefetlichen Mertmalen es gebort, bag bie Sandlung eine bestimmte Wirfung gehabt babe, ber Thater Alles gethan bat, mas von feiner Seite gur Bollenbung bes beabsichtigten Verbrechens nothig mar, obne baf jeboch bie jum gefetlichen Begriffe be8=

⁴⁾ Bal. Abf, 1. und 2. mit Art. 37. 38. bes baper. Str.= Bd.

felben erforberliche Wirfung eingetreten ift, fo ift ber Berfuch ein beenbigter. In allen übrigen Fällen ift ein nicht beendigter Berfuch vorhanden.

Art. 34. Die auf Ausführung eines Berbrechens A. Straffoje

gerichteten Sandlungen bleiben ftraflos:

banblungen.

1) wenn fie an und fur fich erlaubt, ale bloge Borbereitungen gur Ausführung eines Berbrechens anzusehen find; vorbehaltlich beffen, was in Sinficht ber Unftifter (Art. 55.), bes Complotts (Art. 59.) und ber Gehülfen (Mrt. 71.) bestimmt ift;

2) wenn fie in folden burchaus unwirtfamen Sandlungen bestanden, welchen aus Aberglauben eine

übernaturliche Wirkung beigelegt warb;

3) wenn gwar ein nicht beendigter Berfuch bereits porhanden ift, jedoch ber Sandelnde, ohne bagu burch ein außeres Bindernig, oder burch Bufall genothigt zu fein, aus freiem Untriebe von der beabsichtigten That völlig abgestan= ben ift 7).

Sollte aber bie Berfuchsbandlung ichon an fich irgend eine andere llebertretung enthalten, fo tritt

bie baburch verwirkte Strafe ein.

Art. 35. Dergleichen ftraflose Borbereitungen Fortfepung. und Verfuche folder Verbrechen, welche mit einer fcmeren Strafe (Urt. 8.) bedrobet find, tonnen jeboch, nach Umftanben, bie Anordnung befonderer polizeilicher ober bisciplinarifcher Aufficht zur Folge haben 7).

Art. 36. Die Strafe bes beenbigten Bersuchs B. Strafe bes Bersuchs foll im Verhaltniffe gur Strafe bes vollenbeten Ver= 1) bes bebrechens bergeftalt zugemeffen werben, baf fie bis enbigten Ber-

⁷⁾ Mrt. 58, 59, bee baper, Ctr.: 3.: Bd.

gur Galfte ber lettern, ober wenn biefe in Tobed= ober lebenslänglicher Freiheiteftrafe befteht, zu lang= jabriger und im erften Falle felbft zu lebenslang= licher Rettenftrafe fteigen fann.

2) be8 nicht beenbig=

Art. 37. Die Strafe bes nicht beenbigten Bernicht veentig: fuche ift im Berhaltniffe gur Strafe bes vollenbeten Berbrechens, nach bem Grabe, worin fich folder ber Beendigung ber That mehr ober weniger naberte, unter vorzüglicher Berudfichtigung ber Urfache ber unfreiwillig unterbliebenen Beendigung, fowie ber Perfonlichkeit bes Schuldigen bergeftalt zuzumeffen, baf fie bis zu einem Drittheil berfelben fteigen fann. (Bergl. Art. 302.)

Beboch ift auf feine bartere, als fechejabrige

Rettenftrafe zu erfennen.

3) Gemein=

Mrt. 38. Wenn in vorfommenben Fallen bie idafilice Be- bem vollendeten Verbrechen angedrohete Art ber Freis beiteftrafe an fich beigubehalten fein follte, jeboch unter bem gefetlichen Minimum (Art. 11. 14. 20.) bleiben mußte, fo fommt bie gunachft ftebenbe milbere Strafart, unter verbaltnifmäßiger Erbobung, gur Unmenbung.

> Ingleichen ift ftatt ber Strafe ber Dienftentfebung auf Dienstentlaffung ober auch, nach ben Umftanben, auf Suspenfton, Bermeis ober Belbitrafe gu erfennen.

> Bo ber Berfuch eine bartere Abnbung noth= wendig macht, ba wird foldes bei ben einzelnen

Berbrechen beftimmt.

4) Qualifi= cirter Ber: fuc.

Mrt. 39. Enthält ber Berfuch felbft ichon ein anderes vollenbetes Berbrechen, ale bas beabsichtigte, fo ift bie Borfcbrift bes Urt. 105. anzuwenden.

Mitteln.

Mrt. 40. Der Berfuch eines Berbrechens wird 5) Berfuch baburch nicht ftraflos, baf ber Thater untaualiche mit untaug-Mittel zu feinem 3mede verwendet bat, wiewohl bei Bumeffung ber Strafe auf biefen Umftand bie erforberliche Rudficht genommen und befonders barauf gefeben merben muß, ob bie angemenbeten Mittel an und fur fich gang untqualich maren, ober nur unter ben besonderen Berbaltniffen und nach ber Urt ibres Gebrauche ihre gewöhnliche fchabliche Wirtung nicht haben fonnten.

Drittes Kapitel. Bom rechtewibrigen Borfage und von ber Fahrläßigfeit.

Rechtswidriger Borfat ift ber I. Bon bem Art. 41. Entschlug zu einer ftrafgefetwidrigen Sandlung mit A. Mertmale besielben.

bem Bewuftfein, baf fie unerlaubt fei.

Dabei foliefit meber ber Babn, mas bas Gefen mit Strafe bebrobt, fei nach bem Gewiffen ober ber Religion erlaubt gewesen, noch ber Irrthum ober bie Unwiffenbeit über bie Art und Grofe ber Strafe. noch bie Beschaffenheit bes Beweggrundes ober bes Endzwede, welche ben Entichluß zur That erzeugten, bie Rechtswidrigfeit bes Borfates aus 8).

Art. 42. Bei einer bem Strafgefege außerlich bes Borfates: zuwiderlaufenden Sandlung hat der Richter unter I. im all: forgfältiger Ermagung aller Umftanbe zu beurgemeinen. theilen, ob fle mit rechtswidrigem Borfage ober aus Rabrlaftafeit begangen fei.

¹⁾ Dal. Abf. 2. mit Art. 39. Abf. 2. bes baber. Str.=B. Bo.

2) Gingelne Beftimmun= Umfang bes Borfates.

Mrt. 43. 3ft angunehmen, bag eine bem Strafgefete zuwiderlaufende Sandlung mit rechtswidrigem a über ben Porfate verubt morben, und ift biefelbe bon ber Beschaffenheit, bag baraus nach allgemeiner ober bem Thater befondere befannter Erfahrung ein beftim m= ter Erfolg zu entfteben pflegt, ober eben fo leicht eine größere, als eine geringere Berletung ent= fteben konnte, fo ift nicht minder angunehmen, baf ber Thater ben eingetretenen Erfolg beabsichtigt babe, fofern nicht aus ben Umftanden fich mit Bewißbeit ober bober Babricheinlichkeit ergibt, bag feine Absicht bestimmt und ausschlieflich auf einen andern ftrafbaren Erfolg gerichtet mar. Borbehaltlich ber= jenigen befonderen Borfdriften, burch welche bie Strafe eines Berbrechens nach ber Schwere bes ein= getretenen Erfolgs, ohne Berudfichtigung ber Art bes rechtswidrigen Borfates, beftimmt ift.

Dagegen fann ein ungewöhnlicher Erfolg bem Thater nur bann jum rechtswidrigen Borfate angerechnet werben, wenn biefer Erfolg in feiner

Absicht lag 9).

b. lleber bas Bufammen= treffen bee ber Fabr= läßigteit.

Mrt. 44. Wenn nach ben vorstehenden Bestim= mungen anzunehmen ift, bag ber Thater nur einen Borfates und minber ftrafbaren, als ben eingetretenen Erfolg feiner verbrecherischen Sandlung beabsichtigt habe, fo ift ihm die That, in so weit fie in feiner Absicht gegrundet mar, zum rechtswidrigen Borfate, bin= fichtlich bes eingetretenen Erfolgs aber gur Fahr= läßigfeit anzurechnen, vorbehaltlich ber befonderen Bestimmungen, nach welchen bei folden Berbrechen. bie ihrer Matur nach ben Begriff ber Fahrläßigfeit

⁹⁾ Bgl. Art. 43-45, mit Art. 41. 42. 44.

ausschliegen, Die auf einen geringern Erfolg gerichtete Abficht nur auf bie Bumeffung ber fur bas verübte Berbrechen verwirften Strafe von Ginfluß ift.

Die Bestimmung bes vorftebenden Fortfepung. 21rt. 45. Artifels tritt auch in bem Falle ein, wenn ein borfaulider Berbrecher aus Brrtbum ober Un miffenbeit über gewiffe Thatfachen Diejenige Gigenfchaft feiner Sandlung ober bes von ibm gebrauchten Mittels nicht gefannt bat, woburch ein ftrafbareres Berbrechen, ale er beabsichtigte, entstanden ift.

Mrt. 46. Gin jeder ift fculbig, bei feinen Sand= II. Bon ber lungen mit geboriger Aufmertfamteit zu verfahren, bamit er auch nicht unabsichtlich bie Rechte Unberer A. 3m m-

verlete ober bie Gefete übertrete.

Fabrlafta=

Wer, Diefer Berbindlichkeit zuwider, etwas gethan ober unterlaffen bat, moraus ohne feine Abficht eine in biefem Gefetbuche, auch ohne Borausfetung bes rechtswidrigen Borfates, mit Strafe bedrobete Berletung entftanben ift, ber madt fich eines Berbrechens aus Fahrläßigfeit fchulbig.

> B. Grabe berfelben.

Mrt. 47. Der Grab ber Nabrläßigfeit ift nach ben perfonlichen Berhältniffen und ben Umftanben, welche auf die Unachtsamkeit eingewirft haben, in jebem einzelnen Falle vom Richter zu beftimmen. Derfelbe bat babei fein Augenmert vorzüglich auf folgende Wegenstände zu richten:

Mrt. 48. 2018 grobe Nahrläfigfeit mirb in ber 1) Grobe Fabrläßig= Regel zu betrachten febn:

1) wenn ber Beschäbiger bie Gefährlichkeit feiner Sanblung felbft eingefeben, gleichmohl aus Leichtfinn ober Gleichgultigfeit biefelbe nicht unterlaffen bat;

- 2) wenn seine Sandlung in so hohem Grabe gefährlich war, daß er bei geringer Ausmerksamkeit hätte einsehen muffen, daß der rechtswidrige Erfolg leicht daraus entstehen könne;
- 3) wenn bie fahrläßige Handlung zugleich in anberer Rudficht schon an sich unerlaubt und rechtswidrig mar;
- 4) wenn ber Sandelnbe, vermöge eigenthumlicher Kenntniffe ober Verhältniffe vorzüglich im Stande war, bie Gefährlichkeit feiner Sandlungsweise weinzusehen, ober ben nachtheiligen Volgen berfelben zuvorzukommen;
- 5) wenn er, außer ber allgemeinen Berbindlichkeit (Art. 46.) noch durch befondere Pflichten ber Natur, seines Standes, Berufes, freiwillig übernommener Berpflichtungen und bergl. zu vorzüglicher Sorgfalt und Ueberlegung aufgesfordert war;
- 6) wenn er ichon fruher wegen ahnlicher Sahrläßigfeit geftraft ober gewarnt war;
- 7) wenn Semand zur Ausübung einer Wiffenschaft, Kunft ober Brofession nicht berechtigt ift, und bennoch, ohne bringende pflichtmäßige Versanlassung, ober länger, als es die Noth erforbert, eine Handlung unternimmt, wozu die Kenntnisse ober Vertigkeiten solcher Wissenschaft, Kunft ober Profession vorausgesest werden;
- 8) wenn Bersonen, welche, mit Bewilligung ober im Auftrage bes Staates, eine Wissenschaft, Kunft ober Profession ausüben, aus Mangel ober Vernachläßigung ber hierzu gehörenben ge-

meinen Renntniffe ober Vertigteiten eine Rechteverletung verurfact baben 10).

Mrt. 49. Beringere Fahrläßigtett ift bagegen 2) Beringere Fabrlagig= in ber Regel porhanben: feit.

- 1) wenn bie fahrläßige Sandlung mit bem gefet= wibrigen Erfolge in entferntem Bufammenhange ftand, und berfelbe nur als ungewöhnliche ober unmabriceinliche Wirfung porausgefeben merben fonnte :
- 2) wenn zwar bie handlung an fich zu ber im Art. 48. Nr. 2. beschriebenen gefährlichern Gattung gehörte, ber Sanbelnbe aber entweber wegen Schmache bes Berftanbes, ober wegen eines bie Aufmertfamteit und lleberlegung ftoren= unverschuldeten Gemuthezustandes, ober wegen ungunftiger außerer Umftanbe bie große Befährlichkeit feiner Sandlung nicht leicht ein= zuseben bermochte;

3) wenn ber Sandelnbe burch unverschulbete bringenbe Umftanbe zur ichnellen Entschließung beftimmt murbe.

Art. 50. Gin Berbrechen aus Fahrläßigkeit foll, C. Strafe ber gabrläßigs porbehaltlich ber im befondern Theile biefes Gefet= buches enthaltenen boberen Strafbestimmungen, nach folgenben Vorschriften beftraft werben:

I. die grobe Fahrläßigkeit wird, wenn bas vor= fapliche Berbrechen eine fch were Strafe (Art. 8.) gur Folge gehabt batte, mit einmonatlichem Befängniß bis zu breijahrigem Arbeits= baufe; falls bingegen basfelbe nur mit einer

¹⁰⁾ Art. 48, ftimmt faft wortlich mit Art. 65-67, bes baber. Strafgefebbuches überein, ebenjo Art. 49. mit Art. 68.

leichtern Strafe (Art. 18.) bebrobet ift, nicht barter ale mit Befangnig beftraft.

II. Die geringere Sahrläßigfeit ift immer nur mit Gelbbufe, gerichtlichem Bermeife ober Befängniß zu beftrafen.

Grunbe ber Straf=

Art. 51. Bei Bumeffung ber in vorftebenbem sumeffung. Artitel bestimmten Strafen ift porzuglich auf bas Berhaltniß zu ber auf bas vorfähliche Berbrechen gefetten Strafe, auf Die Broge und Gefährlichfeit ber verschulbeten Fahrläßigkeit, auf bie Ratur und ben Betrag bes baburch verurfachten Rachtheils, fo wie barauf, ob und in wie weit ber Berlette ent= fchabigt worben ift, Rudficht zu nehmen, und inebefondere bie im Art. 101. enthaltene Borfchrift gu beachten.

Diertes Kapitel.

Bon ben Urhebern eines Berbrechens, von ber Beibulfe und ber Begunftigung.

Alle Theilnehmer bes Berbrechens, 21rt. 52. Ginleitung. Urheber, Behülfen und Begunftiger find bem Straf= gefete unterworfen.

L Bon ben Mrt. 53. Ale Urheber eines Verbrechens fou Urbebern eines Ber= beftraft werben:

brechens: 1) nicht nur berjenige, welcher bas von ihm beab= A. überbaupt. fichtigte Verbrechen burch eigene Sandlung ausführt, fonbern

> 2) auch ber Unftifter, b. b. berjenige, welcher in bem Unbern ben Entschluß zur Begehung bes Berbrechens vorfählich bewirkt bat.

Me ein folder Anstifter ift befondere zu betrachten, wer ben Andern

- A. burch Gewalt, Drohung, Befehl, Auftrag, Berfprechen ober Geben eines Lohnes;
- B. burch Rath, Berführung, Aeberrebung ober bringenbes Bitten;
- C. burch absichtliche Erregung ober Benutung eines Brithums, einer Leibenschaft ober Gemuthebewegung

gur Begehung bes Berbrechens bestimmt hat 11).

- Art. 54. Dem Anstifter bes Berbrechens ift B. Insbefons bette. nicht nur biejenige von ihm bewirkte That zum rechtes 1) Bon unswidigen Borsate zuzurechnen, auf welche feine Abstiftern. sicht erweislich gerichtet war, sondern auch
 - 1) jedes nicht ausdrücklich ausgenommene Verbrechen, welches als Mittel zur Ausführung des von ihm gewollten Verbrechens nothwendig war; desgleichen

2) jebes Berbrechen, welches als unvermeibliche Folge aus ber von ihm beabsichtigten That entftanben ift 12).

Art. 55. Wenn hingegen entweber bas vom Fortlepung. Anstifter gewollte Verbrechen gar nicht, ober statt besselben ein anderes, welches weber als Mittel noch als Volge mit jenem in einer solchen Verbindung steht, verübt worden ist; so ist der Anstister nach den Gesehen wider den Versuch des von ihm beabestichtigten und nicht ausgeführten Verbrechens zu bestrafen. Ob er aber auch in hinsicht des andern

²¹⁾ Bgl. Art. 45. 46. bes baper. Str.: G.: Bc. . 28ch. (22) Die Beftimmungen ber Art. 64-65. fimmen im Wesentlichen mit Art. 47-56. bes baper, Str.: G.. Bd. überein, nur Art. 62. ift neu bingugetommen.

verübten Verbrechens wegen Fahrläßigkeit strafbar sei, bies ift nach ben allgemeinen Bestimmungen biefes Gesethuches über bie Bestrafung ber Fahr-läßigkeit zu beurtheilen.

2) Bon Cor: perationen.

Art. 56. Wenn die Mehrheit ober Gesammtheit der Mitglieder einer Gemeinde, Zunft oder andern Corporation ein Verbrechen begangen hat, so sollen nur die schuldigen Einzelnen, nicht die gesellschaftliche Vereinigung selbst, als der strafbare Theil angesehen werden.

3) Bon bem Complette.

Art. 57. Wenn mehrere die Begehung eines bestimmten gemeinschaftlich bezweckten Verbrechens mit einander, entweder gleichzeitig oder durch spätern Beitritt beschließen, und sich bessen gemeinschaftliche Aussuhrung gegenseitig versprechen, so ist ein Complott vorhanden. Es ist alsdann ein jeder Theilenehmer, welcher auf was immer für eine Weise, vor, bei oder nach der Aussührung mitgewirkt, oder sich zur Mitwirkung bereitwillig gezeigt hat, als ein Witzurheber, des vollendeten Verbrechens oder dessen Verschus zu betrachten.

Strafe.

Art. 58. Den Theilnehmern eines folden Complotts foll bie gefetliche Strafe bes verabredeten und ausgeführten Berbrechens zuerkannt werben.

Sft bie Strafe nach ihrer höchsten und geringsten Stufe bestimmt, so wird sie ben verschiedenen Theilenehmern, nach Beschaffenheit ber Größe ihrer thätigen Mitwirkung und ber sonst eintretenden personstichen Milberungs = ober Schärfungsgrunde, innershalb bieser gesehlichen Grenzen, zugemeffen.

Die Saupter ber Vereinigung, und zwar

1) biejenigen, welche zuerft bie verbrecherifche Ver-

bindung beranlagt und zu Stande gebracht haben (Unftifter), nicht weniger

2) biefenigen, welche ben Plan gur Ausführung bes Berbrechens entworfen ober bas Unternebmen gur Beit ber Bollbringung besfelben ge= leitet baben (Rabelsführer).

follen ftets mit geschärfter Strafe (Art. 96. Nr. 2.)

belegt merben.

Mrt. 59. Ift bas berabrebete Berbrechen gang a. Benn bas unterblieben, fo ift, wenn foldes nicht aus unterblieb. freiem Untriebe gefchab, Die Gingebung bes Complotts als ein nicht beenbigter Berfuch ber verabrebeten That zu ftrafen.

Art. 60. Sat ein Theilnehmer bes Complotts b. Benn ein bei Ausführung des beschloffenen Berbrechens weber nicht mitgemitgewirft, noch fich zur Mitwirfung bereit gezeigt, fo foll berfelbe:

1) wenn er ber Unftifter bes Complotts ift. bennoch gleich einem Miturbeber bestraft, wenn

er bingegen

- 2) ein fonstiger Theilnehmer ift, mit ber Strafe bes nicht beendigten Berfuche (Art. 37.) belegt und in beiben Källen befonbere barauf gefeben merben, ob er ben übrigen Theilnebmern feinen Entichlug, bom Complotte abzugeben, bor ber Ausführung beutlich und bestimmt gu erfennen gegeben bat.
- Mrt. 61. Gin Theilnehmer bes Complotts bleibt c. Straffofigfeit eines ftraflog: Theil= nebmere.
 - 1) wenn er bas Complott fo zeitig, baf bem Ber= brechen noch vorgebeugt werben fonnte, ber Obriateit angezeigt:

2) wenn er die Ausführung bes Verbrechens burch feine Bemuhungen vollftändig verhindert hat.

d. Wenn ein ichwereres Berbrechen begangen worben.

Art. 62. Ift bei der Ausführung ein schwereres Berbrechen, als welches ausdrücklich oder stillschweigend (Art. 57.) beschlossen war, begangen, so
trifft die Häupter des Complotts, wenn sie gleich
zu diesem Berbrechen nicht weiter mitgewirkt haben,
die Strase der Beihülfe zu dem verübten schwereren Verbrechen. Haben sie jedoch dieses Verbrechen,
nach Vermögen, zu verhüten gesucht, so geschicht
ihre Bestrasung nur mit Rücksicht auf das verabredete
Berbrechen.

4) Bon Ban: ben.

Art. 63. Die Gefete wider das Complott find auch auf Banden anzuwenden, worunter folche Berbindungen verstanden werden, welche zu Berübung mehrerer, einzeln noch unbestimmter Verbrechen einer gewissen Art ober Gattung eingegangen sind.

Doch ift bie Bereinigung zu einer Bande als Erschwerungsgrund bei Bumeffung ber Strafe zu bestrachten.

Fortfepung.

Art. 64. Den einzelnen Mitgliedern einer Bande sind indessen nicht alle von derselben verübten Versbrechen anzurechnen, sondern jeder Mitgenosse der Bande ist bloß in Ansehung derjenigen Verbrechen als Miturheber zu betrachten, zu welchen er vor, bei, oder nach der Ausstührung auf irgend eine Weise mitgewirkt hat, oder bei deren Verübung er gegenwärtig gewesen ist. War er gegenwärtig bei Ausstührung eines schwereren Verbrechens, als nach dem Zwecke der Bande im Allgemeinen, oder der für die einzelne That getrossenen Verabredung beabsichtigt war; so trifft ihn die Strase der Beihülse zu dem

verübten ichwereren Berbrechen. 3ft er aber bief Berbrechen zu verbuten aus allen Rraften bemubt gemefen, fo macht ibn feine blofe Begenwart wegen bes ichmereren Berbrechens nicht ftrafbar.

Mrt. 65. Diejenigen Genoffen einer Banbe, Fortfepung. welche an feinem ber einzelnen Berbrechen auf eine ober andere Urt Theil genommen baben, follen mit ber Strafe bes nicht beenbigten Berfuchs (Art. 37.) Der von ber Banbe verübten, von ihnen mit befcbloffenen fcwerften Urt von Berbrechen belegt merben.

Sie bleiben jeboch ftraflos, wenn fle bas Dafein ber Banbe ber Obrigfeit angezeigt haben.

Die in ben Urt. 62-65. gegebenen allgemeinen Borfchriften treten ein, foweit nicht fur einzelne Berbrechen befondere Bestimmungen getroffen find. (Art. 294, 317, 326, 330.)

Art. 66. Wer bie bon einem Andern begb- IL Bon ben fichtigte Berühung eines Berbrechens porfählich beforbert, ift Bebulfe, infofern er nicht nach ber im Urt. 57. gegebenen Bestimmung bem Miturbeber aleichftebt.

Art. 67. Alle Wehulfen bee bobern Grabes A. Grabe ber Beibulfe: find in ber Regel zu betrachten Diejenigen, welche 1) Gebülfen bes bobern Grabes.

1) bem Sauptverbrecher über Urt. Mittel ober Gelegenbeit ber Ausführung Belebrung ertheilt baben, welcher gufolge bas Berbrechen mirtlich vollzogen worben ift;

2) Diejenigen, welche bemfelben bie unmittelbar gur Bollbringung ber That felbft bienenben Mittel und Wertzeuge verschafft baben :

3) Diejenigen, welche in bem Beitpunfte ber Ausführung bei ber Bollbringung Beiftanb geleiftet

haben, entweder durch unmittelbare Theilnahme an der Saupthandlung felbft, oder durch Wachefieben, Rundschaftgeben, oder fonft auf irgend

eine andere Beife;

4) öffentliche Diener, welche burch ihr Amt zur Entbedung, Anzeige, Berhinderung, Untersuchung ober Bestrafung von Uebertretungen verpflichtet, ben Berbrechern vor ober in der Zeit der Bollbringung die Unterlaffung ihrer Amtöpflicht versprochen und dieses Bersprechen erfüllt haben;

5) biejenigen, welche vorfählich bie in ihrer vaterlichen Gewalt ober unter ihrer Aufsicht stehenben Bersonen, wenn sie es konnten, ohne sie ber Obrigkeit anzuzeigen, an ber Ausführung bes von ihnen beabsichtigten Berbrechens nicht hinderten, und an ben Bortheilen desselben auf

irgend eine Art Theil nahmen 13).

2) Gehülfen bes geringern Grabes. find

Art. 68. Als Gehulfen bes geringern Grabes find in ber Regel zu betrachten:

1) bie Mathgeber, bei benen die Erforderniffe bes Art. 67. Nr. 1. nicht vollständig vorhanden find;

2) wer dem Urheber folde Mittel und Werkzeuge verschafft hat, die nur zu vorbereitenden ober Nebenhandlungen, oder zu Unternehmungen und Absichten nach vollbrachtem Verbrechen dienen follten:

3) biejenigen, welche vor bem Zeitpunkte ber Bollbringung ber That eine nicht unter Art. 67. Nr. 1. 2. begriffene Gulfe ober Forberung geleistet haben;

¹⁹⁾ Bgl. Art. 67. 68. mit Art. 74. 76. bes bayer. Str.: 9. 296.

- 4) die im Art. 67. Nr. 4. genannten öffentsichen Diener, wenn fle, ohne verabredetes Einverständniß, durch unterlassene Ausübung ihrer Amtspflicht vor vollendeter That, wissentlich die Bollbringung des Verbrechens befördert haben;
- 5) alle, welche, vor oder in dem Zeitpunkte der Bollendung, den Verbrechern die Verheimlichung ihrer That, oder andere, nach geendigtem Verbrechen zu leistende Gulfe oder Unterstützung versprochen haben; es mußte denn aus den Umständen erhellen, daß ohne solche Zusage das Verbrechen sehr erschwert oder völlig unterblieben sein wurde, als in welchem Falle sie den Gehülfen des höhern Grades beizuzählen sind;
- 6) die im Art. 67. Nr. 5. benannten Berfonen, wenn fie an ben Bortheilen oder dem Erfolge bes Berbrechens keinen Theil genommen haben.

Urt. 69. Die Strafe ber Beihulfe zu einem H. Strafe ber Berbrechen ift nach Verhältniß ber fur bas Ver= 1) im Augebrechen felbft gefehlich angedrohten Strafe, jedoch meinen. im geringern Dage, zu bestimmen.

Bei Zumessung dieser Strafe hat der Richter theils auf den Unterschied zwischen den Gehülsen des bobern und niedern Grades (Art. 67. 68.), theils auf den größern Einfluß, welchen die Beihülse, unter den vorhandenen Umständen, auf die Bollbringung des Berbrechens gehabt hat, theils endlich auf die in den Artikeln 92—95. angegebenen Gründe der größern oder geringern Strafbarkeit des Gehülsen Rücklicht zu nehmen.

Es ift jedoch nur auf ein, boch ftens zweien Drittheilen ber gefehlichen Strafe bes Berbrechens felbft ungefähr gleich zu ichagenbes Strafübel zu erefennen.

Besteht jene Strafe in ber Todes- ober lebenslänglichen Freiheitöstrafe, so kann ber Gehülfe im ersteren Falle höchstens mit lebenslänglicher Kettenstrafe, und im letztern Falle höchstens mit zwanzigjähriger Kettenstrafe belegt werden.

Ist das Verbrechen mit der Strafe der Dienst= entsehung bedroht, fo wird die Beihulfe zu demfelben mit einer der leichten Strafen geahndet.

2) Befonbere Bestimmun= gen.

Art. 70. Wenn sich aus ben Umftänden ergibt, daß der Gehülfe nur zu einem geringern Verbrechen die Beihülfe leiften wollte, und sich derfelbe auch innerhalb dieser Grenzen gehalten hat; so ist seine Strafe im Verhältnisse zu bemjenigen Verbrechen zu ermäßigen, auf welches, seiner Absicht nach, die Beishülfe gerichtet war 14).

Fortfetung.

Art. 71. Ift bas Berbrechen, zu welchem bie Beihulfe geleistet wurde, nicht vollenbet worden, so ift die Strafe bes Gehulfen, nach ben Berordnungen bes Art. 69., jedoch im Berhaltniffe zu ber vom Sauptthäter verwirkten Strafe bes Berfuchs, zu ermäßigen.

Ift jedoch von letterem entweder gar fein Berfuch, ober boch nur ein ftraflofer Berfuch (Art. 34.) gemacht worden, fo ist die Strafe des Gehülfen mit Rucksicht auf die von ihm felbst bewiesene Thätigkeit zu bestimmen.

¹¹⁾ Bgl. Art. 70-74. mit Art. 80-85. Abf. 1. bes baber. Str.= B.

Art. 72. Gine blos verfprochene, aber nicht Fortfepung. geleiftete Beihulfe wird nach ben Gefegen wiber ben Berfu ch beurtheilt.

Sie ift baber ftrafbar, wenn ber Gehulfe nicht aus freiem Antriebe bavon abgestanden ift (Art. 34. Nr. 3.), und es ift sodann die Strafe derfelben nach ben im Art. 37. und 69. enthaltenen Borschriften zu bestimmen.

Art. 73. Wer bem Berbrecher, ehe bas Ber= Fortiepung. brechen vollendet war, eine, erst nach beffen Vollensbung zu leistende Unterstützung versprach, dieses Bersiprechen aber nicht erfüllte, ist nur dann strafslos, wenn er dem Berbrecher, so lange demselben der Rücktritt von dem Berbrechen noch möglich war, die Zurücknahme seines Worts deutlich und ausstrücklich erklärt hat.

Art. 74. Ber, nach vollbrachtem Ber- U. Bon ben brechen, bem Thater mit rechtswidrigem Borfage in Begunstigern. Beziehung auf die begangene Uebertretung beförder- lich ift, ohne ihm jedoch vor Bollendung der That solche Unterstügung versprochen zu haben, macht sich der Begunstigung schuldig.

Dahin gehört vorzüglich: wer Verbrecher, welche nicht seine Descendenten, Afcendenten, Chegatte oder Geschwister, oder ihm in gleich nahem Grade versschwägert sind, wissentlich bei sich aufnimmt oder verbirgt; wer ihnen zur Flucht, zur Unterdrückung der Spuren oder Beweismittel ihres Verbrechens beshülslich ist; wer die durch das Verbrechen gewonnenen Sachen wissentlich zu sich nimmt, verbirgt, an sich kauft, oder bei Anderen unterbringt. Auch geshören dahin öffentliche zur Anzeige begangener Vers

brechen befonders verpflichtete Berfonen, welche biefe Unzeige absichtlich unterlaffen.

Strafe ber Begünfti= gung.

Art. 75. Die Strafe ber Begunstigung ift, vorbehaltlich ber im besondern Theile biefes Gesetsbuches gegebenen Borschriften (z. B. Art. 303. 333.), mit Rucklicht auf die Größe des begunstigten Berbrechens, auf eine darin zugleich liegende oder damit verbundene Verletzung der Amtspflicht (Art. 369.), und mit Beachtung der in den Art. 92—95. entshaltenen Bestimmungen, vom Richter dergestalt zusgemessen, daß

1) wenn die Begunstigung aus Gewinnsucht ober aus einem andern eigenen Intereffe an der strafbaren That felbst verübt worden, keine höhere Strafe, als Arbeitshaus; wenn die-

felbe bingegen

2) ohne ein folches Intereffe, und nur aus Theilnahme an ber Berson bes Thaters begangen wurde, auf gerichtlichen Berweis, Gelbbuge, ober Gefängnig erkannt werden foll.

IV. Bon gewerbmäßis gewerbmäßig betrieben wird, so ift bies als ein besund Begung fonderer Erschwerungsgrund zu betrachten. (Bergl. feboch Art. 303. 333.)

Sanftes Rapitel.

Bon ben Grunben, welche bie Strafbarteit ausfchließen ober tilgen.

Art. 77. Wer ein ihm guftehenbes Rocht auf ichtiefungber eine ben Gefegen nicht wiberftreitenbe Urt ausubt, Strafbarteit: fann wegen ber baraus entspringenben Folgen nicht A. wegen nucht Musübung gur Strafe gezogen merben 15).

eines Rechts.

Art. 78. Die Gelbftvertheibigung gegen einen B. Begen unmittelbar bevorftebenden ober bereits begonnenen 1) Bebingununrechtmäßigen Ungriff gur Rettung von Leib, Leben, Freiheit, Ehre ober Gut, in Fallen, mo ber Gelbft= vertheibiger eine gureichenbe Gulfe burch obrigfeit= liden Sout, ober auf andere Beife, nicht erhalten tonnte, ift nicht ftrafbar, und ber Ungegriffene ift megen ber Folgen einer folden Rothwehr nicht verantwortlich.

Art. 79. Bei jeber Musubung ber Rothwehr 2) Grees ber wird jedoch vorausgefest, daß ber Angegriffene nicht Rothmehr. felbft ben Ungreifenben mit boslichem Borfate gum Angriffe gereigt habe, und baf bie Art und bas Daf ber Gelbftvertheibigung mit ber Wefahr, gu beren Abmendung fie gebraucht wird, in einem angemeffenen Berbaltniffe ftebe, und bat, wenn felbige bie Tobtung ober eine bebeutenbe Verletung bes Ungreifere gur Folge gehabt haben follte, ber Richter aus ben genau ju untersuchenben Umftanben bes einzelnen Falles, aus ber eigenthumlichen Lage bes Gelbftvertheibigers und aus beffen Berfonlichkeit zu beurtheilen, ob foldes ibm überhaupt zuzurechnen fei ober nicht, und ob in bem erften Ralle eine aus Kabrlagigfeit ober

¹⁵⁾ Bal. Art. 124. bee bayer. Etr.: 6.= 9ch.

aus rechtswidrigem Borfage entstandene ftrafbare Sandlung angenommen werben muffe.

3) Beiftanb in Rothwehr.

Art. 80. Wer einem Andern, welcher in rechter Nothwehr fich befindet, mit thätlicher Sulfe beifteht, der hat alsbann fur fich felbst und fur diesen Andern, alle Rechte der Nothwehr, innerhalb ber nämlichen Grenzen, wie ber Angegriffene selbst 16).

4) Anzeige ausgeübter Rothwehr. Art. 81. Wer in Nothwehr einen Andern verwundet oder getödtet hat, ift, bei Vermeidung einer angemeffenen Gelbstrafe, schuldig, den Vorfall der nächsten Obrigkeit ohne Aufenthalt anzuzeigen, vorbehaltlich der weitern Bestrafung, wenn durch die unterlaffene Anzeige der Tod oder eine bleibende Beschädigung an der Gesundheit entstanden sein follte.

C. Wegen Mangels ber Zurech: nungefähig: teit.

Art. 82. Gine gesehwidrige handlung oder Unterlaffung, welche der Berson weder aus dem Grunde eines rechtswidrigen Borsates, noch einer mit Strafe bedroheten Fahrläßigkeit zugerechnet werben kann, ift ftraflos 17).

Grinde, weß Art. 83. Es bleiben daher mit aller Eris wegfant. min alftrafe verschont:

1) Rinber unter zwolf Jahren.

2) Solche, welche an Raferei, allgemeinem ober besonderem Wahnstnn, oder überhaupt an einer Geisteszerrüttung oder Gemuthekrankheit leiden, durch welche der Bernunftgebrauch aufgehoben wird.

Ift bas Berbrechen in lichten Zwischenraus men mit Vorsat ausgeubt, fo kann jener Buftand nur ale ein Milberungsgrund betrachtet,

¹⁴⁾ Bgl. Art. 126. bes bayer. Str.= 9.5 936.

bie Strafe jedoch an ben in jenen Buftanb Burudgefallenen nicht vollzogen werben.

3) Soldhe, die megen Blobfinns vollig außer Stanbe maren, die Folgen ihrer Sandlungen richtig zu beurtheilen, ober beren Strafbarfeit einzuseben.

4) Perfonen, welche burch hohe Altersichwäche ihren Berstandesgebrauch ganglich verloren haben.

5) Saubstumme, wofern fie nicht von ber Unerlaubtheit und Strafbarkeit ihrer Sandlungen unterrichtet find, und sonft ihre Burechnungsfähigkeit außer Zweifel ift 18).

Art. 84. Gine That ift aus gleichem Grunde Fortfepung. ftraflos:

6) Benn die Berfon in unüberwindlicher, fculblofer Unwiffenheit, die von ihr ausgeführte Sandlung nach burgerlichen Gefegen für erlaubt gehalten hat.

7) Wenn die That in einem auf andere Weise nicht abwendbaren äußersten Nothstande, zur Rettung von Leib und Leben begangen, auch nicht weiter, als zur augenblicklichen Entsernung dieses Nothstandes erforderlich war, ausgedehnt ist und der Thäter nicht solchen Nothstand durch eigenes Verschulden berbeigeführt bat.

8) Wenn der Thater durch unwiderstehliche Gewalt, ober auch durch Drohungen, welche mit einer gegenwärtigen Leibes = ober Lebensgefahr verbunden sind, zu der Handlung gezwungen worden.

9) Wenn eine nicht borber beschloffene That begangen ift, in irgend einem unverschulbeten Bu-

¹⁹⁾ Die Art. 82-85, entsprechen ben Art. 120-122, bes baper. Str. 26. 206.

ftanbe einer folden Bermirrung ber Sinne ober bes Berftanbes, worin ber Thater feiner Sandlung ober ihrer Strafbarteit fich nicht bewußt fein tonnte, ober welcher bie Willführ bee Sanbelnden ganglich aufhob.

Befehl gur Begebung eines Berbrechens.

Mrt. 85. Der Befehl zur Begehung eines Berbrechens macht an fich ben Bollbringer nicht ftraflos.

Wenn aber ein öffentlicher Diener ober eine öffent= liche Beborbe ihren untergebenen Beamten, Dienern ober untergeordneten Beborben eine folde Sandlung befohlen bat, welche nur als Digbrauch, lleber= fcbreitung ober Verletung ber Umtopflichten bes befehlenden Theile ftrafbar ift, fo wird allein ber befehlende Theil verantwortlich, nicht ber gehorchende.

II. Tilgung ber Strafbar= teit: A. Durd bie

Mrt. 86. Diemand barf wegen eines und eben= besfelben Berbrechens mehrmals bestraft merben 19).

erlittene Strafe.

Art. 87. Der Tob bes Uebertretere tilgt beffen Strafe.

B. Durch ben Tob bes llebertreters.

Bermogeneftrafen jeder Urt aber, welche bei Lebzeiten bes Berbrechers rechtsträftig erfannt worben, find aus ber Berlaffenfchaft besfelben gu berichtigen.

C. Durch Beriabrung. 1) Statt= felben.

Wenn ber Berbrecher bem Berichte unbefannt geblieben, ober bie Untersuchung ober haftigteit der: Entscheidung unterblieben ift, und von dem Augenblide ber begangenen That, ober von bem Tage ber letten wiber ben Thater gerichteten Sandlung bes peinlichen Richters an, Die im nachstehenden Urt. 89. bestimmten Zeiträume verfloffen find, fo ift bie Strafbarteit burch Beriabrung getilgt.

¹⁹⁾ Art. 86, 87. vgl. mit Art. 137. 138, bee bayer. Str. : B. : Bc.

Die Berjährung finbet jeboch nicht ftatt:

1) bei ben im Urt. 90. bezeichneten Berbrechen;

2) wenn ber Thater fich ber bereits gegen feine Berson eingeleiteten Untersuchung burch bie Flucht entzogen hat.

Art. 89. Die zur Verjährung ber Berbrechen erforberlichen Zeiträume finb:

2) Ber= jahrunge= friften.

1) bei Berbrechen, fur welche Retten- ober Buchtbausftrafe gebrobt ift, zwanzig Sabre;

2) bei folden vorfätlichen Berbrechen, die mit Arbeitshaus, fowie bei benjenigen Amtsverbrechen, welche mit Dienstentsetzung bedroht find, zehn Jahre;

3) bei ben übrigen vorfählichen, fowie bei allen fahrläßigen Berbrechen, infofern eine Unterfuchung von Amtewegen ftattfindet, funf

3abre;

4) bei ben nicht von Amtowegen zu untersuchenben Verbrechen, brei Monate seit dem Augenblicke der begangenen That, und seitdem sie zur Kenntniß beffen gelangte, der auf Bestrafung anzutragen berechtigt ift. Nach Ablauf von zwei Jahren tritt die Verjährung ohne Rucksicht auf diese Kenntniß ein.

Art. 90. Berbrechen, für welche bas Geset bie 3) Unverjährs To be 8 ftra fe festgesetst hat, werben nie verjährt, Berbrechen. sondern der Ablauf eines zwanzigjährigen Zeitraumes fann, wenn der Berbrecher während desselben durch ein tadelfreies Leben ernstliche Besserung zu erkennen gegeben hat, das Gericht nur veranlassen, ihn zur landesberrlichen Begnadigung zu empsehlen.

Sechstes Kapitel.

Bon ber Bumeffung ber Strafe und von Milberungeund Scharfungegrunben.

L. Bon Bu= meffung ber Strafe: Rüdfichten.

Mrt. 91. Der Richter ift verpflichtet, bem Berbredjer, außer Beachtung ber oben gegebenen Bestim-A. allgemeine mungen über Bollenbung und Berfuch, über Borfat und Fahrläßigkeit, und über Urheber, Gehülfen und Begunftiger, nach ben eigenthumlichen, Die Strafbarfeit mebrenben ober minbernben Umftanben bes befondern Falles, Die gefetliche Strafe guzumeffen.

Bu biefem 3mede muß er theils auf Die Gefahr= lichkeit ber zu bestrafenben Sandlung an und fur fich, theils auf die Gefährlichkeit bes gefehwibrigen

Willens Rudficht nehmen 20).

Mrt. 92. Rudfidtlich ber Gefabrlichteit ber B. Insbejon= bere: Sandlung an fich fleigt ober fällt bie Strafbar= 1) bon ber obiectiven feit vorzüglich: Strafbarfeit.

1) nach Verschiedenheit ber Große ber entftanbenen ober zu befürchtenden Rechteverlepung ober Be=

fchädigung;

2) nach der Ausbehnung ber Befchäbigung ober Gefahr, je nachbem biefe auf mehr ober weniger Berfonen fich erftrectt, je nachdem bas Ber= brechen ben Staat felbft, ober gange Gemein= ben, ober eine unbestimmte Menge von Ber= fonen, ober nur Gingelne in Schaben ober Be= fabr gebracht bat;

3) nach ber aus Berhaltniffen ber Zeit und bes Drie, fowie aus ber Beiligkeit bes Begenftan= bes, an welchem, ober in Beziehung auf welchen

²⁰⁾ Die Art. 91-97. ftimmen, theilweise wortlich, mit ben Art. 90-96. bes baber. Ctr.= 9 .= Bd. überein.

bas Berbrechen verübt ift, entftebenben Gefahr fur bie Rechtsficherbeit.

Urt. 93. In Beziehung auf die Gefährlich= 2) Bon ber jubjectiven feit des gefet midrigen Willens steigt die Strafbarteit. Strafbarteit besonders:

Chrafbarteit besonders:

- 1) je zahlreichere und wichtigere Beweggrunde für die Beobachtung bes Gesetzes vorhanden waren, je mannigfachere und größere Pflichten von dem Berbrecher verlett wurden und je mehr- ber Verbrecher im Stande war, diese Beweggrunde und Pflichten beutlich zu erkennen;
- 2) je größere Hinderniffe die Ausführung des Berbrechens erschwerten, je mehr Dreiftigkeit und Lift ober Körperkräfte erfordert und angewandt wurden, um die That vorzubereiten ober zu vollbringen;
- 3) je geringfügiger die äußeren zufälligen Beranlaffungen waren, welche den Berbrecher gereizt, verleitet und verführt haben; je mehr derfelbe aus eigenem Antriebe die Uebertretung beschloffen und die Gelegenheit zu dem Berbrechen aufgesucht hat;

4) je mehr ber Berbrecher andere Bersonen burch Berführung und Ueberredung zur Theilnahme an bem verübten oder versuchten Berbrechen be- wogen bat;

5) je mehr er burch fortgefeste Uebungen bofer Sandlungen und fchlechte Lebensart verwilbert und zu Berbrechen aufgelegt ift;

6) je bosartiger und gefährlicher die Begierben und Leibenschaften gewesen find, aus welchen er gebanbelt bat; 7) je mehr Bosheit und Graufamkeit ber Berbrecher bei Bollführung bes Berbrechens gezeigt hat.

b. Geringere Art. 94. Singegen minbert fich bie Straf=

Strafbarkeit. barkeit vorzüglich:

1) wenn ber Berbrecher wegen Mangels an Unterricht, wegen gänglich vernachläßigter Erziehung,
ober weil er unter Berbrechern aufgewachsen ift,
ober aus naturlicher Schwäche bes Berstandes
ober aus einem die Zurechnung nicht ganz aufhebenden Gemuthsgebrechen, ben vollen Umfang
ber Gefährlichkeit und die Größe der Strafwurdigkeit seiner Sandlung nicht eingesehen hat;

2) wenn er burch Ueberredung, gegründete Furcht, arglistige Versprechungen, burch Befehl oder Drohung, besonders solcher Versonen, benen er Gehorsam schuldig ist, sofern hiedurch nicht alle Strafe ausgeschlossen wird (Art. 85.), zu bem

Berbrechen beftimmt worden ift;

3) wenn er burch brückende Armuth oder sonstige Noth zu dem Verbrechen veranlaßt wurde, sofern nicht seine eigene unmittelbare Verschuldung der Noth, oder die Art und Sigenschaft des Verbrechens solche Entschuldigung gänzlich ausfolließt;

4) wenn eine ungesuchte und unerwartet aufgestoßene Gelegenheit seine Begierbe gereigt und

fchnell zur Ausführung fortgeriffen hat;

5) wenn ber Berbrecher in einer an fich zu ents schuldigenben großen Gemuthsbewegung gehans belt bat;

6) wenn ber Thater, bei Begehung ber That, in bem Buftanbe einer entschulbbaren Trunkenheit

fich befand, porausgefest, bag er ben Entichluf ju ber That nicht fcon borber gefaßt hatte;

7) wenn bie unerlaubte Sandlung in bem Bater= lande bes Thatere nicht mit Strafe bebrobt ift. und berfelbe fich erft feit febr furger Beit im Ronigreiche aufgehalten bat:

8) wenn aus feinem vorigen Lebensmanbel, ober aus feinem Benehmen bei ober nach ber That auf einen noch geringen Grab von Berborbenbeit mit Grunde geschloffen werben fann.

Art. 95. Aus ber im borftebenben Urt. Nr. 8. Fortfepung. bestimmten Urfache minbert fich bie Strafbarfeit auch

bann :

1) wenn ber Berbrecher feine Mitverbrecher bon einer größern Beschädigung ober meitern Musbehnung ber verbrecherifden Thatigfeit abgebalten bat :

2) wenn er bie Folgen bes Berbrechens zu ber= binbern, ober

3) ben ichon verurfachten Schaben zu verguten aus freiem Untriebe thatig bemuht mar;

4) wenn er fich felbft bem Berichte angegeben;

5) wenn er im Anfange ber Untersuchung und ohne noch überführt zu fein, fein Berbrechen

umftanblich und mabr befannt bat:

6) wenn er unbefannte Theilnehmer feines Berbrechens, ober gewerbmäßige Sebler bem Berichte aus eigenem Untriebe angezeigt, und ba= burch zu beren Ergreifung Belegenheit ge= geben bat.

Art. 96. Aus feiner ber vorbemertten Urfachen und Grengen (Art. 91-95.) ift bas Bericht, fofern nicht etwa bes richterlis ber Fall zu einer gefehlich zuläffigen Strafverwand= meffens über: lung (Art. 23.) fich eignet, befugt, von ber gefetzlichen Strafe felbst abzugehen, bie gebrobete Strafgattung zu verändern, ober bie gesetlich bestimmte Dauer berfelben zu verfürzen ober zu verlängern.

Der Richter ift nur ermächtigt, nach Ermägung biefer Umftanbe

- bie Strafe innerhalb ber gefeglich beftimmten Grenzen ihres höchsten und geringsten Grabes abzumeffen;
- 2) sie wegen beschwerenber Umstände burch äußere Bufäte, soweit dieselben bei jeder Strafgattung besonders zugelassen sind, zu schärfen (vergl. Art. 10. 13. 15. 19. 21. 30. Nr. IV. Art. 31. Sat 2.);
- 3) wegen milbernder Umftanbe bie zugleich mit ber Sauptstrafe angebrobeten schärfenden Bufate nachzulaffen.

Urt. 97. Wenn wegen Menge und Wichtigkeit zusammentreffender mildernder Um ftände, selbst der geringste Grad der gesetlichen Strafe, nach richterlichem Ermessen, mit dem Grade der Strafbarkeit des besondern Falles in keinem Verhältnisse stehen, und solchergestalt mit den in diesem Gesethuche befolgten Grundsätzen nicht zu vereinigen sein wurde; so ist auf eine gelindere als die niedrigste gesetzliche Strafe zwar nicht zu erkennen, jedoch mittelst eines an das Justizministerium zu erstattenden gutachtlichen Berichts eine Strafmilderung im Wege der Gnade in Antrag zu bringen.

Dasfelbe findet ftatt, wenn bas Gefet die Strafe ohne irgend eine Abstufung genau bestimmt hat.

Urt. 98. Aus allgemeinen Grunden ift bas III. Dit-Gericht in nachftebenben Fallen (Art. 99-103.) gur Abmeichung von ber gefetlichen Strafe burch Milberung berfelben ermächtigt.

berung ber gefetlichen Ctrafe:

Mrt. 99. Bei Berbrechern, Die zwar bas zwolfte, A. Begen aber noch nicht bas fechzebnte Sabr gurudgelegt baben, ift bie eigenthumliche Beschaffenheit und ber Grab ber Entwidelung und Ausbildung ihrer Seelenfrafte forafältig zu unterfuchen, und biernach zu beurtbeis len, ob fie bas Berbrechen mit binlanglicher Unterfceidungefraft verübt haben ober nicht. lettere angunehmen, fo ift, nach ben Umftanben, auf eine angemeffene forperliche Buchtigung, Gefängniß ober bochftens Strafarbeitshaus zu erfennen. entgegengefesten Ralle aber foll bie gefestiche Strafe vom Richter bergeftalt gemilbert merben, baf

- 1) die Todesftrafe, fo wie die lebenslängliche Rettenftrafe, in Die Strafe bes Arbeitshaufes bis gu gebn Jahren,
- 2) Die zeitliche Rettenftrafe, fo wie Buchthausftrafe, in Die Strafe bes Arbeitebaufes bis zu bret Jahren bermanbelt,
- 3) Die Strafe bes Arbeitshaufes ober bes Befangniffes abgefurgt, ober erftere in Befangnig und lettere in eine mäßige forverliche Buchtigung permanbelt merbe.

Bei Bollftredung ber Strafen an jugendlichen Berbrechern ift auf Die Erziehung und Befferung berfelben ein Sauptaugenmert zu richten, und bei Berbangung forperlicher Buchtigungen auf Die Schonung ber Gefundheit Die forgfältigfte Rudficht zu nebmen.

Fortfetung.

Art. 100. Nach zuruchgelegtem fechzehnten Jahre gibt bas jugendliche Alter nur bei solchen Verbrechen einen Milberungsgrund, welchen mehr Uebereilung, Leichtsinn, Genußbegierbe und jugendliche Site, als Bosheit, Nachsucht und Ueberlegung zum Grunde liegen.

Fortfehung.

Art. 101. Bei Ermäßigung ber Strafen in Volge ber Artikel 99. und 100. ift besonders Rudsicht zu nehmen: auf die Beschaffenheit der Uebertretung selbst, auf das mehr oder weniger vorgerudte Alter des Thäters, auf die etwaige Verführung des Schuldigen, auf dessen Gemuthsbeschaffenheit, den Grad seiner Bildung und die von ihm geäußerten gefährlichen Neigungen.

Mit vorzüglicher Nachficht find die nur auf Fahr= läßigkeit beruhenden Bergehungen zu beurtheilen 21).

B. Wegen hohen Alters.

Art. 102. Hohes Alter wirkt nur nach zuruckgelegtem fechzigsten Sahre insofern eine Milberung, daß der zur Kettenstrafe oder zum Buchthause Berurtheilte unbedingt mit den schweren Arbeiten verschont wird, wie er benn auch derselben zu entheben ist, sobald er mährend der Strafzeit das sechziaste Sahr überschreitet 22).

C. Wegen langwieriger Saft.

Art. 103. Langwierige, ohne alles Verschulden bes Thäters von diesem erlittene Untersuchung 8= haft soll eine verhältnismäßige Abkurzung der gesetzlichen zeitlichen Strafe, und nach Beschaffenheit der Umstände, die Anrechnung derselben als Strafe zur Folge haben.

²¹⁾ Bgl. Art. 100. bes baber. Str.: B.: Bd. 22) Bgl. Art. 102. 103. mit Art. 103. 104. bes baber. Str.: Bd.: Bd.

Ift aber auf bie Tobesftrafe ober auf lebenslängliche Freiheitsftrafe zu erkennen, fo fällt biefer Milberungsgrund hinweg.

Art. 104. Wenn mehrere noch nicht be= IV. Bon bem strafte Verbrechen eines und desfelben Uebertreters Jusammenstrafte Verbrechen, daß barüber von dem Berbrechen nämlichen Gerichte und in einem und demfelben Ur= theile zu erkennen ist, so entsteht ein Zusammen= fluß von Verbrechen 23).

Mehrere bei einem und bemselben Verbrechen vereinigt eintretende Umftände, deren jeder für sich ben Grund einer gesetlichen Auszeichnung enthält (z. B. Art. 287.), bilden zwar keinen solchen Busammenfluß, sind jedoch bei Zuerkennung der Strafe als ein Erschwerungsgrund zu berücksichtigen (z. B. Art. 293. a. E.)

Art. 105. Wenn ein Verbrecher durch eine A. 3beale und diefelbe Sandlung zugleich mehrere Verschenten. brechen von gleicher oder verschiedener Art begansen hat, so soll die Strafe der schwersten Ueberstretung, mit Schärfung derselben (Art. 96.), zur Anwendung gebracht werden. (Vergl. auch Art. 39. 44. 241. 300.)

Art. 106. Wenn mehrere auf einander folgende B. Fortftrafbare Handlungen derfelben Art entweder nur gesetete Berbregen.

als fortschreitende Ausstührung eines und desfelben
verbrecherischen Beschlusses anzusehen, oder in Begiehung auf das nämliche dauernde Verhältniß begangen, oder nur als Bestandtheile und Stusen
einer und derselben That zu betrachten sind, so werben die einzelnen Handlungen zwar nur für eine

¹⁾ Bgl. Art. 108. bes bayer. Str.= B.= Bch. fg.

einzige That gerechnet; es ift jeboch biefe Fort= fegung bei Beftimmung ber Strafe ale ein befonberer Erfchwerungsgrund zu beruchsichtigen.

C. Reale Concurreng: 1) Berbin= bung aller permirften Strafen.

Mrt. 107. Wenn ber zu Beftrafenbe burch meh= rere Sandlungen entweber perfcbiebenartige ober aleichartige Berbrechen verübt bat, fo muffen ibm in ber Regel bie fammtlichen verwirkten Strafen, infofern beren Berbinbung moglich ift, vereinigt querfannt merben.

Räbere Beftimmun= mebrerer Freiheit8:

ftrafen.

Mrt. 108. Diefe Regel gilt jeboch von mebgen über bie reren zeitlichen Freiheitoftrafen nur unter folgen= Berbinbung ren naberen Bestimmungen:

1) Sind bie zeitlichen Freiheitsftrafen fammtlich von gleicher Urt, fo ift, falls fie verbunden bas gefetlich bestimmte boch fte Dag biefer Straf= art überfteigen murben, nur auf bie nachft= folgende bobere Strafart, mit Beftimmung einer verbaltnifmäßigen Dauer berfelben zu erfennen.

3) Wenn hingegen verschiedenartige zeitliche Freiheiteftrafen verwirft find, fo wird auf bie bartefte berfelben mit einer angemeffenen Er= bobung, ber Dauer ober bem Grabe nach, er= fannt, - und falls bie bieburch nothig wer= benbe Berlangerung ber Strafgeit bie gefetlich beftimmte langfte Dauer Diefer Strafart überfteigen murbe, Die gunachft folgende bobere Strafart angewendet.

3) In feinem biefer beiben Falle (1. 2.) barf je= boch bie Berbindung mehrerer zeitlicher Freibeitoftrafen, wenn fich barunter feine Retten= ftrafe befindet, uber bie Dauer einer gwangig=

iabrigen Rettenftrafe bingusgeben. Ralls aber mehrmalige Rettenftrafe, ober biefe mit mehr= maliger Buchthausstrafe gusammentrifft, fo fann bis auf lebenslängliche Rettenftrafe erfannt mer-(Bergl. jedoch bie befonderen Beftim= mungen ber Art. 183. Nr. XI. Art. 257, 319.)

Art. 109. Sat jeboch ber Thater burch eine 2) Ausnahme ber gulammentreffenden Berbrechen Die Todesftrafe in Dinjogt verwirft, fo findet bie im Urt. 107. aufgeftellte Degel feine Unwendung, fondern burch bie Tobesftrafe werben alle außerbem bon ibm bermirften Strafen

in Sinfict

aufgeboben.

Bei Buerkennung ber nach biefen D. Allgemeine Mrt. 110. Bestimmungen zu ermäßigenden Strafe hat der Richter bei Befraunter Berudfichtigung ber in ben Urt. 91-95. ent= fung gufams menfliegenber haltenen Vorfcbriften, nicht blot auf bie Bahl und Berbrechen. Große ber gufammenfliegenben Berbrechen, fonbern auch auf ben langern ober furgern 3 mifchenraum swifden ben, ber Beit nach, getrennten verbrecheri= fden Sandlungen, fo wie auf ben inmittelft vom Thater geführten Lebensmandel zu feben, auferbem aber bei Anwendung ber Art. 107. 108. auf bie fon aus ber Berbinbung ber Strafen an fich ent= febende Erhöhung berfelben Rucfficht zu nehmen.

Art. 111. Wenn berfelbe Uebertreter, nachbem n bie Strafe eines frubern Berbrechens gang ober boch zum Theil erlitten bat, fich nachber wieber eines gleichartigen Berbrechens fculbig macht, le ift ein Rudfall vorhanden, und foll befbalb bie burch bas neue Verbrechen vermirtte Strafe ge= idarft werben.

V. Bom Rüdfall.

Urt. 112. Die Gleichartigfeit ber Berbrechen 1) Regel von in Begiebung auf ben Rudfall ift nach ber baburch bestelben.

an den Tag gelegten rechtswidrigen Gesinnung und Neigung, unter Berucksichtigung der bewiesenen Art der verbrecherischen Thätigkeit und der Natur des verletzten Nechts, zu beurtheilen. Ein vorsätzliches und ein fahrläßiges Verbrechen sind nicht als gleich= artige zu betrachten. Ob aber der rücksällige Versbrecher wegen des frühern Verbrechens im König= reiche oder im Auslande bestraft worden, macht das bei keinen Unterschied.

Bumeffunge: Grunbe. Art. 113. Bei Zumeffung ber Strafe bes neuen Berbrechens hat der Nichter im Allgemeinen theils auf die Größe der bereits erlittenen Strafe, theils auf den längern oder fürzern Zwischenraum zwischen dem Zeitpunkte der übersstandenen Strafe und dem neuen Berbrechen, theils auf den inmittelst vom Thäter geführten Lebens-wandel zu feben.

2) Bon Bes ftrafung bes wieberholten Rudfalls.

Art. 114. Bei Beftrafung bes wiederholten Rudfalls treten bie im vorstehenden Artikel bestimmten Grunde ber Strafschärfung mit verstärktem Ge-wichte ein.

3) Grengen ter Straf= fcarfung. Art. 115. Nach allen, in vorstehenden Artikeln (113. und 114.) angegebenen Rucksichten, muß der Richter die durch das neue Verbrechen verwirkte Strafe entweder innerhalb der, für dieselbe Strafart gesetzlich bestimmten Grenzen verlängern oder bei Geldstrafen erhöhen, und, nach den Umständen, durch erlaubte Zusätz schaften, oder auch nöthigensfalls, auf die zunächst höhere Strafart mit Bestimmung einer verhältnißmäßigen Dauer der Strafe erkennen.

Die foldbergeftalt zu bestimmende Strafe fann zwar, unter erschwerenden Umftänden, bis zur lebens=

VI

langlichen Freiheiteftrafe, nicht aber bis gur Tobes= (Bergl. jeboch Art. 183. Nr. X., ftrafe fleigen. Art. 234. a. E.)

Mrt. 116. Wenn ein rudfälliger Berbrecher VI. Bon bem mehrere Berbrechen begangen hat, über welche jest Bufammenvereinigt zu ertennen ift, fo tommen bie Beftimmun= Rudfalls unb gen megen bes Ruckfalls und wegen bes Bufam= menfluffes von Verbrechen verbunden gur Un= Berbrechen. menbung.

ber Concur: rens von

Art. 117. Die fur gewiffe Arten von Ber= Befinmunbrechen erforberlichen Beftimmungen über Beftrafung bes Bufammenfluffes, fo wie bes Rudfalls, gibt ber befondere Theil Diefes Gefetbuche. (3. B. Art. 183. Nr. X. XI, 234, 316, 319, 332, 370.)

gen.

Besonderer Cheil.

Erftes Rapitel.

Bon Berbrechen wiber bad Dafein und bie außere Gicherheit bes Staates.

Mrt. 118. Des Staateverrathes macht fich 1. Staates tin Unterthan burch folche bie Staateficherheit ge= A. Begriff. führbende Unternehmungen fculbig, welche gegen bie perfonliche Sicherheit bes Lanbesberrn, ober barauf gerichtet find, bemfelben auf irgend eine gefetwibrige Beife Die Ausubung ber Regierungsgewalt unmog=

lich zu machen, ober welche einen Angriff auf bie Selbitständiakeit bes Staates enthalten, ober melde auf eine gewaltfame Menberung ber Staateverfaffung abrweden 24).

B. Bom Bochverrath Beftrafuna

- Art. 119. Dies Berbrechen foll in ben folgen= und beffen ben Källen als Sochverrath mit geschärfter Tobes= insbesonbere, ftrafe belegt merben :
 - I. Wenn ein Unterthan auf bie geheiligte Berfon bes Ronigs, und zwar um benfelben zu tobten, gefangen zu nehmen, ober in Feinbes Bemalt

Art. II. Die Bunbesftaaten verpflichten fich gegen einanber, Inbi= vibuen, welche ber Anftiftung eines gegen ben Couverain, ober gegen Die Grifteng, Integritat, Berfaffung ober Giderheit eines anbern Bunbes= ftaate gerichteten Unternehmens, ober einer barauf abzielenben Berbin= bung, ber Theilnahme baran, ober ber Begunftigung berfelben beinzichtigt find, bem verletten ober betrobten Ctaate auf Berlangen auszuliefern, - vorausgefest, bag ein foldes Inbivibuum nicht entweber ein Unterthan bes um bie Auslieferung angegangenen Ctaates felbft ober in bemfelben icon wegen anberer ihm gur Laft fallenben Berbrechen gu unterfuchen ober gu beftrafen ift. Collte bas Unternehmen, beffen ber Auszuliefernte beinzichtigt ift, gegen mehrere einzelne Bunbesftaaten gerichtet fein, fo hat bie Anslieferung an jenen biefer Staaten gu gefcheben, welcher barum guerft bas Anfuchen ftellt.

Bgl. auch ju Rapitel I. bie Art. 299-308. bes baper. Str.= 8 .- 29., olbenb. Art. 304-313., altenb. Art. 81-96., wurtemb. Art. 140-149., braunfdweig. SS. 81-89., beff. Art. 129-146., bab. SS. 586-605., thuring. Art. 77-88., preug. SS. 61-73., öfterreich. SS. 58-62. 67.

²⁴⁾ Bier folieft fich an ber Bunbesbeidlug vom 18. Muguft 1836. publicirt am 8. Ceptember 1836:

Art. I. Da nicht nur ber Zwed bes beutschen Bunbes in ber Ers haltung ber Unabhangigfeit und Unverletbarteit ber beutichen Staaten, fowie in jener ber augern und innern Rube und Giderbeit Deutsch= lands befrebt, fontern auch bie Berfaffung bes Bunbes megen ibres wefentlichen Bufammenhangs mit ben Berfaffungen ber einzelnen Bunbes: ftaaten ale ein nothwendiger Beftandtheil ber letteren angufeben ift, mithin ein gegen ten Bund ober beffen Berfaffung gerichteter Angriff augleich ein Angriff gegen jeben einzelnen Bunbesftaat in fich begreift; fo ift jebes Unternehmen gegen bie Erifteng, Die Integritat, Die Gicherbeit ober bie Berfaffung bes beutiden Bunbes in ben einzelnen Bunbes: ftaaten nach Maggabe ber in ben lettern bestehenben ober funftig in Birtiamteit tretenten Gefete, nach welchen eine gleiche, gegen ben ein= gelnen Bunbesftaat begangene Sanblung als Sochverrath, ganbesverrath, ober unter einer anbern Benennung ju richten mare, ju beurtheilen und gu beftrafen.

zu liefern, ober um die Gefundheit des Körpers ober den Gebrauch der Verstandeskräfte ihm zu rauben, einen Angriff gethan, zu diesem Zwecke Mittel angewandt, oder, um eine jener Missethaten zu verüben, einen Aufruhr erregt hat, oder eine Verschwörung im Innern, oder eine Verbindung mit Auswärtigen eingegangen ist.

II. Wenn er, um bas Königreich einem fremben Staate einzuverleiben ober zu unterwerfen, ober um einen Theil feines Gebietes vom Ganzen loszureißen, ober um die hierauf gerichteten Blane zu begunftigen, eine Verschwörung eingegangen, ober einen Aufruhr erregt, ober an folchen verrätherischen Verbindungen Theil genommen bat.

III. Wenn er, um die bestehende Staatsverfassung burch gewaltsame Mittel zu ändern, oder um den rechtmäßigen Negenten von der Negierung zu entsernen, oder um die regierende Familie zu verdrängen, oder um die versassungsmäßige Ordnung der Thronfolge zu verändern, sich in eine Verschwörung oder berartige gefährliche Verbindung eingelassen, oder Bürgerkrieg oder Aufruhr erregt, oder auf ein Mitglied der Königlichen Familie zu jenem Zwecke einen thätlichen Angriff gemacht hat.

Art. 120. In anderen Fällen bes Staatsber= C. Strafe bes Staatsbers rathes tritt Rettenftrafe ein. Staatsbers rathes in ansberen Rallen.

Art. 121. Die in vorstehenden Art. 118—120. D. Anwensenthaltenen Bestimmungen sind, soweit nicht Berstung auf hältnisse eintreten, welche lediglich nach den Grundsfähen des Bölkerrechts beurtheilt werden mussen, auch

auf die von einem Ausländer wider das Königreich, fei es innerhalb oder außerhalb besfelben, verübten, in jenen Artikeln als Staatsverrath oder Hochverrath bezeichneten Handlungen anzuwenden.

II. Landes= verrätherei. A. Begriff. Art. 122. Der Landesverrätherei macht fich ein Unterthan durch feinbfelige, wiber die außere Sicherheit bes Königreichs gerichtete Unternehmungen schuldig.

B. Arten.

Art. 123. Gine Landesverrätherei ift nament= lich in folgenden Fällen vorhanden :

I. Wenn ein Unterthan einen auswärtigen Staat zu einem Kriege wider bas Königreich ausbruck- lich aufgefobert, ober ihm in feindfeliger Abschit zu bem Kriege Veranlaffung ober Gelegenheit gegeben, insbefondere benfelben burch treulosen Verrath von Staatsgeheimniffen absschild zu bem Kriege aufgereizt hat.

II. Wenn ein Unterthan in einem wiber bas Konig= reich ausgebrochenen Kriege ben Feind, mit rechtswidrigem Vorsage, unterftugt.

Alls Landesverrather ift in Diefer Sinficht vor-

züglich anzusehen:

A. wer befette Städte, Festungen, Baffe oder andere Vertheibigungsposten bem Feinde verrätherisch übergeben, oder deren Uebergabe oder Wegnahme durch Verrath bewirkt hat;

B. wer, nach eingetretenem Ariegszustanbe, zum Feinde übergegangen ift und bie Waffen wider bas Königreich getragen bat;

C. wer bem Feinde als Spion gedient, bemfelben Operationsplane, Riffe von Festungen ober Lagern mitgetheilt, Magazine verrathen, ihn burch

Uebersendung von Mannschaft, Waffen, Bufubr ober Munition mit rechtswidrigem Borfate unterftust, Solbaten zum Aufftanbe, gur Defertion, zum Ueberlaufen ober zu abnlicher Untreue ver= führt, ober feindliche Spione in lanbesverrätheri= fder Absicht aufgenommen und berborgen bat.

Wenn landesverrätherifche Sandlungen auf Bernichtung bes Staates ober eines wefentlichen Beftanb= theils besfelben abzwecken, fo find fie als Staats= berrath zu betrachten.

Mrt. 124. Landesverrather follen mit ein fach er Tobesftrafe belegt werben.

C. Strafen ber Lanbes= berratberei.

Benn jeboch ber Staat burch landesverratherifche handlungen entweder gar nicht, ober nur in febr geringem Grabe gefährbet worben, fo ift auf Retten= ftrafe ju erkennen. Auch ift ber Richter ermächtigt, in ben Fällen bes Landesverrathes, melde nicht unter bie Bestimmungen bes Art. 123. fallen, von ber Tobesitrafe abzumeichen, auf Rettenftrafe zu erfennen und felbft bis zu ber Strafe bes Buchthaufes berunter= maeben.

Art. 125. Wer zu einer ftaate ober landes Gemeinschaft: verratherischen Sandlung (Art. 118. 119. 122. 123.) liche Bestimmundlich in einer Berfammlung ober vor einer Bolte= 1) Aufforbemenge, ober fcbriftlich burch Berbreitung gebrudter gleichen Berober ungebruckter Auffage, ober burch Sammlung von Unterschriften beutlich und bestimmt aufgeforbert bat, foll, wenn biefe Aufforberung jene Sandlung jur Folge hatte, als beren Urheber geftraft, fonft aber mit ber Strafe bes beenbigten Berfuchs belegt werben. (21rt. 36.)

2) Berbint: lichteit gur Anzeige.

Mrt. 126. Jeder Unterthan, ber von einer ftaate= ober landesverrätherifchen Berfchworung ober Unternehmung Biffenschaft erhalt, ift fculbig, biefelbe ber Obrigfeit, und zwar, falls nicht bie bringenbe Gefahr eine augenblickliche Unzeige nothwendig macht, schleunigft und, fofern er nicht ohne feine Schulb baran behindert wird, langftens binnen acht und vierzig Stunden nach erlangter Biffenfchaft, anguzei-Wer biefes unterläßt, foll begwegen mit Befangnif, wenn aber bie Berfchworung ober ber Plan gur Ausführung gebracht wurde, mit Arbeite= baus beftraft werben. Ge findet biefe Borfcbrift auch auf Geiftliche, welchen folche Thatfachen in ber Beichte anvertraut find, in fo weit Unwendung, baß fle, ohne bie Berfon bes Beichtenben anzuzeigen, bie Ausführung bes Borbabens auf jebe fonftige Weife zu hindern verpflichtet find.

Bei Zumeffung biefer Strafe ift besonbers auch barauf, ob ber Schuldige die Verschwörung ober ben Blan gemißbilligt, ober sich bemfelben widersetz, ober bie Urheber bavon abzubringen versucht hat, und, im Valle einer verspäteten Anzeige, außerdem auf die Oringlichkeit der Umftände Rucksicht zu nehmen.

Der Chegatte und Verlobte bes Verbrechers, beffen Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, und die Geschwister besselben, find jedoch mit ber Strafe ber unterlaffenen Anzeige zu verschonen.

3) Straf= lofigfeit bei geschehener Selbst= anzeige. Art. 127. Seber gemeine Theilnehmer einer folchen Verschwörung ober Unternehmung, welscher vor beren wirklichem Ausbruche, ehe noch bie Staatsgewalt auf anderem Wege Nachricht bavon erhalten hat, und zu einer Zeit, wo bie Gefahr noch

abgewendet werden kann, ber Obrigkeit beutliche Anzeige bavon macht und feine Mitschuldigen ansgibt, bleibt straflos. In hinsicht ber häupter ber Berschwörung hat die Selbstanzeige, unter obigen Boraussehungen, nur Strafmilberung zur Folge.

Art. 128. Wenn ein Unterthan ohne ftaate III. Andere ober land es verrätherische Absicht eine Die Staates Staatessicherheit gefährbende Sandlung begeht, so forbrende fou er

A. mit Rettenftrafe belegt werben:

1) wenn er ein ihm aufgetragenes Staatsgeschäft mit einem auswärtigen Staate treuloser Beife zum Nachtheil bes Staates geführt hat;

2) wenn er Depeschen, Urkunden ober Geheimniffe bes Staates, die auf beffen Verfaffung, Rechte ober Anspruche fich beziehen, aus boslicher Abssicht ausgeliefert ober verrathen hat;

3) wenn er Urfunden ober andere Beweismitel von Rechten ober Anspruchen bes Staates boslicher Beise vernichtet, unterbruckt ober verfälscht bat:

4) wenn er an einem verbundeten Staate Sandlungen begeht, welche, von einem eigenen Unterthan desselben begangen, nach den obigen Grundsägen (Art. 118. 119.) Staatsverrath sein wurden, sofern nicht die Handlungen an sich unter den Begriff eines schwerer zu bestrafenden Verbrechens fallen.

Art. 129. B. Dit Buchthaus foll er beftraft Fortiepungwerben:

1) wenn er fur einen wirklichen ober vermeinten Rechtsanspruch gegen ben Staat, ben Konig

ober gegen Mitunterthanen eine frembe Macht zu einer Einmischung aufforbert, welche feines Wiffens bem Staate gefährlich ift;

2) wenn er bie Staatsgrenzen absichtlich verlett

ober ungewiß gemacht bat;

3) wenn er an einem verbundeten Staate Handlungen begeht, welche, von einem eigenen Unterthan desfelben begangen, nach den obigen Grundfäten (Art. 122. 123.) Landesverrath fein murben, fofern nicht die Handlungen an sich unter den Begriff eines schwerer zu bestrafenden Verbrechens fallen.

Fortfepung.

Art. 130. C. Mit Arbeitshaus ift er gu bestrafen:

1) wenn er die Saupter fremder Staaten, beren Gefandten oder mit öffentlichem Charakter beskleibete Bevollmächtigten in diefer Eigenschaft personlich beleidigt, insofern diese handlung nicht ein schwereres Verbrechen enthält;

2) wenn er bie mit anberen Mächten errichteten, bie Aufrechterhaltung ber innern Rube ober bes äußern Friedens unmittelbar bezielenden Staatsverträge, ober bie bestehenden Neutralitätsverbaltniffe absichtlich verlett;

gattuiffe ablugittus vertegi,

3) wenn er ale Werber hiefige Unterthanen gum

ausmärtigen Rriegebienfte verleitet.

Art. 131. Infofern bie in ben Artikeln 128. 129. und 130. mit Strafe bebroheten Sandlungen von Ausländern begangen werden, follen zwar auch auf fle die obigen Strafbestimmungen Anwendung finden, die Gerichte aber ermächtigt fein, den Umständen nach auf die nächstfolgende milbere Strafart herunter zu gehen.

Art. 132. Bei Bumeffung ber in ben Artifeln Bumeffunge: 128-131. angebrobeten Strafen ift porgualich barauf zu achten, ob jene Berbrechen bon einem offentliden Diener begangen und ob ber Staat baburch wirklich in Befahr ober Schaben gebracht worben.

Kalls befonders milbernde Umftanbe eintreten follten, fonnen bie Berichte anftatt ber bort angebrobeten Strafen auf bie gunachft folgende geringere Strafart erfennen.

Art. 133. Wenn ein Militarpflichtiger fich burch Inebefonbere Berletung feines Korpers absichtlich jum Rriegs in Beziehung bienfte untuchtig gemacht hat, fo ift er beffalls mit Rriegsbienft. Arbeitsbaus nicht unter Ginem Jahre zu bestrafen, melung bes überdies aber, menn er Bermogen befitt, einen Stell= Rorpers. vertreter anzuschaffen gehalten.

Art. 134. Wer bas Austreten eines Militar= Beforberung Des Austrepflichtigen beforbert, ober auch einen Ausgetretenen, tens Militärs in ber Absicht, ihn bem Dienfte zu entziehen, ver= pflichtiger. beimlicht, foll mit einer, nach bem Grabe feiner Theilnahme und nach ber Beschaffenheit feiner Bermogensumftanbe zu ermäßigenben Belbbufe, ober aber zu einer Gefängnifftrafe, und unter besonders erschwerenden Umftanden gur Strafe bes Arbeitehauses auf bochftens vier Monate verurtheilt werben. Daneben liegt ibm auch bie Unschaffung eines Stell= bertretere fur ben Kall ob, bag aus bem Bermogen bes Ausgetretenen ein folder nicht angeschafft merben fann. Die Bestrafung bes austretenben Dilitarpflichtigen felbit beftimmen bie betreffenben befonberen Berordnungen.

Art. 135. Wer bie Defertion einer in ber Urmee Beforberung tingeftellten Militarperfon beforbert, foll, wenn folches ber Defertion. in Friedenszeiten geschieht, mit Belbbufe ober Befananif, wenn er aber ben Deferteur gur Defertion verleitet hatte, mit ber Strafe bes Arbeitebaufes auf auf bochftene feche Monate belegt merben. Daneben liegt ihm auch bie Unschaffung eines Stellvertreters fur ben Kall ob, wenn aus bem Bermogen bes Deferteurs ein folder nicht angeschafft werben tann.

Fand bie Beforberung ber Defertion ober Berleitung zu felbiger nach ausgebrochenem Rriege fatt, fo ift die Strafe zu fcharfen, und es fann alebann im Falle einer Berleitung gur Defertion bis auf zweijabrige Strafe bes Arbeitshaufes erfannt werben.

Gefchah die Verleitung zur Defertion in landes= verratherischer Absicht, fo tommen die Borfchriften bes Art. 123. II. C. gur Anwendung.

Fortfebung.

Art. 136. Die Verleitung gur Defertion foll beim Rudfalle, fowie auch, wenn ber Thater mehrere zugleich, ober bie Schildmache vom Boften zur Defertion verleitet bat, mit befonderer Strenge beurtheilt, und wenn bas Berbrechen in Friedenszeiten ftattfand, mit Arbeitebaus, in Rriegszeiten bagegen mit Buchthaus, unter erfcmerenben Umftanben mit Rettenftrafe belegt werben.

Bei Bumeffung ber in ben Artifeln 134-136. porgefdriebenen Strafen foll in ben verschiebenen Källen befonders barauf geachtet merben, ob bie That aus Geminnfucht verübt worben.

Deferteurs.

Mrt. 137. Der miffentliche Untauf ber Militar-Effetten eines Effecten eines Deferteurs ift nach Beschaffenheit bes Berthes ber Begenftande und ber Umftanbe, unter welchen ber Unfauf gefchab, in geringeren Fällen mit Befängnifftrafe, unter befdwerenden Umftanden aber mit Arbeitshaus zu bestrafen. Ift ber Gegenstand bes Ankaufs ein Dienstpferd, fo tritt jedesmal Strafe bes Arbeitshaufes ein.

Bweites Kapitel.

Bon Berbrechen wiber bie Majeftat und wiber bie Burbe bes Staates.

Art. 138. Wer bie bem Könige gebührender Majefiatshöchste Würde vorsätzlich, jedoch ohne staats- ober Betcibigung. A. Begriff. hoch verrätherische Absicht, burch Worte ober A. Begriff. Handlungen verletzt, ist bes Verbrechens ber beleidigten Wajestät schuldig 25).

Art. 139. I. Wer fich an ber geheiligten Person B. Arten und bes Königs thatlich vergreift, soll mit bem Tobe bestrafen. bestraft werben.

II. Wer die Berson des Königs mit einer thätlichen Mißhandlung bedroht, hat Kettenstrafe nicht unter gehn Jahren verwirkt.

III. Mit Arbeitshaus und, bei erfchwerenden Umftanden, mit Buchthaus foll beftraft werben:

A. wer munblich in Gegenwart bes Königs; in einer öffentlichen Bersammlung; an einem öffentlichen Orte; in öffentlich verbreiteten Schriften ober bilblichen Darftellungen bie Berson bes Königs ober beffen höchsteigne

²³⁾ Bgl. über Majestätsbeleibigung u. f. w. baper. Str. 29.: Bch. Art. 309—314. 404., oldenb. Art. 319., 431. 432., altenb. Art. 97—104., würtemb. Art. 150—156., braunschweig. §§. 90—95., hest. 474—153., bab. §§. 606—614., thüring. Art. 89—99., preuß. §§. 74—77., österreich. §§. 63—66.

Regierungshandlungen burch Berlaumbung ober Schmähungen berabzumurbigen trachtet:

- wer bergleichen Schriften ober Darftellungen wiffentlich in Auftrag eines Unbern per= fertigt ober borfablich weiter berbreitet;
- wer außer bem Falle bes Urt. 196. ben Namen bes Ronigs zur Ausübung einer gefetwibrigen Sandlung boslich migbraucht. Jebe andere ber bochften Burbe bes Ronias jugefügte Beleibigung, welche nicht zu ben vorbemertten ausgezeichneten Källen gebort. wird mit Gefangnif ober Arbeitebaus ge= ftraft.

II. Beleibi= gung ber Roniglichen Familie.

Art. 140. Thatliche Mighandlungen ber Königin. Berfonen ber bem Rronprinzen ober bem Regenten zugefügt, follen mit Rettenftrafe nicht unter funfgehn Jahren, und. wenn fle gegen eine andere Perfon ber toniglichen Familie verübt find, mit Rettenftrafe bis gu funf= gebn Jahren beftraft werben. 2018 Strafe ber Bebrobung mit folden Mighandlungen tritt Buchthaus ein, und es fann, wenn bie Bebrobung ber Ronigin, bem Kronpringen ober bem Regenten gefchab, auf Rettenftrafe bis ju acht Jahren erfannt merben.

> Wenn folche Beleidigungen, wie bie in bem Art. 139. unter A. und B. ermabnten, Perfonen ber königlichen Kamilie ober bem Regenten, ober in bem Falle unter C. bem Lettern zugefügt murben, fo ift baburch bie Strafe bes Arbeitehaufes verwirft; es fann indeg, wenn die Beleidigungen gegen die Ronigin, ben Rronpringen ober ben Regenten gerichtet waren, auch auf Die Strafe bes Buchthaufes bis gu vier Jahren erkannt werben. Bei anberen Belei=

bigungen, welche nicht zu ben vorbemerften ausge= geichneteren geboren, tritt in ber Regel Gefangnif, und unter erichwerenben Umftanben Strafe bes Urbeitebaufes ein.

Art. 141. Wegen ber in vorstehenden Artifeln Migemeine Beftimmung. 138 - 140. genannten verbrecherifchen Sandlungen, infofern folde blos in wortlichen ober bilblichen Beleidigungen befteben, baben bie Gerichte bon Umtewegen feine Untersuchung wiber beren Urheber ein= guleiten, fonbern baruber an bas Minifterium ber Juftig zu weiterer Berfugung zu berichten.

Mrt. 142. Wer mit Nichtachtung ber Grengen III. Berabeines erlaubten Tabels, vielmehr burch grobe Schmahun= ber Staate: gen bie bestebende Verfaffung bes Konigreiche ent= verfaffung. meber mundlich in einer öffentlichen Versammlung ober por einer Bolfsmenge, ober mittelft Berbreitung gedruckter ober ungedruckter Auffage, boelich berabgumurbigen trachtet, foll mit Gefananif, ober menn ber Thater ein öffentlicher Diener ift, mit Dienft= entlaffung ober unter erschwerenben Umftanben mit Dien ftentfetung bestraft merben.

würbigung

Es haben indeg bie Gerichte in allen bieber ge= borenden Fällen por Ginleitung ber Untersuchung an bas Ministerium ber Juftig zu weiterer Berfugung zu berichten.

Mrt. 143. Wer bie Achtung, welche ber Burbe IV. Beleibi: Des öffentlichen Umtes felbft gebuhrt, burch Belei= gung ber bigung bes basfelbe befleibenben Beamten in berab= wurdigenden Worten ober Sandlungen absichtlich ver-

²¹⁾ Bgl. baber. Str. 2 G.: Bd. Art. 405. fg., olbenb. Art. 433. fg., altenburg. Art. 201., wurtemb. Art. 162. fg., braunfchw. § S. 115. 116., beff. Art. 186—192., bab. §. 297., thuring. Art. 192., preuß. §. 102.

lett, macht fich ber Beleibigung ber Amtsebre fdulbia.

Rur Diejenige Chrenkrantung eines öffentlichen Dieners gilt fur eine Beleidigung ber Umtebre. welche ibm entweder mabrend ber Ausübung feines Amtes, ober in Beziehung auf basfelbe gugefügt worben ift.

Wie Beleidigung ber Amtebre find auch Belei-Digungen zu ftrafen, welche Militarverfonen im Dienfte. namentlich auch einer Schildmache auf bem Boften.

ober einer Patrouille wiberfabren.

Wortliche Chrenkrantungen, welche Umteunterbedienten, ingleichen untergeordneten Polizei=, Forft=, Steuer = und Gemeinde-Officianten und ben in abn= lichen Berhältniffen ftebenben untergeordneten Dienern wiberfahren, bleiben jedoch ber polizeilichen Ahn-

bung überlaffen.

Art. 144. Die Beleidigung ber Amtsehre wird Sortfepung. in ber Regel mit Gefangnif geftraft. meffung biefer Strafe ift theils auf Die Burbe ber beleidigten Beborbe, theile auf die Große ber Beleibigung an fich, fowie barauf Rudficht zu nehmen, ob ber Officiant ben Beleidiger burch gefet = ober ordnungswibriges Betragen gereigt bat, auch nach ben Umftanben öffentliche ober gerichtliche Abbitte mit ber Befängnifftrafe zu verbinden. In febr leich= ten Källen, ober bei befondere michtigen Milberunge= grunden fann auf Gelbftrafe ober Bermeis, bagegen aber bei befonderer Schwere ber Beleidigung auf Strafe bes Arbeitsbaufes bis zu zwei Jahren erfannt merben.

> Bewalt ober thätliche Migbandlung in Beziehung auf eine Umtebandlung find nach ben Wefegen über

bas Berbrechen ber Wibersebung (Art. 156.) gu beurtbeilen.

Mrt. 145. Die Beftimmungen ber porftebenben Unbang. beiben Artitel tommen auch bei allen mittelbaren und Gemeindebeamten gur Anwendung.

Mrt. 146. Ehrenfrantungen ber Beamten frem= Beleibigun: ber Staaten, welche mit Borwiffen und Genehmigung amten frember Regierung in hiefigen ganben Umtegeschäfte zu ber Staaten. beforgen baben, werben, wenn bies Berhaltnig gur öffentlichen Runde gebracht ober boch bem Beleibiger befannt mar, wie bie Beleidigungen ber biefigen Beamten beurtheilt und beftraft.

Mrt. 147. Beleibigungen, welche ber allgemei= Beleibigun= nen Ständeversammlung, ben Brovingial=Ständever= Stanbeber= fammlungen, ober Mitgliedern berfelben, in Beziehung fammlungen. auf ihre Functionen jugefügt find, follen nach ben in ben Artiteln 143. und 144. feftgefenten Beftimmungen beftraft werben. Jeboch foll bieferhalb feine Untersuchung ohne vorgängigen Untrag ber beleibig= ten Versammlung ober bes beleidigten Mitgliedes eingeleitet merben.

Art. 148. Wer bie von ber Obrigfeit unter= V. Berlepung ber Sprincht geichneten und zur öffentlichen Bekanntmachung ans gegen obriggehefteten Berordnungen, Batente und öffentlichen banblungen. Anzeigen in ehrenkränkender Absicht, oder um die A. Durch Befanntwerbung ober Befolgung einer Unordnung ju verhindern, abreift, binmegnimmt, befchabigt, befubelt ober verunftaltet, foll mit Befangnif beftraft merben.

Art. 149. Wer unbefugter Weife Gerichte= B. Durch und andere obrigfeitliche Siegel, womit Sachen ober verlegung. Schriften verschloffen gehalten werden, miffentlich und

absichtlich erbricht, ablöfet ober beschäbigt, ift mit Befängniß, ober, bei besonders mildernden Umftanden, mit Belbbuße zu bestrafen.

Drittes Kapitel.

Bon Berbrechen wiber bie Regierung bes Staates.

L Anmagung eines Staats: amtes 27). Art. 150. Wer sich die Ausübung eines ihm nicht übertragenen öffentlichen Amtes betrüglich anmaßt, soll, falls diese Sandlung nicht ein anderes schwereres Verbrechen enthält, und auch nicht als Mittel ber Begehung eines schwereren Verbreschens verübt wurde,

I. mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren beftraft werben, wenn es in ber Absicht geschehen,
ben Staat, ober Einzelne zu beschäbigen, ober
einen unerlaubten Bortheil zu erlangen.

II. Außer biefen Fallen oder bei geringer Gefähr= lichkeit ber Sandlung findet Gefängnifftrafe

ftatt.

Den öffentlichen Aemtern werden in diefer Beziehung diejenigen Functionen gleich geachtet, deren
rechtmäßige Ausübung zum Dienste des Bublikums
eine öffentliche Ernennung, oder Ermächtigung, und
förmliche Verpflichtung voraussetzt.

²¹⁾ Die Anordnung bes britten Rapitels folgt in vielen Beziehungen bem wurtembergijden Str. S. 286.

Bgl. über Unmaßung eines Staatsamtes baber. Str. G. 28ch. Art. 339., obenb. Art. 344., altenb. Art. 267., braunicow. §. 111., würtemb, Art. 167. 158.

Art. 151. Der Bestechung (vergl. Art. 356.) I. Bestechung macht sich schuldig, wer einem öffentlichen Diener ober öffentz bessen Angehörigen, um ihn in seinem amtlichen ten Beams beiten Angehörigen, um ihn in seinem amtlichen ten in. Birkungötreise zu einer pflichtwidrigen Handlung oder Unterlassung zu bestimmen, irgend einen demfelben nicht gebührenden Bortheil verspricht oder gibt, verssprechen oder geben läßt, wenn auch die Annahme des Angebotenen nicht erfolgt sein sollte.

Bar bagegen bie Absicht bes Beftechenden nur auf Bestimmung zu einer pflichtmäßigen Sandlung gerichtet, fo tritt in ben geeigneten Fällen polizei=

liche Ahndung ein.

Art. 152. Der Beftechenbe foll mit Gefang= B. Strafe.

Als besonders erheblicher Beschwerungsgrund ift es anzusehen, wenn die von dem Bestechenden zugesicherte Leistung in einer schon an sich verbotenen Sandlung oder Zulaffung bestand.

Das gegebene ober versprochene Geschent foll jebesmal ber Urmentaffe an bem Orte bes begangenen

Berbrechens verfallen fein.

Art. 153. Wer, um fich felbst ober einem An= III. Amtsbern, ein öffentliches Amt zu verschaffen, Geschenke, erichseichung.
Bersprechungen ungebührlicher Vortheile, Bebrohungen ober Betrügereien irgend einer Art anwendet,
macht sich ber Amtberschleichung schuldig.

Art. 154. Die Amtserschleichung wird gestraft: B. Strafe.
I. An bemjenigen, welchem bas Amt verschafft werben follte, insofern er an ber Erschleichung

^{**)} Bergl. über Bestechung Art. 355. 356. 443 — 448. bes bayer. Etr. 6: Bd., olbenb. Art. 360. 361. 472 — 477., altenb. Art. 313 — 317., wirtemb. Art. 159 — 161., braunschw. §§ 712.113., best. 450 — 465., bat. §§. 662 — 666., thūring. Art. 308 — 315., preuß. §§. 309 — 313., öfterreich. §§. 104. 105.

Theil gehabt, mit Gelbbufe ober Befangnif, außerbem aber mit Dienstentlaffung, und unter befonbere erschwerenden Umftanden, wohin ber Betrug immer zu rechnen, mit Dienstentfepung, menn bas Umt in Folge ber Erfcbleichung bereits übertragen war. War bies nicht ber Fall, fo ift bie etwa bereits gefchebene Brafentation ober Ernennung nichtig;

II. an bemienigen, ber gu Gunften eines Dritten Erfchleichung geubt hat, mit Gelbbufe bis gu 200 Thalern ober Gefängnigftrafe bis zu zwei

Monaten.

Sat ein öffentlicher Beamter feine Amtsgewalt zu einer Umterschleichung gemigbraucht, fo fann bie Strafe bis zur Dienstentlaffung, und unter erfdimerenben Umftanben bis gur Dienftentfegung fteigen.

Fortfetung.

Art. 155. Digbraucht ein Mitglied einer Corporation ober eine einzelne Berfon ihr Recht gur Bahl, Brafentation ober Ernennung zur Beforberung einer Umterfcbleichung, fo verlieren fle jenes Recht für ihre Berfon.

Wer behufs Ertheilung eines öffentlichen Amts Bestechungen annimmt (Art. 356.), ber foll, fofern er babei ale öffentlicher Diener handelt, nach bem Urt. 357. beftraft werben. Das gegebene ober ver= fprochene Gefchent verfällt, wie in bem Falle bes Art. 152., fo auch in ben Fällen ber Umterfchleis dung ber Armentaffe.

IV. Gemalt:

Art. 156. Wer ben Befehlen und Anordnungen same Bibers ber Obrigteit gewaltsamen Biberftand leiftet; wer bie Obrigteit eine obrigteitliche Berson burch Gewalt ober gefahr= liche Drohungen zu einer Amtebandlung zu notbigen ober bavon abzuhalten fucht; wer an einer obrigfeitlichen Berfon, mahrend ber Ausübung ihres Amtes, fich thatlich vergreift; wer an berfelben megen einer Amtshandlung auf thätliche ober gewaltsame Weife Rache zu nehmen fucht, ber ift, vorausgefett, bag biefe Sandlungen nicht bas Merkmal bes Aufruhrs (Art. 162.) an fich tragen, ber gewaltsamen Widerfegung gegen die Obrigfeit fculbig 29).

Mrt. 157. Diefes Berbrechen mirb beftraft:

Strafe.

I. mit Buchthaus, wenn bei bemfelben eine obrigfeitliche Berfon thatlich gemighandelt ober mit Waffen bebroht wurde. Bei Bumeffung biefer Strafe ift, außer ber Beschaffenheit ber Dighandlung, befondere barauf zu achten, ob folche von Mehreren ober mittelft nächtlichen Aufpaffens ober burch Gebrauch von Waffen ge= fcbeben ift.

Unter Baffen werben bier und an anderen Stellen biefes Gefetbuches alle Werkzeuge verftanden, mit welchen, nach ihrer gewöhnlichen Wirtung, lebensgefährliche Berletungen guge= fügt werben tonnen.

II. In anderen Fällen findet Arbeitshaus, ober bei geringerem Grabe ber Wiberfepung Be= fängniß fatt.

Mrt. 158. Wer fich ber Bollziehung einer ge= Fortfepung. borig bekannt gemachten Verfügung ber Obrigfeit in ber Berfon ihrer Unterbedienten ober ber bagu ab= geordneten Dannschaft mit Gewalt wiberfest, ift eben

²⁹⁾ Bgl. bayer. Str.=G.=Bd. Art. 315-330. 411-419., olbenburg. Mrt. 320-336., 439-448., altenb. Art. 105-119., murt. Art. 169-182., braunfchm. §§. 107-109., bab. §§. 615-638., thuring. Art. 100-115., beff. Art. 182-185., bfterreich. §§. 68-82., preuß. §§. 87-96. fg.

fo zu ftrafen, als ware die Gewalt unmittelbar wiber die obrigkeitliche Berson selbst gerichtet gewesen. Doch bleibt es dem Ermessen der Gerichte überlassen, in solchen Fällen auf Arbeitshaus ober Gefängeniß zu erkennen, wobei vorzüglich diejenigen Rückssichten zu beobachten sind, welche aus der Berschiebenheit der Burde der Obrigkeiten und der Untersbebienten erwachsen.

Fortfehung.

Art. 159. Mit gleicher Strafe foll berjenige belegt werden, welcher sich den Unterbedienten, Landschendarmen, Forst und Jagdbedienten, Deich und Steuer Difficianten, Erhebern öffentlicher Abgaben, Wege-Aufsehern und anderen öffentlichen Dienern, ingleichen den in dem Art. 341. Nr. I. erwähnten Versonen in der Ausübung ihrer Amtsverrichtungen mit Gewalt widersetzt, es sei denn, daß der Widerstand nur einen durch die Gesetz gestatteten Schutz des Privatbesitzes begreise, welcher die Grenzen des Erlaubten auf keine Weise überschreitet und nicht in eine andere Uebertretung übergebt.

Die Fälle einer geringen Widersetlichkeit gegen Amtsunterbediente, auch untergeordnete Polizei =, Forst=, Steuer= und Gemeinde=Officianten, und die in ähnlichen Verhältnissen stehenden untergeordneten Diener, bleiben jedoch ber polizeilichen Uhndung überlassen.

Fortfepung.

Art. 160. In allen Fällen ber Art. 156—159. fommt es als ein wichtiger Milberungsgrund in Betracht, wenn ber Officiant seine Befugniffe ubersichtiten hatte.

In wie fern aber in bem Falle einer gefethlich erlaubten Selbftvertheibigung gegen einen unrecht=

mäßigen Angriff Straflofigfeit eintritt, ift nach ben Bestimmungen ber Urt. 78. sq. ju ermeffen.

Mrt. 161. Wenn eine großere Angahl von V. Auflauf. Berfonen auf eine ruheftorenbe Urt fich gufammenrottet, fo ift ein Auflauf vorhanden, welcher ben Umftanben nach, jeboch nur polizeilich zu ftrafen ift. Es ift jeboch ber Auflauf fur Die Beftrafung ber Dabei begangenen Berbrechen ein erheblicher Grfchwerungegrund.

Art. 162. Legen bie foldbergeftalt gufammen= VI. Aufruhr. gerotteten Berfonen bie Absicht an ben Sag, mit ver= A. Begriff. einigter Gewalt ber Obrigfeit in Ausführung ibres Willens zu widerfteben, ober bie Erlaffung ober Burudnahme einer Berfugung von einer öffentlichen Beborbe zu erzwingen, ober wegen einer Umtehand= lung Rache an berfelben zu nehmen; fo ift ein Auf-

rubr vorhanden.

Der Obrigfeit foll in biefer Beziehung ber Schiff8fuhrer am Bord feines Schiffes gleich geachtet merben, wenn er fich in Gee ober in einer folchen Lage befindet, baf er bon frember Silfe ganglich abae-

fcbnitten ift.

Art. 163. Benn die Zusammengerotteten auf B. Strafe. Befehl ber Obrigfeit ober ihrer Unterbedienten, ober, Jusammenim Valle bes Ginschreitens ber bewaffneten Macht gerotteten fofort nach einer zwei Mal im Namen bes Ronigs alsbalb ausgefchehenen Aufforderung, bei Bermeibung bes Bebrauche ber Waffen fich fogleich hinmeg und nach Saufe zu begeben, wieder auseinander geben und jum Beborfam gurudfehren, follen nur bie Unftifter und Unfuhrer, und zwar mit Arbeitebaus ober bei befondere milbernden Umftanden mit Befang= nif beftraft werben.

gehen.

2) Falls noch

Art. 164. Wenn die Aufrührer wider ben Be= teine Gewalt fehl ber erschienenen Obrigkeit ober beren Unterbe= bienten in ihrer Bufammenrottung bebarrenb, burch garmen, Schimpfen ober Drobungen bartnadigen Trop zu erkennen gegeben haben, ober erft burch Waffengewalt zerftreuet find, jedoch die Ruhe wieder bergeftellt morben ift, ebe fle noch an Berfonen ober Sachen Bewalt verübt hatten, fo follen

> I. bie Anftifter und Anführer mit Bucht= baus,

II. Die bewaffneten Theilnehmer mit Ur= beitebaus bis zu zwei Jahren, bie un= bewaffneten hingegen nach bem Grabe ihrer Theilnahme mit Arbeitebaus bis zu feche Monaten, ober Gefängniß von Ginem bis zu brei Monaten beftraft werben.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift vorzuglich auch barauf zu achten, ob erft burch wirkliche Unwendung militarifchen 3mangs, ober ohne bag biefer noth=

wendig war, die Rube bergeftellt worden.

Auch bleibt es bem Ermeffen ber Gerichte über= laffen, bei befonbers milbernben Umftanben gegen bie Unftifter und Unführer auf Arbeitebaus, jeboch nicht unter Ginem Jahre, zu erkennen, und Die Strafe ber gemeinen Theilnehmer verhaltniß= mäßig berabzufegen.

Art. 165. Sat aber bie zusammengerottete Menge 3) Falls Ge= wattipatigs wirklich Gewaltthatigfeiten an Berfonen ober Sachen verübt, fo follen, mas bie Theilnehmer betrifft, a. Strafe ber

I. biejenigen, welche Morb, Tobtichlag, Brand-Theilnehmer. ftiftung (Art. 183. Nr. VI.) ober Raub begangen haben, gur Tobesftrafe verurtheilt;

II. Diejenigen, welche Berfonen thatlich migbanbelt, Blunderung oder Berftorung verubt, ober an Gebäuden, Bohnungen ober anderen liegenden Brunden burch Aufbrechen, gewaltfames Gin= bringen ober Nieberreifen, Gewalt ausgeübt ober in benfelben Bermuftungen angerichtet baben, nach ber Große und bem Umfange biefer Bemaltthaten, und nach bem Dage ibres Untbeile an benfelben, mit Rettenftrafe ober bei be= fondere milbernben Umftanben mit Buchtbaus:

III. Die übrigen Theilnehmer, falls fle bewaffnet waren ober Underen absichtlich Baffen mitge= theilt batten, mit Buchthaus ober Arbeite= baus, Die unbewaffneten aber mit Arbeite= baus ober gefchärftem Befangnif bon zwei bis brei Monaten bestraft merben.

Art. 166. Unftifter und Rabelsführer bei einem b. Strafe ber folden Aufruhr (Art. 165.) follen jeberzeit mit ben in bem Urt. 165. fur bas bei bem Aufrubr porgefallene Berbrechen bestimmten Strafen ber ichwerften Urt belegt merben.

Saben fie jedoch fich beftrebt, folde Berbrechen ober Gewaltthätigfeiten nach Rraften zu verhuten. fo ift auf jeben Fall bie Tobesftrafe ausgeschloffen und an beren Stelle Rettenftrafe zu erfennen.

Es gereicht auch in geringeren Fällen biefe Bemubung gur Dilberung ber verwirften Strafe, welche jeboch nie unter Buchthausftrafe finten fann.

Mrt. 167. Bei Bumeffung ber in borftebenben Artifeln (163 - 166.) angedroheten Freiheiteftrafen Beftimmung. ift, aufer ben bereite bemertten Rudfichten, borgug= lich auch auf Die Beranlaffung bes Aufruhre und

inebefondere barauf, ob bie Busammenrottung mit Borbebacht gefcheben ober ploblich entftanden ober bei Racht erregt war, fowie auf ben Grab und ben Umfang ber Gewaltthätigkeit, und auf ben Unter= fchied zwifden Gewaltthätigkeiten an Berfonen und an Cachen zu achten.

Aufforberung jum Mufrubr.

Art. 168. Wer zu einem Aufruhr mundlich vor einer versammelten Volksmenge, ober schriftlich burch Berbreitung gebruckter ober ungebruckter Auffate bestimmt und beutlich aufgeforbert bat; mer in ber beftimmten Abficht, einen Aufruhr zu verurfachen, abergläubifche Prophezeihungen ober falfche Rach= richten, Die eine folche Busammenrottung gu veran= laffen geeignet find, verbreitet bat, ber foll

I. wenn ber Aufruhr wirklich erfolgt ift, als beffen

Unftifter beftraft werben :

II. außer Diesem Falle ift er nach ben Bestimmungen

bes Urt. 163. ju beftrafen.

VII. Ctorung ber öffent= burd Dig= brauch ber Religion.

Mrt. 169. Wer Unbere gur Verletung ber ge= licen Rube fehlichen Pflichten gegen ben Staat, Die Dbrigkeit, ober Die Rechte ber Mitburger unter bem Bormanbe ber Religion aufforbert; wer fur vorgebliche Reli= gionsfage, mit beren Befolgung bie burgerliche Drbnung nicht befteben tann, Unbanger zu werben fucht, foll mit Arbeitshaus bis ju zwei Jahren, ober bei befondere milbernben Umftanden mit Be= fangnig, und wenn er ein Staats= ober Rirchen= amt befleibet, außerbem mit Dienftentlaffung ober Dienstentfesung beftraft werben.

VIII. Befrei= Mrt. 170. Wer einen Gefangenen aus ber Beung eines Be= fangenen 10). walt ber Obrigfeit vorfaplich befreiet, ber foll

A. Durch britte Ber= fonen.

³⁰⁾ Bal, baner, Cir. G. Bd. Art. 328 - 330. 418. 419., altenburg. Art. 169., würtemb. Art. 180—182., braunschweig. §. 109., hess. 197—201., bab. §§. 632—638., thur. Art. 106. 107., preuß. §§. 94—96.

- L. wenn es auf gewaltsame Art, burch llebermannung ber Bewachung ober burch Erbrechung bes Gefängniffes gefcheben, porausgefest, bag bie Sandlung fein fcmereres Verbrechen ent= balt, mit Arbeitebaus nicht unter Ginem Sabre bis gu fechejabrigem Bucht= baufe beftraft werben.
- II. Gefdab bie Befreiung ohne angewendete Bewalt, insbefondere burch Ueberliftung ober Beftechung berjenigen, welchen bie Bewachung ober Bermahrung übertragen ift, ober burch Ginfteigen in bas Gefängniß, fo ift auf Befangniß, ober bei beschwerenben Umftanben Arbeitebaus bis gu Ginem Jahre gu erfennen.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift borguglich auf ben Grab ber angewendeten Gewalt ober Lift und auf Die Schwere bes Berbrechens, megen beffen ber Befreiete verhaftet war, zu achten.

Gefcah bie Befreiung von bem Chegatten, ober Berlobten, ober von Descendenten, Afcendenten ober Befchwiftern bes Gefangenen, ober beffen Verfchmä= gerten in geraber Linie, fo ift biefer Umftand als ein befonderer Milberungegrund anzuseben.

Mrt. 171. Wenn Diejenigen, welchen Die Be= B. Befreiung wachung ober Verwahrung eines Gefangenen aufge= burch Gefangenen genwärter tragen ift, beffen Entweichung porfäglich bewirken ober bagu Gulfe leiften; fo follen fie mit Befängniß, ober bei erfchwerenben Umftanben mit Arbeitshaus, und wenn bie Befreiung bes Gefangenen auf ge= waltfame Urt geschah, mit Buchthaus belegt, in allen fällen aber außerbem ihres Dienftes entfest werben. Sofern jedoch bie Dienstentsetung nicht

anwendbar fein follte, ift bie in ber Sandlung liegenbe befonbere Pflichtverlegung als ein Erfchwerungsgrund gu berudfichtigen.

Fahrläßige Sandlungen jener Urt werben nach ben allgemeinen Borfcbriften ber Art. 50. 51. beftraft.

C. Gelbft= befreiung eines Befan= genen.

Mrt. 172. Gin Gefangener, melder fich felbft befreiet, verwirft hieburch allein feine Griminalftrafe, und es find nur bie mit ber Gelbftbefreiung etma berbundenen Berbrechen nach ben betreffenden Straf-

gefeten zu ahnben.

Die bisciplinarifche Beftrafung folder Entweichun= gen und ber Complotte mehrerer Mitgefangenen gum Brede ihrer Befreiung bangt von ben Bestimmungen ab, welche über bie Befangnifpolizei und Sand= babung ber Ordnung in ben öffentlichen Strafanftalten befteben, ober funftig getroffen werben.

IX. Rüdfebr eines Ber= miefenen.

Mrt. 173. Derjenige, welcher burch ein Strafurtheil aus bem Ronigreiche verwiesen worben ift (Art. 30.), und unter irgend einem Bormande ohne erhaltene obrigfeitliche Erlaubnig babin gurudfehrt, foll mit Arbeitshaus bis zu breijähriger Buchthausftrafe belegt und nach überftanbener Strafe von neuem aus bem ganbe gefchafft merben

Den Umftanden nach tann burch eine öffen t= liche Musftellung bie Strafe gefcharft werben.

Wird berfelbe nachber wieber innerhalb ber Lanbesgrenze ergriffen, fo ift nach ben Gefeten uber ben Rudfall wiber ihn zu verfahren.

X. 3mei= fampf 31): A. Begriff.

Mrt. 174. Wenn zwei Berfonen, wegen einer Beleidigung, unter gegenseitiger Ginwilligung einen

¹¹⁾ Bgt. attenb. Cr.=G.: Bc, Art. 206—210., würtemb. Art. 201—205., braunschw. §§. 119—122., besi. Art. 292—295., bab. §§. 326—334., thüring. Art. 197—201., preuß. §§. 164—174., österreich. §§. 158—165.

Rampf mit tobtlichen Waffen eingeben, fo machen ffe fic bes 3meifampfes (Duelle) foulbig.

Der Zweitampf foll, infofern bie Militargefete und bie akademischen Gefete teine befonderen Borfchriften enthalten (Urt. 2.), nach ben in ben folgenben Artifeln gegebenen Bestimmungen bestraft merben

Art. 175. I. Wenn der Zweikampf auf den B. Strafe Tod eines Theiles verabredet war und auch Duellanten. wirflich ein Theil getobtet murbe, fo tritt gegen ben anbern Tobesftrafe ein. Es fann inbef unter milbernben Umftanben auch auf Retten= ftrafe erfannt merben.

- II. Wenn ber Zweifampf gwar nicht ausbrudlich auf ben Tob eines Theiles, jedoch unter folden Bebingungen verabrebet und unter folden Umftanben vollzogen worben, bag biefer mirtlich erfolgt ift, fo hat ber andere Theil Rettenftrafe, und unter milbernben Umftanben Bucht= hausftrafe, zu erleiben.
- III. Wenn feiner ber borbemertten erschwerenben Umftanbe eintritt, gleidmohl Giner getobtet, ober bemfelben eine von ben im Urt. 243. Nr. III. IV. 244. Nr. I. bezeichneten Berlegungen gu= gefügt murbe, fo ift bas Duell mit Arbeits= baus, und unter befonders milbernden Um= ftanben mit Befangnig nicht unter Ginem Monate zu beftrafen. Mur in bem Falle, wenn ein 3meitampf unter ben oben (I. und II.) bemertten Bedingungen gwar verabrebet mar, inbef nicht ber Tob, fonbern nur eine fcmere Bermundung eines Theiles erfolgte, fann auf

Buchthaus bis zu feche Sahren erkannt werben.

Ausnahmsweise wird hiebei bestimmt, daß in allen Fällen dieses und des folgenden Artikels ber Richter, statt auf die benannten Freiheitsstrafen, auf Staatsgefängniß von gleicher Dauer (Art. 30.) erstennen soll, und damit die in dem Art. 16. bestimmsten Folgen schwerer Strafen nie verbinden barf.

In Fällen jedoch, wo der Duellant den Zweistampf unter Umftänden eingegangen ift, bei welchen diejenigen Rucksichten, die eine entehrende Bestrafung des Duells im Allgemeinen ausschließen, nicht zuetreffen, namentlich wo den Angeschuldigten der Vorwurf trifft, daß er ohne Verletzung deffen, was der herrschende Begriff von Ehre erfordert, das Duell überhaupt, oder unter den unter I. und II. dieses Artikels bemerkten erschwerenden Bedingungen hätte vermeiden können, soll statt des Staatsgefängnisses die ursprüngliche Strafe eintreten.

2) ber Gehül: fen unb Be: günftiger.

Art. 176. Diejenigen, welche Andere zum Zweistampfe aufgehett haben, follen nach den Grundfägen bes Art. 69. gestraft werden, sofern sie nicht als Anstifter betrachtet werden muffen. Andere Gehülfen und die Begünstiger sind mit Gefängniß oder Geldsftrafe zu belegen.

Den Secundanten, welchen eine fonstige Art ber Theilnahme nicht zur Last fällt, soll, insofern sie das Duell möglichst unschädlich zu machen bemüht gewesen, dies zur besondern Strasmilberung gereichen. Haben sie aber Alles ernstlich versucht, um das Duell zu verhindern, so sollen sie mit aller Strase versschont bleiben.

Die beim Zweikampfe zugezogenen Merzte find bon aller Strafe frei.

Art. 177. 3m Allgemeinen ift berjenige Theil Grunbeber Etrafaumef ber ftrafbarfte, welcher burch feine Schuld bas Duell berbeigeführt bat, und in bem Grabe ftrafbarer, als feine gange Sandlungeweife babei tabelnewerth ge= wefen ift. Im übrigen ift bei Bumeffung ber in ben porftebenben Artifeln angebrobeten Strafen befonbers auf die Beranlaffung und bie Ratur ber jugefügten Beleidigung; auf die etwa geschehene Ablehnung einer angetragenen befriedigenden Ausgleichung; auf bie Beschaffenheit ber Waffen und bie Bedingungen bes eingegangenen Rampfes; auf ben Unterschied gwischen porber verabredetem und plotlich entstandenem Duell (Rencontre); auf bie besondere Art ber Thatigfeit eines jeden ber Rampfenden, und in bem Falle bes Art. 175. Nr. III. auf bie Große und Dauer ber mit ber eingetretenen Berletung verbundenen Gefahr und bes barque entstanbenen Schabens, Rudficht gu nebmen.

fung.

Diertes Kapitel.

Bon Berbrechen wiber bie öffentliche Gicherheit im Staate.

Art. 178. Wenn burch Berübung rechtswidriger I. Berbrechen Gewalttbatiafeiten gegen Berfonen ober Gigenthum ber Gewalt-Die öffentliche Sicherheit gestort wird, fo ift bas A. Begriff. Berbrechen ber öffentlichen Gemalttbatigfeit vorbanden.

Mrt. 179. I. Wenn bergleichen Gewaltthätig= B. Strafe. feiten an Berfonen verübt worben, fo finbet

Arbeitshaus oder Gefängniß statt. Doch ift unter erschwerenden Umständen der Richter auch ermächtigt, auf Zuchthaus bis zu drei Jahren zu erkennen. Bei Zumeffung dieser Strafen ist auf die Größe der verübten Gewalttätigkeiten, auf die Verbindung Mehrerer, auf die Beschaffenheit des Ortes, auf den Grad der Mitwirkung der einzelnen Theilnehmer und auf den Unterschied zwischen bewaffneten und unsbewaffneten Theilnehmern zu achten.

II. Sind keine Gewaltthätigkeiten an Berfonen begangen worben, so ift auf Gefängniß, ober bei erschwerenden Umständen auf Arbeites aus zu erkennen und bei Ermäßigung der Strafe auf die vorstehend bemerkten Umstände Rucksicht zu nehmen.

II. Störung tes Saus: friebens 12).

Art. 180. Wer widerrechtlicher Weise in eines Andern Wohnung gewaltthätig eindringt, oder einen Andern in seiner Wohnung durch Gewalt beunruhigt, macht sich der Störung des Hausfriedens schuldig und soll mit Gefängniß, bei beschwerenden Umstänzben, insbesondere, wenn er sich mit Waffen versehen batte, mit Arbeitshaus bestraft werden.

III. Brand: ftiftung 11). A. Begriff.

Art. 181. Wer aus rechtswidrigem Borfate eine Sache mit Gefahr fur andere Berfonen ober beren Eigenthum in Brand fest, ber ift ber Brandfiftung foulbig. Bu bem rechtswidrigen Borfate

²⁹⁾ Bgl. baher. Str.sG.:Bd. Art. 422, 423., altenburg. Art. 119., würtemberg. Art. 193. 194., braunschweig. Ş. 180., thüring. Art. 117., öfterreich, Ş. 83. 84.

m) Hgl. baher. Str.:G.:Bch. Art. 247—253., olbenb. Art. 252—258., altenburg. Art. 171—178., würtemberg. Art. 378—384., braunschweig. S. 204—208., besi. Art. 411—419., bab. S. 546—562., thüring. Art. 161—167., preuß. S. 285—289., österreich. S. 166—170.

bei biefem Berbrechen gebort bie Abficht, einen Brand mit Reuersgefahr fur Unbere zu verurfachen. Das Berbrechen ift vollenbet, wenn bas Feuer ausgebroden ift; ber Musbruch bes Feuers aber tritt ein, fobalb bie bom Thater gebrauchten Brenn-Materialien bie in Brand ju fegenbe Sache gegundet haben.

Art. 182. Ift bie Brandftiftung an Gebäuden B. Strafe: verübt, fo tritt, wenn dabei feine der in dem folgen= ftiftung an ben Artifel benannten Erschwerungen vorhanden ift, Rettenftrafe bafur ein; bei beren Bumeffung vorzuglich auf ben aus ben Umftanben zu beurtheilenben Grab ber Befährlichkeit und auf bie Grofe bes barque entftanbenen Schabens, fowie auf Die Beilig= feit bes beschäbigten Bebaubes zu achten ift.

Es macht babei feinen Unterfchieb, ob ber Brand unmittelbar an Gebäuden felbft, ober an folden Begenständen erregt ift, welche ibn benfelben mitgetheilt haben.

Art. 183. Die Brandftiftung wird mit bem Fortfepung. Tobe bestraft, wenn einer ber folgenben erschweren= ben Umftanbe bingutritt:

- I. wenn burch bas erregte Feuer bie Berftorung eines ober mehrerer bewohnten Bebaube bemirft ift. Bei maffiben Gebauben foll es ber Berftorung gleich geachtet werben, wenn fle völlig ausgebrannt find;
- II. wenn ber Tob ober bie lebensgefährliche Bermundung eines Menfchen bie Folge bes erregten Branbes gewesen ift, und ber Branbftifter nach allen Umftanben vermuthen tonnte, daß Denfchen in ben Gebauben maren;

- III. wenn zu einer Zeit, wo die Bewohner ber Gebäude gewöhnlich im Schlafe liegen, ober unter besonderen die Rettung der Menschen oder die Löschung des Feuers erschwerenden und dem Thäter bekannten Umständen, der Brand gestiftet und dadurch wenigstens ein bewohntes Gebäude selbst angezündet ist;
- IV. wenn ber Brand an folden Berfammlungsorten gestiftet ift, wo burch beffen Erregung eine große Angabl von Menfchen perfonlich in Gefahr gesett werben;
 - V. wenn ber Berbrecher in Städten, Fleden, Dörfern ober Gehöften an verschiebenen Gebäuden zugleich Brand gelegt, und bas Feuer wenigstens eines berfelben angezundet hat;
- VI. wenn die Brandstiftung bei Aufruhr, Waffersnoth, Kriegsgefahr, ober fonst in gemeiner Roth verübt ift;
- VII. wenn ber Brand an Gebäuden, in welchen Bulver=Vorräthe verwahrt werden, ober in ber Nähe folcher Vorräthe erregt wurde, vorausgesetzt, daß der Thäter von dieser befondern Gefährlichkeit seiner That Kenntniß hatte;
- VIII. wenn ber Brand in ber Absicht gestiftet wurde, bamit unter bessen Begunstigung Mord, Raub, Diebstahl ober ein anderes mit einer schweren Strafe bedrohetes Berbrechen von dem Brandftifter felbst, ober von Anderen begangen werbe;
- IX. wenn ber Verbrecher mit Feueranlegen gubor

aebrobet batte und burch feine Branbftif= tung wenigstens ein Gebaube angezundet ift;

X. wenn ber Berbrecher bereits megen fruberer Branbftiftung Rettenftrafe (ober, nach bem Art. 12., ftatt berfelben Buchthausftrafe) erlitten, und fich von Neuem einer Brand= ftiftung an Gebäuben fculbig gemacht bat;

XI. wenn ber Berbrecher zu verschiedenen Beiten brei noch nicht beftrafte Brandftiftungen an

Bebäuben verübt bat.

Mrt. 184. Bon Brandftiftung an anderen 2) Strafe ber Gegenftanben, ale Gebauben, follen ale aus= tung an ans gezeichnet mit bem Tobe beftraft merben:

I. Branbftiftungen in Berg werten, welche noch

wirklich in Betrieb fteben;

II. Brandftiftungen an mit Dannichaft befetten Schiffen, ober bewohnten Schiffe= mühlen.

Art. 185. Die übrigen hieher gehorenden Brands b. Conftige fliftungen werben nach folgenben Grundfaben beftraft :

I. wenn fie an Walbungen, noch nicht abge= arnteten Fruchtfelbern, Beiben ober Torf= mooren berubt merben, follen fle, unter Berudfichtigung ber Grofe ber Gefahr und bes Schabens, mit Buchthaus, ober mit Rettenftrafe nicht über funfgebn Sabre beftraft merben, unter befonbere milbernben Umftanben aber mit Arbeitsbaus.

II. Wenn fle verübt werben an unbemannten Schiffen, unbewohnten Schiffemublen, abgeärnteten im Freien ftebenben Felb=, Biefen= ober Bartenfruchten, Deich= hefleibungen, abgefonberten Bor-

Branbftif= beren Gegen= ftanben.

> a. Aus= gezeichnete Fälle.

räthen von Bau= ober Brenn=Materialien, ober anderen solchen abgesondert liegenben, zu Gebäuden im gewöhnlichen Sinne nicht
zu rechnenden Gegenständen, so soll die Strafe
bes Arbeitshauses ober bes Zuchthauses
eintreten. Bei besonderer Größe der Gefahr
und des Schadens sindet jedoch auch Ketten=
strafe bis zu funfzehn Jahren statt. Auch
sind die Gerichte ermächtigt, wenn Gefahr und
Schaden sehr gering waren, auf Gefängniß,
jedoch nicht unter Einem Monate, zu erstennen.

Anzünben eigener Sachen. Art. 186. Wer seine eigene Sache, in ber Absicht eines Betruges an Brandkaffen ober ansberer Betrügereien, unter folden Umftänden in Brand steckt, bei welchen aus beren Anzundung eine Gesahr für Menschen ober fremdes Cigenthum nicht entstehen kann, ift nach den Gesehen wider den ausgezeichneten Betrug zweiter Klassezu bestrafen. (Art. 317.)

Bon ben Wirkungen thätiger Reue.

- Art. 187. I. Wer nach gelegtem Brande ben Ausbruch bes Feuers aus eigenem Antriebe verhindert, ist von Strafe frei, jedoch vorbehaltlich polizeilicher Magregeln.
- II. Wer das eben ausgebrochene Feuer auf ber Stelle wieder gelöscht, und sonach, außer bem durch den bloßen Ausbruch des Feuers bewirkten, allen weitern Schaden verhütet hat, der soll in den Fällen der Art. 182. 183. und 184. nur mit Arbeitshaus, im Falle des Art. 185. aber mit Gefängniß gestraft werden.
- III. Sft bas Feuer erft nach bem Ausbruche und nachbem es bereits einigen weitern

Schaben geftiftet bat, jeboch vor beffen fernerer Berbreitung und ohne bag ba= bei ein Menfch fchwer verlett murbe, von bem Branbftifter felbft, ober burch feine Beranftaltung aus eigenem Untriebe gelofcht worben; fo foll anftatt ber in ben vorftebenben Artifeln (182-185.) bestimmten Tobes = und Retten= ftrafe auf Buchthaus, ftatt ber Buchthausftrafe auf Arbeitebaus, und ftatt bes Arbeitebaufes auf Befangnif ertannt werben.

Art. 188. Wer in rechtswidrigem Borfate, mit IV. Berur-Gefahr fur andere Berfonen ober beren Gigenthum, Stranbung. Die Strandung ober bas Berfinten eines Schiffes verurfacht, foll, wenn baburch ein Menfch bas leben verloren bat, mit bem Tobe bestraft, fonft aber mit Rettenftrafe belegt werben. Es macht babet feinen Unterschieb, ob ber Thater felbft bie Befahr getheilt bat ober nicht. In benjenigen Rallen je-Doch. wo die Befahr fich blog auf bas Gigenthum anderer Berfonen befchrantt und nur einen gering= fügigen Begenftand betrifft, tann nach ben Umftanben auf eine andere Freibeiteftrafe, jeboch nicht unter Arbeitebaus erfannt merben.

Wer aber ohne Befahr fur andere Berfonen ober beren Bermogen nur gur Bernichtung feines Gigenthums bie Strandung ober bas Berfinten eines Schiffe in betruglicher Abiicht, namentlich um bon einer Berficherung gegen Seegefahr einen wiberrecht= lichen Bortheil zu gieben, bewirft, ift mit ber Strafe bes ausgezeichneten Betruges zweiter Rlaffe zu be-

legen. (Art. 317.)

Art. 189. Wer mit rechtemidrigem Borfate und V. Berurmit gemeiner Gefahr fur Leben und Gigenthum, fowenmung. mittelft Durchstechung ober Beschäbigung ber Deiche ober Damme, Eröffnung von Schleusen ober Syhlen, ober auf abnliche Weise eine Ueberschwemmung verursacht, hat die Tobesftrafe, und bei besonders milbernden Umftanden Rett enstrafe verwirkt.

War bie Ueberschwemmung nur mit Gefahr für bas Leben Einzelner ober mit gemeiner Gefahr für Eigenthum verbunden, so soll Kettenstrafe, und bei geringer Gefahr für Leben oder Eigenthum, so-wie bei geringem Schaden an Eigenthum, Jucht= hausstrafe eintreten; traf die Gefahr nur das Eigenthum Einzelner, so tritt Strafe des Arbeits= hauses, und in geringen Fällen Gefängniß= strafe ein.

Wer durch eine unbefugte, wenngleich vorfählich gefchehene Eröffnung der Schleufen oder Sphle eine Ueberschwemmung bewirkt hat, wobei eine Gefahr für Leben oder Eigenthum so wenig beabsichtigt als entstanden ift, unterliegt nur einer polizeilichen Bestrafung.

VI. Gemeins gefährliche Bergiftung. Mrt. 190. I. Wer Brunnen, öffentlich verkäufliche Waaren und überhaupt folche Sachen, wodurch eine unbestimmte Menschenzahl Leben ober Gesundheit verlieren kann, boshafter Weise vergiftet, foll mit bem Tode bestraft werden.

II. Ber aus Bosheit ober Eigennut eine Biehe feuche verbreitet ober veranlaßt hat, foll mit einer nach ber Größe ber Gefahr und bes Schabens zu bestimmenben Kettenstrafe belegt werben.

III. Wer um eines Andern Thiere zu beschäbigen, Weiben, Wiesen ober Teiche vergiftet, ift mit Buchthaus ober Arbeitshaus zu bestrafen.

Art. 191. Alle in ben Art. 181. bis 190. Augemeine incl. bezeichneten Verbrechen follen, wenn fie aus Bestimmung. Fahrläßigfeit begangen find, nach ben allgemeinen Beftimmungen ber Art. 50. und 51. beftraft merben. Bei befonderer Große ber Fahrlägigfeit und bes verurfachten Schabens fann jeboch ber Richter ausnahmsweise auf Buchthaus erfennen.

Mrt. 192. Wer burch aufgestedte Brandzeichen, VIL Land: ober burch fdriftliche Drohungen von Morb, Raub. Branbftiftung ober anderer gemeingefährlichen Berbrechen, über gange Orte ober Gegenden Erpreffungen unternimmt (Art. 334.), foll nach Gefährlichkeit ber Drobung mit Rettenstrafe bis zu funfzehn Sahren belegt werden.

Bei geringerer Gefährlichkeit ber Drobung finbet Buchthaus ober Strafarbeitshaus ftatt. Auf gleiche Beife, und in ben geringften Fallen mit Befängniff, werben bergleichen Drohungen beftraft, wenn fle nicht auf Erpreffungen abzwedten.

fünftes Kapitel.

Bon ben Berbrechen wiber bie Religion 84).

Art. 193. Wer burch Reben ober Sandlungen I. Berlepung die einer Religion, beren Uebung im Schute bes gegen bie Re-Staates ftebt, gebubrende Ehrfurcht wiffentlich verlest, und baburch ein öffentliches Aergernif erregt.



[&]quot;) Bgl. bayer. Str. G. Bd. Art. 336—424., ofbenb. Art. 341. 453., altenb. Art. 189—193., würtemb. Art. 190—192., bes. Art. 193—196., beaunichw. S. 117., bab. S. 583—585., thuring. Art. 180—184., preuß. \$\$. 135—137., bherreth. \$\$. 122—224.

foll nach ber Große bes Mergerniffes und mit Ructficht barauf, ob Duthwille, Frevel ober bie Abficht boslicher Serabwurdigung ber Religion gum Grunde gelegen, mit Gelbbuffe, Gefangnif, Arbeitebaus ober Buchtbaus beftraft merben.

II. Sterung bes öffent= bienftee.

Mrt. 194. Die mit rechtswidrigem Vorfate ge= licen Gottes: fchehene Storung eines im Staate nicht untersaaten Gottesbienftes foll nach folgenden Beftimmungen beftraft werben.

> Gefchah bie Storung burch Chrenfrankung, obne Gewalt an Berfonen ober Sachen, fo ift auf Gefananif bis zu Ginem Monate, und wenn gottesbienfiliche Verrichtungen burch 3mang gebinbert murben, auf Gefängnig bon zwei bis brei Monaten zu erfennen.

> Gefchab fie burch nicht thatliche Chrenkrantungen, welche an einem Beiftlichen mabrend feiner Umteverrichtungen ober an ber versammelten Gemeinbe felbft begangen murben, fo wird ber Thater außer ber im erften Falle bem Beleidigten felbft ober im anbern Kalle ber Gemeinde in ber Berfon eines ihrer Beifilichen ober Borfteber zu leiftenben Abbitte, mit Gefängnif ober Arbeitebaus bis zu Ginem Sabre beftraft.

> War bie Störung mit einer an Berfonen ober Sachen verübten Gewalt verbunden, fo ift fle mit Arbeitehaus bis zu Ginem Jahre, und wenn ein Geiftlicher mabrend feiner Amteverrichtungen thatlich mighandelt murbe, mit Buchthaus zu beftrafen.

Mugemeine Beftimmun= gen.

Mrt. 195. Bei Buerkennung ber Strafen ift besonders barauf Rudficht zu nehmen, ob ein Geift= licher in feinen Umteverrichtungen beleidigt ift, mo= bei bie Wichtigkeit und Beiligkeit berfelben in Betracht fommt, und ob bie Storung innerhalb ober auferhalb bes Gotteshaufes gefcheben ift.

Fabrläßige Störungen bes öffentlichen Gottes= bienftes bleiben ber polizeilichen Abnbung überlaffen.

Sechstes Kapitel.

Bon Berbrechen wiber öffentliche Treue und Glauben.

Mrt. 196. Wer mit rechtswidrigem Borfate I. Falldung eine Urfunde falfchlich auf ben Namen bes Ronigs, urfunben 19). ober einer öffentlichen Beborbe, ober einer fonft öffent= A. Begriff. lichen Glauben babenden Berfon ausstellt, Die Unterfcbrift ober bas Siegel, woburch eine Urfunde bie Gigenschaft einer öffentlichen erhalt, nachahmt ober ju einer falfchen Urfunde migbraucht, ben Inhalt einer öffentlichen Urkunde burch Bufat, Ausloschung ober Beranberung boslich entstellt, ber ift ber &al= foung öffentlicher Urfunden foulbig.

Der miffentliche rechtswidrige Gebrauch einer falfchen öffentlichen Urfunde wird gleich ber Falfchung

berfelben geftraft.

Urt. 197. Die Fälfchung öffentlicher Urfunden B. Strafc. wird mit Buchthaus ober Arbeitebaus geftraft. beren Dauer besonders nach ber Wichtigkeit ber Urfunde, nach bem von berfelben gemachten Gebrauche und nach ber Große bes baburch bezweckten ober ber= urfachten Schabens zu beftimmen ift.

³⁸) Bgl. bayer. Str.:G.:Bd, Art. 337. 425., olbenb. Art. 342. 454., altenb. Art. 247. 248. 250., würtemb. Art. 219 — 221., braunschweig. §, 131. 132., bes. Art. 386. 387., bab. §§, 423—429., thüring. Art. 252—256., preuß. §, 251., bserreich. §, 109.

Bei befonders hobem Grade ber Befährlichfeit und bes Schabens findet jeboch auch Rettenftrafe bis zu fünfzebn Sabren fatt.

Bar bingegen Befahr und Schaben febr gering, fo find bie Berichte ermachtigt, auf Gefangnig=

ftrafe zu erfennen.

Im Allgemeinen jedoch ift die Falfchung öffentlicher Urfunden ftete barter zu bestrafen, ale bie

Fälfchung von Brivaturfunden.

Fälfchungen in Reifepäffen, Wanderbuchern und bergleichen, infofern baburch nicht bie Berübung anberer Berbrechen bezwectt wurde, find ber polizei= lichen Abnbung überlaffen.

IL Fälidung öffentlicher Stegel 36).

Art. 198. Wer in rechtswidriger Absicht bas Amteflegel einer öffentlichen Beborbe fur fich ober Undere verfertigt ober verfertigen läßt; wer ein fol= ches achtes ober nachgemachtes Siegel zu verbreche= rifden 3weden in Befit nimmt, foll, wenn fein Digbrauch bavon gemacht worben, mit Befängniß bestraft werden 37).

III. Fälfdung ber Stempel.

Art. 199. Wer in Unfehung ber Stempel, momit Bapier, Maaren, Mage und Gewichte unter öffentlicher Autorität bezeichnet werben, eine Fälfchung

³⁶⁾ Bgl. bayer. Str.: S .: Bd. Art. 338. 426., olbenb. Art. 343. 455., attenb. Art. 251., würtemb. Art. 222—225., braunichw. f. 131., heff. Art. 228—232., bab. §6. 446—448., thuring. Art. 257., preuß. §. 340., Bfterreich. f. 330.

³⁷⁾ Befanntmachung bes f. Minifteriums bes Innern, bie Berferti: gung öffentlicher Giegel betr., vom 4. Rovember 1838. Art. 1. Riemand barf ein öffentliches Siegel ohne ichriftlichen

Auftrag ber Beborbe u. f. w., welcher es angebort, verfertigen. Art. 2. Gin verfertigtes öffentliches Siegel barf nur an bie Beborbe u. f. w., für welche es bestimmt ift, ober ben fcriftlich von ibr Bevollmächtigten abgeliefert werben.

Mrt. 3. Ber gegen biefe Beftimmung hanbelt , verfallt vorbehalt: lich ber außerbem etwa verwirften peinlichen Strafe in eine Gelbbufe bis ju fünfzig Thalern ober verbaltnigmäßige Gefängnigftrafe.

begeht, indem er in rechtswidriger Absicht falfche Stempel verfertigt ober verfertigen läßt, anwenbet, ober bie rechten migbraucht, foll mit Arbeitshaus und in fcwereren Fallen mit Buchthaus beftraft merben.

Arbeitsbaus, ober in leichteren Fallen Befängnig, foll berjenige erleiben, welcher ber falfch geftempelten Begenftanbe im öffentlichen Berfehre auf betrügerische Weife fich bedient.

Wer zum 3med folder Fälfchungen achte ober falfche Stempel in unerlaubten Befit nimmt, foll, wenn ber beabsichtigte Gebrauch bavon noch nicht gemacht ift, Befängnifftrafe erleiben 38).

Mrt. 200. Wer in rechtswidriger Absicht Die IV. Mungim Konigreiche im Sandel oder fonftigen Vertehr falfdung is). als Gelb umlaufende in= ober ausländische Dunge verfälscht ober nachmacht, ift ber Dungfälfchung fcbulbia 40).

verfälicht, wiffentlich faliche Couverte ober Marten verwendet ober bie achten migbraucht, verfallt in bie gefetlich angebrobeten Strafen. (Bgl. befonders Art. 199. bes Criminal-Gefenbuches.)

40) Patent, bie zwijchen ben gum Boll= und Sanbele= vereine verbundenen Staaten bestehenbe allgemeine Mung: Convention und bas gwifden benfelben verabrebete Dung-

Cartel vom 29. Rovember 1853 betr.

¹⁹⁾ Befanntmachung bes R. Finang : Ministeriums, bie Ausführung bes Gef. über bie Pofitare v. 9. August 1850 betr., v. 10. Aug. 1850. 5. 4. Ber geftempelte Couverts ober Francomarten nachmacht ober

³⁹⁾ Bgl. baper. Str.: B.: Bd. Art. 341-346. 428-431., olbenburg. Art. 346-351, 457-460., wurtemberg, Art. 206-215., altenburg. Art. 268-274., braunichweig. §f. 126-129., hannov. Art. 200-204., heff. Art. 204-217., bab. 68. 509-528., thuring. Art. 260-268., preuß. 68. 121-124., öfterreich. 68. 118-121.

Art. 1. Die contrabirenten Staaten verpflichten fic, ihre Angebori: gen wegen eines, gegen bas Mungregal eines anbern Bereinsftaates - let es in Bezug auf bie von bemfelben gepragten Mungen, ober in Bejug auf bas von ibm ausgegebene Papiergelb - unternommenen ober begangenen Berbrechens ober Bergebens, ober megen ber Theilnahme an einem folden Berbrechen ober Bergeben, ebenfo gur Unterfuchung gu

B. Strafe: 1) ber Ber= fertigung fal= ider Munge. Mrt. 201. Der Berfertiger falfcher Munze wirb, I. wenn er Munzen, Die nicht zu ber Scheibe= munze gehören, geprägt und ausgegeben hat,

gieben und mit gleicher Strafe gu belegen, als wenn bas Berbrechen ober

Bergeben gegen bas eigene Mungregal gerichtet mare.

Art. 2 Die contrabirenden Staaten übernehmen ferner bie Berpflichtung, die in ihrem Gebiete fich aufhaltenden Fremden, von welchen
ein solches Berbrechen oder Bergeben gegen bas Münzegal eines andern
Bereinsstaates unternommen oder begangen worden, oder welche an biefem Berbrechen oder Bergeben kheil genommen haben, auf Requisition
bes beiheiligten Staates an bessen Gerichte auszuliefern, mit der Maßgabe jedoch, daß, im Kalle bergleichen Individuen Angehörige eines britten
ber contrabirenden Staaten sind, der letzere vorzugsweise berechtigt
bleibt, die Auslieferung zu verlangen, und beshald auch von bem requirirten Staate zunächst zur Erklärung über die Aussübung bieses
Rechts aufusordern ist.

Art. 3. Die im Art. 2. ausgesprochene Berpflichtung gur Auslieferung foll nicht eintreten, wenn ber Ctaat, in beffen Gebiete ein folcher

Frember fich befindet, entweber:

a) in Gemäßheit eines zwischen ihm und einem nicht zum Zollvereine gehörigen Staate bestebenben allgemeinen Bertrages über bie gegensseitige Auslieserung ber Berbrecher verpflichtet ift, benselben babin auszustesern, ober

b) bie Untersuchung und Bestrafung felbst verhangen gu laffen vor-

gene Berpflichtung gleichfalls Unwendung finben.

Art. 4. Die contrabirenden Staaten wollen die Bestimmungen ber Art. 1. bis 3. auch auf Berbrechen und Bergeben, welche die betrügliche Rachabmung ober die Berfälichung ber von einem von ihnen ausgestellten Staatsschulen ber ben anbern Instituten, Nationalbanken oder Gestuschaften mit landesherrlichem Privilegium auf jeden Inhabet ausgestetigten Erebitpapiere zum Gegenstande haben, ober die wissentlich ober aus gewinnschaften Robicht unternommene Berbreitung solden Napiere partiere papiere, in ber Art ausgedehnt wissen, daß bei ber Bestrasung solder Berbrechen und Bergeben zwischen inlandichen Papieren und gleiche gertigen und Bergeben zwischen inlandichen Papieren und gleiche gemacht werden, auch hinsichtlich ber Untersuchung ober Ausstelenung bassenge Anwendung sinden soll, was vorstehend für Münzverbrechen vereindart worden ist.

Gefet, bie Bestrafung ber Berbrechen in Beziehung auf Mungen u. f. w. ber mit hannover gum Mungcartel ver-

bunbenen Staaten betr., vom 29. Rovember 1853.

S. 1. Berbrechen und Bergeben in Bezug auf bie Mungen, bas Bapiergeld, und bie in ben Müngcartellen (Art. 3. §§. 1. 4.) aufgeschreiten Erebithapiere berjenigen Staaten, welche mit bem Königreiche burch bie Müngcartelle verbunden find, unterliegen der gleichen Bestrafung, als wenn sie in Bezug auf die Müngen, das Papiergeld und die Ereditzpapiere gleicher Art bes Insandes begangen wären.

in ber Regel mit Rettenftrafe bis gu funf= gebn Sahren belegt. Unter befondere milbernben Umftanben fann ausnahmsweise auf Buchthaus von vier bis acht Jahren erfannt merben.

II. Wenn er bagegen folche Mungen gegoffen bat, ober bon biefen ober ben geprägten unächten Mungen noch feine ausgegeben worben, ober wenn bie Nachahmung nur an Scheibemunge gefchehen ift, fo tritt Buchthaus, bei befonbere erschwerenben Umftanben jeboch Rettenftrafe bis gu acht Sahren, und in febr geringen Fallen bie Strafe bes Arbeitebau= fes ein.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift befonbere auf Die etwa vorhandene Berbindung Mehrerer gur Begehung bes Berbrechens, auf ben Unterschied gwifchen inländischen und ausländischen Mungen, auf ben großern ober fleinern Nennwerth, auf ben mehrern ober minbern Schein ber Mechtheit, auf bie innere Gute und auf die Menge ber verfertigten und ausgegebenen Mungftude Rudficht zu nehmen.

Art. 202. Wer ben innern Werth achter Dun= 2) Strafe ber gen burch Beschneiben ober andere Mittel verringert, Mungverfalwer unachten ober verrufenen Metallftuden ober ge= ringeren Mungforten ben außern Unschein achter ober gultiger ober boberer Dungen gibt, und folche auf Die eine ober andere Urt verfalfchten Stude ausgibt, ber wird mit Buchthaus bis zu vier Jahren, ober bei minberer Wefährlichfeit ber That mit Arbeitebaus ober Gefangnif beftraft.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift befonbere

auf die am Ende des Art. 201. angegebenen Rud-

fichten zu achten.

Alls ausgegeben ift in ben Fällen biefes und bes vorftebenben Artikels eine Munge auch bann ichon zu betrachten, wenn fie als Zahlung angeboten ift.

V. Münz= betrug. Mrt. 203. Wer ohne falfche Mungen zu verfertigen ober ächte Mungen zu verfälschen und auch ohne sich ber Theilnahme an biesen Verbrechen schulbig zu machen, Betrügereien in hinsicht ber Mungen verübt, soll nach folgenden Bestimmungen gestraft werden:

- I. Arbeitshaus bis zu zwei Sahren ober, bei milbernden Umftänden, Gefängniß nicht unter Ginem Monate findet wider denjenigen ftatt, welcher, ohne Ginverständniß mit dem Mungfälscher, unächte ober falsche Mungen wiffentelich einwechselt und wieder ausgibt;
- II. mit Gefängniß ift zu strafen, wer ohne Einverständniß mit einem Münzfälscher, aber ohne Auftrag der gehörigen Obrigkeit, Münzstempel
 oder andere Münzwerkzeuge versertigt, oder an
 einen Andern, als die ihn beaustragende Obrigkeit abliefert. Satte er hingegen dergleichen
 Stempel oder Werkzeuge in der erwiesenen Absicht, eine Münzfälschung zu verüben, angeschafft,
 so soll er, wenn auch davon noch kein Gebrauch
 gemacht worden, wegen Versuchs der Münzfälschung bestraft werden;
- III. Gefängniß bis zu Ginem Monate ober angemeffene Gelbbuße findet wider denjenigen ftatt, welcher falfche Mungen, die er felbft in Zahlung empfangen hat, wissentlich als achte

ausgibt. Falls jeboch ber Betrag ber ausge= gebenen falfchen Dungen bie Summe von zwolf gute Grofchen nicht überfteigt, foll nur polizeiliche Abnbung eintreten.

IV. Wer verbotene Mungen gur Berbreitung einführt, foll mit Gelbftrafe belegt werben. Wenn Becheler fich ein folches Bergeben gu Schulben fommen laffen, ober wenn fle überhaupt verbotene Mungen ale Mungen in Umlauf bringen, fo ift auf eine Belbftrafe zu erfennen, welche meniaftene bem vierfachen Betrage bes außern Bablwertbes ber von ibnen eingeführten ober bei ibnen vorgefundenen verbotenen Mungen gleich= fommt. Im Wiederholungefalle foll ihnen außerbem die Treibung bes Wechfelgeschäftes verboten und bies öffentlich befannt gemacht werben.

Mrt. 204. Reben ber Strafe ber in vorfteben= Confiscation ben Artifeln 196-203. bemerften Berbrechen, findet ber Bertzugleich bie Confiscation ber gur Berübung berfelben bienenben Werkzeuge und Materialien, fowie insbefondere ber vorräthigen falfchen, verfälfchten ober verrufenen Mungen fatt.

Art. 205. Wer in Unsehung ber Berbriefungen VI. galüber landesberrliche und Landesschulden, fowie Die Schulden ber Brovingial = Landschaften, ingleichen in Unfebung ber auf ben Inhaber lautenden Obliga= tionen ber unter öffentlicher Autorisation ftebenben Credit = Bereine und ber Stabte, und beren Bing-Coupons, von welcher Art ober Summe fie fein mogen, eine Falfdung begeht, es gefchebe burch Dach= abmen folder Gredit-Bapiere ober beren betrugliche Beranberung, foll, wenn von bem falfchen Staate=

foung ber papiere.

Papiere Gebrauch gemacht ist, mit Kettenstrafe bis zu zwanzig Jahren belegt werden.

Auf Buchthaus, und bei befonders erschwerenben Umftanden auf Rettenstrafe bis zu acht Jahren ift zu erkennen, wenn noch kein Gebrauch bavon gemacht ift.

Diefelbe Strafe tritt ein bei ber Falfchung auslänbischer Staatspapiere und ausländischen Bapiergelbes, sofern sie im Königreiche im Course ober sonft ein Gegenstand bes Handels find.

Bei Zumeffung biefer Strafe ift vorzüglich auf ben Betrag ber verfälschten Rapiere, sowie auf ben Grab der bei Berübung bes Betruges angewendeten Runft und ber baraus hervorgehenden größern Gefahr und Schadens, ingleichen auch barauf Rucklicht zu nehmen, ob sie inländische ober ausländische sind.

vil. Bers breitung sale ober Papiergelbe wissentlich, jedoch ohne Einverständsicher Staats niß mit dem Verfälscher selbst, Gebrauch macht, soll mit Zuchthaus, unter milbernden Umständen mit Arbeitshausstrafe belegt, und bei Abmessung der Strafe soll besonders darauf Rücksicht genommen werden, ob er selbst die ausgegebenen falschen Papiere irrtbumlich als ächte empfangen bat.

Angemeine Bestimmun= gen. Art. 207. Uebrigens treten rudsichtlich ber unsbesugten Berfertigung und Anschaffung ber zur Berfälschung ber in ben Art. 205. und 206. bezeichsneten Bapiere bienenben Werkzeuge, sowie in Betreff ber Confiscation berselben, bie Bestimmungen ber Art. 203. II. und 204. ein.

Art. 208. Wer als Zeuge ober Sachverständis vin. meinsger, ober als Bartei in eigener Sache, ober als Bes vollmächtigter, als Vormund ober Curator, ober bei der Angabe eines Vermögensbestandes, vor Gericht ober einer andern öffentlichen Behörde einen Eid wiffentlich falsch geschworen, ober den Eid eines Zeugen oder Sachverständigen vorsäglich verletzt hat, der ist des Meineides schuldig.

Die an Sidesstatt gebräuchlichen Betheuerungsformeln der Mennoniten und ähnlicher Religionssfecten; so wie die Behauptungen und Aussagen, welche unter Beziehung auf einen schon geleisteten gerichtlichen Sid gethan worden, sind in Hinsicht der Strafe des Meineides, dem Gide selbst gleich zu halten.

Dasselbe gilt von folchen Giben, bie in ben gesfetlich zugelaffenen Fällen vor Notar und Zeugen ober burch einen Bevollmächtigten abgelegt werben.

Art. 209. Der Burberungseib in Civilsachen, Burberungsewoburch ber besondere Werth einer Sache beschworen eib. wirb. läßt feine Untersuchung wegen Meineibes gu.

Art. 210. Der Meineib wird mit Buchthaus, B. Strafe bes sammt bem Verlufte ber Fähig feit zu Ehren= 1) überhaupt. ftellen und öffentlichen Aemtern bestraft, vorsbehaltlich ber, anstatt bes Zuchthauses, in ben folgenden Fällen eintretenden härteren Strafen. Auch ist der Nichter ermächtigt, in schwereren Fällen, und mit Ausnahme bes in dem Art. 212. bestimmten

^{**)} Bgl. baper. Str. Bd. Art. 263. 269—272. 290—292., olbenb. Art. 268. 274—277. 295—297., altenb. Art. 183—188., würtemberg. Art. 227—234., braunichw. §§. 135—142., hefi. Art. 233—243., bab. §§. 484—508., tháring. Art. 172—178., preuß. §§. 125—132., öfterreich.

Falles auf öffentliche Ausstellung bes Berbrechers por beffen Abführung an ben Strafort zu erfennen. Mrt. 211. Wer in ber Untersuchung wegen eines Berbrechens, um einen Unschulbigen in Strafe zu bringen, meineibig gefchworen bat, foll

2) Inabefon= bere bes wiber einen Ange= fdulbiaten . aefdwornen Meincites.

I. wenn bas angeschulbigte Berbrechen bie To= besftrafe nach fich ziehen fonnte, mit gebn= bis funfzebniabriger Rettenftrafe, und wenn ber Angeschuldigte bie Tobesftrafe er= litten, mit lebenslänglicher Rettenftrafe

belegt merben.

Ift ein Unschuldiger auf falfches meineidiges Beugnif Mehrerer mit bem Tobe beftraft morben, fo follen die Meineidigen, welche fich zu foldem Beugniffe mit einander vereinigt haben, befigleichen ber Dritte, welcher biefe falfchen Beugen bagu beauftragt ober gebungen bat, mit bem Tobe beftraft werben.

II. Wenn auf bem angeschuldigten Berbrechen eine andere, ale bie Tobeeffrafe, febt, fo ift ber meineibige Beuge mit Buchthaus nicht unter brei Sabren bis zu zwangigjabriger Rettenftrafe zu belegen, und bei Bu= meffung biefer Strafe vorzüglich auf bie Große bes angeschuldigten Berbrechens, auf Die Bichtigfeit bes Beugniffes, auf Die etwaige Berbindung Mehrerer zu beffen Ablegung und auf ben baraus fur ben Angeschulbigten entftanbenen Schaben zu achten.

Burbe ber Meineib geschworen, um einen Schulbigen in eine bartere Strafe, ale er verwirkt bat, zu bringen; fo find bie vorstebenben Bestimmungen

anglogisch anzuwenden.

Mrt. 212. Wenn ber Meineibige aus eigenem C. Biberruf Antriebe und bevor noch ein erheblicher Nachtheil barque fur einen Unbern entstanben ift, ben falfchen Gib miderrufen bat, fo tritt anftatt ber in vorftebenbem Urt. 210. beftimmten Buchthausftrafe, Urbeit8= baus, und in ben Rallen bes Art. 211. Bucht= baus ein.

bes Mein=

Art. 213. Wer wegen Meineibes verurtheilt wird, D. Folge ber Strafe bes ber foll zugleich zur Ablegung eines Gibes jeglicher Meineibes. Art (nur mit Ausnahme eines folden, welchen etwa bie Gegenpartei im Prozeffe ihm gufchiebt), fur immer unfabig fein.

Mrt. 214. Wer aus Mangel ber pflichtmäßigen Befonnenheit und Ueberlegung eine unrichtige Bebauptung eiblich vor Gericht erhartet bat, foll mit Befängnif, nicht unter Ginem Monate ober Arbeitebaus bis zu Ginem Sabre geftraft merben.

IX. Unbe: bachtiamer Gib.

Bat er jeboch feine Unbebachtsamteit aus eigenem Untriebe, bevor noch ein Rechtsnachtheil baraus fur einen Unbern entftanben ift, angezeigt, fo foll nur auf Gefangnif bis gu Ginem Monate wiber ibn erfannt merben.

Art. 215. Wer bie Erfüllung einer gultigen Berbindlichkeit burch einen bor Gericht ober einer faliche unbeanbern öffentlichen Beborbe abgelegten Gib angelobt, biefe eidliche Bufage aber porfatlich gebrochen bat; mer zwar nicht burch einen formlichen Gib ober eine Diefem gleich zu achtenbe feierliche Berficherung (Art. 208.), aber an Gibesftatt verpflichtet, ein falfches Beugnif por Gericht abgelegt bat; mer fich zu einem falfchen Gibe por Gericht bereit erflart, biefen aber,

X. Gibes: brud unb fdmorene Musfage.

weil er vom Gegentheil fur geleiftet angenommen morben ift, nicht abgeschworen bat, foll mit Befangnif ober Arbeitebaus, und in bem erften Ralle biefes Artifels unter befonders erschwerenben Umftanben mit Buchthaus beftraft werben.

XI. Urfun: benfälichung ober Unter= Criminal= facben.

- Mrt. 216. Wer in ber Untersuchung wegen eines Berbrechens, um einen Unfculbigen in Strafe brudung in zu bringen, falfche Urkunden wiffentlich gebraucht. ober Urfunden ober andere Beweismittel unterbrudt, foll
 - I. wenn bas angeschulbigte Berbrechen bie Tobes= ftrafe nach fich ziehen tonnte, mit Retten= ftrafe, jedoch bann, wenn ber Ungefchulbigte bie Tobesftrafe nicht erlitten, nur bis zu gebn Sabren belegt merben:
 - II. wenn bas Berbrechen mit einer andern, als ber Tobesftrafe bedrohet ift, fo findet Bucht= bausftrafe ober Rettenftrafe bis gu funf= gebn Sahren, in befonders leichten Fallen aber Strafe bes Arbeitebaufes fatt.

Es ift bei Bumeffung biefer Strafen borguglich auf bie Große bes angeschulbigten Berbrechens, auf bie Befährlichkeit ber Sandlung fur ben Ungefchulbigten und auf ben fur ibn baraus entftanbenen Schaben zu achten.

Burbe bas Berbrechen nur verübt, um einem Schuldigen eine bartere Strafe ale er verwirkt bat, zuzugieben, fo find bie vorftebenben Beftimmungen analogifch anzuwenden, und wenn ber Berbrecher aus eigenem Untriebe und ehe aus feiner Sandlung ein erheblicher Nachtheil fur ben Ungeschuldigten entftanben ift, fein Berbrechen felbit angezeigt bat, fo ift auf bie nachftfolgende leichtere Strafart berunter= zugeben.

Befchaben bergleichen Sandlungen zum Vortheil eines Angeschulbigten, fo foll, nach Beschaffenbeit ber Sache, Befangnif ober Arbeitebaus eintreten.

Art. 217. Wer, um einen Unschuldigen in Strafe XII. Falice zu bringen, bei ber Obrigfeit entweber benfelben tion 12). einer ftrafbaren Sandlung beschulbigt ober miffentlich unmabre Berbachtegrunde angibt, welche eine Unterfuchung gegen ibn zu veranlaffen geeignet finb, ber foll als falfcher Ungeber,

- I. wenn burch bas angeschulbigte Berbrechen eine fcmere Strafe (Art. 8.) verwirkt fein murbe, mit Arbeitebaus, nicht unter Ginem Jahre, ober Buchthaus;
- II. in anderen Fallen mit Gefangnif bis zu zweijabrigem Arbeitebaus beftraft merben.

In beiben Fallen ift bie Dauer ber Strafe mit Rudficht auf Die Strafbarfeit ber bem Denuncirten angeschuldigten Sandlung zu beftimmen.

Nimmt ber Angeber feine Befchulbigung, noch bevor wiber ben Beschulbigten eine gerichtliche Sand= lung borgenommen worben, gurud, fo tritt nur Geld = ober Gefängnifftrafe ein, beren Dag mit Rudficht auf ben eben bemerkten Unterschied gu beftimmen ift.

⁴²⁾ Bgl. baper. Str.= B.= Bc. Art. 288. 394., olbenb. Art. 293-405. altenb. Art. 197., murtemb. Art. 288., braunichw. S. 144., beff. Art. 303., bab. S. 284., thuring. Art. 188., preuß. S. 133. 134., öfterreich. SS. 209. 210.

niffe 33).

Urt. 218. Wer unbefugter Weise und in ber XIII. Ber: leting frem Abficht Jemandem zu schaden ober fich ober einem Dritten hierburch einen wiberrechtlichen Bortbeil gu verschaffen, eines Unbern Briefe, Aften, Sanbelebucher und andere beraleichen Urfunden, melde Brivatgeheimniffe enthalten tonnen, erbricht, liefet, ab= fchreibt, ober erbrechen, lefen ober abschreiben läft. foll, auf Anzeige bes Betheiligten, mit Gefang= nifftrafe bis zu Ginem Monate, und wenn bas auf folche Beife zu feiner Renntnig gelangte Geheimniß zu wirflichem Schaben gemigbraucht morben ift, mit ein= bis breimonatlicher Gefana= nifftrafe belegt merben.

> Diejenigen Berfonen, welchen vermoge ibres Berufe Brivatgebeimniffe anvertraut werben muffen, find, wenn fie ein foldes Geheimnig unbefugter Weife Underen mittheilen, falls folches in ber Abficht Jemandem zu schaben ober fich einen wiber= rechtlichen Vortheil zu verschaffen geschab, auf Un= zeige bes Betheiligten, mit Gefangnig zu ftrafen.

> In allen Källen fann jeboch anftatt bes Gefang= niffes auf Gelbftrafe erfannt merben.

XIV. Untreue Mrt. 219. Vormunder und Curatoren, welche ber Bormunber, absichtlich ihren Pflegbefohlenen ober ber ihnen an= vertrauten Daffe zum Nachtheile handeln, follen, wenn fie fich nicht babei einer Unterschlagung, eines Betruges ober eines anbern fcmereren Berbrechens fculbig machen, mit Befangnif, ober unter be-

¹¹⁾ Bgl. bayer. Str. S. 29d. Art. 396., olbenburg. Art. 413. 414., würtemb. Art. 369. 370., altenburg. Art. 323. 324., braunichw. §. 237., bess. Art. 410., bab. §§. 541. 544. 545., thuring. Art. 320., preuß. §. 155., öfterreich. §§. 498. 499.

fonders erichwerenden Umftanben mit Arbeitebaus bestraft und ihrer Stellen entfest werden 44).

Art. 220. I. Wer in Concurs gerathen ift, XV. Betrugund dabei seine Gläubiger absichtlich hintergangen seichtstuniges
hat, namentlich:

1) wer überwiesen ift, feine bereits vorhandene Ueberschuldung vorfählich jum Schaben feiner Gläubiger verheimlicht zu haben;

2) wer bei Contrabirung neuer Schulden das Dasein alterer ober bevorzugterer Forderungen abge- läugnet ober betrüglich verschwiegen hat;

3) mer bie zur Maffe gehörigen Guter ober Effecten betruglicher Beife uber bie Seite geschafft hat;

4) wer simulirte Contracte zum Nachtheil feiner Gläubiger abgefchloffen;

5) wer betrüglicher Weife zum Nachtheil alterer Pfandgläubiger bevorzugtere Pfandrechte erstbeilt bat,

foll als betruglicher Schuldenmacher nach ben Gefeten wiber ben Betrug überhaupt bestraft werben. Die Beendigung bes Concurfes durch einen Nachlagvertrag kann in diesem Falle die Strafe milbern, aber nicht gänzlich ausschließen.

II. Leichtfinnige Schulbenmacher, welche burch gewagte, mit ihrem Vermögen in keinem Verhältniß stehenden Unternehmungen, burch übertriebenen Aufwand, ausschweifende Lebenssart ober Spiel in Concurs gerathen find, sollen mit einer, nach ber Größe bes ihren Gläubigern zugefügten Schabens zu bestimmenden Gefängs

⁴⁹⁾ Ryl. baher. Str. S. Bch. Art. 295. 296. 398—400., olbenburg. Art. 300. 301. 417—419., altenb. Art. 321., würtemb. Art. 453—457., braunfchw. §. 285., heff. Art. 407., bab. §§. 535—545., thüring. Art. 318., preuß. §. 246.

niß= ober Arbeitshausstrafe, welche bei beschwerenden Umftanben bis zu zwei Jahren steigen kann, bestraft werben 45).

XVI. Ban= ferott: A. Betrüg= licher Banferott.

Art. 221. Berfürzt ein handelsmann, Banquier, Fabrikant oder Lieferant, ingleichen berjenige, welcher für einen mercantilischen, landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betrieb, für Commissions- oder Geldsgeschäfte die Wechselfähigkeit genießt, und in den Zustand der Zahlungsunfähigkeit gerathen ist, seine Gläubiger auf eine arglistige Weise, so ist das Versbrechen des betrüglichen Bankerotts vorhanden. Der hierbei vorausgesetzte bose Vorsatz ist nasmentlich anzunehmen:

- I. wenn er seine Sandelsbucher vernichtet oder auf die Seite gebracht hat, oder wenn die vorgeslegten Sandelsbucher betrügerische Ginträge, inse besondere erdichtete Schulden, Ausgaben oder erlittene Unglucksfälle enthalten;
- II. wenn er zu ber Zeit, wo er bereits überschulbet war, noch ungewöhnliche Einkäufe auf Borg gemacht, ober, ohne genügende Veranlassung, beträchtliche Anlehen aufgenommen, oder Waaren und Papiere unter dem Preise verschleubert hat;
- III. wenn er Gelb, geldwerthe Sachen, Bapiere ober Activforderungen verheimlicht ober auf die Seite geschafft, ober in den letzten sechs Monaten vor Einstellung seiner Zahlung beträchtliche Summen an Geld ober Waaren eingenommen hat und

⁴¹⁾ Bezüglich ber Reate in Schuldverhältniffen vgl. baver. Str.: S.-B. Art. 273—279., olbenburg. Art. 278—284., altenburg. Art. 256—260., würtemb. Art. 362—367., braunschw. §§. 233—236., best. Art. 402—406., bat. §§. 465—468., thüring. Art. 242—245., preuß. §§. 259—262., österreich. §. 199. lit. f.

beren Berwendung nachzuweisen nicht im Stande ift;

- IV. wenn er feine Gläubiger burch falfche ober verfleibete Geschäfte ober Bertrage verfurzt, ober
 nach bereits geschehener Einstellung ber Zahlungen
 noch Forberungen, Waaren ober anbere zur
 Maffe gehörigen Sachen betruglich an fich gezogen;
- V. wenn er die ihm in Sandelsfachen, vermöge eines Auftrages ober einer hinterlegung, von Anderen anvertrauten Waaren, Gelber ober Papiere zu beren Nachtheil für sich verwendet hat;
- VI. wenn er mit bem geliehenen Gelbe ober ben auf Crebit erhaltenen Baaren bie Flucht er= greift.

Art. 222. Dem betrügerischen Bankerott ift es Fortichung. gleich zu achten, wenn eine ber in dem vorstehenden Artikel bezeichneten Bersonen in der Absicht, ihre Gläubiger durch einen Nachlagvertrag oder auf sonstige Weise zu verkurzen, sich fälschlich für zahlungsunfähig ausgegeben hat.

Art. 223. Des leichtsinnigen Bankerotts B. Leicht sollen die in dem Art. 221. benannten Personen finniger Bankerott. Dann schuldig erachtet werden, wenn sie durch eine der in dem Art. 220. unter II. bemerkten handelungen in den Zustand der Zahlungsunfähigkeit gestathen sind. Ein Gleiches soll dann angenommen werden, wenn sie die zu ihrem Geschäfte nach Gesetz oder handelssitte erforderlichen Bucher entweder gar nicht geführt haben, oder wenn in den geführten Büchern sich eine solche Unordnung sindet, daß man

baraus ihren Activ = und Baffloguftand nicht über= feben fann.

C. Strafe tes Banterotte.

Mrt. 224. I. Der betrugerifde Banterott foll mit Buchthaus, und in befonders leichten Källen mit Arbeitsbaus nicht unter Ginem Jahre bestraft und ber Betruger bes von ibm gemigbrauchten Gewerbes fur unfähig erklart werben. Bei Bumeffung biefer Strafe ift außer ben allgemeinen, bei Beftrafung bes Betruges eintretenden Rudfichten (Urt. 311.) befonders auf bas Busammentreffen mehrerer ber im Urt. 221. bemerkten Sandlungen zu achten.

II. Der leichtfinnige Banterott ift mit breimonatlichem Gefängnif ober mit Ur-

beitebaus zu beftrafen.

Siebentes Kapitel.

Bon Berbrechen miber bas Leben Unberer 46).

Ginleitung.

Mrt. 225. Wer burch rechtsmidrige Sandlung ober Unterlaffung ben Tob eines Menfchen verur= facht, ber ift bes Berbrechens ber Tobtung fculbig.

Tobtlichteit. einer Berletung.

Um eine Beschäbigung ober Ver= Mrt. 226. wundung in rechtlicher Sinficht fur tobtlich gu halten, wird mehr nicht, als bie Gewigheit erforbert, bag diefelbe als wirkende Urfache ben Tob bes Ber= letten berborgebracht babe.

mungen mit bem bayerifden Strafgefegbuche ftatt.

¹⁶⁾ Bal. baver. Str. B. Bd. Art. 142-177., olbenb. Art. 147-182., würtemb, Art. 235—259, altenb Art. 120—131., braunichm §§ 145—158., bess. Art. 251—291., bab. §§ 203—224. 239—254. 260—266., thüring. Art. 118—130., preuß. §§ . 175—136., öfterreich. §§ . 134—151.
In diesem Kapitet sinden besonders bemerkenswerthe Uedereinstims

Es bat mithin auf die rechtliche Beurtheilung ber Tobtlichfeit ber Berletung feinen Ginflug, ob eine folche Berlegung in anderen Fallen burch Bulfe ber Runft etwa fcon geheilt worben fei; ob ibr tobtlicher Erfolg in bem vorliegenden Falle burch zeitige zwedmäßige Gulfe habe verhindert werben konnen; ob bie Verletung unmittelbar ober nur burch andere, jedoch burch fle felbft in Wirtfamteit gefette 3wifchenurfachen ben Tob bewirft habe; ob endlich biefelbe allgemein tobtlich fei, ober nur wegen ber eigenthumlichen Leibesbeschaffenheit bes Getobteten ben Tob bervorgebracht babe. Wenn auf Die einem Menfchen zugefügte Berletung beffen Tob zwar erfolgt ift, allein aus ber angestellten Untersuchung mit großer Wahrscheinlichkeit ober Gewigheit fich ergibt, bag eine ber an fich nicht tobtlichen Berletung nachfolgenbe, von berfelben unabhängige Urfache erft bie Tobtlichkeit berfelben bewirft bat, fo ift ber erfolgte Tob in rechtlicher Sinficht nicht fur bie Rolae ber Verletung zu halten.

Mrt. 227. Der Urheber einer Tobtung, welcher I. Mort. fie mit überlegtem Borfate entweder beschloffen, ober A. Ginfacher ausgeführt bat, ift bes Morbes fculbig.

Der Morber foll mit bem Tobe bestraft werben.

Art. 228. Ginem Morber gleich foll berjenige Bestimmunbestraft merben, welcher einem Undern Gift ober gen über Berfonftige lebensgefährliche Substangen, nur in ber auf giftungen. Befchäbigung, nicht auf ben Tob bes Bergifteten gerichteten Absicht, beigebracht und beffen Sob ba= burd bewirkt hat.

Lebenswierige Rettenftrafe findet ftatt. wenn gwar ber Tod nicht erfolgte, jedoch bas Gift

in tobtlicher Abficht gegeben, und badurch ein bebeutender bleibender Schaben an der Gefundheit zugefügt worden. Jedoch kann der Nichter bis zu einer zehnjährigen Kettenstrafe heruntergehen, wenn in dem ersten Valle es erwiesen ist, daß die Absicht nur auf eine unbedeutende Beschädigung gerichtet gewesen, und wenn in dem letten Valle der zugesfügte Schaden nicht bedeutend und nicht bleibend war.

B. Aus: gezeichneter Morb. Art. 229. Gefcarfte Tobesftrafe findet fatt, wenn ber Morb verübt worben ift:

- I. an einer Perfon ber Roniglichen Familie;
- II. an Bluteberwandten in auf = ober absteigender Linie, an Geschwistern, an bem Chegatten, an ben Pflegeeltern, bem Vormunde oder ber Diensteherschaft, in beren Koft und Lohn ber Versbrecher zur Zeit ber Ermordung gestanden;
- III. an einer schmangern Berfon, borausgefett, bag bem Morber ihre Schmangerschaft bekannt mar;
- IV. wenn ber Ermorbete mit ausgesuchten Martern getobtet, und
 - V. wenn Jemandem in tobtlicher Absicht Gift ober eine andere lebensgefährliche Substanz beigebracht und baburch beffen Tob bewirkt ift.

II. Tobt= fclag : A. Begriff.

Art. 230. Wer ohne überlegten Vorfat, in ber Site bes Affects, eine lebensgefährliche Sandlung wider ben Andern beschließt und aussührt, ift, bei erfolgtem Tobe des Beschäbigten, bes Todtschlages schulbig.

B. Strafe. Art. 231. Der Tobtschlag foll mit Rettenftrafe bis zu zwanzig Jahren und, wenn erwiesener Maßen ber Vorsatz bes Tobtschlägers bestimmt und geradezu auf Töbtung gerichtet war, am Leben gestraft werben. Wenn jedoch ber Getobtete felbst ben Todtschläger durch ganz besonders schwere Beleidigungen, öffentliche Beschimpfungen oder thätliche Mißhandlungen zum Borne gereizt hat; so ift auf Buchthaus und, in dem Falle der sonst gesseylichen Todesstrafe, auf sechsjährige Buchtbaus zu be bis zehnjährige Kettenstrafe zu erkennen.

Bei Zumeffung biefer Strafen ift besonders auf die Ursache und ben Grad der Gemuthsbewegung (vergl. Art. 94. Nr. 5.), auf die größere oder geringere Lebensgefährlichkeit der Handlung an sich, so wie auf die, im zweiten Sate des Art. 226. besmerkten, die Strafbarkeit des Todtschlages ershöhenden oder mindernden Verschiedenheiten der tödtlichen Berletungen Rücksicht zu nehmen.

In hinficht ber burch Ueberschreitung ber Grengen ber Nothwehr verübten Sobtung behalt es bei ber im Art. 79. enthaltenen Vorschrift fein Be-

wenden.

Art. 232. Ift in einem Raufhanbel ober einer III. Köbtung in Rauffan-Schlägerei Jemand getobtet worben, fo ift bein.

I. jeber Theilnehmer, welcher bem Entleibten eine tobtliche Verletung beigebracht hat, gleich einem Tobtichläger zu ftrafen. Wenn es jeboch

II. nicht in hinsicht aller Theilnehmer zur Gewißsheit gebracht ift, ob sie töbtliche Verletzungen zugefügt haben, so sollen biejenigen, bei benen zwar biese Gewißheit fehlt, von benen jeboch ber Getöbtete auf irgend eine Art verletzt worden, nach Anleitung der Grundsätze von der Körperverletzung bestraft werden.

III. Finden fich an dem Entleibten theils tobt=

so find die Urheber ber letteren nach ben Gesetzen wider Körperverletzung zu strafen. Waren endlich

IV. bie von verschiedenen Theilnehmern beigebrachten Berletzungen nicht einzeln, sondern nur durch ihr Jusammentreffen tödtlich; so ift gegen die Urheber berselben auf die Strafe der Körperverletzung zu erkennen, und die Strafe, so viel möglich, nach dem Grade der Mitwirkung eines jeden Theilnehmers auszumessen.

In allen Gallen, wo hiernach die Strafe ber Rorperverletung eintritt, ift ber erfolgte Tob ale ein

Erschwerungsgrund zu betrachten.

IV. Rinbes: morb: A. Begriff.

Urt. 233. Gine Mutter, welche ihr uneheliches neugebornes Kind durch rechtswidrige Handlungen ober Unterlassungen absichtlich um das Leben bringt, ift, wenn die Niederkunft heimlich und hulflos war, bes Kindesmordes schuldig.

Die von ber Mutter absichtlich verübte Töbtung ihres unehelichen Kindes in und während ber Geburt, ift bem Rindesmorbe gleich zu bestrafen.

B. Strafe.

Art. 234. Die Kindesmörderin foll mit zehnbis zwanzigjährigem und, unter ganz besonders
beschwerenden Umständen, wohin vorzüglich die Wieberholung des früher unbestraft gebliebenen Verbrechens gehört, bis lebenslänglichem Zuchthause
bestraft werden. Zedoch ist dem Richter gestattet,
unter ganz besonders mildernden Umständen, namentlich wenn der Entschluß erst während oder nach der
Geburt gesaßt worden, bis zu einer fünfjährigen
Zuchthausstrafe herunter zu gehen.

Bei Zumeffung ber Strafe ift ber Umftanb, bag bie Thaterin als öffentliche Gure lebte, als ein Er-

fcmerungsgrund, bingegen bie Erzeugung bes ge= tobteten Rinbes aus Nothzucht ober Schandung (Art. 272.) ale ein Grund ber geringern Strafbarfeit zu betrachten.

Ift es insbefondere mit Gewigheit ober großer Bahricheinlichkeit ausgemacht, bag bas lebend geborne Rind nicht lebensfähig war, fo find bie nach vorftebenben Beftimmungen verwirkten Strafen auf bie Salfte herabzufegen. Ift leben meterige Buchthausftrafe verwirtt, fo fann in biefem Valle beren Dauer bochftene auf funfgebn Sabre beflimmt merben.

Gine Rinbesmorberin, welche nach erlittener Strafe fich biefes Berbrechens von neuem, und zwar in Sinsicht eines lebensfähigen Kinbes fculbig macht, ift mit bem Tobe zu bestrafen, fofern nicht befonbers milbernde Umftande eintreten, bei beren Borbanben= fein bem Richter geftattet ift, auf lebenswierige Bucht= bausftrafe zu erfennen.

Art. 235. Wer ben Tob eines Menschen burch V. Löbtung Fahrläßigkeit (Art. 46.) verurfacht hat, foll nach aus gabre ben allgemeinen Bestimmungen ber Urt. 50. 51. be= ftraft werben.

Kur ben Fall, wo durch eine mit rechtswidrigem Vorsate vollführte Mighandlung ber von bem Thater überall nicht beabsichtigte Tod bes Gemighandelten bewirft ift, enthält ber Urt. 244. Die Strafbestimmung.

Mrt. 236. Wenn eine Mutter, welche mit einem VI. Bebens: ungeitigen ober tobten Rinde niedergefommen ift, qu= gefährliche vor außere ober innere Mittel ober fonftige Sand= in Sinfict lungen, welche eine zu frubzeitige Entbindung ober Leibesfrucht. ben Tob ber Frucht im Mutterleibe bewirken konnen,

A. Abtreis mit rechtswidrigem Borfate angewendet bat; fo ift bung berfels fle mit einjährigem Arbeitshaus bis zu vier-

1) von Ceiten jabrigem Buchthaus zu beftrafen. ber Mutter

ober mit willigung.

Diefelbe Strafe trifft benjenigen, welcher folche beren Gin: Sandlungen an einer Schwangern mit beren Bewilligung vorgenommen hat. Wenn eine Verehlichte fich biefes Verbrechens schulbig macht, fo foll bie Strafe mit befonderer Strenge gugemeffen werben.

> Bei Bumeffung ber Strafe ift in jenem Falle auf Die im Urtitel 234. bemertte Berfchiebenbeit bes Beifchlafes, worin bas Rind erzeugt worben, in beiben Fällen aber auf die bobere Gefährlichteit ber gebrauchten Mittel und auf Die groffere Reife ber Leibes= frucht, fowie barauf zu achten, ob bas unzeitig zur Belt gefommene Rind am Leben erhalten worben.

> Wer bas Abtreiben ber Leibesfrucht gewerbmäßig betreibt, foll mit acht = bis funfgehn= jähriger Rettenftrafe beftraft werben.

2) Obne ober wiber ber Ien.

Art. 237. Wenn Jemand ohne ober wiber ben Dutter Bil. Billen einer Frauensperson, Die mit einem unzeitigen ober tobten Rinbe niedergefommen, guvor abtreibenbe Mittel ober babin abzweckenbe fonftige Sandlungen mit rechtswidrigem Borfate angewendet bat, fo foll berfelbe beftraft werben:

- I. mit Rettenftrafe nicht unter funfgebn Sabren, wenn barque ber Tob ber Mutter entftanden ift, ohne bag folden ber Thater beabsichtigte;
- II. mit Rettenftrafe bis zu funfzehn 3ab= ren, wenn entweber eine tobte Beburt erfolgt ift, ober wenn bie Mutter burch bie Abtreibungemittel in Lebensgefahr gefest, ober ein

bauernber Nachtheil an ihrer Gefundheit geftiftet worben;

III. in ben übrigen Fällen, mithin auch bann, wenn ber unbeabsichtigte Tob ber Mutter zwar eingetreten ift, auf bies Ereigniß aber bie abtreibeneben Mittel ober Handlungen keinen Ginfluß geshabt haben, mit Buchthaus.

Bei Zumeffung ber Strafe ift besonders auf die bobere Gefährlichkeit der gebrauchten Mittel und auf die größere Reife der Leibesfrucht, sowie darauf zu achten, ob das unzeitig zur Welt gekommene Kind am Leben erhalten worden.

Art. 238. Vorfähliche Beranstaltung ber hulf= B. Berheims Iofen Niederkunft mit einem unehelichen Kinde ist als Riederkunft. Bersuch bes Kindesmordes zu bestrafen, wenn solche in der Absicht geschah, das Kind zu tödten, dasselbe aber nicht in Folge bessen ums Leben kam.

Geschah dieselbe ohne diese Absicht, so tritt, wenn der Tod des Kindes aus der verheimlichten Niederstunft entstanden ist, die Strafe fahrläßiger Tödtung ein. Wurde dasselbe aber am Leben erhalten, oder war es schon vor der Geburt verstorben, so sindet Gefängnis nicht unter Einem Monate statt.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift auf ben Grab ber Gefliffenheit und die Größe ber Gefahr fur das Kind zu achten. Auch ift ber Umftand, daß das nach verheimlichter Niederkunft todigeborne oder durch Fahrläßigkeit umgekommene Kind von der Mutter verborgen oder auf die Seite geschafft worden, als ein Erschwerungsgrund zu berücksichtigen.

Art. 239. Eltern, welche ihr Kind, das wegen VII. Ausjugendlichen Alters, Krankheit ober Gebrechlichkeit fich A. Begriff. felbst zu helfen unvermögend ist, vorsätzlich, jedoch ohne tödtliche Absicht von sich entfernen, um sich badurch ihren Pflichten gegen dasselbe zu entziehen, und es dadurch in einen hülflosen Zustand versetzen, ingleichen andere Versonen, welche an Kindern, Kransten oder Gebrechlichen, zu deren Verpstegung sie versbunden sind, eine folche Handlung begehen, sind der Aussetzung schuldig.

B. Strafe.

Mrt. 240. Die Aussetzung foll beftraft werben:

I. wenn fie unter folden Umftanben geschehen, bag von bem Thater burchaus keine Gefahr für bas Leben bes Ausgesetzten befürchtet werben konnte, mit Gefängnif nicht unter Einem Monate;

II. wenn sie auf eine dem Leben des Ausgesetzten zwar nicht ungefährliche Art, jedoch unter folchen Umständen geschah, daß bessen baldige Rettung, wenn nicht mit Gewißheit, doch mit Wahrscheinlichkeit von dem Verbrecher erwartet werden konnte, mit Arbeitshaus nicht unter sechs Monaten.

In beiben vorstehenben Fällen ift die Dauer ber Strafe mit Rudficht auf ben 3wed und bie Gefähr= lichkeit ber Aussehung zu bestimmen.

Ift in biefen Fällen (I. II.) die ausgesetzte Berson ums Leben gekommen ober beschädigt worden; so findet die Borschrift bes Art. 105. ihre Answendung.

Wenn endlich

III. die Aussehung unter folden Umftanden geschah, daß der Thater die Rettung des Ausgesetten mit Bahricheinlichteit nicht erwarten

konnte, so ist jener mit ein= bis breijäh= rigem Arbeitshause zu bestrafen. Falls jedoch der Ausgesetzte beschädigt wurde, ist auf Buchthausstrafe bis zu sechs Jahren und wenn er das Leben verlor, auf sechs= bis zehn= jährige Kettenstrafe zu erkennen.

Achtes Kapitel.

Bon Befcabigungen und anderen Mighandlungen an ber Berfon 47).

Art. 241. Wer ohne die Absicht zu tobten mit I. Körperverstechtswidrigem Vorsate einen Andern durch gewalts A. überhaupt. samen Angriff, thätliche Mißhandlung, Verwundung, 1) Begriff und alls Berletzung oder auf andere Weise an feinem Körper gemeine Besoder seiner Gefundheit beschädigt, ist des Verbrechens limmungen. der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig.

Geschah die Körperverlegung in töbtlicher Absicht, ift sie mithin zugleich als versuchte Töbtung zu bestrachten, so sinden babei die Negeln von dem Zussammenflusse mehrerer durch eine und dieselbe handslung vollführter Berbrechen ihre Anwendung.

So weit die Große der Beschädigung auf die Strafe von Einfluß ift, entscheiden die wirklich einzgetretenen Folgen berselben, ohne Rudficht barauf, ob felbige in anderen Fällen burch Sulfe ber Kunft

^{**)} Bgl. baper. Str. B. Att. 178—185. 367—369., oftenburg. Att. 183—190. 372—375., altenb. Att. 132—144., würt. Att. 260—273., braunichw. §6. 159—165., bess. Att. 262—272., bab. §6. 225—238., 240—250., thūring. Att. 131—139., österreich. §6. 152—157. 393—408., breuß. §6. 187—203.

abgewandt worden; ob dies in dem zu beurtheilens den Falle durch zeitige zweckmäßige Hulfe nach Wahrscheinlichkeit zu erreichen gewesen; ob diese Folgen durch die Verlezung unmittelbar, oder durch Zwischenursachen bewirkt sind, welche die Verlezung in Wirksamkeit gesetzt hat; und ob dieselben nur wegen der eigenthümlichen Leibesbeschaffenheit des Verwunsdeten entstanden sind.

2) Allgemeine Rudfichten ber Straf: bestimmung.

Art. 242. Bei Zumeffung ber in ben folgens ben Artikeln (243—245.) angebrobeten Strafen ift im Allgemeinen besonders auf folgende Umftande Rudficht zu nehmen:

- I. ob die Rorperverlegung mit vorbedachtem Entichluffe zugefügt worden ober nicht.
 - A. Bei ber vorbebachten Körperverletzung ist ferner barauf zu sehen, ob solche in einer verabrebeten Bereinigung Mehrerer, mittelst Auflauerns, auf eine hinterlistige Weise, mit Wassen, ober unter mehreren bieser erschwerenben Umstände zugleich versübt worben.
 - B. Im Falle ber nicht vorbebachten Körperverletzung ift besonders darauf zu achten,
 ob folche im Zustande entschuldbarer Trunkenheit, in der Site des Affects, oder mittelst
 einer Ueberschreitung der Grenzen des Zuchtigungsrechts geschehen, als in welchen Fällen
 die kurzeste Dauer der nachstehend gedroheten
 Strafen zuerkannt oder bei besonders milbernden Umständen selbige noch um etwas
 abgekurzt, und falls diese Abkurzung unter
 das gesetzliche Minimum der gedroheten Straf-

art herabsinten murbe, auf bie gunachft fol= genbe geringere Strafart berabgegangen merben fann.

Außerbem ift

II. Die Berfonlichteit bes Berletten und bas Berhaltniß bes Thaters zu bemfelben zu beachten, und insbefondere barauf Rudfitcht gu nehmen, ob die Berletung an Bluteverwandten in auf= ober abfteigender Linie, an Gefdwiftern, an Chegatten, Bflegeeltern, bem Bormunde ober ber Dienftherrichaft, in beren Roft und Lobn ber Berbrecher gur Beit ber Berletung geftanben, ober an einer Schwangern verübt worben. Auch ift

III. auf bie großere ober geringere Befährlichkeit ber verlegenden Sandlung an fich, fowie

IV. auf bie Grofe und Dauer ber mit ber Rorper= verletung für ben Beschädigten verbundenen Befabr und bes barque entftanbenen Schabens zu feben.

Art. 243. Die forverlichen Digbandlungen follen B. Bon ein: unter Berudfichtigung ber vorftehend (Urt. 242.) ber Rorper bemerkten Umftanbe auf folgende Beise bestraft werden: berletung: 1) einsache.

I. haben die Verletungen bem Beschäbigten bie Gefahr eines bleibenben geringern Schabens ober eine bleibende Berunftaltung von geringerer Bebeutung, ober eine in furgerer Beit beilbare Rrantheit ober Untuchtigkeit zu feinen Beruf8= arbeiten verurfacht; fo findet Befangnifftrafe nicht unter vierzehn Tagen ober Arbeit8= baus bis zu Ginem Jahre ftatt.

Beringere Berletungen bleiben ber polizeilichen Abnbung überlaffen, ausgenommen wenn fie an Verwandten in auffteigender Linie vor= fählich verübt wurden, als in welchem Falle bie eben bemerkten Strafen eintreten.

Wenn bingegen

II. die bem Verletten verursachte Geistes - ober Körperfrankheit ober Untuchtigkeit zu seinen Verrichtungen ober Berufsarbeiten längere Zeit
bauerte; so ist auf Gefängnif nicht unter
zwei Monaten ober Arbeitshaus zu erfennen.

III. Ift ber Beschädigte an einem Theile seines Körpers verstummelt, ober beträchtlich verunsstaltet, ober des Gebrauchs eines seiner Glieder unheilbar beraubt, ober in eine Geisteskrankheit versetzt worden, wobei eine gegründete Wahrscheinlichkeit der Wiederherstellung vorhanden ist; so soll ber Thäter Arbeitshaus nicht unter sechs Monaten und in schweren Fällen Zuchtsaus leiden. Wenn endlich

IV. ber Verlette durch die Beschädigung zu seinen Berufsarbeiten völlig unbrauchbar geworden, und keine gegründete Wahrscheinlichkeit zu seiner Wiederherstellung vorhanden, oder wenn der Lerlette des Gebrauchs der Sprache, des Gessichts, oder Gehörs, oder des Gebrauchs beider Urme, Sände oder Tüße beraubt, oder zur Fortpstanzung des Geschlechts unfähig gemacht worden ist; so soll auf Zuchthaus nicht unter vier Jahren bis zu zwölfjähriger Kettenstrafe erkannt werden.

Sind bie Mifhandlungen von Kindern an ihren Eltern, Großeltern, Stief- ober Schwieger- Eltern begangen, fo ift ber Richter ermächtigt,

in ben porbezeichneten Fällen unter I. auf Ur= beitebaus auch über Gin Sahr, und in ben Rallen unter II. auf Buchthaus bis gu vier Sabren zu erfennen.

Mrt. 244. I. 3ft ber Beschäbigte burch vorbedachte gewaltthätige Diffbandlung in eine Beifte Strantbeit verfest worden, in Sinfict verlepung. beren feine gegrundete Wahrscheinlichkeit ber . Wiederherstellung vorhanden ift; fo foll ber Thater ju Rettenftrafe bis ju funfgebn Sabren verurtbeilt merben.

2) Aus= gezeichnete Rerper=

II. Wer zwar ohne Absicht zu tobten (vergl. Art. 228.), jedoch mit bem Borfate zu fchaben, Jemandem Gift beigebracht bat; ber foll, wenn hieraus ber Tob bes Bergifteten nicht erfolgt ift, bemfelben jedoch ein bebeutenber bleibenber Schaben an ber Gefundheit zugefügt worben, mit Rettenftrafe bis zu zwanzig Jahren, fonft aber mit Rettenftrafe bis zu funf= gebn Jahren belegt werben.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift besonbers auf bie aus ber Bergiftung entftanbene Befahr, fowie auf Die Grofe und Dauer bes Schabens Rudficht zu nehmen.

III. Ift durch eine porfähliche Mighandlung ober Rorperverlegung, bei welcher gleichwohl bie Abiicht bes Thaters auf einen tobtlichen Er= folg überall nicht gerichtet war (val. Art. 43.), bie Tobtung bes Gemiffbanbelten bewirft, fo tritt Buchthausftrafe, und unter erschweren= ben Umftanden Rettenftrafe bis gu funf= gebn Sabren ein.

Mrt. 245. Wenn Rorperberletungen in einem 3) Rörber= verlenung in Raufhandel zugefügt worden; fo find

banbeln.

I. Diejenigen Theilnehmer, welche Diefelben ermiefe= nermaßen verurfacht haben, als beren Urbeber nach ben obigen Beftimmungen (Art. 242-244.) zu beftrafen. Wenn bingegen

II. Die Urbeber einzelner Verletungen nicht ausgemittelt ober eine Verletung burch bie vereinte Thätigfeit mehrerer Theilnehmer verurfacht worben; fo ift bie Strafe eines jeben Theil= nehmers nach bem Grabe feiner Mitmirtung. in Gemäßbeit berfelben Bestimmungen, zu er= mäßigen.

C. Fahrläßige Ror=

Art. 246. Wer einem Andern burch Kabrlägig= perverlegung feit eine Rorperverlegung verurfacht bat, ber foll in ben im Art. 243. Nr. II. III. IV. und im Art. 244. Nr. I. genannten Fällen, fo wie, wenn burch Gift bem Undern ein bedeutender bleibender Schaben qugefügt morben, nach ben im Urt. 50. 51. enthaltenen Borfdriften bestraft werben.

> Bei Bumeffung ber Strafe ift insbesonbere auf bie Grofe und Dauer bes Schabens, fo wie barauf, ob ber Thater auf gefchebene Unzeige bes Verletten, ober nur von Amtswegen gur Strafe gezogen morben, Rudficht zu nehmen 48).

Gemuthebewegung gescheben ift.

³⁸⁾ Bier ichließen fich an folgenbe Beftimmungen bes Boligei= Strafgefege8:

^{6. 199.} Ginfache geringe Rorperverlegung, im Art. 243. bes Eriminalgefetbuches gu polizeilicher Abnbung verwiefen, fowie folde fdwere Rorperverlegung, welche burd Fahrläßigfeit verurfacht und nicht peinlich ftrafbar tft (Art. 246. bes Eriminalgefetbuches) find mit Gefangnig bis gu vier Bochen ober mit Gelbbufe bis gu funfgig Thalern au beftrafen.

^{6. 200.} Bei Bumeffung ber Strafe ift auf bas Dag und ben Anlag, insbesonbere barauf gu feben, ob fie mit Borbebacht ober in

Mrt. 247. Wer entweder ohne Recht, ober mit II. Beein-Ueberfdreitung ber Grengen feines Rechts, burch ber perfonforperliche Gewalt ober Drohungen Jemanden gu lichen Freieiner Sandlung, Dulbung ober Unterlaffung nothiget, A. Roibis foll, wofern die That nicht wegen ihrer Geringfügig= 1) aberbaupt. feit zu einer blos polizeilichen Abnbung geeignet ift und auch in fein fchwereres Berbrechen übergeht, mit Befängniß ober Arbeitebaus, und, unter febr erschwerenben Umftanben, mit Buchthaus bestraft merben.

trächtigung beit:

Bei Ausmeffung biefer Strafe ift theils auf bie Art und Grofe, Die Zeit und ben Ort bes gebrauch= ten 3manges, theils auf die Beschaffenheit ber ba= burch bezweckten Sandlung, theils auf bie perfon= lichen Berhältniffe Rücksicht zu nehmen 49).

Art. 248. Eltern, Pflegeeltern ober Bormunder, 2) 3uebefonwelche ihr Kind ober ihre Pflegebefohlenen burch jur Ghe. thatlichen Zwang ober fortgefette Drohungen gur Gingebung einer Che genothigt haben, follen, wenn bie Che beghalb von bem guftanbigen Berichte für ungultig erklart worben ift, auf Anzeige ber Betheiligten, mit ein= bis breimongtlichem Ge=

fo find fie von Amtewegen gu beftrafen.

^{6. 201.} Sind bie Berletungen in einem Raufhanbel (Schlägerei) ohne complotimäßige Berbindung jugefügt, und bie Urheber ber einzel-nen Berletjungen nicht zu ermitteln, fo ist die Strafe jedem Theilnehmer nach bem Dage feiner Mitwirfung an ber Rauferei gugumeffen.

^{6. 203.} Körperberletung, Röthigung, Drohung und Chrentrantung find nur auf Antrag bes Berletten ober Beleibigten zu ftrafen. It öffentliches Mergerniß gegeben ober Rubeftörung berbeigeführt,

^{49) 6. 202.} Polizeiftrafgefet. Ber unbefugt burch Gewalt ober Drohungen Jemanben gu einer Sanblung, Dulbung ober Unterlaffung nothigt, foll, wenn bie That wegen ihrer Geringfügigteit nach Art. 247. bes Criminalgefegbuches gu peinlicher Beftrafung fich nicht eignet, mit Gefängniß bis gu viergebn Tagen ober mit Gelbbuge bis ju funfundzwangig Thalern belegt werben.

fängniffe, und unter fehr erfchwerenben Umftanben mit Arbeitshaus beftraft werben.

B. Wiber= rechtliches Gefangen= halten 50).

- Art. 249. Wer in rechtswidiger Absicht einen Menschen wider bessen Willen durch Einsperrung ober auf andere Weise der personlichen Freiheit auch nur auf kurze Zeit beraubt, der soll, falls die That nicht in ein schwereres Verbrechen übergegangen ift,
 - I. wenn die Freiheitsberaubung nicht über acht Tage gebauert, mit Gefängnif oder Arbeits= haus bis zu Ginem Sahre;
 - II. falls folche über acht Tage gedauert, mit Arbeitshaus ober Buchthaus bis zu vier Sahren;
 - III. wenn fie über Gin Jahr gedauert, mit Bucht= haus ober Kettenftrafe bis zu acht Jah= ren; wenn fie endlich
 - IV. über brei Jahre gedauert hat, mit fechesjähriger bis lebenslänglicher Rettenftrafe belegt werden.

Die Art und Dauer biefer Strafen ift mit vorzüglicher Ruckficht auf ben Zweck der Freisheitsberaubung zu bestimmen. Alls ein besonderer Erschwerungsgrund ist es anzusehen, wenn der Besleibigte durch den Ort oder die Art der Gesangenshaltung noch besonderes gelitten hat, oder die That gegen die im Art. 242. II. genannten Personen verübt worden ist.

³º) Bgl. über bieses und die solgenden Reate: baper. Str.: Sc.: Bch. Art. 192—203. 371., oldenb. Art. 197—208., altenburg. Art. 145—156., würtemb. Art. 274—282., traunichw. §§. 169—171., hess. Art. 296—302., bat. §§. 267—277., tbüring. Art. 140—151., preuß. §§. 204—214., österreich. §§. 90. 91. 93—97.

Art. 250. Wer fich ohne Recht eines Menschen C. Menichenwiber feinen Willen burch Gewalt ober Lift, ober 1) Begriff. por beffen gurudgelegtem funfzehnten Sabre mit ober ohne feinen Billen, jedoch ohne Ginwilligung ber Eltern ober Vormunder, bergeftalt bemächtigt, daß folder bem Schupe bes Staates ober berjenigen, welche ibn in rechtmäßiger Gewalt haben, entzogen wird, ber ift bes Menfchenraubes fculbig.

Art. 251. Der Menschenraub wird bestraft: 2) Strafe.

I. mit Rettenftrafe nicht unter gebn 3ab= ren, wenn ber Geraubte in entfernten Belt= gegenben ausgefest, ober, um ibn in Stlaverei ober Leibeigenschaft zu verfeten, babin geführt morben;

II. mit Rettenftrafe bie ju funfzehn Sabren, wenn ber Geraubte jum Schiffe= ober Rriegebienfte eines auswärtigen Staates ge= nothigt, ober als Colonift in entfernte Welt= gegenden geführt, fo wie wenn ber Raub von Bettlern, Gauflern und bergleichen Leuten an einem Rinbe verübt morben ift;

III. mit Buchthaus ober Rettenftrafe bis gu

gebn Sabren in fonftigen Fällen.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift auf Die Absicht bes Thaters, auf bas Alter bes Geraubten, auf bie Große ber Gefahr ober bes nachtheils, meldem berfelbe ausgefest ober unterworfen mar, fo wie auf bie Dauer ber Freiheitsberaubung Rudficht zu nehmen.

Art. 252. Wer fich einer Berfon, ohne ihren D. Entfuh-Billen, burch Gewalt, Lift ober Betrug bemachtigt, 1) Begriff. und Diefelbe, um fie zur Unzucht zu mißbrauchen, ober gur Che gu zwingen ober fle zu folchem 3mede einem Unbern zu überliefern, mit fich binwegführt

ober in feiner Gewalt wider ihren Billen zurudhält; befigleichen, wer eine Berson unter funfzehn Jahren, obschon mit deren Einwilligung, in der oben bemerketen Absicht hinwegführt ober fonst unter seiner Gewalt zurudhält; der ist der Entführung schuldig.

2) Etrafe.

Art. 253. Die Entführung wird, auf Anzeige ber betheiligten Personen, mit Arbeits haus und, unter erschwerenden Umständen, mit Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft, dessen Dauer mit Ruckssicht auf die personlichen Verhältnisse, auf den Grad der gebrauchten List oder Gewalt, und besonders darauf, ob die Absicht erreicht worden oder nicht, zu bestimmen ist.

Wenn jedoch auf die Entführung die Ehe erfolgt ift, und diese nachher von Seiten der zu deren Ansfechtung Berechtigten ausdrücklich oder stillschweigend gebilligt worden, auch keine sonstige von Amtswegen zu bestrafende Uebertretung mit der Entführung versbunden ist, so findet keine Untersuchung statt.

Anhang. Bon Entfüh= rung einer Einwilligen= ben.

Urt. 254. Wer eine Frauensperson über funfzehn Jahren, mit ihrem Willen, jedoch ohne Ginmilligung ihrer Eltern ober Vormunder, ober ihres Shemannes, zum Zweck der Eingehung einer Che
ober zur Befriedigung der Wollust entführt, soll auf
Anzeige jener betheiligten Personen, mit ein = bis
breim onatlichem Gefängniß bestraft werden.

Meuntes Kapitel.

Bon Berlebung ber Familienrechte 51).

Art. 255. Wer mit rechtswidrigem Borfate ben I Unter-Kamilienstand eines Menschen verandert ober unter- framilien: brudt, wer insbefondere zu Diefem Ende ein Rind unterschiebt, verwechselt, entfernt ober vorenthält, ober ein Rind, ale von einer bestimmten Mutter geboren. fälfcblich ausgibt; ber ift, unter besonderer Berudfichtigung ber Gefährlichkeit ber Mittel und bes 3medes, fo wie bes verurfachten Schabens, mit Arbeitshaus nicht unter Ginem Jahre, ober mit Buchthaus zu beftrafen. Bei febr erfchweren= ben Umftanben finbet auch Rettenftrafe bis zu acht Sabren fatt.

brudung bes ftanbes.

Art. 256. Wer fich in rechtswidriger Absicht II. Unma-bie Rechte bes Familienstandes in einer fremden millenftan-Familie beilegt, foll mit Gefängnig, ober, unter erfcmerenben Umftanben, befonders megen ber Große bes bewirften ober bezwecten Schabens ober Geminnes, mit Arbeitebaus ober Buchthaus beftraft merben.

bes.

Mrt. 257. Die wiffentliche Verletung ber ebe= III. Berlichen Treue burch Chebruch foll nach folgenden letung ber Beftimmungen beftraft werben :

Treue: A. Chebruch.

I. ber Chebruch eines Chemannes mit einer 1) Strafe. ledigen Frauensperfon ift an Erfterm mit einer Strafe von Ginem bis zu brei Monaten

¹⁾ Bgl. baper. Str.: G.: Bd. Art. 282. 283. 391., olbenb. Art. 287. 288. 402., altenb. Art. 261. 262., wartemb. Art. 371., braunschweig. §6. 181. 182. heff. Art. 397., bab. §6. 471—476., thuring. Art. 249., preuf. 6. 138.

Gefängniß, und der Chebruch einer versheiratheten Frauensperson mit einer ledigen Mannsperson an Jener mit einer Strafe von drei Monaten Gefängniß bis zu sechs Monaten Arbeitshaus zu belegen.

Der unverheirathete Theil ift, falls ihm ber Cheftand bes andern bekannt gewesen, mit Gefängniß bis zu ber Salfte ber fur ben anbern Theil bestimmten Strafbauer zu bestrafen.

II. Ift ber Chebruch von beiber feits verheis ratheten Bersonen verübt, so find, unter Boraussetzung ber Kenntniß bieses Berhältniffes, bie vorstebend bestimmten Strafen in ihrer höchsten Dauer zuzuerkennen und nach Umftänden zu schärfen.

Die wegen Bufammenfluffes ober Rucffalls, nach Art. 104—117. eintretende Erhöhung obiger Strafen kann fich nicht über einjähriges Arbeitsthaus erftrecken. Sinfichtlich ber Vollendung bieses Berbrechens treten bieselben Bestimmungen wie in bem Art. 270. ein.

2) Bedingung ber Unters juchung.

Art. 258. Der Ehebruch wird, außer ben Fällen, wo ein Ehegatte burch Verbindung zu fortgesettem außerehelichen Beischlafe, ober eine Chefrau durch Hurerei öffentliches Aergerniß gibt, nur auf Verlangen bes beleidigten Gatten zur Untersuchung und Strafe gezogen.

Sat jeboch letterer bie ihm bekannt geworbene Beleibigung entweber ausbrucklich ober ftillschweigenb verziehen, fo ift er nicht mehr zur Anklage berechtigt.

3) Aufbebung Art. 259. Wenn in Fällen, wo bie Bestrafung ber Unter bes Chebruchs von bem Berlangen bes beleidigten Strafe. Theils abhängt (Art. 258.), bieser erft nach geschehener

Anklage, jedoch vor gefälltem Strafurtheile, bem ans gefchulbigten Chegatten verzeiht und mit bemfelben bie Che fortsehen zu wollen erklärt; so findet überall keine weitere Untersuchung und Strafe statt.

Es foll auch in ben Fällen, ba ber Chebruch von richterlichen Amtswegen untersucht und bestraft wird, die verzeihende Erklärung des beleidigten Theils, die Ghe fortseten zu wollen, bei der Strafzumeffung innerhalb der gesetzlichen Grenzen als ein milbernder Umstand berücksichtigt werden.

Art. 260. I. Ein Chegatte, welcher, bei noch B. Mehrlache fortdauernder gultiger Ehe, eine neue Che schließt, foll mit zwei= bis vierjährigem Bucht= hause, und falls er der Berson, mit welcher die neue Che geschlossen worden, seinen Chestand verhehlt hat, mit vier= bis achtjährigem Buchtause bestraft werden.

Befand er sich jedoch in einem auf Fahrläßigsteit beruhenden Irrthume über die Fortdauer der Ehe, hatte er insonderheit die Mittel des förmlichen Beweises der Trennung der Ehe hersbeizuschaffen versäumt, so ist er nach den Borstoriften der Art. 50. 51. zu bestrafen.

II. Sind beibe Theile ichon verheirathet; so foll jeber, wenn er von bem Cheftande best andern unterrichtet gewesen, mit vier= bis fechejäh= rigem Buchthause belegt werben.

III. Eine ledige Berfon, welche fich mit einer anbern, die noch in fortdauernder gultiger Che lebt, verheirathet, ift, infofern ihr dieses Berhältniß bekannt war, mit sechsmonatlichem bis ein jährigem Arbeitshause zu bestrafen.

Behntes Kapitel.

Bon Chrenfrantungen 52).

I. Berleum: bung: A. Begriff. Art. 261. Wer einem Andern mundlich, schriftlich oder durch bildliche Darstellung, Verbrechen oder
andere Handlungen wiffentlich andichtet, welche diesem den guten Namen oder das zu seinem Beruse
nothwendige Vertrauen seiner Mitburger entziehen
können, macht sich, sofern die Handlung nicht die
Eigenschaft einer falschen Denunciation hat und als
solche zu bestrafen ist (Art. 217.), der Verleumdung schuldig.

Als Verleumder ift sonach auch berjenige anzussehen, welcher eine den guten Namen gefährdende Handlung absichtlich bergestalt vornimmt, daß das durch ein Anderer, indem sich z. B. der Verbrecher bessen Namen beilegt, fälschlich als deren Urheber

bargeftellt wirb.

B. Strafe.

Mrt. 262. Die Verleumdung wird:

I. mit Arbeitshaus bestraft, wenn fie ben Vorwurf eines Verbrechens enthält, burch welches eine schwere Strafe (Art. 8.) verwirkt fein wurde;

II. in anderen Fällen tritt Gefängniß ober Gelb=

ftrafe ein.

Bei Zumeffung biefer Strafen ift auf bie Große ber Befchulbigung, auf bie perfonlichen Verhältniffe, auf bie Art und ben Grab ber Verbreitung und auf ben bem Beleibigten verurfachten Schaben zu achten.

[&]quot;) Lgl. bayer. Str.: G. Bh. Art. 284—294., olbenb. Art. 289—299. 407—412., altenb. Art. 194—203., wfirtemb. Art. 283—294., braunfchw. § 198—203., best. 303—321., bab. 65. 287—325., thüring. Art. 185—194., preuk. §, 152—163., österreich. §6. 206—208.

Immer aber ift mit Arbeitshaus zu ftrafen ber Urbeber und wiffentliche Berbreiter einer mit bem mabren Ramen bes Erftern nicht bezeichneten, öffentlich verbreiteten Schmähschrift, welche bie Andichtung eines Berbrechens enthält.

Die Beftrafung bes Berleumbere ift, auf Berlangen bes Berleumbeten, öffentlich befannt gu

machen 53).

Art. 263. Wer Jemanden in ber Sige bes C. Freiwillis Affects oder aus Unbesonnenheit, jedoch weber bei ger Bibereiner öffentlichen Beborbe noch bor einer verfammelten Menschenmenge verleumbet bat, biefe Berleum= bung aber, noch ebe fie ins Bublifum ober gur Unterfuchung getommen ift, freiwillig und ernftlich miberruft, foll mit Strafe verschont, fann jeboch auf Berlangen bes Beleibigten von bem guftanbigen Civilgerichte angehalten werben, ben Wiberruf auch por Gericht zu erflaren.

Art. 264. Wer die burgerliche Ghre eines Un= II. Injurien:

bern burd, thatliche Beleibigung ober burch ehren=

si) Polizeiftrafgefet. 6. 204. Ehrentrantung burch Thatlichfeit ober burch beleibigenbe Meußerung (Rebe, Schrift, Bilb, Zeiden), welche nicht unter bie Be-ftimmung bes Eriminalgesehbuches Urt. 261. u. fg. fallt, unb nicht im Civilverfabren verfolgt wird, ift mit Gelbbuge bis gu bunbert Thalern, je nach ber Große ber Ehrenfrantung und nach ben Berhaltniffen ber Betheiligten gu abnben.

Begen Berfonen, welche gur Erlegung von Gelbbugen unvermogenb find, ift auf Gefängniß bis zu vierzehn Tagen gu ertennen.

^{6. 205.} Mugerbein ift ber Beleibiger auf Berlangen bes Beleibig= ten nach ben Umftanben jum Wiberrufe, gur Abbitte ober Chrenerflarung anzubalten.

^{6. 206.} Die Bestimmungen ber Art. 267. unb 268. bes Criminal= Befetbuches megen Ginrebe ber Bahrheit und megen Erwieberung ber

Beleibigung kommen auch hier gur Anwendung.

§. 207. Die Strafbestimmung bes §. 206. findet auch Anwendung bei Schlägereien, welche Körperlegung (§. 199.) nicht herbeigeführt haben.

§. 208. Siehe oben Anmerkung 48.

frankende Meugerung, fei es burch Rebe, Schrift. Beichen ober bilbliche Darftellung, mit rechtswidrigem Borfate angreift, ift ber Injurie ichulbig.

B. Strafe.

Mrt. 265. Borausgefest, bag bie Injurien fein fcwereres Berbrechen enthalten, follen biefelben in folgenden Fällen criminell beftraft merben:

I. wenn bie Chrenfrankung in groberen Thatlich-

feiten beftebt;

II. wenn fle entweber gegen Berfonen, benen ber Beleidiger, megen ihres Standes ober megen feines Berhältniffes zu benfelben, eine befondere Achtung ober Chrerbietung ichulbig ift, ober gegen einen gangen Stand ober eine gange Ror= perschaft, ober eine vom Staate anerkannte Religionsgefellichaft gerichtet mar:

III. wenn die Beleidigung auf die burgerliche Achtung bes Beleibigten, feine Stanbesverhaltniffe, feinen Gefdäftebetrieb und fein Fortfommen befonders nachtheilig einwirkt; wenn biefelbe

IV. in Sinficht ber Perfon, bes Ortes, ber Beit, ber Mittel ber Begehung ober ber Berbreitung ein

befonderes Auffeben erreate.

In biefen und ihnen gleich zu achtenben Fällen wird eine Injurie mit Wefangnif von vierzebn Tagen bis zu brei Monaten, auch unter Beruckfichtigung befonderer perfonlicher Berhältniffe Gelbbufe nicht unter breifig Thaler, und endlich, wenn mehrere Chrenkranfungen ber gebach= ten Art gufammentreffen, mit Arbeitsbaus bis gu zwei Sabren geabnbet.

III. Ange= meine Be=

Mrt. 266. Wer fich einer Verleumbung ober neine Bes Injurie schuldig macht, ift, neben der verwirkten A. Privat: Strafe auf Berlangen bes Beleibigten, nach Umftanben, gum Wiberruf, gur Abbitte ober gur Gbrenerflärung anzuhalten.

Art. 267. Durch die Ginrebe und ben Be= B. Ginrebe weis der Wahrheit wird die Strafe der Injurie ber Bahrheit. nicht aufgehoben, wenn ber Beleibiger bie beleibigenbe Meußerung unbefugter Weise und um ben Unbern baburch zu schaben fich erlaubte, ober wenn fonft bas Chrenfrantenbe icon in ber Form enthalten ift.

Art. 268. Sat ber Beleidigte Die Ehrenkran= C. Erwiebefung auf ber Stelle, ohne Ueberschreitung bes Mages, feibigung. erwiebert; fo findet feine weitere Untersuchung ftatt, wenn nicht die Beschaffenheit bes Falles eine von Amtewegen vorzunehmende Untersuchung notbig macht. (Art. 269.)

Art. 269. I. Von Amtswegen werben nur D. Bebinfolde Berleumdungen und Injurien untersucht, unterjudung. welche mit Storung ber öffentlichen Sicherheit, Rube ober Ordnung, ober thatlich an Bermandten in auffteigender Linie verübt worbenfind. Die in biefen Fallen ftattfindende Unterfuchung und Bestrafung wird burch bie Berzeihung bes Beleidigten nicht ausgeschloffen, obmobl fie auf die Bumeffung ber Strafe einen erbeblichen Ginflug bat.

II. Andere Chrenkrantungen werben nur auf Ber= langen bes Betheiligten unterfucht. Biergu geboren jeboch, außer bem Beleidigten felbft, auch ber Chemann besfelben, bie Eltern, in Anfebung ber burch eigene Wirthschaft von ihnen noch nicht getrennten Rinder, Die Bflegeeltern, ber Bormund, sowie bie Erben in Sinficht ber erft nach bem Tobe bes Erblaffers verübten Ehrenfrantungen.

Gilftes Kapitel.

Bon bem Berbrechen ber Ungucht 54).

I. Migbrauch Art. 270. Wer eine Frauensperson mittelst körperaur Ungucht. licher Gewalt ober Drohung, welche mit gegenwär-1) Begriff. tiger Gefahr für Leib ober Leben verbunden ist, zur Dulbung des unehelichen Beischlafs zwingt, ist der Nothzucht schuldig.

> Das Berbrechen ift fur vollendet zu halten, fobalb bie Bereiniaung ber Befdlechtotheile erfolgt ift.

> Wer eine Frauensperson burch arglistige Beisbringung betäubender Mittel außer Stand der Abswehrung gesetht hat, und in diesem Zustande den Beischlaf mit ihr vollzieht, ift gleich dem Nothzuchstiger zu bestrafen.

2) Strafe.

Art. 271. Der Nothzüchtiger ift mit geschärftem Buchthause nicht unter vier Sahren, ober Kettenstrafe bis zu funfzehn Sahren zu beslegen.

Ist jedoch

I. bie Nothzucht an einem noch nicht mannbaren Mäbchen verübt, ober hat die genothzüchtigte Berson durch die That an ihrer Gesundheit

^{**)} Bgl. baher. Str. - G. - Bd. Art. 186—191. 206—208. 297—298. 374—378., ofbenburg. Art. 191—196. 211—213. 302. 303. 380—387., würtemb. Art. 295—310., aftenb. Art. 157—162. 211—222. 302—309., braunfdweig. §6. 172—174. 187—197., heff. Art. 322—343., bab. §6. 335—338. 348—375., thüring. Art. 202—212. 291—305., preuß. §6. 125—133. 206—208. 500—525.

einen bedeutenben Nachtheil erlitten; fo findet Rettenftrafe von acht bis zu zwanzig Sabren fatt.

Bei Bumeffung biefer Strafen ift befonders auf Die Berfonlichkeit ber Genothzuchtigten, und auf bas Berbaltnif bes Thatere zu berfelben. fowie auf ben Grab ber angewendeten Gewalt und bes entstandenen Nachtheils zu achten.

II. Wenn ber Tob ber genothzuchtigten Berfon burch bie Migbandlungen verurfacht worben; fo foll ber Berbrecher, falls nicht feine That als eine vorfakliche Todtung fich barftellt, gur leben 8= langlichen Rettenftrafe verurtbeilt werben.

Art. 272. Wer eine Frauensperson, Die fich in B. Soaneinem bie Willensfreiheit aufhebenben Buftanbe eines Gemuthagebrechens, einer Ohnmacht, Betäubung ober fonftigen Bewuftloffakeit befindet (veral. jedoch Urt. 270. a. G.), zum Beifcblafe migbraucht, ferner mer eine ehrbare Frauensperson burch vorgespiegelte Trauung ober burch einen anbern Betrug in einen folden Brrthum verfest, worin fie fich zu bem geftatteten Beischlafe für vervflichtet balten mußte, endlich wer eine folde Berfon burch Erregung ber Burcht bor funftiger Digbandlung ober por Beichäbigungen, infofern folde nicht unter ben Begriff ber Nothzucht fallen, ober burch Bedrohung mit Denunciation, Berleumbung, Rlage, Ablegung ober Nichtablegung eines Beugniffes, ober burch andere bergleichen be= angstigenbe Bubringlichkeiten, gur Geftattung bes un= ebelichen Beifchlafe bringet, ber ift ber Schanbung fculbig, und foll mit Buchthaus, ober bei befon= bers milbernden Umftanden mit Arbeitebaus beftraft merben.

Der Beifcblaf an einem nicht mannbaren Dabden. felbft wenn er mit ihrem Billen vollzogen morben. ift an bem Berführer mit Buchthaus zu beftrafen.

In allen biefen Fallen ift bei Bumeffung ber Strafe befondere auf Die Berfonlichfeit ber Befchan= beten, auf bas Berhaltnig bes Thaters zu berfelben, und auf ben fur fie aus ber That entftandenen Nach= theil Rudficht zu nehmen.

Mugemeine Beftimmung.

Mrt. 273. In allen in ben Art. 270, 271. und 272. enthaltenen Fällen ber unfreiwilligen 11n= gucht ift nur auf Anzeige ber betheiligten Berfonen (Art. 269. Nr. II.) Die Unterfuchung anzuftellen, wenn nicht entweder ein öffentliches Aergernig ba= burch gegeben worden, ober bie That mit Tobtung ober ichwerer Rorperverletung verbunden ift.

II. Blut= fcanbe.

Mrt. 274. I. Eltern ober Großeltern, welche wiffentlich mit ihren Rinbern ober Enteln ben Beischlaf vollziehen, ober fie fonft zur Unzucht migbrauchen, follen mit geschärftem Buchtbaufe gestraft merben, und ber elterlichen Rechte ver-

luftia fein.

Stiefeltern ober Schwiegereltern, welche basfelbe Berbrechen an ihren Stief- ober Schwiegerfindern, ober beren Descendenten verübt haben, find mit Arbeitsbaus, und unter erfcmeren= ben Umftanben mit Buchtbaus, wenn fle aber noch nicht mannbare Rinder zur Unzucht miß= braucht haben, mit Buchthaus nicht unter brei Sahren zu ftrafen.

Mannbare Rinber ober Enfel aber, welche fich zu bem Berbrechen mit Willen bergeben, follen mit Arbeitshaus von feche Mona= ten bis zu zwei Sabren geftraft merben, wenn fle mit teiblichen Eltern, und mit Befangnig ober Arbeitshaus bis zu feche Monaten, wenn fle mit Stief= ober Schwie= gereltern Unzucht getrieben baben. (Bal. jeboch Art. 99. 100.)

II. Bollburtige und halbburtige Wefchwifter, welche wiffentlich ben Beifchlaf mit einander vollziehen, find mit ein= bis zweijahrigem gefcharf-

ten Arbeitsbaufe gu ftrafen.

Mrt. 275. Die Berleitung einer ehrbaren Frauens= III. Comaperfon zum Beifchlafe burch bas Berfprechen ber Che, welches von bem Verführer burch feine Schulb nicht erfüllt worben ift, wird mit Befananifftrafe nicht unter vier Bochen geabnbet.

Die Bestrafung findet nur auf Anzeige ber Be-

fdmächten ftatt.

In allen fonftigen Fällen ift bie Schwächung,

als folde, niemals criminell zu beftrafen.

Art. 276. Wer fich wibernaturlicher Wolluft IV. Biberunter Umftanden schuldig macht, welche öffentliches Bolluft. Mergernig erregen oder mit Grunde beforgen laffen, foll mit gefchärftem Arbeitsbaufe nicht unter feche Monaten, ober mit Buchthaus bestraft merben.

dung.

Burbe bas Berbrechen an einem Rinbe, ober mittelft 3manges an einer Berfon (Art. 270.) berubt: fo ift basfelbe auch obne Borausfehung eines öffentlichen Mergerniffes zu untersuchen und mit ge= fdarftem Buchthaufe zu beftrafen, beffen Dauer nach ben im Art. 271. Nr. I. bemerkten Rudfichten zu bestimmen ift.

Art. 277. Bflegeeltern, Bormunder, Religion8= V. Berund Schullehrer, Erzieher ober Lehrmeifter beiberlei unucht.

Geschlechts, welche ihre Pflegekinder, Zöglinge, Pfarrkinder ober Untergebene zur Unzucht mißbrauchen, sollen, insofern die Handlung nicht ein schwereres Berbrechen enthält, falls die gemißbrauchte Person noch nicht mannbar ist, mit Zuchthaus, sonst aber mit Arbeitshaus bestraft; in allen Fällen soll jedoch der Thäter, wenn er ein Religions- ober Schullehrer ist, seines Dienstes entsetz werden.

VI. Rup= pelei 55). Art. 278. Wer um eigenen Vortheils willen entweber eins ber in ben Art. 257. 274—277. genannten Verbrechen, ober auch gewerbmäßig die einfache Schwächung (Art. 275. a. E.) absichtlich beförbert, ift ber Kuppelei schuldig, und soll nach folgenden Bestimmungen gestraft werben:

I. wer feine Chegattin ober feine Kinder verfuppelt, ift zu Arbeitehausstrafe und bei erschwerenden Umständen zu Buchthausstrafe bis zu vier Jahren zu verurtheilen.

II. In anderen Fallen tritt Gefangnifftrafe mit Scharfung und bei befondere erhöheter Straf-

barfeit Arbeitebaus ein.

Diese Strafen sind mit Rudsicht auf die perfonlichen Verhältnisse ber verkuppelten Bersonen und das Verhältnis des Kupplers zu derselben, auf die Natur des Verbrechens, zu welchem die Beihulse geschah, auf die angewendeten Mittel, und auf die gewerbmäßige Betreibung zu ermäßigen.

³⁾ Polizeiftrafgefet 6. 95. Beförberung ber Ungucht ift, fofern fie nicht unter ben Art. 278. bes Eriminalgefebuches fallt, mit Gefangnig bis zu vierzehn Tagen zu bestrafen.

Bwölftes Kapitel.

Bon ber Beeintrachtigung bes Gigenthume burd Diebftabl. Unteridlagung und Betrug.

Mrt. 279. Wer wiffentlich eine frembe bewegliche Cache, ohne Ginwilligung bes Berechtigten, je= A. 3m an: boch ohne Gewaltthätigkeit an einer Berfon, in feinen Befit nimmt, um fich biefelbe rechtswidrig gugueignen, begebt einen Diebftabl.

I. Dieb= ftahl se): gemeinen.

Art. 280. Un gemeinschaftlichen Sachen, fowie Diebstahl an an einer noch nicht angetretenen ober ungetheilten lichen Erbichaft, fann ein Diebstabl nicht nur bon einem Dritten, fondern auch von einem Miteigenthumer ober Miterben begangen merben. Bei Schabung bes Betrages ift jedoch im lettern Falle nur ber ben übrigen Betheiligten zugehörige ober anfallende Theil in Unichlag zu bringen.

Saden.

Art. 281. Die wiberrechtliche Wegnahme ber Biberrechts eigenen Sache aus bem Befite bes Dupniegere, nahme eige: Pfandgläubigers ober fonftigen rechtmäßigen Inhabers ner Cachen. ift nicht als Diebstahl, fondern nach Unterschied ber Falle, als Gewaltthätigfeit, Betrug, ober nach ben fonft auf die Sandlung anwendbaren Strafbeftimmungen zu beurtheilen.

lide Beg:

Art. 282. Der Diebstahl ift fur vollendet zu Bollenbung achten, fobalb ber Dieb bie entwenbete Sache ber= geftalt in feine Gewalt gebracht bat, bag er baburch beren naturlicher Befiber geworben ift.

bes Dieb= ftable.

⁵⁴⁾ Bgl. bayer. Ctr. G. Bd. Art. 209-232., olbenb. Art. 214-237. 388—391., aftenb. Art. 223—244., würtemb. Art. 316—350., braunichw. §§. 213—223. 240—243., beff. Art. 354—384., bab. §§. 376—409., thüring. Art. 213—235., preuß. §§. 215—229., österreich. §§. 171—189. 460-466.

Namentlich ift es baber binreichenb, wenn ber Dieb bie Sache an feinem Rorper verborgen, ober gum Forttragen an fich genommen, ober fonft von ber Stelle, wo er fie antraf, in ber Meinung ent= fernt bat, bag er fie baburch ber Berfugung bes Beftoblenen entziehe.

Schäbung bes Betrages ftabls.

Mrt. 283. Bei ber Beftimmung bes Betrages eines Dieb= eines Diebstahls ift ber gemeine Werth, welchen Die entwendete Sache gur Beit ber Entwendung hatte, gum Grunde gu legen.

> Wenn Mehrere als Miturbeber einen Diebstahl verubt haben, fo wird berfelbe, ohne Berudfichtigung ber etwaigen Vertheilung bes Geftoblenen, einem jeben Miturheber nach bem vollen Betrage ber ent= wendeten Summe zugerechnet.

B. Gingelne Arten bes Diebftable: 1) Ginfacher Diebftabl.

Mrt. 284. Gin einfacher Diebstabl, nämlich ein folder, welcher burch feinen ber in ben Art. 287. und 292. bemerkten erschwerenden Umftande ausgezeichnet ift, wird,

I. wenn ber Werth bes geftohlenen Gutes nicht mebr ale zwanzig Thaler beträgt, mit einer Befängnifftrafe von vier Bochen bis brei Monaten belegt, welche in ben Fällen, wo ber Werth unter funf Thaler beträgt, bei befonders milbernben Umftanben bis auf bie Dauer bon biergebn Sagen berabgefest mer= ben fann.

Sollte jedoch ber Werth bes Geftohlenen weniger ale einen Thaler betragen, fo bleibt bie That ber polizeilichen Ahnbung überlaffen.

Nach einer bereits eingetretenen, wenn gleich nur polizeilichen Bestrafung megen Diebstahle,

Betruges ober einer Unterschlagung mit wenig= ftens achttägigem Gefängniffe, ift auch ein Dieb= ftahl unter einem Thaler ber obigen Strafbe= ftimmung unterworfen 57).

Art. 285. Beläuft fich ber Betrag eines ein= Fortfebung. fachen Diebstahls

11. über zwanzig Thaler, ohne ben Werth von hunders Thalern zu übersteigen; so soll ber Thäter mit zweimonatlichem Gefängnisse bis zu einjährigem Arbeitshause bestraft werden.

III. Bei einem höhern Betrage bis zu funfhundert Ahalern tritt Strafe bes Arbeitshaufes von acht Monaten bis zu brei Jahren ein.

IV. Bei einem Betrage über fünfhunbert Thaler bis zu zweitaufend Thalern findet Strafarbeits= haus von zwei Jahren bis zu vierjähri= gem Buchthaufe, und

V. wenn fich ber Werth bes Gestohlenen über zweistaufenb Thaler beläuft, Buchthausstrafe von brei bis feche Sabren flatt.

Wenn ber Werth bes Entwendeten bis zu einer fehr großen Summe hinansteigt, ift ber Richter ben Umftanden nach ermächtigt, Bucht= hausstrafe bis acht Jahr zu erkennen.

Art. 286. Bei Zumeffung ber Strafen bes ein= Fortsehung. fachen Diebstahls innerhalb ber gesehlichen Grenzen find, außer ben allgemeinen bie Strafbarteit über=

⁸⁷⁾ Boligeiftrafgefet.
6. 209. Einfacher Diebfiabl (Art. 284. bes Criminalgefetbuches) foll, wenn ber Berth bes Gestoblenen weniger als einen Thaler betragt, mit Gefangnis bis ju vierzehn Tagen geahnbet werben.

^{§. 212.} Entwendungen und Unterfclagungen von besonberer Gering: füglateit tonnen mit Gelbbugen bis ju funf Thalern geahnbet werben.

baupt bestimmenden Rucksichten (Art. 92. ff.), Die im Art. 298. bemertten Grunde zu beachten.

2) Mus= gezeichnete Diebftäble a. Arten.

Mrt. 287. Die folgenden Diebftähle follen, weil fle an Gegenftanden verübt worben, welche übererfter Rlaffe: baupt, ober unter besonderen Umftanben, ober in bem Berhältniffe zu ber Perfon bes Diebes fchmer ju vermahren find, ober megen besonderer Seiligfeit ober Wichtiafeit bes Gegenstanbes, als ausgezeichnete Diebstäble er fter Rlaffe betrachtet werben:

- 1) Diebstähle an Bieb auf ber Weibe ober in ber Pferche, an Fischen aus Teichen und Galtern, an Wilb aus eingefriedigten Thier- ober Wilbgarten, an Bienenftoden, an landwirthschaft= lichen Gerathen im Freien, an Baumen, an Baum=, Welb=, Wiefen= ober Gartenfruchten von ben Orten ihrer Cultur, an Sof= und Barten = Befriedigungen, an offen gelagertem Brennmaterial, Bau= ober Rusholz, imgleichen an Soly mabrend bes Flogens, an Bleichftuden unb anderen Gegenständen, welche öffentlich bingeftellt ober bingelegt zu werben pflegen;
- 2) auf Meffen und Markten, in einem Menfchen= gebrange, imgleichen auf öffentlichen Strafen, Bluffen, ober auf bem Meere, an bem Gepacte ber Reifenben, an bem Schiffsgerathe, ober an ben von Fuhrleuten, Schiffern ober Boten ber= führten Waaren begangene Entwendungen;
- 3) Diebstähle, welche entweder von dem Sausgefinde und fonftigen Sausbedienten, fowie von Raufmannsbienern, Gefellen und Lehrlingen an bem Sausherrn, ber Sausfrau, beren Ungeborigen ober fonftigen Sausgenoffen, von Gaft-

wirthen an ihren Gaften, bon bem Bermiether an feinen in bemfelben Saufe mobnenden Diethe= leuten, ober umgefehrt von biefen an jenen und unter ben in einem Saufe gufammen wohnenben Miethsleuten verübt merben;

4) Entwendungen, welche von Sandwertern und Tagelohnern ober anderen Berfonen, benen man, vermoge bes ihnen aufgetragenen Geschäfte, freien Bugang geftattet, bei Belegenheit besfelben begangen finb;

5) alle bei Belegenheit einer Feuers= ober Baffers= noth, fowie an Stranbgutern ober aus geftranbeten ober in Gefahr befindlichen Schiffen, imgleichen in bringenden Rriegsgefahren und anberen bergleichen Ungludefallen verübte Ent= wendungen;

6) Entwendungen von Pferdehaaren, welche burch Abschneiben ber Schweife und Mahnen begangen werben, fowie bas Ausrupfen ber Wolle an

Schafen auf ber Beibe :

ber Diebstahl, welcher in einem ber Gottesverehrung gewidmeten Bebaube, wo ber Gottes= bienft gehalten wirb, ober in ber Sacriftei be8= felben, befigleichen an Sachen, welche gum öffentlichen Gottesbienfte bestimmt find, verübt worben ;

8) ber Diebstahl an bem Gigenthume ber milben Stiftungen und Armenanftalten, vorausgefest, bag bem Thater bies Gigenthumsverhaltnig be=

fannt gemefen;

9) Entwendungen, welche in Berg-, Buch-, Buttenwerten, Galinen, Mungen, fowie in ober an ben mit bem Betriebe berfelben in Berbinbung

stehenden Gebäuden, Vorrichtungen, und auf ben bazu gehörenden Pläten, an Erzen, Materialien, Arbeitst und anderen Geräthen, Probukten und nutbaren Abfällen, von den dabei in Lohn angestellten Versonen verübt worden;

10) ber Diebstahl von Eifengeräth, welches behuf bes Bergwerks = ober Huttenbetriebes und ber bazu bienenden Vorrichtungen verfertigt ober gebraucht ist (Bergwerkseisen), sofern solches an ben bei Nr. 9. benannten Orten entwendet worsen, ber Dieb mag dabei in Lohn angestellt sein ober nicht;

11) ber an Gelbern ober Sachen, die im Gewahrs fame ber Obrigkeit befindlich find, ober mit Berletung obrigkeitlicher Siegel verübte Diebstahl;

12) Entwendung der den Boften anvertraueten Gelber und Effecten, fle fei in den Bofthäufern ober mahrend bes Transports geschehen;

13) Entwendung folder Gegenstände, durch deren Begnahme ein großer Nachtheil für das Gemeinwesen, oder für das Leben und die Gesundheit, sowie für das Eigenthum der Menschen herbeigeführt werden konnte, wie z. E. des Eisenwerks in Gruben und an Schleusen, der zur Befestigung von Sees und Flußbeichen angewandten oder zur Bezeichnung des Fahrewassers dienenden Gegenstände u. f. w.;

14) Entwendungen an Beftandtheilen von öffentlichen Bruden, Wafferleitungen, Kanalen, Brunnen, Denkmälern, Bibliotheken, Sammlungen fur Kunfte und Wiffenschaften, Feuerlöschungs-Geräthschaften, Landesgrenzzeichen, zu öffentlichen Wegen gehörenben Bauwerken, und anderen

ähnlichen, zu öffentlichen gemeinnutigen 3meden vorgerichteten aufbewahrten Gegenständen.

Art. 288. Beläuft fich ber Werth eines aus- b. Strafe gezeichneten Diebftable erfter Rlaffe

berfelben.

- I. nicht über zwanzig Thaler, fo ift ber Thater mit Arbeitebausftrafe von brei Donaten bis zu Ginem Sahre, und wenn bei Entwendungen von geringem Werthe bie befcwerenden Umftande nur in befonders geringem Grabe vorbanden find, mit Befangnif nicht unter zwei Monaten;
- II. bei einem Betrage von mehr ale zwanzig bis gu hundert Thalern aber mit Arbeitebaus= ftrafe von acht Monaten bis zu brei Sahren zu belegen;

III. bei einem bobern Werthe bis zu funfhundert Thalern tritt Strafarbeitebaus von zwei Sabren bis zu vierjährigem Buchthaufe;

- IV. bei einem Betrage über funfhundert bis gwei= taufend Thaler Buchthausstrafe von brei bis feche Sabren, und
 - V. bei noch boberem Belaufe, von funf bis acht Sabren ein.

Wenn ber Werth bes Entwendeten bis gu einer febr großen Summe binanfteigt, ift ber Richter ben Umftanben nach ermächtigt, Retten= ftrafe bis zu ber Dauer von acht Sabren gu erfennen.

Bei ben im Urt. 287. Nr. 13. bezeichneten Entmenbungen fann in ben Källen einer offenbar bamit verbundenen bedeutenden Gefahr, wenn bem Thater bie Schäblichkeit ber Entwendung befannt gemefen, felbft bei einem Betrage unter zwanzig Thaler auf Strafe bes Arbeitshaufes von Ginem bis zu brei Jahren erfannt werben.

c. Ausnah= men. Art. 289. Ausnahmsweise sind indessen die im Art. 287. unter Nr. 1. begriffenen Entwendungen, sowie, unter Berücksichtigung der Perfönlichkeit des Thäters, auch Marktdiebstähle, wenn deren Werth sich nicht über fünf Thaler erstreckt, mit Gefängeniß von mindestens vier Wochen zu bestrasen. Bei einem Betrage von nicht mehr als Einem Thaler aber sind dieselben, wenn dabei keine gewaltsame Eröffnung oder Durchbrechung von Befriedigungen stattgefunden hat, und der Thäter noch nie wegen Diebstahls, Unterschlagungen oder Betruges bestraft worden ist, der polizeilichen Ahndung überlassen.

Unter berfelben Boraussetzung tritt, wenn eine ber im Artikel 287. aufgeführten Entwendung Efsober Trinkwaaren zum Gegenstande hatte und felbige zur augenblicklichen Berzehrung geschah, bei einem Betrage unter Einem Thaler, polizeiliche Ahndung, im Falle einer vorhergegangenen Bestrafung aber, oder bei einem Betrage von Einem Thaler bis fünf Thalern, Gefängnißstrafe nicht unter vier Woschen ein.

cyen ein.

Auch follen bie im Art. 287. unter Nr. 3. 4. 8. 9. 10. begriffenen Entwendungen, wenn deren Werth die Summe von Ginem Thaler nicht übersfteigt, nur mit Gefängniß von mindestens vier Wochen bestraft werden, wenn nicht die in dem ersten Absahe dieses Artikels erwähnten erschwerenden umftände babei eintreten 58).

⁵⁴⁾ Polizeiftrafgefet §. 210. Die im Art. 289. bes Eriminalgesethuches zu polizeilicher Abnabung verwiesenen ausgezeichneten Diebftable find, wenn ber Werth bes

Mrt. 290. Der Diebftahl von Sachen aus und Diebftahl an an Grabern und Grabftatten wird gleich ben im Art. 287. enthaltenen Fällen beftraft. Ift aber ein Leichnam entwendet, fo ift biefe That mit brei= 688 fechemonatlichem, und wenn fie von Tobten= arabern ober anderen Auffehern gefchehen, mit fech 8= monatlichem bis Giniabrigem Arbeitsbaufe zu abnben.

Art. 291. Bei Bumeffung ber Strafe bes aus= d. Strafgezeichneten Diebstahls der erften Klaffe ift vorzug= gumeffunges lich auf bas vorhandene größere ober geringere Bewicht ber die Auszeichnung bes Diebstahls beftimmenben Sauptrudfichten (Art. 287.) und auf bas Bufammentreffen mehrerer barunter begriffenen er= fcmerenben Umftanbe zu achten.

Much ift zu berudfichtigen, ob ber Thater fich eine gewaltsame Eröffnung ober Dieberreifung von Umgaunungen und Befriedigungen, ober andere in biefem Gefegbuche nicht ichon besonders fur ftrafbar erflärte Gewaltthätigfeiten bat zu Schulden fommen laffen.

Mrt. 292. Als ausgezeichnete Diebstähle zwei= 3) Musge= ter Rlaffe find, wegen befonderer Gefliffenheit ober Diebftable Befährlichkeit ber That, folgenbe zu betrachten:

zeichnete ameiter Rlaffe: a. Arten.

Bestoblenen weniger ale Ginen Thaler beträgt, mit Gefängnig bis gu vier Bochen gu beftrafen.

Gefet, bie peinliche Beftrafung von Diebftablen gu bem Berthbetrage von Ginem Thaler betr., v. 25. Mai 1847. Um bie im Eriminalgefetbuche vom 8. Muguft 1840 Art. 289. ent= haltenen Bestimmungezen mit bem Art. 210. bes am heutigen Tage er-lassenen Polizeistrasgesehes in völlige Uebereinstimmung zu bringen, verorbnen Ber auf ben Antrag ber getreuen allgemeinen Stänbe bes Smigreichs, baß bie im ersten Abfage bes Art. 289. bes Eriminals-Beseihaches bezeichneten Diebstähle ber peinlichen Bestrasung auch bann unierliegen follen, wenn ber Werth bes Gefioblenen einen Thaler betragt.

1) diejenigen, bei welchen ber Dieb Dietriche ober Nachschluffel gebraucht hat, ober die rechten Schluffel, welche er sich vorher heimlich ober mit Lift, um ben Diebstahl zu begehen, versichaffte;

2) folche, zu beren Bollführung bei Nachtzeit, ber Thater fich in eine frembe Wohnung einge-

schlichen bat;

3) Diebstähle, welche mittelft Ginfteigens in ein Gebäube, ober durch Ginbruch ober gewaltsame Eröffnung besselben ober ber barin befindlichen Thuren und Behaltniffe verübt worden find;

4) folche Diebstähle, bei benen ber Dieb, um fich allenfalls zur Wehr zu feben, Baffen (Art. 157.)

mit sich geführt hat;

5) alle von Diebesbanden verübten Diebftable.

b. Strafe berfelben. Art. 293. Gin ausgezeichneter Diebstahl ber zweiten Klaffe ift in ben unter ben Bestimmungen 1. 2. und 3. bes vorhergehenden Artikels begriffenen Ballen in ber Regel nach folgenden Grundfägen zu hettrefen.

zu beftrafen:

Wenn ber Betrag des Gestohlenen die Summe von zwanzig Thalern nicht übersteigt, so tritt Buchtshausstrafe von zwei bis vier Jahren, bei einem höhern Betrage bis zu hundert Thalern Buchthausstrafe von drei bis sechs Jahren, bei einem Werthe über hundert Thaler bis zu funfhundert Thaler Buchthausstrafe von fünf bis acht Jahren, und bei einem höhern Belange Zuchthausstrafe von sechs Jahren bis zehnjährige Kettensstrafe ein.

Wenn aber bei einem Diebstahle biefer Rlaffe zwei ober mehrere ber in ben Art. 287. und 292.

enthaltenen Auszeichnungen zusammentreffen, fo find nach ben obigen vier Abtheilungen folgende Straf= Abstufungen anzunehmen: brei= bie fechejabrige und funf= bie achtjährige Buchthausftrafe, feche = bie zehnjährige und acht = bie zwolf= jabrige Rettenftrafe.

Art. 294. Mit Rettenftrafe bis zu funf= Befonbere gehn Sahren, und im Falle ber Wiederholung gen megen nach erlittener Bestrafung nicht unter funfzehn bes bewaff-Sahren find zu beftrafen, bie in bem Urt. 292. unter Nr. 4. u. 5. begriffenen Falle. Die Unführer Diebftable. ber Diebebanden trifft Rettenftrafe auf Beit= lebens.

Banben=

Befchrantt fid jeboch bie banbenmäßige Berbinbung auf bestimmte Gattungen von Diebstab= Ien, fur welche an fich eine leichte Strafe verwirft ift, fo foll eine folche Berbindung in ber Regel nur als Erschwerungsgrund betrachtet werben, jeboch ber Richter ermächtigt fein, nach Beschaffenheit ber Um= ftanbe, auf die nachftfolgende bobere Strafart mit Beftimmung einer verhaltnigmäßigen Dauer gu ertennen; ftets aber foll folche Strafe gegen bie Un= führer zur Unwendung tommen.

Art. 295. Sat jedoch ein Ginfteigen oder Gin= Ausnahmen von ber Regel brechen und gewaltfames Eröffnen bei unbewohnten bei minberer Brivatgebauben ftatt gefunden, fo tritt, bei einem Beidwerung. Betrage bes Diebstahls bis zu zwanzig Thalern, viermonatliche bis breifahrige Arbeitshausftrafe, und bei ben boberen Summen beziehungs= weife zweijährige Arbeitehaueftrafe bie vier= jabrige, brei= bis fechejahrige, und funf= bis adtiabrige Buchthausstrafe ein.

Wenn in ein bewohntes Webaube eingestiegen ift. meldes von ber Beschaffenheit mar, bag bas Ginfteigen leicht und ohne berbeigeschaffte Gulfemittel ober veranstaltete Vorrichtungen geschehen fonnte, ober wenn ein gewaltfames Eröffnen innerhalb ber Gebaube an leicht zu eröffnenden Bebaltniffen verübt worden ift, fo foll auf biefe Umftanbe in fo weit Rudficht genommen werben, bag, wenn ber Werth bes Entwendeten bie Summe von zwanzig Thalern nicht überfteigt, nur auf bie Strafe bes Arbeite= baufes von vier Monaten bis gu brei Jahren zu erfennen ift.

Befontere fer Rlaffe.

Mrt. 296. In allen Fällen bat ber Richter bei Regel für bie Ermäßigung ber Strafe bes ausgezeichneten Dieb= fung bei bie ftable zweiter Rlaffe porzuglich auf Die aus ben Umftanben ber That und ber Berfonlichkeit bes Thaters fich ergebenbe großere ober geringere Gefährlichkeit Rudficht zu nehmen.

Bom Bolg= biebftable.

Art. 297. In Ansehung ber wrogenmäßigen Beftrafung ber Solzdiebstähle und fonftigen Forftfrevel verbleibt es, bis zu meiterer Beftimmung, bei ben jest beftebenben Grunbfagen. Die Entwendung von zugerichtetem Bau= und Rutholze aus ber Forft foll jeboch nach gleichen Grunbfaten wie ber ein= fache Diebstahl bestraft werben.

Dasfelbe foll einftweilen in Unfehung bes Bolg= biebstahls überhaupt in benjenigen Lanbestheilen eintreten, in welchen bis jest noch ber Bolgbiebftabl criminell bestraft wirb.

C. Magemeine Grunbe ber Strafzumef= fung.

Mrt. 298. Außer ben allgemeinen bie Straf= barteit bestimmenden Grunden (Art. 92. ff.), fowie außer ben in ben Urt. 291. und 296. bemerkten, bie Bumeffung ber Strafe bes ausgezeichneten Diebftable betreffenben befonberen Rudfichten, ift bei Beftrafung bes Diebstable überhaupt auf ben großern ober geringern Werth bes geftoblenen Buts '(Art. 284. 285. 288. 293.), fowie barauf ju feben, in wie weit ber Beftoblene etma ichablos gehalten morben ift. Auch ift zu berudfichtigen, in wie fern bei bem Thater ein mehr ober minder bestimmter Borfat jur Begehung eines fo beträchtlichen Diebftable anzunehmen fei. Allen biefen Grunden ift jedoch bei bem ausgezeichneten Diebftable ein geringeres Gewicht beizulegen, ale bei bem einfachen Diebfable, und es minbert fich folches bei erfterm noch meiter in bem Dage, worin bie Strafbarteit besfelben in anderen Rudfichten (Urt. 291. 293.) fleigt.

Mrt. 299. Insbesondere bat ber bon bem Diebe Bom freis felbft aus freiem Untriebe por erhobener Untersuchung geleiftete Schabenserfat bei bem einfachen Diebstahle bie Wirkung, baß, wenn voller Erfat geleiftet worben, bie Strafe nach ber gunachft niebrigern Stufe bes Diebstable zu bestimmen, und, wenn es ein Diebstahl ber niedrigsten Stufe mar, Die Dauer der Strafe auf die Galfte herabzusegen ift. Bei theilweise geleiftetem freiwilligen Erfate ift bie bermirfte Strafe nach Berbaltnif bes erfetten Betrages ju milbern.

willigen Chabens: erfan.

Art. 300. Wenn dem Beftohlenen durch den Bon mit bem Diebstable Diebstahl, außer bem bie Große ber Strafe bestim- verbunbenen menben Betrage bes geftoblenen Gute, noch weiter Beichabigunein befonderer Bermogenenachtheil zuge= fugt morben; fo ift bies als ein besonderer Gr= fcmerungegrund anzuseben, und find, falle barin

zugleich ein Berbrechen ber Befchäbigung (Art. 336. u. f.) liegt, Die Regeln vom Bufammenfluffe ber Verbrechen (Art. 105.) anguwenden.

Beftrafuna bes Rüdfalle.

Mrt. 301. Der Rudfall bei Diebstählen wirb mit Ausnahme beffen, was im Urt. 294. bestimmt ift, nach ben allgemeinen Borfcbriften in ben Art. 111. bis 114. bestraft; jedoch follen biefe Straf-bestimmungen gegen rudfällige Diebe mit befonderer Strenge in Unwendung gebracht werben.

D. Strafe

Art. 302. Wenn nur ber Versuch eines Diebbes Berfuchs. ftable zu beftrafen ift, fo fann bas in biebifcher Abficht in bewohnte Saufer verubte Ginfteigen, ober Ginbrechen, ober Gingeben mit Baffen in ber Absicht, um fich allenfalls zur Wehr zu feben, mit zwei Drittheilen ber Strafe bes vollenbeten Diebftable beftraft werben. Bei anderen Urten bee Berfuche fann bie Strafe nur bis gur Balfte ber

Strafe bes vollendeten Berbrechens fteigen.

So weit bas Mag biefer Strafe von bem Werthe bes Entwendeten abbangig ift, genügt es gur Beftimmung ber Strafe bes Berfuche, baf von bem Richter ermeffen werbe, wie boch nach Bahrschein= lichkeit jener Werth ungefähr fich belaufen haben murbe, wenn ber beabsichtigte und verfuchte Diebstahl

ausgeführt mare.

E. Strafe ber Begunfti= auna.

Art. 303. Gegen Diebsbehler und andere Be= gunftiger bes Diebstahls finden Die im Artitel 75. enthaltenen Beftimmungen ihre Unwendung. Im Kalle gewerbmäßig getriebener Begunftigung ift ber Richter ermächtigt, auf Buchthausftrafe bis gu funf Sahren, und im Falle gewerbmäßiger Beaunstigung von Banben bis zu gebn Jahren Rettenftrafe zu ertennen.

Mrt. 304. Wer eine frembe bewegliche Sache II. Unterfur einen Undern in feinem Befite ober Gemabrfame bat, und fich Diefelbe mit rechtswidrigem Borfate queignet, ift ber Unterfcblagung fculbig.

fdlagung:

Die Bestimmung bes Urt. 280. findet auch bier

ibre Unwendung.

Die That ift fur vollendet zu achten, fobalb ber Benter Die Sache in ber Abnicht ber Bueignung entweder bem gur Burudforderung Berechtigten ab= geleugnet, ober biefelbe gang ober gum Theil verbraucht, veräufert, ober fonft eine blof bem Gigen= thumer zustebende Sandlung gefliffentlich bamit vorgenommen bat 59).

Art. 305. Wer eine Sache findet, von ber er Unters vernunftigerweife nicht annehmen tonnte, bag ber Gigenthumer fie aufgegeben babe, und fich folche rechtsmidria queignet, macht fich ber Unterfchlagung

gefundener Sachen fdulbig.

Die Abficht ber Unterschlagung ift, in Ermangelung binreidend ftarter Begenangeigen, fur ermiefen anzunehmen, wenn feit bem Funde vierzehn Tage ver= ftrichen find, ohne baf ber Kinder bavon bie Obrig= feit, ben Ortsvorfteber ober bas Bublitum in Renntnig gefett bat.

Mrt. 306. Die Unterschlagung ift in ber Regel B. Strafe ben, von bem einfachen Diebstahle geltenden, in ben ichlagung. Artifeln 284-286. 298. und 299. enthaltenen Bestimmungen unterworfen; Die bafelbit angebrobeten

Gaden.

³⁾ Polizeiftrafgefes §. 211. Unterichtagung (Art. 304. fg. bes Criminalgesethuches) ift, wenn ber Werth bes Unterichlagenen weniger als Ginen Thaler, ober bei gefundenen Sachen weniger als zwei Thaler beträgt, mit Gefängnif bis ju vierzehn Tagen gu beftrafen.

Strafen find jeboch bei ber Unterschlagung gefundener Sachen auf Die Balfte ihrer Dauer zu beschränten. Sollte ber Berth bes untergeschlagenen gefundenen Begenftandes weniger als zwei Thaler betragen, fo unterlieat bie Sanblung nur ber polizeilichen Abnbung.

Ausgezeich= nete Ställe.

Mrt. 307. Wiber öffentliche Boten, Frachtfahrer, Schiffer, Bevollmächtigte, Verwalter, Brivatrednunge= führer, Depositarien, Bormunder, Curatoren und bas Sausgefinde, fowie bie bemfelben gleichgestellten (Art. 287. Nr. 3.) und bie in bemfelben Artitel unter Nr. 9. erwähnten Berfonen ift bingegen, falls fle bie ibnen anvertrauten Sachen unterschlagen, Die Strafe bes ausgezeichneten Diebstahls erfter Rlaffe (Art. 288.) anzuwenben. Die im zweiten Sage bes Art. 289. gemachte Ausnahme finbet auch bier ibre Anwendung.

III. De= meinen.

Art. 308. Jebe jum Nachtheil ber Rechte eines A im Ange- Andern absichtlich und rechtswidrig unternommene Täufdung, fle mag burch Erzeugung eines Irrthums, ober burch rechtswidrige Borenthaltung ober Unter= brudung ber Wahrheit gefcheben, ift Betrug.

> Auch berienige, welcher von frembem Betruge wiffentlich und rechtswidrig Gebrauch macht, ift als Betruger anzufeben.

Betrug burch Mrt. 309. Durch Vorenthaltung ober Unter= brudung ber brudung ber Wahrheit fann ein Betrug nur bann Wahrheit. verübt werben, wenn eine allgemeine ober auf be=

^{**)} Bgl. baper. Str.: Bd. Art. 256 - 265. 387 - 390., olbenburg. Art. 261—270. 397—401., altenburg. Art. 245—255., würtemberg. Art. 361—354., braunichw. §§. 224—227., best. 391—399., bab. §§. 450—470., thüring. Art. 236—239., preuß. §§. 241—245., österreich. §§. 457—205.

sonderen Berhältniffen beruhenbe Rechtspflicht bie Bahrheit zu offenbaren, porhanden war.

Art. 310. Der Betrug ift, insofern nicht bei ben ben einzelnen Arten besselben abweichende Bestims mungen gemacht sind, als vollendet anzusehen, sobald bie in betrüglicher Absicht vorgenommene täuschende Handlung beendigt ist. Auf wirklich verursachten Schaden kommt es dabei nicht an. Ob aber zur Beendigung ber täuschenden Handlung die wirklich erfolgte Täuschung bes Andern erforberlich sei, dies ist nach der Natur jener Handlung zu beurtheilen. Ist insbesondere bei Fälschung einer Urkunde oder andern Sache die dadurch bezweckte Täuschung erst noch von einer weitern Thätigkeit des Betrügers abshängig, so wird der Betrug erst hiedurch, z. B. durch den von der verfälschten Sache gemachten Gesbrauch, vollendet.

Art. 311. Ift ber Gegenstand ber burch ben B. Insbesonder verübten Rechtsverletung bas gegenwärtige Vertuge zum ober zukunftige Bermögen Anderer, so wird ber Rachtsele Betrügeriche Kadbelle Betrügerische Handlung an einem andern Orte mit betrügerische Handlung an einem andern Orte mit Strase bedrohet, und keine Umstände hinzutreten, die ihn als einen gesetzlich ausgezeichneten Betrüger darstellen, nach den in den Artikeln 283—286.
298. 299. über den einsachen Diebstahl enthaltenen Borschriften bestraft, jedoch mit der Einschränkung, daß, wenn die Summe des bezweckten oder verurssachten Schadens zwei Thaler oder darunter beträgt, ein solcher Betrug der polizeilichen Ahndung überslassen bleibt, imgleichen mit den folgenden näheren Bestimmungen. Es soll nämlich die volle Strase

11*

ven Deiehstahls nur bann eintreten, wenn der von dem Betrüger bezweckte Schaden auch wirklich verursacht ist. Ist kein wirklicher Schaden gestistet, so soll die nach Maßgabe des bezweckten Schadensbettages statischenden Strafe des Diehstahls zu zwei Drittheilen erkannt werden. Ist zwar einiger, aber nicht der ganze beabsichtigte Schaden erfolgt, so soll eine vom Nichter zu ermessend verhältnismäßige Erhöhung jener Strafe über zwei Drittheile der betressenden Diehstahlsstrafe hinaus eintreten. Sollte ein bei dem Betruge bezweckter Schadensbetrag nicht mit Gewißheit anzunehmen stehen, so ist die Vervordung des Art. 302. zu beobachten. Ueberhaupt aber ist bei Anwendung dieser Vorschriften nach der Bestimmung des Art. 38. zu versahren 61).

Nabere Be: ftimmungen.

Art. 312. Diefe Vorschriften über Bestrafung bes einfachen Betruges werben jedoch folgenderge= stalt eingeschränkt und naber bestimmt:

1) bei zweiseitigen, auf gegenfeitigen Bortheil gerichteten Berträgen find Die geringeren Betru-

⁶¹⁾ Polizeistrafgefet.

S. 216. Einfacher Beirug, bei welchem ber bezwedte ober versursachte Schaben zwei Thaler ober barunter beträgt (Art. 311. bes Eriminalgesenbuches) ift mit Gefängnig bis zu vier Wochen ober mit Geltbuffe bis au funfgig Thalern zu ahnben.

^{§. 217.} Die nicht auf Bermögensschaben gerichteten und im Erimts nalgesethuche nicht mit Strafe bebrobten Betrügereien find mit Gefängeniß bis gu sechs Bochen ober mit Gelbuge bis gu hundert Thalern gu bestrafen.

S. 218. Betrügereien von besonberer Geringfügigfeit find mit Gelbbugen bis ju funf Thalern gu abnben.

^{9. 219.} Die Strafbestimmung bes vorigen & gilt auch für bie nach Art. 312. Nr. 1. bes Eriminalgesephuces perintic nicht zu strafens ben geringeren Betrügereien bei weiseitigen, auf gegenseitigen Bortheil gerichteten Berträgen, welche in Rücksich ber Erhöhung ober Berringerrung bes Preises, ber Größe ober ber Glite begangen werben, sofern sie eine Rechtsverletzung enthalten.

gereien, welche bie Gultigkeit bes Bertrages nicht aufheben, fondern nur in Rudficht ber Erhöhung ober Berringerung ber Breife, ber Größe, Gute und anderer Bestimmungen begangen werden, überall nicht Gegenstand bes Strafgesetes, sondern nur in bazu geeigneten Fällen ber polizeilichen Ahnbung unterworfen.

Das Strafgefet findet bagegen feine Unmenbung, wenn bas von bem einen Contrabenten in bie Redlichfeit bes andern gefeste Bertrauen auf eine bem Wefen bes Bertrages felbft vollig wibersprechenbe Beife getäufcht worben, wie 2. B. wenn eine nicht mehr vorbandene ober bereite veräuferte Sache, eine Bagre von gang anderer Gattung und Materie, als wofur fie ausgegeben worden, zum Gegenstande eines fol= den Bertrages gemacht ift; ober wenn ber eine Contrabent wegen verbeimlichter Rechte eines Dritten, Diejenigen Rechte, welche ben Gegenftand bes Bertrages ausmachten, nicht erlangen tonnte; wenn bas aus Irrthum zuviel Gezahlte, ober fatt eines bestimmten Begenstandes ein aus Errthum gegebener verschiebener, von boberm Werthe, angenommen und in ber Absicht rechtewidriger Zueignung behalten ift u. f. w.

2) Bei Verträgen, welche ursprunglich blos zum Vortheil bes andern Theils gereichen, wie Schenkungen, Leihverträge 2c., wird der Versfprechende, welcher den Andern durch Vorentshaltung ober Schmälerung der vertragsmäßigen Vortheile hintergeht, blos nach burgerlichen Gesfeben beurtheilt.

3) Defrauben und Berfurzungen bes öffentlichen Einkommens, melde nicht vom peinlichen Rich= ter, fonbern nach befonderen gefetlichen Beftimmungen zu untersuchen und zu bestrafen find, machen feinen Gegenstand biefes Befesbuches aus.

Inebefenbere von mucher= liden Bertragen.

Mrt. 313. Wucherliche Vertrage aller Art follen, wenn bas mabre Verhältnig ber Binfen gum Rapital nicht unmittelbar aus bem Contracte felbft mit Bestimmtheit hervorgeht, und biefelben folglich als verfleibet angufeben find, gleich einfachen Betrugereien, unter besonderer Berudfichtigung ber großern . ober geringern Ueberschreitung bes gefehlichen Bind= mafies, bestraft werben. Der Richter ift inbef er= mächtigt, fatt ber Freiheitoftrafe auf eine angemeffene Gelbstrafe zu erkennen. Auf Die Berfonen, welche ben Bucher gewerbmäßig treiben, findet die Beftim= mung bes Art. 316. ihre Anwendung 62).

Ilnter= brudung bon Urfunben.

Art. 314. Wer in ber Absicht, einem Andern Nachtheil zuzufügen, gultige Urfunden rechtswidria unterbruckt, ober mer, um einen Dritten gu binter= geben, in ben auf eigenen Namen ausgestellten ober mitunterzeichneten Urkunden falfche Thatfachen ober Umftanbe miffentlich angibt, wird ale Betruger nach Art. 311. beftraft.

2) Mus= gezeichnete erfter Rlaffe.

Urt. 315. Nach ben in bem Art. 288. über Betrugereien ben ausgezeichneten Diebstahl erfter Rlaffe und bem Art. 298. enthaltenen Beffimmungen, jedoch mit Beob= achtung ber beschränkenben Vorschriften bes Urt. 311., follen geftraft merben:

⁴²⁾ lleber Bucher vgl. baper. Str. = B. = Bd. Art. 261. 262., olbenb. Art. 266. 267., aftent. Art. 293—301., würtemb. Art. 355., braunschw. §§. 231. 232., besi. Art. 400. 401., bat. §§. 533—534., thuring. Art. 286—290., preuß. §. 263.

- 1) ber Betrug an einer zu frommen 3meden errichteten Anstalt;
- 2) bas Gefinde und bie im Art. 287. bemfelben gleichgestellten Versonen, wegen eines Betruges an ber Gerrschaft ober beren Angehörigen;
- 3) ber Betrug, welchen Vormunder, Curatoren, Bevollmächtigte, Verwalter, Brivatrechnungsführer und Depositarien, Gesellschaftsgenoffen,
 erwählte Sachverständige oder Schiedsrichter, in
 dem ihrer besondern Treue untergebenen Geschäftsverhältnisse verüben. Gin Gleiches gilt
 von den im Art. 287. Nr. 9. erwähnten Berfonen in den daselbst bemerkten Verhältnissen;
- 4) biejenigen, welche die Religion, eine religible Sandlung ober durch Religion geheiligte Sachen als Mittel zur Ausübuug eines Betruges mißsbrauchen, ober in eigennühiger Absicht durch abergläubische ober hinterlistige Berblendung, z. B. durch angebliches Geisterbeschwören, Schaßgraben, Zeichendeuten, Goldmachen und dergleichen Andere hintergeben;
- 5) wer die zur Bezeichnung der Grenze liegender Grundstücke oder des Wasserstandes oder der Grubenfelder öffentlich bestimmten Merkmale, oder die Höhenlage des Fach = (Grund =) Baums bei Wassermühlen und anderen derartigen An-lagen, betrügerischer Weise verändert, vernichtet, unkenntlich macht oder verruckt 63).

⁽³⁾ Boligeiftrafgefet S. 229.

Grengverrudung, unbefugtes Anpfligen, Angraben und sonstiges Aneignen fremben Grundeigenthums gegen Brivatgrundifude, Gemeinbeiten, Forften, Bege ober Genfifer ift, befern nicht ber Art. 315. Nr. 5.

Ift ber Gegenstand eines folden Betruges nur von geringer Wichtigkeit, so ift ber Richter ermäche tigt, auf Gefängnifftrafe nicht unter vier Bochen zu erkennen.

Fortsetzung.

Art. 316. Ohne Rudficht auf die Geringfügigkeit bes Betrages ber in bem einzelnen Falle zur Untersuchung gekommenen Betrugerei find mit Arbeitshaus zu bestrafen:

1) biejenigen, beren Betrug mit einer Gefahr für Gefundheit oder Leben Anderer verbunden ist; Apotheker, Kaufleute, Krämer, Bäcker, Beinshändler, Branntweinbrenner, Brauer oder Wirthe, welche die bei ihnen käuflichen Medicamente oder Nahrungsmittel durch schädliche Dinge versfälschen, insofern eine solche That nicht ein schwerres Verbrechen enthält.

Die Gerichte find ermächtigt, in dazu geeigeneten Fällen, befonders bei dem Ruckfalle, neben ber verwirkten Strafe auf ben Berluft bes zu dem Betruge gemißbrauchten Gewerbes zu erstennen.

- 2) Spieler von Profession, welche falfch fpielen, nebft ihren Gehulfen;
- 3) überhaupt alle diejenigen, welche fich einer folchen Art des Betruges ergeben, die eine unbeftimmte Menge mehrmals zu wiederholender Betrügereien umfaßt; 3. B. falfche Sammler

bes Criminalgesethudes Plat greift, mit Gefangnig bis zu acht Tagen ober mit Gelbbufe bis zu gehn Thalern zu ahnben.

In leichteren Fallen tritt Gelbbuße bis zu brei Thalern ein. Angerdem ist ber rechtmäßige Zustand auf Kosten bes llebertreters wieder berzusiellen.

und Collectirer, ingleichen bie, welche in ihrem Gewerbe fich falfchen Dages ober Gewichtes bedienen.

Bare jeboch burch bie Grofe bes Betrages icon an fich eine bobere Strafe vermirtt, fo ift auf biefe ju erfennen.

Art. 317. Nach ben in bem Art. 293. über 2) Ausgeben ausgezeichneten Diebstahl ber zweiten Rlaffe und trügereien ben im Art. 298. enthaltenen Bestimmungen follen geftraft merben:

ameiter Glaffe.

- 1) Betrugereien, welche von einer Banbe verübt morben find;
- 2) die Betrügereien, berjenigen, welche Urfunden, als Testamente, Contracte, Schuldscheine, Wechsel. Creditbriefe, Quittungen, Sandelsbucher und bergleichen fälfchlich auf fremben Ramen ausftellen ober verfertigen, betruglich nachahmen, in einer bergleichen gultigen Urfunde betrüglich etwas verändern, zuseben, ausloschen, ober auch von einer folden Urfunde miffentlich Gebrauch machen. (Berhalten fich bie Urtunden ale offent= liche, fo fommt ber Urt. 197. gur Unwendung.)

Ift ber Wegenftand eines folden Betruges nur pon geringer Wichtigkeit, fo find bie Gerichte ermach= tigt, auf Arbeitebausftrafe, und, wenn ber Betrag zwei Thaler nicht überfteigt, auf Gefangniß= ftrafe zu erfennen.

Mrt. 318. Entwendungen, Unterschlagungen und IV. Gemeins Betrugereien, welche zwischen Chegatten, Verwandten ichimmungen und Berschwägerten in gerader Linie und Geschwi= aber Diebftern, oder zwischen anderen in berselben Familien= fahl, Unter-

schlagung gemeinschaft lebenden Verwandten und Verschwägersund Betrug : ten, deßgleichen von jungen Leuten an ihren Vorschiffet ber mündern, Pflegeeltern oder Erziehern begangen wersundtntes wegen. son Anntes wegen. sohn ehr des Familienhauptes untersucht und bestraft werden. Es ist sodann jenes Verhältniß bei Zumessung der Strafe als ein Milberungsgrund zu betrachten.

B. Von bem Zusammen: fluffe.

Urt. 319. Bon bem Zusammenfluffe mehrerer Diebstähle, Unterschlagungen und Betrügereien gelten folgende Regeln:

- 1) Treffen mehrere Uebertretungen biefer Gattung zusammen, welche einzeln wegen ber Geringsfügigkeit ihres Betrages und weil der Ueberstreter wegen gleicher Vergehen früher noch nicht bestraft gewesen, der polizeilichen Ahndung untersworfen sind, so kann eine peinliche Bestrafung auch dann nicht eintreten, wenn deren Gesammtsbetrag die für die polizeiliche Bestrafung bestimmte Grenze überschreitet.
- 2) In allen anderen Källen aber ift bei bem Bufaminenflusse mehrerer einfacher Uebertretungen, von höherm oder geringerm Betrage, die
 Strafe in der Negel nach dem Gesammtwerthe
 zu ermessen. Es ist jedoch die wiederholte Berübung bei Zumessung der Strafe als ein Erschwerungsgrund zu berücksichtigen, und der
 Nichter ist ermächtigt, nach den Umständen auf
 die zunächst höhere Strafbestimmung (Art. 285.)
 zu erkennen.
- 3) Treffen Entwendungen, Unterschlagungen und Betrugereien, welche zu ben ausgezeich neten

Berbrechen biefer Sattung gehören, unter sich, ober mit einfachen Uebertretungen zusammen, fo behält es im Allgemeinen bei ben in ben Artiteln 107. 108. und 110. gegebenen Bestimmungen sein Bewenden; boch ift, wenn nicht ausgezeichnete Verbrechen zweiter Klasse mit zur Bestrafung kommen, höchstens auf fünfzehn jährige Kettenstrafe zu erkennen. Sievon gelten jedoch folgende Ausnahmen:

- a. Treffen bie nach Art. 289. 307. a. E. und 315. a. E. milber zu bestrafenden ausgezeichneten Diebstähle, Unterschlagungen und Betrügereien erster Classe unter sich ober mit einsachen Uebertretungen zusammen, so sind sie nur den unter Nr. 2. vom Zufammenslusse einsacher Uebertretungen gegesenen Bestimmungen unterworfen.
- b. Gehören die mit einfachen oder ausgezeich=
 neten Uebertretungen erster Klasse zusammen=
 treffenden ausgezeichneten Verbrechen zweiter
 Klasse zu ben im Art. 295. und 317. a. E.
 bezeichneten Fällen, so ist höchstens auf
 funfzehnjährige Kettenstrase zu er=
 fennen.

Art. 320. Die in biefem Ravitel enthaltenen C. Bom Rad-Berbrechen bes Diebstahls, ber Unterschlagung und bes Betruges find in Sinsicht bes Rudfalles als gleichartige Verbrechen anzusehen. (Bgl. Urt. 112.)

Dreizehntes Kapitel.

Bon bem Raube und von ber Erpreffung 64).

1. Raub: Art. 321. Wer, um eine Entwendung zu vollschriffen, einer Verson Gewalt anthut, entweder durch thätliche Mißhandlungen, ober durch Drohungen, welche mit einer für das Leben oder die Gesundheit des Angefallenen gegenwärtigen Gesahr verbunden sind, der ist, wenn er auch seine Absicht nicht erreicht haben sollte, des Naubes schuldig.

Fortsehung. Art. 322. Hat Jemand erweislich nicht um einer Entwendung willen, sondern im Jorne, aus Nache oder anderen dergleichen Ursachen eine Berson vergewaltigt, und aus nun erst entstandener habsüchtiger Absicht den hülflosen Zustand derselben zu einer Entwendung ihrer Sachen benutt; so ist die That nicht als Raub, sondern als Jusammenkluß einer thätlichen Mißhandlung oder Körperverletzung und eines Diebstahls zu bestrafen.

Fortsetzung. Art. 323. Wer auf einen bloßen Diebstahl ausgegangen ist, und erst bei gefundenem Widersstande sich, um die Entwendung auszusühren oder um sich im Besitz der entwendeten Sachen zu beshaupten, mitgebrachter oder vorgefundener Waffen zur Schreckung oder Mißhandlung bedient, oder an eine Verson gewaltthätig Hand angelegt hat, ist gleich einem Räuber zu strafen.

⁴⁾ Bgl. bayer. Str.s.S.Sh. Art. 233—238., olbend. Art. 238—248., alkendurg. Art. 163—166., würtemberg. Art. 311—315., braumichweig. St. 175—177., bess. Art. 344—353., bad. §8. 410—422., thürting. Art. 152—157., preuß. §8. 230—236., österreid. §8. 190—196.

Wenn aber ein auf ber That ertappter Dieb blos feine Berson gegen Angriffe vertheibigt; so hat dieses auf die Bestrafung nur so weit Ginfluß, als die Gestetze wider Körperverletzung ober Tödtung babei zur Anwendung kommen.

Art. 324. Ein Raub, welcher ohne gewaltthä= B. Strafe: tiges Handanlegen, burch bloße Drohungen begangen meinen. worden ist, wird mit Zuchthausstrafe bis zehn= bes Raubes. jähriger Kettenstrafe belegt, wenn sich der Thä= ter dabei keiner Wassen bedient hat. (Art. 157. I.)

Art. 325. Behn= bis zwanzigjährige Ret= 3meiter Grab tenstrafe sindet statt, wenn zwar der Raub nur durch folche Drohungen verübt worden, jedoch

- 1) ber Räuber entweber zugleich in eine Wohnung eingebrochen, eingestiegen ober in eine Behaufung zur Nachtzeit eingebrungen ift; ober
- 2) wenn berfelbe burch Masten, Schmarzen bes Gefichtes, falfchen Bart und bergleichen fich untenntlich zu machen gefucht hat; ober
- 3) wenn ber Raub bon Mehreren; ober
- 4) wenn er auf öffentlichem Wege verübt worben ift.

Art. 326. Wenn jedoch der Räuber mit Waffen Dritter Grab gedrohet hat, oder wenn der Raub mittelst gewalt= bes Raubes. thätigen Handanlegens und thätlicher Mißhandlung einer Person, oder von einer Bande verübt worden ist; so wird der Räuber mit fünfzehnjähriger bis lebenslänglicher Kettenstrafe belegt.

Art. 327. Bei Zumeffung ber im Art. 326. bestimmten Strafe ift besonders barauf Rudficht zu nehmen, ob ber Rauber bie Waffen bei fich geführt

ober nur am Orte der That vorgefunden hat, ingleichen von welcher Art und Beschaffenheit dieselben
gewesen; deßgleichen, ob die verübte Gewaltthätigkeit
die Entwendung oder die Sicherung des geraubten
Gutes zum Zwecke hatte. Außerdem ist in den Fällen
der Art. 325. und 326. auf das Zusammentressen
erschwerender Umstände, sowie im Allgemeinen bei
der Bestrasung der drei ersten Grade des Raubes
(Art. 324—326.) auf die Art und Größe der angewendeten Drohung oder Gewalt, auf den Werth
des etwa geraubten Gutes und besonders darauf zu
sehen, ob der Thäter auf den Raub ausgegangen
war, oder erst bei gesundenem Widerstande sich räuberischer Handlungen schuldig gemacht hat.

Bar in den Fällen der Art. 325. und 326. der Grad der Gefährlichkeit und Gestiffenheit äußerst gering und der Raub nicht von einer Bande verübt; so ist der Richter ermächtigt, bei Anwendung des Art. 325. bis auf Zuchthausstrafe von vier Jahren, und in einem Valle des Art. 326. auf Rettenstrafe unter fünfzehn Jahren herabzugehen.

Bierter Grad Art. 328. Mit bem Tobe sollen bie Räuber gestraft werben:

- 1) von welchen eine Berfon, um ihr bie Entbedung verborgener Sabfeligkeiten abzupreffen, auf eine harte Beise mighandelt ober mit einer augenblidlichen großen Gefahr bedrohet worden ift;
- 2) welche eine Berson burch bie an ihr verübte Dishandlung in Lebensgefahr verfest, verftummelt ober lebensgefährlich verwundet haben;

3) welche einer Perfon baburch einen unheilbar bleibenden Rachtbeil an ihrer Gefundheit ober ihren Beiftesträften zugefügt haben. 3ft jeboch ein folder Nachtheil fehr unbedeutend, fo ift ber Richter ermächtigt, auf Rettenftrafe nicht unter zwanzig Jahren berabzugeben.

Art. 329. Mit gefdarfter Tobesftrafe Raubmorb. follen bie Räuber belegt werben, welche eine Berfon getöbtet haben.

Art. 330. Die Unführer und Saupter einer 2) Besonbere Räuberbande follen, wenn von der Bande Räubereien a. binfichtich folder Urt begangen find, wie die in ben beiden ber Anfabrer vorhergebenden Artiteln bemertten, follten fie auch an ber Ausführung felbft feinen Theil genommen haben, ftete mit ber fur Die That angebrobeten Tobesftrafe belegt werben, es fei benn, baf fie bie verübten Gewaltthaten aus allen Rraften zu hindern bemuht gewesen, in welchem Falle, sowie in allen übrigen Källen von ber Bande verübter Räubereien, fle lebenslängliche Rettenftrafe erleiben follen.

Art. 331. Wenn ber Rauber aus eigener Be= b. Folge bes wegung, nach schon ausgestoßener Drohung ober von ber That. einem ichon angewandten geringen Grabe von Bewalt, von feiner That abgeftanden ift; fo foll bie gegen ihn zu ertennenbe Strafe nur bis zur Balfte ber burch bas vollendete Berbrechen verwirkten Strafe fteigen konnen. Wenn biefe aber in Tobes = ober lebenslänglicher Freiheitsftrafe befteht, fo foll bis gu langjähriger, und im erften Falle felbft bis gu lebenslänglicher Rettenftrafe erfannt werben fonnen.

Art. 332. Wer icon einmal wegen Raubes c. leber ben beftraft worben, ift, wenn er fich wieber besfelben

schuldig gemacht und durch dieses neue Verbrechen nicht etwa Todesstrafe verwirkt hat, mit Retten= strafe auf Zeitlebens zu bestrafen.

Die Anführer und Häupter ber Räuberbanden, welche bereits einmal wegen Naubes bestraft find, follen, wenn aufs Neue begangene Naubthaten ihnen beizumeffen sind, mit dem Tode bestraft werden.

d) lleber Begünftigung.

Art. 333. Wer sich ber Begunstigung von Raubthaten schuldig macht, soll mit einer, nach den Umständen zu ermäßigenden Zuchthausstrafe, wer sich aber einer gewerbmäßigen Begunstigung von Räubereien schuldig macht, mit Kettenstrafe bis zu fünfzehn Jahren belegt werden.

11. Er= preffung: A. Begriff. Art. 334. Wer in der Abssicht, sich oder einem Dritten einen Bortheil zu verschaffen, auf welchen ihm oder jenem Dritten ein rechtlicher Unspruch nicht zusteht, durch unerlaubte Anwendung von Thätlichsteiten oder Drohungen einer Person eine Handlung oder Unterlassung abgenöthigt hat, wodurch ihr oder eines Dritten Vermögen beeinträchtigt wird, ist der Erpressung schuldig.

B. Strafe.

Mrt. 335. Ift eine folche Erpreffung

1) mittelft thätlicher Mißhandlung oder durch Drohungen, die mit gegenwärtiger Leibes- oder Lebensgefahr verbunden find, verübt worden; fo foll der Thäter gleich einem Räuber, nach Verschiedenheit der Fälle und Grade, bestraft werden.

Sft aber

2) die Erpreffung nur burch Erregung ber Furcht vor tunftigen Mighandlungen ober Befchabigungen, ober burch Bebrohung mit Denunciation,

Berleumbung, Rlage, Ablegung ober Nichtab= legung eines Beugniffes, ober burch andere bergleichen beangftigende Bubringlichkeiten gefcheben; fo foll ber Schuldige, mit Rudficht auf Die Beschaffung ber Drohung und bie Große bes beabsichtigten ober erpreften Bortheils, mit Ur= beitebaus= ober Buchthausstrafe belegt merben. Bei befonbers milbernben Umftanben barf indeg ber Richter auf Befangnifftrafe erfennen.

Sat jedoch ber Thater mit Mord ober Brand mundlich ober fdriftlich gebrobet; fo ift er einem Räuber erften Grabes (Art. 324.) gleich qu bestrafen.

Dierzehntes Kapitel.

Von ber Befcabigung bes Gigenthums 65).

Art. 336. Wer fremdes Gigenthum aus Bos- I Ginfache beit ober Muthwillen gerftort ober beschäbigt; foll, wenn bie Sandlung nicht eines ber in ben Artifeln 178-195. bezeichneten Verbrechen enthält, und fich ber angerichtete Schaben über gehn Thaler beläuft, mit einer nach ben Beweggrunden ber That und ber Grofe bes Schabens zuzumeffenben Befangnifober Belbftrafe belegt werben. Wenn ber Schaben fich auf mehr als hundert Thaler beläuft und

Beidabi= gung.

⁴⁵⁾ Bgl. bayer. Ctr. : G. : Bd. Art. 244-246. 254. 255. 383-386., otbenb. Art. 249—251. 259. 260. 392—396., attenb. Art. 288., würtemb. Art. 385—393., braunichw. §§. 210—212., beij. Art. 420—428., bab. SS. 570-582., thuring. Art. 281-284., preuß. SS. 281-284., ofter: reid. §§. 85. 89. 468.

von dem Thäter nicht erfett werden kann, so ist ber Richter ermächtigt, auf Arbeitshaus zu er= kennen.

Geringere einfache Beschädigungen find ber polizeilichen Ahndung überlassen, ingleichen Beschädigungen, welche durch Liehhutung zugefügt worden, ohne Rucksicht auf ben Betrag des Schadens.

II. Aus= gezeichnete Beschädi= gung. Art. 337. Sst jedoch die Beschädigung an öffentlichen Wegen, Brücken, Wasserleitungen, Deichen, Dämmen, Schleusen, Kanälen, Brunnen, Magazinen, Bibliotheken oder anderen Sammlungen für Künste und Wissenschaften, an den zum Löschen des Feuers nothwendigen Geräthschaften, an Maschinen und Vorrichtungen zum Bergbau und Hüttenwesen, an den an Heerstraßen und anderen öffentlichen Wegen gesetzten Bäumen, an Meilenzeichen, sowie an öffentlichen Denkmälern oder Grenzzeichen, an Kirchen oder gottesbienftlichen Gebäuden und an Denkmälern auf Grabstätten verübt worden; so soll der Thäter,

1) wenn ber angerichtete Schaben sich über zwei bis zu zwanzig Thalern erstreckt, mit einer Gefängnißstrafe von acht Tagen bis zu zwei Monaten;

2) bei einem Betrage über zwanzig Thaler aber mit zweimonatlichem Gefängniß bis zu breijährigem Arbeitshaufe belegt werben.

In beiben Fallen ift ber Richter ermächtigt, wenn bie Befchäbigung nur aus Muthwillen geichehen, ftatt ber verwirkten Freiheitsftrafe auf eine angemeffene Gelbftrafe zu erkennen.

Wenn ber Thater ichon fruher eine, obgleich nur polizeiliche Strafe megen einer folden ausgezeichneten

Befchädigung erlitten bat; fo tritt auch bei einem Betrage unter zwei Thalern bie unter Nr. 1. ange= brobte Strafe ein 66).

1) in bem Falle unter Nr. I. Arbeitshaus nicht unter zwei Jahren bis Ruchthaus ju vier Jahren;

2) in dem Falle unter Nr. II. Zuchthaus dis zu sechs Jahren; 3) in dem Falle unter Nr. III. Zuchthaus nicht unter dier Jahren; 4) in dem Falle unter Nr. IV. Kettenstrase dis zu zwanzig Jahren.

Art. IV. Gind in Folge ber That Cachen beichabigt ober gerftort worben, fo ift gegen ben Thater auf Buchthausstrafe, wenn aber ber ans gerichtete Schaben auf mehr als 500 Thaler fich belauft, auf Rettenftrafe bis ju funfgebn Jahren gu ertennen. Beträgt jeboch ber geftiftete Schaben nicht bie Gumme bon zwanzig Thalern, fo ift ber Richter ermachtigt, Arbeitsbausstrafe, nicht unter zwei Jahren, eintreten gu laffen.

Art. V. Ift eine ber im Art. I. bezeichneten, peinlich ju ftrafen= ben Sanblungen aus Fabrläßigfeit begangen, fo tommen bie in ben Art. 46-51, bes Eriminalgejegbuches enthaltenen Bestimmungen gur Unwendung, es ift jeboch ftatt ber im Urt. 50. angebrobten Strafen:

1) in ben gallen ber geringeren Sahrlagigfeit auf Gefangnigftrafe, und wenn baburd ein beträchtlicher Schaben berurfacht worben,

auf Arbeitsbausftrafe, unb

2) in ben gallen ber groben Gabrlagigteit bagegen auf Arbeitsbaus: ftrafe, und wenn baburch ein beträchtlicher Schaben berbeigeführt ift, auf Ruchthausftrafe gu ertennen.

se) Sier ichlieft fich an bas Gefet, bie Beftrafung von Ber: brechen gegen bie Siderbeit bes Gifenbabnbetriebs betr. b. 8. Auguft 1846.

Art. L. Ber mit rechtswidrigem Borfate an einer Gifenbabn, an beren Bubehor ober an beren Betriebsmitteln fich einer folden Sanb: lung ichulbig macht, ober folde Sinberniffe bee Babnbetriebe bereitet, woburch fur Menichen ober Cachen bei beren Beforberung auf ber Babn eine Befahr entsteht, ift nach bem Dage ber Befahr, in leichteren Rallen mit Arbeitebaus (vgl. Art. 19. bes Griminalgefegbuches), in ichwereren Fallen mit Buchthaus bis gu feche Jahren gu beftrafen.

Ungebuhr an Gifenbahnen, an beren Zubebor ober Betriebemitteln, woburch weber bie Beforberung von Menichen ober Sachen gefahrdet, noch ein bie Gumme von zwei Thalern überfteigenber Schaben herbeis geführt wird (vgl. Art. 337. bes Eriminalgefenbuches) unterliegt polizei= licher Abnbung.

Mrt. II. hat in Folge einer peinlich gu ftrafenben Sanblung (vgl. Urt. L) ein Denich bas Leben verloren, fo ift Rettenftrafe nicht unter gebn Sabren, und wenn jener Erfolg bon bem Thater beabfichtigt war, Tobesftrafe gu erfennen.

Art. III. Sat bie That eine Rorperverlepung gur Folge, fo treten, nach Berichiebenheit ber in ben Urt. 243. bes Eriminalgefesbuches unter ben Rummern I. bis IV. bezeichneten Fallen einer geringeren ober fcme: reren Befchäbigung, folgenbe Strafen ein:

III. Gemeins Art. 338. Somohl bei ber einfachen als ausfchaftliche gezeichneten Beschäbigung ift, ohne Berudfichtigung

Art. VI. Die nämlichen Strafen und baneben bei Freiheitsfirafen, al Folge bes verfählichen Berbrechens Dienftentlegung, als folge bes sahrläßigen Dienftentlaffung, finden gegen Eisenbahn: Offizianten fatt, welche fich eines ber in biesem Geiege bezeichneten Berbrechen, sei es burch Thathanblung, burch Unterlaffung ober burch Bernachläßigung ihrer Philot, fouldig gemacht haben.

Befet, bie Beftrafung von Berbrechen gegen bie Gichers beit bes Betriebes ber Telegraphen betr., v. 24. Dez. 1849.

- S. 1. Ber mit rechtswibrigem Borfabe gegen eine Telegraphen-Mifatt bes Schates hanblungen verübt, welche bie Benuhung biefer Ansiaft zu ihren Zweden berbinbern, fibren ober beeintrachtigen, ist mit einer peinlichen Strafe von brei Monaten Gefängniß bis zu zwei Jahren Arbeitsbaus zu beitrafen. Geschah bie Berübung aus Jahrläßigteit, so ritt Gefängnisstrafe, gerichtlicher Berweis ober Gelbbuche ein. Bei sahr läßiger Berletung bat bie sosorige, bei ber nächten Telegraphenstation gemachte Gelbstanzeige, unbeschabet ber Berpflichtung zum Schabenersaße, Strassofigteit zur Folge.
- §. 2. Diefe, fowie die in ben nachfelgenben Paragraphen entbatten mehmungen gelten von folden Telegraphen-Anfiatten, welche zwar nicht Eigenthum bes hiefigen Ctaates, gleichweht mit Genehmigung bestelben von auswärtigen Regierungen, von Privatgesellichaften ober Privatpersonen eingerichtet und als solde von Unferm Ministerium bee Innern burch eine öffentliche Betanntmachung bezeichnet sind.
- §. 3. Sanblungen ber im §. 1. gebachten Art find inebefondere bie Begnahme, Zeritörung ober Beschädigung ber Orahtseitung, ber Apparate und sonligen Zubehörungen ber Telegraphen-Anlagen;

bie Berbindung frembartiger Gegenstände mit ber Drabtleitung; bie Falfdung ber burch ben Telegraphen gegebenen Zeichen;

bie Berbinderung ber Bieberberftellung einer gerftorten ober beichabigten Telegraphen : Anlage ;

bie Berhinberung ber Telegraphen Diffizianten in ihrem Dienstberuse; jebe Gigenmächtigkeit an ber Telegraphen Anlage, woburch faliche Belbungen veranlagt werben.

- § 4. 3ft in Folge einer berartigen wiberrechtlichen vorfährlichen borfahrlägigen handlung Berlust eines Menichenlebens, Körperverlehung ober Befchäbigung ober Zerfförung von Sachen eingetreten, so kommen bie Beftimmungen bes Gesehes vom 8. August 1846, die Bestrafung von Berbrechen gegen die Sicherheit bes Eisenbahnbetriebs betreffend, zur Anwendung.
- §. 5. Telegraphen-Offinianten, sowie die mit dem Telegraphenbeinfte beauftragten Eisenbahnbeamten, welche fich eines ber in diesem Geiete bezeichneten Berbrechen, sei es durch Thathandlung, durch Unterlaffung oder burch Bernachläßigung ihrer Pflicht schufbig gemacht haben, find, wenn fie ohnebin eine Freibeitsftrafe verwirtt haben, außerbeem bei vorfählich begangenen Berbrechen mit Dienstentsehung, bei fahrläßigen

ber Große bes bewirkten Schabens, auf die in bem porigen Artifel unter Nr. 2. bestimmte Strafe gu erkennen, wenn baburch ein bebeutenber Nachtheil fur bas gemeine Befen ober bas Leben und bie Be= fundheit ber Menfchen, fowie fur bas Gigenthum berbeigeführt merben fonnte, und ber Thater megen ber Gemeingefährlichkeit feiner Sandlung ober wegen bes wirklich eingetretenen Nachtheils nicht ichon einer bartern Beftrafung unterliegt.

Art. 339. Bei Zumeffung ber in ben Artifeln Bumeffunges 336 - 338. angebrobeten Strafen bat ber Richter befonders barauf zu achten, ob bie Befchabigung aus Bosheit ober aus Muthwillen geschehen, ingleichen wie groß ber baburch verurfachte Schaben ober bie entftandene Gefahr gemefen, und ob ein Erfat ftatt= gefunden ober nicht.

grünbe.

Bergeben mit Dienstentlaffung ju belegen und ju einer jeben Bieberanftellung im Telegraphen: ober Gifenbabnbienfte für unfabig gu ertlaren.

S. 6. Borfteber ober Unternehmer von Brivat=Telegraphen=Anlagen, welche bie Entfeting ober Entlaffung bes verurtheilten Offizianten nach ber Mittheilung bes Ertenntniffes nicht binnen ber burch bas Gericht zu befrimmenben Frift bewirten, haben eine polizeiliche Belbftrafe von gebn bis Ginbunbert Gulben verwirft.

Gleiche Strafe trifft ben Offigianten, wenn er fich nachber bei einer Telegraphen : Bermaltung wieber anftellen lagt, fowie bie, welche ibn, befannt mit ber Unfabigfeite-Erflarung, wieber angestellt baben. Polizeiftrafgefes.

S. 230. Bostiche ober muthwillige Zerftörung ober Beschäbigung fremben Eigenthums foll, sofern fie nicht unter bie Strafbestimmungen bes Urt. 336. u. fg. bes Eriminalgesethuches fallt,

a wenn ber Schaben zwei Thaler nicht überfteigt, mit Befangniß bis an acht Tagen ober Gelbbuge bis ju gebn Thalern, bei ausgezeich: neten Beicabigungen (Art. 337, bes Eriminalgefetbuches) mit Gefangnig bie ju feche Boden ober Gelbuge bie gu hunbert Thalern beftraft werben.

Fünfzehntes Rapitel.

Bon ftrafbaren Dienstverlegungen ber öffentlichen Beamten 67).

Ginleitung.

Art. 340. Seber unmittelbare ober mittelbare öffentliche Diener, welcher entweder die allgemeinen Bflichten öffentlicher Beamten, ober die besonderen, in der Natur seines Amts liegenden, oder durch Instruktionen ihm vorgezeichneten Aflichten verletzt, soll in nachstehenden Fällen, auf Beranlassung der zuständigen Behörde, nach den folgenden Bestimmungen (Art. 342. ff.) bestraft werden 68).

Fortfetung.

- Art. 341. Den öffentlichen Dienern find in biefer Sinficht gleich gu achten:
 - I. die, welche bei ben Stadt= ober Landgemeinden und bei ben diefen untergeordneten öffentlichen Unftalten, Stiftungen ober fonstigen Verwaltungen angestellt und entweder eidlich ober burch Sand= gelöbnig an Gibesstatt verpflichtet worden;

⁵⁷⁾ Bgl. baher. Str. S. Sch. Art. 351 — 366. 437—459., ofbenburg. Art. 356—371. 466—488., aftenburg. Art. 311—323., würtemberg. Art. 399—461., braunichw. §\$. 248—287., beff. Art. 439—484., bad. §\$. 657—714., thüring. Art. 307—322., öfterreich. §\$. 101—105., preuß. §\$. 309—331.

⁴⁸⁾ Lanbesverfaffungs : Gefet vom 6. Auguft 1840.

^{§. 177.} Benn tönigliche, nicht lebiglich jur Claffe ber Richter gehörende Diener, nach fruchtlos vorhergegangener Wainung und Disciplinarstrasse, ihren Dienspilichten teine Genüge leisten, oder wenn sie durch ihr Betragen ein öffentliches Aergerniß geben, oder wegen eines gemeinen Berbrechen mit einer Erminachtrasse bereits belegt worden sind, so kann der Kenig, nachem Er das Gutachten bes Staatsraths darüber vernommen hat, nach Besinden der Umstände die Muts-Cuspenston mit Entziehung des Diensteinkommens, die Bersetzung auf ein eine geringere Einnahme gewährendes Amt, und sethst die Entlassung dom Annte verfägen.

II. Diejenigen, welche gum Dienfte bes Bublifums, für befondere Geschäfte öffentlich ernannt ober ermächtigt und befibalb formlich in Bflichten genommen find, mozu inebefonbere Sachwalter, Unmalte und Rotare geboren.

Art. 342. Wer vorfählich bie ibm anvertrauete I Migbrauch Amtsgewalt, auf mas immer fur eine Beife, gu Bedruckung ober Diffbandlung einer Berfon miß= braucht; foll, mit Rucfficht auf die Befchaffenbeit bes Beweggrundes, auf ben Grad bes Difbrauchs und auf ben bezwecten ober verurfachten Schaben, mit Dienstentfegung ober Dienstentlaffung, ober, bei minberer Verfculbung, mit Sufpenfion beftraft werden, vorbehaltlich jedoch ber ohne Rudficht auf fein Dienftverhältniß burch bie Sandlung an fich etwa noch verwirften Strafe.

Wer aus Uebereilung alfo verfährt, ift biscipli= narifch zu beftrafen, infofern nicht bie Bestimmungen bes Urt. 370. auf benfelben Unwendung finden.

Art. 343. Richter, Polizei= ober andere Obrig= II. Miß= brauch ber feiten, welche bie ihnen anvertrauete Gewalt fo weit Strafgewalt: migbrauchen, daß fie wiffentlich einen Unschuldigen a. rechtsbem Untersuchungeprozeffe unterwerfen, find mit leitung Dienstentsetzung zu ftrafen, zugleich aber, nach einer Unterben Umftanben, entweber mit ber Strafe ber falfchen Denunciation (Art. 217.) ober ber miberrechtlichen Befangenhaltung (Art. 249.) zu belegen.

Wer aus Uebereilung also verfährt, ift biscipli= narifch zu beftrafen; auf Sufpenfion ober Dienft= entlaffung aber ift bann miber ihn zu ertennen, wenn er nach zweimaliger bisciplinarifcher Ahnbung fich bes Bergebens aufe Reue fculbig macht.

ber Amte: gewalt überhaupt.

B. Rechte: fügung ber Captur.

Art. 344. Deffentliche Diener, welche eine Ber= wibrige Ber- haftung vornehmen, außer in ben burch Recht und Gefet beftimmten Fallen, ober welche einen Berbaf= teten nicht binnen 24 Stunden nach ber Berhaftung verhoren und über bie Urfache feiner Berhaftung im Allgemeinen nicht in Renntnig feten, ohne folder= halb burch erhebliche Behinderungsgrunde entschuldigt gu fein, ober welche bie Untrage auf Entlaffung bes Berhafteten gegen Caution nicht fo fchleunig als thunlich beforbern, follen Disciplinarifch beftraft mer-Maden fie fich nach zweimaliger bisciplinari= fcher Abnbung besfelben Bergebens wiederum fculbig, fo ift auf Sufpenfion ober Dienstentlaffung zu erfennen.

C. Rechte: wibrige Ber= längerung ber Unter= fuchung.

Urt. 345. Untersuchungsbehörben, welche bei ben ihnen obliegenden peinlichen Untersuchungen nicht mit ber pflichtmäßigen Thatigfeit verfahren, find bisciplingrifder Abnbung unterworfen. Sat eine folde bereits mehrfach ftattgefunden, fo ift unter Berudfichtigung ber Gleichartigfeit und ber Große ber Vernachläßigung, auf Sufpenfion ober Dienftentlaffung zu erfennen. Wenn aber ein Richter bie ibm obliegende Untersuchung gegen einen ver= hafteten Ungeschuldigten pflichtwidriger Beife brei Monate ober barüber bat ruben laffen, obne in biefer Beit einen mefentlichen Schritt gur Beforberung ber Sache gethan zu haben; fo foll wiber benfelben, bafern nicht erhebliche Milberungsgrunde eintreten, auf Dienstentlaffung, fonft aber auf Sufven= fion erfannt merben.

Sollte eine folche Bergogerung ber Untersuchung wiber einen Berbafteten in boslicher Absicht gescheben fein; fo foll auf Dienstentlaffung und unter erschwerenden Umftanden auf Dienstentfetung, überbies in beiben Fallen auf bie Strafe unbefugter Befangenbaltung erfannt merben.

Mitglieder ber Obergerichte, fowie auch berjenigen Gerichte, welche zugleich untersuchenbe und er= tennende find, follen bei leichterer Bernachläßigung ber ihnen obliegenden Gefchäfte in Eriminalfachen bisciplinarifch geftraft werben. Betraf bie Unterfuchung aber einen in Saft befindlichen Ungefchulbigten und mar bie Bernachläßigung febr bebeutenb, ober find mehrfache bisciplinarische Abnbungen wegen eines gleichen Berschulbens bereits angewendet mor= ben; fo ift auf Sufpenfion ober Dienftent= laffung, bei vorbandener boslicher Abficht aber auf Dienftentfetung zu erfennen.

Bei Unwendung ber Bestimmungen biefes Urtifels gereicht es überhaupt zur Erschwerung, wenn eine Untersuchung gegen Berhaftete vernachläßigt, und in noch hoberm Grabe, wenn die von biefen ver= wirtte Strafe fo gering ift, bag ihnen nicht burch Strafmilberung (Art. 103.) für bie verlängerte Saft ein Erfat gegeben merben fann.

Art. 346. Richter und Vorfteher von Gefang= D. unftattniffen, welche einen Berhafteten pflichtwidriger Weife hafte Berlanlänger als 48 Stunden nach eingegangenem, zur Bollziehung geeigneten Urtheile ober Entlaffunge= befehle in bem Gefängniffe, fowie Borfteber von Strafanstalten, welche einen Sträfling aus irgend einem Beweggrunde über feine Strafgeit miberrecht= lich in bem Straforte gurudhalten, follen bisciplinarifch, bann aber mit Sufpenfion ober Dienft=

entlaffung geftraft werben, wenn ungeachtet mehr= facher Disciplinarifcher Ahndungen basfelbe Bergeben aufe Reue von ihnen begangen ift, ober bie unrecht= mäßige Berlangerung ber haft über einen Monat ge= bauert bat.

Ift aber bie Berlangerung ber Saft mit bofem Borfate gefcheben, fo foll Dienftentlaffung, unter erfchwerenben Umftanben aber Dienftent= fegung, außerbem auch bie Strafe unbefugter

Gefangenhaltung eintreten.

E. Dighand: gefdulbigten.

Mrt. 347. Deffentliche Beamte, welche einen lung ber In: Angeschulbigten mighandeln, follen zunächst mit bis-L. Durch ten eiplinarischer Ahndung belegt, wenn diese aber bereits Inquirenten. mehrfach angewandt, ober bie Mighandlung befonders fdwer war, mit Sufpenfion, Dienftentlaffung ober Dienstentfetung bestraft werben. Ge ift bei Zumeffung biefer Strafen hauptfächlich auf bie Grofe ber Diftbandlung und ben Umftanb, ob folche in ben Aften verzeichnet worben, ober nicht, fo auch, ob fie in ber Absicht geschah, bem Angeschulbigten ein Geftandnig abzupreffen, Rucfficht zu nehmen.

Die obigen Beftimmungen fommen ebenfalls gur Unwendung, wenn ber Untersuchungerichter bei Bollgiehung erkannter Ungehorfamoftrafen gegen ben Ber= hafteten bie ihm gefesten Grengen überfcbritt.

War burch Mighandlung einem Unschuldigen ein Befenninig abgepregt und biefer auf basfelbe ge= ftraft; fo follen, wenn foldes in bofer Absicht ge= fchab, gegen ben Richter Die im Urt. 211. ange= brobeten Strafen angewandt werben. Wurde bas Bekenntnig aus Uebermag von Amtbeifer abgepreßt; fo treten bie in bem erften Cape biefes Artifele enthaltenen Strafbestimmungen ein.

Art. 348. Die in bem vorigen Artitel ent= baltenen Strafbestimmungen finben auch bann Unwendung, wenn Beugen bom Richter migbanbelt morben.

Mikhanb= lung ber Beugen.

Mrt. 349. Gerichtsbiener, Bachter, Auffeber und Barter ber Gefangenen, welche biefe muthwillig ober boshaft mighandeln, follen mit Wefananif. unter erfdwerenden Umftanden mit Gufpenfion, und beim Rudfall, fowie bei groberen ober oft wieberholten Mighandlungen, ober wenn fle Gefangene gur Ungucht migbrauchen, mit Dienftentfegung und Arbeitebaus bis zu feche Monaten beftraft merben.

2) burch linter: bebiente.

Art. 350. Wenn bie in borftebenden Artifeln Allgemeine Beftimmung. bemertten Diffbandlungen in ein anderes Berbrechen übergeben, fo fommt bie baburch verwirkte Strafe, neben ber Dienstentfebung, gur Anmenbung.

Art. 351. Dichter, welche wiffentlich über einen F. Rechts-unfculbigen Strafe verhängen, ober einen Schul- ertennung Digen porfablich mit barterer Strafe belegen, ale in einer Strafe. ben Gefeten fur bas begangene Berbrechen ange= brobet worben, find ihres Dienftes zu entfegen und außerbem mit einer bem wiberrechtlich guge= fuaten Strafubel angemeffenen Strafe zu belegen.

Urt. 352. Dieselbe Strafbestimmung findet ftatt G. Rechts-bei Richtern, welche wiffentlich ohne ein zur Voll- giehung einer ftredung geeignetes Strafurtheil, ober wiber ein eraangenes Urtheil ber bobern Inftang, an einer Berfon eine Strafe vollziehen. Sandelt ein Beamter, bei Bollziehung eines rechtsgultigen Strafurtheils, wiffentlich zu Gunften bes Berurtheilten bem Er-

tenntniffe zuwider; fo findet Dienftentlaffung, ober bei milbernben Umftanben, Gufvenfion ftatt.

In leichteren Källen ber lettern Art, fomie auch bei mangelhafter Bollziehung eines Strafurtbeils aus Fahrläßigfeit, foll nur eine bisciplinarifche Abnbung eintreten, und erft nach mehrfacher Disciplina= rifder Beftrafung folder Bergeben auf Sufpenfion ober Dienftentlaffung erfannt werben.

H. Unter= laffene Unter= Berbrechen.

Mrt. 353. Deffentliche Beamte, welche vorfat= suchung ber lich ihren Amtspflichten zuwider die von ihnen zu untersuchenben Berbrechen nicht in Untersuchung gieben, ober Angeschulbigte eigenmächtig, ohne bas erforderliche Erfenntnif, aus ber Untersuchung ent= laffen, find mit Sufpenfion ober Dienstent= laffung zu beftrafen.

> In geringeren Fällen, ingleichen wenn bas Ber= geben aus Sahrläßigfeit begangen ift, tritt biscipli= narische Abnbung und nur bann, wenn biefe bereits mehrfach angewandt ift, Sufpenfion ober Dienftentlaffung ein.

> Diefe Borfchrift erftrectt fich auch auf biejenigen öffentlichen Beamten, welche zur Anzeige begangener Berbrechen besonders verpflichtet find und felbige unterlaffen. (Bergl. jedoch Art. 67. Nr. 4. Art. 68. Nr. 4. und Art. 74.)

III. Beugung bes Redits.

Art. 354. Nichter, welche aus irgend einem Beweggrunde bei Leitung ober Entscheibung eines Rechtoftreits vorfablich Ungerechtigkeiten follen ihres Dienftes entfest und nach ben Um= ftanden zugleich mit einer Freiheiteftrafe belegt merben.

Mrt. 355. Wer bei Abfaffung ober Alufnahme IV. galidung ber in fein Umt einschlagenben Urfunden Die Ber= in Mintes bandlungen, Willenserflarungen ober Musfagen ber Betheiligten ober Beugen burch Auslaffung, Bufat ober Beranderung vorfählich entstellt ober miffentlich in benfelben erbichtete ober untergeschobene Berfonen aufführt: mer unter amtlichem Glauben unmabre Thatfachen miffentlich als mabr bestätigt ober beurfunbet; mer Aften, Urfunben ober anbere Schriften, bie ibm feines Umtes megen anvertrauet ober gur Aufbewahrung übergeben find, verfälicht ober bodlicher Weise vernichtet, auf Die Geite fchafft ober unterbrudt, ber foll mit besonderer Rudficht auf ben Beweggrund, fowie auf Die Gefährlichkeit ber Wälfdung und ben baburd verurfachten Schaben mit Dienftentlaffung ober Dienstentfegung und außer= bem mit ber Strafe ber Ralfdung offent= licher Urfunden (Art. 197.) belegt werben, infofern die Sandlung nicht in ein ichmereres Berbrechen überging.

Gleiche Strafe trifft benjenigen, welcher, um bem gemeinen Wesen ober Einzelnen Schaben zuzusügen ober aus Eigennut an seine Vorgesetzte falsche Bertichte erstattet, indem er wissentlich unwahre Thatsfachen einberichtet, ober als erheblich erkannte wahre Thatsachen verschweigt, ober überhaupt unter amtslichem Glauben unwahre Thatsachen wissentlich als wahre bestätigt ober beurkundet.

Unrichtige Berichtserstattungen, welche vorstehende Unterscheidungsmerkmale nicht haben, ober welche, lediglich das personliche Interesse des Berichtenden betreffend, als Bittschriften sich verhalten, sollen in ben geeigneten Källen bisciplingrisch gegundet werden. V. Beftechung: A. Begriff. Art. 356. Gin öffentlicher Beamter, ber wegen einer zu feinem amtlichen Birkungskreife gehörigen Sandlung ober Unterlaffung irgend einen ihm nicht gebührenden Vortheil annimmt ober sich verschafft, ift ber Bestechung schuldig.

Die Annahme bes Vortheils ift schon bann für geschehen zu achten, wenn sich ber Beamte zur Ansnahme bes Bersprochenen bereit erklärt, ober wenn er das, was ihm ohne seinen Willen zugeschieft, ober was einem seiner Angehörigen, um ihn zu bestechen, gegeben worden, nachdem er hiervon Kenntniß ershalten, nicht längstens binnen drei Tagen zurückgegeben oder dem Gerichte oder seinen Amtsvorgesesten davon Anzeige gemacht hat.

B. Strafe.

Art. 357. Gin öffentlicher Diener, ber, um pflichtwidrig und zum Nachtheile des Staates oder Einzelner eine Amishandlung zu verrichten oder zu unterlaffen, vor Begehung diefer Pflichtwidrigkeit ein Geschenk oder Versprechen angenommen, ingleichen, welcher in Erwartung eines nicht versprochenen Geschenkes oder Vortheiles eine Pflichtwidrigkeit begangen und nachher den erwarteten Vortheil angenommen oder gefordert hat, wird mit Diensten te fetung gestraft.

Ein Beamter, welcher entweder ein Richteramt ober eine Verwaltungsstelle bekleibet, und vor Vollziehung einer Amtohandlung Betheiligte zu einer Belohnung zwar auffordert, folche aber so wenig als ein Versprechen erhalten hat, wird ohne Rucksicht auf die Psichiwidrigkeit oder Psichtmäßigkeit in Aussührung der Amtohandlung mit Dienstent= laffung bestraft.

Dasfelbe tritt ein, falls folches von einem kein Richteramt bekleibenben Diener geringern Grabes behuf einer pflichtwibrigen Ganblung gefchehen ift.

Dagegen sindet nach Beschaffenheit der Umstände bloß disciplinarische Ahndung statt, wenn ein solcher Diener für eine vollzogene, nicht pflichtwidrige, aber nach seinen Dienstpslichten ihm nicht obliegende Amtshandlung vor Vollziehung des Geschäfts eine Belohnung gesordert hat, oder überhaupt ein öffentlicher Diener für eine vollzogene, ihm nach seinen Dienstpsslichten obliegende Amtshandlung eine nicht vorher gesorderte oder versprochene Belohnung annimmt, insofern in beiden Källen den Amtsvorgessetzen keine Anzeige gemacht und deren Ermächtigung zur Annahme eingeholt ist.

In allen übrigen Fällen einer aus Eigennut geichehenen Unnahme unerlaubter Bortheile foll auf Sufpenfion, und in geringeren Fällen auf Gelbbufe erkannt werben.

Die Strafen ber Bestechung fcliegen jedoch eine schwerere Strafe nicht aus, wenn die Pflichtverletzung bes Beamten zugleich in ein anderes Verbrechen überging.

Die Borschriften bieses Artikels sind auf Sachwalter, Anwälte und Notare nicht anzuwenden, wenn diese Personen von ihrer eigenen Partei oder dem Requirenten für eine pflichtmäßige Amishandlung freiwillig gegebene Geschenke annehmen. (Vergl. Art. 152.) 69).

⁶⁹⁾ Gefet uber bie Bilbung ber Schwurgerichte vom 24. Dezember 1849. Die Beftedung ber Gefdwornen ift nach ben Boridriften ber

VI. Ans maßung uns erlaubter Bortheile: A. Erpress sung.

Art. 358. Ein öffentlicher Beamter, welcher, um einen unerlaubten Bortheil zu erpressen, mit irgend einem burch feine Amtsgewalt zu bewirkenden Nachtheile droht; foll mit Nücksicht auf die Beschaffenheit der Drohung, auf die Größe des beabssichtigten oder erpresten Bortheils, und auf den Umstand, ob der Gewinn wirklich gezogen ift, mit Dienstentlassung oder Dienstentsetzung und in besonders leichten Fällen mit Suspension bestraft und, bei erschwerenden Umständen, außerdem mit einer angemessenn Freiheitsstrafe belegt werden. (Art. 335.)

B. Erhebung unftatthafter Leiftungen.

Mrt. 359. Diejenigen öffentlichen Beamten, welche aus Gigennut einem Brivaten an Steuern. Taren, Stempelgebuhren, Sporteln ober anderen Abgaben und fonftigen Leiftungen etwas abforbern, mas biefem überhaupt nicht, ober nicht in ber Grofe gu gablen ober zu leiften obliegt, fowie biejenigen, welche bei ben von ihnen zu leiftenben Bablungen unbefugte Abzuge machen, follen - infofern bie befonberen Befete fur Die Steuer = und Bollbedienten feine barteren Strafbestimmungen enthalten - falls eine befibalb erlittene bisciplinarifche Albnbung fruchtlos geblieben ift, mit Erlegung bes gebnfachen Betrages und außerbem, unter erschwerenben Umftan= ben, wozu insbefondere Die öftere Wieberholung und ber Ruckfall gebort, mit Sufpenfion, Dienft-

Art. 151. 152. 356. 357. bes Eriminalgesehbuches und bes §. 65. bes Polizeistrafgesehes zu beurtheilen.

In ben gallen bes Art. 357. tritt an bie Stelle ber Dienstentsegung Buchthaus, ber Dienstentlaffung Arbeitshaus, ber Sufpenfion Gefängnig.

entlaffung ober Dienftentfepung beftraft merben.

Dasfelbe tritt ein, wenn eine folche Bedrudung burch einen von bem Beamten beftellten Behülfen, ober burch einen bazu von ibm beauftragten Unterbedienten zum eigenen Bortheile bes erftern mit beffen Willen geschehen ift.

Art. 360. Gin öffentlicher Beamter, ber fich aung öffentburch Beltenbmachung feiner Umtegewalt öffentliche, lider nicht feiner Bermaltung nicht anvertrauete Gelber gu feinem Brivatvortheile queignet, foll feines Dienftes entfest, und nach ben Gefeben wiber ben ausge= zeichneten Diebftahl erfter Rlaffe beftraft werben.

Art. 361. Wer von öffentlichen Raffen, Die D. Unbefugte nicht feiner Verwaltung, jeboch feiner Aufficht untergeben find, ohne Genehmigung ber vorgefesten Beborbe, ein Darleben aufnimmt, bat Sufpenfion ober Dienstentlaffung bermirtt.

Raffen.

Art. 362. Wer in Bestimmung ober Erhebung VII. Uns öffentlicher Abgaben, Gefälle ober fonftigen Gin= nahmen, die feiner Berwaltung anvertraueten Gin= öffentlichen Gigenthums: funfte bes Staates, einer Gemeinbe ober Stiftung borfaplich verfurgt; ber foll, wenn es zu unerlaubter firgung ber Begunftigung eines Undern gefchab, mit Erlegung bes Bierfachen und Sufpenfion ober Befang= nif, falls es bingegen aus Gigennut gefchab, aufer jener Belbbufe mit Dienftentlaffung ober Dienftentfegung beftraft werben.

waltung A. Ber=

Wer Gelber ober gelbmerthe Sachen, B. Unter: fclagung an: melde ibm permoge eines offentlichen Umtes gur vertraueter Verwahrung, Berwaltung ober Ablieferung übergeben

Cachen.

Deutiche Strafgejebbucher. VI.

find, sich felbst zueignet, es feten bie anvertraueten Gegenftanbe Staate - ober Brivateigenthum, es fei biefe Bueignung in ber Abficht und hoffnung bereinstiger Wiebererftattung gefcheben ober nicht, ber wird, neben ber Dienftentfegung, mit Arbeitehaus, ober in Sinficht auf Die Grofe ber veruntreueten Summe, mit Ruchtbaus beftraft.

C. Fälfdung ber Rech:

Mrt. 364. Sat ein öffentlicher Beamter burch nungen ober Falfchung ber Rechnungen ober ber zum Gintragen ober zur Controle ber Ginnahme und Ausgabe beftimmten Bucher und Regifter, ober burch Erftattung unrichtiger Raffen=Berichte, ober burch Beifeitschaffung ber Aften bie verübte Unterschlagung ober ben borhandenen Abgang zu versteden gefucht; hat er ein-gegangene Boften zu jenem 3wede absichtlich nicht verrechnet, ober von ibm nicht geleiftete Bablungen ale Ausgabe in Rechnung gebracht; bat er wiffentlich unverfaufte Sachen ale verfauft, ober verfaufte als nicht verkauft eingetragen; hat er gur Berber-gung einer Unrichtigkeit falfche Belege vorgelegt, ober in Begiehung auf Beit ober Gegenstände ber Ginnahme und Ausgabe irgend einen andern Betrug gespielt; fo ift er, nebft ber Dienstentfegung, nach ber Große bes verurfachten Schabens, gum Arbeitebaufe nicht unter Ginem Jabre, ober gum Buchthaufe, und unter erfcmerenben Umftanben zu Rettenftrafe bis zu gebn Jahren gu verurtbeilen.

Gemein= fcaftliche Be= ftimmung.

Art. 365. Ginem öffentlichen Beamten, melder wegen einer ber in ben porftebenben Artifeln (362-364.) erwähnten Treulofigfeiten ober aus

einer abnlichen Urfache bie Flucht ergriffen und entweber bie ihm anvertraueten Gelber ober Cachen aans ober jum Theil, ober bie Rechnung mitgenom= men, ober folde vorber vernichtet bat; foll bies als ein befonderer Erfcmerungsgrund angerechnet merben.

Mrt. 366. Wer aus eigennütiger Abficht ober VIII Berum baburch Andere in Schaben zu bringen, entweber Diefeniaen Thatfachen, welche ibm blos burch feine verfdwiegen-Amteverhältniffe befannt geworben und zu beren Gebeimhaltung er verpflichtet mar, ober bie ibm anver= traueten und gebeim zu haltenben Urfunden ober Acten anderen Berfonen mittheilt ober bas Brief= geheimniß verlett; ber foll, infofern fich biefe Sand= lung nicht zu einem ichwereren Berbrechen eignet, nach ber Schwere ber Uebertretung, mit Sufpen= fion ober Dienstentlaffung beftraft werben. In leichteren Rallen tritt bisciplingrifche Abnbung ein.

lenung ber beit.

Mrt. 367. Wer in Amteverhaltniffen gegen IX. Bers feinen Umtevorgefesten fich ungehorfam bezeigt, foll folgenbermaßen geftraft merben:

legung ber

- I. enthält ber Ungehorfam zugleich eine gewalt= fame Wiberfepung gegen ben Amteborgefesten; fo tritt, außer ben fur biefes Berbrechen in ben Art. 157. 158. bestimmten Strafen, Die Dienft= entlaffung, ober nach ber Schwere ber lleber= tretung, bie Dienftentfepung ein;
- II. ift ein folder Ungeborsam zwar nicht mit ge= maltfamer Wiberfetung, jeboch mit einer Beleibigung ber Umtebre ober Berletung ber Chrfurcht gegen obrigfeitliche Sandlungen ber=

bunden; so ist die in den Art. 144. 148. 149. gebrohete Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen ihrer Dauer und Größe zu erhöhen oder durch zulässige Mittel zu schärfen, und falls hiernach Arbeitshaus verwirkt worden, so sindet außerdem Dienstentlassung statt.

Geringere Grabe bes Ungehorfams werben bis= ciplinarisch geahnbet.

X. Ilntreue ber Rechte: anwälte. Art. 368. Verpflichtete Sachwalter und Anwälte, welche in pflichtwidrigem Einverständnisse mit der Gegenpartei, dieser zu Gunsten und ihrer eigenen zum Nachtheil handeln, oder in der nämlichen Rechtssache beiden Parteien in böslicher Absicht dienen; sollen mit Suspension oder Verlust der Abvocatur und Procuratur, und überdies bei erschwerenden Umständen, mit Gefängnis oder Arbeitshaus bestraft werden.

XI. Iln= benannte Dienst= verlegungen.

Art. 369. Außer ben vorstehenben, besonbers benannten Dienstverbrechen sollen öffentliche Diener, welche ihre Dienstpflicht vorsätzlich verletzen, auf ben Antrag ber zuständigen Behörde, nach dem Sinne ber in vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen bestraft werden. Bei Zumessung der Strafe ist vorzüglich auf die Bichtigkeit der verletzen Dienstpssticht, auf den Beweggrund und die Absicht des Uebertreters, insbesondere ob solcher aus Eigennut, oder um den Staat oder Einzelne zu beschädigen, handelte, sowie auf die Größe des bezweckten oder verursachten Schadens Rücksicht zu nehmen.

xII. Bers Art. 370. Wer feine ihm obliegenden Dienst= nachläßigung pflichten groblich vernachläßigt, burch häufige Wie= berholung folder Dienftvergeben, welche an fich nur pflichten und einer bisciplinarifchen Ahndung unterliegen , feine Betragen. Unfähigfeit gur Fortfetjung feines Dienftes bemährt ober burch fein unfittliches Betragen im Allgemeinen öffentlichen Anftof gibt, und baburch fich bes Butrauens und ber Achtung verluftig macht, welche gur Ausübung feines Umte erforberlich find, auch ohngeachtet wiederholter bisciplinarischer Ahnbung fein bienftwidriges Benehmen fortfett, foll auf Ungeige ber zuftanbigen Beborbe in gerichtliche Untersuchung gezogen und mit Dienstentlaffung ober unter erschwerenben Umftanben mit Dienftentfegung beftraft werben.

Art. 371. Wenn Amtevorgefeste oder obere Migemeine Beftimmung Beborben bie Dienftverbrechen ihrer Untergebenen fiber Connis wiffentlich geschehen laffen; fo find fle entweber ale veng ber Bebulfen ober Begunftiger nach ben in ben Urt. 69. vorgeseten. bis 75. enthaltenen Beftimmungen zu beftrafen.

Bon folden Staatsbienern, welche mit bem Uebertreter blos in collegiglischem Berbaltniffe fteben, gilt biefes nur unter Vorausfepung einer in Sinficht auf die befragte Umtehandlung vorhandenen eigenen Berantwortlichfeit berfelben.

Art. 372. Wenn ein öffentlicher Beamter ein Allgemeine gemeines Berbrechen begeht, beffen Strafe nicht ohne= über gemeine bin ihrer Urt nach ben Berluft bes Umtes von felbft Berbrechen zur Folge hat (Art. 16.); fo ift neben ber fonft Beamten. verwirkten Strafe auf Entlaffung vom Dienfte bann gu erkennen, wenn bas Berbrechen von ber Befchaffen= beit ift, bag ber Schuldige baburch berienigen Uch= tung und bes Butrauens verluftig wird, welche bei ber Ausübung bes Amtes erforberlich find.

Magemeine narifche Strafen.

Art. 373. 3ft in biefem Rapitel bie Berban-Teftimmung gung einer criminellen Strafe babon abhangig gemacht, bag ber Schulbige fruber bereits mit bisciplinarischer Ahndung belegt worden; fo ift unter letterer nur eine auf ben Grund einer bisciplinari= fchen Unterfuchung erfannte Belbftrafe, Bermeis gu Prototoll, Gefananif und Gufpenfion zu verfteben.

> Begeben Sannover, ben 8. Auguft 1840, Unferes Reiches im Bierten.

> > Ernft Auguft.

..

Stralenheim.

VII. Strafgesehbuch

für bas

Großherzogthum Seffen

vom 17. September 1841.

(Gingeführt in ber freien Stabt Frantfurt am 16. Cept. 1856.)

Deutsche Strafgesetbücher. VII.

Einleitung.

Auch in Geffen hatte bas Bedürfniß nach Fortschritt und Einigung schon früh an eine durchgreifende Codification nicht bes Strafrechts allein benken laffen, und die Verfaffung von 1820 hatte, wie in vielen andern beutschen Ländern, eine neue, das ganze Großherzogthum vereinigende Gesetzgebung verheißen. Bis dahin galt in dem größeren Theile des Landes gemeines, in dem kleineren, in Rheinhessen, französisches Recht.

Der vorausgegangene aufgedrungene Verfuch, frangoftiches Recht in gang Geffen einzuführen, hatte zu feinem Resultate geführt, allein auch zur Erfullung ber in ber Berfaffung gegebenen Bufage bedurfte es einer Reihe von Mahnungen von Seite ber Stande. 3m Juli 1821 erhielten endlich zwet Männer, die Oberappellationsgerichtsräthe Floret und Rnapp ben Auftrag, Befebentwurfe zu bearbeiten, und im Januar 1822 übernahm Angen allein Die Strafgefetgebung. Gein im Mai 1824 vorgelegter Entwurf gelangte aber gu feiner fofortigen Berathung. Nachbem langere Beit hindurch bie gefengeberifchen Arbeiten im Gebiete bes Strafrechte ganglich geruht hatten, murbe Geheimerath Mittermeier gu Beibelberg peranlaft, jenen Entwurf zu prufen, und berfelbe gab in ben Sabren 1830 und 1831 fein Gutachten ab. In Folge feiner Bemerfungen wurde ein zweiter Entwurf bearbeitet und am 1. Juli 1831 bem Minifterium übergeben. Der Reft bes Sabres 1831 und bas Jahr 1832 murbe ju Berathungen Diefes Entwurfs im Minifterium und Staatsrath benütt.

Der Landtag 1832/33 fprach fich 3war gegen Die Grund= lagen bes Regierungsentwurfs und fur Ginfuhrung einer

Reviston der französischen Gesethücher aus, allein schon der Landtag von 1834 brachte eine Vermittelung zwischen diesen und den Ansichten der Regierung, und ein Erfolg wurde

nur burch eine eintretenbe Rammerauflofung geftort.

Doch einigte man sich auch beim Landtage 1835/36 burch Commissionsverhandlungen über die Grundlagen, insbesondere über Borlage eines neuen Strafgesetzentwurfs und über die Behandlung der Gesehentwurfe. Mittlerweile waren aber die Arbeiten zu einer neuen Nevision des Entwurfs im Schooße des Ministeriums rasch gefördert worden, und es war möglich, mit Umgehung von Berathungen im Staatsrathe, am 22. April 1839 den Kammern den Strafgesetzentwurf vorzulegen.

Vom 31. Marz bis 20. Juni 1840 bauerten die Berathungen ber vereinigten Ausschüffe beider Kammern, welche fast in allen Theilen zur Uebereinstimmung führten. Bom 1. September bis 1. Oktober 1840 folgten sobann die Berathungen ber zweiten, vom 20. Oktober bis 23. November 1840 die der ersten Kammer. Neue Berathungen, welche bis zum 16. Dezember 1840 dauerten, hatten zwar noch einige Differenzpunkte unenischieden gelassen, allein der gemeinschafteliche Beschluß, diese der Regierung zur Entscheidung zu überslassen, führte bennoch das gewünschte Resultat herbei.

Um 18. Oktober 1841 erfolgte die Aublikation, und das Gesethuch hat seitdem nur wenige Abanderungen erlitten. Alls Beweis der Anerkennung seiner Gute mag es angesehen werden, daß erst im Jahre 1856 die gesetzebende Versammslung der freien Stadt Frankfurt a. R. sich veranlaßt sah, das Gesethuch zu adoptiren, unter Modalitäten, welche sich im Texte vorsinden. Schon vorher hatte Nassau dasselbe zum

00000

Mufter genommen.

Gefet,

die Einführung des Strafgesethuches im Großherzogthum betreffend.

(Regierungeblatt von 1841. Nr. 31.)

Ludwig II.,

von Gottes Gnaden Großherzog von hessen und bei Rhein &c. &c.

Durch die Verkündigung des Strafgesethuches hat sich die Nothwendigkeit ergeben, sestzustellen, welche der bisherigen Bestimmungen über Bestrafung der Verbrechen und Vergehen noch fernerhin, sei es im ganzen Umfange des Großherzogsthums oder in einzelnen Theilen desselben, Gultigkeit haben sollen oder nicht. Nicht minder ist es erforderlich geworden, gewisse handlungen, deren polizeiliche Ahndung das Strafgessehuch unterstellt, die aber bisher theils gar nicht, theils nicht allgemein bei Vermeidung einer Polizeistrase verboten waren, mit einer solchen zu bedrohen. Jur Erreichung dieser Zwecke, sowie überhaupt zur Einführung des Strafgesethuches haben Wir daher verordnet und verordnen Wir, unter Zusstimmung Unserer getreuen Stände, wie solgt:

Erfter Abschnitt.

Milgemeine Beftimmungen.

- Mrt. 1. Das Strafgefetbuch tritt mit bem 1. April 1842 im gangen Umfange bes Großherzogthums in Rraft.
- Art. 2. Mit dem im Art. 1. erwähnten Tage erlöschen, was die Bestrafung der gemeinen Verbrechen und Vergeben betrifft:

1) bie gemeinrechtlichen, in ben Brovingen Starfenburg und

Dberheffen geltenben Strafgefete;

- 2) Die drei erften Bucher bes in der Broving Rheinheffen geltenden peinlichen Gefethuches, fofern nicht weiter unten oder in dem Competenzgefete vom heutigen Tage einzelne Bestimmungen jenes Gefethuches in Kraft erhalten werden;
- 3) alle übrigen Gefete und Berordnungen, insoweit fle bie im Strafgesethuche behandelten Materien betreffen.

Namentlich bleiben baber ferner in Rraft:

a. bas Militärftrafgefegbuch, inforeit basfelbe nicht, rudfichtlich bes Nichtmilitärs, burch ausbruckliche Bestimmungen bes Strafgesethuches eine Beränderung erlitten hat;

b. Die Strafbestimmungen, welche in ben academischen Be-

feten und Verordnungen enthalten find;

c. das vierte Buch bes theinhessischen peinlichen Gesethuches, infoweit nicht weiter unten einzelne Bestimmungen bes-

felben aufgehoben merben;

d. die Polizeigesetze und Berordnungen, insbesondere über Forst-, Fischerei-, Jagd- und Feldfrevel, die Finang-, insbesondere die Zollgesetze und Verordnungen, desgleichen die Strafbestimmungen rudsichtlich der Flußschifffahrt, sowie des Recrutirungs- und Stellvertretungsgesetzes, des Gestes gegen die Refractare und Deserteure und das Beherbergen derselben, des Gesetzes über das Armenrecht,

bie Gefege und Verordnungen jum Schute bes Boftregals, die Verordnung wegen bes Sazardspielens, und bas Gefeg, die Lotterien betreffend.

- Art. 3. Berbrechen und Bergehen, welche in dem Strafsgesethuche mit Strafe bedroht sind, jedoch vor dem Tage, an welchem das Strafgesethuch in Kraft tritt, begangen worden sind und von diesem Zeitpunkte an zur gerichtlichen Aburtheistung kommen, sollen, die Sache mag in erster oder letter Instanz anhängig sein, nach dem Strafgesethuche beurtheilt werden, wenn nicht die zur Zeit der Verübung derselben gultig gewesenen Normen für den Angeschuldigten gunstiger sind, als in welchem Falle die letteren zur Anwendung kommen; solche Strafschärfungen, welche nicht durch das Strafgesethuch vorgeschrieben sind, dursen jedoch in keinem Falle erkannt werden.
- Art. 4. Die bis zu bem Tage, an welchem bas Strafgefetbuch in Kraft tritt, erkannte und noch nicht vollzogene Strafe ber körperlichen Züchtigung foll unvollzogen bleiben, auch wenn bas Strafurtheil bereits die Rechtskraft befchritten hat.
- Art. 5. Die Anwendung der Art. 16. und 60. der Berfaffungsurkunde foll bis zur erfolgten gesetzlichen Abanderung diefer Artikel nach dem Rechtszuftande statisinden, welscher bisher in diefer Beziehung in den Brovinzen Starkenburg und Oberheffen und in der Brovinz Rheinheffen bestand.

Bweiter Abschnitt.

Befondere Bestimmungen für bie Proving Rheinheffen.

Art. 6. Die Art. 22. und 23. des burgerlichen Gesetzbuches, sowie alle in der Brovinz Rheinheffen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, welche über den burgerlichen Tod und bessen Verfügen, sind aufgehoben. Es ift alfo von bem Tage an, an welchem bas Strafgesethuch und bas gegenwärtige Geseth in Kraft treten, mit keiner Berurtheilung ber burgerliche Tob mehr verbunden.

Es wird aber noch weiter verordnet, daß felbst diejenigen Verurtheilungen, welche von dem Tage an gerechnet, an welchem das gegenwärtige Geset im Negierungsblatte erscheint, in der Provinz Rheinhessen nach den Bestimmungen des peinslichen Gesethuches noch ergehen werden und die in Gemäßeheit derselben den bürgerlichen Tod nach sich ziehen würden, diese Folge nicht haben sollen.

Art. 7. In Ansehung derjenigen Versonen, welche ber burgerliche Tob fraft bereits rechtsträftiger Urtheile getroffen hat, wird verfügt:

1) fle follen von nun an fähig fein, mittelft Erbichaft, Schenkung, Teftament und auf jebe andere rechtliche Art Vermögen zu erwerben, zu übertragen oder fonst barüber zu verfügen;

2) fie befinden fich mahrend der Dauer der Strafe im Buftande legaler Interdiction und es foll ihnen auf gesetzliche Weise, gleich ben im Art. 13. Dieses Gesetze ge-

nannten Berfonen, ein Curator ernannt werben;

3) sie burfen eine rechtsgultige heirath, auch mit bem fruheren Chegatten, mit einer anderen Person aber nur bann schließen, wenn ber frühere Chegatte die Erneuerung der Che nicht für sich in Anspruch nimmt oder nehmen kann, auch durfen sie durch Verheirathung ihre naturlichen Kinder legitimiren.

Art. 8. Der vorstehende Artikel tritt mit bem Tage, an welchem bas gegenwärtige Geset im Regierungsblatte ersicheint, in Kraft.

Art. 9. Der von einem ber Ehegatten, ce fei ber Chemann ober bie Chefrau, begangene Chebruch gibt bem anderen Theile das Recht, auf Chescheidung oder Trennung von Tisch und Bett zu klagen, und zwar in der Form des Berfahrens, welche das bürgerliche Gesetzbuch für Chescheidung und Trennung von Tisch und Bett wegen einer bestimmten Ursache (pour cause déterminée) vorschreibt.

Insoweit ber gegenwärtige Artikel bas Recht ber Chegattin, wegen bes von ihrem Shegatten begangenen Shebruchs auf Scheidung ober Trennung von Tisch und Bett zu klagen, gegen die bisher gultig gewesenen Bestimmungen des burgerlichen Gesethuches, erweitert, findet derselbe auf die vor dem Tage, an welchem das Strofgesethuch in Kraft tritt, begangenen ehebrecherischen Handlungen feine Anwendung.

Art. 10. Der Art. 230. bes burgerlichen Gefethuches, infofern berfelbe bas Recht ber Chegattin, wegen Chebruchs auf Scheidung zu klagen, beschränkt, ift aufgehoben.

Was die im Art. 298. desfelben Gefegbuches der ehesbrecherischen Chefrau gedrohte Freiheitsstrafe betrifft, so ift fernerhin nicht diese zu erkennen, sondern nach Maggabe der Art. 326. bis 328. des Strafgesegbuches gegen die Schuldige zu verfahren.

Art. 11. Die rechtskräftige Verurtheilung zur Todesstrafe, zur Zuchthausstrafe oder zu einer die Dauer von fünf Jahren übersteigenden Correctionshausstrafe, erzeugt rücksichtlich des Nechtes zur Klage auf Ehescheidung, sowie auf Trennung von Tisch und Bett, dieselben Wirkungen, welche in
fraglicher Beziehung die bisherigen rheinhessischen Gesethe den
mit der Benennung poines akslictives ou inkamantes bezeichneten Strafen beigelegt haben.

In allen diesen Fällen ift aber die Klage auf Scheidung oder Trennung von Tisch und Bett unzuläßig, wenn der klagende Theil als Urheber, Anstifter, intellectueller Urheber (einschließlich der Fälle des Art. 73. des Strafgesethuches),

Behulfe ober Begunftiger bes bem verurtheilten Chegatten gur

Laft gelegten Berbrechens verurtheilt worben ift.

Das Verfahren in Diefen hier vorgesehenen Fällen beschränkt sich auf die in den Art. 236., 237. und 246. des burgerlichen Gesethuches enthaltenen Verfügungen, mit der Bestimmung und zwar:

1) bei Art. 237., daß ber Brafident ober fein Stellvertreter die Mittheilung an die Staatsbehorde zu verfügen, die Erlaubniß zur Vorladung in eine bestimmte Sigung bes Gerichts zu ertheilen und einen Berichterstatter zu ernennen hat;

2) bei Urt. 246., bag unmittelbar nach Erkenntnig über bie porgeschütte Unzulägigkeit in ber Sauptsache zu ent=

fcheiben ift.

Der Kläger hat bei biefer Berhandlung in Berfon, ber Beklagte ober fein gefethlicher Vertreter in Verson ober burch Specialbevollmächtigten zu erscheinen.

Siernach ift auch ber Art. 261. bes burgerlichen Gefet-

buches abgeandert.

Art. 12. Die rechtskräftige Verurtheilung zur Zuchthaussftrafe zieht als gesetzliche Folge bie Unfähigkeit, Mitglied eines Familienraths zu fein, nach fich.

Mrt. 13. Wer gur Buchthausstrafe verurtheilt mirb, foll mahrend ber Dauer ber Strafe im Buftanbe legaler Inter=

biction fein.

Es wird zur Berwaltung feines Bermögens ein Eurator, nach ben fur die Bevormundung der Interdicirten bestehenden Borschriften, ernannt, welcher, nach erstandener Strafe ober wenn der Berurtheilte mahrend der Strafverbugung stirbt, Rechnung abzulegen und das Bermögen, an wen Rechtens, auszuliefern hat.

Art. 14. Bas ber Art. 221. bes burgerlichen Gefetsbuches fur ben Fall berordnet, dag ber Chemann zu einer peine afflictive ou infamante verurtheilt worden ift, findet fernerhin nur bann Anwendung, wenn berfelbe in Gefolge bes vorstehenden Artifels bes gegenwärtigen Gesetzes interdicirt worden ift.

Art. 15. Außer ber rechtsträftigen Verurtheilung wegen Meineibs foll keine Strafe, sie mag bereits erkannt fein ober tunftighin erkannt werben, die Unfahigkeit, ein eibliches gerichtliches Zeugniß abzulegen, zur Volge haben.

Die Gerichte haben jedoch ben Grab ber Glaubwurdigkeit folder Zeugen nach ber Natur und ben befonderen Umftanben ber benfelben zur Laft gefallenen Verbrechen ober Versgeben zu murdigen.

Befinden fich Zeugen im Anklagestand, fo haben bie Gerichte beren Glaubmurbigkeit nach ber Natur und ben besfonderen Umftanben ber benfelben zur Laft gelegten Berbrechen

ober Bergeben zu ermeffen.

Art. 16. Als Inftrumentszeuge in einem feierlichen ober öffentlichen Acte, ober als von Amtswegen zu ernennender Schiederichter in Civil- und Sandelsfachen kann, außer bem Valle ber rechtskräftigen Verurtheilung wegen Meineibe, bersienige nicht bienen, ber rechtskräftig zur Zuchthausstrafe versurtbeilt worden ift.

Auch ift bie rechtsträftig erfannte Berurtheilung wegen Meineibs, fowie zu jeber Buchthausstrafe, ein Recusations= grund gegen ben gerichtlich ernannten Erverten.

Art. 17. Die am Schlusse bes Art. 283. ber burgerlichen Prozesordnung bezüglich ber Volgen ber Verurtheilungen wegen Diebstahls vorkommende allgemeine Bestimmung, die Art. 291. und 310. besselben Gesethuches, sowie alle mit ben Verfügungen ber beiden vorhergehenden Artikel des gegenwärtigen Gesetzes im Widerspruche stehenden Bestimmungen bes in Rheinhessen geltenden Rechts, sind hiernach abgeändert. Art. 18. Die Art. 139. 438. 479. 555., letterer insomeit er eine Strafandrohung enthält, ferner die Art. 556. 586. 592. 593. 596. 597. 598. Nr. 2. des Gandelsgesets buches sind aufgehoben und sind die darin mit Strafe bedroheten Gandlungen nach den Bestimmungen des Strafgesethuches zu beurtheilen.

Auch ber Art. 587. bestelben Gefetbuches ift aufgehoben; es tann jedoch ber fallite handelsmann in der Broving Rheinsheffen, außer den im Strafgefetbuche vorgefebenen Fällen, auch fernerhin alsbann des einfachen Bankerotts für schuldig geachtet und gegen ihn die im Art. 405. des Strafgefetbuches auf den einfachen Bankerott gefette Strafe erkannt werden:

1) wenn er bie im Art. 440. bes Sanbelsgesethuches vorgeschriebene Erklärung auf ber Gerichtsschreiberei nicht abaeaeben bat;

2) wenn er, nachdem er fich entfernt hatte, fich nicht perfonlich bei ben Agenten und Syndics in ben beftimmten Zeitfriften und ohne rechtmäßig verhindert gewesen zu fein, eingefunden hat;

3) wenn er nicht alle Bucher vorzeigt, die zu führen er

gefetlich verbunden ift;

4) wenn er in einer Handlungsgefellschaft steht und bie Berfügungen bes Art. 440. bes Sanbelsgesethuches nicht beobachtet bat.

Art. 19. Die in ben Art. 192. 193. 194. 195. 199. 200. 346. 347. und 358. bes peinlichen Gesethuches, sowie bie im bürgerlichen Gesethuche, zur Sicherung bes Eivilstanbes ber Bersonen, gegen öffentliche Beamte, wegen Diensteversehlungen in fraglicher Beziehung, und gegen Dritte enthaltenen Strafbestimmungen bleiben zwar in Kraft; sie ersleiben jedoch insoferne eine Abanderung, als die angedrohte Gefängnifftrafe nie hoher, als bis zu brei Monaten erkannt

werben barf und als die im Art. 200. bes peinlichen Gefetsbuches angebrobte Strafe ber Deportation nicht mehr ftattfindet.

- Art. 20. Die Art. 410. und 411. des peinlichen Gesfehuches, insoweit sie die Uebertretungen der Verordnungen, die fich auf Spielhäuser und Bfandhäuser beziehen, betreffen, sollen fortbestehen, jedoch mit den Ausnahmen:
 - 1) daß die im Art. 410. angedrohte Gefängnifftrafe von wenigstens zwei und höchstens fechs Monaten auf eine folde von wenigstens Einem und höchstens drei Monaten herabgesett wird; und
 - 2) bag bie im Art. 410. ben Gerichten gegebene Befugniß, bie Schulbigen auf bestimmte Zeit zur Ausubung gewiffer Rechte fur unfähig zu erklaren, als aufgehoben
 zu betrachten ift.
- Art. 21. Der Art. 412. des peinlichen Gefethuches, welcher die hinderniffe, die der Freiheit des Bietens bei Ber-fteigerungen in den Weg gelegt werden, bei Strafe verbietet, bleibt fernerhin unverändert in Kraft.
- Art. 22. Die Art. 377. und 409. bes peinlichen Gefetbuches bleiben in Kraft, jedoch kann die im Art. 377.
 angebrobte Sufpension in keinem Falle bie Dauer von fechs
 Monaten überschreiten.

Dritter Abschnitt.

Bolizeiliche Berfügungen.

Art. 23. Bettler, als folche, welche nicht unter bie Beftimmungen bes Urt. 247. bes Strafgefesbuches fallen, merben mit Gefängniß bis zu 14 Tagen bestraft; vorbehaltlich ber in einzelnen Begirten ober Orten bestehenben ober gu treffenben besonderen Unordnungen.

Das Erkenntniß steht in ben Provinzen Starkenburg und Oberheffen ben Stadt- ober Landgerichten als Polizeigerichten erfter Instanz, in ber Provinz Mheinheffen ben Friedensge-richten als einfachen Polizeigerichten zu.

Der auf frischer That ertappte Bettler foll festgenommen und bemjenigen Stadt = ober Landgerichte als Bolizeigericht erster Instanz, beziehungsweise bemjenigen Friedensgerichte als einfachem Polizeigerichte, zur Untersuchung und Bestrafung übergeben werden, in bessen Gerichtssprengel die Uebertretung stattgefunden hat.

Art. 24. Nicht thätliche Shrenkränkungen, die durch teinen der in den Art. 309. 310. und 311. des Strafgesetsbuches genannten Umstände erschwert sind, werden auf Klage des Beleidigten mit Gefängniß bis zu vierzehn Tagen oder Geldbuße von Ginem Gulben bis zu funf Gulden bestraft.

Art. 25. Bis zu rechtsträftig geworbenem Erfenntniffe tonnen bie im vorhergehenden Artifel erwähnten Klagen zu-ruckgenommen werben.

Art. 26. Sat eine Klage theils einfache nicht thätliche, theils thätliche ober solche Beleidigungen zum Gegenstande, welche durch einen der in den Art. 309. 310. und 311. des Strafgesethuches genannten Umstände erschwert sind, so soll dasjenige Gericht, welches über lettere zu erkennen hat, auch für die ersteren competent sein und über dieselben als Bolizeivergehen erkennen.

Art. 27. Dasselbe tritt ein, wenn die Klage gegen mehrere Bersonen gerichtet ift, von welchen die eine thatlich, die andere aber nicht thatlich beleidigt hat.

Art. 28. Sind ber thatlich ober unter ben Umftanben ber Urt. 309. 310. und 311. bes Strafgefesbuches Belei=

bigten mehrere, welche nicht unter bemfelben Gerichte fteben, fo entscheiben bie begfalls bestehenben gefeglichen Borfchriften.

Art. 29. Die polizeiliche Verfolgung ber Ehrenkrantung wird burch ben Ablauf eines Sahre, vom Tage an, an welchem bie Ehrenkrantung verübt wurde, verjährt, wenn nicht eine Unterbrechung ber Verjährung flattfand.

Rudfichtlich ber Unterbrechung ber Berjahrung und beren Bieberanfang finden bie Bestimmungen ber Art. 126. und

127. bes Strafgefegbuches auch hier Unwendung.

Art. 30. Mit bem Tage, an welchem bas Strafgefetbuch in Kraft tritt, finden in den Brovinzen Starkenburg und Oberheffen, auch wegen früher vorgefallener Ehrverletzungen, die Klagen auf Abbitte, Wiberruf und Ehrenerklärung, sowie die ästimatorische Klage (actio injuriarum aestimatoria) nicht mehr flatt.

Jeboch follen die berartigen bereits anhängigen, fowie bie bis zu jenem Tage ausschließlich noch angebracht werbenben Klagen nach bem bisherigen Rechte entschieden werden.

Art. 31. Die Nr. 11. bes Art. 471. bes in ber Broving Rheinheffen bestehen bleibenden vierten Buchs bes peinlichen Gesethuches ift aufgehoben.

In ber Nr. 8. bes Art. 479. besfelben Gefethuches ift bas Wort "injurieux" als gestrichen und als durch bie Worte "öffentliches Aergerniß erregenb" erfett zu betrachten.

- Art. 32. Wer sich ber im Art. 24. erwähnten Ghrenstrankung schuldig gemacht hat, haftet insoweit für Entschäbigung, ale er hierzu nach ben Bestimmungen ber burgerlichen Gefete verpflichtet ift.
- Art. 33. Aus hunger ober Lufternheit und innerhalb biefer Grenzen, zum unmittelbaren Genuffe, an Ep- ober Trintwaaren verübte Entwendungen follen, infofern nicht die Mertmale eines ausgezeichneten Diebstahls babei eintreten und

insofern fle nicht als Feldpolizeivergehen erscheinen, auf Alage bes Beschädigten mit Gefängniß bis zu vierzehn Tagen ober mit Gelbbuße von breißig Kreuzern bis zu breißig Gulben bestraft werben.

Art. 34. Bur Untersuchung und Bestrafung ber in ben Art. 24. und 33. mit Strafe bedrohten handlungen sind in ben Brovinzen Starkenburg und Oberhessen die Stadt= und Landgerichte als Polizeigerichte erster Instanz, und in der Brovinz Rheinhessen die Friedensgerichte als einfache Polizeigerichte zuständig.

Art. 35. Das gegenwärtige Gefet tritt mit bem nämlichen Tage in Kraft, an welchem bas Strafgesethuch in Kraft tritt, insoweit nicht in ben Art. 6. und 8. bes gegenwärtigen Gefetes ein Anderes verordnet ift.

Urfundlich Unferer eigenhandigen Unterfchrift und bes beigebrudten Staate = Siegels.

Darmftabt, am 17. September 1841.

(L. S.) Ludwig.

du Thil.

Gefet,

über die Ginführung der über Strafrecht und Strafrechtspflege erlaffenen Gefete.

Wir Burgermeister und Rath der freien Stadt Grankfurt verordnen hiermit auf verfaffungsmäßigen Beschluß ber gesetzgebenden Versammlung vom 8. September 1856, wie folgt:

- Art. 1. Bon bem 1. Januar 1857 an erhalten im biefigen Staate Gefetesfraft:
 - a. Das Strafgefetbuch für bas Großherzogthum Seffen (Anlage A.) mit Ausnahme bes Art. 29., des Art. 129. Biff. 1., von den Worten "gegen die Berson" bis "zu machen", des Art. 137. Biff. 2., von den Worten "nach den" bis zu den Worten "des Militärstrafgefetbuches," der Art. 147. bis 153 einschließlich, des Art. 442. und des Art. 471.;
 - b. die Art. 1. bis 16. einschließlich des großherzoglich hesser Gene Gesetes vom 23. Februar 1849, Abanderungen Deutsche Strafgesehöucher. VII.

- einiger Bestimmungen bes Strafgefegbuches betreffend, (Anlage B.);
- c. bas in ber Unlage C. beiliegenbe Bolizeiftrafgefet;
- d. bas in ber Unlage D. beigefügte Gefet uber bas Ber= fabren in Straffachen;
- e. bas in ber Anlage E. enthaltene Gefet uber bie Saren und Gebuhren bes Strafverfahrens;
- f. bas in ber Anlage F. enthaltene Gefet über bie Beftrafung ber Ausgewiesenen.
- Art. 2. Bon bem genannten Tage an find, mit Ausnahme der im Art. 11. ausdrücklich aufgeführten, alle älteren Gefetze und Verordnungen über Strafrecht, Strafverfahren und Strafgerichtsbarkeit, sowie alle älteren Tarrollen und Tarordnungen, insoweit sie sich auf bas Strafverfahren beziehen, aufgehoben.
- Art. 3. Mit bem 1. Januar 1857 finden, auch wegen früher vorgefallener Ehrenverletzungen, die Klagen auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung, sowie die ästimatorische Klage nicht mehr statt, ohne daß damit die Geltendmachung der durch Ehrenkränkungen entstandenen Entschädigungsansprüche, insoweit sie sonst nach den Bestimmungen der bürgerslichen Gesetz begründet sind, ausgeschlossen wird.

Tedoch follen die bereits anhängigen, sowie die bis zum 1. Januar 1857 angebrachten Klagen auf Abbitte, Widerruf und Ehrenerklärung, sowie die ästimatorischen Injurienklagen nach bem bisherigen Recht verhandelt und entschieden werden.

Art. 4. Alle übrigen Verbrechen, Vergehen und Bolizeis Uebertretungen, welche in bem Strafgesethuch ober in bem Bolizeistrafgeseth mit Strafe bedroht sind, jedoch vor bem 1. Januar 1857 begangen worden sind und von biesem Zeits

punkt an zur gerichtlichen Aburtheilung kommen, follen, bie Sache mag in erster ober letter Instanz anhängig sein, nach bem Strafgesethuch ober bem Bolizeistrafgeseth beurtheilt wersben, wenn nicht die zur Zeit der Berübung derselben gültig gewesenen Normen für den Angeschuldigten günstiger sind, als in welchem Falle die letteren zur Anwendung kommen; folche Strafschärfungen, welche nicht durch das Strafgesethuch vorgeschrieben sind, dürsen jedoch in keinem Falle erkannt werden.

- Art. 5. An bem 1. Januar 1857 geht bie weitere Berhandlung aller in erster Instanz noch nicht abgeurtheilten Straffachen in bem Zustande, in welchem sie sich alsbann besinden, auf die neu eingesetzten Strafgerichte und Gulfsbeshörden über.
- Art. 6. Die bis zu diefem Tage aufgenommenen Untersuchungsprotokolle in folden anhängigen Sachen werden als schriftliche Boruntersuchungen im Sinne und der Wirkung bestrachtet, welche ihnen das Gefet über das Verfahren in Strafsachen (Anlage D.) beilegt.

Die formelle Gultigkeit biefer Protokolle und ber baburch beurkundeten Boruntersuchungen ift lediglich nach ben Borfchriften bes bisherigen Rechts zu beurtheilen.

- Art. 7. Die noch nicht beenbigten Boruntersuchungen werben vom 1. Januar 1857 an nach ben Bestimmungen bes Gesetzes über bas Berfahren in Straffachen (Anlage D.) fortzgefest und zu Ende geführt.
- Art. 8. Die Berufungen gegen die am 1. Januar 1857 bereits erlaffenen Erfenntniffe des bisherigen Bolizeigerichts ober gegen die Strafbescheibe ber Verwaltungsämter und die Revisionen gegen Appellationsurtheile in bergleichen Straffachen werben in dem bisherigen Verfahren nach Vorschrift

bes Gesches vom 8. Juni 1848 (Gesehsammlung, Band 8. Seite 258. 259) weiter behandelt, und Rechtsmittel gegen Urtheile bes Appellationsgerichts als bisherigen Criminalgerichts, nach ben Lorschriften besselben Gesehs erledigt.

Art. 9. Für die Dauer des Jahres 1857 mählen das Stadtgericht den Borsitzer des Zuchtpolizeigerichts, und das Appellationsgericht den Borsitzer und die zwei übrigen Mitglieder der Anklagekammer in ihrer ersten nach dem 1. Januar 1857 stattsindenden Sigung (Art. 5. Sat 1. und Art. 7. Sat 1. des Gesetzes über das Bersahren in Strafsachen, Anslage D.)

Ebenso ernennt bas Appellationsgericht fur bie erste Affisenperiode ben Prafibenten bes Affisenhofes und beffen Stellvertreter in seiner ersten nach bem 1. Januar 1857 stattsfindenden Sigung, und werden sobann die übrigen Mitglieder bes Affisenhofs vom Prafibenten bes Appellationsgerichts bestimmt (Art. 9. Sat 3. und 4. ebenda.)

- Art. 10. Für das Jahr 1857 wird die im Abschnitte X. des Gesehes über das Berfahren in Straffachen (Anlage D.) vorgeschriebene Wahl der Geschwornen im Monat Januar vorgenommen.
- Art. 11. Durch die Gefete in ben Anlagen A. bis F. werben nicht aufgehoben:
 - 1) Die Strafgefete für bas Linienmilitär vom 8. August 1837 (Gefetsammlung Band 5. Seite 261. bis 312.) und vom 8. Juni 1848 (Gesetsfammlung Band 8. Seite 261.);
 - 2) die Artikel 42. bis 52. der Stadtwehrordnung vom 10. Juni 1823 (Gesetsammlung Band 3. Seite 191. bis 194.), die §§. 2. und 6. des Gesets vom 31. December 1833 (Gesetsammlung Band 5. Seite 168. und

- 169., 171. bis 174.) und die Disciplinar= und Strafsgesetze für die Stadtwehr vom 4. September 1838 (Gesetzsfammlung Band 7. Seite 55. bis 68.), sowie die Artikel 29. bis 51. der Verordnung über die Landwehr vom 10. Juni 1823 (Gesetzsammlung Band 3. S. 213. bis 221.);
- 3) bie Strafbestimmungen bes Recrutirungs = Gesetes vom 17. September 1822 (Gesetsfammlung Band 3. S. 129.);
- 4) bie Bolizeigesete und Verordnungen, namentlich über Forst=, Fischerei=, Jagd= und Feldfrevel, sowie über Flußschiffsahrt, über Nahrungseingriffe und Gewerbs= beeinträchtigungen, über Handel und Gewerbe, über Gesundheitspflege, über Bauwesen, über Cisenbahn=, Baß= und Münzwesen, insoweit sie nicht in dem Strafgesetz- buch (Anlage A.) oder in dem Polizeistrafgesetz (Anlage C.) als besondere Verbrechen, Vergehen oder lieber= tretungen behandelt sind;
- 5) bie Strafbestimmungen binfichtlich ber Sagarbspiele und verbotenen Lotterien;
- 6) alle Steuer = und Accis = Strafgefete;
- 7) bas Zollftrafgefet vom 8. und 15. Mai 1838 (Gefets fammlung Band 6. Abtheilung 3. Seite 87. bis 115.);
- 8) bas Gefet vom 20. Februar 1849 über ben Schut ber perfonlichen Freiheit (Gefetfammlung Band 10. S. 216.);
- 9) die Strafbestimmungen der Gefete vom 19. November 1850 in Betreff der Standesbuchführung und der Civilehe (Gefetsfammlung Band 10. Seite 345. u. fg.);
- 10) die zum Schut bes Eisenbahn = und Telegraphenbetriebes erlaffenen Gefetze und Berordnungen vom 31. August und 9. November 1852 (Gesetzfammlung Band 11. Seite 229. und 263.);

- 11) bas Gefet vom 30. Januar 1855, bas Bereinigungerecht betreffend (Gefetsfammlung Band 12. S. 69.);
- 12) bie gegen ben Nachbrud und gegen fälfcliche Baarenbezeichnungen erlaffenen Strafbestimmungen (Gefegsammlung Band 12. Seite 73. und 89.)

Befchloffen in Unferer Großen Rathsversammlung ben 16. September 1856.

Inhalts - Derzeichnif.

- Erfter Theil. Bon ben Berbrechen und Bergehen und von beren Bestrafung im Allgemeinen.
 - Tit. I. Bon ben Sanblungen und ben Berfonen, welche ben Strafgeseigen unterworfen find, Art. 1-6.
 - Tit. II. Bon ben Strafen und beren Folgen, Art. 7-36.
 - Tit. III. Bon ben Fällen, in welchen feine Bestrafung stattfindet, Art. 37-56.
 - Tit. IV. Bon ber Fahrläßigfeit und von bem Borfate, Art. 57-62.
 - Tit. V. Bon ber Bollendung und vom Bersuch, Art. 63-70.
 - Tit. VI. Bon ben Urhebern, Gehülfen und Begunftigern, Art. 71-93.
 - Tit. VII. Bon bem Rudfalle, Urt. 94-103.
 - Tit. VIII. Bon bem Busammentreffen (ber Concurreng) mehrerer gleichzeitig gu bestrafenber Berbrechen ober Bergehen, Art. 104--113 *).
 - Tit. IX. Bon ber Milberung ber Strafen, Art. 114-117.
 - Tit. X. Bon Bumeffung ber Strafe, Art. 118-122.

^{*)} Rach bem Gefete vom 23. Februar 1849 Art. 6. lautet bie Ueberichrift biefes Litels VIII. fo:

[&]quot;Bon bem Bufammentreffen mehrerer Berbrechen."

- Tit. XI. Bon ber Erlofchung ber Strafbarfeit burch ben Tob und burch Berjahrung, Art. 123-128.
- 3weiter Theil. Bon ben einzelnen Berbrechen und Bergeben.
 - Tit. XII. Bom Sochverrathe u. vom Landesverrathe, Art. 129-139.
 - Tit. XIII. Bon ber Gefährdung ber Rechte und Berhaltniffe bes Grofherzogthume in Begiehung zu anderen Staaten, Art. 140 146.
 - Tit. XIV. Bon ber Beleibigung ber Majeftat, Art. 147-151.
 - Tit. XV. Bon ber thätlichen und wörtlichen Beleibigung ber Mitglieber ber Großherzoglichen Familie und bes Berwefers bes Großherzogthums, Art. 152. 153.
 - Tit. XVI. Bon bem Aufruhr und Auflauf, Art. 154-163.
 - Tit. XVII. Bon Gewaltthätigfeiten u. Drohungen, Art. 164-171.
 - Tit. XVIII. Bon ber Wibersetzung und von bem Ungehorsam gegen gewisse obrigfeitliche Berfügungen, Art. 172-181.
 - Tit. XIX. Bon strafbaren Privat = Bereinen und Berbinbungen, Art. 182-185.
 - Tit. XX. Bon Berlegung ber Umtes und Dienstehre, Urt. 186-192.
 - Tit. XXI. Bon Störung religiöfer Sanblungen, Migbrauch und Berabmurdigung ber Religion, Art. 193—196.
 - Tit. XXII. Bon ber unersaubten Befreiung eines Gefangenen, Art. 197-201.
 - Tit. XXIII. Bon Berletjung ber gesehlichen Bahl= und Stimm= rechte, Art. 202. 203.
 - Tit. XXIV. Bon ben Mungverbrechen und Bergehen, Urt. 204-217.
 - Tit. XXV. Bon ber Falfdung ber Staatspapiere und bes Großs bergoglichen Stempelpapiers, Art. 218-227.
 - Tit. XXVI. Bon unbefugter Berfertigung ber öffentlichen Siegel und Stempel, Art. 228-232.
 - Tit. XXVII. Bom Meineide und vom Gibesbruch, Art. 233-243.
 - Tit. XXVIII. Bon Landftreichern und Bettlern, Art. 244-250.
 - Tit. XXIX. Bon ber Töbtung, Urt. 251-261.

- Tit. XXX. Bon ber Korperverlegung, Art. 262-272.
- Tit. XXXI. Bon Töbtung ober Körperverlegung bei Rauffanbeln, Art. 273 -275.
- Tit. XXXII. Bon ber Tobtung ober Befchabigung Anberer burch Bergiftung, Art. 276—280.
- Tit. XXXIII. Bon ber Abtreibung ber Leibesfrucht, Art. 281-285.
- Tit. XXXIV. Bon ber Mussegung hulflofer Kinber ober anderer hulflofer Berfonen, Urt. 286-291.
- Tit. XXXV. Bom Breifampfe (Duell), Urt. 292-295.
- Tit. XXXVI. Bon Berlegung ber perfonlichen Freiheit, Art. 296-302.
- Tit. XXXVII. Bon ben Angriffen auf bie Ehre, Art. 303-321.
- Tit. XXXVIII. Bon ber boppelten Che und vom Chebruch, Urt. 322—328.
- Tit. XXXIX. Bon ber Unjucht und Berlegung ber Schamhaftigteit, Art. 329-343.
- Tit. XL. Bon bem Raube, Art. 344-348.
- Tit. XLI. Bon ber Erpreffung, Art. 349-353.
- Tit. XLII. Bom Diebftahle, Urt. 354-378.
- Tit. XLIII. Bon ber Unterschlagung, Art. 379-384.
- Tit. XLIV. Bon ber Schriftfalschung und vom Betruge, Urt. 385-399.
- Tit. XLV. Bom Bucher und von Bervortheilung einer unter frember Gewalt befinblichen Berfon, Art. 400. 401.
- Tit. XLVI. Bon Bervortheilung der Glaubiger bei Concurfen und Banterotten, Art. 402-406.
- Tit. XLVII. Bon Benachtheiligungen burch Bormunder, Curatoren, Guterpfleger, Sequestration8 - Verwalter und Testament8 -Executoren, Art. 407.
- Tit. XLVIII. Bon ber Pflichtverletung ber Schieberichter und Sachverftanbigen, Art. 408. 409.

- Tit. XLIX. Bon Berletung frember Geheimniffe, Art. 410.
- Eit. L. Bon ber Brandstiftung, Art. 411-419.
- Tit. LI. Bon ber leberschwemmung, Art. 420-423.
- Tit. LII. Bon anderen Beschäbigungen fremden Eigenthums, Art. 424—428.
- Tit. LIII. Bon Befchabigung burch Beranberung ber Grengzeichen, Art. 429. 430.
- Tit. LIV. Bon ber Bilberei, Art. 431-436.
- Tit. LV. Bon Beschäbigung ber Thiere burch Bergiftung ober Berbreitung von Biehseuchen, Urt. 437. 438.
- Tit. LVI. Bon den besonderen Berbrechen und Bergeben ber Staatsbeamten und öffentlichen Diener, Art. 439-475.
- Sit. LVII. Bon besonberen Pflichtverletungen gemiffer, zu öffentslichen Berrichtungen aufgestellten Personen, Urt. 476-481.
- Tit. LVIII. Bon bem Berbrechen ber Umtberichleichung, Art. 482-484.

Ludwig II.,

von Gottes Gnaden Großherzog von hessen und bei Rhein &c. &c.

Um ber Strafrechtspflege in Unferen fämmtlichen Lanbestheilen eine gleichmäßige und ben Zeitverhältniffen angemeffene Grundlage zu geben, finden Wir Uns bewogen, mit Zustimmung Unferer getreuen Stanbe, bas nachfolgenbe Strafgefegbuch fur bas Großherzogthum Heffen hiermit zu erlaffen:

Erster Theil.

Bon den Berbrechen und Bergehen und von deren Bestrafung im Allgemeinen.

Citel I.

Bon ben Sandlungen und ben Berfonen, welche ben Strafgefegen unterworfen finb.

Art. 1. Nur diejenigen handlungen ober Unterlaffungen werden als Berbrechen ober Bergeben bestraft, welche vorber burch bas Gefet mit Strafe bebroht find.

- Art. 2. Was in bem erften Theile biefes Gefethuches hinsichtlich ber strafbaren Sandlungen bestimmt ift, gilt ebenfalls von ben strafbaren Unterlaffungen, und was hinsichtlich ber Berbrechen vorgeschrieben ift, gilt ebenfalls von ben Bergehen, wenn auch der Unterlaffungen, beziehungesweise ber Vergehen, nicht überall ausbrücklich erwähnt ift.
- Art. 3. Strafbare Sandlungen, welche außerhalb ber Grenzen bes Großberzogthums angefangen, aber innerhalb bersfelben vollendet, ober innerhalb angefangen, aber außerhalb vollendet worden sind, werden ebenso betrachtet, als wären sie im Großberzogthum angefangen und vollendet worden.
- Art. 4. Inländer, welche sich einer durch das Gefets mit Strafe bedrohten Sandlung schuldig gemacht haben, wers ben nach den Bestimmungen besselben gerichtet, die Sandlung mag im Großherzogthum ober im Auslande, an einem Inländer ober an einem Ausländer, wider den großherzoglichen Staat, wider ben beutschen Bund, oder wider einen beutschen Bundesstaat begangen worden sein.

Begen Sandlungen bes Inlanders, gegen einen nicht zum beutschen Bunbe gehörigen Staat im Inlande ober im Auslande verübt, konnen die Gerichte nur zufolge einer von dem Ministerium ber Juftig erhaltenen Ermächtigung eine gerichtliche Berfolgung ober Bestrafung eintreten laffen.

Doch findet feine beziehungeweise gefindere Strafe ftatt 1):

1) wenn bie gegen einen Bunbes- ober auswärtigen Staat, beffen Beborben ober Angeborige gerichtete, im Austande verübte handlung in ben Gefeben biefes Staats mit feiner ober mit gelinderer Strafe bebrobt ift;

21rt. 1.

"wenn bie gegen einen Bunbes: ober auswärtigen Staat, beffen Beborben ober

¹⁾ Gefen vom 23. Februar 1849:

Die im Tit. I. bes Strafgesenbuches: "Bon ben hanblungen und ben Bersonen, welche ben Strafgesen unterworfen find" im Art. 4. Sag 3. enthaltenen Borte: "beziehungsweise gelindere" fallen weg, und bie baselbst unter Biffer 1. fols gente Bestimmung:

2) wenn der Inländer wegen des im Auslande begangenen Berbrechens bereits im Auslande bestraft oder freiges frochen worden ist;

3) wenn ber Inländer wegen des im Auslande wider bas Ausland, beffen Behörden oder Angehörige begangenen Verbrechens von dem Staate, gegen welchen, oder gegen beffen Behörden oder Angehörige das Verbrechen begangen wurde, begnadigt worden ift;

4) wenn ber Inlander megen eines im Inlande gegen einen auswärtigen Staat, beffen Behorben ober Angehörige verübten Berbrechens bereits im Auslande bestraft ober

freigesprochen worben ift.

Art. 5. Ausländer werben nach ben Beftimmungen bes im Grofherzogthum geltenben Gefetes gerichtet:

1) wegen aller barin mit Strafe bedrohten Ganblungen, welche innerhalb bes Großherzogthums von ihnen begangen worden find;

2) wenn fie fich zwar außerhalb bes großherzoglichen Gebietes, jedoch in Bezug auf ben großherzoglichen Staat, ber Majestätsbeleibigung, bes Hochverraths, bes Landesverraths, bes Aufruhrs, ber Ueberschwemmung, ber Fälschung von großherzoglichen Stempeln oder Siegeln, von großherzoglichem Stempelpapier oder von im Großherzogshum Cours habenden oder im Sandelsverkehr befindlichen Munzen oder Staatspapieren schuldig gemacht haben.

Doch findet keine Strafe ftatt, wenn ber Ausländer im Inlande gegen einen auswärtigen Staat ober beffen Behorben

Angeborige gerichtete, im Auslande verubte handlung in ben Gefeben biefes Ctaates mit keiner ober mit gelinderer Strafe bebroht fin,"
ift aufgeboen.

⁽Diefe abanbernte Bestimmung ift auch für Frantfurt publicirt.)

ein Verbrechen begangen hat und in biefem Staate bestraft ober freigesprochen worben ift.

Art. 6. Wer eine durch das Gefet mit Strafe bedrohte Sandlung verübt hat, ber oder deffen Nachlaß haftet insoweit für Zuruckerstattung oder Entschädigung, dann für die Unterssuchungs =, Verpflegungs = und Vollstreckungskoften, als er hierzu nach den Bestimmungen der burgerlichen Gesetze und der Strafprozesordnung schuldig ist.

Titel II.

Bon ben Strafen und beren Folgen.

Art. 7. Die Strafen, welche bei Berbrechen und Ber= geben in Anwendung kommen, find:

1) Todesftrafe 2);

2) lebenslängliche Buchthausftrafe;

3) Buchthausstrafe auf bestimmte Beit, nicht unter zwei Sahren und nicht über achtzehn Jahre;

4) Dienstentfetung:

- 5) Correctionshausftrafe, nicht unter brei Monaten und nicht uber gehn Sabre;
- 6) Festungsstrafe, in ben Fällen bes Sit. XXXV. bes gegenwärtigen Gesethuches;

7) Dienftentlaffung;

²⁾ Die Tobesfirafe war in heffen burch Gefet vom 11. April 1849 befettigt worben. Dagegen bestimmt bas Gefet vom 26. April 1852 Art. I. bie gejetichen Bestimmungen, traft welcher bie Tobesfirafe abgeschafft und lebenslängliche Zuchthaussstrafe an beren Stelle getreten ift, sind aufgeboben.

Art. II. Die im Strafgesehuch vom 17. September 1841, im MitickreStrafgesehuche vom 10. Juli 1822 und in anderen Gesehen enthaltenen Bestimmungen über die Anwendbarkeit der Tobestrafe und Bollziehung der Tobesturtheite, ins soweit dies Bestimmungen durch bas Geseh vom 11. April 1849 beseitigt find, treten wieder in Kraft.

8) Entziehung gewiffer ftaatsburgerlicher, burgerlicher und Familienrechte, infofern biefe Entziehung nicht fcon ale

gefehliche Folge einer anderen Strafe eintritt;

9) Entziehung öffentlicher Berechtigungen ober eines öffent= lichen und felbftftandigen Gewerbbetriebs, entweber für immer ober auf bestimmte Beit, nicht unter feche Denaten und nicht über funf Sabre;

10) Sufpension von Dienft und Behalt, nicht unter fleben

Monaten und nicht über Gin Jahr;

11) burgerliches Gefängnif, nicht über brei Monate;

12) Gelbftrafe, nicht unter Ginem Gulben und nicht über neunzig Gulben, infofern nicht bei einzelnen Bergeben eine bobere Gelbitrafe beftimmt ift;

13) gerichtlicher Bermeis.

Art. 8. Die Tobesftrafe wird burch öffentliche Ent= hauptung vollzogen 3).

Gine Scharfung ber Tobesftrafe findet nicht ftatt.

Mrt. 9. Die gur Buchthausstrafe Verurtheilten merben ausgezeichnet gefleibet und muffen ihre Strafe im Bucht= haufe verbuffen.

Bahrend ber Dauer ber Strafgeit barf ihnen aus ihrem Bermogen ober von Underen fein Geld, fein Rahrungsmittel, fein Rleidungeftud und überhaupt nichts abgegeben werben.

Mrt. 10. Die Correctionshausstrafe wird in bem Correctionsbaufe berbuft.

Art. 11. Den Gerichten ift gestattet, nach forgfältiger Ermägung ber burgerlichen Berhaltniffe und ber Bilbunge=

³⁾ Berordnung bom 19. Ottober 1841, betreffend bie Bollgiehung ber Tobesftrafe mittelft bes Fallbeile (Regierungeblatt von 1841, Nr. 34. Geite 557.): Gingiger Artifel.

Die Enthauptung ber in Gemagheit bes Strafgefebbuches gur Tobesftrafe berurtheilten Berbrecher foll mittelft bes Fallbeile vollzogen werben.

ftufe des Schuldigen, die Vollziehung der Correctionshausftrafe auf einer Festung oder in einer dieser gleichgestellten Anstalt anzuordnen.

Art. 12. Diejenigen, welche ihre Strafe im Buchthaufe ober im Correctionshaufe verbugen, werden zu ben in biefen Strafanstalten eingeführten Arbeiten angehalten.

Art. 13. Die Strafe bes burgerlichen Gefängniffes wird in ben Orts- ober Bezirkögefängniffen, ober in jedem anderen zur Aufbewahrung eines Gefangenen tauglichen Local, worüber die erkennenden Gerichte disponiren können, Bucht- ober Correctionshaus ausgenommen, verbüßt.

Rann bie zuerkannte Gelbftrafe nicht beigetrieben merben, fo muß fle im Gefängnig, und zwar mit vierundzwanzig

Stunden fur jeben Gulben, verbuft werben.

Art. 14. Sat ein gerichtlich erklärter Verschwender eine burch bas Gesetz mit einer Gelbstrafe bedrohte handlung begangen, so ist von ben Gerichten sogleich im Urtheil auszusprechen, daß die verwirkte Gelbstrafe nach dem Maßstabe bes vorhergehenden Artikels im Gefängniß zu verbüßen sei.

Kommt erft nach Zuerkennung einer Gelbstrafe bie Eigensichaft bes Berurtheilten, als eines gerichtlich erklärten Bersichwenbers, zur Kenntniß bes Gerichts, fo hat basselbe nach bem im ersten Absas erwähnten Maßstabe bie Gelbstrafe in

Gefängnifftrafe zu verwandeln.

Art. 15. Der Berbugung ber Strafe in einer Strafanstalt ift es gleich zu achten, wenn ber Straffling auf Berfügung ber competenten Behörde mahrend ber Dauer ber
Strafzeit an einen anderen Ort gebracht und bort festgehalten
wird.

Art. 16. Die im Art. 7. Nr. 3. 5. und 11. erwähnten Freiheitestrafen konnen geschärft werben:

1) burch Beschränkung ber Roft auf Waffer und Brob,

je um ben anderen Tag, nach einander nicht über vier Bochen;

2) burch einfame Ginfperrung, ununterbrochen nicht

langer ale einen Monat;

3) burch Dunkelarreft, ununterbrochen nicht länger als vier Tage;

4) burch Berbindung ber erften mit ber zweiten ober britten

Schärfungsart.

Art. 17. Die lebenslängliche Buchthausftrafe fann, außer

bem Falle bes Urt. 102., nicht gefcharft werben.

Art. 18. Bor bem Ablauf einer Zwifchenzeit, welche ber Dauer ber ftattgehabten Schärfung gleich kommt, kann bie nämliche Schärfung nicht wieber eintreten, ber Dunkelarreft nicht wieber vor Ablauf von brei Wochen.

Art. 19. Die Beit, mahrend welcher die berfchiebenen Scharfungen einzeln ober in Berbindung zur Anwendung kommen, darf bei Gefangnifftrafe nicht die Salfte der Strafzeit übersteigen, und nicht ein Drittheil berfelben bei Cor-

rectionshausstrafe bis zu Ginem Jahre.

Art. 20. Bei Buchthausstrafe, sowie bei Correctionshausftrafe von langerer als einjähriger Dauer, finden die Schärfungen, einzeln oder in Berbindung, im zweiten und in ben folgenden Jahren nicht über viermal des Jahres, nach Ablauf von funf Jahren aber jährlich nicht mehr als einmal ftatt.

Art. 21. Die Bestimmungen bes vorhergebenben Artifels

finden in bem Falle bes Urt. 102. feine Unwendung.

Mrt. 22. Die rechtsfraftige Berurtheilung gur Bucht= hausftrafe zieht als gefetliche Bolge nach fich 4):

¹⁾ Gefen, bie Unfabigteit jum Militarbienfte in Folge ertannter Etrafen betreffenb. (Regierungeflatt von 1842. Nr. 19.) 2ub wig Il. von Gottes Gnaben Großbergog von heffen und bei Rhein 2c. 2c.

Lubwig II. von Gottes Gnaden Großberzog von heffen und bei Rhein 20. 20. Da burch die Berfündigung des Strafgesehndes, welches in Unferen sammtlichen Lantestheiten gleichmäßige Anwendung leibet, die Boraussehungen wegfallen,

- 1) die Unfähigkeit, Mitglied ber Geschwornen zu fein;
- 2) ben Verluft ber Sof-, Staats-, Gemeinde- ober fonftigen öffentlichen Aemter, ber Abvocatur, und bie Unfabigfeit zu folchen;

3) ben Berluft ber Ruhegehalte;

4) ben Berluft ber Orben, Ghrenzeichen und Titel;

- 5) bie Unfähigkeit, an Wahlen in politischen, Gemeindes ober kirchlichen Angelegenheiten als Wähler Antheil zu nehmen und bei biefen Wahlen gewählt zu werben;
- 6) bie Unfahigkeit, Bormund ober Curaior zu fein, ausgenommen über bie eigenen Kinder.

auf welchen ber swischen ben Provinzen Starkenburg und Oberhessen einerseits und ber Proving Rheinhessen ambererieits unterscheiben Artikel 16. bes RecrutirungssGesehre vom 20. Juli 1830 berubte, bersetbe also einer Revision bedarf, und es hierbei Unser Absicht ift, baß die durch Berurtheilungen in Folge des Strafgesethuches zu bedingende Unfabigkeit zum Mititardienste in ein möglicht gleiches Verhältniß mit der durch den Art. 16. bes Recrutirungsgesehre belimmten gesehr werbe, so haben Wir Justimmung Unsere zetreuen Stande verordnet und verordnen wie sofgt:

Art. 1. Die rechtskräftige Berurtheilung gur Buchthausstrafe zieht als gefehliche Folge bie Unfahigfeit, in ben Militarbienft aufgenommen gu werben,

nach fich.

Art. 2. Diefelbe Folge bat bie Correctionshausftrafe, wenn fie

1) auf zwei Sahre ober langer, ober

2) auf Gin Sahr ober langer wegen Diebftahle, Unterfolagung, Fals foung ober Betruge, ober

3) wegen Deineibe rechtefraftig erfannt worben ift.

Art. 3. Der Unfahige muß, jur Erfüllung feiner Ariegebienftpflicht, wenn ihn bas Loos trifft, bie gur Stellung eines andern Mannes erforberliche Bertretungssumme gur Einstandstaffe bezahlen, insofern und insoweit er bazu vermögenb ist, ober vers mögenb wirb.

Art. 4. Durch ben vorhergebenben Artikel erleiben bie Art. 30-32. bes Gefebes vom 19. Marg 1836, bie Stellvertretung im Militarbienste betreffenb, teine Berganberung. Es burfen baber nach wie vor ber Bruber, Bater und Gobn bes Unfabiggen, wie bort bestimmt ist, für benselben einstehen.

Art. 5. Der Art. 16. bes Recruitrungsgesetes bom 20. Juli 1830 ift nur noch auf bie bor bem 1. April 1842 erfolgten Berurtheilungen anwenbbar.

Art. 6. Das gegenwärtige Geses tritt mit bem Tage, an welchem es im Regierungsblatte erscheint, in Kraft; es findet aber auch auf die vom 1. April 1842 an bis dahin ergangenen Verurtheilungen Amvendung.

Urkundlich Unferer eigenhandigen Unterschrift und bes beigebrudten Staats- Siegels. Darmftabt, am 10. Mai 1842. (L. S.) Lubwig. du Thil.

Den Standesherrn und Batrimonialgerichtsherrn fteht bie Befugnif zu, auch ihre unwiderruflich angestellten Diener, welche rechtsträftig zur Buchthausstrafe verurtheilt worden sind, zu entlassen.

Art. 23. Die rechtskräftige Verurtheilung zur Correctionshausstrafe auf Gin Sahr ober länger zieht als gesetzliche Folge nach sich 5):

1) bie Unfahigfeit, Mitglied ber Gefchwornen gu fein;

2) ben Verluft ber Gof-, Staate-, Gemeinbe- ober fonftigen öffentlichen Aemter und ber Abvocatur;

3) ben Berluft ber Ruhegehalte;

4) bie Unfahigfeit, bei Wahlen in politifchen, Gemeindeober firchlichen Angelegenheiten gewählt zu werben.

Den Standesherrn und Batrimonialgerichteherrn fteht bie Befugniß zu, auch ihre unwiderruflich angestellten Diener, welche rechtsträftig zur Correctionshausftrafe auf Gin Jahr ober langer verurtheilt worben find, zu entlaffen.

Art. 24. Die rechtsträftige Berurtheilung zur Correctionshausstrafe auf weniger als Gin Jahr zieht Suspension von Dienst und Gehalt auf die Dauer der Strafzeit nach sich.

Gefcah jedoch bie Berurtheilung wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung ober Betrugs, fo treten folgende Nachtheile ein:

1) bie Unfahigkeit, Mitglied ber Geschwornen zu fein;

2) ben Berluft ber Sof=, Staate=, Gemeinbe= ober fonftigen offentlichen Aemter und ber Abvocatur;

3) ber Verluft ber Rubegehalte.

Art. 25. Mit ber rechtsträftigen Berurtheilung gur Strafe bes burgerlichen Gefangniffes find, wenn bie Berurstheilung wegen Diebstahle, Unterschlagung, Falfchung ober

³⁾ Bgl. Anmertung 4., inebefonbere Art. 2.

Beiruge erfolgt ift, ebenfalls bie im vorhergehenden Artitel unter Nr. 1. 2. und 3. aufgezählten Rachtheile verbunden.

Art. 26. Wenn ein Inländer im Auslande eine Strafe verbüßt hat, und wenn als Folge dieser Strafe dem Betzurtheilten im Inlande eines der Nechte bestritten wird, welche nach Art. 22. bis 25. wegen erkannter Strafen verloren geben sollen, so hat das zuständige inländische Gericht zu erzennen, ob und welche der in den gedachten Artikeln aufgezählten Folgen den Verurtheilten treffen sollen.

Art. 27. Durch die Dienstent setzung verliert der Verurtheilte die ihm verliehenen Orden und Ehrenzeichen, alle von ihm bekleibeten Hof=, Staats=, Gemeinde= und sonstigen öffentlichen Aemter, nebst den davon abhängenden Nechten, Besoldungen und Titeln, die Ruhegehalte, sowie die Ansprüche darauf, und die Advocatur; auch wird er dadurch zur Wiesberanstellung, sowie zu den Verrichtungen eines Geschwornen unfähig.

Bekleibet ber bes Staatsbienstes Entfette zugleich ein nicht ohnehin widerrufliches standesherrliches ober patrimonialsgerichtsherrliches Amt, fo steht bem Standesherrn ober Batrismonialgerichtsherrn bie Befugniß zu, jenen von biefem Amte

gu entlaffen.

Art. 28. Die Strafe der Dienstentlaffung hat für den Verurtheilten den Verlust aller von ihm bekleideten öffentlichen Aemter und der davon abhängenden Befoldungen und Ruhegehalte zur Volge, jedoch ohne die Unfähigkeit zur Wieberanstellung nach sich zu ziehen.

Die als Strafe zuerkannte Suspension von Dienst und Gehalt beschränkt sich auf das bestimmte Amt oder die bestimmten Aemter und die davon abhängenden Besoldungen und Ruhegehalte, hinsichtlich welcher diese Strafe in dem Urtheile ausgesprochen worden ist. Art. 29. Die in ber Verfaffungsurkunde in Bezug auf Suspension und Verlust bes Staatsburgerrechts, sowie in Bezug auf die Kähigkeit, als Mitglied der einen oder der anderen Rammer der Landstände des Großherzogthums auf Landtagen zu erscheinen, enthaltenen Bestimmungen bleiben in Kraft und erleiden durch die Verfügungen der Art. 22. bis 28. dieses Gesehbuches keine Abanderung 6).

Art. 30. Die Berurtheilungen zur Tobes-, zur Buchthausstrafe ober zur Correctionshausftrafe von Ginem Jahre ober länger und die Berurtheilungen zur Dienstentsetzung

follen öffentlich bekannt gemacht werben.

In anderen Fällen findet öffentliche Bekanntmachung ber Berurtheilung statt, infoweit folche die Gerichte im öffentlichen Interesse ober fur die Ehre des Beleidigten oder eines Unschuldigen nothwendig erachten.

- Art. 31. Infofern es ohne Berletjung ber Rechte Nichtschuldiger geschehen kann, haben die Gerichte bei Berurtheilungen
 in Straffachen zugleich auch auf die Confiscation berjenigen
 Sachen, womit die strafbare handlung begangen wurde, ober
 ber mittelst berselben hervorgebrachten ober berjenigen Sachen,
 die zu ber hervorbringung gedient haben, ober die bestimmt
 waren, die strafbare handlung bamit zu begehen, ferner bes
 fur die strafbare handlung versprochenen ober erhaltenen Lohnes
 ober Gewinnes, zu erkennen.
- Art. 32. Bei allen Verurtheilungen zu einer Freiheitsstrafe wird, wenn sich ber Verurtheilte in Haft befindet, die Dauer der zuerkannten Strafzeit von dem Tage an gerechnet, an welchem entweder das Erkenntniß rechtskräftig geworden ist, oder der Verurtheilte, welcher dagegen ein Rechtsmittel eingelegt hat, seine einstweilige Abführung in die ihm durch das Erkenntniß angewiesene Strafanstalt verlangt, wenn diese

⁴⁾ Diefer Artitel faut für Frankfurt aus; vgl. oben Ginführungsgefet Art. 1. lit. a.

Abführung, ohne badurch die gerichtliche Berhandlung gu bin-

bern, gefcheben fann.

Art. 33. Ift in einem Urtheile die Dauer irgend einer Strafe nach Monaten, Wochen ober Tagen bestimmt, so wird jeder Monat zu dreifig Tagen, jede Woche zu sieben Tagen

und jeder Tag zu vierundzwanzig Stunden gerechnet.

Art. 34. Wenn ohne die Schuld eines in Saft befindlichen Angeschuldigten das Untersuchungsversahren oder die
endliche Aburtheilung verzögert worden ist und Verurtheilung
zu einer Freiheitsstrafe auf bestimmte Zeit erfolgt,
so sollen die Gerichte, ohne Berücksichtigung der Art der zuerkannten Freiheitsstrafe, die unverschulder erlittene Haft, nach
billigem Ermessen, an der Strafe in Abzug bringen; sie
mussen jedoch in dem Urtheile bestimmt aussprechen, wie
lange die Strafzeit ohne einen folchen Abzug gedauert haben
wurde.

Art. 35. Gegen benjenigen, ber zur Buchthausstrafe verurtheilt wird, kann zugleich, wenn er nach Beschaffenheit bes verübten Berbrechens und nach seiner Bersonlichkeit für bie öffentliche Sicherheit besonders gefährlich erscheint, auf Stellung unter polizeiliche Aufsicht erkannt werden.

Sie barf auf nicht weniger ale Gin und nicht mehr ale

funf Jahre angeordnet werben.

Mrt. 36. Die Wirkungen ber Stellung unter polizeisliche Aufsicht find folgenbe:

1) bie obere Boligeibehorde ift ermachtigt, gu beftimmen:

a. daß der unter polizeiliche Aufficht Gestellte sich von feinem Wohnorte ober dem ihm angewiesenen Aufentshaltsorte ohne polizeiliche Erlaubnif nicht über Nacht entferne;

b. baß er fich an einem bestimmten Orte nicht aufhalten barf, wenn feine Unwesenheit bafelbst befonders ge-

fährlich erfcheint;

2) die Gerichtsbehörden und die Polizeibehörden konnen zu jeder Zeit Saussuchung in seiner Wohnung vornehmen laffen.

Die Uebertretung ber nach 1) a. und b. von ber oberen Bolizeibehörde gegebenen Vorschriften wird, auf geschehene Anzeige ber Bolizeibehörde, mit Gefängniß bestraft.

Titel III.

Bon ben Fallen, in welchen feine Beftrafung ftattfinbet.

Mrt. 37. Wegen mangeInder Burechnungefähigfeit findet feine Beftrafung ftatt:

1) gegen Kinber, welche bas zwölfte Lebensjahr noch nicht zuruckgelegt haben; fie find ber hauslichen ober Schulzuchtigung zu überlaffen, vorbehaltlich ber nöthigenfalls polizellich anzuordnenden Befferungsmittel;

2) gegen Taubstumme, wenn mit Gewißheit anzunehmen ift, bie Straflichkeit ihrer Sandlung und beren Folgen

fei von ihnen nicht erfannt gemefen;

3) gegen Bersonen, welche die mit Strafe bedrohte Handlung in einem Zustande verübt haben, in welchem das Bewußtsein der Strafbarkeit der That aufgehoben war, insbesondere im Schlase, Nachtwandeln, Wahnsinne, völligen Blödsinne, in der Raserei, Verrücktheit, oder in vorübergehender gänzlicher Verwirrung der Sinne oder des Verstandes?).

[&]quot;) Bergl. baber. Str.: G.: Bch. Art. 119. 120., bann Art. 3. bes Gefetes bom 29. Auguft 1848, f. oben I. S. 59., wurtemberg. Art. 97. 98., altenb. Art. 64. 67., braunfchw. §8. 30. 60., hannov. Art. 82—85., bab. §§. 70—76., thuring. Art. 59. 62., preuft. §. 40., bfterreich. §§. 2. 46. a.

Art. 38. Der Zustand vorübergehender Verwirrung der Sinne oder des Berstandes, sowie der Zustand des Schlafs schließt jedoch die Zurechnung zur Strafe dann nicht aus, wenn sich der Thäter durch Getränke oder andere Mittel abssichtlich in solchen versetzt hatte, um in demselben ein im zurechnungsfähigen Zustande beschlossens Verbrechen auszusführen, oder wenn in Bezug auf die Handlung, wodurch er sich in jenen Zustand versetzt hat, und in Bezug auf die darin verübte That die Bedingungen der Zurechnung zur Kahrläßigkeit vorhanden sind.

Art. 39. Reiner Zurechnung unterliegen ferner Uebertretungen, zu welchen ber Uebertreter durch unwiderstehliche körperliche Gewalt gen öthigt worden ift, oder durch Drohungen, die mit einer gegenwärtigen und anders nicht abzuwendenden Gesahr für Leib oder Leben des Genöthigten selbst, oder des Shegatten, oder der Verwandten in auf- oder absteigender Linie, der Geschwister, der in gleichen Graden Verschwägerten, der Aboptiveltern oder der Adoptivkinder, der Pflegeltern oder Pflegkinder, sowie des Verlobten desselben, verbunden waren.

Art. 40. Der bloße Befehl zur Begehung einer strafbaren Handlung macht ben Bollbringer nicht straflos. Ift jedoch ber Befehl dem Handelnden von seinem Borgesetten und in den gehörigen Formen ertheilt gewesen, und ist die befohlene Handlung nur als Mißbrauch oder Ueberschreitung ber Amtsgewalt, oder als Berletzung der Amtspstichten strafbar, so wird nur der Besehlende und nicht der Gehorchende verantwortlich.

Art. 41. Nichtwiffen bes Gesetes schließt die Zurechnung nicht aus; eben fo wenig Unwiffenheit ober Errthum in Ansehung ber Art und Größe ber Strafe.

Art. 42. Wer eine an fich unftrafbare Sandlung zu begeben glaubt, die aber bennoch wegen ihm unbekannt ge-

wefener Thatumftande ftrafbar ift, bem fann biefelbe nicht ale mit Borfat begangen gur Strafe gugerechnet werben.

- Art. 43. Wer eine mit Strafe bedrohte handlung begeht, beren Strafbarkeit burch gewiffe, ihm aber unbekannt gewesene Thatsachen ober Verhältniffe vermehrt wird, bem ift solche nur in so weit als vorsählich verübt zuzurechnen, als sie nach ben ihm bekannt gewesenen Thatsachen ober Vershältniffen in seiner Absicht gelegen hat.
- Art. 44. Hat die Mehrheit ober Gesammtheit einer Gemeinde ober sonstigen Körperschaft eine strafbare Handlung verübt, so burfen nur die schuldigen einzelnen Mitglieder, nicht aber die moralische Person der Gemeinde ober Körperschaft bestraft werden.
- Art. 45. Wer außer bem Falle ber Nothwehr eine mit Strafe bebrohte Sandlung begeht, um eine gegenwärtige und bringende Gefahr fur fein eigenes ober bas Leben eines feiner im Art. 39. genannten Angehörigen abzuwenden, ift ftraflos.

Droht bie Gefahr bem Leben einer im Art. 39. nicht genannten Person, so ist die mit Strafe bedrohte Sandlung nur insofern, als sie gegen fremdes Eigenthum gerichtet ift, ftraflos.

Sat aber ber Thater, ober mit Biffen besfelben berjenige Angehörige, von welchem eine gegenwärtige und bringende Gefahr fur sein Leben abgewendet werden soll, entweder den Zustand der Noth durch eigenes strafbares Verschulden herbeigeführt, oder hat er mehr gethan, als zur Abwendung der Gefahr erforderlich war, so ist er insoweit den gesetzlichen Strafen unterworfen 8).

^{*)} Bgl. baper. Str. : B. : Bd. Art. 125-133., wurtemb. Art 102-106., altenb. Art. 41., braunichweig. §. 34., hannob. Art. 78-81., bab. §§. 84-92., thuring. Art. 66. 67., preuß. §§. 40. 41., bfterreich. §. 2. lit. g.

Art. 46. In folgenden Fällen barf gegen einen begonnenen oder eben bevorstehenden rechts midrigen Angriff,
welcher unter den Umftänden, unter denen er erfolgt, burch
obrigkeitliche Hulfe nicht abgewendet werden kann, Selbstvertheidigung burch Privatgewalt stattfinden, nämlich:

1) gegen alle gewaltthätigen, mit Gefahr fur Leben, Gefundheit, Ehre, Freiheit ober Reufchheit verbundenen,

auf die Berfon felbft gerichteten Angriffe;

2) gegen Gemaltthaten, welche auf Beschädigung ober Berftorung, beziehungsweife auf hinmegnahme liegenden ober beweglichen Besithtums gerichtet find;

3) gegen benjenigen, welcher bei einem Diebstahle ertappt ober zum 3wede ber Wiebererlangung bes Bestes ale-

bald verfolgt mirb;

- 4) gegen benjenigen, welcher in eines Unberen Besithum gewaltthätig einzufallen, einzubrechen, ober fonft auf unerlaubte Beise einzubringen sucht.
- Art. 47. Die in folder rechten Nothwehr (Art. 46.) geschehene Mißhandlung, Verwundung ober Tödtung bes Angreifers ist straflos, wenn babei die gesetzlichen Grenzen (Art. 48. und 49.) nicht überschritten worden sind.
- Art. 48. Die gewaltsame Privatvertheibigung ift nicht strassos, wenn Zeit und Gelegenheit zu anderen, dem Angegriffenen nicht unbekannt gewesenen Mitteln vorhanden waren, durch welche derfelbe, ohne alle andere Gefahr, sich dem Angriffe entziehen, das bedrohte Gut in Sicherheit bringen, oder sonft die Absicht des Angreifers vereiteln konnte.
- Art. 49. Bei eingetretener Nothwendigkeit einer gewaltsamen Privatvertheidigung barf biese nicht weiter außgeubt und kein gefährlicheres Vertheidigungsmittel gebraucht werden, als unter ben vorhandenen Umständen zur Abwenbung ber Gefahr nothwendig oder thunlich war.

- Auch muß bas angewendete lebensgefährliche Bertheibigungsmittel mit dem Werthe, ben bas bedrohte Eigenthum ober Besithum fur ben Angegriffenen hat, in einem angemeffenen Verhältniffe steben.
- Art. 50. Wer einem Anderen, der fich in rechter Nothwehr befindet, mit thätlicher Sulfe beifteht, gleichviel ob der Angegriffene im Stande gewesen, fich felbst zu vertheidigen oder nicht, hat fur sich alle Nechte der Nothwehr, wie der Angegriffene felbst.
- Art. 51. In den Källen des Art. 39., sowie der Art. 45. bis 50. ist bei Beurtheilung der Frage, ob und in welchem Maße eine Bestrafung eintreten soll, auf den Gemuthszustand des Angeklagten zur Zeit des behaupteten Nothzustandes nach Maßgabe des Orts und der Zeit des Vorfalls, der Verson-lichkeit des Betheiligten und der Ansicht des Angeklagten über den größeren oder geringeren Grad der drohenden Gefahr, billige Rücksicht zu nehmen.
- Art. 52. Eine schuldhafte Ueberschreitung der Grenzen der rechten Nothwehr foll mit Gefängniß oder Geldbuße, in befonders schweren Fällen aber mit Correctionshaus dis zu sechs Monaten bestraft werden; es wäre denn aus allen Umständen mit Gewißheit zu entnehmen, daß die Grenzen der Nothwehr vorfählich überschritten worden sind, als in welchem Valle die gesesliche Strafe des dadurch verübten Verbrechens eintritt.
- Mrt. 53. Die Tobtung, Verwundung ober Mifhands lung bes rechtswidrigen Angreifers, welche erft nach geendigtem Angriffe und nachdem die Gefahr vorüber gewesen, ersfolgt ift, unterliegt ben gesetzlichen Strafen.
- Mrt. 54. In allen Fallen, in welchen ber zweite Theil biefes Gefetbuches bas Berfahren von ber Rlage bes Beidabigten abhangig macht, wird eine folde Rlage burch Bergicht bes Beschädigten ausgehoben.

Doch bleibt ber Bergicht wirfungslos, wenn ber Angeschuldigte auf Berfolgung ber Gade bringt ").

- Art. 55. Der Verzicht auf die Klage ift bis zu ber ersten gerichtlichen Vernehmung bes Angeschuldigten zulässig, insofern nicht im zweiten Theile dieses Gesethuches bei einzelnen Verbrechen ober-Vergeben ein weiterer Zeitraum bestimmt ift.
- Art. 56. Haben Mehrere an Einem Berbrechen ober Bergehen Theil genommen, so foll die gegen Ginen Theilenehmer erhobene Klage auch gegen die Anderen gelten, und der hinsichtlich Eines berfelben erklärte Berzicht auf die Klage auch in Betreff der Uebrigen wirken.

Citel IV.

Bon ber Fahrläßigfeit und bon bem Borfape.

Art. 57. Berben Sandlungen, beren vorfähliche Berübung bas Gefet als Berbrechen ober Bergeben mit Strafe bebroht, aus Fahrläßigkeit begangen, so unterliegen fie nur in ben Fällen einer Strafe, in welchen bieses im zweiten Theile bieses Gesethuches ausbrucklich verfügt ift; aber felbst in biesen Fällen sindet keine Bestrafung statt, wenn bei ber

Mrt 2. (Statt bes Mrt. 54. Gt. G. B.)

Der Art. 54. bes Strafgejegbuches im Lit. III. "Bon ben gallen, in welchen teine Bestrafung statifindet," ist ausgehoben und wird burch folgenden Artitel ersett: "In allen gallen, in welchen ber zweite Theil biese Gesehuches bas Bergahren von ber Rlage bes Beschäbigten abhängig macht, wird eine solche Rlage burch Bergicht bes Beschätigten aufgeboben, wenn ber Angeichulbigte ben Bergicht naufgeboben, wenn ber Angeichulbigte ben Bergicht naufgeboben, wenn ber Angeichulbigte ben Bergicht naufgeboben, wenn ber Angeichulbigte ben Bergicht

"In Folge biefes Bergichts ift ber Rlager in Die bem Staate verurfachten Roften zu veruriheilen, insoferne nicht ber Betlagte biefelben burch eine Erklarung vor Bericht übernimmt; in wolchem Falle bie Berbindlichkeit zur Zahlung ber Roften burch Urtheil gegen ihn ausgulprechen ift."

(Diefe abanbernbe Bestimmung ift auch fur Frankfurt publicirt.)

[&]quot;) Gefet vom 23. Februar 1849:

Sandlung ober Unterlaffung die gemöhnlich gehörige Aufmertfamteit und Borficht angewendet worden ift 10).

- Art. 58. Jede ben Strafgesethen zuwiderlaufende Handlung, zu welcher sich ber Handelnbe absichtlich bestimmt hat, und jeder strafbare Erfolg berfelben, auf ben seine Absicht gerichtet war, wird ihm zum Vorsate zugerechnet 11).
- Art. 59. Bei einer wider eine Person erwiesenen, die Merkmale einer strafbaren Handlung an sich tragenden That wird weder für, noch gegen den Vorsatz vermuthet, sondern es ist unter Erwägung der erhobenen Umstände und ihres Zusammenhanges, dann der Angaben des Angeklagten zu bewurtheilen, ob sie aus Vorsatz oder aus Fahrläßigkeit begangen worden.
- Art. 60. War die Absicht bes Sandelnden nicht ausschließlich auf einen bestimmten Erfolg gerichtet, sondern unbestimmt auf einen oder den anderen von mehreren möglichen Erfolgen, so wird ihm derzenige davon zum Borsate zugerechnet, der wirklich eingetreten ist.
- Art. 61. Wenn aus einer Handlung, welche auf einen bestimmten, vom Sandelnden beabsichtigten Erfolg gerichtet war, ein anderer, von ihm nicht beabsichtigter Erfolg hervorging, so wird ihm die That in Bezug auf den beabsichtigten Erfolg zum Vorsate, in Bezug auf den eingetretenen anderen Erfolg aber zur Fahrläßigkeit zugerechnet, vorausgesetzt, daß die Bedingungen der Strafbarkeit der Fahrläßigkeit vorhanden sind.

^{**)} Bergl. baher. Str. S. 29d, Art. 64—72., altenburg. Art. 32., würtemberg. Art. 58—60., braunschw. §. 29., hannov. Art. 46—51., bab. §§. 101—103., thuring. Art. 30.

¹⁹ Agl. baper. Str. G. Bd. Art. 39-44., altenburg. Art. 31., würtemb. Art. 55-57., braunichw. §8. 27. 28., hannov. Art. 41-45., bad. §§ 97-101., thūring. Art. 29., diterreich. §§. 1-4.

Art. 62. Hat der Erfolg einer vorsätzlichen Handlung wegen Zufalls, Irrihums ober Verwechslung eine and ere Person ober eine and ere Person ober eine and ere Sache getroffen, als worauf die Abstacht des Handelnden gerichtet war, so wird ihm die That mit dem wirklich eingetretenen Erfolge insoweit zum Vorsatze zugerechnet, als durch die Verschiedenheit zwischen der verletzten Person oder Sache und berjenigen, auf welche die Absicht des Handelnden gerichtet war, nicht ein schwereres Verbrechen begründet wird.

Titel V.

Bon ber Bollenbung und vom Berfuch.

Art. 63. Die volle, im Gefet einem Verbrechen beftimmte Strafe findet Anwendung, wenn basfelbe feinem gefetlichen Begriffe nach als vollendet erscheint.

Gehort zu bem gesetlichen Begriffe, bag bie Sandlung einen bestimmten Erfolg gehabt habe, so ift bas Berbrechen erft mit bem Gintritte biefes Erfolges fur vollenbet zu halten 12).

- Art. 64. Sandlungen, durch welche die Ausführung eines beabsichtigten Berbrechens angefangen worden ift, find als Bersuch dieses Verbrechens strafbar 13).
- Art. 65. Ift burch Sandlungen bie Ausführung eines beabsichtigten Berbrechens erft vorbereitet, aber noch nicht angefangen worden, fo unterliegen fie nur in benjenigen Fällen einer Strafe, fur welche bies ausnahmsweise ausdrücklich im Gesee angeordnet ift.

¹²⁾ Bergl. baher. Str. S. Sch. Art. 37. 38., altenburg. Art. 25., würtemberg. Art. 61., braunschw. §. 35., hannob. Art. 32., bab. §§. 104. 105., thuring. Art. 22. 19 Bgl. baher. Str. S. Sch. 167. 63., altenb. Art. 26–30., würtemberg. Art. 62–73., braunschw. §§. 36–40., hannob. Art. 33–40., bab. §§. 106–118., thuring. Art. 23–23., preuß. §§. 31–33., österreich. §§. 8–11.

Befteht die Vorbereitungshandlung felbst aus einer schon an sich strafbaren That, so tritt die hierdurch verwirkte Strafe ein.

Art. 66. Wegen Sandlungen, durch welche die Ausführung eines beabsichtigten, vom Geset im Falle der Vollendung mit Todes ober mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechens blos vorbereitet wurde, können die Gerichte gegen ben Urheber derselben, insosern er für die öffentliche Sicherheit besonders gefährlich erscheint, die Stellung unter polizeiliche Aussicht erkennen.

Art. 67. Die Wahl von Mitteln, welche zwar ihrer Beschaffenheit nach unter gewöhnlichen Umständen zur Aussführung des beabsichtigten Verbrechens gedient haben würden, jedoch unter den obgewalteten besonderen Verhältnissen und nach der Art, Stärke oder Quantität, wie ste angewendet wurden, die Aussführung des Verbrechens oder Vergehens nicht bewirken konnten, hindert die Bestrasung des Versuches eben so wenig, als wenn der Handelnde aus Verwechselung oder Trrthum sich eines untauglichen Mittels bedient hat, während er ein an und für sich taugliches anzuwenden glaubte, oder wenn derselbe irrigerweise bei einer Person oder Sache eine Eigenschaft vorausgesetzt hat, ohne welche das beabsichtigte Verbrechen an derselben nicht begangen werden konnte.

Dagegen ift kein strafbarer Versuch vorhanden, wenn zur Aussührung des beabsichtigten Verbrechens aus Unverstand oder abergläubischem Wahne solche Mittel gebraucht wurden, welche dazu unter keinerlei Umständen dienlich sein konnten.

Art. 68. Die Strafe des Verfuches besteht, wenn bas vollendete Verbrechen getroffen haben murbe:

1) Tobes = ober lebenslängliche Buchthausstrafe: in Buchthausstrafe bis zu fechzehn Sahren; 2) Buchthausftrafe auf beftimmte Beit:

in hochftens zwei Drittheilen biefer Strafe und minbeftens feche Monaten Correctionshaus;

3) Buchthaus = ober Correctionshausstrafe ober nur Cor-

rectionebaueftrafe:

in hochstens zwei Drittheilen biefer Strafen ober burgerlichem Gefangniß;

4) Befangniß= ober Belbftrafe:

in hochftens zwei Drittheilen biefer Strafen und weniaftens in gerichtlichem Berweife;

5) Dienstentfetung:

in Dienstentlaffung ober Sufrenfion von Dienst und Gehalt;

6) Dienstentlaffung ober Sufpension von Dienst und Gehalt: in biefem Kalle treten Disciplinarstrafen ein;

7) Entziehung gewiffer staatsburgerlicher, burgerlicher ober Familienrechte, ober Entziehung öffentlicher Berechtigunsgen ober eines öffentlichen und felbsiftanbigen Gewerbsbetriebes:

in Befängniß = ober Gelbftrafe.

Bei der Zumeffung dieser Strafen innerhalb der vorgesschriebenen Schranken haben sich die Gerichte vorzüglich nach dem Grade zu richten, in welchem sich der Versuch der Vollend ung des Verbrechens genähert hat, so daß in der Regel der höchste Grad der Strafe nur den beendigten, der mittlere Grad der Strafe den nächsten und der geringste Grad der Strafe den entfernteren Versuch trifft.

Der Versuch ist fur beenbigt zu achten, wenn ber Thater alles gethan hat, was von feiner Seite zur Bollenbung eines Verbrechens nothig war, ohne bag jedoch ber nach bem gefetzlichen Begriffe biefes Verbrechens zur Lollenbung geshörige Erfolg eingetreten ift.

Art. 69. Der noch nicht beendigte Bersuch, als folscher, ist strassos, wenn ber Thäter nachweist, daß er nicht wegen physischen Unvermögens ober anderer zufälliger, von seinem Willen unabhängiger Umstände, sondern freiwillig und aus Reue von dem Unternehmen, und zwar gänzlich abgestanden ist.

Art. 70. Enthalten Versuchshandlungen felbst ein eigenes Verbrechen, so tritt bie hierburch vermirkte Strafe ein, infofern nicht die Strafe bes Versuches, als solchen, bedeutenber sein sollte.

Kann jeboch wegen Neue (Art. 69.) biefe lettere Strafe nicht erkannt werben, fo behalt es bei ber burch bie Verfuchshandlung, als eigenes Verbrechen betrachtet, verwirkten Strafe fein Bewenden.

Mitel VI.

Bon Urhebern, Gehülfen und Begunftigern.

S. I. Urheber 14).

Mrt. 71. Alls Urheber eines Verbrechens ift nicht nur berjenige zu bestrafen, welcher basselbe begangen hat, sonstern auch ber Unstitter (intellectuelle Urheber), welcher Ursache bes Verbrechens badurch geworden ift, baß er ben Thäter vorsätzlich zu bem Entschlusse, basselbe zu begehen, bestimmt hat.

Dahin gehört, wer absichtlich burch Gewalt, Drohung, Befehl, Auftrag, Geben ober Versprechen eines Lohnes, abssichtliche Bewirkung ober Benutung eines Irthums und ber-

¹¹⁾ Bgl. baper. Str.: B.: Bd. Art. 45-56., altenb. Art. 33-36, wurtemberg. Art. 74-83., braunichw. §. 41. 43-45., bannov. Art. 52-65., bab. §§. 119-133., thuring. Art. 31-34., preuß. §§. 34-36., bfterreich. §. 5.

Deutiche Strafgefesbücher. VII.

gleichen, ben Urheber zur Begehung bes Berbrechens beftimmt hat.

- Art. 72. Der Anstifter (intellectuelle Urheber) bleibt straflos, wenn er entweder vor einem Anfange der Ausführung den ertheilten Befehl oder Auftrag, wodurch er zur Begehung des Berbrechens bestimmt hatte, zurückgenommen und das Berbrechen auf diese oder sonstige Weise verhindert, oder der Obrigkeit so zeitig davon Anzeige gemacht hat, daß dassfelbe verhindert werden konnte.
- Art. 73. Wer in ber Absicht, die von dem Anderen beschloffene That zu beförbern, bei Bollbringung der hauptsbandlung einen solchen unmittelbaren Beistand geleistet hat, ohne welchen das Verbrechen unter den vorhandenen Umständen nicht hätte vollbracht werden können, soll mit der Strafe des Urhebers belegt werden. Die Strafe ist gegen ihn, wie gegen den Urheber, innerhalb der gesetzichen Grenzen, nach der Größe seiner Mitwirkung auszumessen.

S. II. Complott.

- Art. 74. Die Verabredung Mehrerer zur Ausführung eines gemeinschaftlich bezweckten Verbrechens, zu dessen Begriff nicht schon das Zusammenwirken mehrerer Bersonen gehört, hat in Bezug auf die Zurechnung des Ersolges die Wirkung, daß, wenn das verabredete Verbrechen ausgeführt wurde, jeder Theilnehmer, welcher in Folge der Verabredung vor oder bei oder nach der That mitgewirkt, oder durch seine Gegenwart bei der Ausführung sich zur Mitwirkung bereit gezeigt hat, von der auf dieses Verbrechen gesetzten Strafe, innerhalb deren gesetzlicher Grenze nach Maßgabe seiner Schuld getroffen wird.
- Urt. 75. Diejenigen, welche zuerft ein folches Complott veranlagt und zu Stande gebracht (Unftifter), bann bie-

jenigen, welche bas Unternehmen zur Zeit ber Bollbringung geleitet haben (Anführer), find innerhalb ber Grenzen ber gefetzlichen Strafe höher als die gemeinen Theilnehmer zu bestrafen. Gegen lettere ift die Strafe innerhalb dieser Grenzen nach Beschaffenheit und Größe ihrer Mitwirkung auszumeffen.

Art. 76. Wurde bas Unternehmen, ehe es zu einem Anfange ber Ausführung kam, freiwillig wieder aufgegeben, fo bleiben die Theilnehmer straflos; andernfalls wird die bloße Eingehung der Verbindung als nicht beendigter Verfuch

bes beabsichtigten Berbrechens beftraft.

Art. 77. Der Anstister wird selbst bann, wenn er weber vor, noch bei, noch nach ber That auf irgend eine Beise mitgewirkt, noch auch sich burch seine Gegenwart bei ber Aussuhrung zur Mitwirkung bereit gezeigt hat, von ber Strase bes Urhebers getroffen, ber gemeine Theilnehmeraber in gleichem Falle von ber Strase bes beendigten Bersuches.

Art. 78. Satte ber Anstifter im Falle bes vorhersgehenden Artikels vor der That die Uebrigen von der Ausführung, soviel an ihm lag, abzuhalten sich bemüht, oder denselben seinen Austritt aus der Berbindung ausdrücklich erklärt, so trifft ihn die Strafe des beendigten Versuches; den gemeinen Theilnehmer aber in gleichem Falle die Strafe des nicht beendigten Versuches.

Auch ben Unftifter trifft nur die Strafe bes nicht beendigten Versuches, wenn er neben ber ausdrücklichen Erklärung seines Austrittes die Uebrigen zugleich, soviel an ihm lag, von der Ausführung abzuhalten sich bemüht hat; der gemeine Theilnehmer bleibt in gleichem Falle straflos.

Art. 79. Sowohl ber Anftifter, als andere Theilnehmer, welche ber Obrigkeit von bem Complott fo zeitig Anzeige gemacht haben, bag bas Berbrechen noch verhindert werden konnte, find ftraflos.

- Art. 80. Die Chefrau des Urhebers, die unter seiner Gewalt und Pflege stehenden Verwandten in absteigender Linie und die seiner Aussicht anvertrauten Minderjährigen, werden, wenn sie auch als Miturheber seines Verbrechens oder Theilenehmer am Complott erscheinen, doch nur als Gehülsen bestraft, es müßte sich denn aus den Umständen ergeben, daß sie nicht wegen ihrer Abhängigkeit von dem Urheber zu der strafbaren That mitgewirkt haben.
- Art. 81. Die Gefete wiber bas Complott (Art. 74. bis 80.) find auch auf die von einer Bande ausgeführten Berbrechen anzuwenden.

Unter Banden werden folche Verbindungen verstanden, die zur Berübung mehrerer, einzeln noch unbestimmten Versbrechen derfelben Art, oder folcher Verbrechen, welche nach Art. 94. Nr. 1. 3. 4. und 7. als gleichartig gelten, eingegangen sind.

Den einzelnen Mitgliedern einer Bande sind indeffen nicht alle von berselben verübten Verbrechen anzurechnen, sonbern jeder Mitgenoffe der Bande ist blos in Ansehung derjenigen Verbrechen als Miturheber zu betrachten, zu welchen er vor, bei oder nach der That mitgewirkt, oder zu deren Mitausführung er durch seine Gegenwart bei der Ausführung sich bereit gezeigt hat.

Art. 82. Jeder, welcher ber Bande beigetreten ift, foul schon wegen bes blogen Beitritts zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden, wenn er auch an ben von ber Bande verübten Berbrechen in keiner Art Antheil ge-nommen hat.

Er bleibt megen bes Beitritts zur Banbe straflos, wenn er bas Dafein berfelben ber Obrigkeit angezeigt hat.

S. III. Gehülfen 15).

Art. 83. Wer bas Verbrechen eines Anderen vorfäglich erleichtert ober beforbert, ift, außer bem Falle bes Art. 73., als Gehülfe zu bestrafen.

Als Gehülfe ift namentlich anzuseben:

1) wer ben verbrecherischen Entschluß Anderer burch Rath, Ueberrebung, Belehrung, Berführung ober Lob beförbert ober bestärkt, bem Berbrecher Mittel ober Gelegenheit zur Ausführung anzeigt ober verschafft, ober Hinderniffe ber Ausführung wegraumt;

2) wer im Zeitpunkte ber Ausführung ber That burch Wachefteben, Kundschaftgeben ober auf andere Beife Beistand leistet, ober die Entstehung ber verbrecherischen Wirkung

ober bie Große berfelben beforbert;

3) wer dem Berbrecher in Folge einer der That vorhergesgangenen Zusage durch Handlungen, die eine Begunstisgung (Art. 87.) ausmachen, nach der That förderlich

geworben ift.

Art. 84. Die Strafe bes Gehülfen ift im Verhältniffe zur Strafe, welche auf bem von dem Urheber verübten Bersbrechen steht, nach demjenigen Maßstabe herabzusehen, welchen der Art. 68. für die Strafe des Versuches im Verhältniffe zur Strafe des vollendeten Verbrechens bestimmt. Besteht die Strafe des Urhebers in der Dienstentsehung, Dienstentlassung oder Suspension von Dienst und Gehalt, und ist der als Geshülfe zu Strafende kein Staatsbeamter oder öffentlicher Diener, so tritt gegen denselben im ersten Falle Correctionshaussstrafe bis zu zwei Jahren oder Gefängniß nicht unter Ginem Monat, und in den beiden anderen Fällen Gefängnißstrafe oder Gelöstrafe ein.

¹³⁾ Bgl. baver. Str. 26. 29d. Art. 73-83., altenb. Art. 37., würtemb. Art. 84-88., braunichw. §§ 42-46., bannov. Art. 66-73., bab. §§. 134-141., thüring. Art. 35., preuß. §§. 34-36., dierreich. §. 5.

Art. 85. Die im Art. 80. genannten Berfonen werben, wenn fie als Gehulfen erscheinen, mit ben gelinderen ber im Art. 84. und ben einzelnen Nummern bes Art. 68. bestimmten Strafen belegt, es mußte sich benn aus ben Umständen ergeben, daß sie nicht wegen threr Abhängigkeit von dem Urheber zu ber strafbaren That mitgewirkt haben.

Art. 86. Wer bem Urheber Beihulfe zugefagt, aber nicht geleistet hat, ist nur bann straflos, wenn er vor Aussführung ber That entweder die Zurucknahme seiner Zusage bem Urheber ausbrucklich erklärt, oder von dessen Borhaben ber Obrigkeit so zeitig Anzeige gemacht hat, daß dasselbe vershindert werden konnte.

S. IV. Begunftiger 16).

Art. 87. Wer, ohne vorheriges Ginverständniß, erft nach vollbrachter That dem Urheber oder Gehulfen in Beziehung auf das Verbrechen wiffentlich Vorschub leistet, macht sich der Begunftigung schuldig.

Dahin gebort namentlich:

1) wer miffentlich Berbrecher bei fich aufnimmt, verbirgt, ober ihnen gur Flucht behulflich ift;

2) wer Verbrechern vorfaglich burch Vertilgung ber Spuren bes Verbrechens ober ber Beweismittel Gulfe leiftet, ober ju folder Vertilgung mitwirkt;

3) wer bie burch bas Verbrechen gewonnenen Sachen wiffentlich in Verwahrung nimmt, verheimlicht, an fich bringt, ober zu beren Absat an Andere verhilft.

Art. 88. Mit ber auf bie Begunstigung gefetten Strafe wird belegt:

¹⁴⁾ Bgl. baber. Str. G.Bd. Art. 84—89., altenb. Art. 38—41., würtemb. Art. 89—92., braunichw. §6. 47—49., hannov. Art. 74—76., bab. §6. 142—147., thuring. Art. 36—40., preuß. §6. 37—39., Titerreich. §. 6.

1) wer von bem ihm befannt geworbenen Berbrechen Be-

winn ober Bortheil gieht;

2) wer seine Chefrau ober die unter seiner häuslichen Gewalt stehenden Kinder oder Pstegkinder, wenn es ohne Anzeige bei der Obrigkeit geschehen kann, an der Ausführung der von ihnen beabsichtigten That nicht hindert.

Art. 89. Die Begünstigung wird mit Rucksicht auf bie Größe und Beschaffenheit bes begangenen Berbrechens, sowie auf bie Beweggrunde und die durch die Begunstigung entstandenen Nachtheile, mit Correctionshaus bis zu Ginem Jahre, Gefängniß oder Geldbuße bestraft.

Urt. 90. Wer gewerbsmäßig entweder die Urheber oder Gehülfen, oder die Gegenstände des Verbrechens bei sich aufnimmt, verbirgt, verheimlicht, oder die letzteren ankauft, eintauscht, an Zahlungsstatt oder als Geschenk, oder zum Verhandeln, Zerstören, Umändern oder Unkennbarmachen übernimmt, ist mit Correctionshaus von Ein bis drei oder Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen, und nach Umständen zugleich mit zeitlicher oder bleibender Entziehung des Gewerbeberriebs, salls solcher zum verbrecherischen Verkehr mißbraucht worden ist.

Art. 91. Chegatten, Verwandte in auf= und absteigens ber Linie, Geschwister und Verschwägerte in demselben Grade, Pflegeltern und Pflegkinder, Aboptiveltern und Adoptivkinder, Vormunder und Mundel des Schuldigen sind von der Strafe der Begunstigung frei, wenn diese blos zum Schutze des Thäters gegen Entdeckung oder gerichtliche Versolgung stattaefunden hat.

Art. 92. Wer vermöge feines Amtes ober öffentlichen Dienstes, ober wer vermöge eines besonderen, von seinen Borgesetzten erhaltenen Befehls ober Auftrags, die Begehung von Verbrechen zu verhindern verpflichtet ift, foll, wenn er

bie Berhinderung eines Berbrechens vorfäglich unterläßt, als Gebulfe bes Thaters bestraft werben.

Art. 93. Ber vermöge seines Umtes ober öffentlichen Dienstes, oder vermöge eines besonderen, von seinen Borgessesten erhaltenen Befehls oder Austrags, die Verpflichtung hat, die ihm bekannt gewordenen Verbrechen anzuzeigen, ift, wenn er diese Anzeige im Einverständniß mit dem Urheber oder deffen Gehülfen unterläßt, als Gehülfe des Thäters oder als Begünstiger zu bestrafen.

Titel VII.

Bon bem Rudfalle 17).

Art. 94. Die Berbrechen, bei welchen die abermalige Begebung als Rudfall bestraft werben foll, find folgende:

- 1) Salichmungen, Dungfälschung, Galidung ber großbergoglichen Siegel, bes großbergoglichen Stempelpapiers, ber Staatspapiere, und Fälfchungen in Amtshandlungen;
- 2) Rinbesmord, Abtreibung ber Leibesfrucht und Aussehung;

3) Morb und Bergiftung;

- 4) Tobifchlag, Korperverletung und Theilnahme an Rauf= banbeln;
- 5) Unzucht und Berletung ber Schamhaftigfeit, boppelte Gbe, Chebruch und Entfuhrung;

6) falfche Ungeige und Berlaumbung;

- 7) Raub, Diebftabl, Erpreffung, Unterschlagung, Betrug, Balidung, Bilberei und Diebshehlerei;
- 8) Branbftiftung und Gigenthumebeschädigung;

9) Meineib und Gibeebruch.

¹¹⁾ Bgl. bayer. Str.: G.: Bd. Art. 111-117., altenb. Art. 58-60., würtemb. Art. 121-128., braunichw. Ş. 58., bac. ŞŞ. 183-189., bannov. Art. 111-115., art. 46. 47., preuß. §Ş. 58-60., öserreich. Ş. 44. lit. c.

Art. 95. Es wird jedoch in jedem Straffalle, ber als

Rudfall bestraft werben foll, vorausgefest:

1) daß der Uebertreter megen des fruberen Berbrechens vor der abermaligen Begehung von einem inländischen oder ausländischen Gerichte rechtskräftig verurtheilt war, und diese Strafe vor der abermaligen Begehung gang oder theilweise verbuft hat;

2) daß die zuerkannt werdende Strafe in einer Freiheito-

ftrafe befteht, und

3) baß bas frubere und bas neue Berbrechen Uebertretungen von gleicher Art und mit Vorfat verubt find.

Art. 96. Als ausländische Erkenntniffe im Sinne bes Art. 95. sind nur die Erkenntniffe ber Gerichte ber zum beutschen Bunde gehörigen und ber ben Mitgliedern bes beutschen Bundes weiter in Europa zustehenden, und aller berjenigen Staaten zu betrachten, beren Gebiete unmittelbar an die Staaten bes beutschen Bundes grenzen.

Art. 97. Alle gleichartig gelten, außer ben Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetzes, Die unter jeder einzelnen Rummer bes Art. 94. zusammengestellten ftrafbaren Sandlungen.

Art. 98. Die Strafe bes Rudfalls ift auch bann verwirkt, wenn bie fruhere Strafe nur wegen Berfuchs erkannt worden und nun ein versuchtes ober ein vollendetes Berbrechen zu bestrafen ift, ober wenn ber jetzt als Urheber zu Bestrafende fruher als Gehulfe bestraft wurde.

Diefelbe Bestimmung tritt im umgekehrten Falle ein.

Art. 99. Bei einem Rudfalle ift bie Strafe innerhalb ber gesehlichen Grenzen in ihrer Dauer zu verlängern und burch erlaubte Bufage zu schärfen.

Die Gerichte haben hierbei theils auf Die Große ber bereits erlittenen Strafe, theils auf ben langeren ober furgeren Bwischenraum zwischen bem Beitpunkte ber überstanbenen Strafe und bem neuen Berbrechen, theils auf ben inmittelft von bem Thater geführten Lebensmanbel Ruckficht zu nehmen.

Art. 100. Findet das Gericht bei einem zweiten ober weiteren Ruckfalle die nach bem Gefete zuläffige dreimonat- liche Gefängnifftrafe und beren Schärfung nicht zurreichend, fo hat es auf Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre zu erkennen.

Reicht die im Gefet gebrohte Gefängnifftrafe nicht bis zu brei Monaten, fo fann megen bes zweiten Rudfalls die Strafzeit bis zu brei Monaten verlangert, zur Correctionsshausstrafe in der angegebenen Art aber erft bei bem britten

und jebem weiteren Rudfalle übergegangen werben.

Art. 101. Bei einem zweiten und jedem weiteren Rudfalle kann, wenn nicht für einzelne Fälle ein Anderes gesetzlich bestimmt ist, das höchste Maß der im Gesetze bestimmten Buchthaus = oder Correctionshausstrafe um ein Biertheil, jedoch nicht um mehr, als um Gin Jahr übersschritten werden, insofern nach Art. 7. die Natur der Strafart diese Berlängerung der Strafzeit zuläßt.

Art. 102. Wer, nachdem er zu lebenslänglicher Buchthausstrafe rechtsträftig verurtheilt und nicht begnadigt worden ift, ein neues, nicht mit Todesstrafe bedrohtes Verbrechen verübt, foll mit den bei der zeitlichen Zuchthausstrafe zuläffigen Schärfungen als Strafe belegt werden.

Art. 103. Der Rudfall verliert die Eigenschaft eines Schärfungsgrundes, wenn seit bem Tage ber beendigten Strafverbugung bis zur Begehung des neuen Berbrechens die im Art. 125. fur das bestrafte Berbrechen bestimmte Berjährungszeit abgelausen ift.

Citel VIII.

Bon bem Bufammentreffen (ber Concurreng) mehrerer gleichzeitig zu bestrafenber Berbrechen ober Bergeben 18).

Mrt. 104. Ift ein gu Bestrafenber mehrerer Berbrechen ober Bergeben ichulbig, so sollen bie fammtlichen verwirtten Strafen, soweit fie ihrer Ratur nach neben einander besteben tonnen, gleichzeitig gegen benfelben erfannt werben, jeboch mit Beobachtung ber in ben solgenben Art. 106. 106. 107. 108. 109. und 110. entshaltenen Ausnahmen und Borschriften 19)

Mrt. 6.

Die Art. 104. 105. 106. 107. 108. 109. und 110. bee Strafgesehbuches im Titel VIII., beffen lleberschrift kunftig fo lauten wirb:

"Bon dem Bufammentreffen mehrerer Berbrechen"

find aufgehoben, und werben burch folgende Artifel erfett:

Mrt. 7. (Ctatt bes Mrt. 104. Ctr. G. B.)

Ift ein zu Bestrafenber mehrerer Berbrechen ober Bergeben schulbig, so sollen bie sammtlichen verwirtten Strafen, so weit sie ihrer Natur nach neben einander berfteben tönnen, gegen benselben erkannt werden, jedoch mit Beobachtung berjenigen Ausnahmen und Borschriften, welche in ben solgenden Artikeln 8. bis 16. bieses Gefebes und im besonderen Theile des Etrafgesehuches Litel XIII. XLIII. u. XLIV. wom Diebstable," "von ber Unterschlagung," "von der Schriftsalschung und vom Betruge, Art. 375. 384. und 396., enthalten sind.

Mrt. 8. (Statt bes Mrt. 105. Gtr. G. B.)

Erifft bie Tobesstrafe mit irgent einer anteren Strafe gusammen, fo barf nur auf bie erftere ertannt werben.

Dasfelbe ift ber gall, wenn neben ber lebenstänglichen Buchthausftrafe noch eine geringere Strafe verwirft ift.

Mrt. 9. (Ctatt bes Mrt. 106. Ctr. G. B.)

Trifft bie Gefängnißstrafe mit einer andern Freiheitöstrafe auf bestimmte Zeit aufammen, so bleibt es bem richterlichen Ermessen überlassen, bei der Zumessung der letteren, jedoch nur innerhalb ber für die Dauer berselben bestimmten Grenzen, auf biesen erschwerenden Umfand Ruchicht zu nehmen.

Wird in einem solden Falle nur megen bes erschwerenden Umftandes Correctionshausstrafe von Einem Jahre oder mehr erkannt, so zieht dies nur diejenigen gefestichen Folgen nach sich, welche in Gemäßheit der Art. 24. und 30. des Strafgeschuches an die Berurtheilung zur Correctionshausstrafe von weniger als Einem Jahre acknubel find, und diese ist im Urtheile zu bemerken.

¹¹⁾ Bezüglich der lleberschrift von Titel VII. s. oben im Inhalt und Anmerk. 19. Bgl. biezu bayer. Str. 92. Bch. Art. 108—110., altent. Art. 48—57., würtemb. Art. 115—123., braunschw. § 5. 55—59., hannov Art. 104—110., bab. § 8. 170—182., thuring Art. 60—57., preuß. § 5. 55—57., dierreich. § 34. 35.

¹⁹⁾ Gefet vom 23. Februar 1849 (Art. 6-16. find auch für Frantfurt publicirt):

Mrt. 105. Erifft bie Tobesitrafe mit irgend einer anberen Strafe gusammen, fo barf nur auf bie erfte erkannt werben.

Dasfelbe ift ber gall, wenn neben ber lebenslänglichen Buchthausftrafe noch

eine geringere Strafe berwirtt ift.

- Mrt. 106. Trifft die Gefängnigstrafe mit einer anderen Freiheitsftrafe auf bestimmte Zeit zusammen, so bleibt es bem richterlichen Ermeffen überlaffen, bei ber Jumefjung der letteren, jedoch nur innerhalb ber für die Dauer berselben bestimmten Greuzen, auf biefen erichwerenben Umstand Rudficht zu nehmen.
- Art. 107. Gind jugleich Buchthausftrafen auf beftimmte Beit und Correctionshausstrafen verwirtt, jo werben bie Correctionshausstrafen, jeboch nur in ber Salifte ihrer Dauer, als Buchthausstrafe in Anfat gebracht.
- Art. 108. Gind nur Buchthausftrafen auf bestimmte Zeit ober nur Correctionshausftrafen verwirtt, ober wird in Gemagheit bes vorbergebenben Artitels

Mrt. 10. (Ctatt bes Mrt. 108. Str. G. B.)

Sind nur Buchthausstrafen auf bestimmte Zeit, ober nur Correctionshausftrafen verwirtt, fo follen bie Gerichte bie wegen ber ichwerften That zu verhangenbe Strafe gang in Anfalp bringen.

Die wegen ber übrigen Berbrechen verwirtten Strafen fint von einem Drit=

theile bis ju zwei Drittheilen aufzurechnen.

Mrt. 11. (Statt bes Mrt. 107. Str. G. B.)

Sind zugleich Zuchthausstrafen und Correctionshausstrafen verwirtt, so wird auf die Correctionshausstrafen ebenso, als wenn auch biese in Zuchthausstrafe besstünden, die im zweiten Abfah des vorbergebenden Art. 10. enthaltene Bestimmung aur Anwendung gebracht; jedoch darf die Dauer der hiernach zugusehenden Correctionshausstrafe nur zur hälfte als Zuchthausstrafe in Ansat gebracht werden.

Mrt. 12. (Statt bes Art. 109. Str. G. B.)

In teinem Falle barf die vereinigte Buchthausstrafe bie Dauer von achtzehn Jahren und bie vereinigte Correctionehausftrafe die Dauer von gehn Jahren übersteigen.

Mrt. 13. (Ctatt bes Art. 110, Ctr. G. B.)

Gind nur Gefängnifftrafen verwirft, fo haben bie Gerichte nach ben Bor:

fchriften bee obigen Art. 10. gu verfahren.

Die Dauer ber vereinigten Gefangnisstrafe barf aber brei Monate nicht übersteigen. Rur bei Diebfiabl, Unterichtagung, Ralicoung und Betrug muß, wenn bie gesichafte Gefangnisstrafe nicht außreicht, zu Correctionshausftrafe übergegangen werben, bie jeboch in Fallen folder Art nicht auf langer als brei Jahre zu erkennen ift.

Mrt. 14.

Beftungoftrafen von mehr ale brei Monaten werben, fie mogen nur unter fic, ober gugleich mit Zuchthauss ober mit Correctionabausftrafen gufanmentreffen, nach benfelben Grunbfaben, als wenn fie Correctionshausftrafen waren, behanbelt (Art. 10. und 11. bes gegenwärtigen Gefetzes).

Diese Jugleich mit Correctionshausstrafe verwirfte Festungsstrafe ift in Correctionshausstrafe in terwandeln , wobei jedoch, went die ursprüngliche Correctionsbausstrafe hierdurch auf Gin Jahr ober weiter erhöbt wird, in hinsicht ber Folgen ber vereinigten Stafe, ber Schluffap bes obigen Art. 9. zur Anwendung tommt. bie Correctionshausstrafe in Buchthausstrafe verwandelt , fo follen bie Gerichte bie wegen ber fowersten That zu verhangenbe Strafe gang in Aufrechnung bringen.

Die wegen ber fibrigen Berbrechen verwirtten Strafen find nur bis ju amei

Drittheilen angujegen.

Art. 109. Es barf jeboch in teinem Falle bie vereinigte Buchthausstrafe bie Dauer von achtzebn Jahren, und bie vereinigte Correctionshausftrafe bie Dauer von gehn Jahren überfteigen.

Mrt. 110. Gind nur Gefangnifftrafen verwirtt, fo haben bie Gerichte nach ben Boridriften bes Art. 108. ju verfabren.

In teinem Falle barf bie Dauer ber vereinigten Gefängnigftrafe brei Monate

überfteigen.

Bur bei Diebstabs, Unterschagung, Falicoung und Betrug muß, wenn bie gefcarfte Gefangnibitrafe nicht ausreicht, zu einer höheren Strafart übergegangen werben. Zeboch barf in Fallen biefer Art bie Correctionshausftrafe nicht auf langer als brei Jahre erkannt werben. Reicht biefe Strafe nicht aus, so ist zur Zuchthausstrafe iberaugeben.

Sind nur Festungestrafen verwirft, fo barf bei beren Bereinigung nie bie Dauer von fieben Sahren überidritten werben.

Treffen Feikungsftrasen von bret Monaten ober weniger unter fich ober mit andern Freiheitsstrasen zusammen, so find fie nach ben von Gefängnifsstrasen gettens ben Grundicken zu behandeln (Art. 9. und 13. bes gegenwärtigen Gesetzte).

2frt. 15

Umfaßt die Untersuchung mehrere Berbrechen, beren abermalige Begehung nach Art. 94. bes Strafgesehbuches als Midfall strafbar ist, so kommt die Strase bes Ride falls nur einmal, und zwar bet bem schwerften biefer Berbrechen, in Anwendung.

Mrt. 16.

Die Bestimmungen ber vorsiehenden Art. 7. bis 25. finden nicht blos Anwensbung, wenn die mehreren Berbrechen Gegenstand besselben Strafurtheils find, sondern auch bann, wenn ein von bem Berurtheilten vor jener Berurtheilung begangene Berbrechen erft nach berfelben Gegenstand eines Strafurtheils wird, insofern er die bei ber erften Berurtheilung gegen ibn erkannte Strafe nicht bereits erstanden hat.

In einem folden Falle ift jur Erhohung ober Bermanblung ber in bem erften Urtheile ausgesprocenen Freiheitsftrafe basjenige Gericht guftanbig, welches bas ivatere

Urtheil erlagt.

Mrt. 17.

Ift Jemand mehrerer Berbrechen beschulbigt, von benen eins ober einige auf guftantigkeit der Afflien gehören, so kann, wenngleich die letteren mit ben übrigen Berbrechen nicht conner find, in den Provingen Starkenburg und Obersessen ber Eriminal-Senat, in der Proving Rheinhessen is Anklagekammer des Obergerichts, abweichend von den allgemeinen Competenzregeln, den Angeklagten wegen sämmtlicher Berbrechen aur gleichzeitigen und gleichmäßigen Berhandlung und Aburtheilung vor die Affisen verweisen, insosen aburch et aburtheilung sammtlicher Berbrechen erzleichtert wird.

Mrt. 18.

Wird, nachdem gufolge bes vorhergebenden Artitels 17. die Berwelfung vor bet Affisen erkannt ist, im Falle bes Art. 109. bes die Schwurgerichte in den Prodinzen Starkenburg und Oberheisen betreffenden Gesehes vom 28. Ottober 1848, oder

- Art. 111. Mehrfache Uebertretungen bes nämlich en Strafgesetes burch Sandlungen, welche zusammen als Aussführung bes nämlichen, auf ein bestimmtes Verbrechen gerichteten Entschlufses erscheinen, ebenso mehrsache Ueberstretungen bes nämlichen Strafgesetes, welche als Volgen ber nämlichen fahrläßigen Sandlung zu betrachten sind, wersben als Bestandtheile oder Fortsetungen einer und derselben That angesehen und als ein einziges (fortgesetztes) Verbrechen bestraft, wobei jedoch die Fortsetungen und deren Zahl als Erschwerungsgrund bei Zumessung der Strafe innerhalb der gesehlichen Grenzen in Betracht kommen.
- Art. 112. Gin fortgefettes, nach ber Borfchrift bes vorhergehenden Artikels zu bestrafendes Berbrechen wird auch bann angenommen, wenn bie mehrsachen Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetzes in Bezug auf basselbe fort= bauernbe Berhältnif verübt worden sind.
- Art. 113. Sind durch eine und Diefelbe Sandlung mehrere Strafgesetz zugleich übertreten worden, so wird ber Schulbige zu der Strafe verurtheilt, die auf die schwerfte llebertretung gesetzt ist, wobei jedoch die gleichzeitigen anderen llebertretungen ebenfalls als Erschwerungsgrund bei Zumeffung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen in Betracht kommen.

im Falle bes Art. 308. ber Rheinhessischen peinlichen Prozeß: Orbnung versügt, baß über eine That, welche an und für sich nicht vor die Affijen gebört hatte, vorerst teine Berhandlung statt haben soll, so wird der Prafibent des Afstjendoses die Aburtheilung bieser That vor bas nach allgemeinen Regeln zuständige Gericht verweisen.

Ergibt sich aber, unter Borausfehung jemes erwähnten Art. 109., beziehungsweise bes Art. 308., daß über ein seiner Natur nach vor die Assisie gehörendes Berbrechen vorerst nicht verhandelt werden kann, so sind sämmtliche in Gemäßheit bes vorstehenden Art. 17. an die Assisie verwiesene Berbrechen auf eine andere Sihung au vertagen.

Citel IX.

Bon ber Milberung ber Strafen 20).

Mrt. 114. Die Bulaffigfeit einer milberen Strafe, als bas Gefet gebroht hat (Strafmilberung), wird begrundet:

1) burch bas jugenbliche Alter bes Schulbigen, nach ben in ben Urt. 115. unb 116. aufgestellten Bestimmungen;

- 2) burch biejenigen Zuftanbe, welche nach bem Art. 37. Nr. 2. und 3. beim Dasein bes bort vorausgesetten Grabes gänzliche Straflosigkeit bewirken, insofern sie im einzelnen Falle in geringerem, aber boch in so hohem Grabe vorhanden sind, daß die gesetzliche Strafe auch in ihrem geringsten Maße im Migverhältniß mit der Verschuldung stehen wurde. Wegen dieses Milberungsgrundes, insofern derselbe nicht mit dem jugendlichen Alter zusammentrifft, darf aber die Strafe nicht weiter herabgesetzt werden, als es die im Art. 116. in Bezug auf das jugendliche Alter gegebenen Vorschriften gestatten.
- Art. 115. Sat ein Schuldiger zur Zeit ber That zwar das zwölfte, aber noch nicht das fechszehnte Lesbensjahr zurückgelegt gehabt, so ist von den Gerichten vorerst in Erwägung zu ziehen, ob er mit hinlänglicher Unterscheibungskraft gehandelt hat? Wird diese Brage verneint, so soll die Strafe, womit das Geset die That bedroht, nicht gegen ihn verhängt, sondern er soll nach Umständen und nach dem Alter, in welchem er zur Zeit der Verurtheilung steht, der häuslichen Züchtigung oder polizeilich anzuordnenden Besserungsmitteln überlaffen werden.

Art. 116. Wird im Falle bes vorhergehenden Artikels bie bemerkte Frage bejaht, fo foll bennoch nicht auf bie

²⁴⁾ Bgl. baper. Str.: Bd. Art. 98. fg., altenburg. Art. 62. fg., würtemberg. Art. 96. fg., braunschw. § 60-62., hannob. Art. 98-103., bab. § 153-185., thüring. Art. 58-60., preuß. § 42. 43., öfterreich. § 46. 47.

gesetliche Strafe, womit die verübte That bebroht ift, erkannt werden, sondern es treten folgende geringere Strafen ein, nämlich:

1) fatt ber Tobes = ober lebenslänglichen Buchthausstrafe: Correctionshausstrafe von wenigstens funf und hochstens gehn Jahren;

2) flatt ber Buchthausstrafe von menigstens funf und bochftens

achtzehn Jahren:

Correctionshausstrafe von wenigstens Ginem Jahre und hochstens funf Jahren;

3) ftatt ber Buchthausftrafe von weniger als funf Sahren:

Correctionshausftrafe bis zu Ginem Jahre;

4) ftatt ber Correctionshausstrafe von wenigstens funf Jahren: biefelbe Strafe, jedoch nur von wenigstens feche Donaten und hochstens brei Jahren;

5) flatt der Correctionshausftrafe von weniger als funf Jahren: biefelbe Strafe, jedoch nur bis zu feche Monaten ober

Befängnifftrafe;

6) ftatt ber Gefängniß= ober Gelbftrafe: aerichtlicher Berweis.

Art. 117. Auf Todes= oder lebenslängliche Buchthaus=
ftrafe durfen die Gerichte, wenn der Schuldige zur Beit
der That zwar das fechszehnte, aber noch nicht das
achtzehnte Lebensjahr zuruchgelegt hatte, in keinem Kalle
erkennen, fondern es tritt flatt diefer Strafen Buchthausstrafe
von wenigstens zehn und höchstens achtzehn Sahren ein.

Titel X.

Bon Bumeffung ber Strafe 21).

Art. 118. Soweit das Gefet die Strafe der Art ober Große nach unbestimmt gelaffen hat, wird sie vom Richter innerhalb der gesetzlichen Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles bestimmt.

Art. 119. Bei biefer Beftimmung hat ber Richter theils auf die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der zu besftrafenden Sandlung, theils auf die Bosartigkeit und Stärke des auf die Hervorbringung des Verbrechens gerichsteten Willens Rudflicht zu nehmen.

Art. 120. Rudfichtlich ber Bosartigfeit und Stärke bes auf hervorbringung bes Berbrechens gerichteten Billens

fteigt bie Strafbarfeit insbesondere:

1) je zahlreichere und wichtigere sittliche Beweggrunde für bie Unterlaffung der That vorhanden waren, je vielsfältigere und größere Pflichten von dem Thäter verlett wurden, und je mehr derfelbe im Stande war, diese Beweggrunde beutlich zu erkennen;

2) je mehrere und größere Sinderniffe die That erschwerten, und je mehr Grausamkeit, Gefliffenheit, Lift ober Dreiftig= keit zur Borbereitung ober Loubringung berfelben ange=

wendet murben;

3) je geringfügiger bie außeren Beranlaffungen zur That waren, und je mehr ber Thater ohne außere Beran- laffung bie Gelegenheit bagu felbst aufgesucht hat;

4) je mehr ber Thater burch feinen fruheren Lebenswandel Berborbenheit und Sang ju ftrafbaren Sandlungen ge-

²¹⁾ Bgl. bayer. Str.: &5.: Bch. Art. 90. fg., olbenburg. Art. 97. fg., altenburg. Art. 42. fg., würtemb. Art. 107. fg., braunfchw. §§. 63—65., hannov. Art. 91—97., bab. §§. 143—152., thüring. Art. 41 fg., öfterr. §. 43.

zeigt, insbesondere je ofter und in je turzeren Zwischenräumen wegen fruber verübter Verbrechen oder Vergeben er fcon Strafe erstanden hat, oder ihm bereits Strafurtheile verkundigt worden find.

Art. 121. Dagegen verminbert fich bie Strafbarteit bes einzelnen Falles insbefondere:

- 1) wenn ber Thäter zur Zeit bes begangenen Berbrechens zwischen bem vollenbeten sechzehnten und bem vollenbeten achtzehnten Lebensjahre gestanden hat;
- 2) wenn er ben Umfang ber Gefährlichkeit und bie Größe ber Strafmurbigkeit feiner Sandlung nicht eingefehen hat;
- 3) wenn er durch Noth oder durch Ueberredung, Verführung, Befehl oder Drohung zur strafbaren Handlung verleitet worden ift, ohne daß die Einwirkung von der Art war, daß dadurch alle Strafbarkeit des Handelnden ausgesschloffen wird;

4) wenn eine ungesuchte, unerwartet eingetretene Gelegenheit die Entstehung und gleichzeitige Ausführung bes

verbrecherischen Entschluffes veranlagt bat;

5) wenn ber Thater in einer befonders aufgeregten und an fich zu entschuldigenden Gemuthsbewegung gehandelt hat;

6) wenn fein voriger Lebenswandel oder feine Handlungen und fein Benehmen bei oder nach der That zeigen, daß keine Berdorbenheit des Willens vorhanden ift, wie namentlich wenn er die schädlichen Folgen der ftrafbaren Handlung felbst zu verhindern, oder den schon verurssachten Schaden wieder gut zu machen, aus freiem Anstriebe thätig bemuht war;

7) wenn er neben bem Bekenntniffe feiner eigenen Schuld feine Mitschuldigen entbeckt, ober aus eigenem Antriebe zu beren Ergreifung Mittel und Gelegenheit ange-

geben bat;

8) wenn er fich felbft bem Gerichte als ben Schuldigen ans gegeben, ober im Anfange ber Untersuchung und ohne noch überführt zu fein, feine Schuld bekannt hat.

Art. 122. Die Gerichte find ermächtigt, in benjenigen Fällen, in welchen nach bem zweiten Theile biefes Gefetsbuches nur Correctionshausstrafe angebroht ift und bas geringste Maß dieser Strafe in brei Monaten besteht, wegen vorliegender Strasminderungsgrunde diese Strafe auf Gefängniß bis zu Einem Monat herabzusehen.

Titel XI.

Bon ber Erlöfchung ber Strafbarteit burch ben Tob unb burch Berjahrung.

Art. 123. Der Tob bes Schulbigen bebt beffen Strafe auf, mit Ausnahme ber rechtstraftig zuerkannten Gelbftrafe.

Art. 124. Die Strafbarkeit ber That erlischt, wenn von dem Tage ihrer Berübung an, die im folgenden Artikel bestimmte gesehliche Berjährungszeit abgelaufen ift, ohne daß eine Unterbrechung berselben statthatte 22).

Mrt. 125. Die Berjahrungszeit ift beftimmt:

1) auf zwanzig Jahre bei Berbrechen, welche mit Tobes= ober lebenslänglicher Buchthausstrafe bebroht finb;

2) auf gebn Jahre bei folden mit Borfat begangenen ftrafbaren Sandlungen, welche mit mehr als einjähriger Correctionshausstrafe, mit Buchthausstrafe, mit Dienst-

²²⁾ lieber Berjährung vgl. baber. Str. & 30. Art. 139. 140.., ofbenb. Art. 144. 145., aftenburg. Art. 76—80., würtemb. Art. 129—133., braunichw. §6. 71. 72., hannov. Art. 88—90., bab. §6. 190—202., thuring. Art. 71—76., preuß. §6. 45—49., sieerreich. §6. 227—232.

entfehung ober Dienstentlaffung bebroht find, wenn beren gerichtliche Berfolgung von Amtswegen ftattfindet;

3) auf funf Sahre bei ben übrigen ftrafbaren Sandlungen, beren gerichtliche Berfolgung von Amtewegen ftattfinbet;

4) auf brei Sahre bei benjenigen ftrafbaren Sandlungen, welche nur auf Klage ber Betheiligten untersucht wers ben konnen, mit Ausnahme ber Ehrenkrankungen;

5) auf Gin Jahr bei Chrenkrantungen.

Satte jeboch ber Betheiligte vor Ablauf ber unter Nr. 4. und 5. bestimmten Beit bie erforderliche Anzeige ober Rlage bei ber einschlagenden Gerichtes ober Bolizeibehörde übergeben, so gilt auch hier bie funfjährige Berjährungszeit.

Art. 126. Die Verjährung wird unterbrochen durch jebe gerichtliche Sandlung, welche wegen ber verübten That gegen ben Angeschuldigten gerichtet wurde.

Art. 127. Die Berjährungszeit läuft von Neuem von ber letten gerichtlichen Sandlung an, die gegen den Angesschuldigten gerichtet war; die Strafbarkeit der That erlischt aber nur bann, wenn ohne seine Schuld ober Beranlaffung während dieses Zeitraums kein Urtheil erfolgt ift.

Art. 128. Die Bollziehbarkeit ber einmal rechtskräftig zuerkannten Strafen wird burch keinen Zeitverlauf aufgeshoben 23).

······

Durch bie Berurtheilung bes Angeklagten wirb bie Berjahrung ber Strafbarteit gebemmt.

²¹⁾ Art. 229. bes, bas öffentliche und muntliche Strafverfahren mit Schwurgericht in ben Provinzen Startenburg und Oberheffen betreffenben Gefetes vom 28. Ottober 1848 und Art. 123. bes, bas Berfahren in Affiensachen in ber Proving Rheinheffen betreffenben Gefehes vom 31. Dezember 1848 lauten gleichmähig wie folat:

Bweiter Theil.

Von den einzelnen Verbrechen und Vergeben.

Titel XII.

Bom Sochverrathe und vom Canbesverrathe 24).

S. I. Sochberrath.

Art. 129. Das Berbrechen bes Gochverrathe wird begangen burch Angriff ober Berfchwörung:

- 1) gegen die Verfon des Großherzogs ober des Verwesers des Großherzogthums, wenn eine folde Unternehmung dahin abzielt, den Regenten zu tödten, gefangen zu nehmen, in Feindes Gewalt zu liefern, oder demfelben auf irgend eine Weise die Ausübung der Regierung unsmöglich zu machen 25);
- 2) gegen die Selbstftändigkeit bes Staats, geschehe bieses, um bas ganze Großherzogthum einem fremben Staate einzuverleiben ober zu unterwerfen, ober um einen Theil seines Gebietes vom Ganzen loszureißen;
- 3) gegen die Staatsverfassung, fofern durch eine folche Unternehmung die gewaltsame Abanderung der Verfassung des Großherzogthums bezweckt wird.

Eine Verich morung ift vorhanden, fobald zwei ober mehrere Berfonen bie Ausführung eines Angriffs verabrebet haben.

²¹⁾ Bgl. bayer. Str.: S.: Bd. Art. 299. fg., olbenb. Art. 304. fg., altenb. Art. 81. fg., würtemberg. Art. 140. fg., braunschweig. §. 81. fg., hannov. Art. 118. fg., bab. §6. 586—605., thüring. Art. 77. fg., preuß. §6. 61. fg., österreich. §6. 58—62.

22) Art. 129. Ziff. 1. ist im Publicationsgeset für Franksurt ausgenommen; s. oben bas. Art. 1. lit. a.

Mrt. 130. Sochverrather find zu beftrafen:

1) im Falle eines hochverratherischen Angriffs, mit bem Tobe;

2) im Falle einer hochverrätherischen Verschwörung, welche noch keinen Angriff zur Folge hatte, die Anstifter mit Buchthaus von acht bis sechzehn Sahren, die übrigen Theilnehmer mit Zuchthaus von funf bis zehn Jahren.

Art. 131. Wer in hochverratherischer Absicht irgend eine Sandlung begeht, welche als Borbereitung bes im Art. 129. bezeichneten Berbrechens anzusehen ift, foll mit Correctionshaus bis zu vier Jahren bestraft werden.

Dahin gehört:

wer zu einer hochverrätherischen Sandlung aufforbert, Underen hochverrätherische Blane mittheilt, aufreizende Schriften verbreitet, Waffen ober andere zu biesem Zwecke bienliche Mittel anschafft ober bereit halt.

Ift eine hochverrätherische Unternehmung weiter gebiehen, so hat der Thäter Correctionshaus= oder Zuchthausstrafe von zwei bis acht Jahren verwirkt, insbesondere, wenn derselbe öffentlich durch Rede oder Schrift zu hochverrätherischen Hand-lungen aufgefordert, Berbindungszeichen aufgesteckt oder ausegetheilt, bewaffnete Mannschaft angeworden oder eingeübt, Bersammlungen zu hochverrätherischen Zwecken gehalten, oder solchen im Bewußtsein dieses Zweckes beigewohnt, Waffen oder sonstige zum Angriffe dienliche Mittel ausgetheilt oder angenommen hat.

Art. 132. Burbe die Berfchwörung, ehe es zu einer vorbereitenden Sandlung fam, freiwillig aufgegeben, fo trifft ben Anftifter Correctionshaus bis zu funf, den gemeinen Theilnehmer aber Correctionshaus bis zu brei Sahren.

Art. 133. Sind in Folge der Verschwörung vorbereitende oder Versuchshandlungen unternommen worden, so trifft den Anstifter, wenn er daran keinen Antheil genommen, vor der

That ben Uebrigen seinen Austritt angezeigt und sie, so viel an ihm lag, abzuhalten sich bemuht hat, fünf= bis zehnjährige Zuchthausstrase, ben gemeinen Theilnehmer aber, ber keinen Antheil genommen und vor der That entweder den Uebrigen seinen Austritt angezeigt oder dieselben, so viel an ihm lag, abzuhalten sich bemuht hat, vier= bis sechsjährige Zuchthaus= strase, und falls er beides gethan hat, drei= bis fünfjährige Correctionshausstrase.

Art. 134. Jeber Angehörige bes Großherzogthums, fowie jeber, welcher unter bem Schute ber Gesete bes Großherzogthums wohnt, ift, wenn er von einer hochverrätherischen Verschwörung ober Unternehmung Wissenschaft erhält, schulbig, bieselbe einer obrigkeitlichen Stelle längstens binnen achtundvierzig Stunden nach erlangter Wissenschaft, wosern nicht die dringende Gesahr eine schleunigere Anzeige nothwendig macht, anzuzeigen.

Wer biefes unterläßt, foll beswegen mit Gefängniß, wenn aber bie Berschwörung ober ber Blan zur Ausführung gebracht wurde, mit Correctionshaus bis zu vier Jahren be-

ftraft werben.

Bei Zumeffung biefer Strafe ift besonders auch barauf, ob der Schuldige die Verschwörung oder den Plan migbilligt, oder sich benfelben widerset, oder die Urheber bavon abzusbringen versucht hat, und im Falle einer verspäteten Anzeige außerdem auf die Dringlichkeit der Umftände Rucksicht zu nehmen.

Die im Art. 91. genannten Berfonen find jeboch mit ber Strafe ber unterlaffenen Anzeige zu verschonen.

Art. 135. Wer, in eine hochverrätherische Verschwörung oder Unternehmung verwidelt, vor beren wirklichem Ausbruche und ehe die Staatsgewalt auf anderem Wege Nachricht bavon erhalten hat, sich und seine Mitschuldigen ber Obrigkeit angibt, ift straffrei.

S. II. Lanbesverrath.

Art. 136. Des Landesverraths macht fich fchuldig: 1) jeder großherzogliche Unterthan, sowie jeder, ber während seines zeitlichen Aufenthalts im Großherzogthum ben

Rechtsschut genießt und ber

a. einen anderen Staat zu einem wider bas Großherzogsthum ausgebrochenen Kriege ausdrücklich aufgefordert, ober ihm in feindfeliger Absicht Beranlassung ober Geslegenheit dazu gegeben, insbesondere benfelben durch Berrath von Staatsgeheimniffen absichtlich zu diesem Kriege aufgereizt hat;

b. in einem wiber bas Großherzogthum ausgebrochenen Rriege ben Feind mit Borfat unterftut, namentlich

- c. Militärpersonen von ben großberzoglichen ober verbunbeten Truppen zum Aufstande, zur Wibersetlichkeit, zur Defertion, zum Ueberlaufen ober zu sonstiger Untreue verleitet, ober
- d. einem feindlichen Spion, wiffend, bag er ein folcher ift, in verratherifcher Absicht Borfchub geleistet hat;

2) wer bem Feinbe als Spion gebient hat;

3) wer bem Teinde befette Stadte, Festungen, Baffe ober andere Bertheibigungsposten verratherischer Weise übergeben, ober durch Berrath beren Uebergabe ober Wegnahme bewirkt hat;

4) wer bem Feinde Operationsplane, Riffe von Festungen ober Lagern mitgetheilt, Magazine verrathen ober ihn burch Werbung ober Uebersendung von Mannschaft, Munition ober sonstigen Kriegsbedürfniffen, vorsätzlich untersstüt bat;

5) jeder großherzogliche Unterthan, welcher nach eingetretenem Kriegezustande zum Veinde übergegangen ift und bie Waffen wiber fein Baterland ober beffen Verbundete ge-

tragen bat.

Wenn landesverrätherische Sandlungen auf Vernichtung bes Staats ober eines wesentlichen Bestandtheiles besfelben abzweden, so begrunden sie ben Begriff bes Hochverraths.

Mrt. 137. Der Lanbesverrath wird beftraft:

- 1) mit Buchthaus von funf bis sechzehn Jahren, bei ersichwerenden Umftänden aber mit lebenslänglicher Buchtbausftrase; im Falle Nr. 5. des vorhergehenden Artikels sind jedoch die Gerichte ermächtigt, auf Correctionshaus von zwei bis acht Jahren zu erkennen, wenn die personlichen Verhältnisse des Thäters, seine Beweggrunde zum Eintritt in den Kriegsbienst des Feindes und die Besschaffenheit seines Dienstes eine mildere Strafe rechtfertigen sollten;
- 2) nach ben Bestimmungen bes Militarftrafgefegbuches:
 - a. wenn die unter Nr. 1. lit. c. des vorhergehenden Artifels aufgezählten Handlungen von Ausländern begangen werden (Art. 175. des Militärstrafgesetzbuches);

b. im Falle Nr. 2, bes vorhergehenden Artikels (Art. 171. und 172. bes Militärstrafgefenbuches), und

c. wenn bie unter Nr. 4. bes vorhergehenden Artikels genannte Werbung von Ausländern an Großberzoglichen Militärpersonen ober an noch nicht im Militärbienst stehenden jungen Leuten verübt wird (Art. 173.
und 174. bes Militärstrafgesethuches) 26).

Art. 138. Was im Art. 135. in Beziehung auf bie Theilnahme an einer hochverrätherischen Verschwörung verordenet worden ift, gilt auch von ben Theilnehmern an einer landesverrätherischen Verschwörung.

²⁴⁾ Art. 137. Biff. 2. ift im Bublicationsgefet für Frantfurt ausgenommen; f. oben bas, Art. 1. lit. a.

§. III. Soch= und Landesverrath gegen ben beutichen Bund.

Art. 139. Unternehmungen, welche gegen bas Dafein, bie Integrität, die Sicherheit ober bie Berfaffung bes beutsichen Bunbes gerichtet sind, follen nach Maßgabe ber Art. 130. 131. 132. 133. 134. und 135. beurtheilt und bestraft werden.

Ift eine ber im Art. 136. bezeichneten landesverratherisichen Sandlungen gegen ben beutichen Bund verübt morsben, fo kommen bie Strafbestimmungen ber Art. 137. und

138. gur Unwendung.

Titel XIII.

Bon ber Gefährdung ber Rechte und Berhaltniffe bes Großherzogthums in Beziehung zu anderen Staaten.

Art. 140. Wer, um ben Großherzoglichen Staat zu benachtheiligen, die Staatsgrenze verruckt, ober die Grenz= zeichen vernichtet ober verändert, wird mit Correctionshaus von ein bis brei ober Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Art. 141. Wer, um ben Großherzoglichen Staat zu benachtheiligen, Urfunden, Schriften ober andere Beweismittel, welche sich auf Rechte ober Ansprüche des Staates gegen einen anderen Staat, ober umgekehrt, beziehen, unterdrückt, vernichtet ober ausliefert, ober wer mit dem Bewußtsein der Widererechtlichkeit und Gefährlichkeit seiner Handlung, jedoch ohne hoch- oder landesverrätherische Absicht, ein ihm von der Großeherzoglichen Staatsregierung aufgetragenes Staatsgeschäft mit einem auswärtigen Staate zum Nachtheile des Großherzoglichen Staates geführt hat, soll zu Correctionshausstrase von Ein die drei oder Zuchthausstrase bis zu zehn Jahren verurtheilt werden.

- Art. 142. Bei Zumeffung ber in ben Art. 140. und 141. bestimmten Strafen ift besonders barauf Rudficht zu nehmen, ob ber Staat burch die bezeichneten Sandlungen einen Schaben erlitten hat und welchen.
- Art. 143. Wer Waffenstillstands =, Neutralitäts =, Allianzober sonftige Staatsverträge vorsätzlich verlett, ober benselben zuwiderhandelt, ob er gleich weiß, daß er dadurch die Großherzogliche Staatsregierung in ein feindliches Verhältniß zu anderen Staaten versetzen kann, soll mit Correctionshaus von Ein bis vier Jahren bestraft werden.
- Art. 144. Wer, ohne Erlaubnif ber Staatsregierung und innerhalb ber Grenzen bes Großherzogthums, nicht zu Gunften bes Feindes (Art. 136. Nr. 4.), Werbung fur aus- wärtige Kriegsbienste treibt, foll zu Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre verurtheilt werden.

Wenn aber baburch Militärpersonen zur Defertion, ober Militärpflichtige zum Austritt verleitet worden find, so tritt Correctionshausstrafe von Gin bis vier Jahren ein.

Die nicht zu Gunften des Feindes geschehene Verleitung von Militärpersonen zur Defertion, ohne Anwerbung fur aus-wärtige Kriegsbienste, oder zur Widersetzlichkeit gegen Vorgessetzle (Art. 136. Nr. 1. lit. b. und c.), wird mit Gefängniß, und unter erschwerenden Umständen mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft.

Art. 145. Ber thätlich ober mundlich, ober in einer Schrift ober bilblichen Darftellung die Säupter fremder Staaten beleidigt, verspottet ober schmäht, wird, sofern die handlung nicht als ein schwereres Berbrechen ober Bergehen einer höheren Strafe unterliegt, nach den im Titel XXXVII. enthaltenen Grundsägen, mit Gefängniß, oder unter erschwerenden Umftänden mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft.

Art. 146. Wer thätlich ober munblich, ober in einer Schrift ober bilblichen Darftellung bie bei bem Großherzog- lichen Hofe accreditirten diplomatischen Agenten frember Staaten in dieser ihrer Eigenschaft beleidigt, verspottet ober schmäht, wird, sofern die Sandlung nicht als ein schwereres Verbrechen ober Bergehen einer höheren Strafe unterliegt, nach ben im Titel XXXVII. enthaltenen Grundfägen, mit Gefängniß bestraft.

In bem Falle bes gegenwärtigen, wie bes borbergebenben Artikels findet bie ftrafgerichtliche Ginfchreitung nur auf

Verlangen ber Staateregierung ftatt.

Titel XIV.

Bon ber Beleibigung ber Majeftat 27).

Art. 147. Wer außer bem Falle bes Hochverraths bie geheiligte Berfon bes Großherzogs thätlich beleibigt, wird bestraft:

1) im Falle einer hierburch zugefügten förperlichen Verletung ober Mißhandlung, mit lebenslänglichem Zuchthaus, und unter erschwerenden Umftänden mit dem Tode;

2) in anderen Fallen mit Buchthaus von acht bis fechgebn

Jahren.

Urt. 148. Wer in Gegenwart bes Großherzogs benfelben burch Nebe, Schrift, burch Zeichen ober bilbliche Darftellung beleidigt, ober mit thätlicher Beleidigung bebrobt, wird mit Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft.

Die Art. 147-153. incl. find im Publicationsgeset für Frantfurt ausgenoms

men; f. oben basf. Art. 1. lit. a.

^{**)} Bgl. zu Titel XIV. und XV. bayer. Str.=G.=Bch. Art. 309. fg., olbenburg. 314. fg., altenb. Art. 97. fg., würtemb. Art. 150. fg., braunschweig. 6. 90. fg., bannov. Art. 138. fg., bab. 6. 606. fg., thuring. Art. 89. fg., preuß. 6. 74. fg., bfterretd. 85. 63. 64.

Art. 149. Wer öffentlich ober in verbreiteten Schriften ober bilblichen Darftellungen bie Verson bes Großberzogs ober beffen Regierungshandlungen, insofern bei biesen seiner Verson und nicht blos seiner Behörben erwähnt wird, schmäht ober ber Geringschätzung Preis zu geben sucht, ober wer bergleichen Schriften ober Darftellungen vorfätzlich verbreitet ober für ben Zweck bieser Verbreitung vorfätzlich Abbrücke, Abschriften u. b. m. fertigt, wird mit Correctionshaus bis zu drei Jahren bestraft.

Art. 150. Wer auf andere, ale bie in ben vorstehenben Artikeln bemerkte Weise bie Majestät bes Großherzogs angreift, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft.

Art. 151. Wegen ber in ben Art. 148. 149. und 150. bezeichneten strafbaren handlungen barf von ben Behörden keine Untersuchung wiber ben Thäter eingeleitet werben, bevor ste beshalb von bem Ministerium ber Justiz Verfügung ershalten haben.

Titel XV.

Bon ber thatlichen und wortlichen Beleibigung ber Mitglieber ber Großbergoglichen Familie und bes Berwefers bes Großherzogthums.

Art. 152. Sind die im vorhergehenden Titel XIV. Art. 147. 148. 149. und 150. bezeichneten handlungen gegen die Großherzogin, gegen den Erbgroßherzog, gegen die Erbgroßherzogin oder gegen den Verweser des Großherzogthums begangen worden, so treten folgende Strafen ein:

Nämlich:

1) ftatt ber im Art. 147. unter Nr. 1. bestimmten Strafe, acht bis fechzehn Jahre Buchthaus;

2) ftatt ber bafelbft unter Nr. 2. bestimmten Strafe, Buchthaus von brei bis feche Jahren; 3) ftatt ber im Art. 148. bestimmten Strafe, Correctiones baus bis zu brei Sabren;

4) ftatt ber im Art. 149. bestimmten Strafe, Gefängnis von feche Bochen bis zu brei Monaten, ober Corrections= baus bis zu achtzebn Monaten:

5) ftatt ber im Urt. 150. bestimmten Strafe, Gefängniß

bon vierzehn Tagen bis zu feche Bochen.

Der Art. 151. bes vorhergebenden Titels ift auch auf bie Falle unter Nr. 3. 4. und 5. bes gegenwärtigen Artifels anzuwenden.

Art. 153. Wer gegen ein anderes Mitglied bes Großherzoglichen Hauses eine ehrenkränkende Handlung begeht, wird
nach ben in dem Titel XXXVII. enthaltenen Grundfähen mit Gefängniß oder mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren, und im Falle der falschen Anzeige oder Verläumdung (Art. 303. und 304.) mit Correctionshaus bis zu vier Jahren bestraft.

Citel XVI.

Bon bem Aufruhr und Auflauf 28).

Art. 154. Sat eine zusammengerottete Mehrheit von Menschen auf irgend eine Beise öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie die Absicht habe, sich gegen die Obrigkeit gewaltsam aufzulehnen, geschehe dieses um das Einschreiten der Behörden gegen eine von ihr bezweckte Wiberrechtlichkeit unbeachtet zu laffen, oder zu verhindern, oder um eine Verfügung oder die Unterlaffung oder die Zurucknahme einer solchen zu erzwingen,

²⁴) Bgl. bayer. Str.: Bc, Art. 319—326., ofbenb. Art. 324—331., aftenb. Art. 112—116., wartemb. Art. 170. 175—179., braunichw. §§. 96—101., hannov. Art. 161—168., bab. §§. 622—631., tharing. Art. 110—114., preuß. §§. 91—93. 97., dietreich. §§. 63—75.

ober um wegen einer Amishandlung Rache an ber Obrigfeit zu nehmen, fo ift Aufruhr vorhanden.

Art. 155. Wenn die Zusammengerotteten freiwillig, oder auf Befehl der Obrigkeit oder deren Diener, sogleich wieder auseinander gehen und zur Pflicht zurückehren, so sollen nur die Anstister und Ansührer, und zwar wenn die Zusammengerotteten freiwillig auseinander gegangen und zur Pflicht zurückgekehrt sind, mit Gefängniß, wenn dies aber erft nach vorausgegangenem Befehl der Obrigkeit oder deren Diener geschehen ist, mit Correctionshaus dis zu Einem Jahre bestraft werden.

Art. 156. Wenn bie Aufrührer wiber ben Befehl ber Obrigkeit, beren Diener ober ber bewaffneten Racht in ihrer Zusammenrottung beharrend, burch Lärmen, Schimpfen ober Orohen hartnäckigen Trop zu erkennen gegeben haben, jedoch bie Ruhe wieber hergestellt worben ift, ehe noch jene an Bersfonen ober Sachen Gewalt verübt hatten, so sollen:

1) bie Anflifter und Anführer mit Correctionshaus von Gin bis funf Sabren:

2) die bewaffneten Theilnehmer mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren, die unbewaffneten Theilnehmer hingegen mit Gefängniß ober mit Correctionshaus bis zu fechs Monaten bestraft werden.

Art. 157. Sind von der zusammengerotteten Menge wirkliche Gewaltthaten an Bersonen oder Sachen verübt worben, so sollen die Theilnehmer des Aufruhrs nach folgendem Unterschiede bestraft werden:

1) biejenigen, welche Tobtschlag, Raub ober Branbstiftung begangen haben, mit bem Tobe, ober, wenn bei ben betben zulest genannten Verbrechen Strafminderungsgrunde eintreten, mit lebenslänglichem Buchthause; 2) biejenigen, welche Bersonen thatlich mishandelt haben, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu sechzehn Jahren, sofern diese Mishandlung an obrigkeitlichen Bersonen, beren Dienern, oder beorderten

Militarpersonen geschehen ift;

3) biejenigen, welche Blunderung ober Zerstörung verübt, an Gebäuden durch Aufbrechen, gewaltsames Eindringen oder Niederreißen Gewalt ausgeübt, in Gebäuden oder anderen liegenden Gründen Berwüftungen angerichtet haben, oder diejenigen, welche mit Waffen versehen waren, mit Correctionshaus von Ein bis drei oder Zuchthaus bis zu acht Jahren;

4) bie ubrigen Theilnehmer mit Correctionshaus bis zu vier

Jahren.

Art. 158. Waren die Aufrührer freiwillig, oder auf Befehl der Obrigkeit oder ihrer Diener auseinander gegangen, es waren aber von einem oder dem anderen unbedeutende Excesse, jedoch nicht gegen die Obrigkeit, deren Diener oder die bewassnete Macht, verübt worden, so können die unter Nr. 2. und 3. des vorhergehenden Artikels bestimmten Strafen bis zu drei Monaten Correctionshaus herabgesetzt werden.

Art. 159. Die Unftifter und bie Unführer bei einem Aufruhr, welcher zu bem im Art. 157. bezeichneten Grabe gebieben ift, follen bestraft werben:

1) mit lebenslänglichem ober zeitlichem Zuchthaus von zwölf bis fechzehn Jahren, wenn Mord, Todtschlag, Raub ober Brandfliftung vorgefallen ift;

2) mit Buchthaus bis zu fechzehn Jahren, wenn ein Berbrechen von ber im Art. 157. Nr. 2. ober 3. genann-

ten Urt verübt worben ift;

3) in ben ubrigen Fallen mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu funf Jahren.

- Art. 160. Ergibt sich, daß Anstifter, Anführer ober gemeine Theilnehmer, welche an den im Art. 157. unter Nr. 1. 2. und 3. aufgezählten Verbrechen keinen Antheil genommen haben, angelegentlich bemuht gewesen sind, die Uebrigen von deren Begehung abzuhalten, so soll hierauf bei Zumeffung der in dem vorhergehenden Artikel angedrohten Strafen strafmindernde Rücksicht genommen werden.
- Art. 161. Was in den vorhergehenden Artikeln dieses Titels verordnet ist, gilt auch von an sich rechtmäßigen oder erlaubten Versammlungen, welche aber ihre Vereinigung mißsbrauchen, um Handlungen zu begehen, welche Aufruhr begründen.
- Art. 162. Wer zu einem Aufruhr munblich vor einer versammelten Bolksmenge, ober schriftlich durch Berbreitung gebruckter ober ungedruckter Aufsätze, bestimmt und deutlich aufgefordert hat; wer in der bestimmten Absicht, einen Aufruhr zu verursachen, abergläubische Brophezeiungen oder falsche Nachrichten, die eine solche Busammenrottung zu veranlaffen geeignet sind, verbreitet hat, soll bestraft werden:
 - 1) wenn ber Aufruhr wirklich erfolgt ift, als beffen Anftifter;
 - 2) außer biefem Falle nach ben Beftimmungen bes Art. 155.
- Art. 163. Sat sich eine Menschenmenge zusammengerottet, welche jedoch auf keine Weise zu erkennen gibt, daß sie die Absicht habe, einen gesetwidrigen Zweck durch ihre Bereinigung zu erreichen, so unterliegen die Theilnehmer an einem solchen Auflaufe nur insofern einer Strafe, als sie sich dabei einer besonderen, durch das Gesetz für strafbar erstlärten Handlung schuldig gemacht haben; jedoch ist bei Bestrafung dieser That der Auflauf als ein Erschwerungsgrund zu betrachten.

Die auf die Widerfetzung gegen die Obrigkeit ober die bewaffnete Macht (Art. 173. und 174.) verhängte Strafe tritt ein gegen diejenigen, welche der Obrigkeit, deren Dienern, oder der bewaffneten Macht thätlichen Widerstand geleistet haben, nachdem sie vorher durch die Obrigkeit, oder durch den Befehlshaber der bewaffneten Macht im Namen des Großherzogs laut und vernehmlich aufgefordert worden waren, auseinander zu gehen.

Titel XVII.

Bon Gewaltthätigfeiten und Drohungen.

Art. 164. Wenn in fremde Wohnungen oder andere liegende Gründe mehrere hierzu vereinigte Versonen widerrechtlich einfallen, so sollen, infofern ihre Sandlung nicht als Aufruhr oder als ein schwereres Verbrechen zu ahnden ist, bestraft werden:

1) wenn Gewalt an Personen verübt wurde, die Anstifter und Anführer mit Correctionshaus bis zu drei Jahren, die gemeinen Theilnehmer bis zu zwei Jahren;

2) wenn Gewalt an Sachen verüht wurde, die Anstifter und Anführer mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre, die gemeinen Theilnehmer mit Gefängniß ober Corrections= haus bis zu fechs Monaten:

3) wenn keine Gewalt an Bersonen ober Sachen verübt wurde, die Anstister und Anführer mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu sechs Monaten, die gemeinen Theilnehmer mit Gefängniß ober Gelbbuge 29).

^{2°)} Bgl. bayer. Str.: Bc.: Bd. Art. 332—335., ofbenb. Art. 337—340., altenb. Art. 118., würtemb. Art. 189., braunfchw. f. 102., hannov. Art. 178. 179., thūring. Art. 116., preuß. f. 214., öseerreich. f. 83. 84.

Art. 165. Ber ohne bie im vorbergebenben Artitel genannte Berbinbung in eines Anberen Bohnung ober bagu gehörigen geichloffenen Begirf wiberrechilich einbringt, foll auf Rlage bes Betteiligten bestraft werben:

1) wenn Gewalt gegen Personen ober Sachen berubt wurde, mit Gefängnig ober Correctionsbaus bis zu achtzehn Monaten;

2) wenn weber gegen Personen, noch gegen Sachen Gewalt verübt wurbe, mit Gefängnig bis ju Ginem Monat ober Gelbbuge bis ju breifig Gulben.

Baffen und Wertreugen, ober wenn ber Thater fich mit solchen verschen hatte, als Erfowerungarund von Befrom und Bertreugen, ober wenn ber Thater fich mit solchen verschen hatte, als Erswerungarund bei

Art. 166. Wer durch Gewaltthätigkeit die gottesbienftlichen Verrichtungen, ober ben Gottesdienst einer vom Staate anerkannten ober gedulbeten Religionspartei vorfätzlich entweder stört (Art. 193.) ober verhindert, oder folchen Bersoner, die beiwohnen wollen, den Zutritt rechtswidrig verwehrt, soll mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft werden 31).

Urt. 167. Wer, um eine Beleibigung zu rachen ober um ein behauptetes Recht eigenmächtig zu verfolgen, gegen bie Berson bes Anderen eine Gewaltthätigkeit sich erlaubt,

Mrt. 3. (Statt bes Art. 165. Str.: 8 .: 84.)

Der Art. 165. bes Strafgesetbuches im Titel XVII. "Bon Gewaltthatigkeiten" ift aufgehoben, und folgenber Artitel tritt an beffen Stelle:

Mer ohne bie im vorhergebenben Artitel genannte Berbindung in eines Anderen Boftung ober bagu gehörigen geichloffenen Begirt wiberrechtlich einbringt, foll beftraft werben:

1) wenn Gewalt gegen Bersonen ober Caden verübt wurde, mit Gefangnig ober Correctionsbaus bis ju achtzebn Monaten :

-2) wenn weber gegen Bersonen, noch gegen Cachen Gewalt verübt wurbe, mit Sefangnig bis qu Einem Monat ober Gelbuge bis ju breifig Gulben; jedoch im Ralle Nr. 2. nur auf Rage bes Betheiligten.

Der Gebrauch von Baffen und Bertzeugen, ober, wenn ber Thater fich mit folden verfeben hatte, gilt in ben Fallen biefes und bes vorhergebenben Artitels als Erichwerungsgrund." (Diefer Artitel ift auch fur Frankfurt publicirt.)

Bgl. hiemit bayer. Str. & . Bh. Art. 422. 423., olbenb. Art. 451. 452., altenb. Art. 119., würtemberg. Art. 193. 194., braunschieß, §. 180., hannov. Art. 180., thuring. Art. 117., preuf. §. 346.

") Bgl. bayer. Str.-G.:Bcf. Art. 336. 424. olbenb. Art. 341. 453., altenburg. Art. 190—192., wartemb. Art. 190. 191., braunichw. §. 104., hannob. Art. 194., bab. §. 585., thäring. Art. 182—184., preuß. §. 136., filerreide, §., 122—124.

³⁰⁾ Gefet vom 23. Februar 1849:

wird auf Klage des Betheiligten mit Gefängniß oder Gelb= bufe bestraft 32).

Art. 168. Wer auf sonstige Weise einen Anderen durch Berübung widerrechtlicher Gewalt oder durch Drohung, inssofern, was die Drohung betrifft, die Verwirklichung derselben mit Grund zu befürchten steht, zu einer Handlung, Duldung oder Unterlaffung nöthigt, wird, insofern die That nicht in ein schwereres Verbrechen übergeht, auf Klage des Genöthigten mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft 33).

Art. 169. Eltern, Pflegeltern ober Vormunber, welche ihr Kind ober ihren Pflegbefohlenen durch thätlichen Zwang ober fortgesetze Drohungen zur Eingehung einer Ehe genöthigt haben, follen, wenn die Ehe deshalb von dem zuständigen Gericht für ungiltig erflärt worden ift, auf Klage der Bestheiligten mit Gefängniß bestraft werden.

Art. 170. Sind in Fällen ber Art. 166., 167. und 168. Waffen gebraucht, oder find die bort bezeichneten Bersbrechen von Mehreren vereint verübt worden, so können die Gerichte das in den Art. 166. und 168. bestimmte höchste Strafmaß auf das Doppelte erhöhen, und im Falle des Art. 167. bis zu sechs Monaten Correctionshausstrafe erkennen.

Art. 171. Wer gegen einen Anderen, ohne die Absicht, ihn zu einer Handlung, Dulbung ober Unterlassung zu nothigen, mundlich oder schriftlich gefährliche Drohungen ausgestoßen hat, wird, sofern nicht bei einzelnen Verbrechen schwerere Strafe darauf gesetzt ift, wenn die Verwirklichung

¹²⁾ Bgl. bayer. Str. : 196. Art. 211. 420. 421., olbenb. Art. 449. 450., altenb. Art. 204., würtemb. Art. 200., braunschw. §. 118., thüring. Art. 195. 196., bfterzeich. §§. 83. 84.

[&]quot;) Gefen vom 23. Februar 1849 (auch für Frankfurt publicirt) beftimmt im Urt. 4.

In bem Art. 168. besfelben Titels XVII. fallen bie Borte: "auf Rlage bes Genothigten" meg.

ber Drohung mit Grund zu befürchten steht, auf Rlage bes Bedrohten mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten bestraft, ober, nach Maßgabe ber Umstände, zur Stellung unter polizzeiliche Aufsicht auf sechs Monate bis zu vier Jahren ober zur Sicherheitsleistung für eine Zeit von gleicher Dauer verzurtheilt.

Titel XVIII.

Bon ber Biterfebung und von bem Ungehorsam gegen gewiffe obrigfeitliche Berfügungen 34).

Art. 172. Wer den Befehlen und Anordnungen der Obrigkeit gewaltsamen Widerstand leistet; wer eine obrigkeit-liche Berson durch Gewalt oder Drohung mit derselben zu einer Amtshandlung zu nöthigen oder davon abzuhalten sucht; wer an einer obrigkeitlichen Verson während der Ausübung ihres Amtes Thätlichkeiten verübt; wer an derselben wegen einer Amtshandlung auf thätliche oder gewaltsame Weise Nache zu nehmen sucht, ist, vorausgesetzt, daß diese Sandlungen nicht das Merkmal des Aufruhrs (Art. 154.) an sich tragen, der Widerschung gegen die Obrigkeit schuldig.

Mrt. 173. Diefes Verbrechen wird beftraft:

1) mit Correctionshaus bis zu vier Jahren, wenn bei demfelben eine obrigkeitliche Berson thätlich mißhandelt ober mit Waffen bedroht wurde. Bei Zumeffung dieser Strafe ist, außer der Beschaffenheit der Mißhandlung, besonders darauf zu achten, ob solche von mehreren oder durch Gebrauch von Waffen geschehen ist;

¹⁾ Bgl. baber. Str.: G.: Bd. Art. 315—330. 411—419., olbenb. Art. 320—336. 439—448., altenb. Art. 105—119., wirtenb. Art. 169—182., braunichw. §\$. 107—109., bannov. Art. 166—168. 470—172., bab. §\$. 615—638., thüring. Art. 100—115., preuß. §\$. 87—90., bserreich. §\$. 68—75.

- 2) in anderen Fällen findet Correctionshausstrafe bis zu Ginem Sahre und bei geringerem Grade ber Widersetzung Gefängnifftrafe ftatt.
- Art. 174. Wer ber bewaffneten Macht bei Bollziehung ber ihr ertheilten Besehle, wer ben Dienern der Justiz, ben Dienern ber gerichtlichen oder verwaltenden Polizei, den Gendarmen, den Felds oder Forstschügen, den zur Erhebung oder Beitreibung der Steuern und Agaben oder Geldstrasen besteuten Bersonen, den gerichtlich angestellten Berwahrern, während sie mit Bollstreckung der Gesehe und Verordnungen, der Besehle oder Berfügungen der Gesehle begriffen sind, gewaltsamen Widersichen Lutheile, Verfügungen oder Besehle begriffen sind, gewaltsamen Widersiahn entgegensetzt, oder einen thätlichen Angriff auf ihre Person macht, oder sie damit bedroht, ist im Kalle des Art. 173. Nr. 1. mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren, im Falle des Art. 173. Nr. 2. mit Correctionshaus bis zu sechtsaken.
- Art. 175. Wenn die in den Art. 172., 173. u. 174. gebachte Widersetzung in anderer Beziehung ftrafbarer ift, so treten diese hoheren Strafen ein, und bei Zumeffung derselben haben die Gerichte es als einen erschwerenden Umftand zu betrachten, daß durch die Gewaltthätigkeit oder Mighandlung zugleich eine Widerschung stattgefunden hat.
- Art. 176. Sat berjenige, gegen ben bie Wibersetung verübt worben ift, burch geset wibriges Verfahren selbst bazu Veranlaffung gegeben, so ift bie Strafe innerhalb ihrer gefetlichen Grenzen zu minbern; auch kann in leichteren Fällen auf Gelbstrafe erkannt werben.
- Urt. 177. Mitglieder von Corporationen oder Behorben, welche, nachbem biese von ber Regierung für aufgelöst erklärt worden sind, bennoch ebenso zu handeln fortsahren, als ware keine Auflösung erfolgt, sowie Mitglieder ständischer

Berfammlungen in ben burch ben zweiten Abfat bes Art. 63. ber Berfaffungsurfunde für ftrafbar erklärten Fällen, follen mit Gefängnif ober Gelbbufe, und unter erschwerenden Umsftänden mit Correctionshaus bis zu zwei Sahren bestraft werden.

- Art. 178. Wer obrigkeitlich sequestrirte, gepfändete ober mit Beschlag belegte Gegenstände in der Absicht vernichtet, verdirbt, veräußert ober verbraucht, um dadurch Ungehorsam gegen die Obrigkeit zu bezeigen, oder deren Verfügung zu vereiteln, soll, wenn die Handlung in anderer Beziehung nicht strafbarer erscheint, zu Gefängnißstrafe verurtheilt werden.
- Art. 179. Wer, um die Bekanntmachung, Beobachtung oder Bollziehung der Gesetze, Verordnungen oder obrigkeitzlichen Verfügungen zu verhindern, oder in ehrenkränkender Absicht öffentlich angeschlagene obrigkeitliche Erlasse abreißt, vernichtet, verändert, befudelt oder unleserlich macht, foll zu Gefängnifftrase von funf Tagen bis zu zwei Monaten verzurtheilt werden.
- Art. 180. Wer unbefugter Weise Gerichts= ober andere obrigfeitliche Siegel, womit Sachen ober Schriften verschloffen gehalten werden, wiffentlich und absichtlich ablost, beschädigt ober erbricht, foll zu Geloftrafe bis zu breißig Gulden verur=theilt werden.

Liegen erschwerende Umftanbe vor, fo tonnen die Berichte auch auf Gefängnifftrafe erfennen.

Art. 181. Wer vor einer Versammlung, ober an öffent= lichen Orten, ober in öffentlichen Lehrvorträgen, ober in ver= breiteten Schriften zur Widersetzung ober zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit, obwohl ohne Erfolg auffordert, wird mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu zwei Sahren bestraft.

Titel XIX.

Bon ftrafbaren Privatvereinen und Berbinbungen.

Art. 182. Sat die Obrigkeit die Bildung irgend eines Brivatvereins ober einer Privatverbindung verboten, ober die Auflösung einer bereits bestehenden besohlen, so sollen die jenigen, welche jenem Verbote zuwidergehandelt, sowie die jenigen, welche den Verein oder die Verbindung bennoch fortgeset haben, bestraft werden, und zwar:

1) bie Unftifter ober Borftanbe:

mit Gefängniß von gehn Tagen bis zu Ginem Monat;

2) die übrigen Mitglieder:

mit Gefängnifftrafe von brei bis funfzehn Tagen.

Der letteren Strafe unterliegen auch biejenigen, welche fich nach ber ihnen bekannt gewordenen obrigkeitlichen Auflöfungsverfügung noch in ben Berein ober in die Berbindung haben aufnehmen laffen ober berfelben beigetreten find.

Ueberdies konnen die Gerichte bie Confiscation ber Papiere, Literalien und Bucher folcher Bereine und Berbindungen

aussprechen.

Art. 183. Sat die Staatsregierung den Beitritt ober bie Theilnahme an einer im Auslande gestifteten oder bestehenden Berbindung, oder an einem folden Bereine versboten, so werden diejenigen, welche diesem Berbote zuwidershandeln, mit Gefängniß von ein bis fünfzehn Tagen, und wenn sie für den verbotenen Beitritt geworben haben, mit Gefängniß von zehn Tagen bis zu Ginem Monat bestraft.

Art. 184. Fabrikanten und Sandwerker, welche, um bie Obrigkeit ober ihre Arbeiter zu gewiffen Sandlungen ober Bedingniffen zu nothigen, die Einstellung ihrer Gewerbe miteinander verabredet, oder zu einer folchen Uebereinkunft aufgefordert haben; Fabrikarbeiter, Sandwerksgefellen und Lehr-

jungen verschiedener Fabriken oder Meister, welche, um die Obrigkeit, ihre Fabrikherrn oder ihre Meister zu gewissen Handlungen oder Bedingnissen zu nöthigen, sich zum Einstellen ihrer Arbeiten verabredet, oder zu einer solchen Uebereinkunft aufgefordert haben, sollen, wenn sie nicht auf Befehl der Obrigkeit sogleich davon abgestanden sind, zu Gefängnisstrafe von fünf Tagen bis zu Einem Monat, und die Anstister oder Rädelsführer zu Gefängnisstrafe nicht unter Einem Monat verurtheilt werden.

Urt. 185. Ist durch die im vorhergehenden Artikel bezeichneten Berabredungen oder Aufforderungen ein Aufruhr entstanden, so sollen diejenigen, welche die Berabredung bewirkt oder zuerst dazu aufgefordert haben, insofern sie diesen Erfolg voraussehen konnten und denselben zu verhüten nicht thätig bemüht waren, mit Correctionshaus bis zu Einem Sahre bestraft werden.

Titel XX.

Bon Berletung ber Umte = und Dienftehre 35).

Art. 186. Wer bie Staatsbehorben im Allgemeinen ober einzelne berfelben, ober beren Berfügungen burch Schmähungen ober herabwürdigenden Spott angreift, foll bestraft werden:

1) mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre, wenn bies in einer öffentlichen Versammlung, ober an einem öffentlichen Orte, ober in einem verbreiteten gebruckten ober nicht gebruckten Aufsate, ober in einer bilblichen Darstellung, welche öffentlich ausgehängt ober burch ben

¹⁶⁾ Bgl. baber. Str.: G.: 29c. Art. 405. fg., olbenb. Art. 433. fg., altenburg. Art. 201., würtemb. Art. 162., braunschw. §§. 115. 116., hannov. Art. 143—149., bab. §. 297., thung. Art. 192., österreic. §§. 492. 494.

Druck ober auf fonftige Beife verbreitet murbe, ge=

fcheben ift;

2) mit Gefängniß ober Gelbbuffe, wenn die Schmähungen ober ber Spott in einer bei einer öffentlichen Behörde eingereichten Schrift, ober vor einem in Verrichtung feines Umtes begriffenen Staats= ober öffentlichen Diener geäufert worben find.

Art. 187. Ber einen Staats = ober öffentlichen Beamten, ober einen Militar von Offiziererang, mahrend feiner Dienstverrichtung ober in Beziehung auf dieselbe, burch herabwurdigende Borte, Gebehrden ober Handlungen beleidigt, foll bestraft werden:

1) wenn die Beleidigung durch Thätlichkeit begangen murbe und insofern die That nicht in anderer Beziehung ftrafbarer erscheint, mit Correctionsbaus bis zu zwei Jahren;

2) wenn die Beleidigung nicht durch Thäilichkeiten, aber vor einer öffentlichen Bersammlung oder an einem öffentlichen Orte, oder durch verbreitete gedruckte oder nicht gedruckte Auffäße, oder durch bildliche Darstellungen, welche öffentlich ausgehängt, aufgelegt oder ausgestellt, oder durch den Druck oder auf sonstige Weise verbreitet worden sind, begangen wurde, mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten oder Gefängniß;

3) in allen anderen Fällen mit Gefangnif ober Gelbbufe. Bei Zumeffung diefer Strafen haben die Gerichte, neben ber Schwere ber Beleibigung an fich, auch auf ben Grab bes Rangs ber beleibigten Behörbe ober Berfon Rucficht zu nehmen.

Art. 188. Die Beftimmungen bes Art. 186. finben auch Anwendung auf die Ständekammern und ftanbischen Ausschüffe.

Art. 189. Ber Bachen auf ihren Boften, wer Militär= personen, welche nicht Offiziersrang haben, Genbarmen ober obrigkeitliche Diener, mahrend ihrer Dienstverrichtungen ober in Beziehung auf biefelben burch herabwurdigenbe Borte, Gebarben ober Sandlungen beleibigt, foll bestraft werben:

1) im Falle Nr. 1. des Art. 187: mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu neun Monaten:

2) im Falle Nr. 2. bes Art. 187., und wenn eine Bache auf ihrem Boften, jedoch nicht thätlich, beleidigt worden ift: mit Gefängniß bis zu Ginem Monat ober Gelbbuge;

3) in allen anderen Rallen:

mit Befängniß bis zu acht Tagen ober mit Belbbufe.

Art. 190. Die Verletzung ber Amis= und Dienstehre barf nur auf Klage bes Beleibigten ober auf Verlangen ber ihm vorgesetten Behörbe bestraft werden.

Art. 191. Wer sich in rechtswidriger Absicht die Ausübung eines ihm nicht übertragenen öffentlichen Amtes ober einer ihm nicht zustehenden öffentlichen Berechtigung anmaßt, soll, wenn hierbei kein anderes Verbrechen concurritt, mit Gefängnißstrafe oder mit Geldbuße belegt werden.

Art. 192. Die Anmagung von Amtstiteln, Orden ober Ehrenzeichen wird mit Gefängniß bis zu Ginem Monat ober mit Geldbuße bis zu breißig Gulben bestraft.

Titel XXI.

Bon Störung religiöfer hanblungen, Migbrauch und herabwürdigung ber Religion 36).

- Art. 193. Wer ben Gottesbienst ober eine religiöse Feierlichkeit einer vom Staate anerkannten ober gebulbeten Religionspartei, zwar nicht burch Gewaltthätigkeit (Art. 166.) jedoch absichtlich burch Schreien, Lärmen ober auf sonstige Weise stört, ober burch unanständiges Betragen babei Aergereniß gibt, soll zu Gefängnißstrase bis zu Einem Monat verzurtheilt werden.
- Art. 194. Wer einen Religionsbiener mahrend feiner geistlichen Amtsverrichtung thätlich beleidigt, schmaht, läftert ober mit Beleidigung bedroht, ober folche Handlungen gegen ihn begeht, welche Berachtung austrucken, soll mit Corrections-haus bis zu zwei Jahren bestraft werden.
- Art. 195. Wer die Gegenstände der Verehrung einer bom Staate anerkannten oder geduldeten Religionspartei, oder ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche durch Ausbrücke des Spottes oder der Verachtung öffentlich in Nede, Schrift oder bilblicher Darstellung, oder durch beschimpfende Sand-lungen herabwürdigt, oder zur Verfolgung einer solchen Religionspartei auffordert, soll mit Gefängniß oder Corrections-haus bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Macht fich ein Religionebiener eines Bergebens biefer Art foulbig, fo kann unter erfdwerenben Umftanben bie Strafe bis zu vier Jahren Correctionshaus erhöht werben.

Art. 196. Wer folche religiofe Meinungen oder Lehren verbreitet, durch welche die Berlegung ber Gesete, ber burger-

¹⁴⁾ Bgl. bayer. Str.:G.:Bc, Art. 336. 424., olbenb. Art. 341. 453., altenburg. Art. 189—193., würtemb. Art. 190—192., braunfcw. §§. 104. 117., hannov. Art. 193—195., bab. §§. 583—585., thüring. Art. 180—184., preuß. §§. 135—137., bferreich. §§. 122—124.

lichen und staatsburgerlichen Pflichten für erlaubt erklärt wird, foll zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Sat er für die Lehren Unhanger geworben, um beren Befolgung im burgerlichen Leben zu bewirken, fo tritt Correctionshausstrafe von Gin bis vier Jahren ein.

Titel XXII.

Bon ber unerlaubten Befreiung ber Gefangenen 37).

Art. 197. Wer einen Gefangenen aus ber Gewalt ber Obrigkeit vorfäglich befreit, foll beftraft werben:

1) mit Correctionshaus bis zu brei ober Zuchthaus bis zu vier Jahren, wenn die Befreiung durch Uebermannung ber Bewachung, Erbrechen des Gefängniffes, oder auf fonflige gewaltthätige Weise geschehen ift;

2) mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu Ginem Sahre, wenn bie Befreiung burch Einsteigen in bas Gefängniß, ober auf fonstige unerlaubte Weise, jedoch ohne Ge-waltthätigkeit, bewirkt worden ift.

Art. 198. Bei Zumeffung ber im vorhergehenden Artikel angebrohten Strafen haben die Gerichte vorzugsweise zu beachten:

1) Den Grab ber angewendeten Gewalt;

2) bie Natur und Grofe bes Berbrechens ober Bergehens, wegen beffen ber Befreite verhaftet mar;

3) ob ein Gefangener ober ob mehrere Gefangene befreit murben.

^{328—330. 418. 419.,} ofbenb. Art. 333—335., 446. 447., aftenb. Art. 109., würtemb. Art. 180—182., braunichw. F. 109., hannob. Art. 170—172., das. Sp. 632—638., thüring. Art. 106., preuk. S. 94.

Als besonderer Minderungsgrund ift ber Umftand zu betrachten, wenn der Befreite nur wegen Schulden oder wegen einer Polizeiübertretung verhaftet war, oder wenn die Befreiung von dem Ghegatten, den Descendenten, Ascendenten oder Geschwistern des Gefangenen bewirkt worden ist, als in welchen Fällen, wenn keine Gewalt gegen Personen verübt wurde, bis auf Gefängnifftrase von acht Tagen herabgegangen werden kann.

Art. 199. Saben biejenigen, welchen die Bewachung ober Verwahrung eines Gefangenen aufgetragen war ober oblag, mögen sie in öffentlichen Pflichten stehen ober nicht, bessen Eniweichung vorfätzlich bewirkt, ober dazu Gulfe ober Vorschub geleistet, so sollen sie zu Correctionshaus von Ein bis drei oder Zuchthaus bis zu funf Jahren verurtheilt werden.

War ber Gefangene nur wegen Schulden ober wegen eines im höchsten Maße nur mit vierjähriger Correctionshausstrafe bedrohten Verbrechens, ober wegen einer Polizeiübertretung verhaftet, so tritt Correctionshausstrafe bis zu Ginem
Jahre ein.

Eine durch Fahrläßigkeit derjenigen, welchen die Bewachung ober Verwahrung eines Gefangenen aufgetragen war ober oblag, bewirkte Entweichung wird an den Schuldigen im Falle geringer Fahrläßigkeit mit Gefängniß bis zu Einem Monat ober mit Gelbbuße bis zu dreißig Gulden, im Falle grober Fahrläßigkeit mit Gefängniß ober mit Gelbbuße bestraft.

Art. 200. Der Gefangene, welcher, außer dem Falle bes Art. 201., sich selbst befreit oder durch Mitwirkung Ansberer befreit worden ist, verwirkt dadurch allein keine weistere Strafe, als die ihn etwa nach den Bestimmungen trifft, welche über die Gefängnispolizei und Handhabung der Ordenung in den öffentlichen Strafanstalten bestehen.

Sat er aber, um gur Freiheit zu gelangen, Gewalt an Berfonen ober fonstige ftrafbare Sandlungen verübt, fo find bie beshalb verwirkten Strafen gegen ihn zu erkennen.

Art. 201. Gegen Gefangene, welche im Complott ent= weichen, foll blos barum Gefängniß= oder Correctionshaus=

ftrafe bis zu feche Monaten erkannt werben.

Die Gerichte konnen jedoch ftatt dieser Strafe die bereits erkannt gewesenen Strafen mit den durch den Art. 16. gestatteten Bufagen schärfen.

Titel XXIII.

Bon Berlegung ber gefeglichen Bahl = und Stimmrechte 38).

Art. 202. Wer in Bezug auf vorzunehmende, gesetslich angeordnete Wahlen, ober in Bezug auf eine in der Ständesversammlung abzugebende Stimme, einem Wähler oder einem Ständemitgliede mittels ober unmittelbar Geld oder andere Bermögensvortheile zum Geschenke gibt oder verspricht, soll ebenso wie der Wähler oder das Ständemitglied, welche das Geschenk oder das Versprechen annehmen, mit Gefängnis oder Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft werden.

Die Bestimmungen des Art. 455. kommen auch bier gur

Unwendung.

Art. 203. Wer Wahlzettel bei gefetzlich angeordneten Bahlen verfälscht oder unterdrückt, oder betrüglich austauscht, oder absichtlich einen anderen Namen barauf setzt, als ihm ansgegeben worden, foll mit Correctionshaus bis zu Ginem Jahre bestraft werden.

³⁹⁾ Bgl. altenb. Str. & Art. 169., würtemb. Art. 160. 161., braunschw. §\$. 112—114., bab. §\$. 709—714., preuß. §\$. 82—86.

Citel XXIV.

Bon ben Mungverbrechen und Bergeben 39).

Art. 204. Wer die im Großherzogthum im allgemeisnen, ober auch nur im Sandelsverkehr im Umlauf befindlichen Mungen, in der Absicht, fie als Geld in Umlauf zu bringen, unbefugter Weife nachmacht, ift des Falfchmungens schuldig 40).

Art. 205. Sind die nachgemachten Munzen bereits in Umlauf geset worden, so wird bas Falschmungen bestraft und zwar:

- 1) mit Buchthaus bis gu fechgehn Sahren, wenn bas Berbrechen an Mungen begangen worben ift, bie nicht gu ber Scheibemunge gehoren;
- 2) mit Correctionshaus von Ein bis brei ober Buchthaus bis zu acht Sahren, wenn bas Verbrechen an blofer Scheibemunge verübt worben ift.

Mrt. 1.

2frt. 2.

³⁹⁾ Bgl. baper. Str.: G.: Bd. Art. 341—346. 428—431., olbenb. Art. 346—351. 457—460., altenburg. Art. 268—272., würtemberg. Art. 206—218., braunschweig. §6, 126—130. 133., hannob. Art. 200—205., bab. §6. 509—532., thüring. Art. 260—268., preuß. §6. 121—124., österreich. §6. 118—121.

⁴⁰⁾ Bu Art. 204. 209. und 211. des Strafgejegbuches enthalt bas Gejeg vom 10. Marg 1852, die Bestrafung der Berbrechen und Bergeben gegen bas Mungregal ber zum Zollvereine verbundenn Staaten betreffend (Regierungsblatt Nr. 16. Seite 107.) folgende abandernde Bestimmungen:

Ber gegen bas Mungregal ber jum beutiden Joll- und hanbelsbereine bers bunbenen auswärtigen Regierungen in Begug auf bie von benfelben geprägten Ministen eine ber im Straffech barbur betrobten handlungen begebt, foll, ohne Rudflich barauf, ob bie fraglichen Mungen fich im Großberzogthum im allgemeinen ober im Panbelsbertebr im Umlauf befinden, ebenfo zur Untersuchung gezogen und mit bereitben Strafe belegt werden; als wenn er bas Berbrechen ober Bergehen gegen bas Ilns zustehende Mungregal begangen hatte.

Insoweit die Artitel 204. 209. und 211. bes Strafgesehbuches mit Art. 1. bes gegenwartigen Besehes im Biberspruch fieben, find biefelben abgeanbert.

Art. 206. Die Strafen des vorhergehenden Artikels treffen auch diejenigen, welche im Cinverständniffe mit einem Valschmunger, beffen Gehülfen oder Begunftiger die falschen Mungen verbreiten.

Art. 207. Sind die nachgemachten Mungen noch nicht in Umlauf gefet worden, fo wird bas Falfchmungen bestraft:

1) mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu acht Jahren, wenn bas Berbrechen an Mungen, welche nicht zur Scheibemunge gehoren, verübt wurde;

2) mit Correctionshaus von fechs Monaten bis zu brei Jahren ober Zuchthaus bis zu vier Jahren, wenn bas Berbrechen an bloger Scheibemunze begangen wurde.

Art. 208. Bei Zumeffung ber in ben vorhergehenden Artikeln angebrohten Strafen haben bie Gerichte vorzüglich auf die etwa vorhandene Verbindung Mehrerer zur Begehung bes Verbrechens, auf die Größe des Nennwerthes, auf den inneren Werth, auf die Menge der ausgegebenen oder verfertigten falschen Munzen, auf den Grad ihrer Aehnlichkeit mit den achten, und darauf, ob die nachgemachten Munzsorten im allgemeinen Verkehr oder nur im Handelsverkehr angenommen zu werden pflegen, Rucksicht zu nehmen.

Art. 209. Wer bie im Großherzogthum im allgemeinen, ober auch nur im Sanbelsverkehr im Umlauf befindlichen ächten Munzen burch Beschneiben, Durchbohren ober auf sonftige Weise in ihrem Werthe verringert, wer verrufenen Munzsforten ben Schein geltenber, ober geringeren Munzsforten bas Ansehen höherer, beggleichen wer bereits im Umlauf besindlichen falschen Munzen burch eine Veränderung bas Ansehen gültiger oder höherer Munzen gibt, und die auf die eine ober bie andere Art verfälschten Munzen als ächte oder unversfälschte in Umlauf fest, ist der Munzsklischung schuldig.

Art. 210. Die Mungfälfchung wird beftraft mit Cor- rectionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu funf Sahren.

Sind jedoch nur wenige verfälschte Munzen in Umlauf gesett worden, so konnen die Gerichte auch auf Gefängniß= ftrafe nicht unter zehn Tagen erkennen.

- Art. 211. Wer die im Großherzogthum im allgemeinen, ober auch nur im Sandelsverkehr im Umlauf befindlichen ächten Munzen durch Beschneiden, Durchbohren oder auf sonstige Weise in ihrem Werthe verringert und ohne betrügliche Abssicht wieder ausgibt, wird mit Gefängniß oder Geldbuße bestraft.
- Art. 212. Wer zum Zwecke ber Verübung von ben in ben Art. 204. und 209. bezeichneten Munzverbrechen Stempel ober andere zum Nachmachen ober Fälfchen ächter Munzen bienliche Werkzeuge, Defen, Schmelztigel 2c. angeschafft hat, wird, wenn auch bavon noch kein Gebrauch gemacht worden ift, mit Gefängniß bestraft.
- Art. 213. Wer, ohne mit einem Falfchmunger ober Mungfälscher, beffen Gehülfen ober Begunstiger im Einversständnisse zu sein, jedoch wissentlich, entweder unächte oder verfälschte Mungen einwechselt, einkauft oder auf sonstige Weise an sich bringt, und als ächt oder vollgultig wieder ausgibt, oder außer Cours gesetzte (verrusene) Mungen zur Verbreitung einführt, soll,
 - 1) wenn bieß gewerbsmäßig betrieben murbe, mit Correctionshaus von Ein bis brei ober Zuchthaus bis zu vier Jahren, und
 - 2) wenn fein gewerbsmäßiger Betrieb ftattgefunden bat, mit Gefängniß bestraft werben.
- Art. 214. Wer nachgemachte ober verrufene Mungen, welche er felbst in gutem Glauben eingenommen hat, nach erstannter Täufchung als achte ober geltende ausgiebt, foll zu Gelbstrafe bis zu fechzig Gulben verurtheilt werden.

- Art. 215. Erscheinen bie in ben Art. 213. und 214. bezeichneten Sandlungen, als Betrug betrachtet, strafbarer, fo treten bie barauf gesethen boberen Strafen ein.
- Art. 216. Die Confiscation ber zum Falfchmungen ober zur Mungfälschung bienenden Werkzeuge und Materialien, so wie der vorräthigen falfchen, verfälschten oder verrufenen Mungen, findet in allen Fällen neben den in den vorstehenden Artikeln dieses Titels verhängten Strafen statt; unbeschadet des Nechtes derzenigen, welche die Mungen in gutem Glauben eingenommen haben, auf deren Metallwerth.
- Art. 217. Gegen benjenigen, ber zur Fertigung falfcher Mungen ober von Werkzeugen ber im Art. 212. bezeichneten Art fein Gewerbe migbraucht, kann, und gegen ben Rud-fälligen biefer Art muß zugleich die Entziehung ber Berechtigung zu bem migbrauchten Gewerbe auf bestimmte Zeit ober auf immer ausgesprochen werben.

Titel XXV.

Bon ber Falichung ber Staatspapiere und bes Großherzoglichen Stempelpapiers 41).

Art. 218. Wer Großherzogliche ober ausländische, auf ben Inhaber lautende Staatsschuldverschreibungen, ober bie bazu gehörigen Binsanweisungen, wer Bapiergelb ober sonstige fur ben Verkehr bestimmte Staatsschuldscheine ober An-

⁴¹⁾ Bgl. baber. Str. S. 286. Art. 347. 348., ofbenb. Art. 352. 353., würtemb. Art. 216—218., altenb. Art. 274., braunschw. §6. 130—133., hannov. Art. 205—207., bab. §6. 440. 522—532., thūring. Art. 267. 268., preuß. §6. 121—124. 253., österreid. §8. 106—117.

weifungen nachmacht ober verfalfcht, ift ber Falfchung ber Staatspapiere fculbig 42).

Art. 219. Die Fälfchung ber Staatspapiere wird nach folgenden Borfdriften beftraft:

1) ift bas nachgemachte ober verfalfchte Staatspapier bereits an einen Dritten abgegeben ober auf fonftige Beife in Berfehr gebracht worben, mit Buchthaus bis zu fechzehn Jahren ;

12) An bie Bestimmungen bes Titel XXV. folieft fich an bas Gefet bom 10. Januar 1853, bie Rachbilbung von Papiergelb und beren Beftrafung betr. (Regierungsblatt v. 1853. Nr. 2.)

Lubwig III. von Gottes Gnaben Großbergog von heffen und bei Rhein 2c. 2c. Bur Berhutung von Difbrauchen, welche burch Berfertigung von Scheinen, ihrer außeren form nach, bem Papiergelbe bes Großbergogthums ober anberer Staaten abnlich find, getrieben werben, haben Bir mit Buftimmung Unferer getreuen Stante verorbnet und verorbnen hiermit, wie folgt:

Art. 1. Ber burd Drud, Lithographie ober auf anbere Beife Abbilbungen anfertigt, welche gwar nicht wirklich nachgemachtes Papiergelb barftellen (Art. 218. bes Strafgefebbuches), in ihrer außeren form und Ausftattung jeboch bem Groß= bergogliden ober ausländischen Papiergeld abnlich find, und ju Taufdungen benutt

werben fonnen, foll bestraft werben:

1) wenn bie Abbilbung bereits an einen Dritten abgegeben ober auf fonftige Beife in Berfehr gebracht worben ift, mit Correctionshaus bis gu gwei Jahren;

2) wenn bie Abbilbung weber an einen Dritten abgegeben, noch auf fonftige Beife in Bertebr gebracht worben ift, mit Gefängnig von acht Tagen bis ju brei

Monaten ober mit Correctionshaus bis ju Ginem Jahre.

Art. 2. Die im vorhergebenten Artitel unter Nr. 1. angebrobte Strafe trifft aud Denjenigen, welcher im Ginverstandniß mit bem Berfertiger folder Abbilbungen, beffen Gehilfen ober Begunftiger, biefelben als wirkliches Papiergelb ausgibt.

Art. 3. Wer Abbildungen ber im Art. 1. bezeichneten Art, ohne mit beren Berfertiger, beffen Gehilfen ober Begunftiger, im Einverständniß au fein, jedoch wiffend, bag fie kein wirkliches Papiergelb barftellen, an fich bringt und folche als wirkliches Papiergelb an Undere abgibt, foll mit Gefangnig von acht Tagen bis gu brei Monaten beftraft merben.

Art. 4. Ber Abbilbungen ber im Art. 1. bezeichneten Art in gutem Glauben als achtes Papiergelb angenommen, aber nach ertannter Taufdung als achtes Papier= gelb an einen Anderen abgegeben hat, soll mit Gefängniß von acht Tagen bis zu brei Wonaten ober mit einer Gelbbuße von zwanzig bis zu hunbert Gulben bestraft werben.

Art. 5. Ber folde Abbilbungen, wiffenb, bag fie tein wirkliches Papiergelb barftellen, weiter verbreitet, jedoch ohne fie als wirkliches Papiergelb an Andere abgugeben, foll gu einer Belbftrafe von gebn bis funfgig Bulben verurtheilt merben. Art. 6. Gegenwartiges Gefet, welches als ein Theil bes Strafgefetbuches gu

betrachten ift, tritt mit bem Tage feines Ericeinens im Regierungeblatte in Rraft.

Urfunblich Unferer eigenhanbigen Unteridrift und bes beigebrudten Staate: Siegele. Darmftabt, am 10. Januar 1853. (L. S.) Lubwig. v. Linbelof.

2) ift bas nachgemachte ober verfalschte Staatspapier weber an einen Dritten abgegeben, noch auf sonstige Beife in Berkehr gebracht worben, mit Correctionshaus bis zu brei ober Zuchthaus bis zu acht Jahren.

Art. 220. Die Strafe bes vorhergehenden Artifels unter Nr. 1. trifft auch benjenigen, welcher im Einverständniffe mit bem Berfälfcher ber Staatspapiere, beffen Gehulfen ober Begunftiger biefelben ausgibt.

Art. 221. Wer nachgemachte ober verfalschte Staatspapiere, ohne mit dem Verfalscher, beffen Gehulfen oder Begunftiger im Einverständniffe zu sein, jedoch wissentlich, an
sich bringt und folche fur acht oder unverfalscht an Andere
abgibt, foll zu Correctionshaus von Gin bis drei oder Buchthaus bis zu funf Jahren verurtheilt werden.

Art. 222. Wet nachgemachte ober verfalschte Staatspapiere in gutem Glauben als acht ober unverfalscht angenommen, aber nach erkannter Täuschung als acht ober unverfalscht an einen Anderen abgegeben hat, foll zu Gefängniß ober Correctionshaus bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Art. 223. Wer bas Großherzogliche Stempelpapier nach= macht ober verfälicht, foll folgenbermaßen bestraft werben:

1) ift bas nachgemachte ober verfälschte Stempelpapier bereits an einen Dritten abgegeben ober zu Acten verwenbet worden, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu zehn Jahren;
2) ift bas nachgemachte ober verfälschte Stempelpapier weber

2) ift das nachgemachte ober verfälschte Stempelpapier weber an einen Dritten abgegeben, noch zu Ucten verwendet worden, so tritt Correctionshausstrafe bis zu zwei Sah-

ren ein.

Ift jeboch bie ftrafbare Gandlung in ben unter Nr. 1. und 2. bezeichneten Fällen nur an wenigen Stempelbogen von geringem Werthe verübt worben, fo konnen bie Gerichte im

Valle Nr. 1. auf Gefängnifftrafe nicht unter zehn Tagen ober auf Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten, und im Falle Nr. 2. auf Gefängnifstrafe nicht unter zehn Tagen erkennen.

Art. 224. Die Strafe unter Nr. 1. des vorhergehenden Artikels trifft auch ben, welcher im Ginverständniffe mit dem Berfälfcher, beffen Gehulfen oder Begunstiger das nachgemachte ober verfälschte Stempelpapier als ächtes verwendet ober in Umlauf bringt.

Art. 225. Wer nachgemachtes ober verfälschies Stempelspapier, ohne mit bem Verfälscher, beffen Gehülfen ober Besgünstiger im Ginverständnisse zu fein, jedoch wiffentlich, an sich bringt und solches für acht ober unverfälscht an Ansbere abgibt ober verwendet, soll zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Die Gerichte können jedoch auch auf Gefängnißstrafe von zehn Tagen bis zu brei Monaten erkennen, wenn bas absgegebene ober verwendete Stempelpapier nur in wenigen

Bogen von geringem Werthe beftanb.

Art. 226. Wer nachgemachtes ober verfälschies Stempelspapier in gutem Glauben als acht ober unverfälscht angenomsmen hat und folches nach erfannter Täuschung als acht ober unverfälscht an Andere abgibt ober verwendet, foll zu Geldstrafe bis zu sechzig Gulden verurtheilt werden.

Art. 227. Die in den Art. 215. 216. und 217. enthaltenen Bestimmungen finden auch bei den in diesem Titel bezeichneten Fällen analoge Anwendung, vorbehaltlich der Rechte Dritter aus blos verfälschten Pavieren.

Citel XXVI.

Bon unbefugter Berfertigung ber öffentlichen Siegel und Stempel 43).

- Art. 228. Wer das Großherzogliche Staatsfiegel für fich ober einen Anderen ohne amtlichen Auftrag verfertigt ober verfertigen läßt, foll, wenn noch kein Migbrauch damit verübt worden ift, zu Geldbuße oder Gefängnifftrafe verurtheilt werden.
- Art. 229. Wer sich ber im vorhergehenden Artikel bezeichneten Sandlung hinsichtlich des Amts fieg els einer öffentslichen Behörde schuldig macht, wird mit Gelbbufe bis zu sechzig Gulden oder Gefängniß bis zu zwei Monaten bestraft.
- Art. 230. Wer fich ber im Art. 228. bezeichneten Sandlung hinsichtlich folder Stempel schuldig macht, mit welchen Gegenstände unter öffentlicher Autorität bezeichnet werden, ift mit Gelbbuße bis zu breißig Gulben oder Gefängniß bis zu Einem Monat zu bestrafen.
- Art. 231. Ift mit einem unerlaubter Beise versertigten Staats = ober Amtöslegel ober mit einem ber in bem Art. 230. bezeichneten Stempel bereits Mißbrauch verübt worden, so soll, wenn die Handlung nicht als Fälschung von Urkunden ober von Stempelpapier, ober als Betrug strafbarer erscheint, der Thäter mit Gelbbuße ober Gefängniß, unter erschwerenden Umständen mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten bestraft werden.
- Art. 232. Die unerlaubter Beife gemachten Siegel ober Stempel, besgleichen bie bamit etwa geslegelten Bapiere ober gestempelten Gegenstänbe, werben, unbeschabet ber Nechte eines Dritten, confiscirt.

⁴¹⁾ Bgl. bayer. Str.: G.: 28ch. Art. 338. 426., olbenb. Art. 343. 455., altenburg. Art. 251. 252., würtemb. Art. 222—225., braunschw. §. 131., hannov. Art. 198. 199., bab. §6. 446—449., thuring. Art. 257. 258., preuß. §. 340., österreich. §. 199. lit. d.

Titel XXVII.

Bom Deineibe und vom Gibesbruch 44).

Art. 233. Wer als Zeuge, Denunciant, als Sach = ober Kunftverständiger, als Betheiligter in eigener Sache, als Besvollmächtigter, als Curator ober Vormund, ober als Gemeinsschuldner, vor Gericht ober vor einer Verwaltungsbehörde einen Cid wissentlich falsch geschworen hat, ift bes Meineides schuldig.

Die von der Staatsregierung statt des Eides für zuläsig anerkannten feierlichen Betheuerungsformeln christlicher Religionsfecten, sowie bei Behauptungen und Aussagen die Beziehungen auf einen schon geleisteten Eid oder auf eine abgegebene anerkannt seierliche Betheuerungsformel christlicher Religionsfecten, sind dem Eide selbst gleich zu halten.

Art. 234. Der Wurderung Beib in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten läßt keine Untersuchung wegen Meineibe gu.

Art. 235. Der Meineib wird mit Correctionshaus von Gin bis brei ober mit Zuchthaus bis zu funf Jahren bestraft.

Bei Bumeffung biefer Strafe haben bie Gerichte auch auf Die Große ber burch ben Meineib verursachten Rechtsver=

legung Rudficht zu nehmen.

Auch ba, wo in Folge bieses und ber nachfolgenden Artikel nur auf Correctionshaus erkannt wird, treffen ben Berurtheilten bie im Titel II. aufgezählten Folgen ber Bucht-hausstrafe. Ueberdies wird Jeder wegen Meineids rechtsekräftig Verurtheilte dadurch unfähig, das Amt eines Sacheverständigen zu verrichten, Zeuge bei einem feierlichen Acte zu sein, und vor Gericht ein gultiges Zeugniß abzulegen.

^{**)} Bgl. baver. Str.=G.=Bcb. Art. 263. Ziff. V. Art. 269—272. 290—292., olbenb. Art. 268. Ziff. U. 2. Art. 274—277. 295—297., altenb. Art. 183—188., würtemts. Art. 227—234., braunichv. §6. 135—142., bannov. Art. 208—215., bab. §6. 484—508., thuring. Art. 172—178., preuß. §6. 125—132., biterreich. §6. 199. lit. a. §. 204.

Art. 236. Wurde Jemand im Strafverfahren als Zeuge über Thatsachen vernommen, über welche er (wie sich später ergab) nur als Angeklagter vernommen werden konnte, und hat er diese Thatsachen wider besseres Wissen abgeläugnet, verschwiegen oder entstellt vorgetragen, so tritt, wenn eine eidliche Erhärtung der Aussagen statthatte, Gefängnis oder Correctionshaus bis zu sechs Monaten ein.

Art. 237. Ift ber Meineid zu bem Zwede geschworen worben, um einen Unschuldigen in Strafe zu bringen, und ift ber Unschuldige zu einer Zuchthausstrafe von wenigstens zehn Jahren ober zur Tobesstrafe verurtheilt worben, so sollen wegen bieses Berbrechens folgende härtere Strafen, als die im Art. 235. bestimmten, erkannt werden, nämlich:

1) Buchthausstrafe auf Lebenszeit, wenn die Todesstrafe an

bem Ungeschulbigten vollstredt worben ift;

2) Budithausstrafe von zehn bis sechzehn Sahren, wenn auf Tobesstrafe erkannt, biese Strafe jedoch noch nicht vollstreckt, oder wenn der Angeschuldigte zur lebensläng= lichen Buchthausstrafe verurtheilt worden ist;

3) Buchthausftrafe von funf bis zehn Sahren, wenn ber Angeschulbigte zur Buchthausftrafe von zehn bis fech=

gehn Jahren verurtheilt worden ift.

Eine Bermandlung ber bem unschuldig Berurtheilten zuerfannten Strafe vor ber Bollftreckung im Bege ber Gnade wird ebenso betrachtet, als ware die hiernach bestimmte Strafe im Urtheile zuerkannt gewesen.

Art. 238. Satte ber Meineib ben 3wed, einem Schuls bigen eine hohere Strafe, als die auf ber wirklich verübten That stehenbe, zuzuziehen, so ift, unter ber im Art. 237. enthaltenen Boraussehung,

1) in bem bafelbft unter 1) bemerkten Falle: auf Buchthausstrafe von zehn bis fechzehn Sahren;

- 2) in bem baselbst unter 2) bemerkten Falle: auf Zuchthausstrafe von funf bis zehn Jahren zu erkennen.
- Art. 239. Wurde ein Angeschuldigter, der gar keine oder nur eine geringere Strase verschuldet, auf den Grund eines falschen Zeugnisses oder Gutachtens, welches ein oder mehrere Zeugen oder Kunstverständige in der Absicht abgelegt haben, um seine Verurtheilung zur Todesstrase herbeizuführen, zum Tode verurtheilt und das Urtheil vollstreckt, so werden die Zeugen oder Kunstverständigen mit dem Tode bestrast.
- Art. 240. Wenn der Meineidige, bevor bei der Obrigsteit eine Anzeige gegen ihn gemacht oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden, und so lange durch den Meineid noch kein Schaden entstanden, oder wenn der vollständige Ersat des gestifteten Schadens binnen einer von dem Richter anberaumten Frist erfolgt ift, den falschen Eid widersrufen hat, so tritt statt der im Art. 235. bestimmten Strafe Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre ein.
- Art. 241. Wer auf Sandgelöbniß an Eidesstatt ein falsches Zeugniß abgelegt hat, oder wer sich zu einem falschen Side vor Gericht bereit erklärt hat, diesen aber, weil er von den Parteien oder vom Gegentheil für geleistet angenommen worden ist, nicht abgeschworen hat, soll zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.
- Art. 242. Wer die Erfüllung einer gultigen Verbindlichkeit, welche sich auf einzelne bestimmte handlungen, Leiftungen
 oder Unterlassungen bezieht, durch einen vor Gericht oder vor
 einer anderen öffentlichen Behörde abgelegten Gib angelobt,
 diese eidliche Jusage aber vorsätzlich gebrochen hat, soll zu
 Correctionshausstrafe von Gin bis vier Jahren verurtheilt
 werden.

Art. 243. Wer sich wiffentlich bes Bruchs eines an Eibesstatt abgelegten handgelobniffes schuldig macht, wird mit Gefängniß nicht unter zwei Monaten ober Correctionshaus bis zu seche Monaten bestraft.

Titel XXVIII.

Bon Lanbftreichern und Bettlern 45).

Art. 244. Wer ohne erlaubten Zweck und ohne einen ordentlichen Erwerbezweig ober zureichende Mittel zum Untershalte, außerhalb feines Wohnorts, ober ohne einen Wohnort zu haben, herumzieht, ist ber Landstreicherei schuldig.

Art. 245. Lanbftreicher werben beftraft:

1) wenn fle zum erstenmale betreten merben, mit Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen ober Correctionshaus bis zu feche Monaten;

2) wenn fle, nach bereits wegen Lanbstreicherei erlittener Strafe, zum zweitenmale betreten werben, mit Correctionshaus bis zu zwei Sabren :

3) bei weiteren Rudfallen, mit Correctionshaus von Gin

bis brei ober Buchthaus bis zu funf Jahren.

Art. 246. Bei Bumeffung ber in bem vorhergehenden Artikel angebrobten Strafe ift als erschwerend zu betrachten, wenn bie Landstreicher

1) Baffe, Banberbudjer, Runbichaften, Marichrouten ober Benaniffe, Die falich ober verfälicht find, bei fich fubren;

2) mit Baffen ober Wertzeugen verfeben find, Die fur bie Sicherheit ber Berfonen ober bes Eigenthums gefährlich erfcheinen;

⁴³⁾ Bgl. bab. Str.: B.: Bc. Art. 639-642., preuß. (§. 117-120. 341., öfterr. §§. 517-521.

3) mit anderen Lanbstreichern, die nicht zu ihrer Familie gehören, in Gemeinschaft herumziehen;

4) verkleibet find, ober fich auf fonftige Urt untenntlich gu

machen fuchen.

Art. 247. Bettler aus Gewohnheit, d. h. folche, welche, im Verlaufe bes letten Jahres zweimal polizeilich bestraft, abermals betteln, werben mit geschärftem Gefängniß bis zu sechs Wochen, bei weiteren Ruckfällen aber mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

Art. 248. Bei Zumeffung ber in bem vorhergebenben Artikel angebrohten Strafe ift als erschwerenb zu betrachten, wenn bie Bettler

1) unter Drohungen ober auf falfche Zeugniffe bin betteln;

2) von fich oder ihren Begleitern erbichtete Bunden, Gebrechen oder Ungludefalle vorschuten;

3) bettelnd in fremden Wohnungen betreten werden;

4) wenn bie in bem Art. 246. unter Nr. 1., 2. und 4. aufgezählten Umftanbe eintreten.

Art. 249. Bettler nicht aus Gewohnheit, welche unter Drohungen ober auf falfche Zeugniffe hin betteln, ober burch Berkleibung, erdichtete Bunben, Gebrechen ober Ungludsfälle, von sich ober ihren Begleitern zu erregen fuchen, werben mit geschärftem Gefängniß bestraft.

Art. 250. In allen Fällen kann, und bei Rudffällen muß gegen ben Lanbstreicher und ebenso gegen ben Bettler zugleich auf Stellung unter polizeiliche Aufsicht bis zu vier Jahren erkannt werben.

Citel XXIX.

Bon ber Tobtung 46).

Art. 251. Jebe Beschäbigung eines Menschen wird als tobtlich betrachtet, welche im einzelnen Falle als wirkenbe

Urfache ben Tob bes Beschäbigten berbeigeführt bat.

Es hat bemnach auf die rechtliche Beurtheilung der Tod te lichkeit einer Beschädigung keinen Einstuß, ob ihr tödtlicher Erfolg in anderen Källen durch Hulfe der Kunst etwa schon abgewendet worden oder nicht; ob in dem gegenwärtigen Valle durch zeitige zwecknäßige Hulfe derselbe hätte verhindert werden können, ob die Beschädigung unmittelbar, oder nur durch andere, jedoch aus ihr entstandene Zwischenursachen den Tod bewirkt habe; ob dieselbe allgemein tödtlich sei, oder nur wegen der eigenthumlichen Leibesbeschaffenheit des Beschädigten oder wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie ihm zugefügt wurde, den Tod berbeigeführt habe.

Art. 252. Wer die rechtswidrige Tödtung eines Mensichen mit Vorbedacht verübt, oder wer die That zwar im Affect volldringt, aber in Folge eines mit Vorbedacht gesfaßten Entschluffes, wird als Wörder mit dem Tode bestraft 47).

Art. 253. Wer ohne Borbebacht, im Affect ben Entsichluß zur Tobtung eines Anderen faßt und ausführt, wird als Tobtichläger mit Zuchthaus von acht bis fechzehn Jahren, und unter besonders erschwerenden Umftanden mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

⁴⁹⁾ Bgl. bayer. Str. B.. Art. 142—177., olbenb. Art. 147—182., altenb. Art. 120—131., würtemberg. Art. 235—259., braunschweig. §5. 145—158., hannov. Art. 225—240., bac. §6. 203—224., 239—254. 260—266., thüring. Art. 118—130., preuß. §5. 175—186., österreich. §5. 134—151.

⁴⁹⁾ Bgl. Aber Morb baher. Str. 52. 39d. Art. 142-150., olbenb. Art. 147-155., attenb. Art. 121. 122., wartemb. Art. 237-242., braunichw. & 145., hannob. Art. 227-229, bab. § 8, 205. 206., thüring. Art. 119., preuß. § 175., biterr. § 134-138.

Bei Zumesfung dieser Strafe haben die Gerichte unter Anderem als einen erschwerenden Umstand zu betrachten, wenn die That von dem Urheber eines Raufhandels oder an Blutsverwandten in auf = oder absteigender Linie, an dem Bruder
oder der Schwester, oder von einem Ehegatten an dem anderen, oder an einer Schwangeren, deren Zustand dem Thäter
bekannt war, oder an einem im Dienste besindlichen öffentlichen Beamten verübt worden ist 48).

Art. 254. Sat jedoch der Getödtete felbst, ohne alle oder doch ohne gerechte Veranlassung, durch schwere Beleidigung oder thätliche Mißhandlung des Todtschlägers oder seiner im Art. 39. genannten Angehörigen den Affect besselben hervorgerusen und ist die Tödtung unmittelbar darauf verübt worden, so tritt Correctionshausstrafe von Ein bis acht Jahren ein.

Bei Zumeffung biefer Strafe haben bie Gerichte vorzug= lich auf ben Grab bes Affects, auf die erfte Beranlaffung und auf die Größe und Ungerechtigkeit ber von bem Getöbteten zugefügten Beleidigungen und Mifhandlungen Rud-ficht zu nehmen.

Art. 255. Wer ben Tob eines Menfchen burch Fahrläßigkeit verschulbet, wird mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft, jedoch ift bei geringerer Fahrläßigkeit auf Gefängnißstrafe zu erkennen.

Art. 256. Wenn Aerzte, Wundarzte, Geburtshelfer, Gebammen, Apotheter und Andere, welche zu Ausübung ihrer Kunft öffentlich ermächtigt find, durch Fahrläßigkeit bei Aus- übung derfelben den Tod eines Menschen verschuldet haben,

^{**)} Bgl. über Toblschlag bayer. Str. 2G. 2Pcb. Art. 151—156., oldenburg. Art. 156—161., altenb. Art. 123—125., wart. Art. 243—248., braunschw. §§. 146—148., bannod. Art. 230—232., bab. §§. 209. 210., tharing. Art. 123. 124., preuß. §§. 176—179., bsterreich. §§. 140—143.

so tann neben der im vorhergehenden Artikel angedrohten Strafe zugleich auf zeitliche, und im Wiederholungsfalle auf bleibende Entziehung ber Befugniß zur Ausübung ihrer Kunft erkannt werben.

Art. 257. Wer einen Anderen auf beffen ernftliches und beftimmtes Verlangen töbtet, wird mit Correctionshaus von fechs Monaten bis zu brei Jahren ober mit Zuchthaus bis zu zehn Sahren bestraft.

Art. 258. Gine Mutter, welche ihr uneheliches neugebornes Kind burch Handlungen ober Unterlaffungen abfichtlich um das Leben gebracht hat, ist des Kindesmorbes fouldig.

Die von der Mutter absichtlich verübte Tödtung ihres unehelichen Kindes in und während der Geburt ift bem Kindesmorde gleich zu bestrafen 49).

Art. 259. Die Kindesmörderin wird bestraft:

1) mit Zuchthaus von zehn bis fechzehn Jahren, wenn fie in Folge bes schon vor ber Entbindung gefaßten Entschluffes, ihr Kind zu tödten, die That verübt hat;

2) mit Buchthaus von vier bis zehn Sahren in allen übrigen Källen.

Bei Zumeffung biefer Strafen ift vorzugsweise Rudficht zu nehmen:

- 1) auf bie langere ober furgere Zeit, welche zwischen ber Geburt und ber Töbtung bes Rinbes verfloffen ift;
- 2) auf ben burch ben Geburtsact ober burch außere Umftanbe mehr ober weniger geftorten Gemuthezustanb;

^{**)} Bgl. über Kindsmord bayer. Str. 249—252., Krt. 157—171., olbenb. Art. 162—176., altenb. Art. 162 127., würtemb. Art. 249—252., braunschw. §6. 149. 150., hannob. Art. 233. 234., bab. §6. 215—224., thüring. Art. 126. 129., preuß. §. 180., österreich. §. 139.

3) barauf, ob die Mutter bereits fruher und wie oft außer= ehelich geboren hat;

4) auf die mehr ober minder gunftige Aussicht ber Mutter,

bas Rind ernahren zu tonnen.

Erschwerungsgrund ift es, wenn die Thäterin als öffentliche hure lebte; war aber bas Kind aus Nothzucht erzeugt (Art. 329.), so ift statt ber unter Nr. 1. bestimmten Strafe auf die unter Nr. 2. bestimmte, und im Falle Nr. 2. auf Correctionshausstrafe von zwei bis vier Jahren zu erkennen.

Art. 260. Ergibt fich, daß das getödtete Kind wegen zu fruhzeitiger Geburt ober befonderer Migbildung das Leben außer Mutterleibe fortzusetzen unfähig war, so tritt statt der im Art. 259. bestimmten Strafen Correctionshausstrafe ein und zwar:

1) von zwei bis acht Jahren:

in bem unter Nr. 1. im Art. 259. bestimmten Falle, und

2) von feche Monaten bis zu vier Sahren:

in allen übrigen Fällen.

Art. 261. Gine außerehelich Schwangere, welche ihre

Diebertunft verheimlicht, foll beftraft werben:

1) wenn fie biefes in ber Abstächt gethan hat, um ihr Kind zu tobten ober auszusethen, die Ausführung diefes Borfates aber wegen außerer Sinderniffe unterblieben ift, mit Correctionshaus bis zu vier Jahren;

2) wenn fie ohne jene Absicht hulflos geboren und fie baburch bie tobte Geburt ober bas Absterben bes Kinbes veranlaßt hat, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren

ober Befängnif nicht unter Ginem Monat.

Die Nieberfunft ift verheimlicht, wenn bie außerehelich Schwangere unter Umftanben, wo fle zu ber Entbindung ben Beiftand einer anderen Berfon haben konnte, absichtlich entweber ohne Betfein Anderer oder nur in Gegenwart folcher

Berfonen geboren hat, die mit ihr zu ben im gegenwärtigen Artifel mit Strafe bedrohten Sandlungen einverstanden waren.

Titel XXX.

Bon ber Rorperverlegung 50).

Art. 262. Wer rechtswidig mit Vorbebacht, jedoch ohne die Absicht zu tödten, einen Anderen an seinem Körper ober feiner Gesundheit verlet, foll folgendermaßen bestraft werben:

1) mit Zuchthaus von funf bis funfzehn Sahren, wenn ber Berletzte burch bie Berletzung bes Lebens beraubt worben, ober in eine gewiß ober wahrscheinlich unheilbare Krankbeit ober Geisteszerruttung versetz ift;

2) mit Correctionshaus von Ein bis brei, ober Buchthaus bis zu zehn Jahren, wenn ber Berlette eines Sinnes, einer hand, eines Fußes, bes Gebrauchs ber Sprache ober ber Zeugungsfähigkeit beraubt ober wesentlich versunftaltet worben ift;

3) mit Correctionshaus bis zu brei ober Zuchthaus bis zu fünf Jahren, wenn ber Verlegte in anderer Weise an einem Theile seines Körpers verstümmelt ober verunstaltet ist, ober wenn ihm die Mißhandlung eine länger andauernde, jedoch nicht für immer bleibende Krankheit ober Unfähigkeit zu seinen Berufsarbeiten verursacht hat;

4) mit Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen, wenn eine geringere Korperverletzung zugefügt, ober bie Krant- beit ober Arbeitsunfähigfeit von gang turger Dauer war.

^{5°)} Bgl. baher. Str.:Bd. Att. 178—185. 367—369., olbenb. Art. 183—190., 372—375., altenb. Att. 132—144., watt. Art. 260—273., braunichw. §9. 159—165., hannob. Att. 241—246., bab. §6. 225—238., 240—250., thüring. Art. 131—139., öfterreich. §6. 152—157. 393—408., prenß. §6. 187—203.

Deutsche Strafgefetbucher. VII.

Alls Erschwerungsgrund ift anzusehen, wenn die Bersletzung in verabredeter Vereinigung Mehrerer, mittelst hintersliftigen Anfalls ober mit Waffen verübt wurde.

Art. 263. Ift die Körperverletzung ohne Borbebacht, im Affect beschloffen und ausgeführt worden, fo treten folgende Strafen ein:

- 1) in ben Fällen bes Art. 262. Nr. 1. und 2.: Corrections= haus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu acht Jahren;
- 2) in ben bafelbst unter Nr. 3. bemerkten Fällen: Correctionshaus bis zu zwei Sahren;
- 3) in ben bafelbft unter Nr. 4. bemerkten Fällen: Gefangniß bis zu zwei Monaten ober Gelbbuge bis zu fechzig Gulben.
- Art. 264. War jedoch der Affect, ohne alle oder boch ohne gerechte Beranlassung, durch grobe Beleidigung oder ansberes pflichtwidriges Betragen gegen den Thäter oder die im Art. 39. genannten Angehörigen besselben von dem Berletten selbst hervorgerufen, so treten, statt der im Art. 263. gedroheten Strafen, folgende Strafen ein:
 - 1) in ben bafelbft unter Nr. 1. bemerkten Fällen: Correctioneshaus von feche Monaten bis zu vier Jahren;
 - 2) in den bafelbft unter Nr. 2. bemerkten Fällen: Corrections= haus bis zu Ginem Sahre;
 - 3) in den daselbst unter Nr. 3. bemerkten Fällen: Gefäng= niß bis zu Einem Monat oder Geldbuße bis zu dreißig Gulden.

Art. 265. Bei Zumessung ber in ben Art. 262. 263. und 264. angebrobten Strafen ift es als ein bie Strafbarkeit minbernder Umftand zu betrachten, wenn die Absicht bes han- belnden auf einen geringeren, als ben wirklich eingetretenen

Erfolg gerichtet, und dieser lettere nicht als mahrscheinliche Volge ber Handlung vorauszusehen mar.

Die Gerichte find felbst ermächtigt, aus biesem Grunde in ben Fällen bes Art. 262. Nr. 1. 2. und 3., und ber Art. 263. und 264. Nr. 1. und 2. bie Strafe auf ben für bie nächste niebere Klasse bestimmten Grad herabzuseben.

Art. 266. Hat Jemand an seinen Blutsverwandten in aufsteigender Linie, an seinen Pflegeltern, Erziehern oder Bormundern, überhaupt an solchen Bersonen, welchen er vorzügsliche Achtung schuldig ist, oder an einer Schwangeren, deren Zustand ihm bekannt gewesen, sich vorsäglich einer Körperverletzung schuldig gemacht, so kann die im Art. 262. unter Nr. 4. bestimmte Strafe bis auf sechs Monate Correctionshaus, und die im Art. 263. unter Nr. 3. bestimmte Strafe bis auf drei Monate Gefängnis erhöht werden.

Art. 267. Ift in Folge ber im vorhergehenden Artikel erwähnten Mißhandlung einer Schwangeren bieselbe mit einem tobten ober einem nicht lebensfähigen Kinde niedergekommen, ober ist das Kind nach der Geburt in Folge der Wißhand-lung gestorben, so tritt Correctionshausstrafe von Ein bis funf Jahren ein.

Art. 268. Ift die Körperverletzung mit Vorsatz an einer Berson verübt worben, welche unter der Aufsicht, Gewalt ober Pflege des Thäters steht, so können die Gerichte, wenn noch weitere schwere Mißhandlungen zu besorgen sind, neben der Strafe noch verfügen, daß der Mißhandelte der Gewalt der ihn mißhandelt habenden Eltern, Pflegeltern, Vormünder ober Aufseher entzogen, und auf deren Kosten oder auf Kosten der Armenanstalten in andere Pflege und Aufsicht gegeben wers den soll.

Art. 269. Ber aus Fahrläßigkeit einem Unberen eine ber im Art. 262. bezeichneten Berletjungen jufugt, wirb,

vorausgefest, daß sie den Tod des Berlesten nicht zur Folge gehabt hat, im Falle Nr. 1. und 2. mit Correctionshaus bis zu fechs Monaten, im Falle Nr. 3. mit Gefängniß ober mit Gelbbuge bestraft.

Die Fahrläßigkeit im Falle bes Urt. 267. wird mit

Befängniß beftraft.

Art. 270. Wenn die im Art. 256. genannten Bersfonen aus Fahrläßigkeit bei Ausübung ihrer Kunft eine Bersletzung der im Art. 262. unter Nr. 1. 2. und 3. bezeichneten Art verschuldet haben, so kann nach Umständen neben den im vorhergehenden Artikel angedrohten Strafen zugleich auf zeitsliche Entziehung der Befugniß zur Ausübung ihrer Kunft erkannt werden.

Urt. 271. Burden körperliche Mißhandlungen gegen eine Berson langere Zeit fortgesett, ober körperliche Beinigungen ober Martern angewendet, so soll gegen den Schuldigen, wenn er nicht nach den Bestimmungen der vorhergehenden Urtikel strenger zu bestrafen ist, Gefängniß oder Corrections-haus bis zu zwei Jahren erkannt werden.

Art. 272. Die mit ober ohne Vorbedacht verübte, im Art. 262. unter Nr. 4. bezeichnete Körperverlegung, und die baselbst unter Nr. 3. bezeichnete, wenn diese durch Fahrläßigeteit bewirkt wurde, sollen, sosern nicht beren Zufügung mit Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verbunden gewesen ist, nur auf Klage des Beschädigten bestraft werden; diesenigen Fälle ausgenommen, wo die gesetzlichen Vertreter desselben sich der Körperverletzung schuldig gemacht haben und der Beschädigte außer Stand ist, sich selbst an die Obrigkeit zu wenden.

Citel XXXI.

Bon Tobtung ober Rorperverlepung bei Raufhanbeln 51).

Art. 273. Die bei Raufhanbeln oder Schlagereien, als Folge vorsätlicher, ohne Borbebacht zugefügter Berletungen, eingetretene Tobtung wird in folgender Beife bestraft:

1) wenn bem Getöbteten von verschiedenen Theilnehmern mehrere Verletzungen zugefügt sind, deren jede für sich einzeln als tödtlich erscheint, so wird jeder Urheber einer solchen Verletzung, insofern er den Vorsat (Art. 58. 60. 62.) zu tödten gehabt hat, von der Strafe des Todtschlags (Art. 253.) getroffen, oder von der in den Art. 263. unter Nr. 1., 264. Nr. 1. und 265. bestimmten Strafe der nicht beabsichtigten, durch eine vorsätzliche Körperverletzung verursachten Tödtung, wenn sie ihm blos in dieser Art zugerechnet werden kann:

2) sind unter ben mehreren Verletzungen einzelne tobtlich und andere nicht tödtlich, so werden die Urheber der ersteren ebenso wie im Falle Nr. 1. bestraft, die Urheber der anderen hingegen nach den gesetzlichen Strafbestimmungen über das Verbrechen der Körperverletzung

(Art. 263. 264. 265.);

3) waren die von verschiedenen Theilnehmern zugefügten Berletzungen nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen tödtlich, so wird jeder Urheber einer solchen Berletzung von der Strafe der nicht beabsichtigten, durch vorfähliche Körperverletzung verursachten

²¹) Bgl. bayer. Str.: E.: Bd., Art. 153—156. 185. 368., ofbenb. Art. 153—161. 190., 374., aftenb. Art. 124. 136., würtemb. Art. 248. 266., braunichw. §§. 163. 163., bannov. Art. 232. 245., bab. §§. 239—242., thüring. Art. 124. 132., preuß. §. 195., bfterreich. §§. 143. 157.

- Tobtung (Art. 263. und 264. Nr. 1. Art. 265.) getroffen;
- 4) sind im Falle Nr. 2. die Urheber der Berletungen zwar bekannt, aber es bleibt ungewiß, wem von ihnen die tödtlichen oder nicht tödtlichen Berletungen zuzurechnen sind, fo werden sie insgesammt als schuldig der nicht beabsichtigten, durch vorfähliche Korperverletung veranlaßten Tödtung mit Correctionshaus bis zu drei, oder Zuchthaus bis zu vier Sahren bestraft;
- 5) sind die wirklichen Urheber der Berlegungen des Getödteten nicht auszumitteln, oder hat er nur eine Berlezung erhalten und es bleibt ungewiß, von wem sie zugefügt wurde, so werden alle Theilnehmer, die erweislich mit ihm gerauft oder sich thätlich an ihm vergriffen haben, mit Correctionshaus bis zu vier Jahren bestraft. Sind jedoch in Ansehung einzelner Theilnehmer Gründe vorhanden, welche gegen die Annahme sprechen, daß sie Urheber einer Verlezung seien, so werden dieselben von gar keiner oder blos von Gefängnisstrafe getroffen.
- Art. 274. Ift bei Raufhanbeln ober Schlagereien Jemand ohne Borbebacht verwundet oder sonft beschäbigt worden, so werden die Theilnehmer in folgender Beise bestraft:
 - 1) wenn erwiesen ist, von welchen Theilnehmern bie einzelnen Berletzungen zugefügt sind, so ist jeder derfelben als Urheber ber von ihm felbst bewirkten Beschädigung nach den Bestimmungen der Art. 263. 264. und 265. zu bestrafen;
 - 2) wenn bagegen bie Urheber ber einzelnen Berletzungen nicht ausgemittelt werben konnen, fo werben alle Theilnehmer, bie erweislich mit bem Berletzen gerauft ober

sich thätlich an ihm vergriffen haben, von Gefängnifstrafe ober von Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren getroffen, beren Maß im einzelnen Valle sich vorzüglich nach ber Art und Größe ber eingetretenen Beschäbigungen (Art. 262.) richtet;

3) die nämlichen Strafen treten gegen die Urheber der einzelnen Verletzungen auch dann ein, wenn diese bie erfolgte Beschädigung nicht einzeln, sondern blos durch

ihr Bufammentreffen hervorgebracht haben;

4) find die Urheber einzelner Verlegungen ausgemittelt, die Urheber anderer aber ungewiß, so wird die durch die letteren hervorgebrachte Beschädigung allen Theilnehmern insgesammt, die erweislich mit dem Verletten gerauft oder sich thätlich an ihm vergriffen haben, in der Art zugerechnet, daß gegen sie ebenfalls die unter Nr. 2. ges drohten Strafen eintreten.

In den Fällen Nr. 2. und Nr. 4. werden jedoch diejenigen Theilnehmer, in Ansehung derer Grunde vorhanden sind, welche gegen die Annahme sprechen, daß sie Urheber solcher Verlehungen seien, von gar keiner oder blos von Gefängnißstrase getroffen.

Art. 275. Auf biejenigen Theilnehmer, bezüglich welscher sich burch bie Untersuchung als glaubhaft herausstellt, daß sie gegen ihre Absicht in den Raufhandel verwickelt wursden, oder daß sie blos zur Abwendung dringender Gefahr für Leib oder Leben der im Art. 39. bezeichneten Personen sich in den Raufhandel, nach dessen Entstehung, eingemischt haben, sinden die Bestimmungen der Art. 273. und 274., insoweit sich dieselben von den sonstigen im gegenwärtigen Gesethuche enthaltenen Grundsähen entsernen, keine Anwendung.

Titel XXXII.

Bon ber Tobtung und Befchabigung Anderer burch Bergiftung 52).

Art. 276. Wer einem Anderen Gift ober andere Substanzen, von denen ihm bekannt war, daß sie wie Gift den Tod bewirken können, beigebracht und dadurch ben Tod desselben verursacht hat, wird mit dem Tode bestraft, follte auch
seine Abstätt nicht auf Tödtung, sondern nur auf Beschädigung
gerichtet gewesen sein.

War die Absicht nicht auf Tödtung, sondern nur auf Beschädigung gerichtet und treten strafmindernde Umftande hinzu, so können die Gerichte statt auf Todesstrafe auf lebens-

langliche Buchthausftrafe ertennen.

Mrt. 277. Wer in ber Absidit, Andere an ber Gefund= beit zu beschädigen ober zu tobten,

- 1) Brunnen,
- 2) zum öffentlichen Verkaufe ober Verbrauche bestimmte, in fremdem Besithe besindliche Waaren, ober folche in frembem Besithe besindliche Sachen vergiftet, durch beren Vergiftung eine unbestimmte Menschenzahl an ber Gefundbeit ober am Leben beschädigt werden kann; ober wer
- 3) solchen in fremdem Besitze befindlichen Sachen Substanzen beimischt ober zusetzt, von benen ihm bekannt ift, bag sie auf gleiche Weise, wie Gift, ben Tob bewirken konnen; pher mer
- 4) die unter Nr. 2. und 3. aufgezählten Sandlungen mit in eigenem Besitze befindlichen Sachen ober Waaren vornimmt und folche zum öffentlichen Verkaufe ober Ver-

⁵²⁾ Bgl. baver. Str. & 206. Art. 148—150. 183., olbenb. Art. 153—155. 188., würtemb. Art. 240—242. 269. 270., hannov. Art. 228., bab. §§. 248—250., thuring. Art. 122., preng. §. 197., öfterreich. §. 135.

brauche aussett ober auf irgend eine Beife gum Berbrauche an Andere abaibt.

soll, wenn baburch ber Tob ober ein bleibender Nachtheil an ber Gesundheit eines Anderen erfolgte, mit dem Tobe, in allen anderen Fällen aber mit Zuchthaus von funf bis sechzehn Jahren bestraft werden.

Art. 278. Wer ohne Absicht zu toten, jedoch mit ber Absicht zu beschädigen, einem Anderen Gift ober andere Gubstangen, von denen ihm bekannt war, daß fie wie Gift wirken, beigebracht hat, foll bestraft werden:

1) mit Buchthaus von acht bis fechzehn Sahren, wenn baburch eine gewiß ober mahrscheinlich unheilbare Krant-

beit ober Beifteszerrüttung verurfacht ift:

2) mit Buchthaus bis zu zehn Sahren, wenn bie verurfachte Befchabigung von geringerer Art ift.

Art. 279. Geschah die in Art. 276. mit Strase bes brohte handlung aus Fahrläßigkeit, so kommen, wenn der Tod eines Menschen erfolgte, die Strasen des Art. 255. zur Anwendung. Burde eine Beschädigung verursacht, oder ersfolgte im Valle des Art. 277. auch keine Beschädigung, so tritt Correctionshaus bis zu Einem Jahre oder Gefängniß, bei besonders strasmindernden Umständen aber Geldbuße ein.

Art. 280. Wer Nahrungsmitteln, Arzneistoffen ober anderen Waaren, die er gewerbsmäßig absett, Dinge, welche der Gesundheit gefährlich sind, wissentlich beimischt oder zusset, wird, insofern die Handlung im einzelnen Falle nicht in ein bestimmtes anderes, schwereres Verbrechen übergeht, mit Gefängniß oder Geldbuße, in allen Fällen mit Consiscation der so zugerichteten Waaren und nach Umständen zugleich mit zeitlicher oder bleibender Entziehung des öffentlichen Gewerbsbetriebs bestraft.

Titel XXXIII.

Bon ber Abtreibung ber Leibesfrucht 53).

Art. 281. Wenn eine Schwangere in rechtswidriger Absicht durch außere oder innere Mittel ihre Frucht im Muttersleibe tödtet oder vor der gehörigen Reise abtreibt, oder wenn das Kind in Folge der angewendeten Mittel nach der Geburt stirbt, oder wenn die Schwangere dieses durch Andere bewirsten läßt, so wird sie bestraft:

1) mit Correctionshaus von feche Monaten bis zu vier Sah=

ren, wenn bie Beugung außer ber Ghe;

2) mit Correctionshaus von Gin bis fechs Sahren, wenn bie Beugung in ber Che gefchehen mar.

Art. 282. Die gleiche Strafe trifft auch ben Mitschuls bigen, ber mit ber Einwilligung ober auf Verlangen ber Schwangeren bie Mittel angewendet hat.

Art. 283. Verübte ein Schuldiger ber im vorhergehenben Artikel bezeichneten Art bas Verbrechen gewerbsmäßig, fo findet Zuchthausstrafe von vier bis zehn Jahren ftatt.

Art. 284. Geschah die im Art. 281. mit Strafe bestrohte Handlung durch einen Anderen ohne oder wider den Willen der Schwangeren, so wird, insosern die That nicht als Körperverletzung oder Tödtung strafbarer ift, der Thäter solgendermaßen bestraft:

1) mit lebenslänglichem Buchthaus, wenn baburch ber Sob ber Schwangeren verursacht ift und bem Thater bekannt war, bag bie angewendeten Mittel biefen Erfolg haben

fonnten;

¹³⁾ Bergl. baher. Sir. 29. 28ch. Art. 172. 173., olbenb. Art. 177. 178., altenb. Art. 128. 129., würtemb. Art. 253—255., braunschw. §. 155., hannob. Art. 236. 237., bab. §§. 251—254., thüring. Art. 127. 128., preuß. §§. 181. 182., öfterreich. §§. 144—148.

2) mit Buchthaus von acht bis fechzehn Jahren, wenn bie Schwangere ohne bie in vorhergehender Nr. 1. angeführte Borausfetzung baburch bas Leben verloren hat, ober wenn fie burch bie angewendeten Mittel in eine gewiß ober mahrscheinlich unheilbare Geisteszerrüttung ober Krankheit versetz worden ist;

3) mit Juchthaus von vier bis zehn Jahren, wenn bie Schwangere baburch in Lebensgefahr gefet, ober wenn fie mit einem tobten ober einem unreifen, nicht lebenssfähigen Kinde niedergekommen, ober das Kind nach der Geburt in Folge der durch die angewendeten Mittel erslittenen Mighandlung gestorben ist;

4) mit Correctionshaus von Gin bis vier Jahren in allen anderen Fällen, auch wenn die angewendeten Mittel fei-

nen nachtheiligen Erfolg gehabt haben.

Art. 285. Bei Zumeffung ber in ben Art. 282. 283. und 284. bestimmten Strafen wird es als Erschwerungsgrund betrachtet, wenn eine ber im Art. 256. genannten Versonen ber schuldige ober mitschuldige Theil war, und muß bann gleichzeitig auf bleibende Entziehung ber Besugniß zur Auseübung feiner Kunst erkannt werben.

Citel XXXIV.

Bon ber Aussehung hulflofer Rinber und anderer hulflofer Berfonen 54).

Art. 286. Eltern, welche ihr Rind in der Absicht, fich von ber Sorge fur basfelbe zu befreien, in einem Alter ober

³³⁾ Bgl. baper. Str.: B.: Bd. Art. 174-177., ofdenb. Art. 179-182., aftenb. Art. 131., würtemb. Art. 256-259., braunschw. §. 156., hannov. Art. 239. 240., bab. §§. 260-266., thuring. Art. 130., preuß. §. 183., österreich. §§. 149-151.

Buftande, in welchem es fich felbst zu helfen unvermögend ift, bulflos verlaffen ober in gleichem Buftande von fich entfernen, machen fich bes Berbrechens ber Aussehung schulbig.

Desfelben Verbrechens machen sich unter ber nämlichen Boraussegung auch Andere schuldig, wenn sie gegen fremde Kinder in solchem Alter ober Zustande, oder gegen andere hülflose Bersonen, die ihrer Obhut anvertraut, oder zu beren Verpstegung, Erziehung, Ernährung, Bewahrung, Transportirung oder Aufnahme sie rechtlich verpflichtet sind, solche Handelung begehen.

Art. 287. Ist die Aussetzung auf eine folche Art, an einem solchen Orte und unter solchen Umständen geschehen, daß eine Gesahr für das Leben des Ausgesetzten von dem Thäter nicht befürchtet werden konnte, so soll derselbe bestraft werden:

1) mit Correctionshaus von feche Monaten bis zu vier Jahren, wenn bemungeachtet ber Ausgefeste babei um

bas Leben gefommen ift;

2) mit Correctionshaus bis ju Ginem Jahre, wenn er nicht um bas Leben gekommen; wobei die Gerichte darauf Rucksicht zu nehmen haben, ob der Ausgesetzte mehr oder weniger Schaben gelitten, oder ganz unversehrt geblieben ift.

Art. 288. Geschah die Aussetzung auf eine dem Leben bes Ausgesetzten zwar nicht ungefährliche Art, jedoch dergesstalt, an einem folchen Orte und unter solchen Umständen, daß dessen Rettung mit Wahrscheinlichkeit von dem Thäter erwartet werden konnte, so ist derselbe zu verurtheilen:

- 1) zu Buchthausstrafe bis zu acht Jahren, wenn ber Ausgesetzte fein Leben verloren bat;
- 2) zu Correctionshausftrafe von Gin bis brei ober Bucht= hausftrafe bis zu vier Jahren, wenn er nicht um bas Leben gekommen ift, jedoch Schaben erlitten hat;

3) ju Correctionshausstrafe von feche bis achtzehn Monaten, wenn er unbeschäbigt geblieben ift.

Art. 289. Ift bie Aussetzung auf eine folche Art, an einem folchen Orte und unter folchen Umftanben geschehen, bag ber Thater die Rettung bes Ausgesetzten mit Bahrschein-lichkeit nicht erwarten konnte, so treten folgende Strafen ein:

1) Buchthausstrafe von zehn bis fechzehn Sahren, wenn ber

Tob erfolgte;

2) Buchthausstrafe von vier bis zehn Sahren, im Falle ber Beschäbigung bes Ausgesetzen;

3) Correctionshausftrafe von zwei bis vier Sahren, wenn

berfelbe feinen Schaben erlitten bat.

Art. 290. Die Gerichte haben bas Maß ber in ben Art. 287. 288. 289. angebrohten Strafen um bie Sälfte herabzufeten, wenn bie Aussetzung von der Mutter an ihrem neugebornen unehelichen Kinde verübt worden ift.

Art. 291. Eltern, welche ihr noch unerzogenes ober gebrechliches Kind Bettlern, Landstreichern ober umberziehenden Gauklern in gewinnsuchtiger Absicht, ober um fich der Pflicht für die Ernährung und Pflege desfelben zu entziehen, überslaffen ober übergeben, sollen zu Correctionshausstrafe bis zu drei ober Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren verurtheilt werden.

Auch tonnen bie Gerichte wegen funftiger Bflege und Erziehung bes Rindes, wie im Art. 268. verorbnet, verfügen.

Citel XXXV.

Bom Zweitampfe (Duell) 56).

Art. 292. Ber einen Anderen wegen einer Beleidigung zum Kampfe mit tobtlichen Baffen herausfordert, und wer auf eine folche Gerausforderung sich zum Streite stellt, wird, wenn ber Zweikampf wirklich vor sich gegangen ift, bestraft:

- 1) mit Feftungsftrafe von brei bis fechs Jahren, menn ber Zweikampf auf ben Tob eines Theils verabrebet und auch ein Theil mirklich getöbtet murbe;
- 2) mit Festungsstrase von Ein bis drei Jahren, wenn ohne eine folche Berabredung Einer getödtet, ober wenn ein Theil oder beide Theile auf die im Art. 262. Nr. 1. 2. ober 3. bemerkte Weise verlett wurde;

3) mit Festungöstrafe von brei Monaten bis zu zwei Jahren, wenn eine geringere Berletung eingetreten ift;

4) mit Festungsstrafe von ein bis bret Monaten, wenn ber Zweikampf keine Berletung zur Folge gehabt hat. Eben biese Strafe trifft auch benjenigen ber Duellanten, welcher in ben unter Nr. 2. und 3. bemerkten Fällen im Zweiskampfe eine nicht töbtliche Körperverletung erlitten hat; insofern sein Gegner nicht ebenfalls von ihm verlett worden ist.

Art. 293. Die Gerichte haben bas Maß ber im vorshergehenden Artikel angedrohten Strafen um die Hälfte herabzusehen, wenn sich aus den Umständen ergibt, daß einer der Duellanten, er mag der Herausforderer oder der Herausgesforderte fein, wegen der Beschaffenheit der ihm zugefügten Beleidigung oder wegen anderer Verhältnisse dem Zweikampfe

⁵⁹⁾ Bergl. altenb. Str. = G. = Bd. Art. 206 — 210., würtemberg. Art. 201 — 205., braunschw. §§. 119—122., hannob. Art. 174—177., bab. §§. 326 — 334., thüring. Art. 197—201., preuß. §§. 164—174., österreich. §§. 158—165.

als vermeintlichem Ehrenrettungemittel nicht ausweichen konnte, ohne fich bebeutenbem Nachtheil auszufegen.

Art. 294. Diejenigen, welche Undere jum Zweikampfe

angereigt haben, werben als Behulfen beftraft.

Diesenigen, welche bei dem Zweikampfe als Sekundanten oder bestellte Zeugen sich eingefunden haben, oder Cartelträger gewesen sind, werden in den im Art. 292. unter Nr. 1. und 2. bezeichneten Fällen mit Festungsstrafe bis zu drei Monaten, und in dem Falle unter Nr. 3. mit gerichtlichem Verweise bestraft. Sie sind von aller Strafe freizusprechen, wenn sie sich ernstlich bemuht haben, das Duell zu verhindern, oder während des Kampses den schädlichen Erfolg desselben abzuswenden.

Mrt. 295. Ift im einzelnen Falle

1) das schwerere Berbrechen bes Mordes ober ber vorbes bächtlichen Körperverletzung bei bemjenigen, ber das Duell oder die Herausforderung absichtlich veranlaßt hat, vors handen, oder ist

2) bie eingetretene Tobtung ober Korperverlegung die Folge einer vorfäglichen Berlegung ber hergebrachten ober be-

fonders verabredeten Regeln bes Zweitampfes,

so kommen die Borschriften über das Berbrechen der Tödtung ober der Körperverlegung (Tit. XXIX. und XXX.) zur Answendung.

Titel XXXVI.

Bon Berlegung ber perfonlichen Freiheit 56).

§. I. Entführung.

Art. 296. Wer sich einer Frauensperson ohne ihren Billen durch Gewalt, Lift, gefährliche Drohungen oder Betrug bemächtigt und dieselbe, um sie zur Unzucht oder zur Che zu bringen, oder sie zu solchem Zwecke einem Anderen zu überliesern, hinwegführt, oder sie zu gleichem Zwecke wider ihren Willen in seiner Gewalt zurückhält, soll mit Correctionsbaus bis zu drei oder Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft werden.

Diefelbe Strafe trifft auch ben, welcher eine Berfon unter funfzehn Sahren, obichon mit ihrem Billen, jedoch ohne Einwilligung ihrer Eltern ober Vormunder, in ber voreerwähnten Absicht hinwegführt ober in feiner Gewalt zurudhält.

Bei Zumeffung bieser Strafe ift auf die perfonlichen Berhältnisse des Entführers und der Entführten, sowie auf den Grad der gebrauchten unerlaubten Mittel, und ob die Entführte längere oder kurzere Zeit in der Gewalt des Entsührers zurückgehalten worden ist, Rucksicht zu nehmen.

Erfchwerungsgrund ift es, wenn bie Entfuhrte gum un=

ebelichen Beifchlaf gebracht murbe.

Art. 297. Wer, außer bem Falle des zweiten Absates bes Urt. 296., eine ledige Frauensperson, die sich noch unter ber Gewalt ihrer Eltern oder Bormunder befindet, zum Zwecke ber Eingehung der She oder Befriedigung der Wolluft, mit ihrem Willen, jedoch ohne Einwilligung der Eltern oder

¹⁶⁾ Bergl. baher. Str.: G.: Bc, Art. 192—203. 371., ofbenb. Art. 197—208. 381., aftenb. Art. 144—166., würtemb. Art. 274—282., braunschw. §§. 169—171., hannov. Art. 247—254., bab. §§. 267—277., thüring. Art. 140—151., preuß. §§. 204—214., österreich. §§. 90 91. 93—97.

Bormunber entfuhrt, foll mit Correctionshaus bis zu feche Monaten bestraft werben.

Bei Zumeffung biefer Strafe ist auf die perfonlichen Berhältniffe des Entführers und der Entführten, sowie auf das Lebensalter der Letzteren Rücksicht zu nehmen; auch findet hier der im vorigen Artikel erwähnte Erschwerungsgrund Anwendung.

Findet die That in der Sandlungsweise der Eltern oder Bormunder gegen die Entfuhrte eine Entschuldigung, so konnen die Gerichte statt auf Correctionshausstrafe auf Gefängniß-

ftrafe nicht unter Ginem Monat ertennen.

Ift eine verheirathete Berson mit ihrem Billen zu bem angegebenen Zwecke aus ber Gewalt ihres Chegatten entführt worden, so sollen, insofern nicht die Strafe der doppelten Che eintreten muß, der Entführer und die Entführte zu Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten verurtheilt werden. War der Entführer zur Zeit der That selbst verheirathet, so ist dies hinsichtlich beider als Erschwerungsgrund bei Zumessung der Strafe zu betrachten.

Art. 298. Bestrafung wegen Entsuhrung sindet nur auf Klage der Entsuhrten, ihres Ehemannes, ihrer Eltern, insofern sie noch unter deren Gewalt steht, oder ihres Bormundes, nie aber dann statt, wenn der Entsuhrer die Entstührte geheirathet hat und die Ehe nicht von denjenigen als nichtig angesochten worden ist, welche dazu nach den bürgerslichen Gesehen berechtigt sind; auch darf der Entsührer nicht eher verurtheilt werden, als die die Ehe durch ein rechtsträftiges Erkenntniß des zuständigen Gerichts für nichtig erstlärt worden ist.

S. II. Menichenraub.

Art. 299. Wer widerrechtlich fich eines Menschen wider beffen Billen burch Gewalt ober Lift, gefährliche Drohungen

Deutsche Strafgesetbucher. VII.

ober Betrug, ober vor beffen jurudgelegtem fechzehnten Sahre mit beffen Willen, jedoch ohne Einwilligung der Eltern ober Bormunder, bergeftalt bemächtigt, daß derfelbe dem Schutze bes Staats, oder benjenigen, welche ihn in rechtmäßiger Ge-walt haben, entzogen wird, ift folgendermaßen zu bestrafen:

1) mit Zuchthaus von acht bis fechzehn Jahren, wenn ber Geraubte im Auslande zu auswärtigem Schiffs = ober Kriegsdienste genothigt, ober in Stlaverei oder Leibe eigenschaft verfett, ober in entfernte Weltgegenden geführt und ba feinem Schicksale überlassen worden ist;

2) mit Buchthaus von vier bis zehn Jahren, wenn zwar feine ber vorbemerkten Boraussegungen eingetreten ift, ber Thäter aber die Absicht hatte, ben Geraubten für immer ober auf eine langere ober unbestimmte Zeit feinen Standes = Familien = ober Gewerbsverhältniffen zu ent=reißen;

3) in anderen Fallen mit Correctionshaus bis zu brei ober

Buchthaus bis zu funf Jahren.

Art. 300. Wenn Minderjährige, welche das sechzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, ihren Aufenthaltsort verlaffen, um sich dadurch der Gewalt ihrer Eltern oder Bormunder zu entziehen, so sollen diesenigen, welche ihnen hierzu wiffentlich und durch angewendete Gewalt, Lift, gefährliche Drohungen oder Betrug behülflich gewesen waren, wenn die That nicht in sonstiger Beziehung strafbarer erscheint, auf Klage der Eletern oder Bormunder zu Gefängnisstrafe nicht unter Einem Monat, und bei besonders erschwerenden Umständen zu Correctionshausstrafe bis zu Einem Sahre verurtheilt werden.

S. III. Biberrechtliche Gefangenhaltung.

Art. 301. Wer einen Anderen in widerrechtlicher Abficht einsperrt oder auf sonstige Weise gefangen halt, wird bestraft: 1) wenn die Freiheitsberaubung nicht über Ginen Monat gebauert hat, mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu zwei Jahren;

2) wenn fle uber Einen Monat gebauert hat, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis gu

gebn Jahren.

Art. 302. Burbe bas Berbrechen gegen Blutsverwandte in aufsteigender Linie verübt, ober hat derjenige, gegen den es verübt wurde, durch die Beschaffenheit des Orts, oder die Art der Gesangenhaltung Mißhandlungen erlitten, die für das Leben oder die Gesundheit desselben, oder für dessen Gesmüths- oder Geisteszustand von besonders nachtheiligen Folgen waren, so sind die Gerichte ermächtigt, in dem Falle des vorhergehenden Artikels Nr. 1. zu der unter Nr. 2. bestimmten Strafe überzugehen, und im Falle Nr. 2. die Zuchthausstrafe bis auf sechzehn Jahre zu erhöhen.

Citel XXXVII.

Bon ben Angriffen auf bie Ghre 57).

Art. 303. Wer einen Anderen, um eine Untersuchung ober Bestrafung gegen ihn zu veranlassen, bei der Obrigkeit wissentlich falsch einer mit Strafe bedrohten Sandlung besichuldigt, soll wegen falscher Anzeige (Denunciation) mit Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen oder Corrections-haus bis zu drei Jahren bestraft werden.

³⁷) Bgl. bayer. Str.:G.:Bch. Art. 284—294., olbenb. Art. 289—299. 407—412., aftetb. Art. 194—203., würtemb. Art. 283—294., braunschw. §§. 198—203., bannov. Art. 261—269., bab. §§. 237—325., thüring. Art. 185—194., preuß. §§. 152—163., bsterreich. §§. 206—203. 487—499.

Die Gerichte konnen überdies auf Antrag ber Bethei= ligten verordnen, daß das gegen den Schuldigen ergangene Strafurtheil auf beffen Kosten durch den Druck bekannt ge= macht werden foll.

Art. 304. Wer, ben Vall bes vorhergehenden Artikels ausgenommen, einen Anderen wiffentlich falfch einer bestimmten unstitlichen oder verbrecherischen Sandlung beschulbigt, welche, wenn sie wahr ware, benfelben in ber öffentslichen oder seiner Standesgenoffen Meinung verächtlich machen oder herabsehen wurde, ift des Verbrechens ber Verläumsbung schulbig.

Es ift gleichgultig, ob ber Verlaumbete genannt, ober

auf eine fonftige Beife fenntlich bezeichnet worben ift.

Art. 305. Wer Jemanden einer im vorhergehenden Artikel bezeichneten Handlung beschuldigt, ohne daß die wissent= lich falsche Eigenschaft der Beschuldigung erhellt, jedoch ohne daß er zureichende Gründe hatte, die Thatsache für wahr zu halten, ist ebenfalls der Verläumdung schuldig, sofern nicht:

- 1) bie Beschuldigung unter ber ausbrucklichen Verwahrung geschah, baß die beffallstge Mittheilung nur eine vertrauliche sein sollte, und die Ernftlichkeit dieser Berwahrung aus den Umftanden hervorgeht, oder
- 2) eine folche Bermahrung, wenn auch nicht ausbrucklich geschehen, boch stillschweigend aus ben Umftanben erhellt.

Art. 306. Die Berlaumbung wird beftraft:

- 1) im Falle bes Art. 304. mit Gefängniß ober Corrections= haus bis zu zwei Jahren;
- 2) im Falle bes Art. 305. mit Gefängniß oder mit Correctionshaus bis zu neun Monaten, ober Gelbbufe bis zu funfhundert Gulden.

Ift die Verläumdung in einem gebruckten Auffage ober einer bilblichen Darstellung verbreitet, oder ber Auffag ober bie bilbliche Darstellung in einem ober mehreren Eremplaren öffentlich angeheftet worden, so soll neben ber verwirkten Freiheitöstrafe auf Geldbuße von funfzig bis funfhundert Gulben erkannt werden.

Art. 307. Bei Bumeffung ber im vorhergebenben Artitel angebrobten Strafen haben bie Berichte zu berudfichtigen:

- 1) Die Große ber Beschuldigung und bes etwa baburch entftandenen Schabens;
- 2) ben Grad und die mehr oder minder boshafte Art ber Berbreitung;
- 3) ob die Verläumdung bei Gericht oder an öffentlichen Orten, oder vor Perfonen, die auf bas Fortkommen und bas burgerliche Wohl bes Verläumdeten Einwirkung haben, geschehen ift;

4) bie personlichen Berhältniffe bes Berläumders zu bem Berläumdeten, und ob insbesondere ber erstere dem letzetern zu besonderer Achtung ober Ehrerbietung verpflichtet mar.

Art. 308. Wer einem Underen rechtswidrig burch Rede, Schrift, Beichen, bildliche Darftellung oder Thailichfeit Berachtung bezeigt, oder ihn verächtlicher Eigenschaften oder Gefinnungen bezuchtigt, macht fich der Ehrenfrantung schulbig.

Bu ben Chrenfrantungen geboren auch :

1) biejenigen Sandlungen, bie eine Berletzung ber Schamhaftigkeit bessenigen enthalten, gegen welchen fle verübt find, insofern die Handlung nicht in ein anderes schwereres Berbrechen übergebt, und

2) an und fur fich mabre Befdulbigungen, welche in einer folden Form ober unter folden Umftanben vorgebracht

worben find, welche bie Abficht, ben Befchulbigten jugleich zu beleibigen, zu erkennen geben.

Art. 309. Ift bie Ghrenkrankung unter einem ober mehreren ber nachfolgenden Umftanbe begangen worben, nämlich :

1) wenn bie Ehrenkrantung fur bie Standesverhaltniffe bes Beleidigten, feinen Geschäftsbetrieb ober fein Fortkommen nachtheilige Folgen haben konnte;

2) wenn fie gegen Perfonen, benen ber Beleibiger gu befonderer Achtung ober Chrerbietung verpflichtet mar, ver-

ubt murbe;

3) wenn die Beleidigung an einem öffentlichen Orte, ober vor einer Versammlung ober vor der Obrigkeit geschehen ift; so wird auf Gefängniß ober Correctionshausstrafe bis zu feche Monaten, ober Geldbuße bis zu breihundert Gulden erkannt.

Im Falle einer thätlichen Chrenkrankung biefer Urt kann bie Correctionshausstrafe bis auf Gin Jahr und bie Gelbbufe bis auf sechshundert Gulben erhöht werben.

Art. 310. Ift die Sprenkrankung vermittelft bleibender Beiden, sei es durch Druck, Lithographie, Schrift oder auf sonstige Beise, jedoch unter dem wahren Namen des Beleibigers verbreitet oder veröffentlicht worden, so findet Gefängenifftrafe oder Geldbuße bis zu hundert und funfzig Gulben statt.

Treten einer ober mehrere ber im vorhergehenden Artitel unter Nr. 1. 2. und 3. erwähnten Umftanbe hingu, so kann auf Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten und zugleich auf Gelbbuße bis zu breihundert Gulben erkannt werden.

Art. 311. Ift die Ehrenkränkung auf die im vorher= gehenden Artikel angegebene Weise verbreitet oder veröffent= licht worden, und hat sich der Thäter entweder gar nicht, oder nicht mit seinem mahren Namen genannt, so ift der Beleibiger zu Gefängnifftrafe und zugleich zu einer Gelbbufe von funfzig bis hundert und funfzig Gulben zu verurtbeilen.

Areten einer ober mehrere ber im Artifel 309. unter Nr. 1. 2. und 3. erwähnten Umftanbe hingu, fo kann auf Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre und zugleich auf Gelbbufe bis zu breihundert Gulben erkannt werden.

Art. 312. Ift die Ghrenkränkung durch keinen der in ben Art. 309. 310. und 311. genannten Umftände erschwert, jedoch eine thätliche, fo tritt Gefängnißstrafe oder Geldbuße bis zu hundert und fünfzig Gulben ein.

Art. 313. Ift die Beleidigung keine thätliche und ift diefelbe durch keinen ber in ben Art. 309. 310. und 311. genannten Umftände erschwert, so hat gegen den Beleidiger nur eine Bolizeistrafe statt.

Art. 314. Es ift Strafminberungsgrund, wenn ber Beleidiger burch ein unbefugtes, unanständiges ober unschidliches Benehmen bes Anderen gereizt wurde.

Ber auf ber Stelle wieber beleibigt, fann felbft von aller Strafe befreit werben,

Art. 315. Der Beweis der Wahrheit der vorgebrachten Thatsachen hebt das Dasein der Beleidigung auf, ausgenom= men nicht blos den Fall des Art. 308. Nr. 2., sondern auch wenn die Beschuldigung in einer bildlichen Darstellung verstreitet wurde.

Art. 316. Wenn dem Beleidigten verächtliche Eigenschaften oder Gesinnungen beigelegt wurden, so hat der Beleidiger, um durch die Einrede und den Beweis der Bahrheit
das Dasein der Beleidigung aufzuheben, handlungen anzuführen und zu erweisen, aus welchen das Dasein dieser Eigenschaften oder Gesinnungen hervorgeht.

- Art. 317. Macht ber als Berläumber Angeklagte von ber Thatsache, beren er ben Anderen bezüchtigt hat, bei ber Obrigkeit Anzeige, so foll mährend bes Untersuchungsprozesses über biese Thatsache mit bem Berfahren und mit dem Erstenntnisse hinsichtlich ber Berläumdung eingehalten werden.
- Art. 318. In allen Fällen kann ber Beleibigte, sofern die Beleidigung öffentlich geschah, ben öffentlichen Ansichlag bes Strafurtheils verlangen, und wenn sie in öffentlichen Blättern verübt wurde, sich überdies zur öffentlichen Berkundigung des Urtheils, auf Kosten des Beleidigers, eben derfelben Blätter oder, wenn sie in ausländischen geschah, zugleich auch anderer, vom Gerichte zu bestimmender, inländischer Blätter bedienen.
- Art. 319. Berläumdungen und Beleidigungen können nur auf Klage bes Beleidigten bestraft werden, mit Borbeshalt bes Berfahrens von Amtswegen gegen die eiwa babei zugleich vorgefallenen Störungen ber öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Burudnahme ber Rlage ift bis ju rechtsträftig gewor=

benem Erfenntniffe geftattet.

- Art. 320. Die Schriften ober bilblichen Darstellungen, welche Berläumbungen ober fonstige Beleidigungen enthalten, find jedesmal von dem Gerichte zu consisciren.
- Art. 321. Wer durch Handlungen, welche, gegen Lebende verübt, zur Klaffe der Berläumdungen gehören wurden, das Andenken eines Berftorbenen verunglimpft, oder ihn verächtlicher Eigenschaften oder Gesinnungen bezüchtigt, wird auf Klage der Eltern, Großeltern, Kinder oder Enkel, oder des Ehegatten, oder der Geschwister besselben von der Strafe der Berläumdung oder Chrenkränkung getroffen.

Citel XXXVIII.

Bon ber boppelten Che und vom Chebruch 58).

Art. 322. Ein Spegatte, welcher bei noch fortdauernster gultiger She eine neue She schließt, foll mit Correctionsshaus von Sin bis brei Jahren, und falls er ber Berfon, mit welcher er bie neue She schloß, seinen Shestand verheimlichte, mit Juchthaus bis zu sechs Jahren bestraft werden.

Befand er sich jedoch hinsichtlich der Auflösung der früheren Spe im Irrthum, fo tritt, wenn der Irrthum unverschuldet war, keine Strafe ein, bei verschuldetem Irrthum aber ift er nach Maggabe der größeren oder geringeren Fahrläßigkeit mit

Befängniß zu beftrafen.

Art. 323. Standen im Falle des ersten Absates des vorhergehenden Artikels beide Theile noch in gultigen Ehen, so foll jeder von ihnen, wenn er von des anderen Cheftand unterrichtet war, zu Correctionshausstrafe von Ein bis drei oder Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren verurtheilt werden.

Art. 324. Gine ledige Berfon, welche fich mit einer anderen, noch in fortbauernber gultiger Ghe lebenben, versheirathet, ob ihr gleich biefes Berhältniß bekannt war, foll zu Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre verurtheilt werben.

Art. 325. War bie fruhere, in gefetlich gultiger Form abgeschlossen Ehe nichtig, so trifft ben Chegatten, welchem biefes Berhältniß bei Abschluß ber weiteren Ehe bekannt geswesen ift, Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren, bie lebige Berson aber, welche von folcher Ungultigkeit Kenntniß hatte, Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten.

^{**)} Bergi. baver. Str. 26, 29c, Art. 297. 298. 401—403., ofbenb. Art. 302. 303. 420—423., altenb. Art. 211—222., wart. Art. 304—307., braunichw. §6, 187—189., bannov. Art. 267—260., bab. §6, 348—357., thüring. Art. 262—212., preuß. §5, 139. 140., bserreich. §6, 206—208. 562. 503.

Art. 326. Wegen wiffentlicher Verletung ber ehelichen Treue durch Shebruch foll ber schuldige Chegatte mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten ober Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen, ober mit Gelbbuße von funfzig bis breihunbett Gulben bestraft werben.

Begeht ein verheiratheter Mann mit eines Anderen Chefrau ben Chebruch, so ift dies hinsichtlich beiber als ein befonderer Erschwerungsgrund bei Zumeffung ber Strafe zu betrachten.

Ist der Chebruch mit einer nicht verheitatheten Verson begangen worden, so soll die letztere zu Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Wochen oder Geldbuße von funfundzwanzig bis hundertundfunfzig Gulden verurtheilt werden, wenn sie von der bestehenden ehelichen Verbindung ihres Mitschulzbigen zur Zeit der That Kenntniß hatte.

Das Berbrechen bes Chebruche ift fur vollendet gu

achten, wenn forperliche Bereinigung erfolgt ift.

Art. 327. Der Chebruch wird nur auf Rlage bes bes leibigten Gatten zur Untersuchung und Strafe gezogen.

Sat jedoch ber beleidigte Chegatte bie ihm bekannt gewordene Beleidigung ausdrudlich ober ftillschweigend verziehen, fo ift er nicht mehr gur Klage berechtigt.

Art. 328. Wenn ber beleidigte Theil erft nach erhobener Klage, jedoch vor gefälltem Strafurtheile, bem angefchulbigten Chegatten verzeiht, ober bie Klage jurudnimmt, fo findet feine Strafe ftatt.

Titel XXXIX.

Bon ber Ungucht und Berlepung ber Schamhaftigfeit 59).

S. I. Rothzucht.

Art. 329. Wer eine Frauensperson burch körperliche Gewalt, gefährliche, mit der Aussicht unverzüglicher Verwirkslichung verbundene Drohungen oder arglistige Betäubung ihrer Sinne außer Stand sett, seinen Lusten Widerstand zu leisten, und in folchem Zustande sie schändet, ist der Nothzucht schuldig.

Art. 330. Der Rothzuchtiger foll beftraft werben:

- 1) wenn die genothzuchtigte Berfon in Folge ber erlittenen Mißhandlung gestorben ift, mit Buchthausstrafe auf Lebenszeit; jedoch kann bei strafmindernden Umständen auf Buchthausstrafe von zwölf bis sechzehn Sahren erkannt werden;
- 2) menn bie genothzuchtigte Berson durch die That an ihrer Gesundheit bedeutenden Nachtheil erlitten hat, mit Buchtbaus von acht bis sechzehn Jahren;
- 3) in allen anberen Fällen mit Buchthaus bis zu gehn Sabren.

S. II. Berführung gur Ungucht.

Art. 331. Wer eine Frauensperson, welche bas vierzehnte Lebensjahr noch nicht zuruckgelegt hat, zur Unzucht verführt und migbraucht, ift, nach Verschiedenheit ber im Art. 330. genannten Fälle, mit ber auf bie Nothzucht gesfetzen Strafe zu belegen.

^{**)} Bgl. bayer. Str.:G.:Bd. Art. 186—191. 206—208. 297. 298. 374—378., oftenb. Art. 191—196. 211—213. 302. 303. 380—387., wärtemb. Art. 295—310., aftenb. Art. 157—162. 211—222. 302—309., braunichm. §6. 172—174., 178—197., bannov. Art. 270—278. 257—260., bab. §6. 335—338. 348—375., thüring. Art. 202—212. 291—305., preuß. §6. 139—161., ösierreid. §6. 125—133. 206—208. 500—525.

Unter ftrafmindernden Umftanden kann jedoch im Falle bes Art. 330. Nr. 2. bis auf vier Jahre Zuchthaus herabsgegangen, und im Falle Nr. 3. auf Correctionshaus bis zu brei Jahren erkannt werden.

Art. 332. Die im vorhergehenden Artifel angebrohten Strafen follen auch bann eintreten, wenn eine Frauensperfon einen noch nicht vierzehn Jahre alten Knaben zur Unzucht verführt und biefelbe mit ihm verübt.

Art. 333. Saben Pflegeeltern, Vormunder, Beichtväter, Erzieher ober Lehrer ihre Pflegekinder, Mundel, Beichtkinder ober Zöglinge zum Beischlafe ober zur Unzucht verführt und mißbraucht, so sind die Thäter, wenn die von ihnen verführte Berson das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt hatte, mit Correctionshaus bis zu drei oder Zuchthaus bis zu vier Jahren zu bestrafen.

Art. 334. Gleiche Strafe hat berjenige verwirkt, welscher eine mahnsinnige, blobfinnige ober in bem Zustande ber Betäubung, sowie in einem sonst willens ober bewußtlofen Zustande besindliche Verson schändet.

S. III. Blutichanbe.

Art. 335. Der Beischlaf zwischen Bluteverwandten in auf= und absteigender Linie wird

1) an erfteren mit Correctionshaus von ein bis brei ober

Buchthaus bis zu funf Jahren;

2) an letteren, wenn fie das vierzehnte Jahr guruckgelegt haben, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft; erscheint aber ber Descendent als der Berführer, so ift auf Correctionshaus von Gin bis drei oder Buchthaus bis zu funf Jahren zu erkennen.

Art. 336. Der Beischlaf zwischen Berfcmagerten in auf= und abfteigenber Linie, nämlich zwischen Stiefeltern und

Stieffinbern, Stiefgroßeltern und Stiefenteln, Schwiegereltern und Schwiegerfohnen ober Schwiegertöchtern, foll

1) an ben Abcenbenten mit Correctionshaus von feche Do=

naten bis zu zwei Jahren;

2) an ben Descenbenten, fofern fle bas vierzehnte Lebensjahr zurudgelegt haben, mit Gefängniß nicht unter Ginem Monat ober mit Correctionshaus bis zu fechs Monaten bestraft werben.

Art. 337. Leibliche, voll= ober halbburtige Geschwister, welche mit einander Unzucht treiben, sind zu Correctionshaussstrafe bis zu zwei Jahren zu verurtheilen. Erscheint eines derselben als der Verführer, so sollen die Gerichte den versührten Theil nur zu Gefängnifstrafe, jedoch nicht unter Einem Monat, verurtheilen.

S. IV. Wibernaturliche Ungucht.

Art. 338. Wer fich wibernaturlicher Ungucht schulbig macht, soll, insofern sein Berbrechen nicht nach einer anderen Bestimmung bieses Gesethuches mit harterer Strafe bedroht ift, mit Correctionshaus bis zu brei ober Zuchthaus bis zu funf Jahren bestraft werben.

Ift eine Verson unter ben im Art. 329. bezeichneten Umfländen zur widernaturlichen Unzucht genothigt worden, so ift der Thäter, nach Verschiedenheit der im Art. 330. genannten Fälle, mit der auf die Nothzucht gesetzten Strafe zu belegen.

S. V. Ruppelei.

Art. 339. Wer gewerbsmäßig zur Unzucht Anderer Gelegenheit verschafft ober Vorschub leistet, sei es durch Gewährung kurzeren oder längeren Aufenthalts, Zusuhren, Unterhandeln, Verführung u. f. w., ist wegen Kuppelei mit Correctionshaus bis zu drei Jahren zu bestrafen.

- Art. 340. Saben Shemanner, Eltern, Großeltern ober bie im Art. 333. genannten Bersonen, im Sinne bes vorhergehenden Artikels ihren Shefrauen, Kindern, Enkeln, Bflegekindern, Mundeln, Beichtkindern oder Zöglingen zur Unzucht Gelegenheit verschafft oder Borschub geleistet, so tritt Correctionshaus bis zu drei Jahren, und wenn dies gewerbsmäßig geschieht, Correctionshaus bis zu drei Jahren ein.
 - S. VI. Berlegung ber Schamhaftigteit.
- Art. 341. Ber durch Ausstellung ober Verbreitung unzuchtiger Darftellungen ober durch öffentliche Vornahme unzüchtiger Sandlungen die Schamhaftigkeit verlet, foll zu Gelbbuße ober Gefängnißstrafe, und bei grober Verletung der Sittlichkeit zu Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten verurtheilt werden.

In allen Fällen ift die Confiscation ber bilblichen Dar-

ftellungen auszufprechen.

- S. VII. Allgemeine Bestimmungen.
- Art. 342. In allen Fallen, in welchen bie Unzucht burch Beifchlaf verübt wird, ift bas Berbrechen für vollendet zu achten, wenn korperliche Bereinigung erfolgt ift.
- Art. 343. Abcendenten, welche sich der in den Art. 329. bis 340. erwähnten Berbrechen gegen einen Descendenten schuldig machen, sollen zugleich ihrer elterlichen Rechte für verlustig erklärt werden.

Citel XL.

Bon bem Raube 60).

Art. 344. Wer in ber Absicht, eine frembe bewegliche Sache rechtswidig zu gewinnen (Art. 354. 355.), gegen die Berson des Bestigers oder gegen andere am Orte der That anwesende Bersonen körperliche Gewalt oder gefährliche, mit der Aussicht unverzüglicher Berwirklichung verbundene Drohungen verübt, macht sich des Raubes schuldig.

Art. 345. Wer sich zu einem Diebstahle, außer ben zu beffen Berübung mitgebrachten Bertzeugen, mit Waffen noch befonders versehen und damit, um die entwendeten Sachen in Sicherheit zu bringen, Gewalt oder Drohungen der im vorshergehenden Artikel bezeichneten Art angewendet hat, ift ebensfalls des Raubes schuldig.

Mrt. 346. Der Raub wird nach folgenden Bestimmun=

gen beftraft:

1) mit bem Tobe ift ber Rauber zu beftrafen,

a) welcher eine Berfon getobtet ober lebensgefährlich be=

schädigt,

b) welcher eine Berson eines Sinnes, einer hand, eines Fußes, bes Gebrauchs ber Sprache ober der Zeugungsfähigkeit beraubt, ober biefelbe in eine gewiß ober wahrscheinlich unbeilbare Rrankheit ober Geisteszerruttung versetz,

c) welcher eine Berfon, um ihr bie Entbedung verborgener Sachen abzupreffen, forperlich gepeinigt hat.

Unter ftrafminbernden Umftanden tann jedoch auf lebens= längliche ober zeitliche Buchthausstrafe von zehn bis fechzehn Jahren erkannt werden.

^{**)} Bgl. baber. Str. B., Att. 233-240., ofbenb. Art. 238-245., altenb. Art. 163-165., wartemb. Art. 311-313., braunfchw. 66. 175. 176., hannov. Art. 321-333., bab. 66. 410-416., thuring. Art. 152-164., preuß. 66. 230-233., blierreid., 66. 190-196.

2) Buchthausstrafe auf Lebenszeit trifft ben Anführer einer Räuberbande, wenn er nicht zur Todesstrafe zu verurtheilen ift.

3) In allen anderen Fällen foll auf Buchthausftrafe von

funf bis fechzehn Jahren erfannt werben.

Art. 347. Als Erschwerungsgrunde im Falle Nr. 3. bes vorhergehenden Artifels sind beim Raube insbesondere folgende Umftände anzusehen:

a) wenn fich ber Rauber mit Waffen verfeben hatte;

b) wenn ber Raub zur Nachtzeit mit gewaltsamem Einbringen in ein bewohntes Gebaube verbunden mar;

c) wenn eine gemeine ober eine folche Noth, welche ben Beraubten befonders betroffen bat, zur Berubung bes Raubes benutt worden ift;

d) wenn ber Raub von mehreren Perfonen in Berbindung

begangen worben ift;

e) wenn sich ber Räuber burch Masken, Schwärzen und bergleichen Mittel unkenntlich, ober burch falsche Amtsekleibung, Uniform ober vorgezeigten falschen Befehl ber Obrigkeit, als eine andere Berson geltend zu machen gesucht hat;

f) wenn ber Raub auf öffentlichen Wegen begangen wor-

ben ift.

Art. 348. Sat ein zu bestrafender Räuber vorher schon zweimal wegen Raubs ober wegen Erpressung, ober wegen beider Strafe erlitten, so können die Gerichte, wenn sie wegen ber aus-allen Umständen erhellenden besonderen Gefährlichkeit bes Schuldigen die im Tit. VII., von dem Ruckfalle, versordnete Schärfung der Strafe für zu gering achten, die im Art. 346. unter Nr. 3. angedrohte Zuchthausstrafe von fünf bis sechzehn Jahren bis auf Lebenszeit erhöhen.

Titel XLI.

Bon ber Erpreffung 61).

Art. 349. Wer, außer bem Falle bes Raubes, burch Gewalt ober Drohungen Jemanden zu einer Handlung, Dulsbung ober Unterlassung genöthigt hat, um sich ober Anderen einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, ist des Versbrechens der Erpressung schuldig.

Art. 350. Ift die Erpreffung mittelft Gewalt oder gefährlicher, mit der Aussicht unverzüglicher Verwirklichung verbundener Drohungen verübt worden, so treten nach Verschiedenheit der in den Art. 346. 347. und 348. bezeichneten Fälle die Strafen des Naubes ein.

Art. 351. Sat ber Thater bie Erpreffung burch Bebrohung mit kunftigem Morb ober Brand verübt, fo tritt Correctionshaus von ein bis brei ober Zuchthaus bis zu funf Jahren ein.

Art. 352. Ift die Erpressung burch Erregung ber Furcht vor kunftigen minder gefährlichen Mißhandlungen oder Beschädigungen, oder durch Bedrohung mit Denunciation, Bersläumdung, Klage, Ablegung oder Berweigerung eines Zeugenisses, oder durch andere bergleichen beängstigende Zudringlichskeiten geschehen, so soll der Schuldige mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Drohung und die Größe des beabsichtigten oder erpresten Vortheils zu Correctionshausstrafe bis zu drei oder Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren verurtheilt werden.

Die Gerichte konnen jedoch, wenn bas angebrobte Uebel nur geringfugig war und fur ben Bedrobten aus ber Erpreffung gar kein ober nur ein geringer Vermögensnachtheil

¹⁾ Bgl. bayer. Str. Sch. 28ch. Art. 241—243., olbentb. Art. 246—248., altentb. Art. 166. 167., würtemb. Art. 314. 315., braunichw. §. 177., hannov. Art. 334. 335., bab. §5. 417—422., thüring. Art. 155—157., preuß. §§. 234—236., biterreich. §6. 98—100.

erfolgt ift, auch auf Gefängnifftrafe nicht unter gebn Tagen ertennen.

Art. 353. Wer in ber Abstecht einer Erpressung mittelst aufgesteckter Brandzeichen, ober durch Briefe, oder auf sonstige Weise mit Drohungen von Mord, Raub, Ueberschwemmung oder Brandlegung, über ganze Orte oder Gegenden Beunruhigung oder Besorgniß verbreitet, soll zu Correctionshaussstrafe von Gin bis drei oder Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren, und wenn er seine Abstecht erreicht hat, zu Zuchthausstrafe von fünf bis sechzehn Jahren verurtheilt werden.

Titel XLII.

Bom Diebftahle 62).

Art. 354. Wer von einer fremden beweglichen Sache, ohne Einwilligung bes Eigenthumers oder Inhabers, jedoch ohne Gewalt an einer Verson, Besitz ergreift, um biefelbe rechtswidrig zu gewinnen, macht sich bes Dieb ftahls schuldig.

Entwendungen, welche nach den Borfchriften ber Forft-, Sagd-, Fischerei- oder Felbruge-Strafordnung bestraft werden,

find nicht als Diebstähle zu betrachten.

Art. 355. Es ift gleichgültig, ob ber Dieb die Sache für fich zu behalten, ober sie einem Dritten, sei es auch unentgeltlich, zu überlaffen beabsichtigte.

Art. 356. Die widerrechtliche Wegnahme der eigenen Sache aus dem Besitze bes Nutnießers, Pfandgläubigers, oder fonstigen rechtmäßigen Inhabers ift nicht als Diebstahl, fon-

^{**)} Bgl. bayer. Str. S. & Mrt. 209—228. 379—381., olbenb. Art. 214—233. 388—390., altenburg. Art. 223—236., würtemberg. Art. 316—343., braunschieß. §\$. 213—219., bannov. Art. 279—303., bab. §\$. 376—399., thüring. Art. 213—231., preuß. §\$. 215—229., öfletreiß. §\$. 171—179. 185—189. 460—466.

bern nach Berfchiedenheit ber Falle als Gelbfthulfe ober Betrug zu beurtheilen.

Art. 357. Der Erbe, welcher aus einer noch nicht angetretenen ober ungetheilten Erbschaft etwas, in bessen Besty er sich nicht besindet, entwendet (Art. 354.), desgleichen Mitseigenthümer oder Gesellschaftsgenossen, welche an der gemeinschaftlichen Kasse oder Sache, in deren Besty sie sich nicht befinden, eine Entwendung verüben, sind des Diebstahls schulzdig. Bei Schätzung des Betrags des Diebstahls ist jedoch nur der den übrigen Betheiligten zugehörige oder anfallende Theil in Anschlag zu bringen.

Art. 358. Entwendungen, welche unter Ehegatten, Verwandten oder Verschwägerten in auf= oder absteigender Linie oder unter in gemeinschaftlichem Haushalte lebenden Geschwistern, oder im zweiten Grade der Seitenlinie Verschwägerten, sowie zwischen Adoptiveltern und Adoptivkindern vorfallen, sollen nur auf Klage des Hauptes der Familie oder des Bestohlenen bestraft werden.

Bei Ausmittelung der Strafe folder Entwendungen fommen vorausgegangene, wegen Diebstahls oder wegen gleichsartiger Berbrechen oder Bergehen (Art. 94. Nr. 7.) verhängte Strafen nur als Erschwerungsgrunde in Betracht. Auch ist kein Rücksall anzunehmen, wenn Jemand wegen solcher Entwendungen schon früher Strafe verwirkt und nun einen eigentlichen Diebstahl oder ein gleichartiges Verbrechen oder Bergehen verübt hat.

Art. 359. Aus Sunger ober Lüfternheit und innerhalb biefer Grenzen, zum unmittelbaren Genuffe, an Ef- ober Trinkwaaren verübte Entwendungen sollen, insofern nicht bie Merkmale eines ausgezeichneten Diebstahls dabei eintreten, nur polizeilich bestraft merben.

Art. 360. Der Betrag bes Diebstahls wird nach dem gemeinen Werthe bestimmt, welchen die gestohlene Sache zur Zeit der Entwendung gehabt hat. Hat die Sache, besonderer Berhältniffe wegen, für den Bestohlenen einen höheren Werth, als ihr im gewöhnlichen Verkehr beigelegt wird und hatte der Dieb Kenntniß von diesem Verhältniß, oder wurde mit hinswegnahme oder Trennung der entwendeten Sache ein besonderer Schaden angerichtet, so sind diese Umstände bei Zumeffung der Strafe als Erschwerungsgründe anzusehen.

Ift ber Betrag bes Werthes mit Bestimmtheit weber betannt, noch auszumitteln, fo bleibt bem Ermeffen ber Gerichte überlaffen, bei Bumeffung ber Strafe auch auf ben ungefähren

Betrag besfelben Rudficht zu nehmen.

Art. 361. Benn Mehrere einen Diebstahl verübt haben, so wird berfelbe, ohne Berudsschigung ber etwaigen Beretheilung bes Gestohlenen, einem jeben berselben zum Behufe ber Strafzumeffung nach bem vollen Betrage ber entwendeten Summe zugerechnet.

Art. 362. Wenn ber Werth bes Entwendeten bie Summe bon funfzehn Gulben nicht übersteigt und wenn bei ber That weder einer ber im Art. 364., noch einer ber im Art. 366. angeführten Umftande eintritt, fo ift ein folcher kleiner Diebstahl mit Gefängniß zu bestrafen.

Art. 363. Derjenige Diebstahl, welcher weber als kleisner Diebstahl unter ben vorhergehenden Artikel fällt, noch durch einen ber im Art. 366. angeführten Umstände ein aussgezichneter ift, wird als ein fach er Diebstahl mit Correctionsshaus bis zu brei, ober Zuchthaus bis zu funf Jahren bestraft.

Die Gerichte konnen jedoch, wenn bei einem erften Diebstahle ber Werth bes Entwendeten funf Gulben nicht

überfteigt, auch auf Befängnifftrafe ertennen.

Art. 364. Als befondere Erschwerungsgrunde find bei bem einfachen Diebstahle folgende Umftanbe anzuseben:

1) wenn ber Diebstahl in einem unbewohnten Gebaube, und zwar entweber mit außerem ober innerem Ginbruch, ober burch Ginfteigen von Außen verübt worben ift;

2) wenn fich ber Dieb, in ber Absicht zu ftehlen, in einer fremben Wohnung verborgen und barin zur Nachtzeit

geftohlen bat;

3) wenn ber Diebstahl an einer zum Gottesbienste geweihten Sache, aber nicht an einem zum Gottesbienste geweihten Orte, ober an einem zum Gottesbienste bestimmten Orte und während bes Gottesbienstes, aber an einer nicht zum Gottesbienste geweihten Sache verübt worden ift;

4) wenn die Entwendung an öffentlichen Brunnen ober Wafferleitungen, an dazu ober zum Bergbau ober zu fonftigen Zweden im Freien aufgestellten Maschinen, an öffentlichen Denkmälern, an Bruden ober Schleußen statt=

gefunden bat;

5) wenn Vieh von ber Weibe, aus bem Pferche ober Trieb, wenn Schwemm = ober Floffholz, Tuch von ber Bleiche, Bienenstöcke von bem Stanbe, auf bem Felbe stehenbe Ackergeräthschaften, ober andere Sachen, welche nicht befonders verwahrt werden können, gestohlen worden sinb;

- 6) wenn Jemand Obstbäume, Bäume auf oder neben Chauffeen oder öffentlichen Wegen, oder auf öffentlichen Bläten, Bäume in Garten = fowie öffentlichen Anlagen, oder Reben gestohlen hat;
- 7) wenn ber Dieb auf einer Meffe, auf einem Sahr= ober Bochenmarkte, ober im Gebrange einer an öffentlichen Orten versammelten Bolkomenge gestohlen hat;
- 8) wenn ber Diebstahl mit Anwendung falicher Schluffel verübt worben ift, ober mit Anwendung ber rechten,

welche fich ber Dieb burch Lift ober heimlich zu verfchaffen gewuht bat; --

unter falichen Schluffeln find alle Sperrmertzeuge, Saden, Dietriche, Sauptschluffel, nachgemachte, veranderte und folche Schluffel, welche nicht fur bas bamit geöffnete Schloß bestimmt waren, verstanden;

9) wenn der Diebstahl von mehreren Berfonen in Berbin-

bung verübt worben ift;

- 10) wenn ber Dieb in einem Gaft = ober Wirthshaufe geftoblen hat, in welchem er als Gaft aufgenommen war,
 ober wenn ber Wirth ober beffen Dienftboten ben aufgenommenen Gaft bestohlen haben;
- 11) wenn ber Diebstahl von Dienstboten, Gefellen, Lehrjungen, von Taglöhnern ober folden Bersonen, welche für Lohn ober Kost Dienste leisten und beswegen im Hause aus und eingehen, an der Dienstherrschaft, dem Meister, Hausberrn, ober an Jemanden, der sich mit demselben in derselben häuslichen Gemeinschaft besindet, verübt wors ben ist:
- 12) wenn ber Dieb eine gemeine ober eine folche Noth, welche ben Bestohlenen besonders betroffen bat, zur Berübung bes Diebstahls benutt hat;
- 13) wenn Gegenftanbe, welche eine noch nicht beerdigte Leiche an fich getragen hat, entwendet worden find.

Art. 365. Bei Zumeffung ber im Art. 363. beftimmten Corrections = ober Zuchthausstrafe haben bie Gerichte auch auf ben Werth ber gestohlenen Sache Rucksicht zu nehmen und die Strafe nach folgenden Normen zuzuerkennen:

Nämlich

1) nicht unter feche Monaten, wenn ber Werth bes Entwendeten funfzig Gulben, aber nicht zweihundert Gulben beträgt; 2) nicht unter zwei Sahren, wenn ber Werth bes Entwenbeten zweihundert Gulben oder mehr beträgt.

Tritt zugleich einer ber im Art. 364. bemerkten Erschwerungsgrunde ein, so darf in ben Fällen des gegenwärtigen Artikels und zwar im Falle Nr. 1. nicht unter Einem Jahre, und im Falle Nr. 2. nicht unter zwei und einem halben Jahre erkannt werden.

Wenn ber Betrag bes Diebstahls die hier angegebenen Summen nur um ein weniges nicht erreicht ober übersteigt, so sind die Gerichte an solche geringe Unterschiebe nicht gesbunden.

Art. 366. Der Diebstahl ift ein ausgezeichneter, wenn einer ber folgenden Umftanbe babei eintritt:

Nämlich

- 1) wenn ber Diebstahl in einem bewohnten Gebäube ober in einer Kirche, und zwar entweder mit äußerem ober innerem Ginbruch, ober burch Einsteigen von Augen verübt worden ift;
- 2) wenn sich der Dieb zu einem Diebstahle mit Waffen verfeben batte;
- 3) wenn ber Dieb, ohne sich vorher mit Waffen versehen zu haben, entweder erst ergriffene Waffen oder die zur Ber- übung bes Diebstahls mitgebrachten Werkzeuge als Waffen zur Schreckung oder Mishandlung der Versonen gebraucht hat, welche die hinwegbringung der entwendeten Sachen verhindern wollten;
- 4) wenn ber Diebftahl von einer Bande verübt worden ift;
- 5) wenn ber Diebstahl auf öffentlicher Straße an bem Gepace der Neisenden ober an ben von Fuhrleuten, Boten ober durch die Bost verführten Sachen mittelft Abschneiben, Ablösen, Eröffnen oder Erbrechen der Befestigungsoder Verwahrungsmittel, der Koffer, Kisten, Mantelsäcke, Ballen zc. begangen worden ift;

- 6) wenn eine zum Gottesbienfte geweihte Sache aus einem zum Gottesbienfte geweihten Orte entwendet worden ift.
- Art. 367. Bu ben bewohnten Gebauben werben gerechnet:
 - 1) alle Saufer, Gebaude, Schiffe und Gutten, in welchen Menschen wirklich wohnen, sollte sich auch zur Zeit bes begangenen Diebstahls Niemand barin aufgehalten haben; 2) ber zu einem bewohnten Gebaude gehörige umschlof=
 - 2) ber zu einem bewohnten Gebäube gehörige umfchlof= fene Hofraum und alle barin befindlichen Gebäulich= feiten jeder Art.

Gin umfchloffener hofraum ift ber, in welchem man nur burch ben Gebrauch von Schluffeln, burch Ginbrechen ober Einsteigen gelangen kann.

Art. 368. Aeußeren Einbruch begeht, wer sich auf irgend eine gewaltsame Beise entweder einen vorher nicht vorhanden gewesenen oder geschloffenen Gingang eröffnet, oder eine vorhandene Deffnung zum Eindringen erweitert, oder sich sonst eine Deffnung verschafft, mittelst welcher er den vorhandenen Eingang zum Eindringen sich öffnen, oder auch, ohne einzudringen, die Entwendung im Innern vollbringen kann.

Der innere Ginbruch wird burch gewaltsames Ersöffnen von Thuren, Banben, Gingangen ober Durchgangen im Inneren, von Schranken, Kiften ober anderen abnlichen Behaltniffen begangen.

Art. 369. Der Eintritt in Saufer ober andere Gebäube, ober umschloffene Hoftaume, ber über Mauern, Thuren, Dachwerk ober jebe andere Einfriedigung bewerkstelligt wurde, ift als Einsteigen von Außen zu betrachten. Das Eintreten ober Einschlüpfen burch eine unter ober über ber Erbe befindliche Deffnung, die nicht angebracht worden ift, um zum Eingange zu bienen, wird als Einsteigen angesehen.

Art. 370. Unter Baffen verfteht bas Gefet bier und überall nicht nur alle Gattungen eigentlicher Bewehre und Baffen, fonbern auch alle anberen Wertzeuge, Dafchinen ober Berathichaften, mit welchen man ichiefen, ftechen, fcneiben, bauen ober zerquetschen fann.

Burben bergleichen Wertzeuge, Dafcbinen ober Gerathichaften nicht zum Ungriff ober zur Vertheidigung, fondern gu einem anderen 3mede mitgeführt, fo werben fle nur bann ale Waffen angefeben, wenn fle wirklich zum perfonlichen Un=

griff ober gur Bertheibigung gebraucht morben finb.

Art. 371. Der ausgezeichnete Diebstahl wird mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu gehn Jahren bestraft. Die Gerichte tonnen jedoch bei einem ersten Diebstahle, wenn bie Gefahrlich-

teit ber handlung burch bie Umftanbe fehr geminbert wird (ben im Art. 366. Nr. 4. bemertten Kall ausgenommen) und wenn ber Werth bes Entwenbeten bie Summe pon fünfgebn Gulben nicht überfteigt, bie Correctionebausftrafe bis auf brei Monate berabfeten 43)

- Art. 372. Bei Bumeffung ber im vorhergehenden Artitel bestimmten Strafen haben Die Berichte fich nach folgen= ben Regeln zu richten:
 - I. Wenn nur einer ber im Art. 366. bezeichneten Um= ftanbe vorliegt, fo ift auf ben Werth ber gestoblenen Sache in ber Art Rudficht zu nehmen, bag Die Strafe,
 - 1) wenn ber Werth funfzig Gulben, aber nicht zweibunbert Bulben beträgt,

nicht unter zwei Jahren,

Gingiger Artifel.

Der Art. 371. bes Strafgesetbuches im Titel XLII. "Bom Diebstahl" ift auf: gehoben und wird burch folgenben Artitel erfest:

"Der ausgezeichnete Diebftahl wird mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchhaus bis zu gehn Jahren bestraft."

⁴⁾ Gefet vom 3. Januar 1853, bie Beftrafung bes tleinen und erften ausgezeichneten Diebftahle betreffenb (Regierungeblatt Nr. 2. G. 9.)

[&]quot;Die Buchthausstrafe foll bochtens bis auf funf Sabre ertannt werben, wenn ber ausgezeichnete Diebstahl ein erster Diebstahl ift und ber Berth bes Entwendeten die Summe von funfgebn Gulben nicht übersteigt, auch konnen bie Gerichte in diefem fall bie Correctionshausstrafe bis zu brei Monaten herabfeten. Die in biefem Abfat enthaltenen Bestimmungen finden jedoch teine Mus wendung, wenn der Diebftahl von einer Bande verübt worben ift (Art. 366. Nr. 4)."

2) wenn ber Berth zweihundert Gulben ober mehr betragt,

nicht unter vier Jahren, bestimmt werden barf.

- II. Wenn zwei ober mehrere ber im Art. 366. bezeichneten Umftände zugleich eingetreten find, so ift die Strafe nicht unter zwei Jahren, und wenn ber Werth ber gestohlenen Sache funfzig Gulben ober mehr beträgt, nicht unter vier Jahren zu bestimmen.
- Art. 373. Ber schon einmal wegen Diebstahls ober wegen eines ber übrigen im Art. 94. Nr. 7. genannten Bersbrechen Corrections = ober Zuchthausstrafe erlitten hat, ift wegen eines Diebstahls, ber an sich nur Gefängnißstrafe zur Bolge haben wurde, zur Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren zu verurtheilen.

Diefelbe Strafe tritt wegen eines folden Diebstahls ein, wenn ber Dieb zweimal wegen früherer Diebstähle Gefäng= nififtrafe erlitten bat.

Hat der Dieb vorher einmal wegen Diebstahls Gefäng= nifftrafe von mehr als Einem Monat erlitten, so können die Gerichte, wenn sie die nach Art. 362. durch den neuen Diebstahl an sich verwirkte Gefängnifftrafe und deren Schärfung nicht zureichend finden, auf Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren erkennen.

Art. 374. Sat ber Dieb, an welchem ein ausgezeichneter Diebstahl zu bestrafen ift, vorher schon zweimal wegen Diebstahls ober wegen eines ber übrigen im Art. 94. Nr. 7.
genannten Berbrechen Correctionshausstrafe von Ginem Jahre ober mehr, ober Zuchthausstrafe erlitten, so können die Gerichte die Zuchthausstrafe bis auf zwölf Jahre erhöhen, wenn ste wegen ber aus allen Umständen erhellenden besonderen Gefährlichkeit des Schuldigen die im Titel VII., von dem Rudfalle, verordnete Scharfung ber Strafe fur zu gering erachten.

Art. 375. Ift Jemand wegen mehrerer Diebstähle zu bestrafen, von denen keiner mit einer höheren, als fünfjährigen Zuchthausstrafe bedroht ist, und deren zusammengerechneter Werthbetrag nicht mehr als hundert Gulben beträgt, so soll die in Gemäßheit des Titels vom Zusammentressen mehrerer Verbrechen (Tit. VII. Art. 107. 108. 109. und 110. Abs. 3.) eintretende Zuchthausstrafe das Maß von funf Jahren nicht übersteigen; unbeschadet der Anwendbarkeit der Vorschriften über den Rückfall.

Art. 376. Wenn ber Dieb, ehe eine beschuldigenbe Anzeige gegen ihn geschehen, ober eine amtliche Einschreitung stattgefunden hat, aus freiem Antriebe die entwendete Sache zuruckgegeben oder die gänzliche Zufriedenstellung des Beschäbigten bewirkt hat, so ist bei kleinen oder einfachen Diebstählen die verwirkte Strafe auf die Hälfte herabzusen.

Ift ber Diebstahl ein ausgezeichneter gewesen, fo gilt ber völlige Erfat ober bie Bufriebenstellung nur als

Minderungegrund bei Bumeffung ber Strafe.

Art. 377. Diebstähle, an Gegenständen verübt, welche einer bereits zu ihrer Ruhestätte gebrachten Leiche beigegeben waren, sowie die Entwendung einer Leiche oder eines Theils berselben, werden bestraft:

1) wenn die Entwendung von Todtengrabern oder anderen auf dem Friedhofe angestellten Aufsehern begangen wurde, mit Correctionshaus von Gin bis drei oder Buchthaus bis zu acht Jahren;

2) wenn fie nicht von biefen Berfonen begangen wurde, mit Correctionsbaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu funf

Jahren.

Art. 378. Geschab bie Entwendung einer Leiche ober eines Theils berfelben von anderen, ale ben im vorbergebenben Artitel unter Nr. 1. genannten Berfonen und nicht in gewinnsuchtiger Absicht, inebefonbere zu blos wiffenschaftlichen 3meden, fo tritt Belbbufe, Befangnifftrafe ober Correctionebausftrafe bis zu feche Monaten ein.

Titel XLIII.

Bon ber Unterichlagung 64).

Mrt. 379. Wer fich eine frembe bewegliche Sache, Die ibm gur Bemahrung ober Bermaltung, ober in Folge eines anderen, die Berbindlichfeit gur Rudgabe ober Ablieferung berfelben begrundenden Rechtsgeschäfts anvertraut ober übergeben worden ift, in der Absicht, fle bem Eigenthumer oder fonft Berechtigten zu entziehen, widerrechtlich zueignet, macht fich ber Unterfcblagung fdulbig.

Art. 380. Die Unterschlagung ift vollendet, wenn ber Befiger entweder:

1) bem gur Buructforberung Berechtigten ben Befit ober

Bemabriam abgeläugnet ober

2) bie Sache gang ober gum Theil verbraucht ober veraußert, ober fonft eine Sandlung, wozu nur ber Gigenthumer berechtigt ift, bamit borgenommen bat.

Sat ber Befiger aber in ben unter Nr. 2. gebachten Fällen auf erfolgte Buructforberung bie gangliche Bufriebenftellung bes Berechtigten fogleich bewirkt und ift bie Unter-

[&]quot;) Bgl. baper. Str.: G.: Bd. Art. 229—232. 382., ofbenb. Art. 234—237. 391., aftenb. Art. 242—244., wurtemb. Art. 344—350., braunfdw. § \$. 220—223., bab. \$. 400—409., thuring. Art. 232—235., preuß. § \$. 225—229., bsterreich. § \$. 181—189. 460—466.

fclagung an einer bertretbaren Sache begangen worben, fo finbet teine Bestrafung ftatt.

Art. 381. Wer eine Sache findet, oder zufällig in beren Besth kommt, von der er vernünftigerweise nicht annehmen konnte, daß der Eigenthümer sie aufgegeben habe, macht sich der Unterschlagung schuldig, wenn er entweder dem sich meldenden Eigenthümer oder Verlierer verschweigt oder abläugnet, die Sache gefunden oder in Besth bekommen zu haben, oder wenn er, nachdem ihm der Eigenthümer oder Verlierer bereits auf andere Weise bekannt worden, oder eine erlassene öffentliche Aufforderung an den Finder oder Besthet bereits zu seiner Kenntniß gekommen war, die Zurückerstattung oder Anzeige unterläßt, ohne Entschuldigungsgründe nachzeigen zu können, welche jede rechtswidrige Abssicht beseitigen.

Ms vollgultige Entschuldigung ift insbefondere zu bestrachten, wenn der Obrigfeit von dem Sinden oder dem Befiterlangen des verlorenen Gegenstandes vor einem Einschreiten

ber Behörben Ungeige gemacht worben ift.

Art. 382. Die Unterschlagung wird nach bem Werthe bes Unterschlagenen und je nachbem einer ber im folgenden Artikel bemerkten Erschwerungsgrunde vorliegt oder nicht, wie der einfache oder wie der kleine Diebstahl, nach den Bestimmungen der Art. 362. 363. und 365. bestraft; jedoch soll die Freiheitöstrafe um ein Viertheil, und im Falle des Art. 381. um die Hälfte ihrer Dauer geringer bemessen werden.

Art. 383. Als besondere Erschwerungsgrunde find fol-

1) wenn Sandelsleute, welche ben Commiffions ober Spebitionshandel treiben, Fuhrleute, Frachtleute ober Schiffsleute, öffentliche Boten, Inhaber öffentlicher Pfandhäuser (insofern fle nicht Staats ober öffentliche Diener finb), besgleichen die bei solchen Geschäften ober Gewerben bestellten Bersonen, z. B. Sanbelsbiener, Schreiber, Aufseher, Fuhr- ober Schiffeknechte und bergleichen, sich an Sachen, die ihnen vermöge solcher Geschäfte ober Gewerbe anvertraut worden find, einer Unterschlagung

fculbig gemacht haben;

2) wenn Vormunder oder Curatoren am Vermögen ihrer Pflegbefohlenen, bei Concurs – oder Debitsachen gerichte lich bestellte oder bestätigte Massecuratoren, Guterpfleger oder Sequestrationsverwalter an dem zur Masse gehörigen Vermögen, Testamentserecutoren an der Erbmasse, Verwalter bes Kirchen –, Stiftungs – oder Communalvermögens (soweit sie nicht unter den Staats – oder öffentelichen Dienern begriffen sind), am Vermögen der Kirchen, Stiftungen oder Communen eine Unterschlagung begangen baben.

Art. 384. Was bei bem Diebstahl über Ausschließung bes Verfahrens von Amtswegen im Verhältniß zu Gegatten und nahen Verwandten (Art. 358.), ferner über die Entewendung von Eg= und Trinkwaaren (Art. 359.), über die Betragsberechnung (Art. 360. und 361.), über den Mückfall im Art. 373., über das Zusammentreffen im Art. 375. und über das Zurückgeben der Sache oder die Zustriedenstellung des Beschädigten im Art. 376. verordnet ist, kommt auch bei der Unterschlagung zur Anwendung.

Titel XLIV.

Bon ber Schriftfalfdung unb vom Betruge.

S. I. Schriftfälfcung 65).

Art. 385. Wer eine Schrift ober sonstige Urkunde nachmacht ober mit einer falschen Unterschrift ober einem falschen Siegel versteht, ober ein ächtes Siegel zur Ausstellung einer falschen Schrift ober sonstigen falschen Urkunde mißbraucht, ober ben Inhalt einer ächten Schrift ober Urkunde, durch Beränderung, Zusat, Auslöschung von Worten, Buchstaben, Zahlen, Unterscheidungszeichen ober auf sonstige Weise entestellt und von einer solchen falschen oder verfälschen Schrift ober Urkunde Gebrauch gemacht hat, um Anderen zu schaden, ober sich oder Anderen unerlaubten Vortheil zu verschaffen, ist der Schriftsalschung schuldig.

Art. 386. Die Schriftfälschung wird beftraft:

I. mit Correctionshaus von Ein bis brei ober Buchthaus bis zu gebn Jahren, wenn fie verübt worben ift:

a) an Urkunben, welche mit ber Unterschrift bes Groß= herzogs, ober mit bem großherzoglichen Staatsstegel, ober mit bem Siegel bes großherzoglichen Staatsraths ober eines ber großherzoglichen Ministerien ausge= fertigt sind;

b) an Urkunden, welche von Staatsbehörden ausgefertigt ober bealaubiat find:

c) an gerichtlichen Urtheilen, an Protocollen ber Gerichte ober anderer Staatsbehörden und an beglaubigten Abschriften berselben, besgleichen an ben mit ben

vorschriftsmäßigen Beglaubigungs= ober Erpebitions= zeichen versehenen Concepten ober amtlichen Ausferti= gungen, welche bei ben Acten ber Gerichte ober an= berer Staatsbehörben aufbewahrt werben;

d) an ben unter amtlichem Glauben aufgestellten ober geführt werdenden Inventarien, Grund=, Flur= und Hppothekenbuchern, Steuerkatastern, Saal= und Lager= büchern, Geburts=, Tauf=, Heiraths= ober Sterbre= giftern (Civilstandsregistern), sowie an den hieraus mit amtlicher Beglaubigung gefertigten Auszügen;

e) an Notariatsacten und Notariatsprotocollen;

f) an Wechfeln und fonftigen Sanbele-Creditpapieren;

g) an Creditpapieren bestätigter Corporationen und Credit= Bereine;

h) an Teftamenten, infofern beren Falfchung nicht unter eine ber porbergebenben Beftimmungen fällt;

II. mit Correctionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu

funf Jahren in allen anderen Fällen.

Die Gerichte konnen jedoch, wenn die Gefährlichkeit ber Fälfchung burch die Umftande fehr gemindert wird, und wenn der Thäter den durch die Fälfchung bezweckten Bortheil nicht erreicht hat, auch durch die Fälfchung weder dem Staate, noch Privaten ein wirklicher Nachtheil zugefügt worden ift, die Correctionshausstrafe im Falle unter I. bis auf drei Moenate herabzusehen, und im Falle unter II. statt derselben auf Gefängnißstrafe erkennen.

Bei Zumessung bieser Strafen ift auf die Wichtigkeit ber verfälschten Urkunde oder Schrift, auf Art und Beschaffensheit bes davon gemachten Gebrauchs und auf die Größe bes badurch verursachten oder bezielten Schabens, und zwar zu I. nach Analogie ber im Art. 372., und zu II. nach Analogie ber im Art. 365. gegebenen Bestimmungen, Rucksicht zu

nehmen.

Art. 387. Die im vorhergehenden Artikel enthaltenen Bestimmungen sind auch auf ben anwendbar, welcher zwar die Fälschung der Urkunde oder Schrift nicht selbst verübt, jedoch von einer Urkunde oder Schrift, ob er gleich wußte, daß sie falsch oder verfälscht sei, Gebrauch gemacht hat, um Anderen zu schaden, oder sich oder Anderen unerlaubten Borstheil zu verschaffen.

Dasfelbe gilt von bem, welcher, um einem Anbern gu fchaben, rechtswidtig gultige Urfunden vernichtet ober unter=

brudt.

Urt. 388. Bon ben in ben Art. 385. 386. und 387. enthaltenen Verfügungen find bie an Reifepäffen, Wandersbüchern, Kundschaften, Seimathscheinen ober Marschzetteln versübten Fälschungen ausgenommen, in Ansehung berer bie in bem nachfolgenden Artikel bestimmten Strafen eintreten.

Urt. 389. 1) Wer einen falfchen Reifepaß macht, ober einen ursprunglich achten Reifepaß verfälscht, ober von einem falfchen ober verfälschten Reifepaß wiffentlich

Gebrauch macht;

2) wer in einem Reisepaß einen untergeschobenen Namen annimmt, ober von einem ächten für einen Anderen außgestellten Reisepaß, als sei er für ihn ausgestellt, Gebrauch macht, ober wer einen für ihn ausgestellten Reisepaß einem Anderen zum Gebrauch überläßt, oder wer als Zeuge dazu mitwirkt, daß ein Reisepaß unter einem untergeschobenen Namen verabfolgt wird,

foll mit Gelbbufe ober Gefängnif, ober unter erschwerenben Umftanben mit Correctionshaus bis ju feche Monaten bestraft

werben.

Dieselben Strafen treten ein, wenn die unter 1. und 2. bezeichneten Sandlungen in Bezug auf Wanderbucher, Runbichaften, Seimathicheine ober Marichzettel verübt worben find.

Deutide Strafgefesbucher. VII.

Art. 390. Wer in ber Absicht, eine Fälschung zu begehen, ober zu solcher behülflich zu sein, bas Siegel einer öffentlichen Behörbe verfertigt ober verfertigen läßt, wer zu gleichem Zwecke Stempel, womit Bapier, Waaren, Maß, Sewicht und andere Gegenstände unter öffentlicher Autorität bezeichnet werben, nachmacht ober verfälscht, nachmachen ober verfälschen läßt, ober wer sich zu solchen Zwecken unbefugter Weise in den Besit von ächten Siegeln oder Stempeln setzt, wird, insofern seine Handlung nicht unter die Bestimmungen des Art. 212. fällt, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

§. II. Betrug 66).

Art. 391. Wer in der Absicht, die Nechte eines Andern zu benachtheiligen, oder sich oder Anderen einen unerlaubten Bortheil zu verschaffen, mit Verletzung einer besonderen Rechtspflicht wissentlich falsche Thatsachen für wahr ausgibt, oder wahre Thatsachen vorenthält oder unterdrückt, oder auch ohne Berletzung einer besonderen Nechtspflicht arglistiger Weise täuschende Handlungen vornimmt, oder den Irrthum eines Anderen, den er nicht selbst veranlaßt hat, durch sein Benehmen unterhält und dadurch den Anderen in Schaden gebracht hat, ist des Betrugs schuldig.

Art. 392. Wo in Vertragsverhältniffen nach civilrecht= lichen Grundsägen wegen rechtswidriger Täuschung auf Auf= hebung des Geschäfts oder auf Schadensersag geklagt werden kann, hat es hierbei sein Bewenden und das Strafgesetz kommt in folchen Fällen nicht zur Anwendung, ausgenommen wenn ein Theil den anderen durch besondere Arglist zur Eingehung

^{**)} Bgl. baver. Str.:B., Art. 256—265., 387—390., ofbenb. Art. 261—270., 397—401., altenb. Art. 246—255., würtemb. Art. 351—354., braunichw. §§. 224—227., bannov. Art. 308—320., best. Art. 301—399., bab. §§. 450—470., thūring. Art. 236—239., preuß. §§. 241—240., österreich. §§. 197—205.

bes Bertrags im Ganzen ober einzelner Bestimmungen besfelben verleitet hatte.

Much barf bei Bertrageverhältniffen wegen Betruge nur

auf Rlage bes Beschäbigten eingeschritten werben.

Art. 393. Wenn ber Werth bes Gegenstanbes, um welchen Jemand betrogen worden ift, die Summe von funfzehn Gulben nicht übersteigt, und wenn bei ber That keiner ber in ben Art. 395. und 397. angeführten Umftanbe eintritt, so ist ein folder kleiner Betrug mit Gefängniß zu bestrafen.

Art. 394. Derjenige Betrug, welcher weber als kleiner Betrug unter ben vorhergehenden Artikel fallt, noch durch einen der im Art. 397. angeführten Umftände ausgezeichnet ift, wird als einfacher Betrug mit Correctionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu funf Jahren bestraft.

Die Gerichte konnen jedoch, wenn bei einem erften Betruge ber Gegenstand bes Betruge ben Werth von funf Gulben nicht überfteigt, auf Gefängnifftrafe erkennen.

Art. 395. Als befondere Erfcmerungsgrunde find bei bem einfachen Betruge folgende Umftande zu betrachten: wenn ber Betrug

- 1) durch Migbrauch ber Religion, einer religiösen Handlung ober einer durch die Religion geheiligten Sache; ober
- 2) burch Gebrauch falicher Amtekleibung, ober fälfdliche Beilegung eines Amtes ober öffentlichen Dienftes; ober
- 3) burch Migbrauch, Beranberung ober Nachahmung ber gesetzlichen Zeichen, womit ber Werth, ber Gehalt ober bie Eigenschaft einer Sache beurkundet wird; ober
- 4) von mehreren Berfonen in Verbindung;

pher

5) burch Gebrauch falfchen Dages ober Gewichts bei einem offenen Gewerbe;

pher

6) baburch, bag Jemand Rahrungs = ober Argneimittel, wiffend, daß folche mit ber Gefundheit nachtheiligen Dingen verfälfcht find, abfest; pber

7) baburch verübt worden ift, daß verordnete Urgneimittel mit anderen wohlfeileren, oder mit fonftigen Substangen verwechfelt oder in ber vorgeschriebenen Menge verfurzt merben.

Mrt. 396. Bas bei bem Diebftahl über bie Betragsberechnung (Art. 360. und 361.), über bie bei Bumeffung ber Strafe auf ben Werth bes Entwendeten zu nehmende Rud-ficht (Art. 365.), über ben Rudfall im Art. 373., über bas Bufammentreffen im Art. 375. und über bas Burudigeben ber Sache ober bie Bufriedenstellung bes Befchäbigten im Art. 376. verordnet ift, kommt auch bei bem Betruge zur Unwendung.

Mrt. 397. Dit Correctionshaus von Gin bis brei ober

Buchthaus bis zu zehn Sahren werden bestraft:
1) wer ein ihm anvertrautes, nur mit einer Unterfchrift verfebenes Papier (Blankett) in betrugerifcher Abficht mit einer Schuldverschreibung ober einem Be-freiungescheine (Duittung), ober mit irgend einem an= beren Auffate, welcher ber Berfon ober bem Bermogen besjenigen, ber unterzeichnet bat, nachtheilig fein fann, ausfüllt ober ausfüllen läßt, und bavon Gebrauch gemacht bat. War bas nur mit einer Unterschrift verfebene Papier ihm nicht anvertraut, fo foll er als Schriftverfälfcher verfolgt und beftraft werben;

2) Berfonen, welche vermoge ihres Gemerbes Golb. Gilber ober Ebelfteine verfaufen ober verarbeiten, und miffent= lich Waaren von uneblen oder geringhaltigen Metallen als probmäßig, oder unächte Steine als Ebelsteine absfegen, oder die ihnen anvertrauten Metalle oder Ebelsteine gegen geringhaltige Metalle oder Steine verstauschen;

- 3) wer in seine Sanbelsbucher, wo folche nach ben Gesetten als Beweismittel fur ihn vor Gericht zugelassen werben, falfche Einträge macht und sie zur Begrundung ober Entfräftung von Rechtsanspruchen gebraucht;
- 4) Spieler von Brofestion, welche sich in einem Spiele falfcher Burfel, falfcher Karten, eines hinterliftigen Ginverständnisses oder anderer liftiger Ranke oder Kunftgriffe bedienen;
- 5) wer burch Beilegung eines falfchen Namens, falfchen Standes ober falfchen Umtes, ober burch ben Gebrauch falfcher Schriften ober Urkunden bie Vollziehung einer fur nichtig erkannten Ghe bewirkt hat;
- 6) wer in betrügerischer Absicht sich selbst ober einem Anberen die Rechte des Familienstandes in einer fremden Familie fälschlich beilegt, oder auf betrügerische Weise den wahren Familienstand eines Menschen zu deffen Nachtheil unterdrückt oder verändert;
- 7) wer burch Anwendung betrügerischer Mittel Jemanden zum Aufgeben seines Nahrungsftandes ober zur Auswanderung verleitet hat.

Die Gerichte konnen jedoch in ben vorstehenden Fällen bie bestimmte Correctionshausstrafe bis auf drei Monate herabstehen, wenn es sich von einem ersten Betruge handelt, ber verursachte Schaben geringfügig ist und die Strafbarkeit ber That durch die Umftande febr gemindert wird.

§. III. Gemeinschaftliche Bestimmungen.

Art. 398. Betrügereien ober Schriftfälfchungen, melche unter ben im Art. 358. genannten Bersonen vorfallen, sollen nur auf Klage bes hauptes ber Familie ober bes burch bie Schriftfälschung Beschäbigten ober bes Betrogenen bestraft merben.

Art. 399. Sat ber, an welchem eine Schriftfälfchung ober ein Betrug zu bestrafen ift, vorher schon zweimal wegen Schriftsälschung, wegen Betrugs, ober wegen eines ber übrigen, im Art. 94. Nr. 7. genannten Berbrechen Correctionsbausstrafe von Einem Jahre ober mehr, ober Juchthausstrafe erlitten, so können die Gerichte die in den Art. 386. und 397. bestimmte Juchthausstrafe von höchstens zehn Jahren bis auf zwölf Jahre erhöhen, wenn sie wegen der aus allen Umständen erhellenden besonderen Gefährlichkeit des Schuldigen die im Titel VII., von dem Nuckfalle, verordnete Schürfung der Strafe für zu gering erachten.

Titel XLV.

Bom Bucher und von Bervortheilung einer unter frember Gewalt befindlichen Person 67).

Art. 400. Wer einen Underen in Creditgeschäften durch einen von ben burgerlichen Gesehen für mucherlich erklärten Bertrag übervortheilt, soll auf Klage der Betheiligten und wenn er bereits unerlaubten Wortheil bezogen hat, nach folgendem Unterschiede bestraft werden:

[&]quot;) Bgl. bayer. Str.:G.:Bcd. Art. 261. 262., oibenb. Art. 266. 267., alienburg. Art. 293—301., würtemb. Art. 355., braunschw. §S. 231. 232., hannov. Art. 313., hab. §§. 533. 534., thüring. Art. 286—290., preuß. §§. 263—265.

1) bei unverkleibetem Bucher mit einer Gelbstrafe, welche bem zwei= bis vierfachen Betrage bes bezogenen uner= laubten Bortheils gleichsteht;

2) bei verfleibetem Bucher, außer ber unter Nr. 1. anges brohten Gelbftrafe, mit Gefängniß nicht unter gehn Tagen;

3) bei gewerbsmäßigem Bucher mit bem vierfachen Betrage bes bezogenen unerlaubten Bortheils, ober mit Gefang= niß ober Correctionshaus bis zu Ginem Jahre, und zu= gleich mit Gelbbufe von funfzig bis taufenb Gulben.

Ein wucherlicher Contract heißt verkleibet, wenn bas wahre Berhältniß ber Binfen zum Kapitale nicht unmittelbar aus bem Contracte felbst mit Bestimmtheit und Klarheit ersfeben werben kann.

Art. 401. Wer die Bedürfnisse, Schwächen oder Leibenschaften eines Minderjährigen oder wegen Geistessschwäche oder Verschwendung unter Curatel stehenden (wissend, daß er ein folder ist) zu dessen Schaden mißbraucht, um sich Schuldverschreibungen, Duittungen oder Befreiungsscheine für Darsleben in Geld oder Mobiliargegenständen oder Handelsessecten, oder fonstige verbindliche Papiere von ihm unterzeichnen zu lassen, unter welcher Form dieses Geschäft gemacht oder worin es eingekleidet sein mag, soll auf Klage des Vaters, Bormundes oder Curators des Benachtheiligten zu Gefängnissstrafe nicht unter Einem Monate, in eine Geldstrafe von dreißig bis zweihundert Gulden, und wenn dieser Mißbrauch gewerdsmäßig betrieben wird, auch ohne Klage der genannten Bersfonen, neben jener Geldstrafe zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Titel XLVI.

Bon Bervortheilung ber Glaubiger bei Concurfen und Banterotten 68).

Mrt. 402. Wer bei bevorftebenbem ober ausgebrochenem Concurfe, ober bei bevorftebendem Fallimente, burch betruge= rifche Sandlungen einzelne feiner Glaubiger vor anderen begunfligt, ober, um feine Glaubiger zu verfurgen, Belb ober gelbeswerthe Sachen beimlich gurudbehalt ober auf Die Seite Schafft, Activforberungen verschweigt ober beren Bezahlung beimlich annimmt, erdichtete Gläubiger aufftellt, ober auf fon= -flige betrügerische Beife feine Bablungeunfähigfeit vergrößert, foll, wenn er nicht als Sandelsmann, Wechsler ober Fabri= fant fich baburch eines betruglichen Banterotts fculbig ge= macht hat (Urt. 403.), nach ben im Tit. XLIV. S. II. vom Betruge, enthaltenen Beftimmungen beftraft merben.

Mrt. 403. Gin Sandelsmann, Wechster ober Nabrifant, welcher in ben Buftand ber Bablungeunfähigkeit gekommen ift, foll bes betrugerifchen Banterotts in folgenben Fallen fur fculbig erkannt merben, menn er nicht folde Umftanbe gu erweifen vermag, burch welche bie Borausfetung einer betrugerifchen Abficht gegen feine Gläubiger ganglich befeitigt wirb: Nämlich

1) wenn er feine Sanbelsbucher auf bie Geite gefchafft bat, ober wenn die vorgelegten Sandelebucher falfche Gintrage

enthalten;

2) wenn er Ausgaben ober einen erlittenen Berluft falfch=

lich angegeben bat;

3) wenn er in ben letten feche Monaten vor Ginftellung feiner Bablungen beträchtliche Summen an Gelb ober

[&]quot;) Bgl. baber. Str. S. Bd. Art. 273—279., ofbenb. Art. 278—284., aftenb. Art. 256—260., würtemb. Art. 362—367., braunfcw. §\$. 233—236., banuob. Art. 220—224., bab. §\$. 465—468., thūring. Art. 242—245., preuß. §\$. 259—262., bfterreich. §. 199. lit. f.

Baaren eingenommen hat und beren Verwendung nach= zuweisen nicht im Stande ift;

4) wenn er Geld, gelbeswerthe Sachen ober Bapiere, ober Activforberungen verheimlicht ober auf die Seite geschafft hat, ober wenn er faliche Schulben, mit ober ohne Bor- wiffen bes erbichteten Gläubigers, angegeben bat;

5) wenn er feine Gläubiger burch faliche ober vertleibete Gefdäfte verfurzt bat:

6) wenn er basjenige, mas er in hanbelsgeschäften an Gelb ober gelbeswerthen Sachen ober Papieren in Folge eines besonderen Auftrages ober eines Depositums von einem Anderen erhalten, zum Nachtheile bes Vollmachtgebers ober Deponenten für sich verwendet hat.

Dem betrügerischen Banterott ift gleich zu achten, wenn ein Sanbelsmann, Wechsler ober Fabrikant in ber Absicht, seine Gläubiger burch einen Nachlagvertrag zu beschädigen, sich fälschlich für zahlungsunfähig ausgegeben und baburch ben Nachlagvertrag zu Stanbe gebracht hat.

- Art. 404. Des einsachen Bankerotts foll ein Sanbelsmann, Bechsler ober Fabrikant, welcher in ben Zustand ber Zahlungsunfähigkeit gekommen ift, in folgenben Fällen für schulbig geachtet werben:
 - 1) wenn er die zu feinem Geschäfte nach Gesehen ober Hanbelösitte ersorderlichen Bucher gar nicht geführt hat, ober wenn in den gesührten Buchern sich eine solche Unordnung sindet, daß man daraus seinen Activ = und Basiv= stand nicht übersehen kann;
 - 2) wenn er unmäßigen Aufwand in feinem Sauswesen gemacht, ober große Summen entweber im Spiele verloren, ober burch Ueppigkeit und Leichtstinn verschwendet hat;
 - 3) wenn er feine Unternehmungen fo weit uber fein Bermogen getrieben, bag beren Diflingen feinen Fall ber-

vorbringen fonnte, und baraus auch feine Zahlungs=

unfähigfeit entftanben ift;

4) wenn aus feinem Inventar ober ben fonstigen Berhälteniffen hervorgeht, daß, ungeachtet sein Activvermögen um fünfzig Brocent geringer, als fein Bassivermögen war, er nichtsbestoweniger beträchtliche Summen aufgenommen, ober Waaren oder Creditpapiere unter dem laufenden Preise verkauft hat;

5) wenn er Wechfel oder andere in handelseirculation tommende Ereditpapiere fur eine Summe unterzeichnet hat, die, wie aus feinem Inventar oder ben fonstigen Berhältniffen hervorgeht, dreimal fo hoch ift, als fein Activ-

vermögen.

Art. 405. Der betrugerische Bankerott foll mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu zehn Jahren, und ber einfache Bankerott mit Gefängniß nicht unter Ginem Monat ober Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werben.

Bei Zumeffung biefer Strafen haben bie Gerichte auf bie Größe bes ben Gläubigern verursachten Verluftes und barauf, ob mehrere ber in ben Urt. 403. und 404. erwähnten Umftände zugleich vorhanden find, Ruckficht zu nehmen.

Art. 406. Die in den Art. 403., 404. und 405. entshaltenen Bestimmungen sind auch auf Mäckler, Wechselagenten, Sensale und auf Frauenspersonen, welche ein Sandelsgeschäft auf eigene Rechnung betreiben, anwendbar.

Citel XLVII.

Bon Benachtheiligungen burch Bormunder, Curatoren, Guterpfieger, Sequeftrationeverwalter und Testamenterrecutoren 69).

Art. 407. Bormunder, Curatoren, Maffecuratoren, Guterpfleger und Testamentserecutoren, welche, auch ohne Unterfchlagung oder Betrug, ihren Bslegbefohlenen oder Maffen
absichtlich zum Nachtheil handeln, follen:

1) wenn fle fich baburch eigenen Bortheil verschafft haben, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werben. Die Gerichte konnen jeboch, wenn ber erzielte Bortheil

Die Gerichte konnen jedoch, wenn ber erzielte Vortheil bie Summe von funfzehn Gulben nicht übersteigt und keine besondere Erschwerungsgrunde vorliegen, auch auf Gefängnifftrafe nicht unter Einem Monat erkennen.

2) In allen anberen Fallen tritt Gefängnif ober Gelbbufe ein.

Witel XLVIII.

Bon ber Pflichtverlegung ber Schieberichter und Cachverftanbigen.

Urt. 408. Wer als Schiebsrichter in einer Sache sich in Beziehung auf bas von ihm abzugebende Urtheil bestechen läßt, oder aus Gunft oder Ungunst ein Urtheil fällt, von welchem er wußte, daß es ein ungerechtes ift, soll zu Correctionshausstrafe bis zu brei oder Zuchthausstrafe bis zu funf Jahren verurtheilt werden.

Wer ben Schieberichter bestochen hat, wird mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

^{**)} Bgl. bayer. Str. & .: 295. 417. 4295. 296. 398-400., ofbenb. Art. 300. 301. 417-419., altenb. Art. 321., würtemb. Art. 453-457., braunsch. \$. 285., hannov. Art. 219. 368., bab. §§. 535-545., thuring. Art. 318., preuß. §. 246.

Art. 409. Bereidigte Sachverständige oder Schäter, welche fich in Beziehung auf bas von ihnen abzugebende Gutsachten haben bestechen laffen, oder Jemanden durch ihr Gutsachten vorsätzlich oder mittelst absichtlich unrichtiger Schätzung in Schaden gebracht haben, sollen, insofern die im Tit. XXVII. vom Meineide, enthaltenen Bestimmungen nicht gegen sie in Anwendung kommen können, zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Bleicher Strafe unterliegt, wer einen vereidigten Sach-

verftanbigen ober Schaper beftochen bat.

Titel XLIX.

Bon Berlegung frember Beheimniffe 70).

Art. 410. Wer in ber Absicht, Jemanden zu schaben, ober in ber Absicht, sich ober einem Dritten rechtswidrigen Bortheil zu verschaffen, versiegelte Briese ober andere versiegelte Urfunden, die nicht an ihn gerichtet sind, eigenmächtig öffnet, um unbefugter Weise zur Kenntniß des Inhalts zu gelangen, oder zu gleichem Zwecke offener Briese oder Urkunden sich unsbefugter Weise durch Gewalt oder List bemächtigt, soll, insofern ihn nicht nach einer anderen Bestimmung dieses Gesetzbuches eine härtere Strafe trifft, auf Klage des Verletzten mit Gefängniß bis zu zwei Monaten oder mit Geldbuse bis zu sechzig Gulben bestraft werden.

¹⁹⁾ Bgl. bayer, Str. 29.6. Art. 396., olbenb. Art. 413. 414., altenburg. Art. 324., wartemberg. Art. 369. 370., braunichweig. §. 237., hannov. Art. 218., bab. §§. 544. 545., thuring. Art. 285., preuß. §. 280.

Citel L.

Bon ber Branbftiftung 71).

- Art. 411. Wer Wohnungen ober andere Aufenthaltsorte von Menschen, ober folche Gebäude ober Sachen, welche
 menschlichen Wohnungen ober Aufenthaltsorten nahe find und
 biesen das Feuer mittheilen könnten, vorfählich in Brand gefest hat, soll bestraft werben:
 - 1) mit dem Tode:
 wenn in Folge des ausgebrochenen Feuers ein Menfch
 getöbtet worden ift, wofern der Brandstifter biefen
 Erfolg vorhersehen konnte;
 - 2) mit Buchthaus auf Lebenszeit:
 - a. wenn ber Berbrecher in Stabten, Dorfern ober Fleden an verschiebenen Orten zugleich Brand gelegt hat und bas Feuer wenigstens an einem Orte ausgebrochen ift;
 - b. wenn an einem Gebaube Brandstiftung verübt worben ift, in welchem bebeutenbe Pulvervorrathe- vorhanden waren, vorausgeset, bag ber Brandstifter hiervon Wiffenschaft batte:
 - c. wenn in Folge bes ausgebrochenen Feuers ein Menich lebensgefährlich beschäbigt worben ift, wofern ber Brandflifter biefen Erfolg voraussehen konnte;
 - d. wenn die Brandstiftung zur Begehung eines Mordes verübt wurde, insofern zur Vollführung des letteren Berbrechens wenigstens ein ftrafbarer Versuch gemacht worden ift:
 - 3) mit Buchthaus von acht bis fechzehn Sahren in allen ubrigen Ballen.

⁷¹⁾ Bgl. bayer. Str. G. Bdy. Art. 247—253., olbenb. Art. 252—258., aftenb. Art. 171—178., würtemberg. Art. 378—384., braunschweig. §§. 204—208., hannob. Art. 181—187., bab. 546—562., thuring. Art. 161—167., preuß. §§. 285—288., öfterreich. §§. 166—170.

In ben Fällen Nr. 3. haben die Gerichte bei Zumeffung ber Strafe hauptfächlich auf die größere ober geringere Gefährlichkeit für Menschenleben, und unter Anderem auch auf die nähere oder entferntere Gefahr der Berbreitung des Feuers, ob insbesondere die Brandstiftung bei Tag oder Nacht verüht wurde, und auf die Größe des verursachten Schadens Ruckssicht zu nehmen.

Art. 412. Wer Waldungen, Torfmoore, Rohlengruben, noch nicht abgeerndtete Fruchtfluren, einsam stehende unbewohnte Schiffe ober Schiffsmuhlen, abgesondert liegende Magazine, Borräthe von Früchten, von Bau= oder Brennmaterialien oder ähnlichen Gegenständen, oder solche Sachen, wodurch jenen genannten Gegenständen das Feuer mitgetheilt werden könnte, ohne Gesahr für das Leben Anderer, sowie für Wohnungen oder Aufenthaltsorte von Menschen, vorsählich in Brand gesetzt hat, soll, nach der größeren oder geringeren, mit seiner Handlung verbundenen Gesahr für Eigenthum, und nach der Größe des verursachten Schadens, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Sollte jedoch ber geftiftete Schaben gering fein und follten noch fonftige ftrafmindernde Umftände eintreten, fo tonnen die Gerichte auf Correctionshausstrafe von Ein bis zwei Jahren erkennen.

Art. 413. Alle anderen burch bie Art. 411. und 412. nicht vorgesehenen Falle von Brandftiftung werden nach ben im Tit. LII., von der Eigenthumsbeschädigung aus Bosheit, enthaltenen Bestimmungen bestraft.

Art. 414. Das Angunden ber eigenen Wohnung ober Sache, ohne Gefahr fur Menschen ober fremdes Eigenthum, ift nur bann ftrafbar, wenn es in der Absicht, baburch ein anderes Berbrechen, namentlich einen Betrug an einer Brandversicherungsanstalt zu verüben, geschehen ift; in biesem Kalle

tritt Correctionshausstrafe bis zu brei ober Buchthaus bis zu vier Sabren ein.

hat der Brandftifter biefe betrügerische Absicht wirklich erreicht, so konnen die Gerichte die Buchthausstrafe bis auf gebn Jahre erhöhen.

Art. 415. In allen Fällen ift die Brandstiftung für vollendet (bas Feuer fur ausgebrochen) zu erachten, sobald fich basselbe anderen Sachen, außer den Brandmaterialien, mitgetheilt hat.

Art. 416. Der Brandstifter, welcher bas eben ausgestrochene Feuer auf ber Stelle, aus freier Entschließung, wiester geloscht hat, so daß außer bem durch den bloßen Ausstruch besselben bewirkten Schaden kein weiterer entstanden ift, soll zu Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre verurtheilt werden.

Art. 417. Sft das Feuer erst nach dem Ausbruche und nachdem es bereits einigen weiteren Schaden gestiftet hat, jedoch vor dessen fernerer Verbreitung, und ohne daß ein Mensch
dabei verlet wurde, aus freier Entschließung des Brandstifters von diesem selbst oder durch seine Veranstaltung gelöscht worden, so soll eine Verminderung der bestimmten
Strafe in der Art eintreten, daß statt der Zuchthausstrase
auf Lebenszeit eine solche von fünf bis zehn Jahren, statt
der im Art. 411. Nr. 3. bestimmten Strafen Zuchthaus bis
zu vier und statt der im Art. 412. bestimmten Strafen Correctionshausstrase bis zu zwei Jahren statsindet.

Art. 418. Wer die pflichimäßige Vorsicht im Gebrauche bes Feuers und Lichts versäumt, wer insbesondere die zur Verhütung der Feuersgefahr gegebenen Polizeivorschriften vernachläßigt und dadurch einen Brand der in den Art. 411. oder 412. bemerkten Art verursacht, durch welchen eine Besschädigung des Eigenthums Anderer entsteht, soll mit Ges

fängnif ober Geldbuge bis zu hundert Gulben beftraft merben. Ift burch einen folden Brand bie Todtung ober Korperverletung eines Menfchen verurfacht worben, fo finden bie

Bestimmungen ber Urt. 255. und 269. Unwendung.

Art. 419. Die vorbebachtliche (nicht im Affect ge= schehene) Androbung einer Brandftiftung wird, wenn fie feine Erpreffung zum 3mede batte, mit Correctionsbaus bis gu Ginem Jahre, und wenn fie über gange Orte ober Gegenben Beforgnif verbreitete, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu vier Jahren beftraft.

Auch ift in Fallen Diefes Artifele jedesmal zugleich auf

Stellung unter polizeiliche Aufficht zu erkennen.

Titel Ll.

Bon ber Ueberichwemmung 72).

Art. 420. Wer in ber Absicht, Anderen zu ichaben, porfablich eine lleberschwemmung verurfacht bat, woburch poraussichtlich eine gemeine Befahr fur Leben und Gigenthum entsteben tonnte, foll beftraft merben:

1) mit bem Tobe:

wenn in Folge ber Ueberschwemmung ein Menfch ge= töbtet worben ift, wofern ber Thater Diefen Erfola porausfeben fonnte :

2) mit lebenslänglicher Buchthausftrafe:

a. wenn in Folge der Ueberschwemmung ein Menfch lebens= gefährlich beschädigt worben ift, wofern ber Thater biefen Erfolg vorausfeben tonnte;

⁷²⁾ Bgl. bayer. Str. C. Bd. Art. 254., olbenb. Art. 259., altenb. Art. 180., wartemb. Art. 386., hannov. Art. 189., bab. §§. 563—565., thuring. Art. 169., preuß. §§. 290—293., bserreich. §. 85.

b. wenn die Ueberschwemmung unter ben im Art. 411. Nr. 2. lit. d. bezeichneten Umftanben verübt wurde;

3) mit Correctionshaus von Gin bis drei oder Buchthaus bis zu zehn Jahren in allen anderen Fällen.

Bei Zumeffung ber unter Nr. 3. angebrohten Strafen haben bie Gerichte unter Anderem auf die Größe des entsftandenen Schadens, sowie darauf, ob die Ueberschwemmung zur Nachtzeit verursacht worden, ob der beschädigte Deich oder Damm einem der größeren Flüffe angehört und ob die That gerade zur Zeit eines hohen Wasserstandes oder eines Eisganges verübt worden, sowie auf den größeren oder geringeren Grad der Gefährlichkeit für Leben oder Eigenthum Anderer Rücksicht zu nehmen.

Urt. 421. Wer eine folde Ueberschwemmung burch Vahrläßigkeit verursacht, wird nach den Bestimmungen bes Urt. 418. bestraft.

Art. 422. Die vorbebächtliche (nicht im Affect geschehene) Androhung einer Ueberschwemmung der im Art. 427. bezeichneten Art soll, wenn sie keine Erpressung zum Zwecke hatte und unter Umständen geschehen ist, welche die Außführung möglich machten und erwarten ließen, mit Correctionsbaus bis zu Ginem Jahre, und wenn sie Besorgniß über ganze Orte oder Gegenden verbreitete, mit Correctionshaus von Ein bis drei oder Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft werden.

Auch ift in Fallen biefes Artifels jedesmal zugleich auf Stellung unter polizeiliche Aufficht zu erkennen.

Art. 423. Die vorfählich verurfachte Ueberschwemmung, durch welche keine gemeine Gefahr fur Leben ober Eigenthum entstehen konnte, wird nach den im Titel LII. enthaltenen Bestimmungen bestraft.

Titel LII.

Bon anberen Befchäbigungen fremben Gigenthume 73).

Art. 424. Wer, außer ben in biefem Gefethuche befonders behandelten Fällen, fremdes Eigenthum widerrechtlich vorfätlich zerftort oder beschädigt, soll, wenn der Betrag des angerichteten Schadens die Summe von funfzig Gulben nicht übersteigt und wenn keiner der im Art. 425. bezeichneten Umftände eintritt, mit Gefängniß oder Geldbuße bestraft werden.

Beträgt ber angerichtete Schaben mehr als funfzig Gul= ben, fo ift auf Correctionshausstrafe bis zu vier Jahren zu erfennen.

Art. 425. Correctionshausstrafe bis zu vier Sahren tritt ferner ein, wenn bie vorsägliche Eigenthumsbeschäbigung (Art. 424.) burch einen ber nachfolgenden Umftande ausgezeichnet ift:

- 1) wenn die That mittelft Ginbrechens oder Ginfteigens in Gebaude, ober mit Gebrauch von Waffen verübt wurde;
- 2) wenn bie Zerstörung ober Beschäbigung an Großherzoglichen ober öffentlichen Gebäuben, an Brücken, Deichen, Dämmen, Schleußen, Kanälen, an öffentlichen Brunnen ober Wasserleitungen, an Löschgeräthschaften, an öffentlichen Denkmälern, Grabmälern, Friedhöfen, an Gegenständen, welche zu öffentlichen Kunst- oder wissenschaftlichen Sammlungen gehören, an Bieh auf der Weide oder im Pferche, an im Freien aufgestellten Maschinen, Ackergeräthschaften und Fabrikaten ober anderen Sachen, welche nicht besonders verwahrt werden können, verübt wurde;

[&]quot;') Bgl. bayer. Str.=G.=Bcf. Art. 244—246. 254. 255. 383—386., ofbenburg. Rev. 249—251. 259. 260. 392—396., aftenb. Art. 288., würtemb. Art. 385—393., braunichw. 66. 210—212., hannov. Art. 336—339., bab. 66. 570—582., thūring. Art. 281—284., hierreich. 66. 85. 468., preuß. 66. 231—284.

- wenn bie Zerftörung ober Beschäbigung an einem ber im Art. 364. Nr. 6. genannten Gegenstände verübt wurde;
- 4) wenn bie Zerstörung ober Beschäbigung von mehreren Bersonen in Berbindung verübt wurde;
- 5) wenn die Berftorung ober Beschädigung mit Gewaltthatigfeit gegen eine Person verübt wurde, ober
- 6) wenn die That aus Nache wegen Amtshandlungen verubt wurde.

Die Gerichte konnen jeboch, wenn ber Betrag bes angerichteten Schabens bie Summe von zehn Gulben nicht übersteigt, statt auf Correctionshausstrafe auf Gefängnifftrafe ober Gelbbuge erkennen.

Dagegen konnen die Gerichte in Fällen ausgezeichneter Bosheit statt auf Correctionshausstrafe auf Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren erkennen.

Art. 426. Bei Zumeffung ber in bem Art. 424. und 425. angebrohten Strafen haben die Gerichte besonders barauf zu achten, ob die Eigenthumsbeschäbigung aus Bosheit ober aus Muthwillen verübt, ingleichen wie groß ber badurch verübte Schaden ober die entstandene Gesahr gewesen ift, und ob ein Ersat stattgefunden hat ober nicht.

Art. 427. Die Beschädigung fremben Eigenthums foll in ben Fallen ber Art. 424. und 425. Nr. 4. und 5., und im Falle Nr. 3., wenn bie Zerftbrung ober Beschädigung an Privateigenthum verübt wurde, nur auf Rlage bes Beschädigten bestraft werben **).

Art. 428. Die in biefem Titel enthaltenen Beftimmun= gen find auf folche Gigenthumsbefchabigungen nicht anmenb=

(Diefer Artitel ift auch fur Frantfurt publicirt.)

⁷⁴⁾ Befet vom 23. Februar 1849:

Mrt. 5. (Statt bes Art. 427. Str.= 9.= 9.)

Der Artikel 427. bes Strafgesethuches im Titel LIL: "Bon anbern Beschäbtgungen fremben Eigenthums" ift ausgehoben, und wird durch folgenden Artikel erfeht: "Die Beschädigung fremben Eigenthums foll in ben Fällen bes erften Absates bes Art. 424. nur auf Rlage des Beschäbigten befraft werben."

bar, über melde in ben Forst-, Jagb-, Fischerei-, Felb- ober Bolizeistrafordnungen und in bem Gesetze über ben Nachdruck besondere Berfügungen bestehen 75).

I. Bum Coupe bes Gifenbabnbetriebe.

Art. 1. Ber rechtswibrig mit Borfat an einer Gisenbahn, au beren Bubehör ober an beren Betriebsmitteln fich einer jolchen hanblung fculbig macht, ober bem Bahnbetriebe solche hinternife bereitet, burch welche sien Benten ober Sachen bei beren Besorberung auf ber Bahn eine Gesahr entsteht, ober bie Benutung ber Bahn gehemmt wirb, ist mit Gerreckionshaus bis zu brei Jahren ober mit Zuchthaus bis zu dem Jahren zu bestrafen.

Art. 2. Ift in Folge einer ber im Art. 1. gebachten handlungen ein Menich m Körper ober an ber Gejundheit beschädigt worden, so tritt Correctionshaussitrase von Einem bis zu brei Jahren, oder Juchthausstrase bis zu finizehn Jahren, und wenn ein Menich sebensgeichplich beigädigt worden ist, oder bas Leben versoren bat, Ruchthausstrase unter ach Jahren oder auf Lebensgeich ein. Ist in sehterem Falle Tedtung beahischtigtigt worden, so trisse den Schuldigen bie Strase bes Words.

Art. 3. Sind in Folge einer ber im Art. 1. gebachten Sandlungen blos Sachen beschäbigt worben und beträgt ber gestiftete Schaben über tausend Gulben, jo tritt Correctionshausstrafe von Ginem bis zu brei Jahren, ober Zuchthausstrafe bis zu sinizehn Jahren ein.

Diesette Bestrafung tritt ein, wenn burch solche Sandlungen ein Schaben an ber Babn, an beren Bubebor, ober an beren Betriebemitteln in gleichem Betrage be-

wirtt worben ift.

Art. 4. Bei Zumessung ber Strase (Art. 1. 2. und 3.) ist es als ein besonberer Erschwerungsgrund anzusehen, wenn durch die That die im Art. 1. gedachte Gesahr nicht nur entstanden ist, sondern wenn auch der That vie hervorbringung
biefer Gesahr beabsichtigt bat; serner wenn die Ibat in verabredeter Bereinigung
besperer (im Comptott) versibt wurde. Ueberdies haben die Gerichte besonders auf
die größere oder geringere Gemeingesährlichteit der Handlung und auf die Größe bes
an Eigenthum oder Gesundheit Anderer verursachten Saabtens, sowie ber für den
ffentlichen Bertehr oder für den Staat verursachten Rachtbeite Nücksicht, unehnen.

Art. 5. Wer fahrläßiger Beise burch handlungen ber im Art. 1. bezeichneten Art bie Benuthung ber Eisentahn in Gesahr jest ober hemmt, soll mit Gefängniß ober mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren, und wenn baburch ein Mensch am Körper ober an ber Gesundheit beschädigt ober gesöbtet worden ift, mit Corrections-haus bis zu vier Jahren belegt werden.

II. Bum Coupe bes Betriebs ber Telegraphen.

Art. 6. Ber gegen eine Telegraphen : Anftalt bes Ctaats rechtswibrig mit Borfat hanblungen verubt, welche bie Benutung biefer Unftalt gu ihren Zweden

⁷⁹⁾ An biefen Titel ichflest fic an: bas Gefen bom 15. Mai 1852, bie ben Eisenbahns ober Telegraphen Betrieb gefährbenben Berbrechen ober Bergeben betr. (Regierungsblatt von 1852 Nr. 33.)

Lubwig III. von Gottes Guaten Großbergeg von Seifen und bei Rheinie. ic. Dir haben, nach Anfprung Unferes Staatseathe und mit Zustimmung Unferengetreuen Stante, verordnet und verordnen hiermit, wie felgt:

verbinbern, fteren ober beeintrachtigen, wird mit Correctionshaus bis gu vier Jabren bestraft.

Gefcah bie That in eigennußiger ober betrigerischer Abficht, ober gur Bereitelung obrigfeitlicher Mordnungen, fo konnen bie Gerichte ftatt auf Correctionshaussftrafe, auf Indichaussftrafe bis zu fünf Sabren erkennen.

Art. 7. Sanblungen ber im Art. 6. gebachten Art find insbesonbere:

bie Wegnahme, Berftorung ober Beidabigung ber Drabtleitung, ber Apparate und fonftigen Bubeborungen ber Telegrapben-Anlagen;

bie Berbindung frembartiger Gegenstante mit ber Drabtleitung;

Die Fälschung ber burch ben Telegraphen gegebenen Zeichen;

bie Berbinberung ber Bieberberftellung einer gerftorten ober beschäbigten Teles grapben : Anlage;

bie Berbinberung ber Telegrapben : Officianten in ihrem Dienftberufe;

jebe Gigenmachtigkeit an ber Telegraphen : Aplage, woburch faliche Delbungen perantakt werben.

Art. 8. 3ft in Folge einer ber im Art. 6. gebachten Sandlungen ein Menich am Ropper ober an ber Gesundheit beschäftigt worden, so trifft ben Schuldigen Correctionshansstrase bis an brei Jahren, ober Zuchthausstrase bis an gehn Jahren, ober, wenn ein Mensch bas Leben verloren hat, Juchthausstrase bis au sechn Jahren.

3ft in letterem Falle Lobtung beabfichtigt morben, fo tritt bie Strafe bes

Mortes ein.

Art. 9. Wer fabrtäßiger Weise burch handlungen ber im Art. 6. bezeichneten Art bie Benutung ber Telegraphen: Anstalt zu ihren zwecken verhindert, siert oder beeinträchtigt, wird mit Geleduse, mit Gefängnis oder mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten bestraft. It in Folge ber verhinderten, zersterten oder beeinträchtigten Benutung bieser Anstalt ein Menich am Körper oder an der Gesundheit beschädigt oder gelödtet worden, so tritt Correctionsbaussirtasse bis zu zwei Jahren ein.

Art. 10. Durch bie Bestimmungen bes Urt. 6. bis 9. wird bie Unwendung ber in ben Urt. 1. bis 5. vorgesehenen Strafen in bem Jalle bes Busammentreffens

(Tit. VIII. bes Strafgejegbuches) nicht ausgeichloffen.

Art. 11. Die in ben vorstebenben Art. 6. bis 10. enthaltenen Bestimmungen gelten auch von solchen Telegrapben-Anstallen, welche zwar nicht Eigenthum bes biefigen Eraats, gteichwohl mit Genehmigung desselben von auswärtigen Regierungen ober von Prevalen eingerichtet, und als solche von Unserem Rinistertum bes Innern berto ässelltliche Becanntmadung bezeichnet sind.

III. Gemeinicaftliche Bestimmungen.

Art. 12. Wird Zemand, ter im Dienste einer Privat : Eisenbahns ober Eelegraphen Anfialt ift, wegen eines ber im gegenwärtigen Gefete bezeichneten, ober wegen eines andern Berbrechen ober Bergebens rechteftraftig zu einer Freibeitsstrafe vernrtheilt, so zieht biese Berurtheilung eben bie Folgen nach fich, welche in solchen Fällen nach bem Errafgesebluche, Art. 22. bis 25. und Art. 446., die Staatsbeamten und bestellten Diener treffen würden.

Der hiernach von tem Dienste Entfernte barf von einer infanbifchen ober Privats Gifenbabn: ober Telegrapben : Anstalt nur mit Genehmigung Unjerer Berwaltungs:

Beborbe wieber angestellt ober verwendet werben.

Art. 13. Das gegenwärtige Gefen ift ale ein Theil bes Strafgefenbuches gu betrachten.

Urkundlich Unferer eigenhandigen Unterfchrift und bes beigebrudten Staats-

Citel LIII.

Bon Befcabigung burch Beranberung ber Grengzeichen 76).

Art. 429. Wer die Dreiecksteine, die Grenzzeichen bes Grundeigenthums ober anderer Gerechtsame, oder die zur Bezeichnung der Höhe und Abtheilung des Wassers bestimmten Sichpfähle, Fachbäume oder sonstigen Vorrichtungen verzuckt, verändert, vernichtet oder unkenntlich macht, oder das Geheimniß (die Unterlage) der Grenzsteine hinwegnimmt, verzuckt, verändert oder vernichtet, um dadurch Anderen zu schaden oder sich unerlaubten Vortheil zu verschaffen, soll mit Correctionshaus von Ein bis funf Jahren bestraft werden.

Art. 430. Sind bie im vorhergehenden Artikel bezeiche neten Sandlungen zwar ohne die dafelbst vorausgefeste Absicht, jedoch vorsätlich verübt worden, so tritt Gefängnifftrafe bis zu Einem Monat ober Gelbstrafe bis zu breißig Gulden ein.

Titel LIV.

Bon ber Bilberei 77).

Art. 431. Wer gewerbsmäßig in frembem Jagbbezirk, ohne Erlaubniß bes barin zur Jagb Berechtigten, in gewinnsfüchtiger Absicht jagbbare Thiere tobtschießt ober anschießt, ober mit Schufwaffe jagt, ist ber Wilberei schulbig.

Giner gewerbemäßigen Ausübung bes Jagbrechte ift es

gleich zu achten :

1) wenn ber Thater bereits fruber breimal megen in gewinnfuchtiger Absicht mit Schuffwaffe verübten Sagbfrevels

^{7&#}x27;) Bgl. bayer. Str.: G.: B. Art. 386., olbenb. Art. 396., altenburg. Art. 284. 285., würtemb. Art. 226., braunsche §. 134, hannob. Art. 337., bab. 66. 438. 443. 445. 671. 672., thüring. Art. 277. 278., preuß. §. 243., österreich. §. 199. lit. e.

[&]quot;) Bgl. altenb. Str. S. Bd. Art. 275—283., wurtemb. Art. 394—398., bab. §6. 643—655., iburing. Art. 269—275., preuß. §6. 217. 274—277. 347., öfterreich.

bestraft worden ift und abermale auf einem folchen betreten wird;

2) wenn die Beeintrachtigung bes Jagbrechts burch Schuß-

maffe von einer Bande verübt wird.

Der Wilberer wird mit Correctionshaus von Gin bis vier Jahren und im Falle Nr. 2. mit Correctionshaus von Gin bis drei ober Zuchthaus bis zu funf Jahren bestraft.

Art. 432. Wer schon einmal wegen Wilberei bestraft worden ift, wird bei weiteren Ruckfällen mit Zuchthaus bis

ju acht Jahren beftraft.

Art. 433. Bei Zumeffung ber in ben Art. 431. und 432. bestimmten Strafen haben die Gerichte auf die Zahl ber Jagdgänge, die verschiebene Art des erlegten Wildes, den dem Jagdberechtigten verursachten Schaden, darauf, ob die That von mehreren Versonen in Verbindung oder in ganz eingefriedigtem Bezirke verübt wurde, und darauf Ruckssicht zu nehmen, ob sich der Thäter zur Ausübung der Jagd absichtlich unkenntlich gemacht hatte.

Alls Strafminderungsgrund ift anzufehen, wenn fich der Thäter dem Jagdberechtigten oder dem zum Schutze der Jagd beftellten Aufseher, von dem er betreten wurde, ohne alle Widersetung sogleich ergeben oder die Schutzwaffe von sich

geworfen bat.

Art. 434. hat sich ber Thäter bem Jagbberechtigten ober einem zum Schutze ber Jagb bestellten Diener ober Besamten, von bem er betreten wurde, widersett ober benselben beleidigt, auf lebensgefährliche Weise bedroht, ober ihn verwundet ober getödtet, so finden die Grundsätze über Zusammenstreffen der Verbrechen Unwendung.

Art. 435. Sonstige Beeintrachtigungen bes Jagbrechts werben nach ben befihalb bestehenben besonderen Gefeben und

Verordnungen beftraft.

Art. 436. In allen Fällen; in welchen gegen einen Bilberer auf Strafe erkannt wirb, findet bie Confiscation ber

zum Berbrechen benutten Schufmaffe ftatt, vorbehaltlich ber Rechte eines unschuldigen Dritten.

Citel LV.

Bon Befchäbigung der Thiere durch Bergiftung ober Berbreitung von Biehfeuchen 78).

Art. 437. Wer, um Thiere Anderer zu beschädigen ober zu tödten, Weiben, Wiesen, Biehranken ober Teiche vergiftet, ober wer eine Viehseuche absichtlich verbreitet hat, soll verurtheilt werden:

1) wenn Thiere eines Underen badurch wirklich getobtet ober

beschäbigt worben find, und zwar:

a) wenn sich die Todtung ober Beschädigung auf die Thiere ganger Gemeinden oder Gegenden erstreckt hat, zu Buchthausstrafe von vier bis zehn Jahren;

b) wenn nur die Thiere Einzelner baburch beschädigt ober getöbtet worden find, zur Correctionshausstrafe bis zu drei oder Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren;

2) wenn keine Thiere Underer befchäbigt ober getödtet morben find, zu Correctionshausstrafe bis zu vier Jahren, nach Maggabe ber größeren oder geringeren Gefährlichkeit der That.

hat ber Thater aus freier Entschließung jede nachtheilige Folge seiner That verhindert, so konnen die Gerichte auch

auf Befängnifftrafe nicht unter Ginem Monat ertennen.

Art. 438. Sat Jemand aus Fahrläßigkeit eine Biehseuche verbreitet, so soll berfelbe, nach bem Grade ber Fahr- läßigkeit und ber Größe bes entstandenen Schabens, mit Gefängniß oder Geldbuße von zwanztg bis hundert Gulden bestraft werden.

[&]quot;) Bgl. baver. Str. 69.: Ant. 246., otbenb. Art. 251., aftenb. Art. 181., wartenb. Art. 389., braunfow. §. 210., hannov. Art. 190. 191., bab §§. 580—582., thuring. Art. 170. 171., preuß. §. 307.

Titel LVI.

Bon ben befonderen Berbrechen und Bergeben ber Staatsbeamten und öffentlichen Diener 79).

S. I. Allgemeine Beftimmungen.

Mrt. 439. Die in diesem Titel enthaltenen Strafbesftimmungen sind auf alle Staatsbeamte und öffentliche Diener anwendbar, auch auf diejenigen, welche Gemeindeamter besgleiten, oder bei den Stadts und Landgemeinden und bei den biesen untergeordneten öffentlichen Anstalten, Stiftungen oder fonstigen öffentlichen Perwaltungen angestellt und entweder eiblich ober durch Sandaelöbnis an Sidesstatt verpflichtet werden.

Art. 440. Wenn Versonen, welche, ohne öffentliche Diener zu sein, zur Aushülfe im öffentlichen Dienste angenommen und verpflichtet sind, handlungen begehen, die nicht unter ben Begriff eines gemeinen Verbrechens ober Vergehens fallen, die aber, wären jene Versonen öffentliche Diener, nach den in dem gegenwärtigen Titel enthaltenen Strafbestimmungen geahndet werden würden, so treten die im Art. 441. an die Stelle der Dienstentsehung, Dienstentlassung und Suspension von Dienst und Gebalt festagesten Strafen ein.

Art. 441. Kann bie wegen begangener Dienstverbrechen ober Bergehen verwirkte Strafe der Dienstentsesung, ber Dienstentlassung ober der Suspension von Dienst und Gehalt gegen den Schuldigen darum nicht ausgesprochen werden, weil berfelbe zur Zeit der Urtheilsfällung schon aus dem Dienstverhältniß entlassen (nicht blos in Rubestand versett) worden

mar, fo tritt:

ftatt ber Dienstentfegung :

Correctionshausstrafe von Gin bis brei oder Bucht= hausstrafe bis zu vier Sahren,

[&]quot;) Bgl. baper. Str.: B.: Bd. Art. 351—366. 437—459., ofbenb. Art. 356—371. 466—488., aftenb. Art. 311—323., würtemb Art. 399—461., braunichw. §6 248—287., bannov. Art. 340—373., bab. §6. 657—714., thuring. Art. 307—322., preuß. §3. 309—331., öfterreich. §6. 101—105.

ftatt ber Dienstentlaffung: Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren, und statt ber Sufpenston von Dienst und Gehalt: Gefängnifftrafe ein.

Art. 442. Wenn die Gerichte in Gemäßheit des letten Absates des Art. 6. des Gesetes vom 18. Januar 1831, "das Verfahren gegen Kassebeamte, welche Recesse machen, betreffend," den Reces oder Desect des Kassebeamten als begründet erachten, die Dienstentlassung aussprechen und die Frage, ob sich der Angeschuldigte eines Betrugs oder der Unterschlagung schuldig gemacht hat, einer weiteren Untersuchung und Aburtheilung vorbehalten, so haben sie bei letzterer den Angeschuldigten nicht als einen im Sinne des vorsstehenden Artikels Entlassen zu betrachten, sondern gegen denselben gerade so zu erkennen, als wäre die von ihnen ausgesprochene Dienstentlassung noch nicht ersolat 80).

Art. 443. Ift mit bem Dienste ober ben Diensten, welche ber Schuldige bekleibet, kein Gehalt verbunden, so können die Gerichte neben ber Dienstentsegung, neben ber Dienstentlassung und neben ber Suspenston vom Dienst auf Correctionshaus bis zu zwei Jahren ober auf Gefängnifftrafe

ertennen.

Art. 444. Diejenigen Dienstpflichtverlegungen der Staatsoder öffentlichen Diener, woruber biefer Titel keine Bestim-

mungen enthält, werben bisciplinarifch beftraft.

Art. 445. Wenn ein Staats ober öffentlicher Diener fein Amt zur Begehung gemeiner Verbrechen oder Vergehen mißbraucht, so finden zwar, soweit ein solcher Mißbrauch nicht als ein besonderes Dienstverbrechen oder Vergehen bezeichnet ift, die gegen solche Handlungen angedrohten Strafen statt, jedoch soll die Eigenschaft des Thäters als Staats oder öffentlichen Dieners für einen erschwerenden Umstand gelten.

[&]quot;) Diefer Artitel ift für Frantfurt burch bie Publication ausgenommen; fiebe Einführungsgefet Art. 1. lit. a.

Art. 446. In welchen Fällen die wegen eines gemeinen Berbrechens ober Vergehens zuerkannte Freiheitsstrafe ben Berluft ber Staats=, Gemeinde= ober fonstigen öffentlichen Aemter zur nothwendigen Folge hat, ift in den Art. 22. bis 25. des Tit. II. bestimmt.

Wenn ein Staats = ober öffentlicher Diener, außer ben Källen bes zweiten Abfates bes Art. 24., wegen eines gemeinen Berbrechens ober Vergehens zu Correctionshaussftrafe von weniger als Ein Jahr rechtskräftig verurtheilt ift (Art. 24.), so bleibt es ber Beurtheilung im Wege ber Verwaltung überlaffen, ob jenes Verbrechen ober Vergehen bie Beibehaltung seines Dienstes gestatte ober ob er zu entlaffen sei.

Art. 447. Finden die Gerichte in den Fällen, in welchen nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Titels Suspension von Dienst und Gehalt angedroht ist, daß die Disciplinarsstrasbefugniß der Administrativbehörden ausreicht, so ist an diese die Sache zurud zu verweisen.

S. II. Bon ben einzelnen Dienftverbrechen und Bergeben.

Art. 448. Wenn gegen einen Staats= oder öffentlichen Diener, wegen unstitlicher, der Wurde des Dienstes zuwiderslaufender Aufführung, wegen Unsteißes, Nachläßigkeit im Dienst, Unfolgsamkeit, Anmaßung gegen Vorgesetze, Verletzung des Dienstgeheimnisses, verachtenden oder herabwürdigenden Spottes gegen die Staatsregierung oder gegen Dienstvorgessetze als solche, das höchste Waß der Disciplinarstrase erschöpft worden und sich der Diener ein ähnliches Vergehen wiederholt zu Schulden kommen läßt, oder der Fall an und für sich, oder wegen der großen Zahl bereits früher gegen den Diener verhängter Disciplinarstrasen so schwerer Natur ist, daß das höchste Waß der Disciplinarstrasen gegen den Thäter nicht ausreichen wurde, so ist gegen einen solchen

Diener Sufpenfton von Dienft und Gehalt ober Dienftent-

laffung zu ertennen.

Art. 449. Ift die Verlegung des Dienstgeheimnisses aus eigennütiger oder fonst rechtswidriger Absicht geschehen, oder ift dadurch der Staat oder ein Private in Schaden gebracht worden, so soll, auch wenn noch keine Disciplinarstrafe gegen den Schuldigen verhängt war, wofern die Handlung nicht in anderer Beziehung als strafbarer erscheint, derselbe nach der Größe des bezielten Vortheils oder gestifteten Schadens zur Sufpension von Dienst und Gehalt oder zur Dienstentlassung vernrtheilt werden.

Art. 450. Gin Staate = ober öffentlicher Diener foll

wegen Beftechung bestraft merben, und zwar:

1) mit Sufpenfion von Dienft und Wehalt,

wenn er in Bezug auf die an sich pflichtmäßige Bornahme oder Unterlassung einer zu seinem amtlichen Wirkungskreise gehörigen Handlung ein Geschenk oder sonst einen Vortheil, zu bessen Annahme er nicht befugt war, angenommen, oder zur Annahme des Bersprochenen oder Anerbotenen sich bereit erklärt hat;

2) mit Dienstentlaffung,

wenn er ein Geschent ober sonst einen Vortheil angenommen, ober zur Annahme bes Versprochenen ober Anerbotenen sich bereit erklärt hat, um zum Vortheil eines Anderen ober zum Nachtheil des Staates ober eines Privaten eine pflichtwidrige amtliche Handlung vorzunehmen, oder eine amtliche Handlung pflichtwidrig zu unterlassen;

3) mit Dienstentfegung,

wenn er sich unter ber unter Nr. 2. bemerkten Boraussetzung, ber bezweckten pflichtwidrigen Amishandlung ober Unterlassung wirklich schuldig gemacht hat, insofern beshalb nicht in anderer Beziehung eine schwerere Strafe verwirkt worden ift. Art. 451. Gin Staats- ober öffentlicher Diener, welcher für eine vollzogene Amtshandlung, ohne ein beffallfiges vorausgegangenes Verfprechen ober Anerbieten, ein Gefchent ober fonft einen Bortheil, zu beffen Annahme er nicht befugt war, angenommen bat, wird,

1) wenn bie Amtshandlung pflichtwidrig mar und in

anderer Beziehung nicht ftrafbarer erfcheint,

mit der Dienstentlaffung,

2) wenn bie Amtshandlung nicht pflichtwidrig, er auch fcon einmal megen einer gleichen Berfehlung disciplinarisch bestraft worden war,

mit Sufpenfion von Dienft und Gehalt

beftraft.

Art. 452. Gefchworne, welche fich, es fei zum Bortheil ober zum Nachtheil eines Angeschuldigten, über ben fie zu ertennen berufen find, haben bestechen laffen, follen zu Bucht=

hausstrafe bis zu acht Sahren verurtheilt werben.

Art. 453. Wenn einem Staats voer öffentlichen Diener in Bezug auf folche Amtshandlungen, wegen welcher nach den Bestimmungen der vorhergehenden Artikel Bestechung stattsfindet, ein Geschenk oder eine Belohnung auf irgend eine Weise selbst zugekommen oder einem seiner Familienangehörisgen von einer Partei oder einem Sollicitanten gegeben worsden ist, und er unterläßt, in den ersten drei Aagen nach dem Empfange oder nach der erhaltenen Kenntniß entweder die Rückgabe des Geschenks oder der Belohnung zu bewirken, oder bei seinem Amtsvorgesetzten Anzeige davon zu machen, so soll er, falls er nicht nachweisen kann, durch besondere, ihn völlig entschuldigende Umstände daran verhindert gewesen zu sein, mit dem Einwande, daß er das Geschenk oder die Belohnung nicht angenommen habe oder nicht habe annehmen wollen, nicht mehr gehört werden.

Art. 454. Wer einem Staates ober öffentlichen Diener,

ober beffen Familienangehörigen irgend ein Geschenk ober sonst einen Bortheil in Beziehung auf eine zu bessen Wirkungstreise gehörige Amtshandlung verspricht, anbietet ober gibt, versprechen, anbieten ober geben läßt, bessen Annahme den Staats ober öffentlichen Diener nach den Bestimmungen der Art. 450. und 451. strafbar gemacht hat ober gemacht haben wurde, soll, auch wenn das Versprechen ober Gegebene nicht angenommen worden ist, folgendermaßen bestraft werden:

1) mit Gefängniß ober mit Gelbbuße, wenn ber im Artitel 450. unter Nr. 1. ober im Art. 451. unter Nr. 2. be-

merfte Fall eintritt;

2) mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu vier Jahren, wenn einer ber im Art. 450. unter Nr. 2. und 3., ober im Artikel 451. unter Nr. 1. bezeichneten Fälle eintritt.

Die in gegenwärtigem Artifel enthaltenen Bestimmungen find auch auf biejenigen anwendbar, welche einen Geschworenen

bestochen, ober zu bestechen versucht haben.

Art. 455. Das gegebene Geschenk wird in allen Fällen confiscirt. Kann basselbe nicht mehr herbeigeschafft werden, so hat der Empfänger, oder, wenn die Ruckgabe erfolgt ift, der Geber den Werth zu ersehen.

Art. 456. Gin Staats- ober öffentlicher Diener, welcher in ber Absicht, dem Staate ober Privaten zu schaben, ober fich ober Anderen unerlaubten Vortheil zuzuwenden, entweder

a. bei Abfassung ober Aufnahme ber in sein Amt einschlagenden Urkunden, Berichte ober Protokolle die Verhandelungen, Willenserklärungen, ober Aussagen der Betheisligten ober Zeugen durch Aussassung, Jusat ober Versänderung entstellt, oder in denselben erdichtete ober untergeschobene Versonen, oder Abwesende als anwesend aufführt, oder Unterschriften nachmacht; oder:

b. unter amtlichem Glauben unwahre Thatfachen wiffentlich

als mahre beträftigt ober beurfundet; ober:

c. Acten, Urkunden, Schriften oder Sachen, die ihm feines Amtes wegen anvertraut oder zur Aufbewahrung übergeben worden sind, verfälscht, wissentlich vernichtet, unterdrückt, verheimlicht oder auf die Seite schafft,

foll zur Dienstentsetzung, bei besonders ftrafmindernden Umftänden zur Dienstentlaffung, wenn aber die That als vollendete Fälschung oder als vollendeter Betrug erscheint, zur Dienste entsetzung und zu den auf diese Verbrechen gesetzten Strafen verurtheilt werden.

Art. 457. Staatsbiener, welche ihren Amtspflichten gumiber eine ihnen obliegende Untersuchung oder die zur Einleitung oder Fortsetzung derselben erforderlichen Sandlungen unterlassen, oder Angeschuldigte eigenmächtig oder ohne gesetzlich zureichende Grunde aus der Untersuchung entlassen, sollen,

- 1) wofern dies aus eigennütiger Absicht ober um einem Anderen zu schaben geschehen ift und wenn auf der angeschuldigten Sandlung Correctionshausstrafe, Dienstentalfung ober eine noch höhere Strafe steht, mit Suspension von Dienst und Gehalt ober mit Dienstentlaffung,
- 2) in allen anderen Fällen mit Sufpenfton von Dienft und Behalt beftraft werben.

Bei besonders strafmindernden Umftanden konnen jedoch bie Gerichte auch im Falle Nr. 1. auf Sufpenfton von Dienft und Gehalt erkennen.

Art. 458. Gerichtliche, Bolizei = ober fonstige Unterfuchungsbeamten, welche burch unerlaubte Zwangsmaßregeln einem Unschuldigen ein unwahres Geständniß, oder einem Zeugen eine falsche Aussage abgepreßt haben, sollen, wenn daburch die Verurtheilung eines Unschuldigen zur Dienstentlassung oder zu einer Correctionshaus =, Zuchthaus = oder höheren Strafe bewirkt worden ist, mit Suspenston von Dienst und Gehalt, oder, wenn die Zwangsmaßregeln ausgezeichnet hart waren, mit Dienstentlassung bestraft werden. Sind die Zwangsmaßregeln aus Nachsucht oder haß versfügt worden, fo follen die Gerichte, auch wenn keine Berurtheilung eines Unschuldigen erfolgt war, auf diese Strafen, mar aber eine folche Berurtheilung eingetreten, auf Dienstent-

fetung erfennen.

Art. 459. Gerichtsbiener, Gefängnifmächter, Wärter ober Aufseher, Wachen ober Gerichtsboten, welche einen ihrer Obhut anvertrauten Gefangenen aus Bosheit, Nachsucht, haß ober Muthwillen mißhandeln, follen, wenn der Grad der Mig-handlung nach Tit. XXX. nicht eine schwerere Strafe nach sicht, zu Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre verzurtbeilt werden.

War bie Dighandlung fehr geringfügig, fo tonnen bie

Gerichte auf Gefängnifftrafe erkennen.

Art. 460. Ein Staatsbiener, welcher gegen einen Berurtheilten eine Strafe vollstrecken läßt, wozu berfelbe überhaupt ober in bem Maße nicht verurtheilt war, ober welcher die dem Berurtheilten zu Theil gewordene Begnadigung ganz oder theilweise unberücksichtigt läßt, soll, falls dieses aus Eigennut, Rachsucht oder Haß gegen den Berurtheilten geschehen ift, wenn die widerrechtlich vollstreckte Strafe bestand:

1) in Gefängnifftrafe, mit Sufpenfion von Dienft und Gehalt;

2) in Correctionshaus = ober Juchthausstrafe, mit ber Diensteentlaffung ober Dienstentsetzung, und wenn jene rechtswidrig vollstreckte Freiheitsstrafe länger als zwei Jahre
gedauert hat, außer ber Dienstentsetzung mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu zehn
Jahren;

3) in ber Tobesftrafe, ale Morber beftraft werben.

Art. 461. Richter, welche vorfählich über einen 11 ns fculbigen Strafe verhängen, ober einen Schulbigen vorsfählich entweder mit einer harteren ober geringeren Strafe, als folder ben Gefeten zufolge verwirft hat, belegen ober ihn gang freifprechen, follen mit ber Dienstentsetung bestraft werben.

Ueberdies ist auch noch auf Correctionshausstrafe von Ein bis brei ober Zuchthausstrafe bis zu acht Jahren zu erstennen, wenn ber Unschuldige in Volge ber ungerechten Berurtheilung eine Correctionshaus = ober Zuchthausstrafe von zwei ober mehr Jahren verbüßt hat.

Auf Tobesftrafe wird erkannt, wenn in Folge bes ungerechten Urtheiles an einem Unschuldigen die Todesstrafe voll-

zogen worben ift.

Art. 462. Gefchworne, welche vorfählich einen Schulbigen fur nicht schulbig ober einen Unschulbigen fur schulbig erklaren, sollen mit Buchthaus bis zu acht Jahren bestraft werben.

Ift ber Unschuldige zu einer hoheren, als einer Strafe von zwei Jahren verurtheilt worden, so trifft ben Geschworsnen jedenfalls bie gegen ersteren ausgesprochene Strafe.

Burde lebenslängliche Zuchthausstrafe ober Todesstrafe ausgesprochen, so wird gegen den Geschwornen auf lebens= längliche Zuchthausstrafe, und im Valle die Todesstrafe voll= streckt worden ist, auf die Todesstrafe erkannt.

Art. 463. Richter, welche bei Leitung ober Enticheis bung eines Rechtsftreites vorfahlich Ungerechtigkeiten begeben,

follen mit ber Dienstentsetzung beftraft werben.

Art. 464. Ein Staatsbiener, welcher begehrt ober befiehlt, begehren ober befehlen läßt, baß die bewaffnete Macht
gegen die Vollstreckung eines Gefehes ober einer Verordnung,
oder gegen die Erhebung eines richterlichen Staatsabgabe, oder
gegen die Vollziehung eines richterlichen Urtheils oder einer
richterlichen Verfügung, oder jedes anderen, von einer verfassungsmäßigen Behörde innerhalb ihrer Competenz erlassenen,
Befehles in Thätigkeit geseht oder gebraucht werbe, ist mit
Suspension von Dienst und Gehalt, mit Dienstentlassung ober
Dienstentsehung zu bestrafen.

Art. 465. Gin Staate = ober offentlicher Diener, wel-

einem burch seine Umtsgewalt zu bewirkenden Nachtheile broht, soll, wenn die Handlung nicht als Erpressung strafbarer ersicheint, mit Suspension von Dienst und Gehalt, oder mit Dienstentlassung oder Dienstentlesung bestraft werden.

Bei Erkennung biefer Strafe haben bie Gerichte auf bie Beschaffenheit ber Drohung und die Größe bes beabsichtigten ober erpreften Vortheils, und darauf, ob der Schuldige berreits früher megen einer solchen Handlung disciplinarisch oder gerichtlich bestraft worden ift, Rucksicht zu nehmen.

Art. 466. Seber Staats = ober öffentliche Diener, welscher aus Eigennut einem Brivaten an Steuern, Abgaben, Taren, Stempeln, Sporteln ober anderen Leiftungen etwas abnimmt, was biefem überhaupt nicht, ober wenigstens nicht in ber geforberten Größe zu zahlen obliegt, foll bestraft werben:

- 1) mit Sufpension von Dienst und Gehalt ober mit Dienstentlassung, wenn er entweber
 - a. wegen einer folden Sandlung ichon einmal biscipli= narisch bestraft worden ift;

oder

b. wenn er zur Erhebung ber widerrechtlich angesetzten Zahlung Zwangsmittel hat anwenden laffen ober felbst angewendet hat;

ober

- c. wenn bas wiberrechtlich Erhobene bie Summe bon funfzehn Gulden ober mehr, aber weniger als funfzig Gulben beträgt;
- 2) mit Dienstentlassung ober Dienstentsetzung, wenn entweber a. ber Schulbige wegen einer folchen Sandlung schon einmal mit Susvension von Dienst und Gebalt ge-

richtlich bestraft worben ift;

ober

b. wenn bas wiberrechtlich Erhobene bie Summe von funfzig Gulben ober mehr beträgt,

Art. 467. Die im vorhergehenden Artikel bestimmten Strafen sinden auch gegen Staats oder öffentliche Diener statt, welche die Ansehung oder Erhebung dieser Abgaben, welchen Namen sie immer haben mögen, den von ihnen bestellten Schreibern oder Gehülfen überlassen, wenn hieraus eine in dem vorhergehenden Artikel berührte Bedrückung ents ftanden ift, insoweit dieses mit Wissen des Staats = oder öffent= lichen Dieners zu seinem eigenen oder zum Vortheil ber Schreiber oder Gehülfen geschah.

Urt. 468. Gin Staats = ober öffentlicher Diener, ber Art. 468. Ein States bber offentitiger Diener, ber sich burch Geltendmachung feiner Amtögewalt Gelber ober geldeswerthe Sachen, die seiner Verwaltung nicht anvertraut sind, zu seinem Privatvortheile zueignet, soll, wenn die Hand-lung nicht in anderer Beziehung strafbarer erscheint, mit Dienstentlassung ober Dienstentsetzung bestraft werden.

Art. 469. Gin Staats oder öffentlicher Diener, der

Gelb ober gelbeswerthe Sachen, die ihm vermöge feines Dien-ftes zur Verwahrung, Verwaltung, Verrechnung ober Abliefe-rung an eine andere Behörde, ober an einen Brivaten über-geben, oder von ihm in Empfang genommen ober erhoben worden sind, sich felbst zueignet, macht sich, es seien die Gelder ober geldeswerthen Sachen Staats = oder Brivateigenthum, bes Verbrechens ber Veruntreuung im Dienste schuldig.

Art. 470. Die Veruntreuung im Dienste wird mit

Dienstentsetzung ober Dienstentlaffung bestraft; auch kann neben biesen Strafen auf Correctionshaus bis zu brei ober Bucht-haus bis zu fünf Jahren erkannt werben.

Bei Zumeffung bieser Strafe ift insbesonbere barauf Ruchsicht zu nehmen, ob ber Diener vor bem Urtheile ganz

ober theilweise Ersat geleistet hat, auch ob er nachweisen kann, bei der Zueignung die Absicht, Ersat leisten zu wollen, unter solchen Umständen gehabt zu haben, welche ihn mit Wahrscheinlichkeit voraussehen ließen, den wirklichen Ersat alsbald leiften zu tonnen.

Art. 471. Sammtliche Beftimmungen bes Gefetes vom 18. Januar 1831, "bas Berfahren gegen Kaffebeamte, welche Receffe machen, betreffend," bleiben fortwährend in Kraft, jeboch findet die Vorschrift bes Art. 6. jenes Gefetes, daß die Strafe der Caffation verhängt werden foll, keine fernere

Anwendung 81).

Art. 472. Sat ein Staats = ober öffentlicher Diener burch Fälfdung ber Rechnungen ober ber zum Gintragen ober gur Controle ber Ginnahme und Ausgabe bestimmten Bucher und Regifter, ober burch Erftattung unrichtiger Caffenberichte ober burch Beiseitschaffung ber Acten, Die verubte Beruntreuung im Dienfte ober ben vorhandenen Abgang ju verfteden verfucht; bat er eingegangene Poften zu biefem 3wede abfichtlich nicht verrechnet, ober von ibm nicht geleiftete Bablungen als Ausgaben in Rechnung gebracht; bat er wiffentlich unvertaufte Sachen als verfauft, ober verfaufte als nicht verfauft eingetragen; hat er zur Berbergung eines Defects falfche Belege vorgelegt, gur Berbeckung feines Abgangs ober feiner Beruntreuung Gelb fich mit bem Borbehalte verschafft, basfelbe nach beendigter Caffenunterfuchung gurudzugeben, ober in Beziehung auf Zeit ober Gegenstände ber Einnahme und Aus-gabe irgend einen anderen Betrug gespielt; fo ift er, neben ber Dienstentsetung, nach ber Große bes verurfachten Schabene ju Buchthausstrafe bis ju gebn Jahren ju verurtheilen.

Art. 473. Die im vorhergebenben Artitel bestimmte Strafe trifft auch benjenigen Staate ober öffentlichen Diener, welcher die Flucht ergriffen und bie ihm anvertraut gewesenen Gelber ober gelbeswerthen Sachen fammtlich ober zum Theil

mitgenommen hat.

Art. 474. Bei ber Boft angestellte Beamte ober Diener, welche ber Boft anvertraute Briefe ober Pakete, ohne Werth, unterschlagen ober ohne obrigkeitliche Berfügung an

^{*)} Dieser Artikel ift für Frankfurt burch bie Publication ausgenommen; fiebe Einführungsgeses Art. 1. lik a.

andere Perfonen, ale an die Abreffaten ober Aufgeber, abgeben, ober, außer bem Falle ber gesetlichen Eröffnung bon unbestellbaren Briefen ober Baketen, ber Boft anvertraute Briefe ober Batete, ober andere verfchloffene Gegenstände, ohne Billen beffen, an ben fle gerichtet find, ober bes Aufgebere, unbefugt erbrechen, merben, neben ben aus anderen Grunden etwa verwirkten Strafen, mit Dienstentlaffung ober in fcmereren Fallen mit Dienstentfegung beftraft.

Berben gleichzeitig Gelb ober gelbesmerthe Cachen unterfcblagen, fo tritt, neben ber Dienftentfepung ober Dienftentlaffung, noch außerbem Correctionshaus von Gin bis brei ober

Buchthaus bis zu funf Jahren ein.
Urt. 475. Wenn ein Staats = ober öffentlicher Diener, außer ben in ben vorhergebenben Artiteln befonbers genannten Fällen, feinen Dienftpflichten vorfählich zuwiber gehandelt bat, und wenn biefes aus Saf ober Rachfucht, oder um fich ober Underen einen unerlaubten Vortheil zuzuwenden, ober um ben Staat ober Private in Schaben zu bringen, gefchehen ift, fo foll er nach Unalogie ber in ben borbergebenben Urtiteln ent= haltenen Bestimmungen mit Sufpenston von Dienst und Behalt, ober mit Dienftentlaffung ober mit Dienftentfepung beftraft werben.

Bei Buertennung biefer verschiebenen Strafen ift borzüglich auf Die Wichtigkeit ber verletten Dienftpflicht, auf bie Gefährlichkeit ober Nieberträchtigkeit bes Beweggrundes und bie Absicht bes llebertreters, sowie auf die Größe und Bebeutendheit bes bewirften Schabens ober Nachtheils Rudficht zu nehmen.

Titel LVII.

Bon befonderen Pflichtverlegungen gewiffer, zu öffentlichen Berrichtungen aufgestellter Berfonen 82).

Art. 476. Bersonen, die zum Dienste bes Bublikums für besondere Geschäfte vom Staate ernannt oder ermächtigt, und deshalb förmlich verpflichtet worden sind, namentlich Rechtsanwälte, Aerzte, Bundärzte, Sebammen, Apotheker, Feldmesser, welche durch Verübung eines Verbrechens oder Vergehens die übernommenen besonderen Pflichten verlegen, trifft die auf solche Handlungen gesetze Strafe, und soll ihre Eigenschaft für einen erschwerenden Umstand gelten; überdies trifft sie auch in Fällen, in welchen Staatsdiener die Strafe der Dienstentsetzung oder der Dienstentlassung verwirkt hätten, immerwährende oder zeitliche Entziehung des Rechtes zur Ausübung ihrer Berechtigung oder ihrer Kunst.

Art. 477. Wenn eine der im vorhergehenden Artikel genannten Berfonen, mit Ausnahme der Nechtsanwälte, wegen eines gemeinen Berbrechens oder Bergehens zu Zuchthaussftrafe überhaupt, oder zu Correctionshaussftrafe rechtskräftig verurtheilt ist, so ist im Wege der Berwaltung in Erwägung zu ziehen und darüber zu entscheiden, ob derselbe durch die bestrafte That des Bertrauens, durch welches die Uebertragung der öffentlichen Berechtigung bedingt wird, sich unwürdig gemacht habe, und zutressenden Falls die bleibende oder zeitliche

Entziehung jener Berechtigung anzuordnen.

Art. 478. In welchen Fällen bie wegen eines gemeinen Verbrechens ober Vergebens zuerkannte Freiheitsstrafe ben Berluft ber Abvocatur zur nothwendigen Folge hat, ift in ben Art. 22. bis 25. des Tit. II. bestimmt.

Wenn ein Nechtsanwalt, außer ben Fällen bes zweiten Abfates bes Urt. 24. wegen eines gemeinen Berbrechens ober

^{**)} Bgl. baper. Str. S. Bd. Art. 296. 399. 400., olbenb Art. 301. 414. 418. 419., altenb. Art. 321. 322., würtemb. Art. 453-461., braunichw. \$6. 285-287., bannev. Art. 368. 369., bab. §6. 535-538. 541-543., thüring. Art. 318-320., preuß. §6. 155. 257. 329.

Bergehens zu Correctionshausstrafe von weniger als Einem Sahre rechtskräftig verurtheilt ift (Art. 24.), so bleibt es ber Beurtheilung im Wege ber Verwaltung über- laffen, ob jenes Verbrechen ober Vergehen bie Belassung ber Abvocatur gestatte, ober er von berfelben zu entfernen sei.

Art. 479. Verpflichtete Nechtsanwälte, Aerzte, Bundärzte, Hebammen und Apotheker, welchen vermöge ihres Berufs Privatgeheinniffe anvertraut werben, sollen, wenn sie ein
solches Geheimniß Anderen unbefugter Weise mittheilen, und
solches in der Absicht, Jemanden zu schaden oder sich einen
widerrechtlichen Vortheil zu verschaffen, geschehen ift, auf
Klage des Betheiligten, mit Gefängniß oder Geldbuße, im
Wiederholungsfalle aber zugleich mit zeitlicher Entziehung der
öffentlichen Berechtigung bestraft werden.

Art. 480. Verpflichtete Nechtsanwälte, welche im Ginverständniffe mit der Gegenpartei, dieser zu Gunften und ihrer eigenen zum Nachtheile handeln, oder in berfelben Nechtsfache beiden Parteien durch Rath oder Beistand dienen, sollen mit bleibender Entziehung des Rechts zur Praxis und mit Ge-

fängniß beftraft werben.

Art. 481. Berpflichtete Rechtsanwälte, welche megen Berletzung ber ihnen obliegenden Bflichten schon im Disciplienarwege von der Braris suspendirt waren, und sich einer derartigen handlung, weshalb sie die Disciplinarstrase erlitten haben, nochmals schuldig machen, sind mit zeitlicher Entziehung, und im weiteren Wiederholungsfalle mit bleibender Entziehung des Rechts zur Braris zu bestrasen.

Titel LVIII.

Bon bem Berbrechen ber Amteerfchleichung 83).

Art. 482. Wer burch Betrug ober Bestechung ein öffents liches Umt ober bie Prasentation zu folchem, ober bie nur 10 Bgl. würtemb. Str.: Bs. Urt. 426., braunschweig. §. 266, hannob. Art. 153—155., bab. §§. 709 710.

burch Staatsprüfung zu erlangende Berechtigung zur Ausübung einer Kunst ober Wiffenschaft, ober ben Genuß einer Stiftung, ober die Berechtigung zur Ausübung eines Gewerbes erschleicht, wird neben der Strafe des Betrugs, oder im Falle der Bestechung neben Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren, und in leichteren Fällen, neben Gelbbuße oder Gefängnißstrafe, mit dem Verluste des erschlichenen Amtes oder Genusses, oder der erschlichenen Berechtigung bestraft.

Art. 483. Wenn berjenige, bem bie Präfentation zu einem Amte ober Stiftungsgenuffe, ober die Ernennung zu folchen, aus eigenem Nechte zusteht, sich für eine folche Präfentation ober Ernennung Gelb ober andere Vermögensvortheile zum Geschenke geben ober versprechen läßt, so wird berselbe mit dem zwei bis fünffachen Betrage des Gegebenen oder Versprochenen, und außerdem mit dem Verluste seines Präsentations oder Ernennungsrechts auf Lebenszeit zum Vortheile des zunächst Berechtigten bestraft.

Art. 484. Ueber bas gegebene Gefchent wird nach ben Bestimmungen bes Urt. 455. verfügt.

Urfundlich Unferer eigenhandigen Unterschrift und bes beigebruckten Staatssiegels.

Darmftabt, am 17. September 1841:

(L. S.)

Ludwig.

du Thil.

VIII. Strafgesehbuch

für bas

Großherzogthum Baben

vom 6. März 1845.

Deutsche Strafgesetbucher. VIII.

1

Einleitung.

Wie in allen ganbern bes beutschen Reichs hatte auch in Baben bas gemeine beutsche Strafrecht burch Barticular= gesetgebung, Berichtsgebrauch und Wiffenschaft eine febr ber= anderte, in verschiedenen Landestheilen verschiedene Geftaltung angenommen, die eine gleichmäßige Unwendung unmöglich Amar fuchte ein Gbift vom 4. April 1803 eine machte. Uebereinstimmung zu erzielen, allein ber Berfuch mußte an ber Schwierigfeit bes Unternehmens icheitern. Deu bingugekommene Bestimmungen vermehrten noch die Unficherheit bes Rechts. So fam man langft auch von Seite ber Regierung zu bem Bunfch, ein vollständiges, alles Beraltete befeitigendes Gefetbuch zu erhalten. Gine Gefetgebunge= Commission murbe mit ber Ausarbeitung eines folden betraut, allein die Reichhaltigkeit bes Materials und bas Beftreben, ein neues Wert zu liefern, liegen ben forgfältig bearbeiteten, und theils in ber Gefengebungscommiffion felbft, theils burch bie Gerichtshofe und bie beiben juribifchen Fakultaten wieber= holt geprüften Entwurf erft am 9. April 1839 in ber II. Rammer

gur Borlage tommen. In berfelben murben bie Berathungen über ben Entwurf im Jahre 1840, in ber I. Rammer im Laufe bes Jahres 1841 gepflogen. Allein erft im Jahre 1845 wurde bas Gefetbuch publicirt, indem mittlerweile noch mehrere andere damit in Verbindung ftebende Gefete berathen worben waren, nämlich ein Befet, bie privatrechtlichen Folgen von Berbrechen betreffent, Die Strafprozeffordnung, bas Befet über ben Strafvollzug im neuen Mannerzuchthaufe zu Bruchfal betreffend. Allein auch im Bublitationegefet vom 6. Darg 1845 ift tein fofortiges Inslebentreten bes Gefenbuches beftimmt, fonbern basfelbe von ber Wirtfamteit ber Strafprozefordnung und von einer jene normirenben Regierungsverordnung abhängig gemacht. Die Greigniffe bes Jahres 1848 traten bagwischen, und fo erfolgte erft 1851 ein neues Ginführungegefet, welches bie gesammte neue Strafgefengebung ins Leben führte.

Inhalts - Derzeichnif.

- Grfter Theil. Bon Berbrechen und beren Bestrafung im Allgemeinen.
 - I. Titel. Bon ftrafbaren Sanblungen und ben Bersonen, welche ben Strafgeseten unterworfen find, §§. 1-9.
 - II. Titel. Bon ben Strafen, §§. 10-69.
- III. Titel. Bon ben allgemeinen Boraussethungen ber Burechnung, von bem Nothstand und von ber Nothwehr, §§. 70-96.
- IV. Titel. Bon bem Borfate und ber Fahrläßigfeit, von Bollenbung und Bersuch, von Urhebern und Gehilfen, §§. 97—147.
 - V. Titel. Bon ber Anwendung völlig bestimmter und unbestimmter Strafgesete, von der Ausmessung der Strafe
 bei unbestimmten Strafgeseten, von Strafmilberung
 und Strafverwandlung, §§. 148—169.
- VI. Titel. Bon ber Bestrafung gusammentreffenber Berbrechen, SS. 170-182.
- VII. Titel. Bon ber Beftrafung bes Rudfalle, §§. 183-189.
- VIII. Titel. Bon ber Berjährung ber Strafen und ber gerichtlichen Berfolgung strafbarer Sanblungen, §§. 190-202.

- 3weiter Theil. Bon ben einzelnen Berbrechen und beren Beftrafung.
 - IX. Titel. Bon bem Berbrechen ber Töbtung, §§. 203-224.
 - X. Titel. Bon ben Rorperverlegungen, §§. 225-238.
 - XI. Titel. Bon Töbtung ober Körperverlegung bei Raufhanbeln ober Schlägereien, §§. 239-242.
 - XII. Titel. Bon Töbtung ober Befchäbigung Anberer burch Bergiftung, §§. 243-250.
 - XIII. Titel. Bom Berbrechen der Tobtung im Mutterleibe und ber Abtreibung ber Leibesfrucht, § 251-254.
 - XIV. Titel. Bon unbefugter Ausubung ber Beilfunde, \$8. 255-256.
 - XV. Titel. Bon ber Gelbftverftummelung, §6. 257-259.
 - XVI. Titel. Bon ber Aussetzung hülfloser Rinder und anderer hülfloser Personen, § \$. 260-266.
 - XVII. Titel. Bon bem Menschenraub und Kinderdiebstahl, &8. 267—274.
 - xvIII. Titel. Bon miberrechtlichem Gefangenhalten, bem Berbrechen ber Gewaltthätigfeit, unerlaubter Selbst= hulfe und strafbaren Drohungen, §§. 275 - 283.
 - XIX. Titel. Bon falfcher Befchulbigung, Berläumbung und Ehrenfrantung, § 284-325.
 - XX. Titel. Bon bem 3weifampf, SS, 326-334.
 - XXI. Titel. Bon ber Rothaucht, SS. 335-338.
 - XXII. Titel. Bon ber Entführung, SS. 339-347.
 - XXIII. Titel. Bon bem Chebruch und ber mehrfachen Che, \$6. 348-357.
 - XXIV. Titel. Bon anderen ftrafbaren Berletungen ber Sittlichfeit, §§. 358-371.
 - XXV. Titel. Gemeinsame Bestimmungen zu ben vorhergehenben Titeln XXI. bis XXIV., §§. 372-375.
 - XXVI. Titel. Bon bem Diebftahl, §§. 376-399.

XXVII. Titel. Bon ber Unterschlagung, SS. 400-409.

XXVIII. Titel. Bon bem Raub, §§. 410-416.

XXIX. Titel. Bon ber Erpressung, §§. 417-422.

XXX. Titel. Bon ber Fälfchung, §§. 423-449.

XXXI. Titel. Bom Betrug, §§. 450-470.

xxxII. Titel. Bon Fälschung und Betrug zur Beeinträchtigung von Kamilienrechten, §§. 471—476.

XXXIII. Titel. Gemeinsame Bestimmungen zu ben vorhergebenben Titeln XXVI. bis XXXII., §§. 477—483.

***** Xitel. Bon bem Meineib, bem Gibes und Handgelübbes bruch, und von falfchen Zeugnissen und Gutachten, \$6. 484—508.

XXXV. Titel. Bon ber Mungfälschung und ber Fälschung von Papiergelb, §§. 509—532.

XXXVI. Titel. Bon bem Bucher, §§. 533-534.

**ExxvII. Titel. Bon Beschäbigung fremder Rechte durch Untreue, Berrath oder Berletung von Geheimnissen, und vom Mißbrauch öffentlicher Berechtigung, \$\$. 535—545.

XXXVIII. Titel. Bon ber Branbstiftung, §§. 546-562.

XXXIX. Titel. Bon verursachter Ueberschwemmung und gefährlicher Beschäbigung von Gisenbahnen, §§. 563-569.

AL. Titel. Bon anberen Beschäbigungen frember Sachen, §8. 570-582.

XLI. Titel. Bon ber Berabmurbigung ber Religion und ber Störung bes Gottesbienstes, §§. 583-585.

XLII. Titel. Bon bem Sochverrath, §§. 586-596.

XLIII. Titel. Bon bem Landesverrath, §§. 597-605.

XLIV. Titel. Bon ber Majestätsbeleibigung und ben Beleibigungen gegen bie Mitglieber bes Großherzoglichen Saufes, §§. 606-614.

- XLV. Titel. Bon ber Wiberfetlichfeit, ber öffentlichen Gewaltstätigfeit und bem Aufruhr, §§. 615-631.
- XLVI. Titel. Bon ber Befreiung ber Gefangenen, § 6. 632-638. XLVII. Titel. Bon ber Lanbstreicherei und bem Bettel,
- \$\$. 639-642. XLVIII. Titel. Bon ber Bilberei, ber Bilbbieberei, und von
- Sagb= und Fifchereifreveln, §S. 643-656.
- XLIX. Titel. Bon ben besonberen Berbrechen öffentlicher Diener, \$\$. 657-708.
 - L. Titel. Bon bem Berbrechen ber Erschleichung eines Amtes, ober einer Berechtigung, und bem Bersbrechen ber Bestechung, ober Falschung bei Ernennungen ober bei Wahlen, §§. 709—714.

Einführungs-Edikt zum Strafgesetbuch.

Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, herzog von Bähringen.

Wir haben mit Buftimmung Unferer getreuen Stanbe befchloffen und verorbnen, wie folgt:

S. 1.

Das Strafgesethuch tritt mit bem nämlichen Tage in Birkfamkeit, welcher fur ben Gintritt ber Birkfamkeit ber Strafproceffordnung bestimmt wirb.

Der Tag ber gleichzeitigen Ginführung wird burch Re-

gierungeverordnung beftimmt.

§. 2.

Mit bem nämlichen Tage treten bie peinliche Gerichtsordnung, die in bem achten Organisationsedist vom 4. April
1803 (IV., V. und VI.) und beffen Erläuterungen und Nachträgen enthaltenen Strafbestimmungen, sowie alle anderen
gegenwärtig bestehenden Strafgesete, oder in anderen Gesehen
oder Verordnungen enthaltenen Strafbestimmungen außer Wirtfamteit.

§. 3.

Es bleiben bagegen ferner in Rraft:

1) bie Militärftrafgefete;

2) bas Gefet über die Berantwortlichkeit ber Minifter und Mitglieder ber oberften Staatsbehorden vom 5. Oktober 1820, Regierungsblatt Nr. XV.;

3) bie Beftimmungen bes Confcriptionsgesetes vom 14. Mai 1825, §. 58., über Beftrafung ber Refraction;

- 4) ber §. 4. bes Gefetes vom 5. Oftober 1820, bie Beftrafung ber Deferteure und Refractare betreffenb;
- 5) bie Gefete und Berordnungen über die Disciplinar= ftrafen gegen öffentliche Diener (§. 657. bes Strafgefetzbuches);
- 6) die Gefege und Berordnungen über Bestrafung ber Bost= portobefraudationen, sowie ber Boll=, Accis= und an= berer Steuervergeben;

7) bie Gefete über Beftrafung ber Forftfrevel;

8) die in Civilgesetzen, insbesondere im Landrecht, im Sandelsrecht, in den Gesetzen über den Büchernachdruck,
über Wandelklagen, und in der bürgerlichen Processordnung vorkommenden Strasbestimmungen, so weit sie
nicht, wie namentlich die Strasbestimmungen der Landrechtsätze 298. und 1907. f. und der Handelbrechtsstätze
139. und 256. durch die Bestimmungen des Strasgesetzbuches ersetzt sind;

9) bie in bem Lebenebift, und in anderen Canbedgefeten enthaltenen Beftimmungen über Privatftrafen;

10) bie in ber Rheinschifffahrteatte vom 31. Marg 1831, ober in anderen Staatsvertragen vortommenben Strafbestimmungen;

11) bas Gefet vom 26. Oftober 1833 über bie Bestrafung ber Theilnahme an verbotenen Bereinen;

- 12) die Strafbestimmungen über Vergehen gegen die Prefipolizei, sowie die Bestimmungen des §. 13. und der §§. 24. bis 32. des Prefigesetzes vom 28. Dezember 1831;
- 13) bas Gefes vom 15. November 1833 über bie Beftrafung ber Theilnabme an verbotenen Bolfeversammlungen;
- 14) bie Berordnungen über Bestrafung von Disciplinarvergehen ber Studirenden an ben beiben Lanbesuniversitäten und ber Böglinge an anderen Lehranstalten;

15) bie Berordnungen über Beftrafung von Schulverfaumniffen:

16) überhaupt alle Gefete und Verordnungen in Polizeiund Berwaltungssachen, insofern barüber bas Strafgefetzbuch keine Bestimmungen enthält.

S. 4.

In Beziehung auf bas Recht ber Bahlbarkeit zu Gemeinbeamtern bleibt es auch nach Ginführung bes Strafgesetzbuches bei ben Bestimmungen ber Gemeinbeordnung.

§. 5.

In Fällen, wo wegen eines ber im Strafgefesbuch nicht aufgeführten Vergehen (§. 3.), namentlich wegen eines Zoll-, Accis-, ober anderen Steuervergehens, eine längere als Gin- jährige Gefängnifftrafe einzutreten hätte, findet die Verwand- lung berfelben in Arbeitshausstrafe nach dem im §. 165. fest- gesetten Maßstabe statt.

§. 6.

In fo weit die Bestimmungen bes Strafgesethuches milber, ober in Bezug auf die Verjährung, ober auf die Nothwendigkeit einer Anklage ober Anzeige vom Betheiligten, dem Schuldigen gunftiger sind, als die bisherigen Strafgesethe, sinben sie auch auf die Verbrechen Anwendung, welche schon vor bem Gintritt ber Wirksamkeit bes Strafgefegbuches verübt murben, aber erft fpater in erfter ober in ber Rekursinftang gur Entscheidung fommen.

S. 7.

Sft wegen eines Berbrechens, beffen Berfolgung nach ben Bestimmungen bes Strafgesethuches nur auf Anzeige ober Anstlage bes Betheiligten stattfindet, beim Gintritt ber Wirksamsteit bes Strafgesethuches ohne solche bie Untersuchung schon von Amtswegen eingeleitet, aber noch ein Erkenntnis letzter Instanz nicht verkundet, so beruht bas gerichtliche Berfahren auf sich, insofern nicht der Betheiligte innerhalb einer ihm zu bestimmenden Frist auf bessen Fortsetzung und Beendigung anträgt.

S. 8.

Begen Amteverbrechen findet gegen öffentliche Diener eine gerichtliche Untersuchung nur auf Antrag oder mit Ermächtigung der durch Regierungsverordnungen zu bestimmenben Dienstbehörden statt.

Gegeben zu Carleruhe in Unferem Staatsminifterium, ben 6. Marg 1845.

Leopold.

Jolly.

Auf allerhöchften Befehl Seiner Roniglichen Boheit bes Großherzogs: Büchter.

Gefet,

bie

Ginführung des Strafgesethuches, des neuen Strafverfahrens und der Schwurgerichte betr.

Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Saden, Herzog von Bähringen.

Mit Buftimmung Unferer getreuen Stände haben Bir befchloffen und verorbnen, wie folgt:

1. Theil.

Bon ber Ginführung bes Strafgefesbuches.

§. 1.

Ginführungstag.

Das am 6. März 1845 verfündete Strafgesethuch und bas am gleichen Tage verfündete Geseth über die privatrechtelichen Folgen der Berbrechen, ersteres jedoch mit den in §. 2. enthaltenen Abanderungen, treten am 1. März 1851 in Wirksfamkeit.

§. 2.

Abanderungen bes Strafgefegbuches.

Das Strafgefegbuch erleibet folgende Abanderungen:

1) Die SS. 465. und 466. werben aufgehoben und es treten an beren Stelle folgende Bestimmungen:

S. 465. (Betrug gegen Gläubiger.)

Ein Schulbner, ber feine Gläubiger betruglich verfurzt, namentlich baburch, bag er

1) Bermogenstheile verheimlicht, auf Die Seite ichafft, ober

gum Schein veräußert, Gegenstände von verhaltnigmäßig bebeutendem Belange unentgelblich weggibt, ober um einen auffallend nieberen Breis veräußert, ober

2) burch unrichtige Darftellung seiner Bermögensverhalteniffe sich falschlich fur zahlungsunfähig erklart, ober nach ausgebrochener Gant einzelne Gläubiger zum Nachetheil anderer begunftigt, ausstehende Forderungen bereheimlicht, erdichtete Schulben aufstellt, ober anerkennt, foll von der Strafe des Betruges (§. 450.) getroffen werden. §. 466. (Leichtfinnige und muthwillige Ueber-

fculbung.)

Gin Schuldner, ber sich burch übermäßigen Aufwand, unordentlichen Haushalt, Bernachläßigung seines Erwerbszweiges ober durch gewagte, mit seinem Vermögen in offensbarem Migverhältniß stehenbe Unternehmungen außer Stand gesetzt hat, seine Gläubiger zu befriedigen, soll, wenn er bei seiner Handlungsweise die nach eröffneter Gant eingetretene Verfürzung der Gläubiger als wahrscheinlich voraussehen konnte, mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Der S. 470. erhalt ben Bufat:

Werben im Falle bes §. 466. Die Gläubiger vor eingetretener Rechtstraft bes Straferkenntniffes von dem Schuldigen oder von Anderen gang oder zum Theil befriedigt, fo fällt die gebrohte Strafe gang oder theilweife weg.

2) Sinter ben S. 594. ift einzuschalten :

§. 594. a. Bon ber gleichen Strafe wird Derjenige getroffen, welcher eine Mehrzahl Anberer, wenn auch einzeln und
im Geheimen zu einem hochverrätherischen Unternehmen zu beftimmen sucht, wenn es weber zu einem folchen Unternehmen,
noch zu einer barauf gerichteten Verschwörung wirklich gekommen ift.

3) Die §§. 630, und 631, werden aufgehoben und treten an ihre Stelle folgende Bestimmungen :

S. 630. (Wefährbung ber öffentlichen Rube

und Ordnung.)

Wer durch Anschläge an öffentlichen Orten, durch Berbreitung vervielfältigter Schriften, Bildwerke und bergleichen, durch öffentliche Reden oder durch andere öffentliche Handlungen gegen die constitutionelle Monarchie, gegen die Unverletzlichkeit des Großherzogs oder die Thronfolge aufzureizen sucht, wird mit Kreisgefängniß oder mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

S. 631. Gbenfo wird bestraft, wer auf bemfelben Beg (S. 630.) gegen die Unverletbarkeit des Gigenthums und ber Familie, oder gegen die Gebote der Sittlichkeit sich Angriffe erlaubt, welche die denfelben schuldige Achtung zu untergraben

geeignet finb.

S. 631. a. Wer auf eben bemselben Wege (S. 630.) burch Erdichtungen, durch Entstellungen ber Wahrheit oder durch grobe Schmähungen zum haffe oder zur Verachtung gegen die Staatsregierung, gegen einzelne Staatsbehörden, gegen die Volksvertretung oder gegen einzelne Klassen, Stände oder Genossenschaften von Staatsbürgern aufzureizen oder auf diese Weise durch Erdichtungen oder Entstellungen der Wahrsheit Unzufriedenheit mit den Verfügungen und Anordnungen der öffentlichen Behörden zu erregen sucht, wird mit Gefängnis nicht unter vier Wochen bestraft.

S. 631. b. In die gleiche Strafe verfällt, wer auf demfelben Wege (S. 630.) unwahre Thatfachen, welche eine die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährbende Aufregung zu veranlaffen geeignet find, mit dem Bewußtsein ihrer Unwahrheit oder doch ohne zureichende Grunde, sie fur wahr zu hal-

ten, verbreitet.

S. 631. c. Wer auf bemfelben Bege (§. 630.) zur Begehung einer strafbaren Sanblung, zum Ungehorsam gegen Gefetze, Berfügungen und Anordnungen ber zuständigen öffent-

lichen Behörden oder gegen die zu ihrer Vollziehung berufenen Organe auffordert, oder ein Verbrechen als verdienfliche handlung darstellt, wer ingleichen Feierlichkeiten für Verbrechen ober deren Urheber, oder Sammlungen von Beiträgen, um die wegen eines Verbrechens Angeschuldigten oder Verurtheilten für die hieraus erwachsenen Kosten und andere Nachtheile zu entschädigen, veranstaltet oder ankundigt, wird mit Gefängniß von vier Wochen bis zu sechs Monaten bestraft.

Bei ber Aufforderung zu Verbrechen fann Die Strafe bis zu Ein Jahr Arbeitshaus ansteigen, vorbehaltlich noch boherer Strafe, wo bas Gefet eine folde besonders androbt (§. 594.).

§. 631. d. Wer auf bemfelben Wege (§. 630.) Militärspersonen zur Verlegung ihrer Dienstpflichten zu verleiten sucht, wird mit Gefängniß von sechs Wochen ober mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, ober wenn es sich um eine Verleitung zur Treulosigfeit handelt, mit Arbeitshaus ober Zuchthaus bis zu sechs Jahren bestraft.

Geschieht dies auf irgend eine andere Beife, so ift Gefängniß ober Arbeitshaus bis zu sechs Monaten, ober wenn es fich um Berleitung zur Treulosigkeit handelt, Arbeitshaus

bis zu zwei Jahren zu erkennen.

S. 631. e. Die in ben SS. 630. bis 631. d. anges brohten Strafen treffen auch bie Theilnehmer an Bereinen und Berbindungen, beren Zweck ober Wirkfamkeit auf berartige Aufreizungen, Ungriffe und Aufforderungen gerichtet ift, infofern fie von biesem Zwecke ober bieser Wirksamkeit Kenntniß haben.

Begen die Unftifter ober Borfteber folcher Berbindungen

fann die Strafe bis zum Doppelten erhöht werben.

S. 631. f. Die in ben SS. 630. bis 631. e. feftgefesten Strafen treten ein, wenn auch die damit bedrohte Sandlung keinen ftrafbaren Erfolg hatte. Geht die Sandlung im einzelnen Falle in ein bestimmtes fchwereres Berbrechen über, so ift
bie diefem schwereren Berbrechen angedrohte Strafe auszusprechen.

S. 631. g. Die Gerichte fonnen in ben Rallen ber \$6. 630. bis 631. e. einschlieflich fatt eines Theile ber perwirkten Freiheiteftrafe eine Gelbftrafe von funfzig bie zu funfbunbert Gulben erfennen.

4) Amteverbrechen ber Befchwornen.

Der S. 704. erhält folgenben Bufat:

Insbefondere finden bie Borfcbriften uber Berletung ber Umteverschwiegenheit (§S. 660. bis 661.), über Beftechung (§\$. 662. 664-666. 669. 670.), wiffentliche Berletung ber Richterpflicht (S. 673.), und Unterbrudung von Urfunden (S. 679.) und bie im S. 169. feftgefesten ftellvertretenben Strafen auch auf bie Gefdmornen und auf andere Berfonen Unwendung, Die, ohne in einem öffentlichen Richterbienfte gu fteben, vorübergebend gur Ausubung von Richterpflichten berufen finb.

S. 3.

Tobesftrafe.

Das Gefet vom 16. Marg 1849, Die Abschaffung ber Tobesftrafe betreffend, ift aufgehoben.

6. 4.

Aufgehobene altere Strafgefete.

Mit bem im S. 1. bezeichneten Tage treten bie peinliche Berichtsordnung, bas achte Organisationsebift vom 4. April 1803 und beffen Erlauterungen und Nachtrage, fowie alle in folgenben Bargaraphen nicht ausgenommenen Strafgefete aufer Birtfamteit.

S. 5.

Beibehaltene Strafgefete.

Deben bem Strafgefesbuch bleiben befteben:

1) Die Militarftrafgefete.

2) Das Gefet über Berantwortlichfeit ber Minifter und Mitalieber ber oberften Staatsbeborbe.

2

- 3) Die Bestimmungen bes Conscriptionsgesetes über Beftrafung ber Refraction und bes Gesetes vom 4. Oktober
 1820 über Bestrafung ber Deserteure und Refracteure.
 - 4) Die Gesetze und Verordnungen über Die Disciplinar= ftrafen gegen öffentliche Diener.
 - 5) Die Gesethe und Verordnungen über Bestrafung ber Bostporto-Defraudationen, sowie ber Boll=, Accis= und anderen Steuervergeben.

6) Die Gefete über Beftrafung ber Forftfrevel.

7) Die in burgerlichen Gesetzen, insbesondere im Landrecht, im Sandelsrecht, in den Gesetzen über Buchernachdruck, über Wandelklagen und in der burgerlichen Prozesordenung vorkommenden Strasbestimmungen, insoweit sie nicht, wie namentlich die Strasbestimmungen der Landerechtssätze 298. und 1907. fg. und der Handelsrechtssfätze 139. und 256. durch die Bestimmungen des Strasgesetzluches ersetz sind.

8) Die in ber Rheinschiffffahrteafte vom 31. Märg 1831 ober in anderen Staatevertragen vorfommenden Straf=

beftimmungen.

9) Die Strafbestimmungen bes Befetes über Bolksver- fammlungen und Bereine, fowie

10) bes Burgermehrgefeges, und

11) bes Prefigefetes.

- 12) Die Verordnungen über Bestrafung von Disciplinarver= geben ber Studirenden an ben beiben Landesuniverstäten und ber Zöglinge an anderen Lehranstalten.
- 13) Die Verordnungen über Bestrafung von Schulverfaum= niffen.
- 14) Das Gefet über ben Kriegeguftand und jenes über bas Stanbrecht.
- 15) Die Strafbestimmungen bes Gefetes über bie Ausübung ber Jagben.

16) Ueberhaupt alle Gefete und Verordnungen in Bolizeiund Bermaltungefachen, infofern barüber bas Strafgefetbuch feine Beftimmungen enthält.

Bermanblung von Gefängnif in Arbeitebaueftrafe.

In Fallen, wo wegen eines ber im Strafgefesbuche nicht aufgeführten Vergeben (§. 5.), namentlich megen eines Boll-, Accie = ober anderen Steuervergebene eine langere ale Gin= jährige Gefängnifftrafe einzutreten batte, findet bie Bermanblung berfelben in Arbeitsbausftrafe nach bem im S. 165. bes Strafgefesbuches feftgefesten Makftabe fatt.

S. 7.

Unwendung auf altere Falle.

Insoweit die Bestimmungen bes Strafgefegbuches milber. ober in Bezug auf die Berjährung ober auf die Nothwendig= feit einer Unklage ober Unzeige vom Betheiligten bem Schulbigen gegenüber gunftiger find, ale bie bieberigen Strafgefete. finden fie auch auf die Berbrechen Unwendung, welche ichon por bem Gintritt ber Wirksamkeit biefes Strafgefegbuches verubt murben, aber erft fpater in erfter ober in ber Refurginftang zur Enticbeibung fommen.

S. 8.

Ift megen eines Berbrechens, beffen Berfolgung nach ben Beftimmungen bes Strafgefetbuches nur auf Unzeige ober Unflage bes Betheiligten ftattfindet, beim Gintritt ber Birtfamfeit bes Strafgefegbuches ohne folche bie Untersuchung ichon von Amtswegen eingeleitet, aber ein Erfenntnif letter Inftang noch nicht verfundet, fo beruht bas gerichtliche Verfahren auf fich, infofern nicht ber Betheiligte ober ber Angeschulbigte felbft innerhalb einer zu bestimmenben Brift auf beffen Fortfepung und Beenbigung antragt.

S. 9.

Berfolgung von Umtewegen.

Borbehaltlich furforglicher Magregeln in eilenden Fällen sindet die strafgerichtliche Berfolgung eines öffentlichen Dieners wegen eines Amtsvergehens, sei es auf Anklage des Staatsanwalts ober eines Betheiligten, oder nach Maßgabe der §§. 55. 67. und 328. der Strafprozesordnung, insofern nicht die zuspändige Dienstbehörde felbst sie veranlaßt oder zugibt, nur mit Genehmigung des Staatsministeriums ftatt.

§. 10.

Ebendasfelbe gilt von burgerlichen Rlagen gegen öffent= liche Diener wegen Amisvergehen.

§. 11.

Strafgemalt ber Bermaltungsbehörben.

Den Verwaltungsbehörden bleibt das Recht, gegen die ihnen untergebenen öffentlichen Diener im Wege ber Dienst= polizei Gelb = ober Arreststrafen zu erkennen.

Chenfo fteht ihnen bas Erkenntniß über Bergeben ber Gefangenen gegen bie Sausorbnung ober bie Disciplinarvor= fchriften ber Strafanstalten (Strafgefesbuch §§. 67—69.) ju.

II. Cheil.

Bon ben Strafgerichten und bem Berfahren berfelben.

(§§. 12—173. enthalten provisorische Bestimmung über Organisation ber Strafgerichte, Competenz und Berfahren berfelben und bleiben beshalb als bem Strafrechte nicht angehörig bier weg.)

Begeben zu Carleruhe in Unferem Staatsminifterium,

ben 5. Februar 1851.

Leopold.

Stiebel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen hoheit bes Großherzogs: Schunggart.

Leopold,

von Gottes Gnaden, Großherzog von Saden, herzog von Bähringen.

Mit Buftimmung Unferer getreuen Stanbe haben Bir befchloffen und verorbnen, wie folgt:

Erster Theil.

Von Verbrechen und deren Bestrafung im Allgemeinen.

I. Titel.

Bon ftrafbaren Sandlungen und ben Berfonen, welche ben Strafgefeben unterworfen finb.

- §. 1. (Strafbare Sandlungen.) Die Begehung ober Unterlaffung einer Sandlung ift nur in fo fern peinlich ober burgerlich ftrafbar, als fie vorher von einem Gefetze mit peinlicher ober burgerlicher Strafe bebroht ift 1).
- §. 2. (Dem Strafgefete unterworfene Bers fonen.) Den Bestimmungen bes gegenwärtigen Strafgefetsbuches find alle Unterthanen bes Staats unterworfen, auch

⁹ Bgl. aftenb. Str.: G.: Bch. Art. 1., würtemberg. Art. 1., braunschweig. f. 4., bannob. Art. 4., beff. Art. 1., naff. Art. 1., thuring. Art. 1., preuß. h. 2., bsterr. Publ.: Pat. Art. IV., sach. Art. 1.

bie Militarperfonen, in fo weit die Militarftrafgefete nicht befonbere, bavon abweichenbe, Borfdriften enthalten 2).

- S. 3. (Wegen Sanblungen im Inland.) Reber. welcher innerhalb ber Grengen bes Grofbergogthums eine ftrafbare Sandlung verübt, wird, er fei Inlander ober Auslander, nach ben inländischen Strafgeseten gerichtet.
- 6. 4. (3m Musland.) Auch wegen ber im Muslande verübten Sandlungen fiebt ber Inlander unter ben Strafacfeten bes Inlanbes.

Wird jedoch nach ben ausländischen Gefeten bie Sand= lung milber ober gar nicht, ober nur auf Anzeige ober Unflage bes Betheiligten bestraft, fo wird auch ber Inlander, in fo fern bie Sandlung nicht gegen bas Inland, ober beffen Beborben, ober gegen eine Berfon im Inlande gerichtet mar, nach ben ausländischen Befeten beurtheilt.

- S. 5. Der Ausländer wird auch wegen ber im Auslande verübten Sandlungen nach ben inländischen Befegen be= ftraft, in fo fern bie That gegen bas Inland, ober beffen Beborben, ober gegen eine Berfon im Inlande gerichtet war 3).
- S. 6. Wegen ber gegen einen Inlander im Auslande verübten Sandlungen wird ber Auslander, wenn er im Inlande betreten wirb, ebenfalls nach ben inländifchen Befeten bestraft, in fo fern nicht bie Sandlung nach ben Gefeten bes Orts ber begangenen That von milberer, ober gar feiner Strafe getroffen murbe.
- S. 7. (Auslieferung unftatthaft.) Rein Inlander tann megen einer ftrafbaren Sandlung, fie fei im Inlande

²⁾ Bgl. Art. 2—4. bes bayer. Publ. Pat., altenb. Str. & B. Art. 2., würt. Art. 2. 3., braunschw. §6. 1. 2., baunov. Art. 2., bess Art. 4., nass. Art. 4., thuring. Art. 2., preuß. §6. 4. 5., österreich. §6. 36. 37. 40, sach. Art. 2. 3.

2) Bgl. bayer. Publ. Pat. Art. IV., altenburg. Str. & B. Bch. Art. 4., würtemb. Art. 4. 5., braunschw. §2., hannov. Art. 3., hess. Art. 5., nass. Art. 5., thuring. Art. 3., preuß. §4., österreich. §6. 37. fg., sach. Art. 3.

ober im Auslande verubt, einem auswärtigen Staate gur gestrichtlichen Berfolgung ober Beftrafung ausgeliefert werben 4).

§. 8. (Berfahren nach gerichtlicher Erlebigung im Auslande.) Gegen Denjenigen, der wegen eines Bersbrechens von einem zuständigen ausländischen Gerichte rechtsfräftig frei gesprochen oder verurtheilt ift, sindet im Inlande ein neues Strasversahren oder Erkenntniß wegen desselben Berbrechens nur unter den nämlichen Boraussetzungen statt, unter welchen auch eine durch rechtskräftiges Erkenntniß eines inländischen Gerichts erledigte Strassache wieder aufgenommen werden kann, es sei denn, daß sich derselbe dem Vollzuge des gegen ihn im Auslande erfolgten Erkenntnisses durch die Flucht entzogen habe.

Sat fich berfelbe foldem Bollzuge nur theilweife ent= zogen, fo wird ihm ber im Austanbe erstandene Theil ber Strafe im neuen Erkenntnif in Abrechnung gebracht.

- §. 9. (Folgen ausländischer Urtheile.) Die von bem zuständigen ausländischen Gerichte erlassenen Strafurtheile äußern auch im Inlande die nach den inländischen Gesetzen mit einem gleichen Urtheile inländischer Gerichte verbundenen Wirkungen:
- 1. hinsichtlich ber fraft Gefetes eintretenden Nachtheile fur bie Ehren= und Dienstrechte, und
- 2. hinfichtlich bes ber Staatsregierung nach ben §8. 705. und 706. zustehenden Rechts ber Dienstentlaffung und ber Berfetung auf eine geringere Stelle.

Seboch fann ber verurtheilte Inlander verlangen, bag von bem zuständigen inlandischen Gerichte nochmals barüber erfannt werbe, ob er auch nach ben inlandischen Gefegen zu

^{*)} Bgl. baber. Str.: G.: 28ch. Theil II. Art. 30., olbenb. Art. 514., wurtemb. Art. 6., ofterreich. 6. 36.

verurtheilen gewesen mare, und ob auch hier bie Verurtheilung bie gleichen Folgen gehabt batte.

II. Citel.

Bonben Strafen.

- §. 10. (Beinliche Strafen.) Die peinlichen Straf- arten find:
 - 1. Tobesftrafe;
 - 2. lebenslängliche Buchthausftrafe;
 - 3. zeitliche Buchthausftrafe;
 - 4. Dienftentfetung.
- \$. 11. (Tobesftrafe.) Die Tobesftrafe foll burch Enthauptung öffentlich vollzogen werben ...
- §. 12. (Schärfung unftatthaft.) Gine Schärfung ber Tobesftrafe findet nicht ftatt.
- §. 13. (Beitliche Buchthausftrafe.) Die Dauer ber geitlichen Buchthausftrafe wird in ben Strafurtheilen nach

⁵⁾ Befet v. 12. April 1856.

Art. 1. Das Strafgefetbuch v. 6. Marg 1845 erleibet folgenbe Menberungen :

S. 11. enthalt folgenbe Faffung:

Die Tobesftrafe foll burch Enthauptung vollzogen werden. Die Bollftredung foll in einem umichloffenen Raume ftatifinden. Es muffen babei zugegen fein: die Beamten des Amtes, in bessen Begirte die Bollftredung geschiebt, ober mindeftens einer berfelben, ein Prototolischer, die Gerichtsärzte und zwölf Urfundspersonen.

Much muß einem Geistlichen von ber Confession bes Berurtheilten ber Zutritt

geftattet werben.

Außerbem ist bem Bertheibiger, ben Berwandten bes Berurtheilten, und, fo weit es ber Raum erlaubt, auch andern Bersonen auf besonderes Ansuchen ber Zutritt ju geflatten.

Art. 2. Die Bollzugevorschriften gu Urt. 1. S. 11. werben im Berordnunges wege erlaffen werben.

Die übrigen Befrimmungen bes gegenwartigen Gefețes treten mit beffen Berstubung in Birtfamteit

⁽Die Bollzugevorschriften find ebenfalls unter bem 12. April 1856. Rggs. BI. Nr. XII. S. 84. fg. erschienen.)

Jahren und Bierteljahren bestimmt, niemals in kleineren Beittheilen.

- \$. 14. (Ihre Dauer.) Sie kann, wo nicht bas Gefet etwas Anderes verordnet, nicht auf weniger als drei Jahre erkannt werden, und, ben besonderen Fall zusammentreffender Berbrechen ausgenommen (§. 174.), nicht auf mehr als zwanzig Jahre.
- §. 15. Ueberall, wo bas Gefet ohne bas Beiwort "lebenslänglich" von Zuchthausstrafe fpricht, ift bie zeitliche zu verstehen.
- \$. 16. (Arbeit, Koft, Kleibung.) Die Buchthausgefangenen werben burch Zwang zu harten Arbeiten innerhalb ber Anftalt angehalten; sie werben mit schmaler Koft genährt, und tragen eine ausgezeichnete, gleichförmige Kleibung.
- \$. 18. (Folgen ber Buchthausstrafe.) Als Folgen ber Berurtheilung zu lebenslänglicher ober zeitlicher Buchthausstrafe treffen ben Verurtheilten kraft Gesetzes folgenbe Nachtheile:

1. ber Berluft aller Chrentitel, Burben, Orben und

anberer Chrenzeichen :

2. der Verluft aller öffentlicher Aemter, namentlich aller Hof=, Staat8=, Rirchen=. Schul=, Gemeinde=, Zunft= und Stiftungsämter, sowie ber Pflegschaften ober Vormunbschaften über Andere, als über seine Kinder:

3. ber Verluft bes Rechts ber Anwaltschaft und bes Schriftverfaffungerechts, fo wie ber Befahigung gur Braris

im öffentlichen Dienft;

4. der Berluft ber Fähigkeit zur Erwerbung ber bisher

genannten Rechte und Vorzuge;

5. ber Verluft ber Ruhegehalte und Benfionen, welche ihm in Volge eines von ihm betleibeten öffentlichen Amtes aus ber hof-, ber Staats-, einer Gemeinbe-, ober öffentlichen

Stiftungskaffe gereicht werden; besgleichen folcher Ruhegehalte und Benfionen, die er aus einer ftandes- oder grundherrlichen Kaffe in feiner Eigenschaft als öffentlicher Diener bezieht;

6. ber Verluft ber ftaate und gemeindeburgerlichen Rechte ber Bahl und ber Bahlbarkeit, fo wie ber Fähigkeit, bei

öffentlichen Beurfundungen als Beuge mitzuwirfen;

7. ber Verluft ber ihm erblich guftebenden ftaatsrecht= lichen Befugniffe fur feine Berfon;

8. Die Unwurdigfeit gum Militarbienft.

- §. 18. (Landesverweifung gegen Ausländer.) Alls weitere, im Straferkenntniß befonders auszubruckende, Volge ber zeitlichen Buchthausstrafe trifft ben Ausländer, nach Erstehung berselben, ferner lebenslängliche Landesverweisung.
- \$. 19. (Erlaubniß zur Rudfehr.) Die Bolizeis behörben können bem Verwiesenen zu Beforgung einzelner Angelegenheiten auf kurze Zeit bie Erlaubniß zum Aufenthalt im Großberzogthum ertheilen.
- \$.20. (Bruch ber Lanbesverweifung.) Der Bruch ber Landesverweifung wird mit gefcharftem Gefängnig nicht unter acht Tagen bestraft.
- \$. 21. (Dienstentsetzung.) Die Strafe ber Dienstentsetzung hat fur ben Verurtheilten ben Verluft aller von ihm bekleibeten öffentlichen Aemter und ber bavon abhängeneben Rechte und Vorzuge zur Folge.
- §. 22. (Folgen berfelben.) Den zur Strafe ber Dienstentsetzung Berurtheilten treffen überdieß alle weiteren Nachtheile, welche im §. 17. als Folgen ber Berurtheilung zur Zuchthausstrafe bezeichnet sind.
- §. 23. (Eibes un fahigkeit.) Gibes unfähigkeit und Unfähigkeit jum gerichtlichen Zeugniß tritt als Folge ber Berurtheilung zu einer Strafe nur ba ein, wo fie bas Gefes

(\$. 508.) befonders gebroht bat; fle ift jedoch im Strafurtheil auszusprechen.

\$. 24. Wird bem zu peinlicher Strafe Berurtheilten im Wege ber Begnabigung die Strafe erlaffen, fo gelten beren Volgen (§§. 17. 18. 22. und 23.) nur in fo fern ebenfalls fur aufgehoben, als bies hiebei ausbrudlich bestimmt wird.

Sm Wege der Begnadigung fonnen biefelben auch nach ganglicher ober theilweifer Bollziehung ber Strafe wieder auf-

gehoben werben.

- §. 25. (Bolizeiliche Aufficht.) Gegen ben Inländer, welcher zu einer Buchthausstrafe verurtheilt wird, ift zugleich, in so fern er fur die öffentliche Sicherheit besonders gefährelich erscheint, auf Stellung unter polizeiliche Aufsicht zu erstennen.
- §. 26. (Dauer berfelben.) Die Stellung unter polizeiliche Aufficht wird nicht auf weniger als Gin Sahr, und nicht auf mehr als funf Sahre erkannt.

§. 27. (Wirkungen.) Die Wirkungen ber Stellung

unter polizeiliche Aufficht find folgende:

1. ber unter polizeiliche Aufsicht Gestellte barf seinen Seimathsort ober seinen anderen, mit polizeilicher Bewilligung gewählten, Aufenthaltsort ohne Erlaubniß des Ortsvorstandes nicht über Nacht verlassen, und zu einer über acht Tage dauernden Abwesenheit wird die Genehmigung der Polizeisbehörde erfordert;

2. fieht ben Gerichts- und Boligeibehorben bie Befugniß zu, in feiner Wohnung zu jeber Beit Saussuchung zu halten.

§. 28. (Bruch ber polizeilichen Aufficht.) Berläßt ber unter polizeiliche Aufficht Gestellte seinen Geimaihsober Aufenthaltsort ohne Erlaubniß, so wird berselbe auf Antrag ber Bolizeibehörde mit geschärftem Gefängniffe bis zu brei Monaten bestraft.

- §. 29. (Befreiung von ber polizeilichen Aufficht.) Der unter polizeiliche Aufsicht Gestellte wird von berfelben wieder befreit, wenn er für ihre Dauer eine bem Betrage nach vom Richter zu bestimmende Sicherheit für gesetzmäßiges Verhalten leiftet.
- §. 30. (Verfall ber Sicherheitsfumme.) Die Sicherheitsfumme verfällt, wenn binnen ber Zeit, für welche bie Sicherheit geleistet ift, ber unter polizeiliche Aufsicht Gestellte wegen eines neuen, mit Zuchthausstrafe bedrohten Versbrechens verurtheilt wird.
- \$. 31. (Theilweifer Berfall.) Ift bas neue, mit Buchthausstrafe bebrohte Berbrechen ein geringeres, als bas fruber verubte, so tann bie Sicherheitssumme nur zu einem verhältnigmäßigen Theile fur verfallen erklart werben.
- \$. 32. (Bermendung ber Sicherheitsfumme.) Die in ben Fällen ber §§. 30. und 31. für verfallen erklärte Sicherheitsfumme fällt ber Staatstaffe zu, vorbehaltlich ber aus ber nämlichen Summe zu beftreitenden Entschädigung des Berletten, in so fern solche von dem Urheber ber Berletung sonft nicht beigebracht werden kann.
 - §. 33. (Burgerliche Strafen.) Burgerliche Strafen find:
 - 1. Arbeitehaus- und Festungestrafe;
 - 2. Befängnifftrafe;
 - 3. Dienftentlaffung;
 - 4. Entziehung eines felbstiftanbigen Gewerbsbetriebs, ober einer öffentlichen Berechtigung;
 - 5. Gelbftrafe;
 - 6. Confiscation einzelner Gegenstände;
 - 7. gerichtlicher Verweis.
- §. 34. (Arbeitshaus.) Die Dauer ber Arbeitshausftrafe wird in ben Strafurtheilen nach Jahren und Monaten bestimmt, niemals in kleineren Zeittheilen.

- \$. 35. (Dauer.) Sie kann nicht auf weniger als fechs Monate erkannt werben, und nicht auf mehr als fechs Jahre, bie Fälle ausgenommen, in welchen bas Gefet eine langere Dauer vorschreibt.
- \$. 36. (Arbeit und Kleibung.) Die Arbeitshaus= gefangenen werben gur Arbeit angehalten; sie tragen eine gleichförmige, von jener ber Buchthausgefangenen verschiebene Kleibung.
- §. 37. (Pflege und Behandlung.) In ber Berpflegung und übrigen Behandlung ber Arbeitshausgefangenen finden, im Bergleiche mit ber Berpflegung und Behandlung im Zuchthause, Erleichterungen statt; auch können die Arbeitshausgefangenen, wenn sie sich hierzu erbieten, zu Arbeiten außerhalb der Strafanstalt verwendet werden.
- \$. 38. (Gefängnifftrafe.) Die Gefängnifftrafe wird in ben Rreis= und Amtsgefängniffen vollzogen.
- §. 39. (Kreisgefängniß.) Die Kreisgefängnißstrafe kann nicht auf weniger als vier Wochen erkannt werben, und nicht auf mehr als Ein Jahr, die Fälle ber §§. 166. und 173. ausgenommen.

Ihre Dauer wird in ben Strafurtheilen innerhalb ber gesetlichen Grenzen nicht in kleineren Zeittheilen, als in Wochen, bestimmt.

- §. 40. (Amtsgefängniß.) Die Amtsgefängnißstrafe kann nicht auf mehr als acht Wochen erkannt werden.
- \$. 41. (Befchäftigung: 1. Im Areisgefängniß.) Die in ben Areisgefängniffen verwahrten Gefangenen werben innerhalb bes Saufes auf eine ihren perfonlichen Verhältniffen angemeffene und mit ber Ordnung bes Haufes verträgliche Weise beschäftigt.
- \$. 42. (2. 3m Amtegefängniß.) Auf gleiche Weife (\$. 41.) werben, wo bas Gericht es im Urtheile besonbers

verfügt, auch bie im Amtegefängniffe vermahrten Gefangenen befchäftigt.

Nur unter ben Voraussetzungen bes §. 53. kann barauf erkannt werben, bag ber Berurtheilte im Amtsgefängniffe zu beschäftigen fei.

- \$. 43. (Polizeiliche Aufsicht bei Arbeitshausstrafe.) Gegen Denjenigen, welcher wegen eines mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechens, oder wegen Landstreicherei,
 Betiel, Fälschung, Betrug, Wilderei oder Diebstahl zu einer Arbeitshausstrafe verurtheilt wird, ist zugleich, insofern er fur
 die öffentliche Sicherheit besonders gefährlich erscheint, auf
 Stellung unter polizeiliche Aufsicht, oder wenn er ein Ausländer ist, unter berselben Loraussetzung auf Landesverweifung
 zu erkennen.
- §. 44. (Dienstentlaffung.) Die Strafe ber Dienstentlassung hat für ben Berurtheilten ben Berluft aller von ihm bekleibeten öffentlichen Aemter und ber bavon abhängensben Rechte (§. 17. Nr. 2. und 5.) zur Folge.
- §. 45. Der Entlaffene verliert bie Fähigkeit, vor Ablauf von brei Jahren zu öffentlichen Aemtern, bie nicht ber Großherzog felbst verleiht, wieder berufen zu werden.
- \$. 46. (Entziehung von Gewerben ober öffent= licher Berechtigungen.) Die Entziehung eines felbstständigen Gewerbsbetriebs, ober einer öffentlichen Berechtigung wird entweber für immer, ober auf eine im Urtheile zu bestimmenbe Zeit von sechs Monaten bis zu sechs Jahren erstannt.
- §. 47. (Gelbstrafe.) Eine Gelbstrafe barf ben Betrag von Eintaufend Gulben nicht übersteigen, infofern nicht bas Geset bei einzelnen Berbrechen bies besonbers gestattet.
- \$. 48. (Strafausmeffungsgrunde.) Bei ber Beftimmung bes Mages ber Gelbstrafe im einzelnen Falle ift,

neben den allgemeinen Strafminderungs= und Straferhöhungs= gründen, auch auf die Vermögensverhältniffe des Schuldigen Rücksicht zu nehmen.

- §. 49. (Gerichtlicher Berweis.) Ein gerichtlicher Berweis mirb bem Berurtheilten von bem Gerichte munblich ober schriftlich ertheilt.
- §. 50. (Strafvollzug.) Die Arbeitshausstrafe kann nicht in ber nämlichen Strafanstalt vollzogen werben, in welcher bie Zuchthausstrafe vollzogen wirb.
- \$. 51. (In abgesondertem Raume.) Werden Bersfonen von Buchthauss, oder Arbeitshauss voer Gefängnißsstrafe getroffen, für welche der Strafvollzug in der Gemeinsschaft mit den übrigen Sträflingen nach ihren perfonlichen Berhältniffen und der Stufe ihrer Bildung eine unverhältnißsmäßige Härte enthalten wurde, so ist im Straferkenntniß zusgleich auszusprechen, daß die Strafe in einem abgesonderten Raume der Strafanstalt zu vollziehen sei, wo der Verurtheilte, ohne die sonst vorgeschriebene gleichförmige Kleidung, so viel thunlich, zu einer seinen persönlichen Verhältniffen angemessenen und mit der Ordnung des Hauses verträglichen Beschäftigung angehalten werden soll, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 42., insofern es sich um eine Amtsgefängnisstrafe handelt.
- §. 52. (Festung 8 ftrafe.) Liegt in ben Fällen bes vorhergehenben §. 51. bem Verbrechen weber Eigennut, noch sonst eine schändliche Gestnung zu Grunde, so ift im Strafeerkenntniß, insofern nur auf Arbeitshause ober Gefängnißsstrafe erkannt wird, zugleich auszusprechen, daß bieselbe in einer Festung, ober einer anderen ihr gleichgestellten Anstalt vollzogen werden soll.
- §. 53. (Bulaffigkeit von Scharfungen.) Bei Berbrechen, welchen besondere Bosheit, Gigennut ober sonft eine ichanbliche Gefinnung zu Grunde liegt, konnen bie geit=

lichen Freiheitsstrafen burch bas Urtheil mit Scharfungen ver-

§. 54. (Scharfung arten.) Bei ber zeitlichen Bucht= hausftrafe konnen folgende Scharfungen eintreten:

1. Ginfame Ginfperrung, ununterbrochen nicht langer als

zwei Monate;

2. Dunkelarreft (einfame Ginfperrung in finfterer Belle),

ununterbrochen nicht langer ale vier Tage;

3. Hungerkoft, bestehend in Waffer und Brod, ober in Waffer und warmer Suppe, nach einander nicht mehr als steben Tage, je um den anderen Tag;

4. Unlegung von Retten, ununterbrochen nicht langer als

vier Wochen;

- 5. Berbindung zweier ober mehrerer biefer Scharfungen.
- \$. 55. Mit Ausnahme ber Ketten konnen alle im vor= hergehenden \$. 54. genannten Schärfungen auch bei der Ar= beitohaus= und der Gefängnißstrafe eintreten, bei der Festungs= strafe dagegen nur einfame Ginsperrung.
- \$. 56. Die Amtsgefängnifftrafe ift regelmäßig mit einfamer Ginfperrung verbunden, und ebenso die Kreisgefängnißftrafe in den ersten zwei bis vier Wochen, und die Arbeitshaus- und Buchthausstrafe in den ersten vier bis acht Wochen.
- §. 57. (Beit ihres Bollzuge.) Die erfannten Schärfungen werben, wo nicht bas Gericht etwas Anderes verfügt, fogleich im Anfange ber Straferstehung vollzogen.
- S. 58. (Wieberholung.) Die einsame Einsperrung, die nicht über Sinen Monat gedauert hat, und die Anlegung von Ketten kann nicht eher wieder eintreten, als nach Ablauf einer Zwischenzeit, welche der Dauer der unmittelbar vorhergegangenen Schärfung berselben Art gleich kommt; und die einsame Einsperrung, welche länger als Ginen Monat gedauert hat, nicht vor Ablauf eines Monats.

- §. 59. Der Dunkelarrest barf im Laufe von vierzehn Tagen nicht mehr als vier Tage betragen, und bie Schärfung burch hungerkost nicht mehr als sieben Tage im Laufe von brei Wochen.
- \$. 60. Bei Freiheitsstrafen, welche bie Dauer von brei Monaten übersteigen, burfen in bem vierten und ben folgenben Monaten bes ersten Jahres bie Schärfungen burch hungerkoft und Dunkelarrest in bem §. 54. Nr. 2. und 3. bestimmten Maße monatlich nicht mehr als Einmal eintreten.
- §. 61. Bei Freiheitsstrafen von längerer als Einjähriger Dauer finden die Schärfungen (§. 54.) in dem zweiten und den folgenden Jahren nicht mehr als viermal des Jahres, und nach Ablauf von sechs Jahren jährlich nicht mehr als Einsmal statt.

Die einfame Einsperrung barf in biefen Fällen jedesmal nicht länger als Ginen Monat bauern.

\$. 62. Die Gefängnifftrafe kann auch baburch geschärft werben, baß bem Gesangenen bie Vergünstigung entzogen wird, sich bessere Kost reichen zu laffen, und zwar entweber mährend ber ganzen Strafzeit, ober mährend eines bestimmten Theiles berselben.

Diese Schärfung findet keine Unwendung auf die Veftungsgefangenen, welchen die Vergunstigung, sich bessere Koft reichen zu lassen, auch da nicht entzogen werden kann, wo die Arbeitshausstrafe auf der Festung vollzogen wird.

- §. 63. (Berechnung ber Strafzeit.) Bei allen Freiheiteftrafen wird bie Strafzeit von bem Eintritt in bie Strafanstalt an gerechnet, und zwar ein Tag zu vierunds zwanzig Stunden, eine Woche zu sieben, ein Monat zu breißig, ein Jahr zu breihundertfunfunbsechzig Tagen.
- \$. 64. Wenn mahrend ber Bollziehung einer Freiheits= ftrafe, megen Geiftes = ober forperlicher Krankheit eines Straf=

- gefangenen, beffen Verfetzung in eine öffentliche Seilanstalt nothwendig wird, so ist die in der letteren zum Behufe der Herftellung zugebrachte Beit in feine Strafzeit einzurechnen.
- §. 65. Gbendasfelbe gilt von ber Zeit ber gerichtlichen Saft, welche ein mahrend bes Strafvollzuges auf gerichtliche Anordnung aus ber Strafanstalt abgeführter Gefangener zu erstehen hat.
- §. 66. (Arennung bes Straf = und Unter fuchungsverhafts.) Die Zuchthausanstalten burfen nicht zugleich zur Berwahrung von Untersuchungsgefangenen verwendet werden, und bei ben Arbeitshaus = und Kreisgefängniff anstalten kann biese Berwendung nur mit besonderer Genehmigung bes Obergerichts stattfinden.
- §. 67. (Disciplinarstrafen.) Bergehen ber Gefangenen gegen die Hausordnung oder die Disciplinarvorschriften ber Strafanstalt werden von Disciplinarstrafen getroffen, welche, wenn die Bergehen von schwererer Art sind,
 von der oberaufsehenden Behörde, in den leichteren Fällen aber
 von dem Borstande der Strafanstalt erkannt werden.
- §. 68. (Arten berfelben.) Als folche Disciplinarsftrafen kommen zur Anwendung, und zwar einzeln ober in Verbindung:
 - I. in allen Strafanftalten:

1. einfame Ginfperrung (§. 54. Nr. 1.);

- Entziehung ober Beidrantung ber nach ber Sausordnung ben Sträflingen zukommenden Bergunfti= gungen;
- II. im Arbeitshaus und Gefängnig ferner:

1. Duntelarreft (§. 54. Nr. 2.);

2. Sungertoft (§. 54. Nr. 3.) ober Beschränkung in ber Roft;

3. Entziehung ber Betten;

III. im Arbeitshaus, außer ben in Nr. I. und II. genannten, ber Strafstuhl, jedoch nicht über fechs Stunden täglich und nicht mehr als drei Tage nach einander;

IV. im Buchthaus, außer ben in Nr. I. II. und III. genannten, noch ferner bie Anlegung von Retten (§. 54. Nr. 4.)

\$. 69. Die Vorschriften ber \$\$. 58-61. finden auf

Die Disciplinarftrafen feine Unwendung.

Die wiederholte Anwendung des Dunkelarrestes oder der Sungerkoft nach Erstehung des höchsten Maßes derfelben (§. 54. Nr. 2. und 3.) kann jedoch auch als Disciplinarstrafe nicht eher eintreten, als nach Ablauf einer Zwischenzeit von wenigstens vier Tagen.

III. Titel.

Bon ben allgemeinen Boraussehungen ber Zurechnung, von bem Rothstanb und von ber Rothwehr.

- §. 70. (Mangel ber Burechenbarteit.) Die Uebertretung eines Strafgeseges, welche bem Uebertreter weber aus bem Grunde eines rechtswidrigen Vorsates, noch aus bem einer Fahrläßigkeit zugerechnet werben kann, ift ftraflos 6).
- §. 71. (Mangel ber Burechnungsfähigkeit.) Die Burechnung ift ausgeschloffen burch jeden Buftand, in welchem bas Bewußtsein ber Strafbarkeit ber Sandlung ober bie Willführ bes Sandelnden fehlt 7).
- §. 72. (Grrthum in Thatfachen.) Unverschulbeter Brrthum (g. 101.) in Thatfachen ober thatfachlichen Berhalt-

⁴⁾ Bgl. baper. Str.: B.: Bd. Art. 119., olbenb. Art. 124., wurtemb. Art. 54., braunfcon. S. 26., hannob. Art. 42. 82.

^{&#}x27;) Bgl. mit §§. 71. 75. baber. Str.: 9.= 29. Art. 120. 121., olbenb. Art. 125., altenb. Art. 67., würtemberg. Art. 97., braunichw. §. 30., hannov. Art. 83., heff. Art. 37., thuring. Art. 61., preuß. §. 40., öfterreich. §. 2., fachf. Art. 87.

niffen, welche eine Sandlung zur ftrafbaren machen, ober ihre Strafbarkeit erhoben, schließt bie Burechnung aus 8).

- §. 73. (Rechtsunwiffenheit.) Nichtwiffen bes Strafgeseges schließt die gesehliche Strafe nicht aus; ebenso wenig Unwiffenheit ober Frrthum in Ansehung ber Art ober Große ber Strafe 9).
- \$. 74. (Religiöfer Wahn n. f. w.) Auch wird bie Burechnung weber durch die Meinung, als ob die durch das Gefetz verbotene Handlung nach dem Gewissen oder der Religion erlaubt gewesen, noch durch die Beschaffenheit des Beweggrundes oder Endzweckes ausgeschlossen, um dessentwillen der Entschluß zur That gesaßt worden ist 10).
- §. 75. (Raferei u. f. m.) Bu ben Buftanben, welche unter ber Voraussetzung bes §. 71. Die Burechnung ausschliessen, gehört namentlich Raserei, Wahnsinn, Verrücktheit, völliger Blobsinn und vorübergehenbe gänzliche Verwirrung ber Sinne ober bes Verstandes.
- §. 76. (Verwirrung.) Der Zustand vorübergehender gänzlicher Verwirrung der Sinne oder des Verstandes schließt jedoch die Zurechnung dann nicht aus, wenn sich der Thäter durch Getränke oder andere Mittel absichtlich in solchen verssetzt hatte, um in demselben ein im zurechnungsfähigen Zusstande beschlossenes Verbrechen auszusühren, oder wenn in Bezug auf die Sandlung, wodurch er sich in jenen Zustand vers

^{*)} Bgl. baper. Str. : B. : Ich. Art. 72. 121., olbenb. Art. 66. 126., altenburg. Art. 68., würtemberg. Art. 100., braunschweig. §. 32., hannob. Art. 45. 84., heff. Art. 42. 43., thüring. Art. 63., preuß. §. 44., österreich. §. 2. lit. e., jächf. Art. 95.

^{*)} Bgl. bayer. Str. : G. : Bd. Art. 39. 71., olbenburg. Art. 52. 65., altenburg. Art. 68., würtemb. Art. 99., braupidweig. §. 31., hannob. Art. 41., heff. Art. 41., thuring. Art. 63., öfterreich. §. 3., fächf. Art. 95.

¹⁴⁾ Bgl. baper. Str. 26. 29d. Art. 39. Abs. 2., olbenburg. Art. 52. Abs. 2., altenb. Art. 63., würtemb. Art. 55., braunschw. f. 31., hannob. Art. 41., thuring. Art. 63., fach. Art. 5

fest hat, und bie barin verubte That bie Bedingungen ber Burechnung gur Fahrlägigkeit (g. 101.) vorhanden finb 11).

- §. 77. (Caubstumme.) Taubstumme, beren Geistesfrafte nicht fo weit entwidelt sind, um die Folgen und die Strafbarkeit einer begangenen lebertretung einzusehen, bleiben straflos 12).
- §. 78. (Jugenb.) Kindern, welche bas zwölfte Jahr noch nicht zuruckgelegt haben, konnen Uebertretungen ber Strafgefete in Bezug auf die gesetliche Strafe nicht zugerechnet werben.

Sie find megen folder handlungen lediglich ber hauslichen Buchtigung zu überlaffen, vorbehaltlich ber Ueberweifung ber Uebertreter an die Bolizeibehorbe, wegen nothigenfalls anzuordnender Befferungsmittel 13).

- §. 79. Gbendasfelbe gilt auch von dem Minderjährigen vom zwölften bis zum zuruckgelegten fechzehnten Jahre, infofern fich nicht im einzelnen Falle ergibt, daß er die zur Uneterscheidung der Strafbarkeit der Handlung erforderliche Aussbildung bereits erlangt hat. In letterem Falle tritt bei Minderjährigen von diesem Alter Zurechnung zu gemilderter Strafe in folgender Art ein:
- 1. Die Gefängniß = und Arbeitshausstrafe wird um Gin bis brei Viertheile ber fonft gesetlich verschuldeten Dauer her= abgefest;

¹¹⁾ Bgl. bayer. Str. B. Bd. Art. 40., ofbenb. Art. 53., wurtemberg. Art. 97., hannob. Art. 84. Biff. 9., beff. Art. 38., bfterreich. 6. 2. lit. c.

¹⁹ Bgl. baber. Str. G. 28ch. Art. 120. Ziff. 5., olbenb. Art. 125. Ziff. 5., altenb. Art. 67. lit. b., braunichw. 6. 30., hannov. Art. 83. Ziff. 5., beff. Art. 37. Ziff. 3., thuring. Art. 62. Ziff. 2.

¹¹⁾ Neber Einstuß ber Jugend vgl. baber. Str. G. Bch. Art. 98. 99. 120. Ziff. 1., oldenb. Art. 105. 106. 125. Ziff. 1., altenb. Art. 62. 66., würtemb. Art. 95. 96., braunichw. fc. 30. 60., bannov. Art. 83. Ziff. 1. Art. 99—101., best. Art. 37. Ziff. 1. Art. 116. thuring. Art. 58. 61., preuß. §6. 42. 43., österr. §. 2. lit. d. §. 46. lit. a., jäch. Art. 89. 90.

2. ftatt zeitlicher Buchthausstrafe wird auf Arbeitehaus= ftrafe von Ginem Sahr bis zu zwölf Jahren, und 3. ftatt ber Tobes- ober lebenslänglichen Buchthausstrafe

auf Arbeitshausftrafe von funf bis zu funfzehn Sahren erfannt.

- 4. Es follen biefe Strafen entweber in eigenen, fur jugendliche Berbrecher bestimmten Strafanstalten, ober zwar in ben ordentlichen Strafanstalten, jeboch in abgesonderten Raumen, bollzogen werben.
- S. 80. Bei Minberjährigen, welche bas fechzehnte, aber noch nicht bas achtzehnte Lebensjahr gurudgelegt haben, tritt an die Stelle ber verfculbeten Lobesftrafe lebenslängliches, ober zeitliches Buchthaus nicht unter gebn Jahren.
- (Rothftanb.) Die Burechnung einer an fich unerlaubten Sandlung fällt meg, wenn fie von bem Sanbeln= ben in einem, nicht burch eigenes ftrafbares Verschulben ber= beigeführten Rothstande begangen murbe, um eine gegenmartige bringenbe, auf andere Beife nicht abwendbare, Gefahr fur fein Leben, ober bas Leben feines Chegatten, ober eines Bermandten ober Berfcmagerten in auf= ober abfteigenber Linie, ohne Unterschied bes Grabes, in ber Seitenlinie bis gum zweiten Grabe einschlieflich, ober ber Aboptiveltern ober Aboptivfinder, ber Pflegeltern ober Bflegfinder besfelben, ober folder Perfonen abzumenden, bie ihm zur Aufficht übergeben find, ober gu beren Schut er besonbere verpflichtet ift 14).
- S. 82. (3 mang.) Reiner Burechnung unterliegen leber= tretungen, ju welchen ber lebertreter burch unwiderstehliche forperliche Gewalt genothigt worben ift, ober burch Drobungen, Die mit einer gegenwärtigen bringenben, auf andere Beife nicht abwendbaren, Gefahr fur bas Leben bes Genothigten ober einer ber in §. 81. bezeichneten Personen verbunden maren.

¹¹⁾ Bgl. altenburg. Str. G. Bd. Art. 72., würtemberg. Art. 406., braunschweig. \$. 34., hannev. Art. 84. Biff. 7., heff. Art. 45., thuring. Art. 65., sach. Art. 92.

Uebertretungen, zu welchen ber Uebertreter burch gegen ihn, ober eine ber im §. 81. genannten Bersonen angewenbete, mit ber Gesahr unverzüglicher Verwirklichung verbundene Drohungen mit großen Uebeln anderer Art bestimmt worden ift, werden, je nach ber Größe bes gedrohten Uebels und bes in ber Uebertretung enthaltenen Verbrechens, von gemilberter, ober ebenfalls von gar keiner Strafe getroffen 15).

- §. 83. (Ausnahme.) Die Zurechnung fällt in ben Gällen ber §§. 81. und 82. nicht weg, wenn zur Uebernahme ber Gefahr, zu beren Abwendung die Uebertretung geschah, für ben Gefährbeten eine besondere Rechtspflicht vorhanden war.
- \$. 84. (Recht mäßige Nothwehr.) Die Anwendung von Sigenmacht zur Selbstvertheidigung gegen begonnene, oder eben bevorstehende rechtswidrige Angriffe ift unter der Boraussehung, daß die brohende Gefahr nicht durch andere dem Bedrohten bekannte Mittel, außer der Sigenmacht, mit Sichersheit und ohne Nachtheil abgewendet werden kann, in folgens den Källen erlaubt:

1. gegen alle gewaltthätigen, mit Gefahr fur Leib, Leben, Breiheit ober Ehre verbundenen Angriffe auf bie Berfon felbft;

- 2. gegen Gewaltthaten, welche auf Befchabigung, Sin= wegnahme ober Berftorung von Bermogensgegenständen ge= richtet find;
- 3. gegen Denjenigen, welcher in eines Anderen Besitzthum gewaltthätig einzufallen, einzubrechen, ober fonst auf unerlaubte Beise einzubringen sucht 16).

¹³⁾ Byl. bayer. Str. By. Att. 121. Zifi. 7. 8., otbenb. Art. 126. Zifi. 7. 8., aftenburg. Art. 69., würtemb. Art. 101., braunichw. f. 33., hannov. Art. 84. Zifi. 8., befi. Art. 39., thüring. Art. 64., preuß. §. 40., kierreich. §. 2. lit. g., fäch. Art. 93., otbenburg. Art. 125—133., otbenburg. Art. 130—141., aftenburg. Art. 70—72., würtemberg. Art. 102—106., braunichweig. §5. 166—168., hannow. Art. 78—81., befi. Art. 45—53., thüring. Art. 65—67., preuß. §§. 40. 41., kierreich. §§. 2. lit. g., fäch. Art. 91.

- §. 85. (Ihre Straflosigkeit.) Die in solcher Nothwehr geschehren Verlegung ober Töbtung bes Angreifers ift straslos, insofern bei ber Ausübung bie Grenzen berselben nicht überschritten find.
- \$. 86. (Berletung eines Dritten.) Unter gleischer Voraussetzung ift auch die Verletung oder Tödtung eines Dritten straslos, wenn ste zur Abwehr eines mit Gefahr für das Leben des in Nothwehr Versetzen verbundenen Angriffs unvermeidlich war, oder von ihm nach den Umständen des einzelnen Falles als unvermeidlich betrachtet werden durfte.
- §. 87. (Beschränkung ber Nothwehr.) Wenn in ben Fällen Nr. 2. und 3. bes §. 84. bas bedrohte Gut im Allgemeinen sowohl, als nach ben Verhältnissen des Angegriffenen auch für ihn von nur geringem Werthe ist, und babei in den Fällen Nr. 3. das Besitzthum, in welches der Angreiser einzusallen, einzubrechen, oder sonst auf unerlaubte Weise einzudringen sucht, nicht zu den Gebäuden oder anderen Räumen der im §. 381. Nr. 2. bezeichneten Art gehört, so gilt die zur Abwehr geschehene vorsätzliche Tödtung oder lebensgefährliche Verletung des Angreisers nicht für entschuldigt.
- \$. 88. Diese Beschränkung findet jedoch keine Anwenbung auf den Fall der Vertheidigung gegen Räuber, gefährliche (§. 381.) oder nächtliche Diebe, noch auf Fälle, wo der Angegriffene aus der Art des Angriffs oder aus anderen Umständen zugleich Gefahr für seine Berson selbst zu besorgen Grund hatte.

§. 89. (Deren Ueberfchreitung.) Gine Ueber= fcbreitung ber Grenzen ber Nothwehr ift vorbanden:

1. in ben Fallen bes §. 87., wenn ber Angegriffene, ohne bag bie Voraussetzungen bes §. 88. vorhanden waren, ben Angreifer vorsätzlich getöbtet, ober ihm vorfätzlich eine lebensgefährliche Verletzung zugefügt hat;

- 2. in allen Fällen, wenn bem Angegriffenen nachgewiesen wird, baß er in ber Gegenwehr vorsätzlich weiter ging, als nothwendig war, ober er nach ben Umftänden des einzelnen Valles als nothwendig betrachten durfte, um die Gefahr mit Sicherheit und ohne Nachtheil abzuwenden.
- §. 90. (Borfäglich ober fahrläßig.) In ben Fällen bes §. 89. Nr. 2. hat bas Gericht nach ben Umftanben zu beurtheilen, ob die aus ber Ueberschreitung entstandene Berletzung zum Borfat ober blos zur Fahrläßigkeit zuzurechnen sei.
- S. 91. (Fälle ber Straflosigkeit.) Wenn in ben Fällen bes §. 189. aus der Beschaffenheit bes Ortes, ber Zeit, ber Personen, ber Art bes Angrisses, ber Wassen ober aus anderen Umständen mit Wahrscheinlichkeit sich ergibt, daß der Angegriffene unter ber Einwirkung von Ueberraschung ober Furcht, im Zustande gestörter Besonnenheit, das Maß erlaubter Bertheidigung überschritten hat, so wird ihm solche Uebersschreitung nicht zur Strafe zugerechnet.
- §. 92. (Strafmilberungsgrunb.) Auch wenn eine bei Ueberschreitung ber Nothwehr eingetretene Töbtung, ober andere Verletung bem Angegriffenen zum Vorsat, ober zur Fahrläßigkeit zuzurechnen ift, kann bemselben ber Umstand, daß er sich im Falle erlaubter Nothwehr befand, als Strafmilberungsgrund zu statten kommen.
- §. 93. (Erlaubte Selbsthulfe.) Außer ben Fällen ber Rothwehr ift bie Selbsthulfe insbesonbere erlaubt:
- 1. bem rechtmäßigen Bester, innerhalb ber in ben vorbergehenden §§. 84. 87. und 89. bestimmten Grenzen ber Nothwehr, um Den, ber in sein Bestethum gewaltthätig eingefallen, eingebrochen ober sonst auf unerlaubte Weise eingebrungen ift, baraus zu vertreiben, ober um eine ihm entwendete

Sache Demjenigen, ber noch im Fortbringen berfelben begriffen

ift, wieber abzunehmen;

- 2. bem Eigenthumer, ober fonst Berechtigten, um Versfonen, an bie er aus Verbrechen ober anderen Grunden Anssprüche hat, festzunehmen und vor die nächste Gerichts soder Polizeibehörde zu führen, wenn durch die Flucht derselben oder durch andere Umstände die dringende Gefahr begründet ist, daß sonst die obrigkeitliche Hulfe unmöglich wurde, oder um unter eben dieser Voraussetzung solchen Personen das von ihm in Anspruch genommene Gut abzunehmen.
- \$. 94. (Beiftand eines Dritten.) Wer einem Ansberen, ber fich im Falle erlaubter Nothwehr ober erlaubter Selbsthulfe befindet, beifteht, bem kommen babei alle Rechte ber Nothwehr ober ber Selbsthulfe gleich bem Anderen felbst zu statten.
- §. 95. (Ergreifung von Berbrechern.) Jebermann ift befugt, Berbrecher, welche zur Fahndung obrigkeitlich aus= geschrieben ober auf frischer That ertappt find, festzunehmen und an die nächste Gerichts= ober Polizeibehörde abzuliefern.
- §. 96. (Befchräntung ber Selbfthulfe.) In ben Fällen bes §. 93. Nr. 2. finbet die Anwendung von Waffen ober anderen lebensgefährlichen Werkzeugen gar nicht, und in ben Fällen bes §. 95. nur unter ben Beschränkungen statt, unter welchen auch die Diener ber öffentlichen Gewalt gegen Verbrecher von ihren Waffen Gebrauch machen durfen.

IV. Citel.

Bon bem Borfage und ber Fahrläßigfeit, von Bollenbung und Berfuch, von Urhebern und Gehilfen.

\$. 97. (Borfat.) Bebe ben Strafgefeten zuwiber= laufenbe Sandlung, zu welcher fich ber Sanbelnbe absichtlich

bestimmt hat, und jeber strafbare Erfolg berfelben, worauf seine Absicht gerichtet war, wird ihm zum Borsat zuge= rechnet 17).

- §. 98. (Unbeftimmter Borfag.) War die Absicht bes Sandelnden nicht ausschließlich auf einen bestimmten Erfolg gerichtet, sondern unbestimmt auf einen oder den anderen von mehreren möglichen Erfolgen, so wird ihm derjenige davon zum Vorsatzugerechnet, welcher wirklich eingetreten ift.
- \$.99. (Allgemeiner Borfatz.) Hat Derjenige, beffen Absicht auf ein bestimmtes Verbrechen gerichtet war, in Beziehung auf bessen Ausstührung mehrere Handlungen vorgenommen, so wird ihm ber eingetretene, von ihm beabsichtigte, Erfolg insofern zum Vorsatz zugerechnet, als er bei der den Erfolg herbeiführenden Handlung seine Absicht nicht geändert hatte, ohne daß es darauf ankömmt, durch welche der vorgenommenen Handlungen der Erfolg herbeigeführt ist.
- §. 100. (Verletzung einer anderen Person ober Sache.) hat der Erfolg einer vorsäglichen handlung, wegen Irrthum ober Verwechslung, ober sonst durch Zusall, eine andere Berson ober eine andere Sache getroffen, als worauf die Absicht des handelnden gerichtet war, so wird ihm die That mit dem wirklich eingetretenen Ersolg in so weit zum Vorsatzugerechnet, als durch die Verschiedenheit zwischen der verletzten Verson oder Sache, und berzenigen, auf welche die Absicht des handelnden gerichtet war, nicht eine schwerere Strafe begründet wird.
- \$. 101. (Fahrläßigkeit.) Wenn Jemand eine Sand- lung begeht, ober eine Sandlung, zu ber er rechtlich ver-

¹⁷) Ueber Borsay vgl. bayer. Str.: G.: Bc, Art. 39—44., ofbenb. Art. 52—57., altenburg. Art. 31., würtemberg. Art. 55—57., braunschuse. §§. 27. 28., hannov. Art. 41—45., bess. Art. 58—62., thüring. Art. 29., österreich. §§. 1. 4., säch. Art. 46. 47.

pflichtet war, unterläßt, aus welcher Handlung ober Unterlassung ohne seine Absicht, eine Rechtsverlezung entspringt, die von ihm nach allgemeiner Erfahrung ober nach seiner besonderen Kenntniß, bei Anwendung gewöhnlicher Ausmerksamkeit ober Bestiffenheit, vorherzusehen und zu vermeiden gewesen wäre, so wird ihm die eingetretene Verlezung zur Fahrläßig= keit zugerechnet 18).

- §. 102. (Strafe.) Fahrläßige Uebertretungen werben nur in ben Fällen bestraft, in welchen bas Gefet bie Fahr= läßigkeit namentlich mit Strafe bebroht hat.
- §. 103. (Zusammentreffen von Borsatz und Fahrläßigkeit.) Wenn aus einer Sandlung, welche auf einen bestimmten, vom Sandelnden beabsschichtigten Erfolg gerichtet war, ein anderer, von ihm nicht beabsschichtigter Erfolg hervorging, so wird ihm die That in Bezug auf den beabsschichtigten Erfolg zum Borsatz, in Bezug auf den eingetretenen anderen Erfolg aber zur Fahrläßigkeit zugerechnet, vorausgessetz, daß im einzelnen Falle die Bedingungen der Strafbarkeit der Fahrläßigkeit (§§. 101. und 102.) vorhanden sind.

Bei Ausmeffung ber Strafe fommt bie Borfchrift bes \$. 182. jur Anwendung, infofern nicht ein befonderes Gefet

etwas Unberes verorbnet.

- §. 104. (Strafe bes vollenbeten Berbrechens.) Die volle, im Gefet einem Berbrechen gebrohte, Strafe findet nur bann Anwendung, wenn basselbe vollendet ift 19).
- §. 105. (Begriff bedfelben.) Gin Berbrechen ift vollenbet, wenn bie zu feinem Begriffe gehörigen Erforberniffe

^{*)} lleber Fahrläßigfeit vergl. baber. Str. S. 29c, Art. 64—72., oldenburg. Art. 58—65., altenb. Art. 32., würtemb. Art. 58—60., braunschw. §. 29., hannov. Art. 46—51., hess. Art. 57., thüring. Art. 29., säch. Art. 48. 49.

¹⁴⁾ Bgl. bayer. Str. 2 . Bch. Art. 37. 38., olbenburg. Art. 43. 44, altenburg. Art. 25., würtemb. Art. 61., braunidw. §. 35., bannov. Art. 32., beff. Art. 63., thuring. Art 22., facf. Art. 37. 38.

vorhanden find, und, infofern bazu ein bestimmter Erfolg ge-

- §. 106. (Berfuch.) Sandlungen, wodurch die Ausführung eines beabsichtigten Verbrechens angefangen worden ift, sind als Versuch besselben zu bestrafen 20).
- \$. 107. (Beendigter Versuch.) hat der Thätet Alles gethan, was von seiner Seite zur Bollendung des besabsichtigten Verbrechens nothwendig war, ist jedoch der zum Begriffe des vollendeten Verbrechens erforderliche Erfolg durch andere, dazwischen getretene, Umstände, welche ihren Grund nicht in seinem Willen, noch in seiner eigenen handlungsweise hatten, abgewendet worden, so ist die That als beendigter Versuch des beabsichtigten Verbrechens zu bestrafen.
- \$. 108. (Borbereitung.) Sandlungen, wodurch bie Ausführung eines beabsichtigten Berbrechens erst vorbereitet, aber noch nicht angefangen wurde, unterliegen keiner Strafe, bie Fälle ausgenommen, für welche besondere Gefetze bas Gegentheil anordnen.
- §. 109. Befteht bie Vorbereitungshandlung selbst aus einer schon an sich strafbaren That, so tritt bie hierdurch verschulbete Strafe ein.
- \$. 110. (Gebrauch untauglicher Mittel.) Bei Berbrechen, welche vom Gesetz im Falle ber Bollendung mit Todesstrafe, oder mit Zuchthausstrafe, oder unbestimmt mit Arbeitshaus- oder Buchthausstrase bebroht sind, tritt die Strafe bes nicht beendigten Versuchs selbst dann ein, wenn sich der Handelnde zur beabsichtigten Aussührung des Verbrechens aus Irrthum, oder Verwechslung, oder sonst durch Zusall, statt

^{2°)} Bgl. baper. Str.:B.B.d. Art. 57—63., olbenburg. Art. 45—51., altenburg. Art. 26—30., würtemb. Art. 62—73., braunichw. §§. 36—40., hannov. Art. 33—40., heff. Art. 64—70., thuring. Art. 23—28., preuß. §§. 31—33., öfterreich. §§. 8—11., fäch. Art. 39—45.

bes Mittels, welches er anzuwenden glaubte, und welches an und für sich wirklich tauglich ift, eines anderen, untauglichen Mittels bedient hat.

- \$. 111. (Gegenstand, woran das Verbrechen nicht möglich.) War bei Verbrechen, welche vom Gesetz im Falle der Bollendung mit Todesstrase, oder mit Zuchtshausstrase, oder unbestimmt mit Arbeitshauss oder Zuchthausstrase bedroht sind, der Gegenstand der unternommenen That, oder in den Fällen des §. 100. die Person, oder Sache, die aus Irrthum oder Verwechslung oder sonst durch Zusall von der Handlung getrossen wurde, von der Art, daß das beabssichtigte Verbrechen an ihr nicht begangen werden konnte, so tritt da, wo der Thäter Alles gethan hat, was von seiner Seite zur Vollendung des beabssichtigten Verbrechens nothwendig war, die Strase des nicht beendigten Versuchs ein.
- §. 112. (Strafe: a. bes nicht beenbigten Berfuchs.) Die Strafe bes nicht beenbigten Bersuchs barf bei
 zeitlichen Freiheits= und bei Gelbstrafen niemals die Hälfte
 ber Strafe übersteigen, welche im Valle bes vollenbeten Berbrechens eingetreten wäre, nicht fünfzehn Jahre Zuchthaus,
 wenn im Falle ber Bollendung Todesstrafe, und nicht zwölf
 Jahre Zuchthaus, wenn im gleichen Falle lebenslängliche Zuchthausstrafe eintreten wurde.
- \$. 113. Bo bas Gefet bie Strafe bes vollenbeten Berbrechens nach ber Größe ber baburch bewirkten Verletung ober Beschädigung bestimmt, wird bei ber Bestimmung ber Strase bes Versuchs angenommen, daß die Absicht bes Thäters auf die niedrigste Klasse ber Verletung ober Beschädigung gerichtet gewesen sei, insofern sich nicht aus den Umständen bes einzelnen Falles etwas Anderes ergibt.
- §. 114. (b. Des beenbigten Versuchs.) Die Strafe bes beenbigten Versuchs (§. 107.) barf nicht weniger als

zehn Jahre Buchthaus betragen, wenn im Falle bes vollenbeten Verbrechens Tobesstrafe, nicht weniger als sechs Jahre Buchthaus, wenn im gleichen Falle lebenslängliche Buchthausstrafe eintreten wurde, und bei zeitlichen Freiheits- und Gelbstrafen niemals weniger, als ein Viertheil berjenigen Strafe, bie im Falle ber Vollendung eingetreten ware.

- \$. 115. Die Strafe bes beenbigten Versuchs eines Verbrechens, welches im Falle ber Vollendung Dienstentsetzung zur Folge haben wurde, besteht in Dienstentsetzung ober Dienstentlassung, und, wenn es im Falle ber Vollendung Dienstentlassung zur Folge hätte, ebenfalls in Dienstentlassung; die Strafe bes nicht beenbigten Versuchs bei Verbrechen, welche im Falle ber Vollendung mit Dienstentsetzung zu bestrafen wären, in Dienstentlassung, und bei Verbrechen, welche im Falle der Vollendung von Dienstentlassung getroffen wurden, in Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten.
- §. 116. Wo das Gefetz das vollendete Verbrechen mit bleibender Entziehung des Gewerbsbetriebs oder der öffent- lichen Berechtigung bedroht, kann folche Entziehung in Fällen des nicht beendigten und des beendigten Versuchs auf eine, im Urtheil zu bestimmende Zeit von sechs Monaten bis zu fechs Jahren, oder nach Umftänden ebenfalls für immer erstannt werden.
- \$. 117. (Freiwilliges Aufgeben bes versuchten Berbrechens.) Sat ber Thäter nach einem nicht beendigten Bersuche bas Berbrechen freiwillig wieder aufgegeben, so find die Bersuchshandlungen als solche straflos. Enthalten sie jeboch felbst ein eigenes Berbrechen, so tritt die hiedurch verschuldete Strafe ein.
- \$. 118. (Abmenbung bes Erfolgs burch ben Thater.) Sat ber Thater nach beenbigtem Bersuche bas Eintreten bes strafbaren Erfolgs felbst abgewendet und bas

Berbrechen freiwillig wieber aufgegeben, fo gilt bies als Strafmilberungsgrund.

- §. 119. (Urheber.) Alls Urheber eines Berbrechens ift nicht nur Derjenige zu bestrafen, welcher basselbe begangen hat, sondern auch der Anstister, welcher badurch Ursache des Verbrechens geworden ift, daß er den Thäter vorsählich zu dem Entschlusse, dasselbe zu begehen, bestimmt hat 21).
- \$. 120. (Geminberte Strafbarkeit bes Anftifters.) Jeboch kann bie Strafe bes Anftifters bis zu ber
 eines Gehülfen (§. 136.) herabsinken, wenn in der Einwirkung
 bes Anstifters auf ben Thäter nicht die alleinige Urfache bes
 Berbrechens liegt, sondern der letztere noch durch eigene, von
 bem Anstifter nicht hervorgerufene, Beweggrunde zur Ausführung des Berbrechens bestimmt wurde.
- \$. 121. Sat ber Thäter bei ber Ausführung bes Bersbrechens einen strafbareren Erfolg herbeigeführt, als worauf bie Anstiftung gerichtet war, so wird bieser Erfolg bem Anstifter unter ben Boraussehungen ber §§. 101. und 102. zur Vahrläßigkeit zugerechnet.
- \$. 122. (Auftrag zum Verbrechen.) Burbe von einer Person zur Begehung eines Verbrechens ein Auftrag ertheilt, ober für dieselbe ein Lohn gegeben ober versprochen, so sind, sobald ber Andere ben Austrag angenommen, ober die Begehung bes Verbrechens zugesagt, ober in Folge bes ihm gegebenen ober versprochenen Lohns, ober bes ertheilten Auftrags zur Aussuhrung bes Verbrechens bereits Vorbereitungshandlungen unternommen hat, beibe Theile wegen nicht beendigten Versuchs bes beabsichtigten Verbrechens zu bestrafen.

²¹⁾ Neber Urheberschaft vergl. baber. Str.: G.: Bd. Art. 45-54., ofbenburg. 87.67-78., aftenburg. Art. 33-36., würtemberg. Art. 74-83., braunschw. §§. 41. 43-45., hannov. Art. 52-65., best. Art. 71-82., thuring. Art. 31-34., preuß. §§. 34-36., hierreich. §. 5., jäch. Art. 50-52. 58-60. 62-68.

Sie bleiben jeboch ftraflos, wenn fle bas verbrecherifche Unternehmen, ebe es zu einem Unfange ber Ausführung tam, freiwillig wieber aufgegeben haben.

§. 123. (Straflofigkeit bes Unstifters.) Der Unstifter bleibt straflos:

1. wenn er bie Grunde, burch welche er ben Unberen gu bem verbrecherischen Entschluffe beftimmte, vollständig wieder aufgehoben, und ber Lettere nur aus anderen (eigenen) Grun-

ben bas Berbrechen bennoch ausgeführt bat; ober

2. wenn er, nachbem ihm bie Verhinderung ber Begehung burch Abmahnung bes Underen nicht gelungen, ober bie Abmahnung ihm ohne fein Verfchulben nicht möglich gewefen ift, ber Obrigfeit von bem bevorftebenben Berbrechen fo zeitig Die Unzeige gemacht bat, bag fie basfelbe verhindern tonnte; pber

- 3. wenn er bas Berbrechen, ebe es zu einem Unfang ber Ausführung tam, felbft abgewendet ober verhindert hat, ober wenn er in Fallen, wo er bie Ausführung erft nach unternommenen Versuchshandlungen abgewendet ober verhindert bat, ben Thater vorber abmabnte, ober ibm eine frubere Ab= mabnung nicht möglich mar.
- §. 124. (Strafmilberung fur ben Unftifter.) Sat ber Unftifter, ohne bie Borausfepungen bes S. 123. Nr. 1., Die angewendeten Bestimmungsgrunde, fo viel an ibm lag, aufzuheben, ober ben Andern, fo viel an ihm lag, von bem Berbrechen wieber abzuhalten gefucht, ber Undere aber basfelbe bennoch ausgeführt, ober hat ber Unftifter, in ben Fallen bes S. 123. Nr. 2., bor gemachter Anzeige bie Berbinberung ober Abmahnung, wo fie ihm moglich war, unterlaffen, fo wird er von ber Strafe bes nicht beendigten Berfuche getroffen.
- S. 125. (Verbrecherifche Verbinbung.) Die Berabredung Mehrerer gur Ausführung eines gemeinschaftlich be-

zweckten Verbrechens hat in Bezug auf die Zurechnung des Erfolgs die Wirkung, daß, wenn das verabredete Verbrechen ausgeführt wurde, jeder Theilnehmer, welcher in Folge der Verabredung vor oder bei oder nach der That mitgewirkt, oder burch feine Gegenwart bei der Ausführung sich zur Mitwirkung bereit gezeigt hat, von der auf dieses Verbrechen gesetzen Strafe getroffen wird.

- §. 126. (Strafe.) Ift bie vom Geset gedrohte Strafe feine völlig bestimmte, so wird das jeden einzelnen Theilenehmer treffende Maß derfelben innerhalb der gesetzlichen Grenzen nach dem Verhältnisse seinstusses auf den gemeinschaftelichen verbrecherischen Entschluß, und seiner Mitwirkung vor, bei ober nach der That selbst bestimmt.
- \$. 127. Die Strafe eines Theilnehmers kann im einzelnen Falle bis zur Strafe eines bloßen Gehulfen herabsitnten, wenn sowohl sein Ginfluß auf ben gemeinschaftlichen, verbrecherischen Entschluß, als seine Mitwirkung vor, bei ober nach ber That nur gering gewesen ift.
- §. 128. (Strafe ber bloßen Eingehung.) Schon bie bloße Eingehung ber Verbindung zur Aussuhrung eines gemeinschaftlich bezweckten Verbrechens wird von der Strafe bes nicht beendigten Versuches getroffen, wenn gleich noch keine Sandlung darauf erfolgt ift, welche einen Anfang ber Ausführung enthält.

Burde jedoch bas Unternehmen, ehe es zu einem An- fang ber Ausführung tam, freiwillig wieder aufgegeben, fo

bleiben bie Theilnehmer ftraflos.

\$. 129. Derjenige Theilnehmer, welcher die verbrecherifche Verbindung angestiftet, wird im Falle des vollendeten Berbrechens selbst dann von der Strafe des Urhebers getroffen, wenn er weder vor, noch bei, noch nach der That auf irgend eine Weise mitgewirkt hat, der gemeine Theilnehmer aber unter ber nämlichen: Boraussegung von ber Strafe bes beenbigten Bersuches.

- §. 130. Satte berjenige Theilnehmer, ber die verbrecherische Verbindung angestiftet hat, im Falle des vorhergehenben §. 129., vor der That die Uebrigen von der Ausführung,
 so viel an ihm lag, abzuhalten sich bemüht, und denselben
 seinen Austritt aus der Verbindung ausdrücklich erklärt, so
 trifft ihn die Strafe des beendigten Versuches, den gemeinen Theilnehmer aber unter der nämlichen Voraussehung, oder
 wenn er auch nur seinen Austritt erklärt hat, die Strafe des
 nicht beendigten Versuches.
- \$. 131. Der Anftifter fowohl, ale ein anderer Theil= nehmer bleibt ftraflos:
- 1. wenn er ber Obrigkeit von bem bevorstehenden Berbrechen so zeitig die Anzeige gemacht hat, daß sie basselbe verhindern konnte; oder
- 2. wenn er das Verbrechen, ehe es zu einem Anfang der Ausführung kam, felbst abgewendet oder verhindert hat, oder wenn er in Fällen, wo er die Ausführung erst nach unternommenen Versuchshandlungen abgewendet oder verhindert hat, den Thäter vorher abmahnte, oder ihm die frühere Abmahnung nicht möglich war.

Fur ben Anstifter tritt auch im Falle bes Absages 1. nur unter ber Boraussegung Straflosigkeit ein, bag er bie Anzeige bei ber Obrigkeit gemacht hat, nachdem ihm die Bershinderung bes Berbrechens durch Abmahnung ber anderen Theilnehmer nicht gelungen ober die Abmahnung ihm ohne sein Verschulden nicht möglich gewesen ift.

§. 132. Sat ber Anflifter in Fällen bes §. 131. Nr. 1. vor gemachter Anzeige bie Berhinderung ober Abmahnung, wo fie ihm möglich war, unterlaffen, fo wird er von ber Strafe bes nicht beenbigten Versuches getroffen.

- §. 133. Sat ein Theilnehmer an einer verbrecherischen Berbindung bei der Ausführung einen ftrafbareren Erfolg herbeigeführt, als verabredet war, fo wird dieser Erfolg auch den anderen Theilnehmern unter den Boraussetzungen der §§. 101. und 102. zur Fahrläßigkeit zugerechnet.
- §. 134. (Gehulfe.) Wer bas vorsätliche Berbrechen eines Underen wiffentlich erleichtert ober beforbert, ift als Gehulfe zu bestrafen 22).
 - §. 135. Alle Gehülfe ift namentlich anzufeben:

1. wer ben verbrecherischen Entschluß Anderer burch Rath, Ueberredung, Belehrung, Täuschung, Verführung beförbert ober bestärkt, bem Verbrecher Mittel ober Gelegenheit zur Aussührung anzeigt ober verschafft, ober Sindernisse ber Ausstührung wegräumt;

2. wer im Zeitpunkt ber Ausführung der That durch Theilnahme an der Saupthandlung, oder durch Wachestehen, Kundschaftgeben oder auf andere Weise Beistand leistet, oder die Entstehung der verbrecherischen Wirkung oder die Größe

berfelben beforbert;

3. wer bem Verbrecher in Folge einer ber That vorhers gegangenen Bufage burch Sandlungen, die eine Begunftigung (§. 142.) ausmachen, nach ber That forberlich geworden ift.

- \$. 136. (Strafe ber Behulfen.) Die Beihulfe wird von geringerer Strafe getroffen, ale bie Urheberschaft, nämlich:
- 1. von lebenslänglicher ober zeitlicher Buchthausstrafe bei Berbrechen, die mit Sobesftrafe bebroht find;
 - 2. bei anderen Berbrechen aber von einem geringeren

²²⁾ Neber Beihülse vgl. baver. Str.:G.:Bch. Art. 73—83., oftenb. Art. 79—89., aftenburg. Art. 37., wartemberg. Art. 84—88., braunschweig. §§. 42. 46., hannov. Art. 66—73., best. Art. 83—86., thüring. Art. 35., preuß. §§. 34—36., Esterreich. §. 5., sach. Art. 53—57.

Maß ber auf bas Berbrechen gefetten Strafe, ober ber nachften geringeren Strafart.

\$. 137. Bei Ausmeffung ber Strafe ber Gehülfen nach bem im vorhergehenden \$. 136. bestimmten Maßstab wird in Fällen, wo die That des Urhebers als Nückfall zu bestrafen, der Gehülfe selbst aber nicht rückfällig ist, nicht die auf den Nückfall gesetzte, sondern die einem nicht rückfälligen Urheber gebrohte Strafe zu Grunde gelegt, in Fällen dagegen, wo die That der Gehülfen als Nückfall erscheint, die einem, in gleicher Weise rückfälligen Urheber gedrohte Strafe.

Andere auf die Strafbarkeit einwirkende perfonliche Bershältniffe ober Zustände der Gehülfen kommen, wo das Gefet nicht etwas Anderes verfügt, nur als Strafausmeffungsgrunde innerhalb der im §. 136. bestimmten Grenzen, und die zu den gesetzlichen Milberungsgrunden gehörenden persolitiken Bershältniffe und Zustände bestelben als Strafmilberungsgrunde

in Betracht.

- \$. 138. Wurde von dem Urheber ein schwereres Berbrechen, oder ein Verbrechen von schwererer Art vollbracht, als worauf nach der Meinung und Absicht des Gehülfen seine Beihülfe gerichtet war, so wird, insofern ihm nicht jener eingetretene strässlichere Erfolg im einzelnen Falle zur Fahrläßigsteit zuzurechnen ist, bei der Ausmessung der Strafe desselben die Strafe dessenigen Verbrechens zu Grunde gelegt, auf welches, seiner Absicht nach, seine Beihülfe gerichtet gewesen ift.
- §. 139. Sat der Gehülfe durch Theilnahme an der Haupthandlung bei Ausführung bes Verbrechens wiffentlich einen folchen Beiftand geleistet, ohne welchen der Andere das Berbrechen nicht hatte vollbringen können, fo kann gegen ihn die volle Strafe des begangenen Verbrechens erkannt werden.
- \$. 140. Die Strafe bes Gehulfen fann im einzelnen Balle unter bas im §. 136. beftimmte niedrigfte Daß berab-

finten, wenn seine Sandlung ober Unterlaffung in feinen perfonlichen Berhaltniffen zum Urheber eine besondere Entschulbigung findet.

\$. 141. Wer bem Thater Beihulfe zugefagt, aber nicht geleiftet hat, ift nur bann ftraflos:

1. wenn er bie Burudnahme feiner Bufage bem Thater por angefangener Ausführung ber That ausbrudlich erklart, ober

2. wenn er, wo ihm bieg ohne fein Verfchulben nicht mehr möglich war, die Ausführung bes Verbrechens felbft abgewendet, ober unter ber gleichen Voraussetzung

3. ber Obrigfeit fo zeitige Anzeige gemacht bat, bag fie

basfelbe verhindern fonnte.

§. 142. (Begunstigung.) Wer ohne vorheriges Einverständniß dem Verbrecher erst nach der That in Beziehung auf das Verbrechen wissentlich Vorschub leistet, indem er ihm hinsichtlich der Sicherung oder des Genusses der Vortheile aus dem Verbrechen förderlich, oder ihm zur Vereitelung der gerichtlichen Verfolgung behülflich ift, wird des besonderen Vergehens der Begünstigung schuldig.

Unter Diefer Borausfetung gebort namentlich bierber :

1. wer wiffentlich Berbrecher bei fich aufnimmt und versbirgt, ober ihnen gur Blucht behulflich ift;

2. wer Berbrechern vorfatlich burd Bertilgung ber Spuren bes Berbrechens ober ber Beweismittel Gulfe leiftet, ober

zu folcher Vertilgung mitwirft;

3. wer die durch das Verbrechen gewonnenen Sachen wiffentlich in Verwahrung nimmt, verheimlicht, an fich bringt, ober zu beren Abfat an Andere verhilft 23).

²²⁾ Ueber Begünstigung vergt. baver. Str. G.: Bd. Art. 84-89., olbenburg. Art. 90-96., altenb. Art. 38-41., würtemberg. Art. 89-94., braunschw. §§. 47. 48., hanvon Art. 74-76., hess. Art. 87-93., thuring. Art. 36-40., preuß. §§. 37-39., öserreich. §. 6., ich. Art. 61.

- \$. 143. (Strafe.) Die Begunftigung wird, mit Rudficht auf die Größe und Beschaffenheit des Sauptverbrechens und auf die Beweggrunde, von Gefängniß= oder Gelbstrafe getroffen, die Fälle ausgenommen, welche durch befondere Gefete ausbrucklich mit anderen Strafen bedroht find.
- \$. 144. Wer sich ber Begünstigung von Verbrechen gewerbsmäßig schuldig macht, ist mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu sechs Jahren zu bestrafen, und in Fällen, wo er
 zu solcher Begünstigung einen ihm zustehenden selbstständigen
 Gewerbsbetrieb, oder eine ihm zustehende öffentliche Berechtigung mißbraucht hat, zugleich mit zeitlicher oder bleibender
 Entziehung dieses Gewerbsbetriebs, oder bieser Berechtigung.
- S. 145. (Straflosigkeit.) Chegatten, Verwandte und Verschwägerte in auf und absteigender Linie ohne Unterschied des Grades, Brüder und Schwestern und Werschwägerte desselben Grades, Aboptiveltern und Aboptivkinder, Pflegeseltern und Pflegkinder, Vormunder und Mündel des Schulbigen sind von der Strase der Begünstigung frei, wenn diese bloß zum Schutze des Thäters gegen Entdeckung oder gerichtsliche Versolgung statt gesunden hat.
- \$. 146. (Unterlaffene Verhinderung von Bersbrechen.) Wer nach erlangter glaubhafter Kenntniß von dem Vorhaben eines Anderen, ein bestimmtes, mit Todes = oder lebenslänglicher, oder zeitlicher Zuchthausstrase nicht unter zehn Jahren bedrohtes Verbrechen zu begehen, solches nicht durch zeitige Anzeige bei der Obrigkeit, oder durch Warnung der Gefährdeten, oder durch andere in seiner Macht stehende Mittel, so weit es ohne Gesahr für ihn selbst oder Ginen seiner Anzehörigen (§. 81.) geschehen konnte, zu verhindern gesucht hat, wird, wenn es zum Ansange der Aussührung des Verbrechens kam, von Gesängniß = oder Gelbstrase getroffen, oder in schwereren Källen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 147. Er ift jedoch von der Pflicht zu diefer Anzeige ober Barnung frei, wenn fle ein Einschreiten der Obrigkeit gegen eine Berson nach fich ziehen konnte, zu welcher derselbe in einem der im §. 145. bezeichneten Berhältniffe steht, oder wenn er die Kenntniß unter dem Siegel der Beichte erlangt hat, insoweit die Anzeige oder Warnung eine Verletung des Beichtgeheimniffes enthalten wurde.

V. Citel.

Bon ber Anwendung völlig bestimmter und unbestimmter Strafgesebe, von ber Ausmeffung ber Strafe bei unbestimmten Strafgeseben, von Strafmilberung und Strafverwandlung.

- \$.148. (Anwendung völlig beftimmter Strafen.) Strafen, welche im Gesetze fowohl bem Grade als der Art nach völlig bestimmt sind, hat der Richter unverändert anzuwenden, die Fälle ausgenommen, in welchen gesetzlich anerstannte Grunde zur Strafmilberung, ober zur Strafverwandslung vorhanden sind.
- \$.149. (Anwendung unbeftimmter Strafgefete.) So weit das Gefet die Strafe der Art oder Größe nach unsbestimmt gelaffen hat, wird sie vom Richter innerhalb der gesfehlichen Grenzen, nach den besonderen Umftänden des einzelnen Falles, bestimmt 24).
- S. 150. (Grunde ber Strafbarkeit.) Bei biefer Bestimmung hat ber Richter theils auf die Schablichkeit und Gefahrlichkeit ber zu bestrafenden Sandlung, theils auf die

³¹⁾ lleber Strafzumefjung vergl. baver. Str.: G.: Bcb. Art. 90—96., ofbenburg. Art. 97—103., aftenb. Art. 42—47., wart. Art. 107—114., braunfcw. §§. 63—66., brannov. Art. 91—97., heff. Art. 118—122., thūring. Art. 41—45., öfterr. §§. 31—33., fach. Art. 73—76.

Bosartigfeit und Starte bes auf die hervorbringung bes Ber-

brechens gerichteten Willens Rudficht zu nehmen.

Sat er nach ber Verschiedenheit der Falle, die ein Strafgefetz umfaßt, die Stufe ermittelt, welche der einzelne Fall nach der Schädlichkeit und Gefährlichkeit der zu bestrafenden Sandlung darunter einnimmt, so prüft er, ob die Strafbarkeit des Thäters auch nach der Bösartigkeit und Stärke des auf Servordringung des Verbrechens gerichteten Willens (§§. 151. und 152.) auf der nämlichen Stufe der Strafbarkeit stehe, und je nachdem der Thäter in dieser Beziehung strafbarer oder minder strafbar erscheint, wird die der That an sich entsprechende Strafe verhältnismäßig erhöht oder herabgesetzt.

§. 151. (Straferhöhungsgrunbe.) Rudfichtlich ber Bosartigfeit und Stärke bes auf Die Bervorbringung bes Berbrechens gerichteten Willens fteigt Die Strafbarkeit insbesondere:

1. je zahlreichere und wichtigere Beweggrunde für die Unterlassung der That vorhanden waren, je vielfältigere und größere Pflichten von dem Thäter verlett wurden, und je mehr derselbe im Stande war, diese Beweggrunde und Pflichten beutlich zu erkennen;

2. je mehrere und größere hinderniffe ober Gefahren die That erschwerten, und je mehr Gestiffenheit, Lift, Dreiftigkeit ober Graufamkeit zur Worbereitung ober Bollbringung berfelben angewendet wurden;

3. je geringfügiger bie außeren Veranlaffungen gur That waren, und je mehr ber Thater ohne außere Beranlaffung bie

Belegenheit bagu felbft aufgesucht bat;

4. je mehr ber Thater burch seinen früheren Lebenswandel Berdorbenheit und Hang zu strafbaren Handlungen gezeigt, je öfter und in je kurzeren Bwischenräumen er bas nämliche ober gleichartige Berbrechen begangen hat, je zahlreichere und größere Strafen früher gegen ihn erkannt und ganz ober theilweise vollzogen worden sind, und je kurzer ber Beitraum ift gwifchen ber fruheren Berurtheilung ober Beftrafung und ber jesigen Uebertretung.

§. 152. (Strafminderung egründe.) In ber nam= lichen Rudficht vermindert fich dagegen die Strafbarkeit des

einzelnen Falles insbefonbere :

1. wenn ber Thater ben Umfang ber Gefährlichkeit und bie Größe ber Strafwurdigkeit feiner handlung nicht eingesfeben hat;

2. wenn er durch Noth, ober burch leberredung, Täufchung, Berführung, Befehl ober Drobung jur ftrafbaren Sandlung

verleitet worben ift;

3. wenn ber Thäter in einer besonders aufgeregten, und an sich zu entschuldigenden, Gemuthsbewegung gehandelt hat, ohne daß er sich in diesen Fällen Nr. 1. 2. und 3. in einem Zustande befand, durch welchen die Zurechnung ausgeschlossen, oder eine Strasmilberung (§. 153.) begründet ift;

4. wenn fein voriger Lebenswandel, ober feine Handlungen und fein Benehmen bei ober nach ber That zeigen, baß keine Berdorbenheit bes Willens vorhanden ift, wie

namentlich

5. wenn er bie schäblichen Folgen ber strafbaren Sand= lung felbst zu verhindern, ober ben schon verursachten Schaben wieder gut zu machen, aus freiem Antriebe thätig bemuht war; ober

6. wenn er fich bem Gerichte felbst als ben Schulbigen angegeben, ober im Unfange ber Unterfuchung und ohne noch

überführt zu fein, feine Schuld bekannt bat.

§. 153. (Strafmilberung bei bestimmten und unbestimmten Strafgeseten.) Die Zulässigkeit einer milberen Strafe, als bas Geset gebroht hat (Strafmilberung), wird begrundet:

1. burch bas jugenbliche Alter bes Schuldigen, nach ben in ben §§. 79. und 80. aufgestellten Bestimmungen 13);

- 2. burch biejenigen Zustände, welche nach ben §§. 71. 75. 77. 81. und 82. beim Dasein des dort vorausgesesten Grades alle Zurechnung ausschließen, insofern sie im einzelnen Falle diesem Grade nahe kommen.
- \$. 154. (Der en Wirkung.) Bei bem Dasein von Strasmilberungsgründen erkennt der Richter bei bestimmten Strasen auf eine milbere Strase, als das Gesetz gedroht hat, bei den Berbrechen jedoch, die mit Todesstrase bedroht sind, nicht auf geringere Strase als zeitliches Juchthaus; bei unsbestimmten Strasgesetzen auf ein geringeres Strasmaß innershalb der gesetzlichen Grenzen der gedrohten Strase, oder selbst auf eine unter das gedrohte niedrigste Maß heradgehende Strase. Kann die Milberung innerhalb der nämlichen Strasart in genügendem Maße nicht bewirft werden, so ist zu der nächsten geringeren Strasart heradzugehen, bei den Verbrechen jedoch, die mit Juchthausstrase von weniger als drei Jahren bedroht sind, bis auf Kreisgefängniß.

Ift bas Verbrechen mit Dienstentlaffung bebroht, fo ift bei bem Dasein eines Milberungsgrundes auf eine geringere, als die §. 169. bestimmte stellvertretende Strafe zu erkennen, und bei ben mit Dienstentsetzung bedrohten Verbrechen auf Dienstentlaffung ober ebenfalls auf eine geringere Strafe, als biejenige, welche nach §. 169. die Stelle der Dienstentlaffung

vertritt.

- \$. 155. Wenn einem Verbrecher, ber sich in bem im \$. 79. ober 80. bezeichneten jugendlichen Alter besindet, noch ein weiterer Milberungsgrund zu statten kommt, so dient die im \$. 79. ober 80. bestimmte Strafe zur Grundlage, um nach \$. 154. Abs. 1. zu bemeffen, wie weit davon in Folge ber Milberung herabgegangen werden könne.
- \$. 156. (Unverfchulbete Gaft.) Sat ber Schulbige mahrend bes Strafverfahrens eine rechtswidrige, ober eine

ohne sein Verschulden verlängerte haft erduldet, so wird ihm, insofern ihn eine zeitliche Freiheitsstrafe trifft, an dieser, als bereits erstanden, eben so viel Zeit abgerechnet, als die Dauer ber rechtswidrigen haft, oder ihrer unverschuldeten Verlängerung beträgt, wenu gleich badurch der noch zu erstehende übrige Theil der Strafe unter das niedrigste Maß der erkannten Strafart herabsinkt 25).

- §. 157. Trifft ben Schuldigen, ber mahrend bes Strafverfahrens eine rechtswidrige, ober eine ohne sein Verschulden
 verlangerte Haft erdulbet hat, eine Gelbstrafe, so sindet gleiche Abrechnung in der Weise statt, daß hierbei der im §. 162.
 für deren Verwandlung in Gefängnifftrase sestgesche Maßstab
 zur Anwendung kömmt.
- S. 158. (Unterfuchungshaft und andere Uebel als Strafminderungsgrund.) Außer den Fällen ber vorhergehenden SS. 156. und 157. wird die mahrend bes Strafverfahrens erduldete haft, insofern nicht der Angeschulbigte beren Berlangerung durch Läugnen mahrer, oder durch Anführung unwahrer Thatfachen, selbst verschuldet hat, als Strafminderungsgrund berudsschiedt.

Auch andere Uebel, welche ber Angeschuldigte von ber Behorbe ober beren Dienern rechtswidrig erlitten hat, tommen bei Ausmeffung ber Strafe zu beren Minderung in Betracht.

- \$. 159. (Strafbermanblung: a. bei Gelbstrafen.) Die Vermandlung gesehlich gebrohter, ober gerichtlich erkannter Gelbstrafen in Freiheitsftrafe findet nur statt:
 - 1. bei Minderjährigen auf ben Untrag ber Gltern; und

²⁹⁾ Bgl. baper. Str. &. Bd. Art. 104., olbenburg. Art. 111., altenb. Art. 63., würtemb. Art. 114., braunschw. S. 61., hannov. Art. 103., hess. Art. 34., thuring. Art. 60., österreich. S. 46. lit. k., sach. Art. 30.

- 2. bet Bersonen, welche und in fo weit fle bie Gelbstrafe nicht zu bezahlen vermogen 26).
- \$. 160. Jeboch konnen bie Gerichte eine gleiche Berwandlung eintreten laffen :
 - 1. bet ben unter Bormunbschaft stehenden Minberjährigen auf ben Antrag bes Bormunds; und
 - 2. bei ben unter Pflegschaft ftebenben Verschwendern.
- S. 161. Bei Gelbstrafen, welche nach bem Geset bem Berletten zufallen, findet die Verwandlung nur insofern statt, als der Berlette in den Fällen des S. 159. Nr. 1. und des S. 160. dazu einwilligt, oder in den Fällen des S. 159. Nr. 2. vor Ablauf von vier Wochen, vom Tage der Nechtsfraft des ihm verkundeten Urtheils an gerechnet, um dessen Bollziehung nachsucht, und von der Zeit an, wo sich die Zahlungsunvermögenheit zeigte, innerhalb weiterer vier Wochen auf die Verwandlung in Freiheitsstrafe angetragen hat.
- §. 162. (Maßstab.) Bei ber Berwandlung von Gelbstrafen in Gefängnißstrafen wird die Summe von Einem bis zu vier Gulben einer Gefängnißstrafe von vierundzwanzig Stunden gleich gerechnet.
- \$. 163. Wenn Gelbstrafen, welche nach §. 159. in Freiheitöstrafen zu verwandeln sind, ben Betrag von Gintaufend Gulben übersteigen, so können bieselben in Arbeitsthausstrafe verwandelt werden, wobei die Summe von Ginem Gulben breißig Kreuzern bis sechs Gulben der Arbeitshaustrafe von vierundzwanzig Stunden gleich geachtet wird.

Die Arbeitshausstrafe tann jedoch in biefem Falle bie Dauer von zwei Sahren nicht überfteigen.

²⁴⁾ Bgl. über Strafverwandlung bayer. Str. 2 G. 2 Bch. Art. 34. 35., olbenburg Art. 37—39., altenb. Art. 21. 22., wärtemberg. Art. 46—63., braunichw. §. 18., bannov. Art. 23. 24. 29., best. Art. 14., thüring. Art. 15. 16., preuß. §§. 16. 17., bserreich. §. 200., sch. Art. 24. 28. 35.

- \$. 164. Nach ben nämlichen Borschriften (§§. 162. und 163.) geschieht die Verwandlung unter den Boraus= setzungen der §§. 159. und 160. auch in den Fällen, wo das Gesetz die Gelostrase zugleich neben einer Freiheitsstrase gedroht hat. Bei der Verbindung der sich so ergebenden mit der sonst verschuldeten Freiheitsstrase kommen die Vorschriften der §§. 170. bis 174. zur Anwendung.
- §. 165. (b. Bei Freiheit ftrafen.) Wenn mehrere rechtsträftige Urtheile, welche auf Freiheitsstrafen verschiedener Art erkennen, an dem Verurtheilten zu vollziehen sind, oder wenn gegen den Verurtheilten während der Strafvollziehung eine Freiheitsstrafe anderer Art zu erkennen ift, so tritt eine Verwandlung der gelinderen Strafart in die erkannte härtere ein, wobei sechs Monate Zuchthaus neun Monaten Arbeitshaus, und sechs Monate Arbeitshaus neun Monaten Gefängniß gleich geachtet werden.
- §. 166. Die Verwandlung in eine geringere Strafart nach dem nämlichen Maßstab tritt ein, wenn da, wo das Geseth die Uebertretung nur mit einem bestimmten Theile der auf ein anderes Verbrechen gesehten Strafe bedroht hat, die im einzelnen Falle verschuldete Strafe unter das niedrigste Maß jener Strafart herabsinken wurde. Wenn dagegen da, wo das Geset ein Verbrechen mit einer nach der Strafe eines anderen Verbrechens zu bemessenden höheren Strafe bedroht hat, die im einzelnen Falle verschuldete Strafe innerhalb des gesetzlichen Maßes jener Strafart nicht mehr erkannt werden kann, so wird die Strafe mit Ueberschreitung des höchsten Maßes in der nämlichen Strafart erkannt, ohne daß eine Verswandlung in die härtere Strafart stattsindet.
- §. 167. (Berbrechen mahrend bes Strafvoll= jugs.) Die Freiheitsftrafen, welche ber Berurtheilte mahrenb ber Strafvollziehung burch neue Berbrechen verschulbet, find,

insofern sie in Folge eingetretener Verwandlung unter bas niedrigste gesetzliche Maß. ber Strafart herabsinken, ben besichränkenden Vorschriften der §§. 13. und 34. nicht unterworfen, und werden in allen Fällen mit Schärfungen versbunden, die, wo nicht bas Gericht etwas Anderes verfügt, sogleich zu vollziehen sind, ohne Berücksichtigung der durch die §§. 58. bis 61. sonst vorgeschriebenen Zwischenräume.

Jeboch finbet auch hier bie wiederholte Anwendung des Dunkelarrestes ober ber Sungerkoft nach Erstehung des im §. 54. Nr. 2. und 3. bestimmten höchsten Maßes berfelben nicht statt vor Ablauf einer Zwischenzeit von vier Tagen.

- §. 168. Wenn mahrend der Vollziehung einer lebenslänglichen Buchthausstrafe der Verurtheilte ein neues Verbrechen verübt, so wird gegen ihn, insofern dasselbe nicht Todesftrafe nach sich zieht, statt der verschulbeten Strafe auf Unwendung einer oder mehrerer Schärfungen erkannt.
- \$. 169. (c. Bei Dienstentsfenung und Dienstentslassung.) Wenn die Strafe der Dienstentsezung oder der Dienstentlassung nicht angewendet werden kann, weil der Schuldige seine öffentlichen Aemter und die davon abhängenden Rechte wegen einer anderen Handlung, sei es in Folge eines gerichtlichen Erkenninisses, oder im Berwaltungswege früher schon verloren hat, so tritt statt der Dienstentsezung Arbeitshausstrafe von Ginem Jahre bis zu zwei Jahren, statt der Dienstentlassung Kreisgefängniß von sechs Monaten bis zu Einem Jahre ein.

VI. Citel.

Bon ber Beftrafung jufammentreffenter Berbrechen 27).

- §. 170. (Straferhöhung bei zusammentreffenben Berbrechen.) Wenn mehrere mit zeitlichen Freiheitsstrafen bedrohte Verbrechen berselben Berson als Gegenstand bes nämlichen Strafurtheils zusammentreffen, so ist, wo nicht ein besonderes Gesetz etwas Anderes verordnet, auf die schwerste ber verschuldeten Strafen mit angemeffener Erhöhung berselben zu erkennen.
- §. 171. (Art und Maß.) Die Erhöhung geschieht mittelft hinzurechnung von wenigstens Ginem Drittheile und hochstens zwei Drittheilen ber übrigen Strafen.
- §. 172. (Verwandlung.) Bei bem Zusammentreffen von Berbrechen, welche mit Freiheitöstrafen verschiebener Urt bedroht sind, werben, um das Maß der Erhöhung der verschuldeten schwerften Strafe zu bestimmen, die gelinderen Strafarten nach Maßgabe des §. 165. in die härteren verwandelt.
- \$. 173. (Ueberfchreitung bes Strafmaßes.) Bei ber Erhöhung (§S. 170. und 171.) fann ber Richter bas höchste Maß ber Strafart, zu ber die verschuldete schwerfte Strafe gehört, wenn sie in Gefängniß oder Arbeitshaus besteht, soweit überschreiten, als durch die Hinzurechnung von höchstens zwei Drittheilen der übrigen Strafen nothig wird.
- §. 174. (Söchftes Maß der Freiheits ftrafen.) Für den befonderen Fall zusammentreffender Verbrechen besteht das höchste Maß der zeitlichen Zuchthausstrafe in dreißig Jahren, und für eben diesen Fall das höchste Maß der Arbeitshaus-

²⁷⁾ Bgl. baver. Str. Bd. Art. 108—110., ofbenb. Art. 113—115., aftenburg. Art. 48—57., würt. Art. 115—123., braunichw. §\$. 55—57., bannov. Art. 104—110., beff. Art. 104—113., thuring. Art. 50—57., preuß. §\$. 55—57., kiterreich. §\$. 34. 35., iads. Art. 77—81.

ftrafe in zwanzig Sahren und bas höchfte Mag ber Kreis= gefängnifftrafe in fechs Sahren.

- §. 175. (Bei ber Tobesftrafe u. f. m.) Durch bie Tobes und burch bie lebenslängliche Buchthausstrafe werden alle anderen Strafen ober Strafzufätze wegen zusammentreffensber Berbrechen ausgeschlossen.
- §. 176. (Bei Dienstentsetzung u. f. w.) Bei bem Zusammentreffen ber Dienstverbrechen, wodurch Dienstentsetzung und zugleich Dienstentlaffung, ober eine dieser Strafen mehr= mals verschulbet ift, wird nach Maßgabe ber §§. 169. und 171. auf einen Zusat von Arbeitshaus= ober Kreisgefängnifftrafe erfannt.
- \$. 177. (Bufammentreffenbe Gelbstrafen.) Wenn Gelbstrafen zusammentreffen, fo werben fie zusammengerechnet, und tommen, ohne Nücksicht auf die Größe ber Summe, in ihrem Gesammtbetrage zur Anwendung.
- \$. 178. (Mit Freiheitsftra fen u. f. w.) Wenn Gelbstrafen und zeitliche Freiheitsftrafen mit einander, ober mit Dienstentsetzung ober Dienstentlaffung zusammentreffen, so kommen biese Strafen neben einander zugleich zur Anwendung.
- \$. 179. Die in ben vorhergehenden §§. 170. bis 178. enthaltenen Vorschriften kommen auch bann zur Anwendung, wenn ein von einem Verurtheilten vor ber Verurtheilung begangenes Verbrechen nach berfelben Gegenstand eines neuen Strafurtheils wird, insofern derselbe die bei der ersten Verurtheilung gegen ihn erkannte Strafe nicht bereits erftanben bat.
- §. 180. (Fortgefette Verbrechen.) Mehrfache Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetzes burch handlungen, welche zusammen als Ausstührung bes nämlichen, auf ein besstimmtes Verbrechen gerichteten Entschlusses erscheinen, und ebenso mehrsache Uebertretungen bes nämlichen Strafgesets,

welche als Folgen ber nämlichen fahrläßigen Sandlung zu betrachten sind, werden als Bestandtheile oder Fortsetzungen einer und derselben That angesehen und als ein einziges (fortgesetzes) Berbrechen bestraft, wobei zwar die Fortsetzungen und deren Zahl als Gründe erhöhter Strafbarkeit in Betracht kommen, jedoch das höchste Maß der auf das Verbrechen gesetzten Strafe niemals überschritten werden darf.

- §. 181. Außer biefen Fällen können mehrfache Uebertretungen bes nämlichen Strafgesets als ein fortgesetes nach
 ber Borschrift bes vorhergehenden §. 180. zu bestrafendes
 Berbrechen nur da angenommen werden, wo das Geset bies
 besonders verordnet.
- \$. 182. (Uebertretung mehrerer Gefege ober Berletung mehrerer Bersonen burch eine That.) Sat Zemand burch eine und dieselbe Sandlung mehrere Strafgesete, ober basselbe Strafgeset gegen verschiedene Bersonen übertreten, so mird er, wo nicht ein besonderes Geset etwas Anderes verordnet, zu der Strafe verurtheilt, die auf die schwerste Uebertretung gesett ift, wobei aber die gleichzeitigen anderen Uebertretungen ebenfalls als Grunde erhöhter Strafbarkeit in Betracht kommen, jedoch auch nur in der Art, daß bas höchste Maß ber auf die schwerste Uebertretung gefetzten Strafe nicht überschritten werden darf.

VII. Titel.

Bon ber Beftrafung bee Rudfalle 28).

\$. 183. (Rudfall, bei welchen Berbrechen?) Die Berbrechen, bei welchen bie abermalige Begehung als Rudfall bestraft werden foll, sind folgende:

1. Diebstahl, Betrug und Falfchung aus Bewinnfucht,

Bucher, Unterschlagung, Raub und Erpreffung;

2. Mungfälfdung und Fälfdung von Staatspapieren;

3. mit Borbedacht verübte Korperverletung, und Todtung

ober Rorperverlegung bei Raufhandeln;

- 4. Nothzucht, Schändung unmundiger ober bewußtlofer Bersonen, Berführung von Kindern unter vierzehn Jahren (S. 360.), und wibernaturliche Unzucht;
- 5. vorfätliche Brandftiftung, und Eigenthumsbeschäbigung aus Bosbeit, Rachfucht ober Gigennut (S. 570.);

6. Wilderei und Wildbieberei;

7. Lanbftreicherei und Bettel;

8. Widerfetlichkeit, öffentliche Gewaltthätigkeit und Aufruhr;

9. Umteverbrechen aus Gigennut.

§. 184. (Borausfegungen.) Es wird jedoch in jedem Straffall, ber als Nuckfall bestraft werden foll, vorausgesett:

1) daß ber Uebertreter wegen des fruheren vollendeten ober versuchten Berbrechens als Urheber ober Gehulfe vor ber abermaligen Begehung von einem inländischen ober ausländischen Gerichte verurtheilt und das Urtheil verkundet mar, und

2. daß das fruhere und bas neue Berbrechen leber-

tretungen von gleicher Art feien.

²⁹⁾ Bgl. baver. Str.:B.:Bd. Art. 111—117., ofbenb. Art. 116—123., altenburg. Art. 58—60., würtemb. Art. 124—128., braunschw. §. 58., hannov. Art. 111—115., hes. 41. 94—103., thuring. Art. 46. 47., preuß. §§. 58—60., bsterreic. §. 44., sach. Art. 82—85.

- §. 185. (Gleichartigkeit.) Als gleichartig gelten außer ben Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetzes bie unter jeder einzelnen Bahl bes §. 183. zufammengestellten strafbaren Sandlungen.
- \$. 186. (Brufung bes fruhern Urtheils.) Dem Gerichte kömmt bas Recht zu, bei Beurtheilung ber Frage, ob bie neue Uebertretung als Ruckfall zu betrachten sei, die Recht=mäßigkeit bes fruheren Erkenntnisses, insofern sich erhebliche Zweifel barüber barbieten, seiner eigenen Brufung zu unter=werfen, und beren Ergebniß seiner Entscheidung zu Grund zu legen.
- §. 187. (Rudfallsftrafe.) Die abermalige Ueber= tretung, welche als Rudfall gilt, wird in allen Fallen von harterer Strafe getroffen, als wenn fie bie erfte mare.
- §. 188. (Sochftes Mag.) Die Strafe, welche zu ertennen fein murbe, wenn bie Uebertretung bie erste mare, kann im ersten Rudfalle bis um bie Salfte, und in jedem weiteren Rudfalle je bis um ein weiteres Biertheil erhoht werden.

Seboch barf ber wegen ber Ruckfälligkeit eintretende Strafzusatz nie mehr betragen, als die Strafe ber vorhergegangenen Uebertretung, und bei wiederholtem Rückfalle nie mehr, als die auf die fruheren Uebertretungen erkannten Strafen zusammengenommen.

§. 189. (Ueberschreitung bes Strafmaßes.) Rann bie im einzelnen Falle verschulbete Rudfallsstrafe innershalb bes gesetzlichen Maßes ber auf bas Verbrechen gesetzten Strafart nicht mehr erkannt werben, so wird die Strafe, mit Ueberschreitung bieses Maßes, in der nämlichen Strafart (§. 174.) erkannt, ohne daß eine Verwandlung in die härtere Strafart statisindet.

2: 5

VIII. Titel.

Bon ber Berjährung ber Strafen und ber gerichtlichen Berfolgung ftrafbarer Sanblungen 29).

\$. 190. (Berjährung ber gerichtli'chen Ber-

folgung.) Die gerichtliche Berfolgung wird verjährt:

1. bei Berbrechen, welche mit Tobes = ober mit lebens = länglicher ober mit einer acht Jahre übersteigenden zeitlichen Buchthausstrafe bedroht sind, durch den Ablauf von zwanzig Jahren;

2. bei anderen Berbrechen ober Bergehen, deren gericht= liche Berfolgung von Amtswegen stattfindet, durch den Ablauf von zehn Jahren, insofern nicht durch besondere Gesetze kurzere

Berjahrungefriften beftimmt find;

- 3. bet Uebertretungen, deren gerichtliche Verfolgung und Bestrasung nur auf Anzeige oder Anklage des Betheiligten stattsindet durch den Ablauf von zwei Jahren von der That an, oder, wo er erst später Kenntniß davon erhalten hat, durch den Ablauf von zwei Jahren von der Zeit der erhaltenen Kenntniß an, jedenfalls aber durch den Ablauf von zehn Jahren vom Tage der Verübung an. Hatte jedoch der Betheiligte vor Ablauf von zwei Jahren, von der Zeit der That oder der erhaltenen Kenntniß an, die gerichtliche Versolgung gegen den Thäter eingeleitet, oder, sosen dieser nicht bekannt war, wenigstens von der That selbst die gerichtliche Anzeige gemacht, so gelten auch hier die Nr. 2. erwähnten Verjährungsfrissen.
- §. 191. (Unfang.) Die Berjährung läuft, wo bas Gefch nicht etwas Underes verfügt, bei vollendetem Berbrechen

^{2*)} Bgl. bayer. Str. 28. Bch. Art. 139. 140., olbenb. Art. 144. 145., altenburg. Art. 76—80., wärtemb. Art. 129—133., braunfow. §§, 71. 72., hannes. Art. 88—90., heff. Art. 124—128., tháring. Art. 71—76., preuß. §§, 45—49., bíterr. §§. 227—232., fách. Art. 109—115.

von dem Augenblick an, da dasselbe für vollendet gilt, und bei versuchtem Verbrechen vom Augenblick der Beendigung der letten Versuchschandlung an.

- §. 192. (Unterbrechung.) Die Verjährung ber getichtlichen Verfolgung eines ber im §. 190. Nr. 1. und 2.
 bezeichneten Verbrechen wird unterbrochen burch jede gericht=
 liche Sandlung, welche wegen besfelben gegen ben Angeschulbigten als solchen gerichtet wurde.
- §. 193. (Wieberanfang.) Sie beginnt in foldem Valle von Neuem von ber Zeit ber letten gerichtlichen Sandlung an, die gegen ben Angeschulbigten gerichtet mar.

S. 194. (Berjahrung erfannter Strafen.) Bur

Berjährung erkannter Strafen wird erfordert:

1. bei ber Buchthausstrafe ber Ablauf von zehn Jahren, vom Ende ber im Urtheil bestimmten, mit bem Tag der Urtheilsverfundung beginnenben Strafzeit an gerechnet, in keinem Vall jedoch mehr, als der Ablauf von fünfundzwanzig Jahren vom Tage ber Urtheilsverkundung an;

2. bei ber Arbeitshaus = und ber Gefängnifftrafe ber Ablauf von funf Sahren vom Ende ber im Urtheil bestimmten, mit bem Tage ber Urtheilsverkundung beginnenden Strafzeit

an gerechnet;

3. bei ben Gelbstrafen ber Ablauf von funf Sahren von ber Urtheilsverfundung an.

- §. 195. Die Berjährung ber erfannten Strafen bebt beren gesehliche Volgen (§§. 17. 18. und 23.) nicht auf.
- §. 196. Die Tobes = und die lebenslängliche Zuchthaus=
 ftrafe werden nicht verjährt; jedoch verwandelt sich die Todes=
 ftrafe durch den Ablauf von zwanzig Jahren in lebensläng=
 liches Zuchthaus.
- \$. 197. (Unterbrechung.) Die Berjährung ber er=

- 1. burch bie Ergreifung bes Berurtheilten jum Zwede bes Strafvollzuge;
- 2. burch ein neues, vor Ablauf ber Berjährungszeit begangenes, gleiches ober gleichartiges (§. 185.) Berbrechen.
- §. 198. (Wirkungen.) Die Verjährung ber gericht= lichen Verfolgung oder ber erkannten Strafe bes neuen Ver= brechens, durch bessen Begehung die frühere Verjährung unter= brochen wurde (§. 197.); hat die Wirkung, daß die Unter= brechung nun fur nicht eingetreten gilt.
- §. 199. Die nämliche Wirfung hat Die Erftehung ber auf bas neue Verbrechen erkannten Strafe.
- §. 200. Ift eine erkannte Freiheitöstrafe verjährt, und sind, wenn die Verjährungsfrist früher als zehn Jahre, von Berübung des Berbrechens an gerechnet, zu Ende geht, zehn Jahre von diesem Zeitpunkt an abgelaufen, ohne daß der Verurtheilte inzwischen ein neues, gleiches oder gleichartiges, Verbrechen verübt hat, so wird ein nach dieser Zeit begangenes Berbrechen nicht mehr als Rückfall bestraft.
- §. 201. Dasselbe gilt, wenn ba, wo die Freiheitsstrafe vollzogen wurde, seit dem letten Tage der Straferstehung, bei der Zuchthausstrafe zehn Jahre, bei anderen Freiheitsstrafen fünf Jahre, oder sofern diese lettere Frist früher als zehn Jahre, von Verübung des Verbrechens an gerechnet, zu Ende geht, zehn Jahre von diesem Zeitpunkt an abgelausen sind, ohne daß der Verurtheilte inzwischen ein neues, gleiches oder gleichartiges Verbrechen begangen hat.
- §. 202. Die nämliche Wirkung hat ber Ablauf von funf Jahren, von ber Urtheilsverkundung an, wenn blos Gelbsftrafen erkannt sind, insofern ber Verurtheilte inzwischen kein neues, gleiches ober gleichartiges Verbrechen begangen hat.

^^^^^

Zweiter Cheil.

Von den einzelnen Verbrechen und deren Bestrafung.

IX. Titel.

Bon bem Berbrechen ber Tobtung 30).

- §. 203. (Verbrechen ber Tobtung überhaupt.) Wer burch eine rechtswidrige handlung oder Unterlaffung vorsätzlich oder aus Fahrläßigkeit den Tod eines Menschen verursacht, ift des Verbrechens der Tobtung schuldig.
- \$. 204. (Töbtlichteit ber Beschäbigungen.) Als töbtlich wird jede Beschädigung betrachtet, welche im einzelnen Valle als wirkende Ursache den Tod des Beschädigten herbeisgeführt hat, ohne Unterschied, ob ihr tödtlicher Ersolg in anderen Vällen durch Sulfe der Kunst etwa schon abgewendet wurde oder nicht; ob in dem gegenwärtigen Valle durch zeitige Hülfe derselbe hätte verhindert werden können; ob die Beschädigung unmittelbar, oder durch andere, jedoch aus ihr entstandene, Zwischenursachen den Tod bewirkt habe; ob dieselbe allgemein tödtlich sei, oder nur wegen der eigenthumlichen Leibesbeschaffenheit des Beschädigten oder wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie ihm zugefügt wurde, den Tod herbeigeführt habe.
- \$. 205. (Morb.) Wer bie ihm gum bestimmten Borfat gugurechnende Tobtung eines Anderen mit Borbebacht verübt,

^{.14)} Byl. baver. Str.:G.:Bc. Art. 142—177., oldenb. Art. 147—182., altenb. Art. 120—131., würtemberg. Art. 235—259., braunschweig. §§. 145—158., hannov. Art. 225—240., hess. Art. 251—261. 273—280., thüring. Art. 118—130., prenh. §§. 175—186., östetreich. §§. 134—151., säch. Art. 155—166.

ober die That zwar im Affect vollbringt, aber nur in Folge eines mit Borbedacht gefaßten fortdauernden Entschluffes, wird als Mörder mit dem Tode bestraft.

- \$. 206. Ift bem Thäter die unter ben Voraussehungen bes vorhergehenden \$. 205. verübte Tödtung zum unbestimmten Borfage zuzurechnen, so wird er mit lebenslänglichem ober zeitlichem Buchthaus nicht unter zwölf Jahren bestraft.
- §. 207. (Tödtung eines Einwilligenden.) Wer einen Anderen auf sein ernftliches und bestimmtes Berlangen tödtet, wird mit Arbeitshaus nicht unter zwei Jahren, oder Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, und wenn die Ködtung auf solches Berlangen einer todikranken oder tödtlich verwunbeten Berson erfolgt, mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus.
- §. 208. (Beihulfe jum Selbstmorb.) Gefängnißober Arbeitshausftrafe trifft ferner auch Denjenigen, welcher an bem von einem Anderen an fich felbst verübten Morbe Theil genommen hat.
- §. 209. (Tobtfchlag.) Wer ohne Vorbebacht, im Affect, ben Entschluß zur Tödtung eines Anderen faßt und ausführt, wird als Todtschläger mit Zuchthaus nicht unter acht Jahren, in leichteren Fällen mit Arbeitshaus von acht bis zu zwölf Jahren bestraft.
- \$. 210. (Strafmilberung ögrund.) hat jedoch ber Getöbtete ben Affect burch schwere Beleidigungen, ober Kränkungen, ober thätliche Mighandlungen, zu welchen ber Thäter keine hinreichende Beranlaffung gab, felbst hervorgerufen, so kann die Arbeitshausstrafe bis auf zwei Jahre herabsinken.
- \$. 211. (Töbtung aus Fahrläßigkeit.) Wer ben Tob eines Anderen durch Fahrläßigkeit verschulbet, wird, wenn seine handlung von der Art war, daß der Tod des Anderen als deren sehr mahrscheinliche Folge von ihm vorher

gefehen werben tonnte, mit Arbeitshaus, außerdem mit Be-

fangniß ober Arbeitebaus bis zu zwei Jahren beftraft.

§. 212. (Fahrläßige, burch vorfähliche Körperverlehung verursachte, Töbtung.) Wer einen Anderen mit Vorbedacht in der Absicht, ihn zu mißhandeln, oder an seinem Körper oder seiner Gesundheit zu beschädigen, verlett hat, wird, wenn badurch der Tod des Verletten verursacht wurde, solgendermaßen bestraft:

1. mit Buchthaus nicht unter acht Jahren, wenn bie Sandlung bes Thaters von ber Art war, bag ber Tod bes Anderen von ihm als beren fehr wahrscheinliche Folge vor-

bergefeben merben fonnte;

2. mit Gefängniß oder Arbeitshaus, wenn die Hand= lung von der Art war, daß der Tod des Anderen von ihm nur als fehr unwahrscheinliche Folge derselben betrachtet wer= den konnte;

3. in anderen Fällen mit Arbeitshaus nicht unter zwei

Jahren, ober Buchthaus bis zu gehn Jahren.

§. 213. (Im Affect.) Wurde ber Entschluß zu einer Mißhandlung ober Beschädigung ber im vorhergehenden §. 212. bezeichneten Art, wodurch ohne Absicht des Thäters der Tod des Anderen verursacht worden ist, ohne Vorbedacht, im Affect gesaßt und ausgeführt, so treten folgende Strafen ein:

1. Zuchthaus bis zu zehn Sahren, in leichteren Fällen Arbeitshaus von vier bis zu zehn Sahren, wenn die Handlung bes Thäters von der Art war, daß der Tod des Anderen von ihm als beren fehr mahrscheinliche Folge vorausgesehen werden fonnte:

2. Gefängniß, wenn die Sandlung von der Art mar, daß der Tod des Anderen von ihm nur als fehr unwahr= scheinliche Folge berselben betrachtet werden konnte;

3. in anderen Fallen Arbeitshaus nicht unter Ginem Jahre, ober Buchthaus bis ju funf Jahren.

Districtly Google

- \$. 214. (Milberungsgrund.) Sat jedoch ber Getöbtete ben Affect burch schwere Beleidigungen, ober Krankungen, ober thätliche Mißhandlungen, zu welchen ber Thäter keine hinreichenbe Beranlaffung gab, felbst hervorgerufen, so kann bie Strafe in ben Fällen bes vorhergehenden §. 213. bis zu einem Biertheile ber sonst verschuldeten Strafe herabsinken.
- §. 215. (Kindsmord.) Eine Mutter, welche ihr unseheliches Kind mährend der Geburt, oder in den ersten vierzundzwanzig Stunden nach derselben vorsätzlich tödtet, soll, wenn der jest ausgeführte Entschluß zur Tödtung vor der Entbindung gefaßt wurde, mit Zuchthaus von sechs bis zu fünfzehn Jahren, und wenn er erst während oder nach der Entbindung gesaßt wurde, mit Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft werden.
- §. 216. Die nämlichen Strafen treten ein, wenn es sich in dem einzelnen Falle, wo das Verbrechen erst nach Ab-lauf von vierundzwanzig Stunden verübt wurde, ergibt, daß der befondere geistige und körperliche, die Zurechnung bei diesem Verbrechen vermindernde, Zustand der Gebärenden noch fortgedauert hatte.
- \$. 217. (Strafe ber Wieberholung.) Berübt bie Kinbesmörberin nach Berkundung bes fie verurtheilenden Erstenntniffes bas nämliche Berbrechen (§§. 215. und 216.) von Neuem, so wird fie mit Zuchthaus nicht unter zehn Sabren bestraft.
- §. 218. (Abfichtlich hulflose Riederkunft.) hatte fich eine außerehelich Schwangere in eine Lage versetzt, in der sie bei der Niederkunft der erforderlichen hulfe entbehrte, in der Absicht und Erwartung, daß hierdurch, in Folge der hulflosigkeit, der Tod des Kindes herbeigeführt werde, oder in der Absicht, ihre Lage sonst zur Tödtung desselben zu benützen, so wird sie folgendermaßen bestraft:

1. mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis zu vier Jahren, wenn ber Tob bes Kinbes burch andere bazwischen getretene, von ihrem Willen unabhängige, Umftande abge-

wendet wurde;

- 2. mit Arbeitshaus ober Zuchthaus bis zu feche Jahren, wenn das Kind in Folge ber Sulflosigkeit bei ber Nieberstunft, ohne Mitwirkung anderer, der Mutter zum Vorsatzurechnenden, Sandlungen oder Unterlassungen um das Leben gekommen ift.
- \$. 219. (Mangelnbe Lebensfähigkeit.) Ergibt sich, baß bas getöbtete Kind wegen zu früher Geburt ober befonderer Mißbildung bas Leben außer bem Mutterleibe fortzuseten unfähig war, so tritt in ben Fällen ber §\$. 215. 216. und 217. Kreisgefängniß= ober Arbeitshausstrafe ein, und in ben Fällen bes §. 218. Nr. 2. Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten.
- §. 220. Satte sich die außerchelich Schwangere vorfätzlich, jedoch ohne eine gegen das Leben des Kindes gerichtete Absicht (§. 218.), in die Lage versetzt, in der sie bei der Niesderkunft der erforderlichen Gulfe entbehrte, und ist sodann ihr Kind in Volge der Gulflosigkeit bei der Niederkunft ohne Mitwirkung anderer, der Mutter zum Vorsatz zuzurechnenden, Gandlungen oder Unterlassungen, um das Leben gekommen, so wird sie, insosern das Kind lebensfähig war, mit Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- §. 221. Sat eine außereheliche Mutter vorfählich hulflos geboren und ihr Kind verborgen oder bei Seite geschafft, so wird sie, wenn nicht zu ermitteln ift, ob das Kind lebend, oder lebensfähig, oder todt geboren, oder, infofern es gelebt hat und lebensfähig war, ob dasselbe in Folge der Sulflosigkeit bei der Niederkunft um das Leben gekommen sei, oder nicht, mit Gefängniß bestraft.

- §. 222. (Strafe: 1. ber Anstiftung zum Kind 6morbe.) Wer baburch Ursache bes Verbrechens bes Kindsmorbes geworden ist, daß er die außereheliche Mutter vorsätzlich zu dem Entschlusse, dasselbe zu begehen, bestimmt hat, wird in den Källen der §§. 215. 216. und 217. mit lebenslänglichem oder zeitlichem Zuchthaus nicht unter fünfzehn Jahren, und in den Källen des §. 219. mit Arbeitshaus nicht unter zwei Jahren oder Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft.
- §. 223. (2. der Theilnahme baran.) Die gleiche Strafe (§. 222.) trifft Denjenigen, der, im Einverständniffe mit der außerehelichen Mutter, deren Kind während der Gesburt, ober in den ersten vierundzwanzig Stunden nach derfelben, oder zwar nach Ablauf dieser Zeit, aber wo aus den Umständen des einzelnen Falles sich ergibt, daß der besondere, im §. 216. vorausgesetzte, Bustand derselben noch fortdauerte, vorsätzlich getödtet hat.
- §. 224. (3. ber Beihulfe.) Bei Bemeffung ber Strafe eines Gehulfen zum Kindsmord (§§. 215. 216. 217. und 219.) wird bie im §. 222. bestimmte Strafe zu Grunde gelegt.

X. Citel.

Bon ben Korperverlegungen 31).

\$. 225. (Körperverlegung mit Borbedacht.) Wer einen Underen mit vorbedachtem Entschluffe burch eine rechtswidrige Sandlung, beren eingetretener Erfolg ihm jum

^{**)} Bgl. bayer, Str.:G.Bd., Art. 178—185. 367—369., olbend. Art. 183—190. 372—376., altend. Art. 132—144., würt. Art. 260—273., braunichw. ht. 189—165., hannob. Art. 241—246., heff. Art. 262—272., thüring. Art. 131—139., preuß. ht. 137—203., bfietreich. §\$. 187—203., bfietreich. §\$. 162—157. 393—408., Addi. Art. 166—176.

bestimmten ober unbestimmten Vorfat zugurechnen ift, an feinem Körper ober feiner Gefundheit verlett, wird folgenbermaßen bestraft:

1. mit Buchthaus, wenn durch die Berletung eine bleibende Arbeitsunfähigkeit verursacht wurde, oder eine Geifteszerruttung, bei der keine Wahrscheinlichkeit der Wiederherftellung porbanden ift:

2. mit Arbeitshaus nicht unter brei Sahren, oder Buchthaus bis zu zehn Jahren, wenn die Verletung eine, fich als unheilbar darstellende, Krankheit ohne bleibende Arbeitsunfähigkeit, oder eine Geisteszerruttung verursachte, bei der eine Wiederherstellung nicht unwahrscheinlich ift, oder wenn der Verlette, durch die Verletung eines Sinnes, einer Hand, eines Fußes, des Gebrauchs der Sprache oder der Zeugungsfähigkeit beraubt wurde;

3. mit Arbeitshaus ober Zuchthaus bis zu funf Jahren, wenn ber Verlette in anderer Weife an einem Theile feines Körpers verstummelt, ober auffallend verunstaltet, bes Gebrauchs eines seiner Glieber ober Sinneswertzeuge beraubt, ober zu feinen Berufsarbeiten bleibend unfähig gemacht wurde;

4. mit Kreisgefängniß nicht unter brei Monaten, ober Arbeitshaus bis zu brei Sahren, wenn er burch bie Berslehung in ben Zustand einer zwar nicht bleibenden, jedoch über zwei Monate andauernden, Krankheit ober Unfähigkeit

zu feinen Berufsarbeiten verfest murbe;

5. im Falle furgerer Dauer ber verursachten Krantheit ober Arbeitsunfähigkeit, ober einer weniger auffallenden Bersunftaltung, ober einer blogen Beschränkung im Gebrauche eines seiner Glieder ober Sinnenwerkzeuge, mit Kreisgefängniß, ober Arbeitshaus bis zu anderthalb Jahren.

\$. 226. Auch in ben Fallen bes \$. 225. Nr. 4. und 5. fann bie Nr. 3. gedrobte Strafe eintreten, wenn bie Ber- letzung von ber Art war, bag fie ohne Runfthulfe, ober bie

Dazwischenkunft von besonderen, der Heilung gunstigen Zufällen, mahrscheinlich den Tod des Verletten zur Folge gehabt haben wurde.

§. 227. (Verletung ohne bleibenden Schaben 2c.) Ift durch die einem Anderen mit vorbedachtem Entschluffe zugefügte Verletung weber ein bleibender Schaden, noch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit verursacht worden, so wird ber Schuldige mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Strafe kann jedoch bis zum Doppelten erhöht mers ben, wenn die Urheber folder Verletungen Waffen, Meffer, ober andere lebensgefährliche Werkzeuge als Angriffsmittel gebrauchten.

- \$. 228. (Unbestimmter, auf Töbtung ober Körperverlegung gerichteter, Vorfag.) War bie Absicht bes Handelnden nicht blos auf Körperverlegung gerschtet, sonbern unbestimmt auf Tödtung ober Körperverlegung, so wird er im Falle einer Verlegung ber im §. 225. Nr. 4. und 5. bezeichneten Art mit Arbeitshaus, ober Zuchthaus bis zu funf Jahren, und im Falle einer Verlegung der im vorhergehenden §. 227. bezeichneten Art mit Kreisgefängnis ober Arbeitsbaus bis zu anderthalb Jahren bestraft.
- §. 229. (Kängere Mißhandlung ober Beinigung.) Wurden törperliche Mißhandlungen gegen eine Berfon längere Zeit fortgesett, ober törperliche Beinigungen ober Wartern angewendet, so wird der Schuldige, wenn keine Berletung des Körpers oder der Gefundheit eingetreten ift, mit Kreisgefängniß, und im Falle einer eingetretenen Berletung der im §. 227. bezeichneten Art ebenfalls mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu anderthalb Jahren bestraft.
- S. 230. (Mißhanblung einer Schwangeren.) Ber eine Schwangere, beren Buftand er fannte, mit vor-

bedachtem Entschlusse körperlich mißhandelt und badurch verursacht hat, daß sie mit einem tobten oder einem unreisen, nicht lebensfähigen Kinde niedergekommen, oder daß das Kind, mit dem sie darauf niedergekommen, nach der Geburt in Folge der erlittenen Wißhandlung gestorben ist, soll mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu funf Jahren bestraft werden.

- §. 231. (Freiheitsftrafen mit Scharfung.) In allen Fällen bes Berbrechens ber mit Vorbebacht verübten Körperverletung wird auf die im Gefete gebrohten Freiheitsftrafen immer in Verbindung mit einer oder mehreren ber gefetlich zuläsigen Scharfungen erkannt.
- §. 232. (Körperverlegung im Affect.) Wer einen Anderen ohne vorbedachten Entschluß, im Affect, durch eine rechtswidrige Sandlung, beren eingetretener Erfolg ihm zum bestimmten ober unbestimmten Vorsatzugurechnen ift, an seinem Körper ober seiner Gesundheit verlet, wird folgender= maßen bestraft:
- 1. in ben Fällen bes §. 225. Nr. 1. und 2. mit Arbeits= haus nicht unter Ginem Jahr, ober Buchthaus bis zu feche Jahren;

2. in ben Fallen bes §. 225. Nr. 3. und bes §. 230. mit Kreisgefängniß nicht unter brei Monaten ober Arbeits-

haus bis zu brei Jahren;

3. in ben Fallen bes §. 225. Nr. 4. und 5., mit Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen, ober Gelbstrafe nicht unter
fünfundzwanzig Gulben, ober, wenn im einzelnen Falle bie Boraussehungen bes §. 226. vorhanden sind, mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis zu brei Jahren;

4. in ben Fällen bes §. 227. mit Gefängniß bis zu zwei Monaten, ober Gelbstrafe bis zu zweihundert Gulben, und wenn die Urheber folder Berletungen Waffen, Deffer, ober andere lebensgefährliche Werkzeuge als Angriffsmittel

gebrauchten, mit Gefängniß bis zu brei Monaten, oder Gelbeftrafe bis zu breihundert Gulben.

- §. 233. (Strafmilberungegrunb.) Sat jeboch ber Berlette ben Affect burch schwere Beleidigungen, ober Rrantungen, ober thätliche Mighandlungen, zu welchen ber Thäter teine hinreichenbe Beranlaffung gab, felbst hervorgerufen, so tonnen die im vorhergehenden §. 232. gedrohten Strafen bis auf ein Drittheil herabgesett werben.
- \$. 234. War im Falle einer eingetretenen Körperverletung die Absicht des Thäters auf eine bloße Mißhandlung
 bes Anderen, oder auf eine geringere, als die wirklich eingetretene, Körperverletung gerichtet, und diese lettere auch
 nicht als leicht mögliche Folge der Mißhandlung vorauszusehen,
 so kann eine Milberung der durch die §§. 225. 227. 232.
 und 233. gedrohten Strafen eintreten, die jedoch niemals bis
 zu dem, unter sonst gleichen Umständen, die bloß fahrläßige
 Körperverletung treffenden Strafmaß herabgehen darf.
- §. 235. (Körperverletung gegen Verwandte in aufsteigender Linie.) Wird das Verbrechen der Körperverletung gegen Blutsverwandte in aufsteigender Linie verübt, so ist die nach den Bestimmungen der §§. 225. bis 234. sonst verschuldete Strafe durch einen Zusatzu erhöhen, welcher nicht weniger als drei Monate, und nicht mehr als zwei Jahre in der nämlichen Strafart betragen darf.
- §. 236. Beim Dafein des nämlichen Verwandtschaftsverhältniffes zwischen dem Verletten und einem Gehülfen wird bei Ausmessung der Strafe des Letteren die im vorhergebenden §. 235. gedrohte höhere Strafe zu Grunde gelegt.
- §. 237. (Fahrläßige Körperverlegung.) Wer fich einer ber in ben §§. 225. und 230. bezeichneten Berletungen aus Fahrläßigkeit schuldig macht, wird mit Gefangniß bestraft.

In ben Fallen bes §. 225. Nr. 3. 4. und 5. kann jedoch ftatt ber Gefängnifftrafe auch auf eine Gelbstrafe bis zu zweishundert Gulben erkannt merben.

§. 238. (Befchränkung und Strafverfolgung.) Wegen Körperverletzungen, die fich als Verletzungen der in den §§. 227. 232. Nr. 4. oder 237. bezeichneten Art darstellen, sindet eine gerichtliche Verfolgung und Bestrafung nur auf Anklage oder Anzeige des Verletzten statt, die Fälle ausgenommen, da die That mit Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verbunden gewesen ift, und die Polizeibehörde auf gerichtliche Bestrafung der Körperverletzung anträgt.

XI. Citel.

Bon Tobtung ober Korperverlegung bei Haufhanbeln ober Schlagereien 32).

§. 239. (Töbtung bei Raufhanbeln.) Die bei Raufhanbeln ober Schlägereien als Folge vorfäglicher, ohne Borbebacht zugefügter, Berletzungen eingetretene Töbtung wirb

in folgender Beife bestraft:

1. wenn bem Getöbteten von verschiebenen Theilnehmern mehrere Verletungen zugefügt sind, beren jede für sich einzeln als töbtlich erscheint, so wird jeder Urheber einer solchen Versletung, insosern ihm ber eingetretene Erfolg zum Vorsatzuzurechnen ift, von ber Strafe des Todtschlags (§. 209.) gestroffen, oder von der Strafe der fahrläßigen, durch vorsätzliche

³²⁾ Bgl. baver. Str = G. = Bch. Art. 153—156. 185. 368., olbenb. Art. 158—161. 190. 374., altenb. Art. 124. 136., würtemb. Art. 248. 266., braunichw. §6. 163. 163., bannov. Art. 232. 245., beff. Art. 273—275., thuring. Art. 124. 132., preuß. §. 195., bsterreich. §§. 143. 167., fach. Art. 173.

Rorperverletung verurfachten, Tobtung (g. 213.), wenn folder ibm blos in biefer Art zugerechnet merben fann;

2. find unter ben mehreren Berletungen einzelne tobtlich und andere nicht tobtlich, fo werben bie Urheber ber erfteren ebenfo wie in den Fällen Nr. 1. beftraft, Die Urheber ber anderen hingegen, wenn ihre Abficht bestimmt auf Tobtung gerichtet war, nach ben gefetlichen Strafbeftimmungen über ben Berfuch bes Tobifchlage, anderfalle nach ben gefetlichen Strafbestimmungen über bas Berbreden ber Rorperverletung (\$\$. 232. 233. und 234.);

3. maren mehrere von verschiedenen Theilnehmern gugefügte Verletungen nicht einzeln, fondern nur burch ihr Bufammenfreffen tobtlich, fo wird jeber Urheber einer folchen Berletung, wenn feine Absicht bestimmt auf Tobtung gerichtet war, von ber Strafe bes Tobtichlags, anbernfalls von ber Strafe ber fahrläßigen, burch vorfähliche Rorperverlegung verurfachten, Tobtung (§. 213.) getroffen, und jeber Urheber einer anderen Berletung, Die gu ber eingetretenen Tobtung nicht mitgewirft bat, wenn feine Absicht bestimmt auf Tobtung gerichtet mar, von ber Strafe bes versuchten Tobtichlags, anbernfalls von ber Strafe bes Berbrechens ber Rorververlegung (§§. 232, 233, und 234.);

4. find in ben Fallen Nr. 2. und 3. bie Urheber ber Berletungen gwar befannt, aber es bleibt ungewiß, wem von ihnen bie tobtlichen ober nicht tobtlichen Berletungen gugu= rechnen find, fo werben fle insgefammt als fculbig ber fabrlägigen, burch vorfähliche Rorperverlegung verurfachten, Tobtung mit Arbeitehaus nicht unter Ginem Jahr, ober Buchthaus bis zu funf Jahren bestraft; jedoch kann die Strafe einzelner Eheilnehmer, wenn in Anfehung berfelben Grunde vorhanden find, welche gegen die Unnahme fprechen, bag fie Urheber einer fcmeren Verletung feien, auf Gefangnifftrafe nicht unter

vier Wochen berabgefest werben;

5. find die wirklichen Urheber ber Verletungen des Getödieten nicht auszumitteln, ober hat er nur eine Verletung
erhalten, und es bleibt ungewiß, von wem sie zugefügt wurde,
so werden alle Theilnehmer, die erweislich mit ihm gerauft,
oder sich thätlich an ihm vergriffen haben, als schuldig der
fahrläßigen, durch Theilnahme an Maufhändeln veranlaßten,
Tödiung, mit Arbeitshaus oder Gefängniß bestraft.

Auch die Theilnehmer, welche unter keine der Nr. 1. bis 5. enthaltenen Strafbestimmungen fallen, werden, wenn sie Werkzeuge führten, womit sie lebensgefährliche Verlegungen gufügen konnten, oder wenn sie durch Aeußerungen oder Hand- lungen zu Thätlichkeiten anreizten, wegen Theilnahme an Raufshändeln mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, ohne Unterschied, od die Urheber der Verlegungen ermittelt wurden oder nicht.

- \$. 240. (Körperverletjungen bei Raufhanbeln.) Bit bei Raufhanbeln ober Schlägereien Jemand vorfätlich, jedoch ohne Borbebacht, verwundet ober fonst beschäbigt morben, so werden die Theilnehmer in folgender Weise bestraft:
- 1. wenn erwiesen ift, von welchen Theilnehmern bie einzelnen Berletzungen zugefügt find, so ift Jeber berfelben als Urheber ber von ihm felbst bewirkten Beschädigung nach ben Bestimmungen ber §§. 232. 233. und 234. zu bestrafen;
- 2. wenn bagegen die Urheber ber einzelnen Verletzungen nicht ausgemittelt werden können, so werden alle Theilnehmer, die erweislich mit dem Verletzten gerauft, oder sich thätlich an ihm vergriffen haben, von Gefängniß= oder Arbeitshaussftrafe bis zu drei Jahren getroffen, deren Maß im einzelnen Falle sich vorzüglich nach der Art und Größe der eingetretenen Beschädigungen (§§. 225. 226. und 227.) richtet;
- 3. bie nämlichen Strafen treten gegen bie Urheber ber einzelnen Berletjungen auch bann ein, wenn biefe Berletjungen

bie erfolgte Beschäbigung nicht einzeln, sondern blos burch ihr Busammentreffen hervorgebracht haben;

4. find die Urheber einzelner Berletzungen ausgemittelt, die Urheber anderer aber ungewiß, so wird die durch die letzeteren hervorgebrachte Beschädigung allen Theilnehmern insgefammt in der Art zugerechnet, daß gegen sie ebenfalls die in Nr. 2. gedrohten Strafen eintreten.

Auch Theilnehmer, welche unter keine ber Nr. 1. bis 4. enthaltenen Strafbestimmungen fallen, werden, wenn sie Werkszeuge führten, womit sie lebensgefährliche Verletzungen zufügen konnten, ober wenn sie durch Aeußerungen ober handlungen zu Thätlichkeiten anreizten, wegen Theilnahme an Raufhändeln von Amtsgefängniß = oder Gelbstrafe getroffen, ohne Untersschied, ob die Urheber der Verletzungen ermittelt wurden oder nicht.

§. 241. Saben Mehrere sich zur gemeinschaftlichen Berübung einer Mißhandlung ober Körperverletzung verabredet, so
wird, wenn bet den in Folge der Verabredung unternommenen
Thätlichkeiten von einzelnen Theilnehmern eine Tödtung, oder
eine schwerere, als die verabredete Körperverletzung verübt
wurde, der eingetretene schwerere Erfolg auch den Uebrigen,
insofern das Eintreten desselben von ihnen nach §. 101. vorauszusehen gewesen wäre, in der Art zur Fahrläßigkeit zugerechnet, daß gegen sie die Strase des verabredeten Bergebens
bis zu der Strase der sahrläßigen, durch vorsätzliche Mißhandlung verursachten, Tödtung (§§. 212. und 213.) oder Körperverletzung (§. 234.) erhöht werden kann.

Dasselbe gilt von bem Anstifter einer Mißhandlung ober Körperverletzung, wenn ber Andere einen schwereren Erfolg, als worauf die Anstiftung gerichtet war, hervorgebracht hat, und von dem Gehülfen, wenn der Urheber eine schwerere Bersletzung bewirkte, als worauf nach der Abstächt des Gehülfen seine Beihülfe gerichtet war.

\$. 242. (Schärfungen.) In allen Fällen ber §\$. 239. und 240. wird gegen die Schuldigen, welche Waffen, Meffer, oder andere lebensgefährliche Werkzeuge als Ungriffsmittel gebrauchten, oder bei der That eine besondere Robbeit oder Bosheit zeigten, auf die im Gesetz gedrohten Freiheitsftrafen immer in Verbindung mit einer oder mehreren der gesfehlich zulässigen Schärfungen erkannt.

XII. Titel.

Bon Tobtung ober Beschäbigung Anderer burch Bergiftung 33).

\$. 243. (Vergiftung.) Wer einem Anderen wissentlich Gift, ober andere Stoffe, von denen ihm bekannt war, daß sie wie Gift den Tod bewirken können, mit dem unbestimmten Borsat, ihn zu tödten, oder an der Gesundheit zu beschädigen, heimlich beigebracht hat, wird

1. im Falle eingetretener Todtung mit bem Tobe bestraft;

2. im Valle einer eingetretenen anderen Befchabigung mit lebenstänglichem ober zeitlichem Buchthaus;

3. außerbem mit Buchthaus bis zu gehn Jahren.

Burde die That mit dem bestimmten Vorsatz verübt, den Anderen zu tödten, so wird der Schuldige im Falle Nr. 2. mit lebenslänglichem oder zeitlichem Juchthaus nicht unter zehn Jahren, und im Falle Nr. 3., insofern nicht die Anwensdung des §. 114. eine höhere Strafe zur Folge hat, mit Buchthaus nicht unter sechs Jahren bestraft.

\$. 244. (Bergiftung mit ber Abficht zu befchabigen.) Wer ohne Absicht, zu tobten, jedoch mit ber Ab-

³¹⁾ Bgl. bayer. Str.: 9.59ф. Art. 148—150. 183., oftenb. Art. 153—155. 188., wilrtemb. Art. 240—242. 269. 270., braunschweig. §§. 145. 159. Ziff. 3., hannov. Art. 228. 244. Ziff. П., heff. Art. 276—280., регий. §. 197., bsterreich. §. 135.

sicht, zu beschädigen, einem Anderen wissentlich Gift oder anbere Stoffe, von denen ihm bekannt war, daß sie wie Gifte den Tod bewirken können, heimlich beigebracht hat, soll mit Zuchthaus bis zu zwölf Jahren bestraft werden, und wenn dadurch der Tod des Anderen, oder eine Verletzung der im §. 225. Nr. 1. bezeichneten Art verursacht wurde, mit lebenslänglichem oder zeitlichem Zuchthaus nicht unter acht Jahren.

Burbe jedoch feine, oder nur eine unbedeutende Ber= legung verursacht, fo ift der Richter ermächtigt, auf Arbeite=

hausstrafe berabzugeben.

- §. 245. (Aus Fahrläßigkeit.) Geschah eine Bergiftung, wodurch ber Bergiftete getöbtet oder an seinem Korper oder seiner Gesundheit verlett wurde, aus Fahrläßigkeit, so kommen die Bestimmungen der §§. 211. und 237. zur Anwendung.
- §. 246. (Gemeingefährliche Bergiftung: 1. von Brunnen.) Wer in ber Absicht, Andere an ber Gesundheit ober am Leben zu beschädigen, Brunnen vergiftet, durch deren Bergiftung eine unbestimmte Menschenzahl an der Gesundheit ober am Leben beschädigt werden kann, soll, im Valle dadurch verursachter Tödtung, mit dem Tode, und im Falle eines verursachten bleibenden Schadens an der Gesundheit eines Anderen, mit lebenslänglichem oder zeitlichem Zuchthaus nicht unter zwölf Jahren, in anderen Fällen mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft werden.
- §. 247. (2. von anderen Sachen.) Wer in der Absicht, Andere an der Gesundheit oder am Leben zu beschäbigen, zum öffentlichen Verkauf oder Verbrauch bestimmte
 fremde Waaren, oder überhaupt folche fremde Sachen vergiftet,
 durch deren Vergiftung eine unbestimmte Menschenzahl an der
 Gesundheit oder am Leben beschädigt werden kann, oder eben
 folche vergiftete eigene oder fremde Sachen oder Waaren in

ber gleichen Absicht zum öffentlichen Berkauf ober Berbrauch aussetzt, ober an Andere abgibt, foll, im Falle badurch versursachter Tödtung, mit dem Tode, und im Falle eines versursachten bleibenden Schadens an der Gesundheit eines Ansberen mit lebenslänglichem oder zeitlichem Zuchthaus nicht unter zwölf Jahren, in andern Fällen mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft werden.

- \$. 248. (Aus Fahrläßigkeit.) Gefchah eine folche Bergiftung (§§. 246. und 247.) aus Fahrläßigkeit, fo foll ber Schuldige, wenn baburch ber Tob, ober ein bleibenber Schaben an ber Gefundheit eines Anderen verursacht wurde, mit Arbeitshaus, in Fällen geringeren Schabens mit Gefängeniß bestraft werden.
- §. 249. Wenn ein Gewerbsmann bei Ausübung feines Gewerbes einer Vergiftung sich schuldig macht, so kann gegen ihn nach Umftänden neben ber verschulbeten Freiheitsstrafe zusgleich auf zeitliche ober bleibende Entziehung bes selbstständigen Gewerbsbetriebes erkannt werden.
- \$. 250. (Schäbliche Beimischung bei Nahrungsmitteln u. f. w.) Wer Nahrungsmitteln, Arzneistoffen ober anderen Waaren, die er gewerbsmäßig abseht, Dinge, welche ber Gesundheit gefährlich sind, wissentlich beimischt ober zuseht, wird, insofern die Handlung im einzelnen Falle nicht in ein bestimmtes anderes, schwereres Verbrechen übergeht, auf Antrag der Polizeibehörde von Gefängniß= oder Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren, und nebstdem von einer Gelbstrafe getroffen, verbunden mit Consideration der so zugerichteten Waaren, und nach Umständen zugleich mit zeitlicher oder bleibender Entziehung des selbstständigen Gewerbsbetriebes bestraft.

XIII. Titel.

Bom Berbrechen ber Tobtung im Mutterleibe und ber Abtreibung ber Leibesfrucht 34).

- \$.251. (Anwendung von Abtreibungsmitteln.) Wenn eine Schwangere, nachdem fle innere ober äußere Mittel, welche eine zu frühe Entbindung, ober den Tod der Frucht im Mutterleibe bewirken können, mit rechtswidrigem Vorfate felbst angewendet, oder durch Andere an sich hat anwenden lassen, mit einem unzeitigen, nicht lebenssähigen, oder einem todten Kinde niederkommt, oder wenn das Kind in Folge der angewendeten Mittel nach der Geburt stirbt, so soll sie mit Arbeitshaus bestraft werden.
- \$. 252. (Strafe ber Mitschuldigen ober Ansftifter.) Die gleiche Strafe trifft auch:

1. ben Mitfculbigen, ber mit Einwilligung ober auf Berlangen ber Schwangeren bie Mittel angewendet, und eben fo

2. Denjenigen, ber eine Schwangere mit rechtswidrigem Borfat zur Berübung bes Verbrechens bestimmt hat (§§. 119. und 120).

Im Falle Nr. 1. wird der Mitschuldige, wenn er das Berbrechen gewerbsmäßig verübt, mit Buchthaus bis zu zwolf Jahren bestraft.

§. 253. (Fälle bes Berfuchs.) Ift eine zu frühe Entbindung, ober ein Nachtheil für das Leben des Kindes, nachdem die Mittel angewendet worden sind (§§. 251. und 252.), nicht erfolgt, oder ist die zu frühe Entbindung, oder der Nachtheil für das Leben des Kindes Wirkung einer ans deren Ursache, so tritt Gefängnißstrafe ein.

^{3&#}x27;) Bgl. bayer. Str. S. Bd. Art. 171—173., olbenburg. Art. 176—179., altenb. Art. 128. 129., würt. Art. 253—255., braunfchw. §. 155., hannob. Art. 236. 237., bell. Art. 281—285., thüring. Art. 127. 128., preuß. §6. 181. 182., bsterreich. §6. 144—148., jach. Art. 160—161.

Seboch wird ber Mitschulbige auch in biefem Falle, menn er bas Berbrechen gewerbsmäßig verübt, mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 254. (Verübung ohne Wiffen ober wiber Willen ber Schwangeren.) Geschah die rechtswidrige vorsätliche Anwendung von Mitteln der im §. 251. bezeicheneten Art durch einen Anderen, ohne Wissen, oder wider Billen der Schwangeren, so wird der Thäter folgendermaßen bestraft:

1. mit lebenslänglichem ober zeitlichem Buchthaus nicht unter acht Jahren, wenn baburch ber Sob ber Schwangeren

verurfacht murbe;

2. mit Zuchthaus bis zu zwölf Jahren, wenn ber Schwangeren baburch ein bleibender Nachtheil an der Gefundbeit des Geistes oder des Körpers zugefügt, oder dieselbe in Lebensgefahr gesett worden ist; oder wenn die Schwangere mit einem todten, oder einem unreisen, nicht lebensfähigen, Kinde niedergekommen, oder das Kind nach der Geburt in Volge der durch die angewendeten Mittel erlittenen Mishandlung gestorben ist;

3. mit Arbeitshaus nicht unter Ginem Jahre in allen anberen Fallen; auch wenn bie angewendeten Mittel feinen

nachtheiligen Erfolg gehabt haben.

XIV. Citel.

Bon unbefugter Ausübung ber Beilfunde 35).

\$. 255. (Fälle ber Strafbarfeit.) Ber unbefugter Beife arztliche, munbarztliche, ober hebarztliche Berrichtungen

³⁾ Bgl. preuß. Ctr.: B. : Bd. S. 199., fachf. Mrt. 164., Bfterreich. S. 343. fg.

vornimmt, wird in folgenden Fallen mit Gefängniß bis gu brei Monaten bestraft:

- 1. wenn es gefchieht, nachdem ihm wegen einer fahr= läßigen, burch folche Berrichtungen verurfachten, Tobtung ober Korperverlegung bas verurtheilende Erkenntniß bereits ver= kundet, ober
- 2. auf Antrag ber Bolizeibehorbe, nachbem er, ohne biefe Boraussegung, wegen folder Berrichtungen bereits zweimal in polizeiliche Strafen verfallen war.
- §. 256. (Neberichreitung ber Liceng.) Bon ben gleichen Strafen werben in ben gleichen Fällen auch bie gur Ausübung eines Zweigs ber Heilfunde öffentlich ermächtigten Berfonen getroffen, wenn fle bie Grenzen ihrer Kunftberechtisqung überschreiten.

Im Falle der Wiederholung nach Berkundung des früheren berurtheilenden Erkenntniffes kann gegen die Schuldigen übers dies zugleich auf zeitliche oder bleibende Entziehung der Besfugnif zur Ausübung ihrer Kunst erkannt werden.

XV. Titel.

Bon ber Gelbftverftummelung 36).

\$.257. (Strafe ber Selbftverftummelung.) Der Rriegsbienstpflichtige, welcher fich vorsäglich burch eine Körpersverletung, ohne die er zum Rriegsbienste tauglich gewesen ware, untauglich macht, ober von Anderen machen läßt, soll, wenn er, burch das Loos zum Dienste berufen, nicht einen Ersatzmann stellt, wegen Selbstverstummelung mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft werden, und, wenn es zur Rriegs-

³⁴⁾ Bgl. altenb. Str.: B.: Bcb. Art. 144., thuring. Art. 139., preug. S. 113.

zeit ober mit Rudficht auf einen bevorftebenben Rrieg ge-

§. 258. (Strafmilberung.) Ift ber Schulbige vom Loos zum Rriegebienfte nicht berufen worben, ober ftellt er, wenn er bagu berufen worben ift, einen Erfagmann, fo gilt

bies als Strafmilberungegrunb.

Diefes findet auch Anwendung, wenn zur Zeit der Entbedung der That der Nachmann des Schuldigen schon in den Kriegsdienst eingetreten ist. Jedoch kann in diesem Falle die Strafe in Folge der Einstellung eines Ersatmannes nur bis auf zwei Drittel des sonst verschuldeten Maßes herabgesetzt werden, es sei denn, daß der Nachmann im Dienste keinen Nachtheil für das Leben oder die Gesundheit erlitten hat, auch alsbald wieder losgegeben und für seine Dienstzeit vollkommen entschädigt wird.

§. 259. (Strafe ber Theilnahme.) Die in ben Fällen bes vorhergehenben §. 258. eintretenbe Strafmilberung kommt jedoch Denjenigen nicht zu ftatten, welche an ber That als Unstifter, Gehulfen ober Begunftiger Theil genommen baben.

XVI. Titel.

Bon ber Aussetzung hulflofer Kinder und anderer hulflofer Berfonen 37).

§. 260. (Rinbesaussetung.) Eltern, die ihr Rind in einem Alter oder Buftand, in welchem es fich felbft zu helfen unvermögend ift, in der Absicht, sich von der Sorge

¹⁹⁾ Bgl. bayer. Str.: G.: Bc. Art. 174—177. 370., olbenb. Art. 179—182. 376., altenb. Art. 131., würtemb. Art. 256—259., braunichw. §. 156., hannob. Art. 239. 240., hess. Art. 286—291., thüring. Art. 130., preuß. §. 183., österr. §§. 149—151., sach. Art. 163.

für dasselbe zu befreien, aussetzen, ober es in der gleichen Absicht unter Umständen, wodurch sein Leben, oder seine Gestundheit, oder sein Familienstand gefährdet ift, verlaffen, sollen, wenn dadurch nicht eine Verletzung desselben verurssacht wird (§§. 263. und 264.), mit Gefängniß oder Arsbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Ift mit bem Berlaffen bes Kindes in hulflosem Alter ober Bustande, um fich von der Sorge fur basselbe zu befreien, keine Gefahr fur Leben, Gesundheit oder Familienstand verbunden, so ist auf Antrag der Polizeibehorde die Strafe

bes Umtegefängniffes zu erfennen.

- §. 261. (Aussetzung anderer hulfloser Berfonen.) Die gleiche Strafe trifft unter ber gleichen Boraussetzung auch Andere, wenn sie sich gegen fremde Kinder in
 foldem Alter oder Zustand (§. 260.), oder gegen andere
 hulflose Bersonen, die ihrer Obhut anvertraut, oder zu deren
 Berpstegung oder Ernährung sie rechtlich verpflichtet sind, derfelben handlung schuldig machen.
- §. 262. (Ausmeffung ber Strafe.) Das Maß ber Strafe im einzelnen Falle richtet fich vorzüglich nach ben größeren ober geringeren Gefahren, benen ber Ausgefeste nach ber Beschaffenheit bes Orts, ber Zeit, und anderen Umstänben burch bie Aussesung preisgegeben war.
- \$. 263. (Im Falle bes erfolgten Tobes bes Ausgefesten.) Ift bas ausgefeste Kind ober die ausgefeste bulflose Berson in Volge ber Aussesung um bas Leben gekommen, so wird ber Thäter, insofern in Bezug auf diesen Erfolg die Bedingungen ber strafbaren Fahrläßigkeit (§. 101.) vorhanden sind, als schuldig der sahrläßigen, durch das vorssälliche Berbrechen der Aussesung verursachten, Tödtung nach Berschiedenheit der Fälle von den Strafen getroffen, welche auf die sahrläßige, durch vorsälliche Körperverlegung verurs

fachte, Töbtung (§. 212.) gefett find, jeboch auch im Valle Nr. 2. bes angeführten §. 212. niemals von einer geringeren Strafe, als Rreisgefängniß von brei Monaten.

S. 264. (Im Falle ber Befchäbigung bes Ausgesetzen.) Ist bas ausgesetzte Kind ober bie ausgesetzte
hülflose Person in Folge ber Aussetzung beschäbigt worden,
so wird ber Thäter, beim Dasein ber Bedingungen ber strafbaren Fahrläßigkeit in Bezug auf diesen Erfolg, als schuldig
ber fahrläßigen, durch das vorsägliche Verbrechen ber Aussetzung verursachten, Körperverlezung mit Kreisgesängniß ober
Arbeitshaus bestraft.

Das Maß der Strafe im einzelnen Falle richtet fich theils nach der Art und Größe der eingetretenen Beschädigung (§§. 225. 226. und 227.), theils nach der größeren oder geringeren, durch Ort, Zeit oder andere Umftände begründeten, Wahrscheinlichkeit, womit dieselbe als Folge der Aussetzung porberaeseben werden konnte.

- \$.265. (Aussetzung eines unehelichen Kindes.) Sat die Mutter eines unehelichen Kindes dasselbe innerhalb der ersten vierundzwanzig Stunden nach der Geburt ausgesetzt, oder zwar nach Ablauf dieser Zeit, aber wo aus den Umständen des einzelnen Falles sich ergibt, daß der besondere im §. 216. vorausgesetzte Zustand derselben noch fortgedauert hatte, so wird sie im Falle, wo das Kind in Folge der Aussetzung um das Leben gekommen, und ihr dieser Erfolg zum Vorsatz zuzurechnen ist, als Kindesmörderin bestraft (§. 215. und 216.), im Falle des §. 263. aber mit Kreisgesängnis oder Arbeitshaus, und im Falle des §. 264. mit Gefängnis oder Arbeitshaus bis zu drei Jahren.
- §. 266. (Im Fall ber Ausgefeste nicht mehr gum Borichein kommt.) Ift bas ausgefeste Rind ober bie ausgefeste hulflofe Berfon bis zur Zeit ber Urtheilsfällung

nicht mehr zum Borschein gekommen, und die Aussetzung unter Umständen erfolgt, unter welchen der Tod des Ausgesetzten von dem Thäter als wahrscheinliche oder leicht mögsliche Volge betrachtet werden konnte, so foll derselbe mit Arsbeitshaus nicht unter Einem Jahre bestraft werden.

XVII. Citel.

Bon bem Menfchenraub und Rinberbiebftahl 38).

- §. 267. (Menfchenraub.) Wer fich eines Anderen wider feinen Willen, mit Gewalt oder durch Lift, rechtswidrig bemächtigt, und ihn im Auslande zu auswärtigem Schiffs- oder Kriegsbienste nöthigt, oder in Stlaverei oder Leibeigenschaft oder einen anderen Zustand der Abhängigkeit von frember Gewalt versett, oder ihn in entfernte Weltgegenden führt und da seinem Schiffale überläßt, foll als schuldig des Mensschenraubes mit Zuchthaus bestraft werden.
- §. 268. (An Minberjährigen.) Wer bie That an einem Minberjährigen, ber bas vierzehnte Jahr noch nicht zurudgelegt hat, felbst mit bessen Justimmung, verübt, foll von gleicher Strafe getroffen werben.
- §. 269. Wird bas Verbrechen an einem Minderjährigen von hoberem Alter mit beffen Buftimmung verübt, fo foll ber Thater mit Arbeitshaus bestraft werben.
- \$. 270. (Kinberbiebftahl.) Wer fich eines fremben Rindes, welches noch bas vierzehnte Jahr nicht zuruckgelegt hat, ohne gultige Einwilligung Derjenigen, beren Gewalt ober

³¹⁾ Bgl. baper. Str.: G.: Bd. Art. 197—200., olbenb. Art. 202—205., altenburg. Art. 145—147., würtemb. Art. 274., braunichw. f. 169., hannob. Art. 250. 251., helj. Art. 299. 300., thüring. Art. 140—143., preuß. §6. 204—206., biterr. §6. 90. 91., fächj. Art. 194. 195.

Bormunbschaft dasselbe unterworfen ift, rechtswidtig bemächtigt, um dasselbe als sein eigenes Kind zu behandeln, oder darüber in anderer, unter der Bestimmung des §. 267. nicht enthaltenen Beise, mit Gefährdung seines Familienstandes zu versfügen, wird mit Arbeitshaus nicht unter drei Jahren oder Zuchthaus bis zu zwölf Jahren bestraft.

- §. 271. (Bu vorübergehenden Zweden.) Gefchieht folche Bemächtigung (§. 270.) ohne Gefährdung des Familiensftandes des Kindes nur zu vorübergehenden Zweden, fo tritt Arbeitshausstrafe, in leichteren Fällen Gefängnifftrafe ein.
- \$. 272. (Gefährbete Erziehung.) Eltern und Bormunber, ober Erzieher, welche außer ben Fällen ber §\$. 260. und 261., ihre Kinder ober Pflegbefohlenen, die das vierzehnte Jahr noch nicht zurüdgelegt haben, an Andere überlaffen, werden, wenn dieses aus Bosheit ober Eigennut gesichieht, und die geistige ober körperliche Entwicklung derselben hierdurch gefährdet wird, mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- §. 273. (Fall ber Straflofigkeit.) Böllig ftraflos bleibt bie handlung (§§. 270. und 271.), wenn babei beabfichtigt wurde, die Lage des Kindes zu verbeffern, auch folche Berbefferung wirklich eingetreten ift, und die Eltern, ober beren Stellvertreter, in der Folge ihre Zustimmung dazu gegeben haben.
- §. 274. (Anfang ber Berjährung.) Die Berjährung ber gerichtlichen Berfolgung ber in biesem Titel bebrohten Berbrechen fängt nicht zu laufen an, so lange ber Bustand ber Abhängigkeit ober die Unterdrückung des Familienstandes fortbauert.

XVIII. Citel.

Bon wiberrechtlichem Gefangenhalten, bem Berbrechen ber Gemaltthatigfeit, unerlaubter Gelbsthulfe und ftrafbaren Drohungen.

§. 275. (Wiberrechtliches Gefangenhalten) 39). Wer einen Anderen in widerrechtlicher Absicht einsperrt, ober auf andere Beise gefangen hält, wird, insofern die That nicht in ein bestimmtes, schwereres Verbrechen übergeht, folgendermaßen bestraft:

1. wenn die Freiheitsberaubung nicht über Ginen Monat gebauert hat, mit Gefängnif ober Arbeitshaus bis ju zwei

Jahren;

2. wenn fie langer, jedoch nicht uber Gin Jahr gedauert, mit Arbeitshaus ober Buchthaus bis zu funf Jahren;

3. wenn fle über Gin Sahr, jedoch nicht über brei Jahre

gebauert, mit Buchthaus bis zu gehn Sahren;

- 4. im Falle langerer Dauer mit Buchthaus nicht unter acht Jahren.
- \$. 276. (Straffchärfung.) Die Gerichte find ermächtigt, in ben Fällen bes vorhergehenben \$. 275. Nr. 1. 2. und 3. zu ber für bie nächste höhere Klaffe bestimmten Strafe, und im Falle Nr. 4. zur lebenslänglichen Buchthausstrafe überzugehen:
- 1. wenn bas Berbrechen gegen Bluteverwandte in auffteigender Linie verübt worben ift; ober
- 2. wenn Derjenige, gegen ben es verübt wurde, mahrend ber Freiheitsberaubung burch die Beschaffenheit bes Ortes ober in anderer Weise Mighandlungen erlitten hat.

[&]quot;) Bgl. bayer. Str. B. Bd. Art. 192—196, 371., olbenb. Art. 197—201. 377., altenb. Art. 155. 156., würtemberg. Art. 275—277., braunschweig. §. 170., hannob. Mrt. 249., heff. Art. 301. 302., thüring. Art. 150. 151., preuß. §§. 210. 211., bsterr. §§. 93. 94., sach Art. 197—200.

- §. 277. Satten bie gegen ben Gefangenen verübten Mighandlungen feinen Tob, ober fur feine Gefundheit Rach= theile ber im §. 225. Nr. 1. 2. 3. und 4. bezeichneten Art gur Folge, fo tommt biefer Erfolg, infofern er bem Thater zum bestimmten ober unbestimmten Borfat, ober gur Fahrläßigfeit gugurechnen ift, bei Beftimmung ber Strafe, mit Unmenbung ber Vorschriften ber SS. 170. bis 179., neben bem Berbrechen miberrechtlichen Gefangenhaltens (SS. 275. und 276. Nr. 1.), ale Berbreden ber vorfählichen ober ber fabrläßigen, burch vorfähliche Mighandlung verurfachten Tobtung (S. 212.), ober ale Berbrechen ber vorfählichen ober ber fabrläßigen, burch vorfähliche Mighandlung verurfachten Rorperverletung (g. 234.) in Betracht, infofern fich nicht burch bie Unmenbung bes S. 276. Nr. 2. eine bobere Strafe ergibt.
- S. 278. (Berbrechen ber Gewaltthätigfeit) 40). Ber einen Underen burch Unwendung widerrechtlicher thatlicher Gewalt, ober burch angewendete, mit ber Wefahr un= verzüglicher und unabmendbarer Bermirflichung verbundene, Drohungen mit wiberrechtlicher thatlicher Gewalt zu einer Bandlung, Dulbung ober Unterlaffung nothigt, wird, infofern Die That nicht in ein bestimmtes anderes Berbrechen übergebt, auf Unzeige bes Benothigten, ale fculbig bes Berbrechens ber Bemalithatigfeit, mit Gelb, Gefängnig ober Arbeitshaus bis zu zmei Jahren beftraft.
- §. 279. (Strafe ber Selbfthulfe) 41). Wer aufer ben Fällen, in welchen bie Gefete bie Gelbfibulfe erlauben, eigenmächtige Sandlungen vornimmt, um fich felbft Recht zu verschaffen, wird, infofern bie Sandlung nicht in ein fcmereres

^{**)} Bgl. altenburg. Str. : G. : Bd. Art. 168—170., würtemberg. Art. 281. 282., braunschweig. § 178. 179., hannov. Art. 247., thüring. Art. 158—160., preuß. § 212—213., öfterreich. 6. 99., sach. Art. 201—207.

**1) Bgl. baver. Str.: G. : Bd. : Art. 420. 421., oldenb. Art. 449. 450., altenburg. Art. 204., würtemb. Art. 200., braunschw. § 118., hannov. Art. 178. 179., heff. Art. 167., thuring. Art. 195. 196., sach. Sach. 247.

Berbrechen übergeht, auf die Anklage Desjenigen, gegen ben bie Eigenmacht verübt ift, wegen unerlaubter Selbsthulfe von einer, dem Ankläger zufallenden, Geldstrafe bis zu Einhundert und fünfzig Gulden, und im Falle ber Unvermögenheit von Amtsgefängnifftrafe getroffen.

- §. 280. (Drohungen und Vorbereitungshandslungen.) Wer einen Anderen, ohne die Absicht einer Röthtgung (§. 278.), mit verbrecherischen Angrissen auf Leib oder Leben, oder mit Brandstiftung, oder einem anderen, auf Beschädigung oder Zerstörung von Sachen gerichteten Verbrechen (Titel XXXIX. und XL.) schwererer Art schristlich oder mündlich bedroht, und ebenso, wer Handlungen unternommen hat, wodurch die Ausführung eines von ihm beabsichtigten Verbrechens der bezeichneten Art gegen einen Anderen vorbereitet wurde, wird, wenn die Verwirklichung der Drohung, oder die wirkliche Aussührung des vorbereiteten Verbrechens mit Grund zu besurchten ist, auf Anzeige des Anderen zur Stellung unter polizeiliche Aussisch (§§. 27. bis 29.) berzurtbeilt.
- §. 281. (Verfall ber Sicherheitsfumme.) hatte eine Befreiung von ber polizeilichen Aufsicht gegen Sicher-heitsleiftung stattgefunden, so verfällt die Sicherheitssumme (§. 30.), wenn binnen der Zeit, für welche die Sicherheit geleistet ist, von dem Urheber der Drohung oder der Vorbereitungshandlungen die angedrohte oder vorbereitete, oder eine andere strafbare Verlegung gegen den Bedrohten vorsählich verübt oder versucht wird.
- §. 282. (Rur theilweife.) Ift bie wirklich zugefügte Berletung eine geringere, als bie früher gebrobte ober bor-bereitete, fo fann bie Sicherheitssumme nur zu einem ver-hältnißmäßigen Theile für verfallen erklärt werben.

\$. 283. (Bieberaufhebung ber Sicherungsmaßregel.) Fällt ber Grund zu ber erkannten Sicherungsmaßregel (§. 280.) vor Ablauf ber Beit, für welche biefelbe erkannt ift, hinweg, fo wird fie wieder aufgehoben.

XIX. Citel.

Bon falfcher Befchulbigung, Berlaumbung und Ghrentrantung 42).

- \$. 284. (Strafe falfcher Befchulbigung.) Wer einen Anderen, um eine Untersuchung oder Bestrafung gegen benselben zu veranlassen, bei der Obrigkeit wissenlich falsch einer That beschulbigt, die mit peinlicher oder burgerlicher Strafe bedroht ift, wird mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- \$. 285. (Beranstaltungen, um Berbacht zu erregen.) Bon ber gleichen Strafe wird Derjenige getroffen,
 welcher außer dem Falle des vorhergehenden §. 284. einen
 Anderen durch arglistige, auf Täuschung gerichtete, Beranstaltungen eines verübten Verbrechens oder Bergehens verdächtig macht, in der Absicht, eine Untersuchung oder Bestrafung gegen denselben zu veranlassen.
- \$.286. (Strafe bei eingetretenem Erfolg.) Sat ber Thäter in ben Fällen ber §S. 284. und 285. burch bie falsche Beschuldigung, ober burch arglistige, auf Täuschung gerichtete Beranstaltungen verursacht, daß ein Unschuldiger in Untersuchungshaft genommen worden ist, so kommen, mit

^{**)} Bgl. daper. Str.:G.:Bch. Art. 284—289. 393—395., ofdenb. Art. 289—294. 404—412., alkenb. Art. 194—203., würt. Art. 283—294., braunfdw. §6, 198—203., bannov. Art. 261—269., þeff. Art. 303—321., thüring. Art. 185—194., preuß. §5. 133. 134. 152—163., öfterreich. §6. 209. 210. 487—499., jächj. Art. 235—246.

Beobachtung ber Borfchriften bes §. 182., bie Strafbestimmungen bes §. 284. ober biejenigen ber §§. 275. bis 277.

gur Unwendung.

Burbe auf ben Grund folder arglistigen Veranstaltungen ein Unschuldiger zu einer Strafe, ober ein Schuldiger zu einer höheren als ber verschulbeten Strafe verurtheilt, so wird ber Thäter von ben in ben §§. 487. bis 489. gedrohten Strafen getroffen.

\$. 287. (Berläumdung.) Wer von Jemanden strafbare oder unstittliche Handlungen, welche, deren Wahrheit vorausgesetzt, benselben der öffentlichen Verachtung preisgeben wurden, vor Anderen aussagt, wird, wenn dies wiffentlich salsch in der Absicht geschieht, demselben den guten Namen zu entziehen, oder ihm an seinem Fortkommen zu schaden, wegen Verläumdung mit Gefängniß nicht unter vier Wochen, oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

ober Arbeitshaus bis zu zwei Sahren bestraft.

§. 288. (Verläumbung durch Erregung von Werdacht.) Bon ber gleichen Strafe wird auch Derjenige getroffen, der außer diesen Fällen (§§. 284. 285. und 287.) Jemanden einer Handlung der im vorhergehenden §. 287. bezeichneten Art durch arglistige, auf Täuschung gerichtete Verschaft.

anftaltungen verbächtig macht.

\$. 289. Wenn in den Fällen der §§. 284. und 287. nicht aus den Umftanden hervorgeht, daß die Ausfage wiffent- lich falfch geschah, der Urheber der Ausfage aber gleichwohl nicht darzuthun, oder doch glaubhaft zu machen vermag, daß er die Ausfage für wahr gehalten habe, so wird er von Geldsoder Gefängnißstrafe getroffen.

\$. 290. Bermag jedoch ber Urheber ber Ausfage barguthun, ober glaubhaft zu machen, bag er biefelbe fur mahr gehalten habe, so wird hierdurch die Strafe ber falschen Besschuldigung ober ber Verläumdung ausgeschloffen, nicht auch

bie ber Chrenfrantung.

- \$. 291. (Ehren frantung.) Ber einen Anderen widerrechtlicher Beise verächtlich behandelt, oder sich widerrechtlicher Beise Reden oder handlungen gegen denselben erlaubt, welche nach herrschender Sitte, Bolts - oder Standesmeinung als Beschimpfung gelten, soll wegen Ehrenkrantung mit Berweis, oder Gefängniß bis zu vier Monaten bestraft werden.
- §. 292. Bei blos wortlichen Befchimpfungen kann, die Falle der §§. 297. 298. 299. 300. und 302. ausgenommen, die Gefängnifftrafe vier Wochen nicht übersteigen.
- §. 293. (Chrenkränkenbe Sandlungen.) Bu ben Sandlungen, bie als Befchimpfung gelten, gehören in allen Fällen auch biejenigen, bie eine körperliche Mißhandlung ober eine Berletzung ber Schamhaftigkeit ber Berson enthalten, gegen welche ste verübt sind, insofern die Handlung nicht in ein anderes schwereres Berbrechen übergeht.
- \$. 294. (Chrenkrantende Ausfagen.) Mit Ber= weis ober Gefängniß bis zu vier Monaten wird ferner beftraft:
- 1. wer außer ben Fällen ber Verläumbung (§. 287.) einem Anderen widerrechtlicher Beife strafbare ober unstttliche Sandlungen, die benfelben in ber allgemeinen Achtung herabzusehen geeignet sind, nachsagt; und ebenfo

2. wer einem Unberen wiberrechtlicher Beife Eigenichaften beilegt, Die ben Borwurf folder Sandlungen enthalten.

- Sind die beigelegten Eigenschaften nur durch eine nachtheilige, wenn auch unrichtige, Beurtheilung aus zugleich angegebenen Thatsachen abgeleitet, so begründen sie nur dann
 eine Ehrenkränkung, wenn die Beurtheilung in einer beschimpsenden Form (§. 291.) geschah, oder die derselben zu
 Grund gelegten thatsächlichen Beschuldigungen selbst unter die
 Bestimmung Nr. 1. sallen.
- \$. 295. Der Urheber ber Aeußerung ober Sandlung (§8. 291. und 294.) bleibt unter ber Boraussetzung, baß

folde nicht an und fur sich fcon eine verächtliche Behandlung ober Beschimpfung enthält, in bem Falle straflos, wenn er barzuthun ober boch glaubhaft zu machen vermag, baß er keine Absicht, zu beleibigen, gehabt habe.

- \$. 296. (Ausmeffung ber Strafen.) Das Maß ber Strafen (§§. 284. 285. 287. bis 291. und 294.) richtet sich vorzüglich nach ber Schwere ber Beschulbigung ober Kränfung, nach ber Art und bem Umfang ber Verbreitung, nach ben persönlichen Verhältnissen bes Beleibigers und bes Beleibigten, und nach ber Größe bes verursachten Schabens.
- \$. 297. (Ehrenkränkungen: 1. gegen öffenteliche Diener im Dienste 2c.) Wer sich einer Ehrenstränkung gegen Staatsbeamte, Militärpersonen, Geistliche, Ortse vorgesetzte ober andere öffentliche Diener bei Ausübung ihres Dienstes ober in Beziehung auf ihren Dienst, ober einer Ehrenstränkung gegen öffentliche Behörden schuldig macht, wird von einer Gefängnisstrafe getroffen, welche das in den §§. 291. und 294. gedrohte Maß bis um die Gälfte übersteigen kann.
- §. 298. (2. von öffentlichen Dienern im Dienfte verübt.) Gine gleiche Erhöhung findet ftatt, wenn öffent-liche Diener bei Ausübung ihres Dienftes oder mit Migbrauch ihres Dienftverhältnisses sich selbst einer Ehrenkrankung schuldig machen.
- §. 299. (3. gegen auswärtige Regenten 2c.) Die nämliche Straferhöhung (§. 297.) tritt auch ein bei Beleidigungen gegen auswärtige Regenten ober deren Familienmitglieder, sowie bei Beleidigungen gegen die an dem Großherzoglichen Hofe, oder bei der deutschen Bundesversammlung
 beglaubigten Gefandten.
- \$. 300. (Verläumbungen und Chrenfrankungen in Drudichriften.) Gine Erhöhung ber in ben \$\$. 287. 289. 291, und 294. gebrohten Strafen bis um bie

Salfte berfelben fann eintreten bei Berlaumbungen und Gbrenkrankungen, bie in Drudfchriften verbreitet wurden, ober in Schriften, in welchen ber Verfaffer gar nicht ober falfch genannt ift.

S. 301. (Chrenfrantung mittelft forperlicher Digbandlung.) Wurde eine Chrenfrantung mittelft forperlicher Mifhandlung verübt, fo fann bie im §. 291. gedrobte Strafe bis zum Doppelten berfelben, und in ben Fällen ber SS. 297. 298. 299. bis gum Dreifachen erhöht werben.

- S. 302. (Falfche Befdulbigungenu. f. w. gegen Abnen.) Bei falfchen Befdulbigungen, Berlaumbungen und Chrentrantungen gegen Blutevermanbte in auffteigender Linie werben bie in ben §§. 284. 285. 286. 287. 288. 291. und 294. gebrobten Freiheitsftrafen um bie Balfte erhöht und in allen Wällen mit Scharfungen verbunben.
- §. 303. (Chrenkrankung mittelft forperlicher Difhandlung gegen Uhnen.) Gine Chrentrantung gegen Bluteverwandte in aufsteigender Linie, mittelft forperlicher Difhandlung verübt, foll mit gefcharftem Rreisgefängniß ober geschärftem Arbeitebaus bis zu Ginem Sabre beftraft merben.
- \$. 304. Beim Dafein bes nämlichen Bermanbtichaft8= verhaltniffes zwischen bem Beleidigten ober Diffhandelten und einem Gebulfen wird bei ber Ausmeffung ber Strafe bes Letteren bie in ben vorhergebenben §S. 302. und 303. ge= brobte bobere Strafe ju Grunde gelegt.
- 8. 305. (Beweis ber Bahrheit.) Der Beweis ber Wahrheit ber ausgefagten Thatfachen hebt in ben Fallen bes S. 294. bas Dafein ber Ghrenfrantung nur infofern auf, als bie Beleidigung im Inhalt ber Aussage liegt.
- \$. 306. In ben Fällen bes S. 294. Nr. 2. hat ber Beleidiger, infofern fich bie beigelegten Gigenschaften auf gugleich angegebene Sandlungen bezogen, biefe ober überhaupt

Sanblungen zu erweisen, die er erft anzuführen hat, und aus welchen bas Dafein ber bem Beleidigten beigelegten Gigenschaften hervorgeht.

- §. 307. Sefchah die beleidigende Aussage in einer Form, welche für sich felbst eine verächtliche Behandlung ober Beschimpfung (§. 291.) enthält, so wird durch den Beweis der Wahrheit der Aussage das Dasein der Chrenkrankung nicht aufgehoben.
- \$. 308. Geschah die beleidigende Aussage an einem Ort oder unter Umständen von der Art, daß eben darin eine verächtliche Behandlung oder Beschimpfung (§. 291.) für den Anderen enthalten war, so sinden die Vorschriften des vorhersgehenden §. 307. ebenfalls Anwendung, die Fälle ausgenommen, wo die ausgesagte Thatsache ein mit peinlicher Strafe oder Arbeitshaus oder Dienstentlassung bedrohtes, noch unsbestraftes Verbrechen ausmacht, oder der Urheber der Aussage als Privatmann oder als Staatsbürger ein bestimmtes rechtsliches Interesse hatte, die Aussage gerade an gedachtem Orte oder unter gedachten Umständen zu machen.
- \$. 309. (Bei Druckschriften.) Burbe eine Thatsache, welche ben Inhalt einer Verläumdung oder Ehrenkränkung ausmacht, in Druckschriften verbreitet, so wird der Beweis der Bahrheit nicht zugelassen, ausgenommen in den Källen, wo die verbreitete Thatsache ein mit peinlicher Strafe,
 oder Arbeitshaus oder Dienstentlassung bedrohtes, noch unbestraftes Verbrechen ausmacht, oder der Urheber solcher öffentlichen Verbreitung dabei als Privatmann oder als Staatsburger ein bestimmtes rechtliches Interesse hatte.
- \$. 310. Wird im Falle bes vorhergehenden \$. 309. ber Beweis ber Thatfache, welche ben Inhalt einer Verläumbung ober Ehrenkränkung ausmacht, nicht zugelaffen, fo kann fich ber Urheber ber Verbreitung auch nicht barauf berufen,

bag er bie verbreitete Thatfache fur mahr gehalten habe (§s. 289. und 290.).

- §. 311. Was in ben §§. 300. und 309. in Bezug auf Druckschriften bestimmt ist, gilt von allen mittelst mechanischer Mittel, wie namentlich burch Steinbruck, Kupferstich ober Holzschnitt vervielfältigten Schriften ober Bildwerken.
- §. 312. (Ermieberung einer Ehrenkrankung.) Gine Chrenkrankung, welche als Erwieberung auf eine vor= ausgegangene auf ber Stelle und in nicht bedeutend höherem Maße erfolgt, ift ftraflos.

Ift die Erwiederung in nicht geringerem Mage erfolgt, fo hebt fie die Unklage wegen ber vorausgegangenen Ehren=

frantung auf.

§. 313. (Gelbstrafen.) Bei Ehrenkrankungen, bie Fälle ber §§. 297. 299. 302. und 303. allein quegenommen, kann statt ber ganzen, ober eines Theiles ber Gefängnifstrafe auf eine Gelbstrafe bis zu sechshundert Gulben erkannt wer-ben, welche jedoch in ben Fällen bes §. 300. bis um die Hälfte, und in ben Fällen bes §. 301. bis zum Doppelten ober bis zum Dreifachen erhöht werben kann.

Ueber bie Gelbftrafe fann ber Beleibigte gu Gunften einer inlanbifchen öffentlichen Anftalt verfugen.

§. 314. (Bekanntmachung bes Strafurtheils.) In allen Fällen kann ber Beleibigte in der Anklage die Berstundung des Strafurtheils vor drei Zeugen, oder insofern die Beleibigung öffentlich geschah, ben öffentlichen Unschlag desselben verlangen, und wenn sie in öffentlichen Blättern verübt wurde, sich überdies zur öffentlichen Berkündung des Urtheils auf Kosten des Beleidigers ebenderselben Blätter bedienen, oder, wenn sie in ausländischen Blättern oder in anderen Druckschriften geschah, auch anderer, vom Gerichte zu bestimmender, inländischer oder ausländischer Blätter.

- \$. 315. (Anklage, erhoben: 1. von bem Beleibigten.) Die gerichtliche Berfolgung und Bestrafung ber falschen Beschulbigungen, Berläumdungen und Sprenkrankungen sindet in der Regel nur auf erhobene Anklage des Beleidigten ober Derjenigen statt, die an seiner Stelle aufzutreten berechtigt sind.
- \$. 316. (2. von ben Eltern, ober Kindern 2c.) Stirbt der Beleidigte, ohne die Anklage erhoben zu haben, ober mährend des Laufes der gerichtlichen Verfolgung, oder ift er durch eingetretene andere Umstände gehindert, die Anklage felbst zu erheben, oder die gerichtliche Verfolgung fortzuseten, so steht das Recht, an seiner Stelle aufzutreten, den Ahnen oder den Abkömmlingen, oder den Geschwistern oder dem Ehegatten desselben zu.
- \$. 317. (3. von dem Staatsanwalt.) Wegen Ehrenkränkungen, die gegen öffentliche Behörden, oder gegen öffentliche Diener bei Ausübung ihres Dienstes, sowie megen falscher Beschuldigungen, Berläumdungen oder Ehrenkränkungen, die gegen die Letteren in Beziehung auf ihre Dienstführung verübt wurden, kann auch der Staatsanwalt, wenn der beleidigte öffentliche Diener nicht selbst aufgetreten ift, an seiner Stelle die Anklage erheben, oder, wenn der Beleidigte die Anklage sehoben hat, sich derselben anschließen.

Im ersten Falle steht bem Beleidigten ebenfalls bas Necht zu, sich ber von bem Staatsanwalt erhobenen Anklage angufchließen.

\$. 318. Die Vorschriften des vorhergehenden \$. 317. finden auch Anwendung bei falschen Beschuldigungen, Bersläumdungen und Chrenkrankungen gegen öffentliche Diener außerhalb ihres Dienstes, wenn dadurch Sandlungen des Dieners zur Sprache gebracht sind, welche, wenn sie ihm wirklich

gur Laft fielen, nach ben bestehenben Gefegen bie vorgeschriebenen Befferungeversuche ober Dienstentlaffung zur Folge haben tonnten.

\$. 319. (Beleibigungen gegen frembe Regenten ober Gefandte.) Auch wegen Beleibigungen gegen auswärtige Regenten und beren Familienmitglieder, sowie wegen Beleibigungen gegen die bei bem Großherzoglichen Gofe, ober bei ber beutschen Bundesversammlung beglaubigten Gefandten, kann die Anklage, zu Folge einer von dem Justigministerium erhaltenen Ermächtigung, von dem Staatsanwalt erhoben werden.

Das Justizministerium kann biese Ermächtigung nur auf Beschwerbe ber auswärtigen Regierung, ober bes Beleibigten selbst und nur unter ber Boraussetzung ber Gegenseitigkeit ertheilen. Burbe jedoch eine solche Beleibigung im Inlande in Gegenwart bes Beleibigten, ober wurde sie im Inlande gegen Mitglieder bes beutschen Bundes in öffentlicher Rebe an eine versammelte Menge, oder in öffentlich verbreiteten Schriften verübt, so ist die Ermächtigung zur Alagerhebung nicht von einer Beschwerde des Beleibigten abhängig.

- §. 320. (Begfallen ber Anklage.) Ift eine ehrenfrankenbe handlung als Körperverlegung, ober als ein anderes Berbrechen bestraft worden, so kann beshalb vom Berlegten keine Anklage megen Chrenkrankung mehr erhoben werben.
- \$. 321. (Verunglimpfung bes Unbenkens Berftorbener.) Wer durch Handlungen, welche, gegen Lebenbe verübt, zur Klaffe ber Verläumdungen gehören wurden, bas Andenken eines Berstorbenen verunglimpft, wird auf Unklage ber Eltern, ober ber Kinder, ober bes Ghegatten besselben von ber Strafe ber Verläumdung getroffen.

Der Beweis ber Bahrheit wird jedoch hier in allen Fallen zugelaffen, auch wenn folche Verunglimpfung in Druck-

fdriften gefcheben ift.

- \$. 322. (Burudnahme ber Anklage.) Die Burudnahme ber Anklage wegen falfcher Beschuldigung, Berläumbung ober Ehrenkrankung sindet so lange statt, als nicht ein verurtheilendes Erkenntniß erfolgt und in Rechiskraft übergegangen ift.
- \$. 323. (Verjährung.) Die gerichtliche Verfolgung ber falschen Beschulbigungen, Verläumbungen und Ehrenkränstungen wird durch den Ablauf von sechs Monaten von dem Tage an verjährt, da der Beleidigte von der Beleidigung Kenntniß erhielt, und durch den Ablauf von Einem Jahr von dem Tage der Verübung an, wenn er die Kenntniß erst nach Ablauf von sechs Monaten nach der Verübung erlangt hat.
- \$. 324. hat der Beleidigte in den Fällen, wo ihm der Urheber der Beleidigung unbekannt war, innerhalb der in dem vorhergehenden \$. 323. bestimmten Verjährungsfristen von der That selbst die gerichtliche Anzeige gemacht, so wird die gerichtliche Berfolgung erst durch den Ablauf von sechs Monaten von dem Tage an verjährt, da der Beleidigte von dem Urheber der Beleidigung Kenntnis erlangt hat, jedenfalls jedoch durch den Ablauf von drei Jahren, vom Tage der Verübung an gerechnet.
- S. 325. Jebe, obwohl in gefetlicher Zeit eingeleitete, gerichtliche Berfolgung ift mit bem Ablauf von Einem Jahre, pon ber letten gerichtlichen Sandlung an, erloschen, wenn fle von bem Ankläger im Laufe biefer Zeit nicht mehr betrieben worben ift.

XX. Citel.

Bon bem Zweitampf 43).

§. 326. (Strafe bes Zweikampfes.) Der Zweistampf wird mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, und, im Falle einer eingetretenen Töbtung, ober einer eingetretenen Berletung ber im §. 225. Nr. 1. 2. und 3. bezeichneten Art, an bem Urheber berfelben mit Arbeitshaus bestraft.

Treten die Boraussehungen des S. 51. ein, so ift, ftatt auf Kreisgefängniß ober Arbeitshaus, auf Festungestrafe zu erkennen.

- §. 327. (Vollendung.) Das Verbrechen gilt fur vollendet, fo balb Giner ber beiben Theile von den zum Kampfe bestimmten Waffen gegen ben Anderen Gebrauch gemacht hat.
- §. 328. (Verfuch.) Wurden die Betheiligten an ber Ausführung bes Zweikampfes gehindert, nachdem fie sich bezreits an dem dazu bestimmten Orte eingefunden hatten, so werden sie wegen Versuchs bestraft.
- §. 329. (Ausgezeichnete Fälle.) Ergibt es fich im Valle einer eingetretenen Töbtung, ober einer eingetretenen Berletung ber im §. 225. Nr. 1. 2. und 3. bezeichneten Art, daß der Urheber derselben den Zweikampf aus nichts-würdigen Beweggründen gesucht, oder annehmbare Verföhnungs-anträge aus nichtswürdigen Beweggründen zuruckgewiesen hat, so kann er mit Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft werden.
- §. 330. (Berlegung ber Rampfregeln: 1. burch einen ber Rampfer.) Ift bie eingetretene Tobtung ober Rorperverlegung bie Volge einer bem Urheber berfelben gur

^{**)} Bgl. aftenb. Str.: B.: Bd. Art. 206—210., wurt. Art. 201—205., braunichw. §§. 119—122., hannov. Art. 174—177., hess. Art. 292—295., thuring. Art. 197—201., preuß. §§. 164—174., österreich. §§. 158—165., säch. Art. 243—258.

Kast fallenden vorfäglichen Berletzung der hergebrachten, oder befonders verabredeten Regeln des Zweikampses, so wird der Urheber berselben nach den allgemeinen Vorschriften über das Verbrechen der Tödtung oder der Körperverletzung bestraft, insosern nicht die Anwendung der Vorschriften des §. 326. oder 329. im einzelnen Falle eine höhere Strafe begründet.

- §. 331. (2. burch einen Sekunbanten.) Rach ben allgemeinen Borschriften über bas Berbrechen ber Töbtung ober Körperverletzung wird auch ber Sekunbant bestraft, welscher burch vorsätzliche Verletzung ber hergebrachten, ober bessonbers verabrebeten Regeln bes Zweikampses eine Töbtung ober Körperverletzung verschulbet hat.
- §. 332. (Anftifter ober Gehülfen.) Sekundanten und andere, von den Betheiligten zugezogene, oder mit Bersföhnungsversuchen beauftragte, oder andere, unberufen sich einmischende, dritte Bersonen, welche zum Zweikampfe oder zu einer besonders gefährlichen Art, oder zur Fortsehung besselben, aufforderten, oder einer Verföhnung entgegenwirkten, sollen gleich Gehülfen (§. 136.) und, wenn sie sich babei unredlich oder treulos benahmen, gleich Anstistern (§§. 119. und 120.) bestraft werden.
- §. 333 (Straflosigkeit ber Sekundanten, Zeusgen und Aerzte.) Außer den Fällen der §§. 331. und 332. sind die Sekundanten strassos und ebenso die Zeugen, sowie die Aerzte und Bundärzte, welche als solche bei dem Zweikampse gegenwärtig waren.
- \$. 334. (Berjährung.) Außer ben Fällen ber §§. 329. 330. und 331., in welchen bie allgemeinen Borfchriften über Berjährung zur Anwendung kommen, wird die gerichtliche Verfolgung bes Zweikampfes durch ben Ablauf von zwei Sahren verjährt, im Falle einer eingetretenen Tobtung ober

einer Berletzung ber im §. 225. Nr. 1. 2. und 3. bezeichsneten Art jedoch gegen ben Urheber ber Tödtung ober Berletzung erst burch ben Ablauf von sechs Jahren.

XXI. Citel.

Bon ber Rothzucht 44).

§. 335. (Strafe, 1. ber Nothzucht.) Wer eine Frauensperson burch thätliche Gewalt, ober burch angewendete, mit der Gefahr unverzüglicher Verwirklichung verbundene Drohungen mit Tödtung oder schweren körperlichen Mißhand-lungen, gerichtet gegen sie selbst oder gegen eine der im §. 81. bezeichneten Versonen, zum außerehelichen Beischlaf nothigt, wird von folgenden Strafen getroffen:

I. von ber Tobeöstrafe, wenn bie Mighandlung ben Tob ber Genöthigten zur Volge hatte, infofern bem Thäter biefer Erfolg feiner Sandlung zum bestimmten ober unbestimmten

Borfate zuzurechnen ift;

II. von lebenslänglichem ober zeitlichem Buchthaus nicht

unter zwölf Jahren;

1. wenn die Mißhandlung, welche den, dem Thäter nicht zum Vorsatz zuzurechnenden Tod der Genöthigten zur Folge hatte, von der Art war, daß der Tod von ihm als deren wahrscheinliche Folge vorbergesehen werden konnte; oder

2. wenn die Genothigte an ihrem Korper, ober ihrer Befundheit eine, bem Thater zum bestimmten oder unbestimmten Borsat zuzurechnende Verletzung der im §. 225. Nr. 1. und 2.

⁴⁹⁾ Bgl. baber. Str.: B.: Bc. Art. 186—191., olbenb. Art. 191—196., altenb. Art. 157—162., würtemberg. Art. 295. 296., braunichw. §§. 172—174., hannob. Art. 270—273., heff. Art. 329. 330., thüring. Art. 291. 292. 296., preuß. §. 144., bletreich. §§. 126—128., fäch. Art. 180—182.

bezeichneten Art erlitten hat, ober bie eingetretene Berletung biefer Art von ibm ale mabricbeinliche Rolge ber Digband-

lung vorbergefeben merben fonnte:

III. von Buchthaus nicht unter feche bis zu funfzehn Sahren, wenn bie Mighandlung, welche ben, bem Thater blos gur Fahrlägigfeit gugurechnenben Tob ber Genothigten, ober eine ibm blos gur Fahrläßigfeit gugurechnenbe Berlegung ber im S. 225. Nr. 1. und 2. bezeichneten Art gur Folge hatte, von ber Befchaffenheit mar, bag ber Tob, ober bie eingetretene Berletung von ihm nicht ale beren mabriceinliche Rolae betrachtet werben fonnte:

IV. von Buchthaus bis zu zwölf Sabren, wenn bie Benotbigte an ihrem Rorper, ober ihrer Gefundbeit eine bem Thater zum Vorsage ober zur Sahrläßigkeit zuzurechnende Ber-legung ber im §. 225. Nr. 3. bezeichneten Urt erlitten hat;

V. in anderen Fällen, wenn bie Genothigte in Unfehung ber Gefchlechtsehre von unbescholtenem Rufe ift, von Bucht= haus bis zu acht Jahren, außerdem von Arbeitshaus nicht

unter Ginem Sabre.

S. 336. (2. ber Ungucht mit argliftig Betaub= ten, ober mit Rinbern.) Die Strafen ber Rothaucht treten ebenfalls ein, wenn gleich im einzelnen Falle feine thätliche Gewalt und keine Drohungen ber im vorhergehenden S. 335. bezeichneten Art angewendet worden find:

1. gegen Denjenigen, ber ben Beifchlaf mit einer Frauene= perfon vollzieht, welche er zu biefem Ende argliftiger Beife burch Mittel, die er ihr ohne ihr Biffen beibrachte, ober burch Mittel, Die er ihr gwar mit ihrem Wiffen beibrachte, aber beren Wirfung ihr unbefannt mar, außer Stand gefest bat, feinen Luften zu wiberfteben;

2. gegen Denjenigen, ber ben Beifchlaf mit einem Mabchen vollzieht, welches noch bas vierzehnte Lebensjahr nicht gurud-

gelegt hat, und noch nicht mannbar ift.

- §. 337. (3. ber Unzucht mit Willen= ober Bewußtlosen.) Wer ohne Unwendung von thätlicher Gewalt, ober von Drohungen ber im §. 335. bezeichneten Art, wissentlich eine mahnsinnige, ober eine blödsinnige, ober eine fonst in einem willen= ober bewußtlosen Zustande besindliche Frauensperson, die er nicht in diesen Zustand versetzt hat (§. 336. Nr. 1.) zum Beischlase, misbraucht, wird mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bestraft.
- \$. 338. (Beschränkung ber Strafverfolgung.) In ben Fällen bes §. 335. Nr. V., und ber §§. 336. und 337. sindet die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung nur auf die von der Person, gegen welche das Verbrechen verübt wurde, oder von ihrem Shemanne, oder ihren Eltern oder Vormundern gemachte Anzeige statt, diejenigen Fälle ausgenommen, da das Verbrechen unter solden Umständen verübt wurde, daß hierdurch öffentliches Aergerniß erregt worden ift.

XXII. Citel.

Bon ber Entführung 45).

\$. 339. (Strafe ber Entführung.) Wer sich einer Frauensperson mit Gewalt, ober Lift, ober mittelft ange-wendeter gefährlicher Drohungen bemächtigt, und sie ohne ihre Einwilligung entführt, ober an einem Orte, wo sie bem Schutze Anderer entzogen ift, gefangen hält, in der Absicht, sie zur Unzucht zu misbrauchen, oder zur She zu zwingen, oder sie einem Anderen zu gleichem Zwecke zu überliefern,

⁴³⁾ Bgl. baper. Sir.: G. Bd. Art. 201-203., olbenburg. Art. 206-208., altent. Art. 148-154., wart. Art. 278-250., braunichm. §. 171., bannov. Art. 252-254., bell. Art. 296-298., tharing. Art. 144-149., preuß. §§. 207-209., öfterreich. §§. 96. 97., fah. Art. 187-193.

wird, wenn ber Migbrauch zur Unzucht, ober bie Ghe erfolgt ift, insofern nicht bei Anwendung ber §§. 275. 276. Nr. 1. und 277. höhere Strafe eintritt, mit Arbeitshaus ober Bucht=haus bis zu acht Jahren bestraft, außerbem mit Kreisgefängniß nicht unter brei Monaten ober Arbeitshaus.

- §. 340. (Bon Berfonen unter funfzehn Jahren.) Die gleichen Strafen treffen Denjenigen, ber zu gleichem Zwede eine Frauensperson, die noch bas funfzehnte Lebenstahr nicht zurudgelegt hat, selbst mit ihrem Willen, entführt ober gefangen halt.
- §. 341. (Bon Personen unter einundzwanzig Jahren.) Wer zu gleichem Zwecke eine unverheirathete Frauensperson, welche das funfzehnte, aber noch nicht das einundzwanzigste Lebensjahr zurückzelegt hat, mit ihrem Willen aus der Gewalt der Eltern oder Vormünder entführt, oder ste denselben vorenthält, wird mit Kreisgefängniß oder Arbeitsshaus bestraft.

Es gilt jedoch als Strafmilberungsgrund, wenn in folchem Falle die zum Zwecke der Verehelichung unternommene That in der Handlungsweise der Eltern oder Vormunder der Entsführten eine besondere Entschuldigung findet.

\$. 342. (Von Verheiratheten.) Wer eine verheistathete Frauensperson mit ihrem Willen dem Manne entführt ober vorenthält, wird, auf die Anzeige des Chemanns, mit Kreisgefängniß nicht unter drei Monaten oder Arbeitshaus, und die Entführte felbst als Mitschuldige mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

Der Untrag bes Unzeigers tann jeboch in biefen Fällen auch auf Untersuchung und Bestrafung gegen ben Entfuhrer allein gerichtet werben.

\$. 343. (Befchrantung ber Strafverfolgung.) In ben gallen ber §8. 339. bis 341. finbet gegen ben Ent=

führer die gerichtliche Berfolgung und Bestrafung nur fatt auf die Anzeige der Entführten felbst, oder ihres Chemannes, oder ihrer Eltern oder Vormunder, infofern sie noch unter elterlicher Gewalt oder unter Bormundschaft steht.

- §. 344. (Burudnahme ber Anzeige.) Das Berfahren beruht in allen Fällen auf sich, wenn die Anzeige
 vor Berkundung eines verurtheilenden Erkenntnisses wieder
 zurudgenommen wird.
- \$. 345. In ben Fällen bes \$. 342. findet die Burucknahme ber Anzeige, so weit sie gegen die mitschuldige Chefrau des Anzeigers gerichtet war, auch nach der Verkündung
 eines verurtheilenden Erkenntnisses mit der Wirkung statt,
 daß dadurch der Vollzug desselben gegen die mitschuldige
 Ehefrau des Anzeigers, nicht aber gegen den Entführer, aufgehoben wird.
- \$. 346. Ift ber Entführer mit ber Entführten ehelich getraut worden, fo findet eine Bestrafung nur unter ber Voraussetzung statt, daß die She zuvor durch ein rechtskräftiges Urtheil für nichtig erklärt ift.
- §. 347. (Berjährung.) Die Berjährung ber gericht= lichen Berfolgung bes Berbrechens ber Entführung läuft in ben Fällen bes §. 339. erft von bem Augenblicke an, ba bie Entführte ihre Freiheit wieder erlangt hat.

XXIII. Titel.

Bon bem Chebruch und ber mehrfachen Che 46).

- §. 348. (Strafe bes Chebruchs.) Der Ghebruch wird an dem ehebrecherischen Chegatten mit Gefängniß nicht unter Einem Monate bis zu sechs Monaten, und wenn deß=halb auf Chescheidung geklagt wird, mit Kreisgefängniß nicht unter drei Monaten bis zu sechs Monaten, an dem unver=heiratheten Theil aber mit Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen bis zu drei Monaten bestraft.
- \$. 349. (Befdrantung ber Strafverfolgung.) Der Chebruch wird nur auf Anzeige bes beleibigten Chegatten, ober auf die von bem beleibigten Chegatten besthalb erhobene Chescheibungeklage, untersucht und bestraft.
- \$. 350. Sat im Falle, wo beibe Schuldige verheirathet find, auch nur ber Ehegatte bes einen berselben bie Anzeige gemacht, ober wegen bes Chebruchs eine Chescheibungsklage erhoben, so tritt gleichwohl gegen ben Mitschuldigen ebenfalls bie gesetliche Strafe (§. 348.) ein.
- §. 351. (Folge ber Ausfohnung.) Die Anzeige bleibt ohne Wirfung, wenn unter ben Chegatten vor ober nach berselben eine Aussohnung (L.R.S. 272. und 272 a.) erfolgt ist.
- \$. 352. (Burudnahme ber Anzeige: 1. ohne Chefcheidungsklage.) In Fällen, wo nicht auf Chefcheidung geklagt ift, hat die Burudnahme ber Anzeige vor Berkundung bes Erkenntniffes die Wirkung, baß bas Strafverfahren sowohl gegen ben beschuldigten Chegatten, als gegen

^{**)} Byl. bayer. Str.: G.: Bd, Art. 297. 298. 401—403., olbenb. Art. 302. 303. 420—423., altenburg. Art. 211—222., würtemberg. Art. 304—307., braunschweig. §\$. 187—189., hannov. Art. 257—260., hess. Art. 322—328., thūr. Art. 259—271., preuß. §\$. 139. 140., bserreid. §\$. 206—208. 502. 503., säch. Art. 259—271.

ben Mitschuldigen eingestellt, und nach ber Berkundung eines verurtheilenden Erkenntniffes, daß ber Vollzug besselben gegen ben verurtheilten Chegatten bes Anzeigers, nicht aber gegen ben Mitschuldigen, aufgehoben wirb.

- §. 353. (2. bei Chefcheibungstlage.) In Fallen, wo megen Chebruchs auf Chefcheibung geflagt ift, findet die Burucknahme ber Rlage, wenn ber Rläger erklärt, die Che wieder fortsetzen zu wollen, mit den im vorhergehenden §. 352. bezeichneten Wirtungen in Ansehung des Strafverfahrens fo lange statt, als die im L.R.S. 264. vorgeschriebene Gintragung des Chescheidungserkenntniffes nicht erfolgt ift.
- §. 354. (Mehrfache Che.) Der Chegatte, welcher mahrend bes Bestehens ber giltigen Che eine neue eingeht, wird mit Arbeitshaus nicht unter Ginem Jahr ober Bucht= haus bis zu funf Jahren bestraft.
- \$. 355. War ber unverheiratheten Berson, mit ber er bie neue Che einging, fein ehelicher Stand bekannt, so wird ste mit Arbeitshaus bis zu Ginem Jahre, er felbst mit Arsbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- §. 356. (Beibe Schuldige in noch fortbauern= ber früherer Che.) Leben beibe Personen, welche eine neue Che eingehen, in giltiger früherer Che, so wird jeder Theil, ohne Unterschied, ob ihm der eheliche Stand des An= beren bekannt war oder nicht, mit Arbeitshaus bis zu vier Jahren bestraft.
- §. 357. (Berjahrung.) Die Berjahrung ber gerichtlichen Berfolgung bes Berbrechens ber mehrfachen Che lauft von bem Augenblide an, ba burch bie Auflösung ber früheren ober ber späteren Che bas Bestehen ber mehrfachen Che aufgehört hat.

XXIV. Citel.

Bon anderen ftrafbaren Berletungen ber Sittlichfeit 47).

- \$.358. (Mergerniß burch unzuchtige Schriften ic.) Die Erregung öffentlichen Aergernisses burch die Berbreitung unzuchtiger Schriften, ober burch die Berbreitung ober öffentliche Ausstellung von Bildern, welche unzuchtige Handlungen barftellen, wird, neben der Confiscation der unzuchtigen Schriften oder Bilder, von Amtsgefängniß- oder Gelostrase von funf bis zu Einhundert und fünfzig Gulben getroffen.
- §. 359. Diefelbe Strafe trifft, auf Antrag ber Bolizeis behörde, auch Denjenigen, der durch öffentliche Berübung unzüchtiger handlungen Aergerniß erregt.
- \$. 360. (Verführung: 1. von Kindern unter vierzehn Jahren.) Wer mit einem Knaben, welcher noch bas vierzehnte Lebensjahr nicht zurückgelegt hat, oder einem Mädchen von diesem Alter, das noch nicht mannbar ist, unzüchtige Handlungen verübt, oder solche Kinder zur Berübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen verleitet, wird, wenn die Handlung nicht in ein bestimmtes, schwereres Verbrechen (S. 336. Nr. 2.) übergeht, oder als Theilnahme an dem Verbrechen eines Anderen erscheint, mit Kreisgefängniß nicht unter drei Monaten oder Arbeitshaus dis zu zwei Jahren, in schwereren Fällen aber, und, wenn das Verbrechen von den Eltern oder Psiegestern, oder von dem Vormund des Kindes, oder von Versonen, denen dasselbe zur Aussicht, Wartung, Psiege, Seelsorge, Erziehung oder zum Unterricht

^{4&#}x27;) Bgl. baver. Str. & 206—208. Art. 206—208. 372—378., olbenb. Art. 211—213. 378—387. 424—429., altenburg. Art. 302—309., würtemb. Art. 297—303. 307—310., braunichw. fc. 190—197., hannov. Art. 273—278., hefi. Art. 331—343., thüring. Art. 293—305., preuß. §§. 141—151., öfterreich. §§. 123—133. 500—525., [åch. Art. 349—360.

anvertraut war, verübt wurde, mit Zuchthaus von Einem Sabre bis zu vier Jahren bestraft.

\$. 361. (Beschränkung ber Strafverfolgung.) Die gerichtliche Berfolgung und Bestrafung bes Verbrechens (§. 360.) sindet, mit Ausnahme der Fälle, wo dasselbe von den Eltern, Pflegeltern, Vormundern, Erziehern, Lehrern oder Aufsehern, oder wo es unter solchen Umständen verübt wurde, daß dadurch öffentliches Aergerniß erregt worden ist, nur auf die von dem Kinde selbst, oder von seinen Eltern oder Vor- mundern gemachte Anzeige statt.

§. 362. (2. Bon höherem Alter.) Ift die migbrauchte ober verführte Berson über vierzehn Jahre alt, oder bereits mannbar, so werden die in dem vorhergehenden §. 361. genannten Bersonen mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis

gu zwei Sahren beftraft.

§. 363 (Strafe ber Ruppelei.) Wer gewerbsmäßig bie Unzucht Anderer befördert oder erleichtert, sei es durch Gemährung der Gelegenheit, oder durch Zuführen oder andere Bermittelung, wird, auf Antrag der Polizeibehörde, wegen Ruppelei mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 364. (Verkuppelung ber Chefrau ober Tochter ic.) Der Mann, welcher die Unzucht seiner Chefrau, ber Citern= ober Großelterntheil, welcher die Unzucht ber Tochter ober Enkelin, und ebenso der Ausseher oder Erzieher, welcher die Unzucht einer ihm zur Aussicht oder Crziehung anvertrauten Berson um eines Vortheils willen bestördert oder erleichtert, wird mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Fällen mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu zwei Jahren bestraft.

S. 365. (Blutichande: 1. zwifchen Eltern und Abtommlingen.) Der Beifchlaf ber Eltern ober Großeltern mit ihren Kindern ober Enfeln wird folgendermaßen beftraft:

1. an ben Eltern ober Großeltern, wenn die Sandlung nicht in ein schwereres Verbrechen (§. 336. Nr. 2.) übergeht, mit Arbeitshaus nicht unter zwei Jahren ober Zuchthaus bis zu sechs Jahren;

2. an ben Rindern oder Enteln felbft, infofern fie bereits bas fechzehnte Lebensjahr gurudgelegt haben, mit Gefängniß

ober Arbeitshaus bis zu brei Sahren.

\$. 366. (2. zwifchen Stiefeltern und Stiefefindern ober Enkeln.) Der Beifchlaf ber Stiefeltern ober Stiefgroßeltern mit ihren Stieffindern ober Stiefenkeln foll folgendermaßen bestraft werben:

I. wenn die Ghe mit dem leiblichen Eltern= ober Groß=

elterntheil noch befteht:

1. an ben Stiefeltern ober Großeltern, insofern bie handlung nicht in ein schwereres Berbrechen (§. 336. Nr. 2.) übergeht, mit Kreisgefängniß nicht unter sechs Monaten ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren;

2. an bem Stieffohn ober Entel, insofern er bereits bas sechzehnte Lebensjahr zuruckgelegt hat, ebenfalls mit Kreisgefängnig nicht unter sechs Monaten ober Arbeitshaus bis

zu zwei Jahren;

3. an ber Stieftochter ober Entelin, infofern fle bereite bas fechzehnte Lebensjahr zurudgelegt hat, mit Rreisgefängniß;

II. wenn bie Ghe nicht mehr besteht, an ben Stiefeltern und Großeltern, und ebenso an ben Stieffindern und Enkeln, unter ber Voraussehung bes eben ermähnten Alters, mit Gefängniß.

\$. 367. (3. zwischen Geschwistern und Berschwägerten in gerader Linie.) Der Beischlaf zwischen leiblichen, vollburtigen oder halbburtigen Geschwistern, sowie der Beischlaf zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern, so lange die Ehe besteht, welche das Berhältniß begründete,

wird mit Areisgefängniß nicht unter brei Monaten ober Arbeits= haus bis zu zwei Jahren bestraft, und ber Beifchlaf zwischen Schwiegerkindern nach Auflösung ber She mit Gefängniß.

- S. 368. (Unerlaubter Beifchlaf.) Pfleg= und Aboptiveltern werben wegen Beifchlafs mit dem Bfleg= oder Aboptivkinde, und ebenso die im S. 361. außer den Eltern genannten Bersonen, wegen Beischlafs mit einer ihnen ansvertrauten Berson, insofern das Kind oder eine folche Person das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat oder bereits mannbar ift, mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- §. 369. (Lustbirnen.) Lustdirnen, die sich preisgeben, während sie mit der Lustseuche behaftet sind, werden, auf Antrag der Polizeibehörde, mit geschärftem Amisgesängniß, und im Valle der Wiederholung nach Verkündung eines früheren verurtheilenden Erkenntnisses, mit geschärftem Kreisgesängeniß bis zu sechs Monaten bestraft.
- \$. 370. Luftbirnen, welche auf Straßen ober anderen öffentlichen Orten die Gelegenheit zur Unzucht aufsuchen, mersben, auf Antrag ber Bolizeibehörde, von den im §. 369. gestrohten Strafen ebenfalls getroffen, menn sie vorher schon zwei oder mehrere Male polizeilich bestraft worden sind.
- §. 371. (Wibernatürliche Unzucht.) Widernatürliche Unzucht, insofern nicht einer ber im §. 360. bezeichneten Källe vorhanden ist, soll von Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, und, wenn Gewalt gegen die mißbrauchte Person angewendet wurde, beim Dasein der Boraussezungen des §. 335. Nr. I.
 II. III. IV. oder V., oder der §§. 336. oder 337. von den dort gedrohten höheren Strasen getrossen werden.

XXV. Citel.

Gemeinsame Bestimmungen zu ben vorhergebenden Titeln XXI. bis XXIV.

- \$. 372. (Thatbestand ber vollendeten Unzuchtsvergehen.) Bergehen, zu beren Thatbestand ein gesetwidriger Beischlaf gehört, gelten fur vollendet, wenn aus den Umständen hervorgeht, daß eine Bereinigung der Geschlechtstheile stattgefunden hat.
- §. 373. (Fortgefestes Berbrechen.) Mehrfache Nebertretungen ber im §. 348. ober ber im §. 371. bezeicheneten Art werben, wenn fle als Gegenstand bes nämlichen Strasurtheils zusammentreffen, nach ber Vorschrift bes §. 180. als fortgesetzes Berbrechen bestraft, und ebenso mehrfache Nebertretungen ber in ben §§. 336. Nr. 2. 337. 360. 362. 365. bis 368. bezeichneten Art, insofern bieselben in diesen Fällen zwischen ben nämlichen Bersonen verübt wurden.
- §. 374. (Freiheiteffrafen mit Scharfungen.) Die in ben vorhergehenben Titeln XXI. bis XXIV. gebroheten Breiheiteftrafen können in allen Fällen mit einer ober mehreren ber gefehlich zuläßigen Scharfungen verbunden werben.
- \$. 375. (Verluft ber elterlichen Rechte.) Wurde ein Verbrechen ber in ben Titeln XXI. und XXIV. bezeichenten Art von bem Vater ober von ber Mutter gegen bas eigene Kind rerubt, so ist der Schuldige im Straferkenntniß zugleich ber ihm durch die Landrechtsfätze 148. bis 151. und 371. bis 387. eingeräumten Nechte und Befugnisse über die Berson und die Guter der Kinder verlustig zu erklären.

XXVI. Titel.

Bon bem Diebftahl 48).

- \$.376. (Thatbestand des Diebstahls.) Wer eigenmächtig von einer fremden, beweglichen, in der Inhabung eines Anderen befindlichen Sache in der Absicht Besitz ergreift, durch beren Zueignung sich oder einem Dritten einen unrechtmäßigen Gewinn zu verschaffen, ist des Diebstahls schuldig.
- §. 377. (Strafe bes gemeinen Diebstahls nach bem Betrag.) Der Diebstahl, welcher nicht zur Klasse ber gefährlichen (§. 381.) gehört, wird als gemeiner Diebstahl, nach ber Berschiedenheit ber Größe bes Betrags, von folgenben Strafen getroffen:

1. ber Diebstahl bis zu funfundzwanzig Gulben von

Befangnig bis zu vier Monaten;

2. ber Diebstahl von mehr als funfundzwanzig Gulden bis zu breihundert Gulden von Gefängniß nicht unter vier Wochen, oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren;

3. der Diebstahl von mehr als breihundert Gulben von Zuchthaus von Ginem Sahre bis zu fechs Sahren, in leichteren

Ballen von Arbeitshaus bis zu zwei Jahren.

§. 378. (Bestimmung bes Betrags.) Der Betrag bes Diebstahls wird nach bem gemeinen Werthe bestimmt, welchen die gestohlene Sache zur Zeit der Entwendung gehabt hat.

\$. 379. (Beim Diebstahl an gemeinschaftlichen Sachen.) Burbe ber Diebstahl von einem Miteigenthumer ober Gemeinschaftsgenoffen an gemeinschaftlichen Sachen, ober von einem Miterbberechtigten an ber noch ungetheilten Erb-

^{**)} Bgl. bayer. Str. 29.: Bd. Art. 209—228. 379—381., oftenb. Art. 214—233. 388—390., altenburg. Art. 223—236., waitemberg. Art. 316—343, braunichweig. §2.213—219., bannov. Art. 279—303., hefi. Art. 354—378., tháring. Art. 213—231., preuß. §§. 215—229., öfterr. §§. 171—179. 185—189. 460—466., jách. Art. 272—281.

schaft begangen, so kommt bei Bestimmung bes Betrags bes Diebstahls nur ber ben übrigen Betheiligten zugehörige Theil in Anschlag.

\$. 380. (Verbunden mit anderer Vermögensbeschäbigung.) Wenn ber Dieb im einzelnen Falle durch die That der Entwendung, oder zum Zweck ihrer Ausführung, eine andere, ihm zum Vorsage zuzurechnende Vermögensbeschädigung bewirkt hat, so kömmt der Betrag berselben bei Bestimmung des Betrags bes Diebstahls (§S. 377. und 378.) mit in Rechnung.

War mit bem Diebstahl eine andere, bem Thäter nur zur Fahrläßigkeit zuzurechnenbe Vermögensbeschädigung versbunden, so wird diese neben dem Diebstahl, mit Anwendung der Vorschriften der §§. 170. bis 179., gleich einer Beschädigung aus Muthwillen (§. 575.) bestraft.

§. 381. (Strafe bes gefährlichen Diebstahls.) Der Diebstahl wird als gefährlicher Diebstahl mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu acht Jahren, in leichteren Fällen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft:

1. wenn ber Dieb bei ber Aussührung bes Diebstahls Baffen ober andere Werkzeuge, mit welchen ihrer Beschaffensheit nach lebensgefährliche Verletungen leicht zugefügt werden können, bei sich geführt, ober am Orte ber That, vor ober während beren Verübung, zu sich genommen hat, insofern sich nicht aus ben Umftänden des einzelnen Falles als glaubhaft ergibt, daß er sich derselben zum Angriffe ober zur Vertheidigung bei der Ausführung des Diebstahls nicht habe bedienen wollen;

2. wenn ber Dieb in bewohnte Gebäube, ober andere bewohnte Näume (follte auch zur Zeit ber That Niemand barin gegenwärtig fein), ober in ben zu einem bewohnten Gebäube gehörenben, umschlossenn Sofraum, ober in Gebäube, bie zu einem folden Sofraum gehoren, wenn fle auch nicht gum Aufenthalt fur Menfchen bestimmt find, ober in ein Bimmer, ober einen anderen gefchloffenen Raum im Innern eines Webaubes ber einen ober ber anderen Art, gewaltsam eingebrochen, ober in einer Beife eingestiegen ift, bag er im Falle ber Betretuna nicht leicht wieder entflieben fonnte.

S. 382. Das Bufammentreffen beiber Arten ber Gefahr= lichkeit (g. 381. Nr. 1. und 2.) bei bem nämlichen Diebstahl begrundet eine Straferhöhung innerhalb ber gefetlichen Grenzen.

S. 383. Much bie Grofe bes Betrage tommt bet bem gefährlichen Diebstahl nur als Straferbohungegrund in Be-Ueberfteigt bei bem gefährlichen Diebstahl ber Werth bes entwendeten Outes die Summe von breihundert Gulben, fo ift jedenfalls auf Buchthausitrafe innerhalb bes im S. 381. beftimmten Dages zu ertennen

S. 384. (Strafe bee britten gemeinen Dieb= ftable.) Wer fich eines gemeinen Diebstahls fculbig macht, nachdem er bereits wegen Diebstahls und wegen Rudfalls in eben biefes Berbrechen verurtheilt, und auch bas lettere Urtheil ihm verfundet war, wird wegen britten gemeinen Diebftable folgenbermaßen beftraft :

1. wenn ber Betrag bes Diebstable bie Summe pon funfundzwanzig Gulben nicht überfteigt, mit Arbeitebaus bis gu zwei Jahren, ober Buchthaus von Ginem Sabre bis gu

zwei Jahren;

2. wenn ber Betrag besfelben bie Summe von funfundzwanzig Gulben überfteigt, mit Buchthaus von Ginem Jahre bis zu feche Jahren, infofern nicht bie Unwendung ber Borfcbriften bee S. 188. im einzelnen Ralle eine bobere Strafe begrunbet.

§. 385. (Erfdwerungegrunde.) Ale befonbere Erfchwerungegrunde find bei bem Diebftahl folgende Umftanbe

angufeben :

- 1. wenn ber Diebstahl in Gebäuden, die bem öffentlichen Gottesbienste gewidmet find, an bem Gottesbienste gewidmeten Sachen verübt worben ift; ober
- 2. an anderen Gegenständen in solchen Gebäuden, ober an dem Gottesdienste gewidmeten Sachen, die sich außerhalb solcher Gebäude an ihrem gewöhnlichen Verwahrungsort bestinden, oder zu gottesdienstlichen Zwecken außerhalb berselben Gebäude gebraucht werden;
- 3. wenn ber Diebstahl in Schlöffern verübt worden ift, welche gur gewöhnlichen Residenz, oder zum zeitlichen Aufentshalt bes Großherzogs bestimmt finb; ober
- 4. an öffentlichen Sammlungen fur Runft, Biffenfchaft ober Gewerbe; ober
- 5. bei Gelegenheit einer Feuersnoth, oder eines anderen allgemeinen ober besonderen Nothzustandes; oder
- 6. an Adergeräthschaften auf bem Felbe, an Felb = ober Gartenfrüchten, ober an anderen Gegenständen im Freien, welche im Vertrauen auf die öffentliche Sicherheit nicht be-fonders verwahrt zu werben pflegen; ober

7. an Bieh auf ber Beibe, in bem Bferche, ober im

Stalle; ober

8. wenn ber Dieb zur Verübung ber That zur Nacht= geit in ein frembes bewohntes Gebäube, ober ben bazu ge= hörigen geschlossenen Sofraum eingeschlichen, ober eingebrungen ift; ober

9. wenn sich ber Dieb zur Berübung eines nächtlichen Diebstahls in einem fremden bewohnten Gebäude, oder dem bazu gehörigen geschlossenn Hofraum verborgen hatte; oder 10. wenn der Diebstahl von aufgestellten Feldhütern,

10. wenn ber Diebstahl von aufgestellten Felbhutern, Walbhutern ober anderen Bachtern an Sachen begangen worben, die zu ben ihnen zur hut ober Bewachung anvertrauten Gegenständen gehört haben; ober

11. wenn er verübt worben ift mittelft Einbrechens ober Einsteigens, ohne bag alle Voraussetzungen bes §. 381. Nr. 2. vorhanden sind; ober

12. mittelft gewaltfamer Erbrechung von Schranten,

Riften ober anderen Behältniffen; ober

13. mittelft Eröffnung von Schlöffern burch Diebsichluffel (Dietriche, Sperrhaten, nachgemachte, ober Gauptichluffel); ober

14. mittelst Anwendung von Gewalt ober Drohungen gegen Bersonen, ohne daß die That hierdurch in das Bersbrechen des Raubes (§§. 410. und 411.) übergeht; ober

15. auf einer Deffe, einem Jahr = ober Wochenmartt,

an öffentlich zum Bertauf ausgesetten Cachen.

- §. 386. (Deren Wirkungen: 1. beim gemeinen Diebstahl.) Beim Dasein eines ober mehrerer ber im vorshergehenden §. 385. bezeichneten Erschwerungsgründe wird die Strafe bes gemeinen Diebstahls, die außerdem eintreten wurde, durch einen Zusat erhöht, welcher jedoch in den Fällen Nr. 1. 3. 4. 5. und 14. niemals zwölf Monate, und in den übrigen Fällen niemals sechs Monate, der sonst verschuldeten Strafart übersteigen darf.
- §. 387. (2. beim gefährlichen Diebstahl.) Bei Ausmeffung ber Strafe bes gefährlichen Diebstahls bilben bie im §. 385. bezeichneten Erschwerungen blos Grunde ber Strafeerhohung innerhalb ber gesehlichen Grenzen.
- \$. 388. (Entwendung unter Chegatten ober an Abkommlingen.) Entwendungen, unter Chegatten oder an Abkommlingen begangen, begrunden blos burgerliche Klagen auf Wiedererstattung.
- \$. 389. (Familiendichsftahl.) Diebstähle an Bermandten ober Berschwägerten in aufsteigender Linie, oder an anderen, in derselben Saushaltung lebenden Berwandten oder Berschwägerten im zweiten, dritten oder vierten Grade ber

Seitenlinie werben nicht von Amtowegen, fondern nur auf die Anzeige bes Familienhauptes oder bes Bestohlenen, und, wenn der Dieb und der Bestohlene unter demfelben Familienhaupte stehen, nur auf Anzeige des Letteren, untersucht und bestraft.

- \$. 390. (An Pflegeltern, Erziehern ac.) Gemeine Diebstähle an Pflegeltern, Bflegern, Bormunbern und Erziehern werben nur auf beren Anzeige untersucht und bestraft.
- §. 391. (Sausdiebstahl.) Gemeine Diebstähle von Dienstboten, Lehrlingen, Gehülfen ober anderen zum Sausstande gehörigen Bersonen, an der Dienst= oder Sausherrschaft verübt, werden ebenfalls nur auf deren Anzeige untersucht und bestraft; und gemeine Diebstähle von Dienstboten, Lehrlingen, Gehülfen oder anderen zum Sausstande gehörigen Versonen, an, in der nämlichen Saushaltung lebenden Familienmitgliedern, oder an einander selbst, oder von Familienmitgliedern an einer dieser Bersonen verübt, nur auf Anzeige der Dienstsoder Hausherrschaft oder bes Bestoblenen.
- §. 392. (Frembe Theilnehmer.) Gegen Theilnehmer an einem Diebstahl ber in ben §8. 389. bis 391. bezeichneten Art, bie zu bem Bestohlenen nicht in bem bort bezeichneten Verhältnisse stehen, sindet Untersuchung und Bestrafung ebenfalls nur auf gleiche Anzeige statt.
- \$. 393. Es kann jedoch ber Antrag des Anzeigers in ben Fallen ber \$\$. 389. und 390. auch auf Untersuchung und Bestrafung gegen die fremden Theilnehmer allein gerichtet werben.
- \$. 394. (Burudnahme ber Anzeige.) In ben Fällen ber §5. 389. und 390. wird bem Antrage bes Anzeigers auf Einstellung bes Berfahrens, insofern nicht ber Angeschuldigte felbst auf ber Fortsetzung besteht, so lange stattgegeben, als noch bas erfte Erkenntniß nicht verkundet ift.

- \$. 395. (Birkung ber Wiebererstattung bes Entwendeten.) Die Strafe des gemeinen Diebstahls, insfofern er nicht der dritte, und nicht unter erschwerenden Umständen (§. 385.) begangen ist, wird auf ein Drittel herabsgeset, wenn der Dieb vor obrigkeitlichem Ginschreiten aus freiem Antriebe die entwendete Sache zuruckgegeben, oder vollen Ersat geleistet, oder den Bestohlenen in anderer Weise vollstommen zufrieden gestellt hat.
- \$. 396. Unter gleicher Boraussehung wird die Strafe bes gefährlichen und bes britten Diebstahls, sowie ber Diebstähle mit erschwerenden Umftanden gemildert, jedoch in keinem Falle um mehr, als ein Drittel.
- \$. 397. (Entwendung von Efwaaren, Felbfrüchten ic.) Entwendungen von Efwaaren oder Getränken,
 in geringem Betrage und zum unmittelbaren Genuß, werden,
 insofern sie nicht zur Klasse der gefährlichen (§. 381.) gehören, und nicht unter erschwerenden Umständen der im §. 385.
 Nr. 1. bis 5. und 7. bis 15. bezeichneten Art verübt sind,
 nicht als Diebstahl, sondern als Bolizeifrevel, und Entwendungen von Feld- und Gartenfrüchten, die noch nicht eingebracht sind, und deren Werth den Betrag von Einem Gulden
 nicht übersteigt, ebenfalls nicht als Diebstahl, sondern als
 Feldfrevel bestraft, jedoch mit Ausnahme des im §. 385.
 Nr. 10. bezeichneten Falles von erschwerenden Umständen.
- \$. 398. (Dritter Felbfrevel.) Gine gleiche Entwendung an Felb- oder Gartenfrüchten verübt, nachdem der Urheber innerhalb der letten zwölf Monate bereits zweimal wegen Felbfrevels bestraft worden ift, wird als Diebstahl bestraft.
- \$. 399. (Fortgefester Felbfrevel.) Wenn mehrere Belbfrevel, in furgen, vier Wochen nicht übersteigenben, Bwifchen=raumen verübt, als Gegenstanb bes nämlichen Straferkennt=

niffes, zusammentreffen, so werben fle, wenn ber Berth ber entwenbeten Fruchte zusammengenommen ben Betrag von Ginem Gulben übersteigt, ebenfalls als Diebstahl bestraft.

XXVII. Citel.

Bon ber Unterschlagung 49).

- §. 400. (Thatbeftanb.) Wer frembe bewegliche Sachen, die ihm zur Bewahrung, ober Verwaltung, ober in Volge eines anderen, die Verbindlichkeit zu deren Zuruckgabe ober Ablieferung begründenden, Rechtsgeschäfts anvertraut ober übergeben worden find, in der Absicht sich zueignet, sie dem zur Ruckforderung Berechtigten ohne Ersat zu entziehen, ift der Unterschlagung schuldig.
- \$. 401. Wiber ben Inhaber, welcher bem zur Abforderung Berechtigten wiffentlich mahrheitswidrig bas Rechtsgeschäft, ober ben Empfang ber Sache, zu beren Zuruckgabe ober Ablieferung er verpflichtet ift, abgeläugnet hat, gilt die Bermuthung ber absichtlichen, bie Unterschlagung bedingenden, Zueignung, insofern sich nicht aus ben Umständen bes einzelnen Falles etwas Anderes ergibt.
- \$. 402. Die nämliche Vermuthung fpricht gegen ben Empfänger ber Sache, wenn er, ohne die Mittel zum Ersate zu haben, oder mit Sicherheit vorauszusehen, daß er fie zur Zeit, wo der Ersat erfolgen follte, haben werde, die Sache verbraucht oder veräußert hat, und, auf erfolgte Zurud-

^{**)} Bgl. bayer. Str.: S.: Bd. Art. 229—232. 382., olbenburg. Art. 234—237. 391., altenburg. Art. 242—244., würtemb. Art. 344—350., braunichw. §6. 220—223., hannob. Art. 304—307., bess. Art. 374—384., tblirting. Art. 232—235., preuß. §6. 226—229., bsterreich. §6. 181—189. 460—466., sach. Art. 287—291.

forberung, fle wieber herbeizuschaffen ober zu erfeten, ober ben Berechtigten in anderer Beife volltommen zufrieben zu ftellen nicht vermögend ift.

- §. 403. (Strafe ber Unterfchlagung.) Die Unterfchlagung wird nach ber Berfchiebenheit ber Große bes Betrags folgenbermaßen beftraft:
- 1. Die Unterschlagung bis zu funfundzwanzig Gulben mit Gefananik bis zu vier Monaten:

2. Die Unterschlagung von mehr als fünfundzwanzig Gulben bis zu breihundert Gulben mit Gefängniß nicht unter

vier Wochen oder Arbeitshaus bis zu zwei Sahren;

3. Die Unterschlagung von mehr als breihundert Gulben mit Arbeitshaus bis zu vier Jahren, in schwereren Fällen mit Buchthaus von Ginem Jahre bis zu funf Jahren.

§. 404. (Erfchwerungsgrunde.) Als befondere Erschwerungsgrunde, bei beren Dafein die fonst verschuldete Strafe bis um Gin Jahr in ber nämlichen Strafart zu ershöhen ift, find bei ber Unterschlagung folgende Umftande anzusehen:

1. wenn biefelbe an Sachen verübt ift, beren Sinter= legung burch Feuersbrunft ober eine anbere Roth (2. R. S. 1949.)

veranlagt murbe;

2. wenn bie Unterschlagung von Vormunbern, Bflegern ober Erziehern am Vermögen ihrer Mundel, Pflegbefohlenen ober Böglinge verübt ift, ober von öffentlichen Boten an ben ihnen anvertrauten Sachen, ober von gerichtlich bestellten ober bestätigten Maffes ober Güterpflegern, ober hütern, ober ansberen obrigkeitlich bestellten ober bestätigten Verwaltern ober Geschäftsführern an Gegenständen, die zur Maffeverwaltung ober Geschäftsführung gehören.

§. 405. (Befchränkung ber Strafverfolgung.) Es wird jeboch bie Unterfchlagung nicht von Umtenegen,

fonbern nur auf Unzeige bes Befchabigten ober Desjenigen, ber feine Stelle vertritt, unterfucht und beftraft, ausgenommen, wenn bie That von einer ber im S. 404. Nr. 2. bezeichneten Market Masser design to the state of Berfonen verübt ift.

Tians. 406. Die in Bezug auf ben Diebftahl in ben §§. 378. bis 380. und 388. bis 397. aufgestellten Bestimmungen gelten

auch von der Unterschlagung.

S. 407. (Unterfchlagung gefunbener Sachen.) Wer eine frembe Sache finbet, ober fonft gufällig in ben Befit einer fremben Sache tommt, ift ber Unterfchlagung fculbig, und wird in ben Fallen bes §. 403. Nr. 1. und 2. von ber Balfte ber bort gebrobten Strafen, in ben Fallen Nr. 3. von Rreisgefängnig nicht unter brei Monaten, ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren getroffen:

1. wenn er bem Gigenthumer, ober bem, welcher bie Sache verloren bat, auf beffen Unmelben, es verschweigt ober ableugnet, Die Sache gefunden ober in Befit befommen gu 1119 111/11

haben; ober

2. wenn er, nachbem ihm ber Gigenthumer ober ber Berlierende bereits auf andere Beife befannt geworben, ober eine öffentliche Aufforderung an ben Finder gu feiner Renntniß getommen war, Die Sache nicht gurudgegeben, fonbern fie in ber Absicht, fich biefelbe ohne Erfat zuzueignen, verborgen ge-

halten, verbraucht ober veraugert bat; ober

3. wenn er in Fallen, wo ihm ber Eigenthumer ober ber Berlierende unbefannt ift, Die Sache, ohne vorher ben Fund ober ben fonft zufällig erlangten Befit ber Obrigfeit angezeigt ober öffentlich befannt gemacht zu haben, ober bor Ablauf von brei Monaten, von folder Anzeige ober Bekannt= machung an gerechnet, unter Umftanben ber im §. 402. bezeichneten Art verbraucht ober veräufert bat, und ben Berechtigten bann, auf erfolgte Burudforberung, gufrieben gu ftellen nicht vermogend ift.

- \$. 408. (Unterfchlagung eines Schapes.) Ber einen Schap, ben er in ober auf bem Eigenthum eines Anberen gefunden hat, bem Eigenthumer verheimlicht, um beffen Antheil widerrechtlich fid zuzueignen, verliert zur Strafe, zu Gunften bes Cigenthumers, ben Antheil, ber ihm als Finder bes Schapes gebuhren wurde.
- §. 409. Wer einen Schat, ben er in ober auf bem Eigenthum gefunden hat, welches er mit einem Anderen gemeinschaftlich bestht, bem Miteigenthumer verheimlicht, um beffen Antheil widerrechtlich sich zuzueignen, verliert zur Strafe, zu Gunften bes Miteigenthumers, seinen Anspruch auf benjenigen Antheil, der ihm als Finder vom Antheile des Miteigenthumers gebühren wurde.

XXVIII. Titel.

Bon bem Raub 50).

§. 410. (Thatbestand bes Raubes.) Wer ben Diebstahl einer Sache dadurch bewerkstelligt hat, daß er ben Inhaber berselben, oder andere am Orte der That anwesende Bersonen durch angewendete thälliche Gewalt, oder durch angewendete, mit der Gesahr unverzüglicher Verwirklichung verbundene, Drohungen mit Tödtung oder schweren körperlichen Wishandlungen, oder durch andere, zur Erregung gegründeter Besorgniß für Leib oder Leben geeignete, Handlungen, zur Ueberlassung der Sache nöthigte, wird als Räuber bestraft.

¹⁴⁾ Bgl. baher. Str. & G. & Bch. Art. 233 — 240., ofbenburg. Art. 238 — 246., altenb. Art. 163 — 165., wartemb. Art. 311 — 313., braunichw. §6. 175. 176., hannov. Art. 321 — 333., beff. Art. 344 — 348., tharing. Art. 152 — 154., preuß. §6. 230 — 233., betreich. §6. 190 — 196., fach. Art. 177 — 179.

\$. 411. Wenn die Vollendung eines Diebstahls, ober bas Fortbringen ber entwendeten Sachen von dem Diebe, der hiebei betreten murde, dadurch bewirkt worden ift, daß er thät-liche Gewalt, oder Drohungen, oder andere, eine Nöthigung enthaltende, Sandlungen der im vorhergehenden \$. 410. bezeicheneten Art angewendet hat, so ift er ebenfalls des Raubes schuldig.

§. 412. (Strafe bes Raubes.) Der Rauber wirb

von folgenben Strafen getroffen :

I. von ber Tobesstrafe, wenn die Mifhandlung ben Tob bes Mifhandelten zur Folge hatte, insofern bem Räuber bieser Erfolg feiner Sandlung zum bestimmten ober unbestimmten Borsat zuzurechnen ift;

II. von lebenslänglicher ober zeitlicher Buchthausstrafe

nicht unter gehn Jahren:

1. wenn die Wifthandlung, welche ben, bem Räuber nicht zum bestimmten ober unbestimmten Vorsatzuzurechnenben, Tob bes Mifthandelten zur Folge hatte, von der Art war, daß der Tod des Anderen von ihm als deren wahrscheinliche Folge porbergesehen werden konnte; ober

2. wenn ber Diffhandelte an feinem Korper, ober an feiner Gesundheit eine, bem Räuber zum bestimmten ober unsbestimmten Borsatzuzurechnende, Berletung ber im §. 225. Nr. 1. und 2. bezeichnenden Art erlitten hat, ober die einsgetretene Verletung bieser Art von dem Thäter als mahrsscheinliche Folge der Mißhandlung vorhergesehen werden konnte;

III. von Zuchthausstrafe nicht unter funf Jahren, wenn ber Rauber korperliche Beinigungen ober Martern angewendet hat, um baburch die Anzeige ober Ausfolgung verborgener Habseligkeiten zu erpressen;

IV. von Buchthausftrafe bis ju zwölf Jahren;

1. wenn bie Mifhandlung, welche ben, bem Räuber blos zur Fahrläßigfeit zuzurechnenben, Tob bes Mifhandelten,

ober eine, ihm blos zur Fahrläßigkeit zuzurechnenbe, Versletzung ber im §. 225. Nr. 1. und 2. bezeichneten Art zur Volge hatte, von ber Beschaffenheit war, daß ber Tod ober bie eingetretene Verletzung von ihm nicht als beren wahrsscheinliche Folge betrachtet werden konnte;

2. wenn ber Mighanbelte an feinem Korper ober feiner Gefundheit eine, bem Räuber zum Borfat ober zur Fahrläßigkeit zuzurechnenbe, Berletzung ber im §. 225. Nr. 3.

bezeichneten Art erlitten bat;

V. in anderen Fallen von Buchthausstrafe von Ginem Jahr bis zu acht Sahren.

- \$. 413. In ben Fällen, wo ber Räuber forperliche Mißhandlung verübte, tritt bie Strafe bes vollenbeten Raubes ein, wenn auch die beabsichtigte Entwendung felbst nicht vollsbracht worden ift.
- \$. 414. (Erfchwerungegrunde.) Als befondere Erfchwerungsgrunde find beim Raube folgende Umftande anzusehen:
 - 1. wenn ber Thater ben Raub mit Waffen verübt hat; ober
- 2. gur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäube, ober in Raumen, welche bagu gehoren (§. 381. Nr. 2.); ober
- 3. in ber Bereinigung mit Ginem ober mehreren An-
- 4. wenn er zur Berübung bes Naubes in ber im §. 381. Nr. 2. bestimmten Art eingebrochen ober eingestiegen ift.
- \$. 415. Beim Dasein eines ober mehrerer bieser Erschwerungsgrunde wird in ben Fällen bes \$. 412. Nr. II. III. IV. und V. die Strafe innerhalb ber gesetzlichen Grenzen erhöht; in ben Fällen Nr. IV. und V. tann jedoch auch zu ber für die nächste höhere Klasse bestimmten Strafe übergesgangen werden.

S. 416. (Fälle von minderer Strafbarkeit.) Sat in Fällen, wo die geraubte Sache von nur geringem Werthe ift, die angewendete Nöthigung nicht in körperlicher Mißhandlung, noch in Drohungen (S. 410.) bestanden, auch nicht unter erschwerenden Umständen (S. 414.) stattgefunden, so wird die That gleich einem, unter den Umständen des S. 385. Nr. 14. verübten, Diebstahl bestraft.

XXIX. Citel.

Bon ber Erpreffung 51).

- \$. 417. (Erpressung: 1. von Urkunden.) Wer einen Anderen, zum Nachtheil desselben, oder eines Dritten, zur Unterschrift, oder Ausstellung, oder zur Auslieserung, Absänderung, oder Bernichtung einer Urkunde, welche die Anerkennung, oder die Begründung, von Verbindlichkeiten in Anssehung von Vermögensrechten, oder die Tilgung solcher Verbindlichkeiten ausdrückt, durch thätliche Gewalt oder Drohungen der im §. 410. bezeichneten Art, oder durch andere, zur Erregung gegründeter Besorgniß für Leib oder Leben geeignete, Handlungen in der Absicht genöthigt hat, sich oder Anderen dadurch einen unrechtmäßigen Gewinn (§. 376.) zu versschaffen, ist des Verbrechens der Erpressung schuldig und einem Räuber gleich zu bestrafen.
- \$. 418. (2. Bon anberen Rechtshandlungen.) Gleiche Strafe trifft Denjenigen, ber burch gleiche Mittel in gleicher Absicht Jemanden zu einer anderen Sandlung ge-

[&]quot;) Bgl. baber. Str.: G.: Bd. Art. 241—243., oldenb. Art. 246—248., altenb. Art. 166. 167. würtemb. Art. 314. 315., braunichw. §. 177., hannov. Art. 334. 335., bess. Art. 349—353., thuring. Art. 155—157., preuß. §§. 234—236., österreich. §. 98., fach. Art. 282. 283.

nöthigt hat, welche bemfelben ober britten Berfonen nachtheilige Berfügungen über Bermögensrechte enthalt.

- \$. 419. (Durch Bebrohung: 1. mit gerichtlicher Anzeige ober übler Nachrebe.) Ift eine Erpressung (§§. 417. und 418.) daburch verübt, daß der Andere mit gerichtlichen Anzeigen oder Anklagen, oder mit der Aussage von strafbaren oder unstittlichen Handlungen, die denselben in der öffentlichen Achtung herabzusehen geeignet sind, bedroht wurde, so wird der Thäter mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft, wenn er seine Absicht erreicht hat, außerdem mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder einer Gelbstrafe bis zu fünshundert Gulden.
- \$. 420. (2. Mit Mord ober Brandlegung.) Burben zum Zweit einer Erpreffung Drohungen mit Mord ober Brandlegung auf eine, die Besorgniß bevorstehender Berwirklichung begründende, Weise angewendet, so wird der Thäter mit Zuchthaus von zwei bis zu sechs Jahren bestraft, wenn er seinen Zweit erreicht hat, außerdem mit Arbeitshaus nicht unter Einem Jahre bis zu vier Jahren, oder Zuchthaus von Einem Jahre bis zu vier Jahren.
- §. 421. (3. Mit Brandlegung gegen einzeln stehende hofe u. f. w.) Sat Jemand zum Zweck einer Erpressung einzeln stehende hofe, oder ganze Gemeinden durch Briefe oder auf anderem Wege in einer, die Besorgniß bevorstehender Verwirklichung begründenden, Weise mit Brandlegung bedroht, so wird berselbe mit Zuchthaus bis zu zwölf Jahren bestraft, wenn er seinen Zweck erreicht hat, außerdem mit Zuchthaus von zwei bis zu seche Jahren.
- §. 422. (Mit anberen funftigen Uebeln.) Wurde zum 3weck einer Erpreffung bie Bebrohung mit anderen funftigen Mifhandlungen ober Beschäbigungen auf eine, bie Besorgniß bevorstehender Verwirklichung begrundende, Weise

angewendet, fo wird ber Thater mit Gefängnif oder Arbeitshaus bis zu brei Jahren bestraft, wenn er seinen Zweck erreicht hat, außerbem mit Gefängniß.

XXX. Titel.

Bon ber Falfcung.

- §. 423. (Fälfchung öffentlicher Urkunden: 1. aus Gewinnsucht.) Wer zum Zwecke der Verübung eines Betrugs in gewinnsuchtiger Absicht, insbesondere zur betrüglichen Begründung oder Entkräftung von Rechtsansprüchen, eine falsche öffentliche Urkunde fertigt, oder eine ächte öffentliche Urkunde verfälscht, und davon, als von einer ächten, zum vorgesetzten Zwecke Gebrauch macht, wird wegen Fälschung mit Zuchthaus von Einem Sahre bis zu sechs Jahren, in leichteren Fällen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft 52).
- §. 424. Die Strafe kann bis zu acht Jahren Buchthaus steigen, wenn die That mit besonderer Lift und Feinheit angelegt und ausgeführt, und baburch ein besonders großer Schaben verursacht worden ift.
- \$. 425. (2. Bur Beschäbigung ohne Gewinnsfucht.) Wer zur Beschädigung eines Anderen ohne gewinnsschitige Absicht eine falsche öffentliche Urfunde fertigt, oder eine achte öffentliche Urfunde verfälscht, und davon, als von einer achten, Gebrauch macht, wird mit Kreisgefängniß nicht

³⁷⁾ Bergl. über Urfundenfälschung baber. Str. 26. 28c, Art. 266 – 268. 293. 294. 337. 340. 425., oldenburg. Art. 271. 272. 298. 299. 342. 454., altenburg. Art. 247—250., würtemb. Art. 219—221. 356—361., braunschweig. §§. 131. 132. 228—230., hannod. Art. 196—199. 317., heff. Art. 385—390., thirting. Art. 252—259., preuß. §§. 247—252., österreich. §. 199. lit. d., sächs. Art. 311.

unter brei Monaten ober Arbeitshaus bis zu brei Jahren bestraft.

- S. 426. (Strafmilberungsgrund.) Beträgt weber ber eingetretene, noch ber beabsichtigte Gewinn ober Schaben über fünfundzwanzig Gulben, so find die Gerichte ermächtigt, in ben Fällen bes S. 423. auf Kreisgefängniß, und in ben Fällen bes S. 425., insofern ber Betrug eine Beschäbigung ber Vermögensrechte bes Anderen zum Gegenstand hatte, auf Amtsgefängniß nicht unter vierzehn Tagen herabzugehen.
- S. 427. Die in ben vorhergehenben SS. 423. bis 425. gebrohten Strafen treffen auch Denjenigen, ber burch wiffent- lich falsche Erklärungen die Errichtung von achten öffentlichen Urkunden mit unwahrem Inhalt bewirkt, und zu einem ber bort bezeichneten Zwecke bavon Gebrauch gemacht hat.
- \$. 428. Wer, um fich über wahre Thatsachen ein Beweismittel zu verschaffen, eine falsche öffentliche Urkunde fertigt,
 ober eine achte öffentliche Urkunde verfälscht, und bavon Gebrauch macht, wird mit Gefängniß von acht Tagen bis zu
 vier Monaten bestraft.
- §. 429. (Fälfchung von Zeugniffen, Baffenu. f. w.) Bon ber gleichen Strafe wird Derjenige getroffen, ber zu anberen unerlaubten Zwecken, als ben in ben §§. 423. und 425. bezeichneten, falfche öffentliche Zeugniffe, Wanderbucher, Baffe, Reiferouten, Gefindebucher ober andere öffentliche Urkunden fertigt oder achte verfälscht, und zu jenen Zwecken Gebrauch bavon macht.
- \$. 430. (Fälfchung von Brivaturfunden.) Wer falsche Brivaturfunden fertigt ober achte verfälscht, und bavon, als von achten, Gebrauch macht, wird in den Fällen der \$\$. 423. und 424. mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu vier Jahren, in schwereren Fällen mit Zuchthaus von Ginem

Jahre bis zu funf Jahren, in ben Fällen bes \$. 425. aber mit Gefängniß ober mit Arbeitshaus bis zu zwei Sahren bestraft.

§. 431. (Milberungsgrunb.) Beträgt bei Fälfchung von Brivaturfunden zu einem ber im §. 423. bezeichneten Zweide weber ber eingetretene, noch ber beabsichtigte Gewinn ober Schaben über funfundzwanzig Gulben, so sind die Gerichte ermächtigt, bis auf acht Tage Amtegefängniß herabzugehen.

\$. 432. (Fälfchung von Bechfeln, letten Billen ic.) Die Fertigung falfcher ober bie Berfälfchung achter Sanbelszeitel, gezogener Wechfel von Sanbelsleuten, ober eigenhänbiger letter Billensverordnungen wird gleich ber Fälfchung

öffentlicher Urfunden bestraft (§§. 423. bis 428.)

\$.433. (Fälfchung in Sandlungsbuchern.) Wer in feine Sandlungsbucher in Fällen, wo folche nach ben Gefegen vom Richter als Beweismittel für ihn zugelaffen werden können, falfche Einträge macht, und fie zur betrüglichen Begründung oder Entkräftung von Nechtsansprüchen gebraucht, wird als schuldig der Fälschung von Brivaturtunden bestraft.

- §. 434. (Betrugliche Ausfüllung von Blanfetten.) Wer ein Blankett zu einem ber in ben §§. 423.
 425. 428. und 429. bezeichneten Zwecke mit einem anderen
 Inhalt ausfüllt, als wozu es bestimmt war, und bavon Gestrauch macht, wird als ber Fälschung schuldig bestraft.
- §. 435. (Fälfdung von Staatspapieren. 53) Ber faliche inländische ober ausländische Staatspapiere fertigt, ober achte verfälscht, wird, wenn er die von ihm gefertigten, ober verfälschten Papiere bereits ausgegeben hat, mit Bucht-

³³⁾ Bgl. bayer. Str.: G.: Bch. Art. 347. 348., ofbenburg. Art. 352. 353., aftenb. Art. 268. fg., würtenb. Art. 216—218., braunschw. §. 130., hanneb. Art. 205—207., hess. Art. 218—222., thüring. Art. 267. 268., preuß. §§. 121—124., öfterreich. §§. 106—117., sach. Art. 329.

haus bis zu zwölf Sahren bestraft, ober wenn er von ben Bapieren noch nichts ausgegeben hat, mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu fechs Jahren, und in leichteren Källen ber leteteren Art mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren.

Ueberbies wird in allen Fallen zugleich auf Confiscation und Bertilgung ber falfchen ober verfalfchten Staatspapiere

erfannt.

- §. 436. (Gebrauch falfcher Urtunden.) Bon ben in ben vorhergehenden §§. 423. bis 435. gedrohten Strafen wird auch Derjenige getroffen, welcher in der bort bezeichneten Art wiffentlich von falschen oder verfälschen Urtunden, die ein Anderer verfertigt oder verfälscht hat, im Einverständniß mit dem Urheber der Fälschung Gebrauch macht.
- \$. 437. Gefchah folder Gebrauch von falfchen ober versfälschten Urkunden, die ein Anderer verfertigt ober verfälscht hat, ohne Ginverständniß mit dem Urheber der Fälschung, so kann die Strafe drei Biertheile des in den §§. 423. bis 435. gedrohten höchsten Maßes nicht übersteigen.
- \$. 438. (Falfdung von Grengfteinen. 54) Ber absichtlich achte Grengsteine untenntlich macht, verruct, ober megichafft, ober falfche fest, wirb, wenn es zur betrüglichen Begrundung ober Entkraftung von Liegenschaftsanspruchen ge-

^{285.,} wart. Art. 226., braunschw. §. 134., hannob. Art. 315. 3iff. 5. Art. 337., heff. Art. 429. 430., tharing. Art. 277—279., preuß. §. 243. Ziff. 6., dikerr, §. 199. lit. e., [adh] Art. 332.

Ster foliest fic an Art. 8. bes Gef. v. 20. April 1854, bie Giderung ber Gemartunge, Gewannens und Gigenthumegrengen u. f. w. betr.

Ber eine ber im Art. 6. genannten ober eine Eigenthumsgrengmarte beschäbigt, ift jum Scabenersage verbunden und unterliegt überbies, wenn er die Beidabigung vorfahifch verübt bat, bie Anntung aber gleichwohl nicht unter bas Strafgefep fallt, einer Gelbstrafe von gehn bie funfundzwanzig Gulben.

Die gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher bem Art. 5. ober 7. biefes Gesfebes zuwider handelt.

lleber ben Schabenersat und bie verorbnete Gelbftrafe ertennt bie Polizeis

schab, mit geschärftem Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Källen mit Zuchthaus von Ginem Jahre bis zu vier Jahren bestraft, und, wenn es zur Beschädigung eines Anderen ohne gewinnsuchtige Absicht geschah, oder auch nur, um sich über die wahre Grenze ein Beweismittel zu verschaffen, mit geschärftem Kreisgefängniß.

- \$. 439. (Bon Zeichen ber Wafferberechtigung.) Wer obrigkeitlich errichtete Zeichen bes Umfangs ober Raßes einer Wafferberechtigung absichtlich verändert ober wegschafft, ober falsche errichtet, wird, wenn es zur betrüglichen Begrunbung ober Entkräftung von Ansprüchen auf solche Berechtigung geschah, mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Källen mit Zuchthaus von Ginem Jahre bis zu vier Jahren bestraft, und wenn es zur Beschädigung eines Anderen ohne gewinnsuchtige Absicht geschah, oder auch nur, um sich über seine bestehende Berechtigung ein Beweismittel zu verschaffen, mit Kreisgefängniß.
- §. 440. (Fälfchung von Stempelpapier. 55) Ber falsches Stempelpapier fertigt, ober achtes verfälscht, und bavon als von achtem Gebrauch macht, ober an Andere absetz; ober wer miffentlich mit falschem ober verfälschtem Stempelpapier, welches ein Anderer gefertigt ober verfälscht hat, handel treibt, wird, nebst der Consiscation seines Borraths, mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Fällen mit Zuchthaus von Einem Jahr his zu vier Jahren bestraft.
- \$. 441. (Falfdung an Mag und Gewicht.) Ber fich bei Ausubung feines Gewerbes geftempelten unrichtigen Maßes ober Gewichtes, ober unrichtiger, als richtig bezeichneter. Bagen betrüglich bedient, ober gestempeltes Maß ober Ge-

s1) Bgl. würtemberg. Str. S. Bc. Art. 222—225., braunichw. §. 131., hannob. Art. 199., heff. Art. 223—227., preuß. §. 253.

wicht, ober als acht bezeichnete Waagen verfalfcht, und bavon bei Ausübung feines Gewerbes betrüglich Gebrauch macht, wird, auf Antrag der Polizeibehörde; nebst der Consiscation des unrichtigen Naßes ober Gewichtes, oder der unrichtigen Waage, mit Gefängniß over Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Fällen mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu vier Jahren bestraft.

- \$. 442. (Fälfdung an Golb- und Silberwaaren.) Ber Baaren von funftlich nachgemachtem, unächtem Gold ober Silber, welche fälfchlich mit bem öffentlichen Beichen ber Aechtheit verfehen find, ober Golb- ober Silberwaaren, beren Gehalt fälfchlich mittelft bes öffentlichen Zeichens zu hoch angegeben ift, fertigt und absett, ober solche
 Baaren, welche ein Anderer verfertigt hat, wiffentlich und betrüglicher Beise als ächt ober probehaltig abset, wird mit
 Buchthaus von Ginem Jahre bis zu acht Jahren, in leichteren
 Fällen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- \$: 443. (Gelbstrafe.) In allen Fällen bes Berbrechens ber Fälfchung aus gewinnsuchtiger Absicht (§§. 423.
 424. 426. 427. unb 430. bis 442.) tritt neben ben gebrobten Freiheitsstrafen zugleich Gelbstrafe ein, welche bier ben
 Betrag von Eintaufend Gulben in eben bem Maße übersteigen
 tann, als ihn ber im einzelnen Falle vom Verbrecher erlangte
 Bortheil ober ber bem Verletten verursachte Schaben übersteigt.
- \$. 444. (Gebrauch frember Fabritzeichen 2c. 56) Wer sich fälschlich ber Waarenstempel ober Fabritzeichen eines anderen inländischen Fabritanten bedient, und die damit bezeichneten Waaren absett, wird, auf Anzeige des betheiligten Fabritanten, von Gefängnifftrafe bis zu drei Monaten ober von Gelbstrafe getroffen.

^{*)} Bergi. altenb. Str. 2 G. 2 Bo. Art. 252., wurt. Art. 222-225., braunichm. \$. 131., thuring. Art. 258., preuß. §. 269., fachf. Art. 312.

Ebenbasfelbe gilt von dem falfchlichen Gebrauche ber Baarenstempel oder der Fabritzeichen der Fabritanten auswärtiger Staaten, mit welchen in diefer Beziehung die Gegenfeitigkeit vertragsmäßig festgesett ift.

- \$. 445. (Strafmilberung.) In den Fällen ber \$\$. 423. bis 428. und 430. bis 444. gilt ber bem Beschäbigten vor obrigkeitlichem Einschreiten aus freiem Antriebe geleistete Ersat als Strasmilberungsgrund, und er schließt bei
 ber Fälschung öffentlicher Urkunden bie Anwendung bes \$. 424.
 jedenfalls aus.
- §. 446. (Fälfdung von Siegeln 1c. 57) Wer öffentliche Siegel, ober wer Stempel, die zur Bezeichnung von Wechseln, ober handelszetteln, ober von (nicht vom Staat ausgegebenen) Papieren auf Inhaber bestimmt sind, unbesugter Weise fertigt, nachmacht ober rechtswidrig sich zueignet, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft, und wenn er diese Siegel oder Stempel, oder ächte ihm anvertraute Siegel oder Stempel unter Umständen, unter welchen ein Misbrauch berfelben zu Fälschungen als leicht möglich erscheint, undesfugter Weise an Andere abgibt, mit Kreisgefängniß, und wenn die abgegebenen Siegel oder Stempel zu einer Fälschung wirklich gebraucht wurden, mit Kreisgefängniß nicht unter drei Monaten oder mit Arbeitshaus bis zu drei Jahren.
- \$. 447. (Fälfchung von Stempeln ic.) Burben bie im vorhergehenben \$. 446. bezeichneten Sandlungen an öffentlichen, zur Bezeichnung von Staatspapieren, ober von Golb= und Silberwaaren bestimmten Stempeln, ober an bem zur Fertigung von Staatspapieren bestimmten Papier, ober ben bazu bestimmten Formen ober Blatten verübt, so werben

^{**)} Bgl. baher. Str. 28. 28ch. Art. 338. 426., olbenb. Art. 343. 455., altenb. Art. 251., würtemberg. Art. 222—225., braunfchw. §. 131., hannov. Art. 198., heff. Art. 228—232., thüring. Art. 257., preuß. §. 340. 3iff. 3., bsterreich. §. 330.

bie bort gebrohten Strafen bis zum Doppelten erhöht. Sie werden um die Sälfte herabgefest, wenn die That an Balbhämmern, Stempeln fur Maß ober Gewicht, ober an anderen öffentlichen Stempeln begangen wurde.

- §. 448. Die in ben vorhergehenden §§. 446. und 447. gebrobten Strafen find in allen Fällen mit Confiscation ber fälfchlich nachgemachten Gegenstände verbunden. Sie kommen nicht zur Anwendung, infofern die That in ein bestimmtes schwereres Verbrechen übergeht.
- \$. 449. (Entziehung ber Gewerbsberechtigung.) Gegen einen Gewerbsmann, ber zur Berühung ber in ben \$\$. 441. 442. 446. und 447. bezeichneten Berbrechen fein Gewerbe mißbraucht, kann, und wenn er rudfällig wird, muß überdies auch auf zeitliche ober bleibende Entziehung ber Be-rechtigung zu bem mißbrauchten Gewerbe erkannt werden.

XXXI. Titel.

Bom Betrug58).

\$. 450. (Thatbeftand bes Betrugs aus Gewinnsfucht.) Wer außer ben Källen ber Fälfchung (Titel XXX.) einen Anderen aus gewinnsuchtiger Absicht durch arglistige Entstellung der Wahrheit, oder durch vorsätzliche Vorenthaltung ber Wahrheit, mit Verletzung einer besonderen Rechtspflicht, wiffentlich zu einer das Vermögen desselben beschädigenden Handlung oder Unterlassung verleitet, verfällt wegen Betrugs in die Strafe der Unterschlagung (§. 403.).

^{**)} Bgl. baper. Str.: B.: Bd. Att. 256—283. 387—390., olbend. Art. 261—288. 397—401., altend. Art. 284—286., würt. Art. 351—354., braunichw. he. 224—239., bannov. Art. 308—320., bess. Art. 385—399., thüring. Art. 236—259., preuß. he. 241—262., bsterreich. he. 197—206. 486., sach. Art. 284—286.

- \$. 451. Ber ben Irrthum eines Anderen, ben er nicht felbst veranlaßt hat, burch fein Benehmen unterhält und aus gewinnsuchtiger Absicht zur Beschädigung besselben in seinem Bermögen benüt, wird von brei Viertheilen ber im vorhergehenden \$. 450. gebrohten Strafe getroffen.
- §. 452. (Bei Berträgen.) Wegen Uebervortheilung bei Abschließung von Berträgen tritt, auch beim Dasein ber Boraussegungen ber §§. 450. und 451., bie Strafe bes Betrugs nur ein:

1. wenn ber eine Theil die Eingehung bes Bertrags nur als Täuschungsmittel gebraucht hat, bei einseitigen Berträgen, um sich ben Bertragsgegenstand mit Beschädigung bes Anderen, und bei doppelseitigen Berträgen, um sich die in ber bedungenen Leistung des Anderen bestehenden Vortheile, ohne die bedungene Gegenleistung, betrüglich zuzueignen, und solche Zueignung wirklich erfolgt ist; ober

2. wenn die Uebervortheilung durch eine vorfähliche Täuschung der Art, daß sie nach dem burgerlichen Rechte Richtigkeits= oder Entschädigungsklagen begrundet, unter Umsständen bewirkt worden ift, aus denen hervorgeht, daß der Täuschende sich zugleich den Entschädigungsanspruchen des Anderen zu entziehen sucht, oder daß er doch sein Unvermögen zur Entschädigungsleistung bei kunftiger Erhebung jener Klagen vorausgesehen haben musse.

- §. 453. (Betrug von Juwelieren.) Juweliere, und ebenfo andere Gewerbsleute, bie mit Juwelen Sandel treiben, verfallen, wenn fie Andere badurch betrüglich beschädigen, daß sie burch belaftete Verträge wiffentlich unächte Ebelfteine als achte abgeben, ebenfalls in die Strafe des Betrugs (§. 450.).
- S. 454. (Bon Gold= und Silberarbeitern.) In bie gleiche Strafe verfallen Gold= und Silberarbeiter und

andere Gewerbsleute, die mit verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Gold oder Silber Handel treiben, wenn fie Andere dadurch betrüglich beschädigen, daß sie ungestempelte Waaren dieser Art fälschlich als ächt, oder fälschlich als Waaren von einem höheren Gehalte, als sie wirklich haben, durch belastete Verträge abseten.

- \$. 455. (Durch Bermechslung ober Beränderung bes Bertragsgegenstandes.) Die gleiche Strafe trifft auch Denjenigen, ber einen Anderen baburch beschäbigt, baß er bei Gingehung ober Bollziehung eines Bertrags ber Sache, die er bem Bertrage gemäß zu übergeben ober zuruckzuliefern hatte, betrüglich eine andere untergeschoben ober ste in ihrer Beschaffenheit betrüglich verändert hat.
- §. 456. (Befchränkung ber Strafverfolgung.) Der Betrug in Vertrageverhältniffen wird nur auf Anzeige bes Beschäbigten untersucht und bestraft, biejenigen Fälle ausgenommen, ba er bei Ausübung eines Gewerbes, ober von Banden ober von Landstreichern verübt wurde.
- \$. 457. Die in Bezug auf ben Diebstahl in ben \$8. 378. 379. und 388. bis 394. aufgestellten Bestimmunsen gen gelten auch von bem Betrug.
- §. 458. (Betrug ohne gewinnsüchtige Absicht.) Die betrügliche Beschädigung eines Anderen in seinem Bermögen aus Bosheit oder Nachsucht, ohne gewinnsüchtige Absicht, wird mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren
 bestraft, insofern die Handlung nicht in ein bestimmtes anderes
 schwereres Verbrechen übergeht.
- \$. 459. (Unterbrudung von Urkunden.) Wer aus gewinnfüchtiger Absicht, ober um ben Anderen in feinem Bermögen zu beschädigen, Urkunden, auf welche ber Andere nach ben Borschriften ber burgerlichen Procesorbnung (§. 786.

Nr. 1. 2. und 3.) Unspruche hat, unbrauchbar macht, vernichtet ober unterbruckt, wird von folgenden Strafen getroffen:

1. von ber Strafe bes §. 450., wenn es aus Gewinn-

fucht gefchab, und bie Absicht erreicht murbe;

2. in anderen Fallen von Gefängniß = ober Arbeitshaus= ftrafe bis gu zwei Jahren.

- \$. 460. Bon Gefängniß = ober Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren wird auch Derjenige getroffen, welcher ohne bie Boraussehungen bes \$. 459. Alten einer öffentlichen Behörbe ober andere fremde Urkunden in rechtswidriger Absicht unsbrauchbar macht, vernichtet ober unterdruckt.
- §. 461. (Gelb= ftatt Freiheits ftrafe.) Statt ber Freiheitsstrafe kann in ben Fällen ber vorhergehenden §§. 450. bis 460. auch Gelbstrafe erkannt werden, und zwar in ben Fällen ber §§. 451. und 458. unbeschränkt, in ben übrigen Fällen bagegen bis zu Ginem Drittel berfelben.
- §. 462. (Berfügung über eine mit Befchlag belegte eigene Sache.) Wer seine eigene bewegliche Sache, bie für einen Gläubiger zur Sicherheit, ober als Gegenstand ber Huffen beimlicher mit gerichtlichem Beschlag belegt ift, bem Beschlag heimlicher Weise entzieht, unter Umständen, unter welchen es bem Gläubiger ganz oder theilweise unmöglich wird, auf anderem Wege zu seiner Bestriedigung zu gelangen, versfällt in die Strafe des Betruges (§. 450.)
- §. 463. (Neber eine zum Fauftpfand gegebene Sache.) Die gleiche Strafe trifft Denjenigen, ber unter gleichen Umftänden dem Fauftpfandgläubiger, oder dem, von den Parteien ermählten dritten Inhaber (L.R.S. 2076.) feine eigene, den Gegenstand des Faustpfandes ausmachende Sache ohne deffen Wiffen und Willen entzogen hat.
- §. 464. (Undere Galle betruglicher Entwens bung eigener Sachen.) Wer eine in frember Inhabung

befindliche bewegliche Sache, auf beren Burudforberung ihm ein Recht gufteht, bem Befite ober ber Gewahrfam bes Unberen ohne beffen Wiffen und Willen entzogen bat, und barauf betruglicher Beife bie Burudgabe ber Cache ober ben Erfat bafur bon bem Underen gerichtlich ober außergerichtlich forbert, wird ebenfalls von ber Strafe bes Betruges (S. 450.) ge= troffen, wenn auch ber Unbere baburch noch nicht in wirklichen Schaben gefett murbe.

S. 4651 (Betrügliche Berbeimlichung von Bermögenstheilen in ber Gant.") Der Schilbner, welcher, nachem bie Gant gegen ibn eröffnet ift, jur Berffirzung ber Gantgläubiger Bermögenstheite verheimlicht ober auf bie Seite fonft, foll von brei Biertheilen ber Strafe bes Betrugs (§. 450.) getroffen werben ").

8. 466. (Betrug in ber Gant.) Der Schulbner, welcher, nachbem bie Bant gegen ibn eröffnet ift, einzelne Glaubiger jum nachtheile Anderer betrüglich begunftigt ober bie Gantglaubiger burch andere betrugerifche Sanblungen befchabigt, ober melder bor Gröffnung ber Gant, ju einer Beit, ba ibm icon befannt ift, bag feine Schulben fein Bermogen übersteigen, jur Gefahrbe ber Glaubiger Bermogenotheile bon bers baltnigmagig bebeutenbem Belange unentgeltlich weggibt ober um einen auffallenb nieberen Breis veräußert, ober feine Berbinblichfeiten burch Musftellung von Urtunten über unmahre Unfpriiche Unberer betruglich vermehrt, wird von ber Strafe bes Betruge (S. 450.) getroffen.

S. 465. (Betrug gegen Glaubiger.) Gin Schulbner, ber feine Glaubiger betrüglich verfürgt, namentlich baburch, bak er:

⁵⁹⁾ leber Reate im Chulbenwefen vgl. baper. Str. S. Bd. Art. 273 - 279. oldend. Art. 278—284., altend. Art. 256—260., würt Art. 362—367., braunschw. §§. 233—236., hannov. Art. 220—224., bess. Art. 402—406., thüring. Art. 242—245., preuß. §§. 259—262., österreich. §. 199. lit. s. 486. sächs. Art. 304—310.

⁴⁰⁾ Durch bas Ginführungsgeset vom 5. Februat 1851 finb, wie folgt, bie SS. 465. 466. abgeanbert:

¹⁾ Bermogenetheile verbeimlicht, auf Die Geite ichafft ober gum Schein veraugert. Gegenftante von verhaltnigmagig beteutentem Belange unentgeltlich weggibt, ober um einen auffallent nieberen Breis veraugert, ober

²⁾ burd unrichtige Darfiellung feiner Bermogeneverhaltniffe fich falfdlich fur jablungenufabig ertlart, ober nach ausgebrochener Gant einzelne Glaubiger gum Rachtheil anderer begunftigt, ausstehenbe Forberungen verheimlicht, erbichtete Schulben aufftellt ober anertennt,

foll bon ber Strafe bee Betrige (S. 450.) getroffen werben.

S. 466. (Leichtfinnige und muthwillige Ueberichutbung.) Gin Schulbner, ber fich burch übermäßigen Aufwand, unordentlichen Saushalt, Bernach- läßigung feines Erwerbszweiges ober burch gewagte, mit feinem Bermögen in offenbarem Digverhaltniß ftebenbe Unternehmungen außer Ctanb gefest bat, feine Glaubiger 3u befriedigen, foll, wenn er bei feiner handlungsweise die nach eröffneter Gant eins getretene Wertfugung der Gläubiger als wahrscheinlich voraussehen konnte, mit Ges schanfig bis zu jechs Nocnaten bestraft werben.

- \$. 467. (Bahlungsfluchtige Ganbelsleute follen folgenbermaßen bestraft werden:
- 1. wegen leichtstinniger Bahlungefluchtigkeit (Ganbelerecht S. 250 und 251) mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis qu zwei Jahren;
- 2. wegen boshafter Zahlungeftuchtigkeit (Sanbelsrecht S. 69, 257 und 258) mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu acht Jahren, in leichteren Fällen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren.
- \$. 468. Von ber nämlichen Strafe (§. 467. Nr. 2.), verbunden mit ber im handelsrecht S. 262. gedrohten, ber Maffe zufallenden Gelbstrafe, werden auch die Mitschuldigen der boshaften Zahlungeflüchtigkeit (Handelsrecht S. 261.) getroffen.
- \$. 469. (Entziehung ber Gewerbeberechtigung.) In Fällen, wo die Ausübung eines Gewerbes zum Betrug aus Gewinnsucht mißbraucht wurde, fann, neben den gesetzlichen Freiheits oder Gelbstrafen zugleich die Entziehung der Berechtigung zu dem mißbrauchten Gewerbe auf bestimmte Zeit oder auf immer ausgesprochen werden.
- \$. 470. (Strafmilberung egrund.) Sat ber Schulbige vor obrigkeitlichem Ginschreiten aus freiem Antriche bem Beschädigten die Sache wieder zurudgegeben, ober vollen Ersatz geleistet, ober ihn in anderer Weise vollommen zufrieden gestellt, so wird die Strafe in allen Fällen des gegenwärtigen Titels auf ein Drittel des sonst verschuldeten Maßes herabz gesetz 61).

¹⁾ Rach bem Ginführungsgeset vom 5. Februar 1851 ift als Mbfat 2. ein-

Berben im Salle bes & 466. Die Glaubiger vor eingetretener Rechtstraft bes Strafertenntniffes von bem Schulbigen ober von Anderen gang ober jum Theil befriedigt, fo fallt bie gebrobte Strafe gang ober theilweife weg.

XXXII. Titel.

Bon Falfdung und Betrug gur Beeintrachtigung von Familienrechten 62).

- \$. 471. (Beeinträchtigung ber Familienrechte: 1. burch Fälfchung öffentlicher Urkunden.) Wer eine falfche öffentliche Urkunde fertigt, oder eine ächte öffentliche Urkunde verfälfcht, und davon, als von einer ächten, Gebrauch macht, um sich oder einem Anderen einen ihm nicht gebührenden Familienstand zuzueignen, oder den Familienstand eines Anderen zu unterdrücken, wird mit Juchthaus von Ginem Jahre bis zu acht Jahren, in leichteren Fällen mit Arbeitsshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- §. 472. (2. burch andere betrugliche Mittel.) Burde durch andere betrugliche Mittel, als durch falsche ober verfälschte öffentliche Urkunden, eine folche Beeinträchtigung der Familienrechte bewirkt, so tritt Zuchthausstrafe von Ginem Jahre bis zu funf Jahren, in leichteren Fällen Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren ein.
- \$. 473. (3. burch Unterschiebung von Kindern.) Burde der Familienstand eines Kindes unter sieben Sahren burch Unterschiebung oder Verwechslung desselben betrüglich unterdrückt oder verändert, so tritt Zuchthausstrafe von Ginem Jahre bis zu zehn Jahren, in leichteren Fällen Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren ein.
- §. 474. (Betrugliche Verleitung gur Che.) Ber eine Person, mit Verschweigung ber ihm bekannten gesetlichen Chehinderniffe, ober sonft mittelft eines Betrugs, wegen beffen

^{*2)} Byl. bayer. Str. G. Bd, Art. 282. 283. 291., olbenb. Art. 287. 288. 402., altenburg. Art. 261. 262., würtemb. Art. 371., braunschw. § 181. 182., hannov. Art. 255. 256., hess. Art. 397., thüring. Art. 249., preuß. § 138., sāchs. Art. 235. 31ff. 2. c.

ber getäuschte Theil auf Nichtigkeit ber Che klagen kann, zur Singehung einer She verleitet, wird, wenn die She für nichtig erklätt worden ift, mit Arbeitshaus bis zu drei Jahren bestraft, insofern die That nicht in ein anderes, schwereres Versbrechen übergeht.

- §. 475. (Strafe bes Berfuch 8.) Burde die Che nicht eingegangen, fo gilt folcher Betrug als Versuch, ber mit Kreisgefängniß bestraft wird, infofern ber eine ober ber ans bere Theil bereits ben Trauschein nachgesucht hat.
- §. 476. (Befchränkung ber Strafverfolgung.) In ben Fällen ber §§. 471. bis 473. und 475. tritt Untersfuchung und Bestrafung nur auf bie Anzeige eines Betheiligsten ein.

XXXIII. Titel.

Gemeinsame Bestimmungen zu ben vorhergehenden Titeln XXVI, bis XXXII.

\$. 477. (Polizeiliche Zuftändigkeit.) Die erfte und zweite gemeine, nicht unter erschwerenden Umftänden (§. 385.) verübte Entwendung, die erste und zweite, nicht unter erschwerenden Umftänden (§. 404.) verübte Unterschlagung, und ebenso das erste und zweite Vergehen des Betruges (§§. 450. und 458.) wird, wenn der Werth des Gegenstandes Einen Gulden nicht übersteigt, nur als Polizeifrevel besstraft, infosern nicht schon eine gerichtliche Bestrafung wegen Diebstabls, Unterschlagung oder Betrugs vorausgegangen ist.

Ebendasfelbe gilt auch, wenn die Gegenftande mehrerer zusammentreffenden Entwendungen oder Unterschlagungen oder Betrügereien biefer Art zusammengenommen ben Betrag von

Ginem Gulben nicht überfteigen.

- §. 478. (Busammentreffende Berbrechen.) Bei bem gemeinen ersten Diebstahl und bei dem ersten Rucksall in bieses Berbrechen, bei dem gemeinen dritten Diebstahl und bei den Rucksallen in dieses Perbrechen, so wie bei der Unterschlagung und den Rucksallen in dieses Verbrechen, mird, wenn mehrsache erste Uebertretungen oder mehrsache Rucksalle der einen oder anderen Art unter sich zusammentreffen, zur Bestimmung der Strafe, der Betrag aller einzelnen Diebstähle oder Unterschlagungen zusammengerechnet, die wegen des Dasseins von erschwerenden Umständen (§§. 385. und 404.) zu erkennenden Straferhöhungen aber werden mit Beobachtung der Borschriften der §§. 170. bis 179. bemessen.
- §. 479. Mehrfache Fälfchungen von Privaturkunden aus Gewinnsucht, und mehrfache Uebertretungen, welche mit der Strafe des gewinnsuchtigen Betrugs (§. 450.) bedroht sind, werden, wenn sie als Gegenstand des nämlichen Strafurtheils unter sich zusammentreffen, ebenfalls, unter Jusammenrechnung der Beträge, als fortgesetzes Verbrechen bestraft.
- §. 480. (Freiheitsftrafen mit Schärfungen.) In ben Fällen, in welchen ber Dieb von Gefängniß= ober von Arbeitshausstrafe unter brei Jahren, und in ben Fällen, in welchen ber Räuber von zeitlicher Freiheitsstrafe getroffen wird, ist barauf immer in Verbindung mit Giner ober mehreren ber gesehlich zulässigen Schärfungen zu erkennen.
- \$. 481. (Stellung unter polizeiliche Aufficht.) Gegen ben Dieb, ber zu Arbeitshaus ober auch blos zu Kreisgefängniß verurtheilt wird, kann, und gegen ben wegen britten Diebstahls Verurtheilten muß immer zugleich auf Stellung unter polizeiliche Aufsicht erkannt werben.
- §. 482. (Banben.) Wenn sich eine Anzahl von wenigstens brei Bersonen zur Berübung mehrerer, einzeln noch unbe-fimmter Verbrechen bes Raubs, Diebstahls, ber Fälfchung

ober bes Betrugs, verbunden haben, so werden die Anstister und Ansührer mit Zuchthaus von Ginem Jahr bis zu fünf Jahren, die übrigen Theilnehmer mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Källen mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu drei Jahren bestraft.

\$. 483. Haben Theilnehmer einer folden Banbe (§. 482.) ein Verbrechen, ober eine strafbare Versuchshandlung, in Folge threr Verbindung, wirklich verübt, so werden die dadurch verschuldete Strafe und die Strafe des §. 482. nach der Vorschrift der §§. 170. bis 179. zusammengerechnet.

XXXIV. Witel.

Bon bem Meineib, bem Gibes- und Sandgelübbebruch, und von falfchen Zeugniffen und Gutachten 63).

- \$. 484. (Meineib.) Wer in einer burgerlichen Streitfache einen zugeschobenen, ober einen vom Richter auferlegten Eib wiffentlich falfch schwört, wird wegen Meineibs mit Buchthaus von Ginem Jahre bis zu acht Jahren bestraft.
- §. 485. (Offenbarungseib.) Wer nach abgelegtem Offenbarungseib Bermögenstheile, die er angeben follte, wiffent- lich verschweigt, wird mit Arbeitshaus ober Zuchthaus bis zu sechs Jahren, und ber Hanbelsmann, welcher sich nach eröffneter Gant dieses Berbrechens schuldig macht, mit Arbeits- haus nicht unter Ginem Jahre ober Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft.

¹⁾ Bgl. bayer. Str : G. : Bc. : Art. 263. Ziff. V. Art. 269 — 272. 290 — 292., olbenb. Art. 268. Ziff. II. 2. Art. 274—277. 295—297., altenburg. Art. 183—188., wartemb. Art. 227—234., braunichw. §6. 135—142., bannov. Art. 208—216., §eff. Art. 232—243., thiring. Art. 172—178., preuß. §6. 125—132., öfterr. §. 199. lit. a. §. 204., facf. Art. 221—231.

\$. 486. (Faliches Zeugniß und Gutachten in bürgerlichen Rechts = und in Verwaltungsfachen.) Die in dem \$. 484. gebrohte Strafe trifft auch Denjenigen, der, in einer burgerlichen Rechts = oder einer Verwaltungs = sache, als Zeuge, oder als Sachverständiger beeidigt, miffentslich ein falsches Zeugniß ablegt, oder miffentlich ein falsches Gutachten abgibt, oder ein miffentlich falsch abgelegtes Zeugniß, oder ein miffentlich falsch abgegebenes Gutachten durch einen Sid bestätigt.

§. 487. (In Straffachen.) Solches Berbrechen

(§. 486.) im Strafverfahren foll:

1. wenn es zu Gunften bes Angeschulbigten verübt wirb, mit Buchthaus von Ginem Jahre bis zu sechs Jahren bestraft werben, insofern bem Zeugen ober Sachverständigen bafür ein Lohn gegeben ober versprochen war, außerdem mit Arbeits-haus bis zu zwei Jahren;

2. wenn es zum Nachtheil bes Angeschulbigten verübt wird, mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu acht Jahren, und, wenn beshalb ber Angeschulbigte, ber keine ober nur eine geringere Strafe verschulbet, zum Tobe verurtheilt wurde,

mit Buchthaus bis zu funfzehn Jahren.

\$. 488. (Strafe ber Wiebervergeltung.) Ift in Fällen bes §. 487. Nr. 2. ein Erkenntniß, welches, auf ben Grund eines falschen Zeugniffes ober Gutachtens, bie Verzurtheilung eines Unschuldigen zu einer Freiheitsstrafe, ober bie Verurtheilung eines Schuldigen zu einer höheren, als ber verschuldeten Freiheitsstrafe ausspricht, ganz ober theilweise vollzogen, so wird ber Zeuge ober Sachverständige von der Strafe bessenigen Verbrechens, desen der Unschuldige durch das Urtheil für schuldig erklärt wurde, ober von einer bis zu der Straferhöhung, welche gegen den Schuldigen eintrat, ansteigenden Strafe getroffen, insofern solche Strafen das im §. 487. Nr. 2. gedrohte höchste Maß übersteigen.

- fchulbigten, ber keine ober nur eine gegen einen Angesschulbigten, ber keine ober nur eine geringere Strafe verschulbet, ein, auf ben Grund falscher Zeugnisse ober Gutsachten ausgesprochenes Todesurtheil vollzogen, so tritt, insofern zwei ober mehrere Zeugen ober Sachverständige, in Folge vorheriger Berabredung, das falsche Zeugnis ober Gutachten in der Absicht abgegeben haben, um die Berurtheilung zur Todesstrafe herbeizuführen, die Todesstrafe, außerdem lebens-längliches oder zeitliches Zuchthaus nicht unter zwölf Jahren ein.
- \$.490. (Unerheblichkeit als Strafmilberung &grund.) Ift ber Inhalt bes missentlich falsch abgegebenen
 Zeugnisses, ober bes wissentlich falsch abgegebenen Gutachtens
 unerheblich, so gilt bies als Milberungsgrund, mit ber Wirkung,
 baß alsbann bie Strafe nie ein Drittheil bes höchsten Maßes
 ber in ben §§. 486. und 487. gebrohten Strafen übersteigen
 barf, und bis auf Arbeitshaus herabsinken kann.
- S. 491. (Fälle ber Straflosigkeit.) Gegen ben Zeugen, welcher Thatsachen gegen besseres Wissen abgeläugnet ober verschwiegen hat, sindet keine Strafe statt, wenn es Thatsachen sind, über die er nach den Gesen nicht als Zeuge vernommen werden darf, oder Thatsachen, welche gegen ihn, oder gegen Berwandte oder Verschwägerte in gerader Linie, oder gegen Geschwister oder Verschwägerte im zweiten Grade der Seitenlinie, oder gegen den Ehegatten desselben eine strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen könnten, oder ihn oder eine bieser Bersonen der öffentlichen Verachtung preisigeben wurden.
- S. 492. (Bei ungiltiger Cibesleiftung.) Burbe ber Gib im Wiberspruche mit ber Bestimmung eines Urtheils, ober wurde er ba, wo er gesetzlich unstatthaft war, ober in gesetzlich ungiltiger Weise abgenommen, so findet ebenfalls teine Strafe statt.

\$. 493. (Anfang ber Strafbarkeit: 1. bei personlicher Eibesleistung.) Das Berbrechen bes Meineids (§. 484. und 485.) und bes falschen Zeugnisses ober Gutsachtens (§§. 486. und 487.) gilt von bem Augenblick an für verübt und strafbar, da das Protokoll über die Ableistung bes falschen, zugeschobenen, oder vom Nichter auserlegten Eides, oder über das mit Verletzung der Cidespflicht abgelegte falsche Zeugniß, oder abgegebene Gutachten, von dem Schwörenden unterschrieben oder bestätigt worden ist. Wurde das falsche Zeugniß, oder falsche Gutachten mit Verletzung der Eidespssicht bei der Berhandlung eines Gerichtshoses in der Sitzung abgegeben, so gilt das Verbrechen mit dem Schlusse der Berhandlungen für verübt und strafbar, oder schon vorher, wenn der Zeuge oder Sachverständige die in der Sitzung gemachte Aussage, auf geschehene Aufsorderung, nochmals bestätigt.

§. 494. (2. bei schriftlicher Eibesleiftung.) Geschah bie Leiftung eines falschen, zugeschobenen, ober eines salschen, vom Richter auferlegten Sides schriftlich, ober murbe auf einen vor Gericht geleisteten Sid hin ein salsche Zeugniß ober ein salsches Gutachten, ober eine dem Offenbarungseid zuwiderlaufende Erklärung schriftlich abgegeben, so gilt das Berbrechen von dem Augenblick an für verübt und strasbar, da die schriftliche Sidesleistung, oder das schriftliche Zeugniß oder Gutachten, oder die schriftliche Erklärung bei Gericht

übergeben morben ift.

\$. 495. (Wirkung bes Wiberrufs: 1. ber Bartei.) Benn bie Partei bas Beschworene nach bem in ben vorher= gehenden \$\$. 493. und 494. bezeichneten Zeitpunkte, jedoch ehe noch für die Gegenwart ein wirklicher Schaben enistanden ift, aus freiem Antriebe wiberruft, so gilt dies als Straf-milberungsgrund.

\$. 496. (2. ber Beugen ober Sachverftanbigen.) Benn ein Beuge ober ein Sachverftanbiger bas falfche Beug-

niß ober das falfche Gutachten nach bem in den vorhergehenben §§. 493. und 494. bezeichneten Zeitpunkte, jedoch ehe noch ein darauf ergangenes Urtheil verkundet oder sonft ein Nachtheil für einen Anderen daraus entstanden ist, aus freiem Antriebe widerruft, so gilt dies, unter der Voraussehung, daß ihm nicht für das falsche Zeugniß oder Gutachten ein Lohn gegeben oder versprochen war, ebenfalls als Strafmilberungsgrund.

§. 497. (Falfcher Wiberruf.) Ift ber Wiberruf (§. 496.) eines Zeugniffes ober Gutachtens wiffentlich wahrs beitswidrig geschehen, so treten die auf das falsche Zeugniff ober Gutachten felbst gesetzen Strafen (§§. 486. bis 490.) ein.

\$. 498. (Beträftigung an Eibesftatt.) Die nach ben Gefeten bem Gibe gleich geltenbe Befräftigung folcher Befenner bes chriftlichen Glaubens, die eine eibliche Befräftigung als unerlaubt betrachten, sowie die in ben Fällen bes \$. 625. Nr. 1. ber burgerlichen Brozefordnung an die Stelle ber in ben §\$. 484. und 485. erwähnten Gibe tretenbe feier-liche Bersicherung, wird, in Beziehung auf die in ben vorhergehenden §\$. 484. bis 497. enthaltenen Vorschriften, bem

Gibe gleich geachtet.

§. 499. (Erlaffung ber Eibesleiftung.) Haben Zeugen ober Sachverständige, benen in einem bürgerlichen Rechtsstreit ober in einer Verwaltungssache die Leistung des Sides von den Parteien erlassen wurde, darauf wissentlich falsche Zeugnisse abgelegt ober wissentlich falsche Dutachten abgegeben, oder früher abgelegte falsche Zeugnisse, oder abgegebene falsche Gutachten wissentlich wahrheitswidrig als wahr bekräftigt, oder so abgelegte wahre Zeugnisse oder abgegebene wahre Gutachten später wissentlich wahrheitswidrig widerrusen, so werden ste von der Strafe des §. 486. getrossen, jedoch mit der Milderung, daß dieselbe im einzelnen Falle dis auf Kreisgefängniß herabgesetzt werden kann, und drei Viertheile des dort gedrochten höchsten Strafmaßes niemals übersteigen darf.

- §. 500. Bon ber gleichen Strafe (§. 499.) werben unbeeibigte Schiederichter getroffen, welche in einer ihnen überstragenen Rechtssache wiffentlich ungerechte Entscheidungen geben ober zum Zwecke solcher Entscheidungen wiffentlich ungerecht abstimmen.
- §. 501. (Handgelübbe an Eibesftatt.) Ebenbasselbe gilt von bem Valle, ba bem Zeugen ober Sachverständigen, mit Zustimmung der Varteien, statt des Eides nur ein Handgelübbe abgenommen wurde, und ferner von dem Valle, wo ein Zeuge nach dem §. 145. der Strasprozesordnung, weil er durch die dort bezeichneten Zwangsmittel zur Eidesleistung nicht vermocht werden konnte, unbeeidigt oder nur mit Abnahme eines Handgelübdes statt des Eides bernommen wurde.
- \$. 502. (Bruch bes Sandgelübbes.) Wo in ansberen Fällen bie Bartei, ober ber Zeuge, ober Sachverständige statt bes Sibes nur ein Sandgelübbe abgelegt hat, tritt statt ber Strafen ber §\$. 484. bis 487. Kreisgefängniß ober Arsbeitshaus bis zu zwei Jahren ein.
- \$. 503. (Gelbstrafe.) In ben Fällen bes Meineibs (§s. 484. 485. und 498.) und in ben Fällen bes von ber Bartet begangenen Handgelübbebruchs (§. 502.) tritt neben ber Freiheitöftrafe überall zugleich Gelbstrafe ein, welche ben Betrag von Eintausend Gulben in eben bem Mage übersteigen kann, als ihn ber vom Verbrecher erlangte Vortheil ober ber bem Verletten verursachte Schaben übersteigt.
- \$. 504. (Bruch bes Berfpruchseibes ober Berfpruchsgelübbes: 1. im Allgemeinen.) Wer sich vor ber zuständigen Behörde zur Bornahme ober Unterlassung einer bestimmten Sandlung burch geleisteten Gib verpstichtet hat, und biese Verpstichtung vorsätzlich verlett, wird, insofern die Handlung ober Unterlassung nicht in ein bestimmtes anderes,

schwereres Verbrechen übergeht, mit Arbeitshaus bis zu Ginem Jahre, und wer fich in gleicher Weise durch geleistetes Sandegelübbe verpflichtet hatte, unter gleicher Voraussehung mit Kreisgefängniß bestraft.

- \$. 505. (2. bei ftanbig aufgeftellten Sachverftanbigen.) Wenn ein Sachverstänbiger, welcher für stänbig bestellt, und im Voraus für Begutachtungen ber bestimmten Art eiblich ober handgelübblich verpstichtet ift, im einzelnen Valle nach ausbrücklicher Hinweisung ober mit ausbrücklicher Beziehung auf diese allgemeine Verpstichtung wissentlich ein falsches Gutachten abgibt, so wird er von den durch die \$\$. 486. bis 489. und 502. gedrohten Strasen getroffen.
- §. 506. (Gerabgefeste Strafe.) Ift im einzelnen Falle bie ausbruckliche hinweisung ober Beziehung auf bie frühere allgemeine etdliche ober handgelübdliche Berpflichtung unterblieben, so kann, die Fälle bes §. 489. ausgenommen, die Strafe brei Biertheile bes höchsten Maßes, welches nach bem vorhergehenden §. 505. sonst eintreten könnte, nicht übersfteigen, und nach Umständen unter das angedrohte niederste Maß bis auf Kreisgefängniß herabsinken.
- \$. 507. (3. Bei bergleichen Zeugen.) Die Vorfchriften ber §§. 505. und 506. finden auch Anwendung auf Beugen, welche, zu gewiffen Wahrnehmungen und beren Anzeige im Allgemeiren eidlich oder handgelübblich verpflichtet, im einzelnen Falle wiffentlich falsche Aussagen machen.
- §. 508. (Unfähigkeit zum Gib und Zeugnif.) In allen Fällen biefes Titels, mit Ausnahme ber Fälle bes §. 502. und bes falfchen Zeugniffes ober Gutachtens zu Gunften eines Angeschulbigten, wofür bem Zeugen ober Sachverständigen nicht ein Lohn gegeben ober versprochen war
 (§. 487. Nr. 1.), hat die Berurtheilung, wenn ber Schuldige

von Buchthaus= ober von Arbeitshausstrafe getroffen wird, zugleich die Unfähigkeit zum Gibe und zum gerichtlichen Beug= niffe zur Folge.

XXXV. Titel.

Bon ber Mungfalfdung und der Falfdung von Papiergelb 64).

- \$. 509. (Gegenstand ber Mungfälfchung.) Wer falsche Müngen fertigt, ober achte verfälscht, um sie als Gelb in Umlauf zu seine, ist, wenn es inländische Mungen, ober wenn es andere, im Großherzogthum, im gemeinen, ober auch nur im Sandelsverkehr geltende Mungen sind, des Verbrechens der Mungfälschung schuldig.
- \$. 510. (Fertigung falfcher Mungen.) Wer fich bes Verbrechens ber Mungfälschung baburch schuldig macht, baß er falsche Mungen fertigt, wird mit Zuchthaus von Ginem Jahre bis zu sechs Jahren bestraft, und wenn er davon als Geld bereits ausgegeben hat, mit Zuchthaus von zwei Jahren bis zu zwölf Jahren.
- \$: 511. (Strafe bes Ausgebers.) Wer falfche Munzen, die ein Anderer gefertigt hat, im Einverständniß mit bem Urheber der Fälschung, als Geld ausgibt, wird ebenfalls mit Zuchthaus von zwei Jahren bis zu zwölf Jahren bestraft.
- \$. 512. Wer, ohne Einverständniß mit dem Urheber ber Fälfchung, wiffentlich falfche Mungen an sich bringt, und als Geld wieder ausgibt, wird von Kreisgefängniß oder Arsbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren, in schwereren Fällen von

⁴¹⁾ Bgl. bayer. Str.: G.: Bd. Art. 341—348. 428—431., olbend. Art. 346—351. 457—460., altend. Art. 263—274., würt. Art. 206—218., braunichw. §6. 126—130. 133., bannov. Art. 200—207., beli. Art. 204—222., thüring. Art. 260—268., preuß. §6. 121—124., österreich. §6. 106—121., sach. Art. 320—320.

Buchthausftrafe von Ginem Jahre bis zu vier Jahren, unb nebftbem in allen Fallen von Gelbstrafe getroffen.

Die Galfte biefer Strafen tritt ein, wenn ein Bieberausgeben von ben Mungen, die er zum Zwede betrugerischen Wieberausgebens an fich gebracht hat, noch nicht erfolgt ift.

- §. 513. (Verfälfchung durch Verringerung des Werthes ic.) Wer sich des Berbrechens der Mungfälfchung dadurch schuldig macht, daß er ächte Mungen durch Beschneisden, Feilen, oder auf andere Weise in ihrem Werthe verringert, oder geringeren Mungforten das Ansehen höherer gibt, und solche verfälschte Mungen als vollgiltig oder ächt ausgibt, wird ebenfalls von Kreisgefängniß oder von Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren, in schwereren Fällen von Zuchthausstrafe von Einem Jahre bis zu vier Jahren, und nebstdem in allen Fällen von Gelbstrafe getroffen.
- \$. 514. (Verfuch.) Sind von ben Munzen, welche in ber im vorhergehenden §. 513. bezeichneten Art in der Absticht verfälscht murden, sie als vollgiltig oder acht auszuzgeben, noch keine ausgegeben worden, so wird die That von Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu drei Jahren, und nebstzbem von einer Gelostrafe bis zu fünshundert Gulden getroffen.
- \$. 515. (Strafe bes Ausgebers.) Bon ber Strafe bes \$. 513. wird auch Derjenige getroffen, welcher folche ver-fälfchte Mungen, im Ginverständniß mit dem Urheber ber Ber-fälfchung, als vollgiltig ober acht ausgibt.
- §. 516. Wer, ohne Einverständniß mit dem Urheber ber Verfälschung, wiffentlich solche verfälschte Munzen (§. 513.) an sich bringt, und als vollgiltig oder acht wieder ausgibt, wird von Kreisgefängniß oder Arbeitshausstrafe bis zu drei Jahren und nebstbem von Geldstrafe getroffen, und von der Hälfte dieser Strafen, wenn ein Wiederausgeben von solchen

Mungen, bie er in ber Absicht, fle ale vollgiltig ober acht wieder auszugeben, an fich gebracht hatte, noch nicht erfolgt ift.

§. 517. (Fälfchung von frembem Metallgelb.) Wer in gewinnsuchtiger Absicht falsches, frembes, nicht zu ben im §. 509. bezeichneten Munzen gehörendes Metallgelb fertigt, wird mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, in schwereren Vällen mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu vier Jahren, und wenn er davon als Gelb bereits ausgegeben hat, mit Zuchthaus von Einem Jahr bis zu acht Jahren bestraft.

\$. 518. Wer foldes Metallgelb (§. 517.) in gleicher Absicht verfälscht (§. 513.), und bas verfälschte als vollgiltig ober als ächt ausgibt, wird von Gefängnifftrafe nicht unter vierzehn Tagen, ober Arbeitshausstrafe bis zu brei Jahren,

und nebftbem bon Gelbftrafe getroffen.

\$. 519. (Versuch.) Ist von bem Metallgelb, welches auf die in dem vorhergehenden §. 518. bezeichnete Art in der Abstächt verfälscht worden ist, um es als vollgiltig oder als ächt auszugeben, noch keines ausgegeben worden, so wird die That von Gefängniß = oder Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren, und nebstdem von einer Gelbstrafe bis zu fünshundert Gulden getroffen.

§. 520. (Ausmeffung ber Strafe.) Bei ber Aus= meffung ber in ben vorhergehenden §§. 509. bis 519. ge= brobten Strafen innerhalb ber gefehlichen Grengen kommt be=

fonbere in Betracht:

1. Die Menge und ber Betrag ber gefertigten falfchen, ober verfälschten Munzen, fowie bie Menge und ber Betrag ber bavon ausgegebenen Stude;

2. ber Unterschied zwischen bem mahren Werth und bem

Mennwerth berfelben;

3. Die Beschaffenheit ber angewendeten Vorrichtungen und Werkzeuge, je nachdem folche mehr oder weniger die Verübung bes Verbrechens im Großen möglich machten; endlich

- 4. ber Umftand, ob die Falfcheit ber Mungen felbft fchwerer ober leichter ertennbar ift.
- §. 521. (Strafmilberung ögrund.) Ift ber Betrag ber gefertigten falschen ober verfälschten Mungen nur unbebeutend, so gilt dies als Strafmilberungsgrund, insofern
 nicht im einzelnen Falle in der Art und Weise der Fertigung
 und der Beschaffenheit der dazu angewendeten Vorrichtungen
 und Werkzeuge (§. 520.) ein besonderer Grund höherer Strafbarkeit liegt.
- §. 522. (Fälfchung von Papiergelb.) Wer falfches Bapiergelb fertigt, wird mit Zuchthaus bis zu acht Jahren, und wenn er bavon bereits ausgegeben hat, mit Zuchthaus von funf bis zu fechzehn Jahren bestraft.
- §. 523. Wer achtes Papiergeld verfälfcht und als acht ausgibt, wird von Zuchthausstrafe von Einem Jahre bis zu acht Jahren, in leichteren Fällen von Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren, und nebstbem in allen Fällen von Gelbstrafe gestroffen.
- \$. 524. (Berfuch.) Ift von dem verfalfchten Bapiergelb noch nichts ausgegeben worden, so wird die That mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu drei Jahren bestraft.
- S. 525. (Strafe bes Ausgebers.) Bon ben bem Urheber für ben Fall bes geschehenen Ausgebens gedrohten Strafen (§S. 522. und 523.) wird auch Derjenige getroffen, ber falsches ober verfälschtes Papiergeld, welches ein Anderer verfertigt ober verfälscht hat, im Einverständniffe mit bemfelben ausgibt.
- §. 526. Wer ohne foldes Einverständniß wiffentlich faliches ober verfälichtes Bapiergeld, welches ein Anderer verfertigt ober verfälicht hat, an sich bringt und als acht wieder ausgibt, wird von drei Biertheilen der im §. 523. gedrohten Strafe getroffen, und, wenn ein Wiederausgeben von dem

Bapiergelb, welches er zum Zwecke bes betrügerischen Bieberausgebens an fich gebracht hatte, noch nicht erfolgt ift, von brei Biertheilen ber im §. 524. gebrohten Strafe.

- §. 527. Wer falfche ober verfälschte Munzen (§§. 509. 516. 517. und 518.), ober falsches ober verfälschtes Bapiergelb irrthümlich als ächt eingenommen, und, nachdem er die Falschheit erkannt, als ächt ober als vollgiltig wieder ausgegeben hat, wird, wenn die Beschädigung den Betrag von fünf bis zwölf Gulden erreicht, von einer Geldstrafe nicht unter fünsundzwanzig bis zu Einhundert Gulden getroffen, und, wenn die Beschädigung den Betrag von zwölf Gulden überssteigt, von der Strafe des Betruges (§. 450.)
- \$. 528. (Fertigung von Formen ober Stemppel.) Wer Kormen zum Gießen, ober Stempel zum Brägen von Munzen, ober Stempel, bie zur Bezeichnung von Bapiergeld bestimmt sind, unbesugter Weise fertigt, nachmacht, ober rechtswidrig sich zueignet, wird mit Gefängniß bestraft, und, wenn er diese Formen ober Stempel, ober ächte, ihm anvertraute Formen oder Stempel, unter Umständen, unter welchen ein Mißbrauch berselben zu Fälschungen als leicht möglich erscheint, unbesugter Weise an Andere abgibt, mit Kreisgefängniß nicht unter zwei Monaten oder Arbeitshaus bis zu anderthalb Jahren, und wenn die abgegebenen Formen und Stempel zu einer Fälschung wirklich gebraucht wurden, mit Arbeitshaus, in allen Fällen jedoch nur, insosern die That nicht in ein bestimmtes schwereres Verbrechen übergeht.
- S. 529. (Von Papier mit Kennzeichen ic.) Die Borschriften bes vorhergehenden §. 528. in Bezug auf Stempel, bie zur Bezeichnung von Lapiergeld bestimmt find, gelten auch von bem hiefur bestimmten, mit besonderen Kennzeichen versehenen Papier, sowie von ben zur Fertigung von Papiergeld bestimmten Formen oder Platten.

\$. 530. (Confiscation.) In allen Fällen werden bie falfchen ober verfälschten Mungen und bas falfche ober verfälschte Bapiergelb, sowie die zur Fertigung ber falschen Mungen ober bes falschen Papiergelbes gebrauchten, ober bazu bestimmten Formen, Platten ober Stempel von ber Confiscation getroffen.

\$. 531. Fur die confiscirten verfälfchten Mungen wird Erfat des Metallwerthes, jedoch nur an Diejenigen geleiftet, welche nicht felbst das Verbrechen der Mungfälschung verübt

ober baran Theil genommen haben.

§. 532. (Entziehung ber Gewerbsberechtigung.) Gegen Denjenigen, ber zur Fertigung falfcher Munzen ober falfchen Bapiergelbes, ober zur Berfälfchung von Munzen ober Bapiergelb, ober zur Fertigung von Werfzeugen ber in ben §§. 528. und 529. bezeichneten Art fein Gewerbe mißbraucht, kann, und gegen ben Ruckfälligen biefer Art muß zugleich bie Entziehung ber Berechtigung zu bem mißbrauchten Gewerbe auf bestimmte Zeit, ober auf immer, ausgesprochen werben.

XXXVI. Titel.

Bonbem Budyer 65).

§. 533. (Fälle ber Strafbarkeit.) Wer bei Darleben und anderen belafteten Verträgen fich übermäßige Bortheile bedingt, wird in folgenden Fällen megen Wuchers bestraft:

1. wenn er die ihm bekannte Noth, ober ben ihm bestannten Leichtstinn bes Anderen zu bessen Uebervortheilung benützte, und sich die bedungenen wucherischen Vortheile in ber Vertragsurkunde verschleiert zusichern ließ;

⁴³⁾ Bgl. bayer. Str. 2 St. 2 Bd. Art. 261. 262., ofrend. Art. 266. 267., aftenburg. Art. 293—301., würtemb. Art. 355., braunfchw. § 231. 232., hannov. Art. 313., heff. Art. 400. 401., thuring. Art. 286—290., preuß. § 263—265., facf. Art. 340—348.

2. wenn er, um ben Anbern zu täufchen, ben Bertrag fo einkleibete, bag berfelbe baraus bas wahre Berhältniß feiner Leiftung zur Gegenleiftung nicht erkannte, und, nach bem Grabe feiner Einsichten, nicht leicht erkennen konnte;

3. wenn er einem Minberjährigen, Entmundigten, Mundtobten, ober Verbeiständeten bei Verträgen der im Gingang bezeichneten Art, die er mit ihm ohne Mitwirkung des Vormundes, Pflegers ober Beistandes eingegangen hat, einen

wirklichen Bermogensnachtheil zufügte.

§. 534. (Strafe.) Der Bucherer verfällt, nebstdem, baß er bem Anderen ben ganzen Betrag des von ihm bezogenen Gewinnes zurückzuerstatten hat, in eine Gelbstrafe, welche bis zum zehnsachen Betrage des bezogenen oder des beabsichtigten Gewinnes ansteigen kann, und beim Ruckfall überdies zugleich in Kreisgefängnißstrafe.

XXXVII. Citel.

Bon Beschäbigung fremder Rechte burd Untreue, Berrath oder Berlegung von Geheimniffen, und von Migbrauch öffentlicher Berechtigungen 66).

\$. 535. (Treulofigkeit: 1. ber Rechtsbeiftanbe.) Der Bertreter ober Rechtsbeiftanb einer Bartei, welcher in ihren, bei einem Gerichte ober einer Berwaltungsbehorbe zu beforgenben Angelegenheiten ben Gegentheil, in Folge eines

s) Bgl. über Untreue bayer. Str., G., Bc, Art. 295. 296. 398—400., ofbenb. Art. 300. 301. 417—419., altenb. Art. 321., würtemb. Art. 453—457., braunfchw. §. 285., hannov: Art. 219. 368., heff. Art. 407., thüring. Art. 318., preuß. §. 246., [Ach. Art. 371.

Bgl. über Berlehung von Geheimnissen baver. Str. Bd. Art. 396, olbenb. Art. 413. 414., altenb. Art. 323. 324., würtemberg. Art. 369 370., braunischweig. S. 237., bannov. Art. 218., best. Art. 410., thuring. Art. 320., preuß. S. 155., bsterreich. §S. 498. 499., sach. Art. 372. 373.

Ginverftandniffes, jum Nachtheil ber eigenen Bartei in bofer Abficht begunftigt, wird von Gelbstrafe nicht unter funfzig Gulben, oder von Gefangnifftrafe nicht unter vierzehn Tagen, in schwereren Fällen von Arbeitshausftrafe getroffen.

\$. 536. Die gleiche Strafe trifft ben Vertreter ober Rechtsbeistand, welcher in der nämlichen Sache beiden Barteien zu gleicher Zeit dient, oder welcher, nachdem er früher die eine Partei in einer Sache vertreten hatte, zu deren Nachteil dem Gegentheil Thatsachen, oder Beweismittel, die ihm von der früheren Bartei zum Zwecke ihrer Vertretung gesoffenbart oder mitgetheilt worden waren, verräth, oder solche Thatsachen oder Beweismittel arglistig benützt.

§. 537. (2. öffentlicher Unwälte.) Gehört in ben Fällen ber vorhergebenden §§. 535. und 536. der Vertreter oder Rechtsbeistand zu den öffentlich aufgestellten Anwälten oder Schriftverfaffern, so kann statt der Geld- oder Gefängnissstrafe auf zeitliche Entziehung des Rechts der Anwaltschaft, oder des Schriftverfaffungsrechtes, und muß neben der Arbeitsshausstrafe auf zeitliche oder bleibende Entziehung dieses Rechtes, und der durch die Staatsprüfung erlangten Befähigung zur Anstellung im öffentlichen Dienst erkannt werden.

S. 538. (Entziehung bes Rechts ber Anwalts schriftverfaffer bie Ausübung ihrer Berechtigung zur Begehung eines Berbrechens mißbrauchen, welches von einer höheren Strafe, als Kreisgefängnif von brei Monaten, getroffen wird, so ift gegen ben Schuldigen neben biefer Strafe zugleich auf zeitliche, ober wenn bas Verbrechen von Arbeitsbausstrafe getroffen wird, auf zeitliche ober bleibende Entziehung bes Rechts ber Anwaltschaft und ber Schriftversaffung zu erkennen.

§. 539. (Untreue ber Bfleger und Bormunber.) Bfleger und Bormunber, welche bei ber Berwaltung ber

Bflegichaft ober Vormundschaft ihre Bflichten gegen ben Bflegbefohlenen ober Munbel zu beffen Nachtheil, aus Gigennut ober Bosheit verleten, werden, infofern die Sandlung nicht in ein anderes, schwereres Verbrechen übergeht, mit Gefängnis ober Arbeitshaus bis zu Ginem Jahre bestraft.

\$. 540. Auf Uhnen jedoch, welche Vormunder ihrer Abkommlinge find, finden bie Vorschriften bes vorhergehenden

S. 539. feine Unwendung.

S. 541. (Verletung der Verschwiegenheit durch Merzte ic.) Wenn Aerzte, Wundärzte, Hebärzte, Apotheker, Hebammen, Wundarzneidiener oder andere Bersonen, welche zur Ausübung eines Zweigs der Heilfunde öffentlich ermächtigt sind, Geheimnisse, zu deren Kenntniß sie vermöge ihres Beruses gelangt sind, Anderen unbefugter Weise offenbaren, so werden sie, auf Anzeige der Betheiligten bei der vorgesetzten Staatspolizeibehörde und auf Antrag dieser Letzteren, von Geldstrafe bis zu dreihundert Gulden oder von Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten, in schwereren Fällen und im Valle der Wiederholung nach Verkündung des verurtheilenden Erkenntnisses, von Kreisgefängnißstrafe, und überdies nach Umständen von zeitlicher Entziehung der Besugniß zur Auseübung ihrer Kunst getroffen.

S. 542. (Difbrauch ber Seilfunft.) Wenn bie im vorhergehenden S. 541. genannten Bersonen die Ausübung ihrer Berechtigung zur Berübung eines Berbrechens mißbrauchen, welches von einer höheren Strafe als Kreisgefängniß von brei Monaten getroffen wird, so ift gegen den Schuldigen neben dieser Strafe zugleich auf zeitliche, oder, wenn das Berbrechen von Arbeitshausstrafe getroffen wird, auf zeitliche oder bleibende Entziehung der Berechtigung zur Ausübung

feiner Runft zu erfennen.

\$. 543. (Schulbhafte Tobtung ober Rorperverletung.) Wenn bie im §. 541. genannten Berfonen, unter ben Voraussehungen bes §. 101., bei Ausübung ihrer Kunft ben Tob eines Menschen verschuldet haben, oder eine Bersteyung der im §. 225. Nr. 1. 2. oder 3., oder im §. 226. bezeichneten Art, so kann, nach Umständen, in den Fällen der Tödtung, neben den im §. 211. gedrohten Strasen, zugleich auf zeitliche oder bleibende Entziehung der Besugniß zur Aussübung ihrer Kunst, und in den Fällen der anderen Art, neben den im §. 237. gedrohten Strasen, zugleich auf zeitliche, oder im Falle der Wiederholung nach Verkundung des früheren verurtheilenden Erkenntnisses, auf zeitliche oder bleibende Entziehung jener Besugniß erkannt werden.

Ift die Töbtung ober Körperverlegung Folge eines bloßen, auf irriger Ansicht beruhenden, Runstfehlers, so wird ber Angeschuldigte, insofern er innerhalb der Grenzen seiner Kunsteberechtigung gehandelt hat, von keiner Strafe getroffen.

- §. 544. (Berrath von Fabritgeheimniffen.) Gehülfen in Fabriten, welche die ihnen im Berufe anvertrauten Fabritgeheimniffe zum Nachtheil ihres Dienstherrn unbefugter Weise Unberen offenbaren, werden, auf Anzeige des Beschädigten, ohne Unterschied, ob solches während des Dienstwerhältniffes oder nach dem Austritt aus demfelben geschah, mit Gefängniß bestraft.
- \$. 545. (Eröffnung ober Wegnahme frember Briefe 2c.) Wer Briefe ober andere versiegelte Urkunden, die nicht an ihn gerichtet sind, eigenmächtig öffnet, um undestugter Weise zur Kenntniß des Inhalts zu gelangen, oder zu gleichem Ende offener Briefe, oder anderer Urkunden mittelst Gewalt oder List sich bemächtigt, wird, insofern die That nicht in ein schwereres Verbrechen übergeht, auf Anzeige des Betheiligten, von einer Gelbstrase bis zu Einhundert Gulden, und wenn damit die Absicht, dem Anderen zu schaden, oder sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vortheil zu vers

fchaffen, gang ober theilmeife erreicht murbe, von Gefangniß=

ftrafe getroffen.

Geschah die Bemächtigung mittelft thätlicher Gewalt ober Drohung gegen ben Inhaber, fo kommt die Strafe bes Bersbrechens ber Gewaltthätigkeit (§. 278.) zur Anwendung.

XXXVIII. Citel.

Bon ber Branbftiftung 67).

- §. 546. (Anzündung: 1. von Bohngebäuden 2c.) Wer Wohngebäude absichtlich in Brand stedt, ober Schiffe mit Wohnungsräumen, oder Floge mit Wohnungen, oder Schiffsmuhlen, Bulverthurme, Bulvermagazine oder Bulvermuhlen, wird wegen Brandstiftung mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft.
- \$. 547. (2. von Kirchen 2c.) Die Branbstitung an Kirchen, Theatern, Fabrifen ober anderen, nicht zur Wohnung, wohl aber zur Versammlung ober zum zeitlichen Aufenthalt einer größeren Anzahl von Menschen bestimmten Gebäuden, ober an Gebäuden, worin öffentliche Bibliotheken, Kunst= oder Naturaliensammlungen, oder Archive oder Registraturen auf= bewahrt werden, wird bestraft:
- 1. ebenfalls mit Buchthaus nicht unter zehn Sahren, wenn fich zur Beit ber Brandlegung, ober zur Zeit bes Brand- ausbruchs Menfchen barin befanden, und ber Thater bies ver- muthen konnte;
 - 2. außerbem mit Buchthaus bis zu fechzehn Jahren.

^(*) Bgl. bayer. Str.:G.:Bdy. Art. 247—253. 255., olbenburg. Art. 252—258., altenb. Art. 171—178., würt. Art. 378—334., braunichw. §6. 204—208., hannov. Art. 181—187., heff. Art. 411—419., thüring. Art. 161—167., preuß. §9. 244. 284—289., bsterreid. §6. 166—170., sahl. Art. 208—214.

- \$. 548. (3. von Balbungen ic.) Zuchthausstrafe bis zu fechzehn Jahren trifft auch die Brandstiftung an Balbungen, an Fruchtfelbern, an Torfmooren und an Steinkohlen=, ober anderen, gleicher Feuersgefahr ausgesetzten, Bergwerken.
- \$. 549. (4. von anberen Gebäuben.) Wird bie That an anderen, als ben in ben §\$. 546. und 547. bezeichneten Gebäuben ober Schiffen verübt, ober an großen Borräthen von Holz, Torf, Steinfohlen, Heu, ober von ähnlichen Gegenstänben, so wird ber Thäter, insofern von bem Brand ein erheblicher Schaben zu beforgen war, mit Arbeitsthaus nicht unter Einem Jahre ober Zuchthaus bis zu fechs Jahren bestraft, außerbem nach ben Bestimmungen bes Titels XI.
- \$. 550. (Strafmilberung.) Ift im einzelnen Falle burch bie Brandstiftung nur unbedeutender Schaden verursacht worden, so kann die Strafe bis zur hälfte des durch die \$\$. 546. bis 549. gedrohten niedersten Maßes herabgesett werden.
- \$. 551. (Straferhohung: 1. wegen Broge bee Schabens.) Ift bagegen burch bie Branbstiftung im einzelnen Falle ein sehr großer Schaben verursacht worben, so tann bie Strafe über bas burch bie \$\$. 546. bis 549. gestrohte höchste Maß erhöht werden, und zwar:

1. in ben Fällen ber §§. 546. und 547. Nr. 1. bis

gu lebenslänglichem Buchthaus;

2. in ben Fällen bes §. 547. Nr. 2. und bes §. 548. bis zu zwanzig Sahren Buchthaus; und

3. in den Fällen bee §. 549. bis zu zehn Sahren Buchthaus.

\$. 552. (2. wegen anderer Umftanbe.) Diefe boberen Strafen (S. 551.) tonnen auch eintreten:

1. wenn ber Branbftifter burch Entfernung ober Berftorung ber Lofchgerathichaften, ober burch andere ju bem Enbe unternommene Ganblungen bas Löfchen bes Brandes verhindert ober erfchwert hat;

- 2. wenn er an mehreren Orten zugleich Brand angelegt hat; ober
- 3. wenn bie Brandstiftung erfolgt ift, um unter Be- gunftigung berfelben ein anderes Berbrechen zu verüben.
- \$. 553. (Gegenstand ber Brandstiftung.) Wenn ber Gegenstand, woran die Brandstiftung verübt wurde (§§. 547. bis 549.), einem anderen Gegenstande, hinsichtlich bessen die Brandstiftung mit höherer Strafe bedroht ift, so nahe liegt, daß sich das Feuer auf denselben voraussichtlich leicht fort=pflanzen kann, so ist die Strafe, die sonst zu erkennen wäre, zu erhöhen, und kann bis zu demjenigen Maße ansteigen, welches eintreten mußte, wenn der Thäter den letteren Gegenstand selbst in Brand gesteckt hätte.
- \$. 554. (Angundung bes eigenen Saufes ic.) Wer einen ihm felbst gehörenden Gegenstand ber in ben \$\$. 546. bis 549. bezeichneten Art unter Umftanden absichtlich in Brand stedt, daß baraus eine von ihm vorherzusehende Gefahr fur Menschenleben hervorgeht, wird von der nämlichen Strafe getroffen, als wenn ber in Brand gestedte Gegenstand fremdes Eigenthum ware.
- \$. 555. Wer ohne die Voraussetzung des vorhergebenben \$. 554. einen ihm felbst gehörenden Gegenstand der in den \$\$. 546. bis 549. bezeichneten Art unter Umständen absichtlich in Brand stedt, daß daraus eine von ihm vorherzusehende Gefahr für gleiches Gigenthum Anderer hervorgebt, wird mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu sechs Jahren bestraft; sedoch kann in den Källen, wo das gefährdete Eigenthum Anderer zu den in den §\$. 548. und 549. bezeichneten Gegenständen gehört, auf Arbeitshausstrafe erkannt werden.

- \$. 556. Sat fich in einem Falle bes vorhergehenden \$. 555. bas Feuer auf frembes Eigenthum ber in ben \$\$. 546. bis 548. bezeichneten Art fortgepflanzt, so kann bie Strafe bis zu bemjenigen Maße erhöht werben, welches eintreten mußte, wenn ber lettere Gegenstand felbst in Brand gesteckt worden mare.
- \$. 557. Wer einen ihm felbst gehörenden Gegenstand ber in den §§. 546. bis 548. bezeichneten Art zur Becinträchtigung der Nechte Anderer in Brand steckt, wird mit Zuchthaus von Sinem Jahre bis zu acht Jahren, und, wenn es ein Gegenstand der im §. 549. bezeichneten Art war, mit Arbeitshaus oder mit Zuchthaus von Sinem Jahre bis zu sechs Jahren bestraft, insofern nicht in dem einen oder anderen Falle nach den §§. 554. bis 556. eine höhere Strafe zu erstennen ist.
- §. 558. (Tobesftrafe.) Der Brandftifter wird mit bem Tobe bestraft, wenn bei bem Brande ein Mensch bas Leben verloren hat, und bieser Erfolg von ihm als bie mahrscheinliche Volge ber Brandstiftung vorhergesehen werden konnte.
- \$. 559. (Fahrläßige Töbtung, schwere Beschäbigung, Mordversuch.) Ist dieser Erfolg im einzelnen
 Fall, wo er nicht als eine wahrscheinliche Folge der Brandstiftung vorherzusehen war, dem Thäter gleichwohl noch zur Fahrläßigkeit zuzurechnen, oder ist dei dem Brande ein Mensch lebensgefährlich (S. 226.) oder schwer (S. 225. Nr. 1. 2. 3.
 und S. 230.) verlegt worden, und sind in Ansehung dieses Erfolges die Bedingungen der Zurechnung zum Vorsat, oder doch zur Fahrläßigkeit vorhanden, oder war, auch ohne daß solcher Erfolg eintrat, der Vorsat des Thäters auf eine Tödtung gerichtet, so wird der Brandstifter mit lebenslängslichem oder zeitsichem Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft.

- §. 560. (Bollendung ber Brandftiftung.) Das Berbrechen (§§. 546. bis 557.) gilt als vollendet, fobald bie Flamme ben Gegenstand ber Brandftiftung ergriffen, ober folches, burch Glimmen verzehrt zu werben, angefangen hat.
- §. 561. (Reue als Strafmilberungsgrund.) Sat jeboch ber Brandftifter bas Feuer aus freiem Antriebe felbst wieder gelöscht, so tritt, insofern der entstandene Schaden nur unbedeutend ift, blos Kreisgefängnifftrafe gegen ihn ein.
- \$. 562. (Fenerverwahrlofung.) Wer einen Brand, beffen absichtliche Anlegung nach ben vorhergehenden Bestimmungen als Verbrechen der vollendeten Brandstiftung zu bestrachten wäre, durch Fahrläßigkeit verschuldet, wird, wenn die Handlung von der Art war, daß der daraus entstandene Brand als deren wahrscheinliche Folge vom Thäter vorhergesehen werden konnte, und zugleich durch den Brand für Andere großer Schaden verursacht worden ist, auf Antrag der Boltzeibehörde, wegen Feuerverwahrlosung mit Kreisgesängniß oder Arbeitsshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

XXXIX. Citel.

Bon verursachter Ueberschwemmung und gefährlicher Beschäbigung von Gifenbahnen 68).

§. 563. (Strafe verursachter Heberschwemmung.) Ber vorfählich eine mit Gefahr für Leben, ober mit Gefahr großer Eigenthumsbeschäbigungen verbundene Ueberschwemmung baburch verursacht, daß er Dämme oder Deiche beschädigt ober zerstört, ober Schleußen unbefugter Beise öffnet, wird mit

⁴⁹⁾ Bgl. baper. Str. G. 209., drt. 254., ofbenb. Art. 259., aftenb. Art. 180., wurt. Art. 386., braunfchw. §. 209., bannov. Art. 189. 337., beff. Art. 420-423., tburing. Art. 169., preuß. §§. 290-300., öfterr. §. 85., fach. Art. 216-218.

Arbeitebaus ober Buchthaus von Ginem Jahre bis zu amolf Sabren beftraft, und wenn es jur Nachtzeit gefdiebt, ober um unter Begunftigung berfelben ein anderes Berbrechen gu peruben, mit Buchthaus.

- S. 564. (Mit erfolgtem Tobe von Menfchen.) In Fällen, wo burch bie Ueberschwemmung ein Menfch bas Leben verloren bat, wird ber Thater mit bem Tobe bestraft, wenn ihm biefer Erfolg zum bestimmten ober unbestimmten Borfas, und mit lebenslänglichem ober zeitlichem Buchthaus nicht unter acht Sabren, wenn er ibm blos zur Rabrläfigteit zuzurechnen ift.
- S. 565. (Dit lebenegefährlicher Befchabigung ac.) Buchthausstrafe nicht unter funf Jahren tritt ein, infofern burch bie Ueberfchwemmung ein Menfch lebensgefährlich (\$. 226.) ober fcmer (\$. 225. Nr. 1. bis 3. und \$. 230.) ver= lett wurde, wenn bem Thater ber eingetretene Erfolg auch blos gur Nahrläßigfeit gugurechnen ift.
- S. 566. (Borfablide Befdabigung von Gifenbabnen.) Wer porfablich eine Gifenbabn auf eine Beife befchädigt, wodurch Leben ober Gefundheit Anderer in Gefahr gefett wird, ober wer burd, eine andere handlung eine folche Gefahr auf einer Gifenbahn vorfählich bereitet, wird mit Bucht= baus von Ginem Sabre bis zu gebn Jahren, in leichteren Källen mit Arbeitshaus bis zu zwei Sabren beftraft.
- S. 567. (Dit erfolgtem Tobe eines Menfchen.) Sat baburch ein Menfch bas Leben verloren, fo wird ber Thater mit bem Tobe beftraft, wenn ihm biefer Erfolg gum beftimmten ober unbeftimmten Borfat, und mit lebenslanglichem ober zeitlichem Buchthaus nicht unter acht Jahren, wenn er ibm blos gur Sabrläßigfeit gugurechnen ift.
- S. 568. (Dit lebenegefährlicher Befcabiaung ic.) Satte Die That (S. 566.) eine lebensgefährliche 12

- (S. 226.) ober eine fcwere (S. 225. Nr. 1. bis 3. u. S. 230.) Berletung eines Menfchen gur Folge, fo tritt Buchthausftrafe ein, wenn bem Thater Diefer Erfolg auch blos zur Fahrlagig= feit zuzurechnen ift.
- S. 569. Sind Die im S. 566, bezeichneten Sandlungen bem Urheber blos zur Fahrläßigkeit zuzurechnen, fo wird berfelbe, wenn baburd ein Denich bas Leben verloren hat, mit Arbeitebaus, und, im Fall einer eingetretenen Rorperverletung, mit Befangnif nicht unter vier Bochen beftraft 69).

44) Gefet v. 20. April 1854, "bie Beftrafung ber ben Telegraphen= betrieb gefährbenben Berbrechen und Bergeben betr."

Der 39. Titel bes Strafgefegbuches vom 6. Marg 1845 erhalt folgenbe Bufate: S. 569. a. (Borfaplice Störung bes Telegraphenbetriebe.) Ber

porfablich bie Benugung einer von bem Ctaate ober mit beffen Genehmigung errichteten Telegraphenanstalt verhindert, ftort ober beeintrachtigt, wird mit Rreisgefangnig nicht unter brei Monaten ober mit Arbeitshaus bis gu vier Jahren beftraft. Beichah bie That in eigennütiger ober betrugerifder Abficht, ober gur Ber-

eitelung obrigteitlicher Anordnungen, fo tann auf Arbeitshauss ober auf Buchthauss

ftrafe bis zu feche Sahren ertannt werben. S. 569. b. (Arren ber Störung.) Sanblungen ber im S. 569. a. bezeichnes ten Art find inebefonbere:

bie Begnahme, Berftorung ober Beschäbigung ber Drabtleitung, ber Apparate und fonftigen Bubeborben ber Telegrapbenanlagen;

bie Berbindung frembartiger Gegenstante mit ber Drabtleitung;

bie Berbinberung ber Bieberberftellung einer gerftorten ober beidabigten Teles grapbenanlage:

bie Unterschlagung ober Falichung einer Melbung;

bie Berhinderung ber Telegraphenbebienfteten in ihrem Dienftberufe;

jebe Eigenmächtigkeit an ber Telegraphenanlage, woburch faliche Melbungen ver-

anlagt merben.

S. 569. c. (Mit erfolgtem Tobe eines Menfchen.) Sat in Folge folder Sanblungen (f. 569. a.) ein Denich bas Leben berloren, fo wird ber Thater mit bem Lobe bestraft, wenn ihm biefer Erfolg gum bestimmten ober unbestimmten Borfat, und mit Budthaus bis ju fechgebn Jahren, in leichteren gallen mit Arbeitsbaus nicht unter zwei Jahren, wenn er ihm blos gur Fahrlägigteit jugurechnen ift.

§. 569. d. (Mit lebensgefährlicher Beschäbigung u. f. m) hatte bie Ehat (§. 569. a.) eine lebensgefährliche (§. 226.) ober eine schwere (§. 225. Nr. 1. bis 3. und §. 230.) Berletung eines Menfchen gur Folge, fo tritt Buchthausstrafe bis gu gebn Jahren ein. Ift ber Erfolg bem Thater nur ale Fahrlagigteit jugurechnen, fo fann in leichteren Fallen auf Arbeitebausstrafe erkannt werben.

S. 569. e. (Fahrlagige Storung bes Telegraphenbetriebs.) Ber fahrläßiger Beife die Benugung einer Telegraphenanstalt verhindert, fiort ober beeintrachtigt, wird von einer Gelbftrafe ober von Gefangnig bis gu feche Monaten

getroffen.

Wenn jeboch in Folge einer folden Sanblung ein Menich am Rorper ober an

XL. Titel.

Bon anberen Beidabigungen frember Cachen 70).

S. 570. (Strafe ber Beschäbigung ac.) Wer aus Bosheit, Rachfucht ober Gigennut frembe Sachen beschäbigt ober gerftort, ober auf andere Weife fur ben Gigenthumer werthlos macht, wird, infofern die That nicht in ein anderes. fcmereres Berbrechen übergebt, von folgenden Freiheiteftrafen getroffen :

1. wenn bie Beschädigung nicht über funfundemangig

Bulben beträgt, bon Umtegefangniß;

2. bei bem Betrage von mehr ale funfundzwanzig bis zu breibundert Gulben von Gefängnig nicht unter vier Bochen ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren;

3. bei bem Betrage von mehr ale breihundert Gulben von Rreisgefängniß nicht unter feche Monaten ober Arbeitebaus.

S. 571. (Erfcmerungegrunde.) Ale befondere Erfcmerungegrunde find bei ber Befchabigung folgende Um= ftanbe anzuseben:

1. wenn bie Beschädigung an Gegenständen verübt worben ift, die bem Gottesbienfte ober ber öffentlichen Undacht gewibmet find; ober

2. an Rirchhöfen, Grabern ober Grabmalern;

3. an öffentlichen Denkmälern ober an Wegenftanben, melde in offentlichen Sammlungen fur Runft ober Biffen= fchaft ober Gewerbe aufbewahrt merben:

ber Befuntheit beschäbigt, ober getobtet worben ift, fo tritt Befangnig= ober Arbeits=

hausftrafe bis ju zwei Jahren ein. Bei fahrlagiger Berlegung hat bie fofortige, bei ber in ber einen ober anbern Richtung nachsigelegenen Telegraphenstation gemachte Gelbstanzeige, unbeicabet ber Berpflichtung jum Schabenersat, Straffosigteit zur Folge, inspfern nicht bie Beicabisgung eines Menschen an Körper ober Gesundheit baburch veranlagt worben ift.

¹⁰⁾ Bgl. bayer. Str.: S.: Bdy. Urt. 244-246. 383-386., olbenb. Urt. 249-251. 392—396., altenburg. Art. 288., würtemb. Art. 385—393., braunichw. §6. 210—212., hannov. Art. 336—339., heff. Art. 420—428., thüring. Art. 281—284., preuß. §8. 281—283., österr. §8. 85. 89. 468., sāch. Art. 335. 337.

4. an öffentlichen Bruden, Brunnen, Bafferleitungen, Schleuffen, Bebren, Uferbefestigungen ober anderen öffentlichen Wafferbauten, an Grengsteinen ober an obrigfeitlich errichteten Beichen bes Umfanges ober Maßes einer Wafferberechtigung;

5. an Feuerlofchgerathichaften ;

6. an öffentlichen Beleuchtungeanstalten;

7. an Bflanzungen ober anderen Gegenständen in öffent=

lichen Unlagen;

8. an Adergeräthschaften auf bem Felbe, an Felb = ober Gartenfrüchten ober an anderen Gegenständen im Freien, welche im Vertrauen auf die öffentliche Sicherheit nicht besonders verwahrt zu werden pflegen;

9. an Obftbaumen, Wein = ober Sopfenftoden;

10. an Sausthieren; ober

11. wenn bie That-aus Nache wegen Umtshandlungen verübt worben ift; ober

12. wenn fle verubt worden ift mittelft Ginbrechens ober Einfleigens in Gebäude, ober mit Gebrauch von Waffen; ober

13. burch Teuer, ohne bag fle in bas Berbrechen ber Branbstiftung übergieng.

- §. 572. (Straferhöhung bei Erichwerungs = grunben.) Beim Dasein eines ober mehrerer ber im vor= hergehenden §. 571. bezeichneten Erschwerungsgrunde wird die Strafe ber Beschädigung, die außerdem eintreten wurde, burch einen Jusah erhöht, welcher jedoch in den Fällen Nr. 2. bis 13. sechs Monate, und in den Fällen Nr. 1. zwölf Monate der sonft verschuldeten Strafart nicht übersteigen darf.
- §. 573. (Bei Gefahr für Leben ober Gefundsheit Anderer.) War mit der Beschädigung eine bem Thäter bekannte Gesahr für Leben oder Gesundheit Anderer verbunsten, so kann, insofern die That nicht in ein schwereres Bersbrechen übergeht, in den Fällen des §. 570. Nr. 1. und 2.

auf die für die nächste höhere Alaffe bestimmte Strafe er-

- \$. 574. (Gelb= ftatt Freiheitsftrafe.) Außer ben Fällen des §. 573. kann statt der Freiheitsstrafe, wenn fle zwei Jahre Arbeitshaus nicht übersteigt, oder statt eines Theils derfelben auch Geldstrafe erkannt werden.
- §. 575. (Befchäbigung aus Muthwillen.) Wer einen Anderen in feinem Bermögen aus Muthwillen badurch beschädigt, daß er Sachen besselben verdirbt, oder zerstört, oder auf andere Weise für den Eigenthümer werthlos macht, wird, wenn er schon zweimal polizeilich bestraft worden ift, oder der verursachte Schaden den Betrag von zehn Gulden übersteigt, von Gefängnifstrafe bis zu sechs Monaten oder von einer Gelbstrafe getroffen, und in Fällen, wo mit der Beschädigung eine dem Thäter bekannte Gefahr für Leben oder Gesundheit Anderer verbunden war, von Gefängnifstrafe.
- §. 576. (Wirkung bes Erfages.) Hat ber Schuls bige vor obrigkeitlichem Einschreiten ben Beschäbigten vollskommen zufrieden gestellt, oder benselben auch nach erfolgtem obrigkeitlichem Einschreiten zur Zurucknahme ber Anzeige besstimmt, so bleibt er, die Fälle bes §. 573. ausgenommen, strassos.

Außerbem wird die Strafe, wenn ber Thäter schon vor ber bei ber Obrigkeit geschehenen Anzeige aus freiem Antriebe vollen Ersag geleistet ober doch angeboten hat, die Fälle des §. 573. ebenfalls ausgenommen, herabgesetzt, in den Fällen der Beschädigung aus Bosheit, Nachsucht oder Eigennutz jedoch nicht unter ein Drittel des sonst verschuldeten Maßes.

§. 577. (Befchränkung ber Strafverfolgung.) Mit Ausnahme ber Falle bes §. 573. tritt Untersuchung und Bestrafung nur auf Anzeige bes Beschäbigten ein, ober, infofern ber Gegenstand ber Beschäbigung öffentliches Gigenthum

ift, auf Anzeige ber Polizeibehorbe ober berjenigen Beborbe,

welcher die Aufsicht über den beschädigten Gegenstand zusteht.

§. 578. (Eröffnung eines Grabes, und Ent= wendung aus dem selben.) Die unbefugte Eröffnung eines Grabes wird mit Gefängniß, und, wenn damit eine Entwendung aus dem Grabe verbunden war, mit Kreisgefäng= nif nicht unter brei Monaten ober mit Arbeitshaus beftraft.

§. 579. (Entwendung ober Berftummelung eines Leichnams.) Wer einen nicht beerdigten Leichnam, ober Theile bavon entwendet, ober einen folden Leichnam unbefugter Beife verftummelt, mird auf Anzeige ber Berfonen ober Behörben, welchen bie Sorge fur bie Beerbigung obliegt,

von Gefängnifftrafe getroffen.

S. 580. (Bergiftung von Weiben, Wiefen u. f. w.) Wer, um Thiere Unberer zu tobten ober zu befchabigen, Wei= ben, Wiesen, Teiche, Brunnen, Viehtranken, Fischwaffer, Salz= lacken ober fur das Vieh bestimmte Tummelplätze vergiftet, wird mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft, und wenn Die Tobtung ober Befchabigung von Thieren eingetreten ift, mit Arbeitshaus ober Buchthaus bis zu feche Jahren.

S. 581. (Verbreitung einer Viehfeuche.) Ber eine Viehseuche ober eine anstedende Viehkrankheit vorfählich verbreitet hat, wird mit Arbeitshaus ober Zuchthaus bis zu feche Sahren beftraft, und wenn es aus Fahrläßigkeit, jedoch mit Uebertretung ber von ber Obrigkeit zur Berhutung ber Berbreitung getroffenen Anordnungen, geschehen ift, auf An-trag ber Bolizeibehorbe mit Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu feche Monaten.

Auch in dem letteren Falle kann die Strafe bis auf zwei Jahre Arbeitshaus erhoht werden, wenn die Handlung, welche in Bezug auf die Verbreitung der Viehseuche dem Thater gur Fahrlagigfeit gugurechnen ift, aus Geminnfucht

bervorging.

\$. 582. (Scharfung.) In allen Fallen ber §§. 570. bis 581. fann bie Gefängniß= und Arbeitshausstrafe mit einer ober mehreren ber gefetich juläffigen Scharfungen verbunden werben.

XLI. Titel.

Bon ber Berabmurbigung ber Religion und ber Störung bes Gottesbienftes 71).

- \$. 583. (Gerabwurdigung ber Religion.) Wer Religionslehren ober Gegenstände ber religiösen Verehrung einer im Staate aufgenommenen ober gebuldeten Religions-gesellschaft durch Aeußerungen ober Handlungen, welche eine Lästerung, ober den Ausbruck von Hohn oder Verachtung enthalten, herabwurdigt, wird, insofern es öffentlich oder unter Umständen geschieht, daß öffentliches Aergerniß daraus entssteht, mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu Einem Jahre bestraft.
- §. 584. (Durch unbefugte Ausübung geiftlicher Amtshandlungen.) Wer, ohne ein Geistlicher zu
 fein, fälfchlich als Geistlicher gottesbienstliche ober geistliche Amtshandlungen verrichtet, die nach der bestehenden kirchlichen Ordnung nur durch einen Geistlichen verrichtet werden durfen, foll ebenfalls mit Gefängniß ober Arbeitshaus bis zu Ginem Jahre bestraft werden.
- §. 585. (Störung bes Gottesbienftes ac.) Ber unbefugter Beife ben Gottesbienft ober andere religiöfe Sandlungen ober Feierlichkeiten einer im Staate aufgenommenen

[&]quot;) Bgl. bayer. Str.-G.-Bd. Art. 336. 424., olbenburg. Art. 341. 453., altenb. Art. 189—193., würt. Art. 190—192., braunfcm. §\$. 104. 117., hannob. Art. 193—195., heff. Art. 193—196., thuring. Art. 180—184., preuß. §\$. 135—137., kiterreich. §\$. 122—124., [adj. Art. 221—234.

ober gebuldeten Religionsgefellschaft vorfäglich hindert ober stört, wird auf Antrag der Polizeibehörde mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, und wenn die Handlung von einer Mehrheit von Theilnehmern, die sich dazu verbunden hatten, oder mit Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen Bersfonen, oder mit Beschädigung von Sachen verüht wurde, inssofern dadurch nicht eine schwerere Strafe verschuldet ist, mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu Einem Jahre.

XLII. Citel.

Bon bem Sochverrath 72).

- §. 586. (Angriff gegen ben Großherzog.) Wer mittelst Anwendung von Gewalt ober Drohungen (§. 278.) einen Angriff gegen den Großherzog unternimmt, um denselben von der Regierung zu entfernen, ober ihm die Ausübung der Regierung unmöglich zu machen, oder um ihn zur Abtretung eines Theils des Großherzogthums, oder zur Abänderung oder Unterdrückung der Staatsversaffung zu nöthigen, oder wer zu einem gleichen Zwecke eine ihm anvertraute öffentliche Gewalt mißbraucht, wird als Hochverräther mit dem Tode bestraft.
- \$. 587. Wer sich eines Angriffs auf bas Leben bes Großherzogs schuldig macht, wird als Hochverrather mit bem Tobe bestraft.
- \$. 588. (Bewirkte Ginmifchung einer auswär= tigen Macht.) Wer eine auswärtige Macht veranlaßt, mit= telft Anwenbung von Gewalt ben Großherzog von der Regie-

⁷²⁾ Bgl. bayer. Str.: G.: Bch. Art. 299—304., olbenb. Art. 304—309., altenburg. Art. 81—86., würtemb. Art. 140—144. 148. 149., braunichw. §s. 81—83. 86. 88., hannov. Art. 118—121., bess. Art. 129—135. 139., thüring. Art. 77—82., preuß. §S. 61—66., österretch. §s. 58—62. 65. 66., sah. Art. 116—120.

rung zu entfernen, das Großherzogthum ganz ober theilweise einem fremden Staate zu unterwerfen, einen Theil des Landes vom Staatsverbande loszureißen, oder die Staatsversaffung abzuändern oder zu unterdrücken, wird, wenn die auswärtige Macht bereits Gewalt angewendet hat, als Hochverräther mit dem Tode bestraft.

- §. 589. (Hochverrätherischer Aufruhr.) Wer zu einem gleichen hochverrätherischen Zwecke (§. 588.) einen im Innern ausgebrochenen Aufruhr angestistet hat, oder zur Erreichung eines gleichen hochverrätherischen Zweckes, in Folge vorausgegangener Verschwörung, an dem zum Ausbruch kommenden Aufruhr selbst Theil nimmt, wird ebenfalls als Hochperräther mit dem Tode bestraft.
- §. 590. Wurde jedoch ein bereits zum Ausbruch gekommener Aufruhr wieder unterdruckt, ehe noch die Aufrührer
 babei eine Tödtung oder ein anderes schweres Verbrechen verübt haben, so ift auf lebenslängliches oder zeitliches Juchthaus
 nicht unter zehn Jahren zu erkennen.
- \$. 591. Wer zu einem hochverrätherischen Zwecke (§. 588.) an einem Aufruhr Theil nimmt, ohne vorher an einer Versschwörung zur Erregung besselben Theil genommen, ober ben Aufruhr selbst angestiftet zu haben, wird mit Zuchthaus nicht unter sechs Jahren, und im Falle bes §. 590. mit Zuchthaus bis zu zwölf Jahren bestraft.
- §. 592. (Eingehung einer hochverrätherischen Berbindung.) Wer zu einem hochverrätherischen Zwecke (§. 588.) eine Verbindung mit einer auswärtigen Macht eine gegangen, oder an einer die Ausstührung des Hochverraths mittelst Angriffs gegen den Großherzog (§. 586.), oder mittelst Aufruhrs (§. 589.) bezweckenden Verschwörung Theil genommen hat, wird, wenn die auswärtige Macht nicht bereits Gewalt (§. 588.) angewendet hat, oder der Aufruhr (§. 589.)

nicht bereits zum Ausbruche gekommen ift, mit Zuchthaus von zwei bis zu acht Sahren, und, wenn er zu den Anstiftern ober Anführern gehört, mit Zuchthaus bis zu zwölf Sahren bestraft.

- §. 593. (Herabgesette Strafe.) Waren jedoch im Falle einer Verschwörung, welche die Aussührung eines hochverrätherischen Unternehmens mittelst Aufruhrs bezweckte, die Mittel zur Erregung des Aufruhrs, und die Art und Weise der Durchsührung und Benühung desselben für den hochverrätherischen Zweck noch nicht verabredet, so werden die Schuldigen mit Arbeitshaus bestraft.
- §. 594. (Vorbereitungshandlungen zu hochverrätherischen Unternehmungen.) Wer zur Aussührung
 eines Angriffs gegen ben Großherzog zu einem hochverrätherischen Zwecke (§S. 586. und 587.) bereits Vorbereitungshandlungen vorgenommen, ebenso wer zu einem hochverrätherischen Unternehmen bereits Mannschaft angeworben, ober Vorräthe von Wassen ober Munition herbeigeschafft, oder wer durch öffentlich angehestete, oder in anderer Weise verbreitete Schristen, oder durch öffentliche Reden, oder durch andere diffentliche, zur Aufreizung der Volksmenge geeignete Sandlungen zu einem hochverrätherischen Unternehmen ausgesordert, oder sich bereits einen Vorrath von gedruckten, eine solche Ausforderung enthaltenden Schristen, zum Zwecke ihrer Versbreitung in hochverrätherischer Absicht verschafft hat, wird, wenn es weder zu einem solchen Unternehmen, noch zu einer darauf gerichteten Verschwörung wirklich gekommen ist, mit Kreisgesängniß nicht unter dei Monaten, oder Arbeitshaus bis zu dreit Jahren bestraft 73).

[&]quot;) Rad bem Ginführungsgeset vom 5. Februar 1851 ift bier folgenber neue Baragraph einguschalten:

Batagraph eingufwatten: § 594. a. Bon ber gleichen Strafe wird Derjenige getroffen, welcher eine Mehrzahl Anberer, wenn auch einzeln und im Geheimen, zu einem hochverratherischen

- \$. 595. (Angriffe gegen ben beutschen Bunb.) Wer mittelst Angriffs auf ein Mitglied bes beutschen Bunbes (\$. 586.), ober burch eines ber in ben §\$. 588. 589. und 594. bezeichneten Mittel bie Auflösung bes beutschen Bunbes, ober bie Losreifung eines Theils besselben von bem Bunbe, ober eine Abanberung ber Bunbesverfassung zu bewirken unternimmt, wird von ber nämlichen Strafe (§\$. 586. bis 594.) getroffen, wie wenn er basselbe Verbrechen gegen bas Großsherzogthum selbst verübt hatte.
- \$. 596. (Gegen auswärtige Staaten.) Wenn ein Inländer sich gegen einen, mit dem Großherzogthum befreunbeten, auswärtigen Staat einer Handlung schuldig macht, welche, gegen das Großherzogthum verübt, als Hochverrath anzusehen wäre (§\$. 586. bis 592.), so wird er mit Arbeits-haus oder Zuchtshaus bis zu acht Jahren bestraft, und wegen der in den §\$. 593. und 594. bezeichneten Handlungen mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, insofern nicht dabei ein anderes Verbrechen verübt wurde, welches durch die inländischen Gesetze mit höherer Strafe bedroht ift.

Eine strafgerichtliche Verfolgung kann hier nur auf eine, mit besonderer Ermächtigung des Justizministeriums zu ershebende, Anklage des Staatsanwaltes eintreten, und wenn das Verbrechen des Inländers nicht vom Inlande aus gegen einen deutschen Bundesstaat verübt wurde, so kann das Justizministerium diese Ermächtigung nur auf Antrag des auswärtigen Staates und unter der Voraussehung der Gegensfeitigkeit ertheilen.

Unternehmen ju bestimmen sucht, wenn es weber ju einem folden Unternehmen, noch ju einer barauf gerichteten Berichwörung wirklich getommen ift.

XLIII. Titel.

Bon bem Lanbesverrath 74).

- \$. 597. (Verrätherische Beranlassung eines Kriegs.) Wer mit Berletung seiner Staatsburger = ober Dienstpsticht, ober ber Pflichten, die er in Folge seines Aufentstalts im Lande gegen ben Staat hat, durch Berbindungen ober Einverständnisse mit einer auswärtigen Macht einen Krieg gegen das Großberzogthum ober gegen ben beutschen Bund, wenn gleich ohne die in den §§. 588. und 595. bezeichneten Zwecke vorsätzlich veranlaßt, wird als Landesverräther mit dem Tode bestraft.
- §. 598. (Berfuch.) Ift ber Ausbruch bes Kriegs, auf beffen Beranlaffung bie im vorhergehenben §. 597. bezeichneten Berbindungen oder Einverständniffe gerichtet waren, nicht ersfolgt, so wird ber Schuldige wegen versuchten Landesverraths mit Zuchthaus von zwei Jahren bis zu zwölf Jahren bestraft.
- §. 599. (Verrätherif de Ganblungen mährend eines Kriegs.) Des Landesverraths macht sich ferner schuldig, wer durch verrätherische Sandlungen in einem gegen das Großherzogthum ober gegen den deutschen Bund ausgebrochenen Kriege den Feind unterstügt, oder ben Truppen des Großeherzogthums oder seiner Bundesgenoffen Nachtheile zufügt, insbesondere:
- 1. Wer befette Plage, Festungen, Baffe ober andere Bertheibigungspoften bem Feinde verrätherisch übergibt, ober beren Uebergabe ober Wegnahme burch Verrath verursacht; ober
- 2. bem Feinde Riffe von Festungen, ober Lagern, ober Operationsplane verratherisch mittheilt; ober

[&]quot;) Bgl. bayer. Str. 29. 296. Art. 305—308., olbenb. Art. 310—313., altenb. Art. 87—96., wättemberg. Art. 145—147., braunidweig. §§. 84. 85. 87. 89., hannov. Art. 122—137., heff. Art. 136—138. 140—146., thir. Art. 83—88., preuß. §§. 67—73., bsterreid. §§. 58—62. 67., sach. Art. 121—131.

- 3. bem Feinde als Spion bient; ober
- 4. bemfelben Mannschaft guführt; ober
- 5. in anderer Weife zu Gunften bes Feindes Rriege= operationen hemmt oder vereitelt; ober
 - 6. Solbaten zum Uebergang zum Feinde verleitet; ober
- 7. einen Aufftand unter ben Truppen bes Grofferzog= thume ober feiner Berbundeten erregt; ober

8. bem Feinde die zur Fuhrung des Kriege nothigen Baffen oder Munitionevorrathe verratherifch verschafft; ober

- 9. bem Feinde Kriegskaffen, oder öffentliche, fur bie Truppen bes Großherzogihums oder feiner Bundesgenoffen bestimmte Borrathe von Kriegsbedurfniffen verrätherisch über-liefert, oder beren Ueberlieferung oder Wegnahme burch Bertath verursacht; oder
 - 10. andere verrätherifche Sandlungen unternimmt, burch

welche ber Unterhalt ber Truppen gefährbet wirb.

- S. 600. (Strafe.) Wurde durch die in bem vorher= gebenden S. 599. bezeichneten verrätherischen Sandlungen das Baterland in Gefahr gebracht, oder bemfelben oder einem ver= bundeten Staate ein großer Schaden zugefügt, so wird ber Berrather mit dem Tode, außerdem mit zeitlichem oder lebens= länglichem Zuchthaus bestraft.
- §. 601. (Berleitung zur Defertion.) Wer mahrend bes Kriegs, ober mit Rudficht auf einen bevorstehenden Krieg einzelne Soldaten zur Desertion verleitet, wird mit Zuchthaus ober beim Dafein von Strafminderungsgrunden ber im §. 152. bezeichneten Urt mit Urbeitshaus von vier bis zu zwölf Jahren bestraft.
- \$. 602. (Dienst im feinblichen heere.) Der Staatsburger, welcher nach ausgebrochenem Kriege im feind- lichen heere Dienste nimmt, und die Waffen gegen bas Bater- land ober seine Bundesgenoffen trägt, wird von Zuchthaus- strafe getroffen.

- §. 603. (Berrath in aufgetragenen Staatsges fchaften.) Wer ein ihm von ber Großberzoglichen Regierung aufgetragenes Geschäft mit einer auswärtigen Staatsregierung verrätherisch zum Nachtheil bes Großberzogthums führt, wird mit Zuchthaus bis zu zwölf Jahren bestraft.
- \$. 604. (Berrath von Geheimniffen ober Ur= tunben.) Die gleiche Strafe trifft ferner:
- 1. Denjenigen, ber, mit Berlegung feiner Dienstyflicht, einer auswärtigen Regierung, zum Nachtheile bes Großherzog-thums, Geheimniffe ober Urkunden verrätherisch mittheilt, ober zur Benachtheiligung bes Großherzogthums gegenüber einer auswärtigen Regierung Urkunden verfälscht, vernichtet ober unterdrückt;
- 2. ben Inländer, welcher Urkunden oder Geheimniffe bes Staates, die sich auf die politischen Verhältniffe, oder auf rechtliche Ansprüche oder Verbindlichkeiten desselben beziehen, einer auswärtigen Regierung zum Nachtheil des Großherzogethums verrätherisch mittheilt, oder solche Urkunden zur Benachtheiligung des Großherzogthums gegenüber einer auswärtigen Regierung verfälscht, vernichtet oder unterdrückt.
- \$. 605. (Unterthanen ber feindlichen Dacht.) Unterthanen ber feindlichen Macht, welche eine ber in biefem Titel bezeichneten Sandlungen begehen, werben nicht nach beffen Bestimmungen, fondern nach Kriegsgebrauch behandelt.

XLIV. Citel.

Bon ber Majestätebeleibigung und ben Beleibigungen gegen bie Mitglieber bes Großherzoglichen Sauses 75).

- §. 606. (Majestätsbeleibigung: 1. burch Gewaltsthätigkeit ober thätliche Mißhandlung.) Wer sich außer ben Fällen ber §§. 586. und 587. einer Gewaltthätigkeit (§. 278.) ober einer thätlichen Mißhandlung gegen die geheiligte Berson des Großherzogs schuldig macht, wird mit lebenslänglichem oder zeitlichem Zuchthaus nicht unter zehn Jahren, und in Fällen schwerer, mit Vorbedacht verursachter Verletzung mit dem Tode bestraft.
- §. 607. (2. ohne folde.) Wer burch andere Sand= lungen ober Aeußerungen bie bem Grofherzog schulbige Ehr= furcht boswillig verlett, wirb:
- 1. mit Arbeitshaus bestraft, wenn es in Gegenwart bes Großherzogs, ober in Druckschriften (§. 311.), ober burch öffentliche Anschläge geschab;
- 2. in anderen Fallen mit Kreisgefängnig nicht unter zwei Monaten, ober Arbeitshaus bis zu vier Jahren.
- \$. 608. (3. burch Drohungen.) Wer ben Großberzog, ohne die Absicht einer Nöthigung (§. 278.), mit thätlichen Mißhandlungen bedroht, wird mit Arbeitshaus bestraft, und nach erstandener Strafe unter polizeiliche Aufsicht gestellt.
- \$. 609. (Gegen ben Regierung everwefer.) Die in ben vorhergehenben §§. 606. bis 608. bezeichneten Sanb-lungen, gegen ben Regierungsvermefer verübt, werben eben-falls von ben bort gebrohten Strafen getroffen.

⁷⁻⁾ Bgl. baper. Str.:G:Bch. Art. 309—314., ofbenb. Art. 314—319., aftenb. Art. 37—104., würtemberg. Art. 150—156., braunschweig. §§ 90—95., bannob. Art. 138—141., hefl. Art. 147—153., thüring. Art. 89—95., prenß. §§. 74—77., öfterreid. §§ 63. 64., sāch. Art. 132—138.

§. 610. (Beleibigungen gegen bie Großherzogin: 1. burch Gewaltthätigkeit ober thätliche Dighanb=lung.) Wer fich einer Gewaltthätigkeit (§. 278.) ober einer thätlichen Mighanblung gegen bie Großherzogin schulbig macht, wird mit Zuchthaus nicht unter sechs Jahren bestraft.

In Fallen fcmerer, mit Borbebacht verurfachter Berlegung tann bie Strafe bis zu lebenslänglichem Buchthaus

erhöht werben.

- \$. 611. (2. ohne folche.) Andere Beleibigungen gegen die Großherzogin werden in den Fällen des §. 607. Nr. 1. mit Kreisgefängniß nicht unter brei Monaten oder Arbeits= haus bestraft, und in den Fällen Nr. 2. mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu vier Jahren.
- \$. 612. (3. burch Drohungen.) Wer die Groß= herzogin in der durch \$. 608. bezeichneten Art mit Mighand= lungen bedroht, wird ebenfalls mit Arbeitshaus bestraft, und nach erstandener Strafe unter polizeiliche Aufsicht gestellt.
- \$. 613. (Beleibigungen gegen bie Mitglieber bes Großherzoglichen Saufes.) Thätliche Mißhandlungen, verübt gegen ben Erbgroßherzog ober gegen andere Mitglieber bes Großherzoglichen Saufes, werben, insofern bie That nicht in ein schwereres Berbrechen übergeht, mit Arbeitshaus nicht unter zwei Jahren, ober Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; andere Beleibigungen gegen bieselben mit Kreisgefängniß ober Arbeitshaus bis zu vier Jahren.
- §. 614. (Befchränkung ber Strafverfolgung.) Wegen Beleidigungen ber im §. 607. bezeichneten Art, verübt gegen ben Großherzog, die Großherzogin, den Erbgroßherzog ober ein anderes Mitglied des Großherzoglichen Hauses, findet eine gerichtliche Verfolgung nur mit Ermächtigung des Justizministeriums statt.

XLV. Citel.

Bon ber Biberfeslichfeit, ber öffentlichen Gewaltthätigkeit und bem Aufruhr 76).

- \$. 615. (Widerfeslichkeit.) Wer sich ber Vollsziehung von Gesetzen ober Verordnungen, ober von obrigkeitz lichen Verfügungen mit Anwendung ober mit Androhung von Gewalt (§. 278.) gegen Civils oder Militärpersonen, welche die Vollziehung vermöge ihres Amtes zu bewirken haben, oder gegen die Stellvertreter derselben oder gegen Diejenigen, welche auf ihre Aufforderung ihnen Beistand leisten, widersetz, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.
- \$. 616. (Mit Baffen 2c.) Burde die Biberfetlichkeit mit Baffen ober anderen gefährlichen Berkzeugen verübt, ober von einer Mehrheit von Theilnehmern, die fich dazu vereinigt hatten, oder mit körperlicher Mißhandlung der im \$. 615. bezeichneten Bersonen, so werden die Schuldigen mit Kreis-gefängnif oder Arbeitshaus bis zu zwei Sahren bestraft.
- \$. 617. (Strafmilderungsgrund und Fall ber Straflofigkeit.) hat die öffentliche Behörde ober die Berson, welcher die Bollziehung oblag, durch ein ungesetzliches ober ordnungswidriges Verfahren selbst zum Widerstand Beranlassung gegeben, so gilt dies in den Källen beider vorshergehenden §§. 615. und 616. als Strasmilberungsgrund, und es hat bei offenbarer Gesetzwidrigkeit des Verfahrens, wenn daraus für den sich Widersetzenden unmittelbar ein unsersetzlicher Nachtheil entstanden wäre, und derselbe bei dem

[&]quot;) Bgl. bayer. Str. Bd. Art. 315—327. 411—417., oldenb. Art. 320—332. 439—445., altenb. Art. 105—108. 110—117., würtemb. Art. 168—179., braunschw. §6. 96—101. 107. 108. 110., hannov. Art. 156—169., heff. Art. 172—181., thüring. Art. 100—105. 108—115., preuß. §6. 87—93. 106—108., öfterreig. §6. 68—75. 81. 82. 314—316., fådj. Art. 142—150.

Biberftand nicht weiter ging, als zur Abwendung biefes Nach= theils nothwendig war, felbft Straflosigkeit einzutreten.

- §. 618. (Deffentliche Gewaltthätigkeit.) Ber Gewalt ober Drohungen mit Gewalt (§. 278.) gegen obrigsteiliche Personen anwendet, um sie zu der Erlassung oder Zurücknahme einer Berfügung, oder Anordnung, oder zu einer anderen Amtshandlung zu nöthigen, oder sie wider ihren Willen von einer Amtshandlung abzuhalten, wird mit Kreissgefängniß nicht unter drei Monaten oder Arbeitshaus bis zu drei Jahren bestraft.
- §. 619. (Busammentreffen mit anderen Bersbrechen.) Ift in einem Falle des Verbrechens der Widersfehlichkeit (§. 615.), oder der Gewaltthätigkeit gegen die Obrigkeit (§. 618.) durch die zu dem Ende angewendete Gewalt eine Berletzung von Personen, oder eine Beschädigung von Sachen verübt, durch welche an sich eine höhere Strafe als Kreisgefängniß von drei Monaten verschuldet wäre, so ist das Maß der nach §. 182. zu erkennenden Strafe durch einen Zusatz zu erhöhen, welcher den dritten Theil derselben nicht übersteigen kann.
- \$. 620. (Befchäbigung öffentlicher Anschläge.) Ber öffentlich angeschlagene Anordnungen oder Bekannt= machungen einer öffentlichen Behörde unbefugter und vorfätzlicher Beise wegnimmt, beschädigt, zerstört oder unleferlich macht, wird, auf Antrag der Polizeibehörde, von Amtegefängniß oder Gelbstrafe bis zu Einhundertundfunfzig Gulben getroffen.
- §. 621. (Berletung obrigkeitlicher Siegel.) Ber unbefugter Beise bie von einer obrigkeitlichen Beborbe jum Berschlusse ober zur Bermahrung von Sachen angelegten öffentlichen Siegel vorfäglich erbricht ober beschädigt, wird

von Gefängnifftrafe bis zu feche Monaten ober von Gelbftrafe bis zu funfhundert Gulben getroffen.

\$. 622. (Strafe bes Aufruhrs.) Hat sich zur Berübung bes Verbrechens ber Widersetzlichkeit (s. 615.), ober ber Gewaltthätigkeit gegen die Obrigkeit (s. 618.), eine Mehrheit von Bersonen in solcher Anzahl und unter solchen Umständen zusammengerottet, daß zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die ordentlichen Zwangskräfte der Obrigkeit nicht zureichend gewesen sind, oder bei ihrer Anwendung voraussichtlich nicht zureichend gewesen wären, so werden die Schuldigen wegen Aufruhrs bestraft, und zwar:

1. insofern ber 3meet beefelben erreicht murbe, die Unftifter und Unfuhrer mit Kreisgefängniß nicht unter vier Monaten ober Arbeitshaus, die übrigen Theilnehmer mit Gefängniß ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren;

2. außerbem bie Ersteren mit Kreisgefängnif nicht unter brei Monaten ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, und bie

Letteren mit Gefängnif.

\$. 623. Sind jedoch die Aufrührer, ohne ihren Zweck erreicht zu haben, und ohne daß Gewaltthaten gegen Versonen oder strafbare Beschädigungen von Sachen verübt wurden, freiwillig oder auf die bloße Aufsorderung der öffentlichen Beshörde, vor wirklicher Anwendung von Zwangs oder Widersstandsmitteln gegen dieselben zur Ordnung zurückgekehrt, so werden nur die Anstister und Anführer mit Kreisgefängniß bestraft.

Saben die Anstifter und Anführer felbft, fo viel an ihnen lag, jur Ruckfehr ber Aufrührer jur Ordnung beigetragen, fo gilt dies als Strafmilberungsgrund.

\$. 624. (Busammentreffen mit anderen Berbrechen.) Ift bei Gelegenheit bes Aufruhrs und im Busammenhang mit bem Zwecke besselben eine Berletzung von Berfonen, ober eine Beschäbigung von Sachen verübt, durch welche an sich eine höhere Strase als Kreisgefängniß von drei Monaten verschuldet wäre, so werden die Urheber derselben, und ebenso auch die Anstister und Ansührer des Aufruhrs, insosern ihnen jenes Verbrechen zum Vorsatz zuzurechnen ist, von einer, nach der Vorschrift des S. 182. zu bestimmenden, Strase getroffen, welche jedoch, die Fälle des S. 175. ausgenommen, durch einen, die Hälfte derselben nicht übersteigenden Zusatz erhöht wird.

\$. 625. (Straferhöhung.) Ift ein Verbrechen, welsches bei Gelegenheit des Aufruhrs und im Zusammenhang mit dem Zwecke desselben verübt wurde, den Anstiftern und Ansführern des Aufruhrs nicht zum Vorsatz zuzurechnen, so kann gegen sie die im §. 622. festgesetzte Strafe, insofern das Bersbrechen mit Todes oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe besdroht ist, auf Zuchthausstrafe, außerdem bis auf zwei Drittstheile desjenigen Waßes erhöht werden, welches sie nach §. 624. treffen wurde, wenn sie das Verbrechen selbst verübt hätten.

Gegen bie übrigen Theilnehmer fann, je nach ber Schwere bes verübten Berbrechens, auf Arbeitshausstrafe erkannt merben, vorbehaltlich höherer Strafe, insofern sie in Beziehung auf jene Berbrechen als Gehülfen zu betrachten find.

- \$. 626. (Wegfallen berfelben.) Ergibt fich jedoch in ben Vällen bes vorhergehenben §. 625., daß fich bie Unstifter ober Unführer, ober bie anderen Theilnehmer ernstlich bestrebt haben, die Berübung folcher Verbrechen zu verhindern, so findet eine Straferhohung gegen biefelben nicht ftatt.
- S. 627. (Bufällig entstandener Aufruhr.) Wenn eine Menge von Bersonen, welche zu anderen, ale ben im S. 622. bezeichneten Zwecken, jedoch unter ben bort vorausgesetten Umftanden und in ber bort vorausgesetten Anzahl

sich versammelt hat, auf die Aufforderung der öffentlichen Behörde nicht auseinander geht, und sich derfelben mit Anwendung oder mit Androhung von Gewalt (§. 278.) widersett,
so gilt dies als Aufruhr, und wird, wenn die Schuldigen
keine Berletzung von Bersonen oder strafbare Beschädigung von
Sachen, und ebenso wenig eine weitere Gewaltthätigkeit gegen
die Obrigkeit (§. 618.) verübten, an den Ansführern und Ansführern mit Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei
Jahren, und an den übrigen Theilnehmern mit Gefängniß bis
zu vier Monaten bestraft.

§. 628. Saben bie Aufrührer im Falle bes vorhergehenden §. 627. noch eine weitere Gewaltthätigkeit gegen die Obrigkeit (§. 618.), oder eine Verletung von Perfonen, oder strafbare Beschädigung von Sachen verübt, so kommen die Vorschriften bes §. 622, und wenn durch die Verletung von Versonen oder Beschädigung von Sachen an sich eine höhere Strafe als Kreisgefängniß von drei Monaten verschulbet wäre, die Vorschriften bes §. 624. zur Anwendung.

Gegen biejenigen Theilnehmer, welchen biese Verbrechen nicht zum Vorsatzugurechnen sind, kann bie Aufruhrstrafe (§. 622.) nur um bie Hälfte besjenigen Maßes erhöht werben, um welches bieselbe im Falle bes §. 625. gegen sie ersböht werben könnte.

- §. 629. (Verweilen bei ber aufrührerischen Menge.) Diejenigen, welche, nachdem gegen eine aufrührerische Menge (§§. 622. und 627.) obrigkeitliche Zwangsmittel angewendet wurden, in deren Nähe verweilen, und daburch die Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erschweren, werden, insofern nicht ihre Anwesenheit durch Grunde entsschuldigt ift, mit Verweis, Gelostrase oder Amtsgefängnis bestraft.
- 8. 630. (Aufforberung jum Aufruhr 2c.) Ber burch öffentlich ans geheftete ober in anberer Beije verbreitete Schriften, ober burch bffentliche Reben,

ober burd andere offentliche, gur Aufreigung ber Boltsmenge geeignete, Sanblungen jum Aufruhr ober gur gemeinsamen Biberfeglichteit, ober gu gemeinfamer Gewalt= thatigfeit gegen bie Obrigfeit, obwohl ohne Erfolg, aufforbert, foll mit Befananife beftraft werben 11).

77) Das Ginführungegefet vom 5. Februar 1851 S. 2. Biff. 3. lautet: Die SS. 630. und 631. werben aufgehoben und treten an ihre Stelle folgenbe

Beftimmungen:

S. 630. (Gefährbung ber öffentlichen Rube und Orbnung.) Ber burd Anichlage an öffentlichen Orten, burd Berbreitung vervielfaltigter Coriften, Bilbwerte u. bgl., burd öffentliche Reben ober burd antere öffentliche Sanblungen gegen bie constitutionelle Monarchie, gegen bie Unverleglichfeit bee Großbergoge ober bie Thronfolge aufzureigen fucht, wird mit Rreisgefängniß ober Arbeitshaus bis gu amei Jahren beftraft.

S. 631. Ebenfo wird bestraft, wer auf bemfelben Weg (S. 630.) gegen bie Unverlenbarteit bes Gigenthums und ber Ramilie, ober gegen bie Bebote ber Gittlich feit fich Angriffe erlaubt, welche bie benfelben ichulbige Achtung ju untergraben ge-

eignet finb.

S. 631. a. Wer auf ebenbemfelben Bege (S. 630.) burch Erbichtungen, burch Entftellungen ber Bahrheit ober burch grobe Schmahungen jum Baffe ober gur Bers achtung gegen bie Ctaateregierung, gegen einzelne Ctaatebeborten, gegen bie Boltsvertretung ober gegen einzelne Rlaffen, Stante ober Genoffenichaften von Ctaate: burgern aufgureigen ober auf tiefe Beife burd Erbichtungen ober Entstellungen ber Bahrheit Ungufriebenheit mit ben Berfügungen und Anordnungen ber öffentlichen Beborben ju erregen fucht, wirb mit Gefangnig nicht unter vier Bochen beftraft.

S. 361. b. In Die gleiche Strafe berfallt, wer auf bemfelben Bege (S. 630.) unwahre Thatfachen, welche eine bie öffentliche Rube und Cicherbeit gefahrbenbe Aufregung zu veranlaffen geeignet fint, mit bem Bewußtsein ihrer Unwahrheit ober bod

obne gureichente Grunde, fie fur mabr gu balten, verbreitet.

S. 631. c. Ber auf bemfelben Bege (§. 30.) gur Begehung einer ftrafbaren Sanblung, jum Ungeborfam gegen Gefete, Berfugungen und Anordnungen ber que ftanbigen öffentlichen Beborben ober gegen bie gu ihrer Bollgiehung berufenen Organe aufforbert, ober ein Berbrechen ale verbienftliche Sanblung barfiellt, mer ingleichen Reierlichteiten für Berbrechen ober beren Urheber, ober Cammlungen bon Beitragen, um bie wegen eines Berbrechens Angeschulbigten ober Berurtheilten fur bie bierqus erwachsenen Roften und andere Rachtheile zu entschädigen, veranftaltet ober anfundigt, wirb mit Gefängnig von vier Boden bis ju feche Monaten beftraft.

Bei ber Aufforberung ju Berbrechen tann bie Strafe bis ju Gin Jahr Arbeits= haus anfreigen, vorbehaltlich noch boberer Strafe, wo bas Befes eine folche befonbers

anbroht (§. 594.).

S. 631. d. Ber auf bemfelben Bege (S. 630.) Militarperfonen gur Berlemung ihrer Dienftpflichten gu verleiten fucht, wird mit Gefangnig von feche Bochen ober mit Arbeitshaus bis ju zwei Jahren, ober wenn es fich um eine Berleitung gur Treulofigfeit banbelt, mit Arbeitebaus ober Budthaus bis gu feche Sabren beftraft.

Gefdieht bies auf irgent eine anbere Beife, fo ift Gefangnig ober Arbeitsbaus bis gu feche Monaten, ober wenn es fich um Berleitung gur Treulofigfeit banbelt.

Arbeitshaus bis gu zwei Jahren zu ertennen. S. 631. e. Die in ben §§. 630. bis 631. d. angebrobten Strafen treffen auch bie Theilnehmer an Bereinen ober Berbinbungen, beren 3med ober Birtfamteit auf berartige Aufreigungen, Angriffe ober Aufforberungen gerichtet ift, infofern fie von biefem Zwede ober biefer Birtfamteit Renntnig baben.

§. 631. Ber in öffentlich verbreiteten Schriften ober in öffentlichen Reben an eine versammelte Menge burch Erdichtung von Thatsaden, welche, ihre Wahrbeit vorausgesetzt, haß ober Berachtung gegen die Regierung erregen würden, ober birch thatsachtliche Entstellung wahrer Thatsachen in einer Weise, daß sie eben bacht haben deber Berachtung zu erregen geeignet werben, die Regierung heradzuwürtzigen siecht, ober wer in gleicher Absicht Schriften, welche erdichtete ober entsselle Thatsachen ber bezeichneten Art enthalten, unter bas Bolt verbreitet, wird mit Gefängniß bis zu sechs Vonaten bestreit,

In Bezug auf die Frage, unter welchen Borausstehungen auch die Buchhändler wegen bes Absapes von Druckspritten im Rege bes Buchhandels als Berbreiter verantwortlich seien, verbleibt es in allen Fällen bei der Bestimmung des §. 26. des Prefigeless vom 28. Dezember 1831, und ebenso bleiben hinschtlich der gerausgeber, Berteger und Drucker, sowie hinschtlich der Redacteure von Zeitungen und Zeitschlich gerausschlich gestigt und Drucker, sowie hinschtlich der Redacteure von Zeitungen und Zeitschlich gestigt gestigt und Drucker.

fcriften bie Bestimmungen bes Prefgefetes maggebenb.

XLVI. Titel.

Bon ber Befreiung von Gefangenen 78).

- \$. 632. (Befreiung eines Gefangenen.) Ber einen Berhafteten ober einen Strafgefangenen rechtswibrig befreit, ober ihm zu ber Befreiung rechtswibrig verhilft, wird, wenn ihm bie That zum Vorsatzuzurechnen ift, mit Gefangeniß bestraft.
- \$. 633. (Befreiung Mehrerer u. f. m.) Burbe eine Mehrheit von Berfonen, ober ein ber öffentlichen Sicher-

Segen bie Unftifter ober Borfteber folder Berbindungen tann bie Strafe bis 'gum Doppelten erhöht werben.

S. 631. f. Die in ben §§. 630. bis 631. e. festgefetten Strafen treten ein, wenn auch bie bamit bebrobte Sandlung keinen ftrafbaren Erfolg hatte. Geht bie Sands lung im einzelnen Falle in ein bestimmtes schwereres Berbrechen über, so ift bie biefem ichwereren Berbrechen angebrobte Strafe auszuhprechen.

S. 631. g. Die Gerichte konnen in ben Fallen ber §§. 630. bis 631. e. eins-[chlieflich flatt eines Theils ber verwirkten Freiheitsftrafe eine Gelbstrafe von fünfzig bis gu sunfynnbert Gulben erkennen.

[&]quot;) Bgl. bayer. Str. S. 29d. Art. 328—330. 448. 419., olbenb. Art. 333—335. 446. 447., altenb. Art. 109., würtemb. Art. 180—182., braunichw. §. 109., bannob. Art. 170—172., bess. Art. 197—201., thüring. Art. 106. 107., preuß. §6. 94—96., bserreich. §6. 217—219., sach. Art. 152—154.

beit befondere gefährlicher Berhafteter ober Strafgefangener befreit, fo wird ber Schuldige mit Rreisgefängnig ober Ur= beitebaus bis zu Ginem Sabre beftraft.

S. 634. (Durch Gewaltthätigkeit ober Erbre= dung.) Burde bie Befreiung burch Unwendung ober burch Androhung von Gewalt gegen bie zur Bermahrung ober Bewachung ber Berhafteten ober Strafgefangenen aufgeftellten Berfonen, ober mittelft gewaltfamer Erbrechung bes Gefangniffes bewirkt, fo wird ber Schuldige

1. in ben Fallen bes §. 632. mit Gefängnif nicht unter

- vierzehn Tagen oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, und 2. in den Fällen des §. 633. mit Kreisgefängniß nicht unter brei Monaten oder Arbeitshaus bis zu drei Jahren beftraft.
- §. 635. (Fall fcmereren Berbrechens.) Ift in ben Fallen bes vorhergebenden S. 634. burch bie angewendete Bewalt eine Berletung von Perfonen, ober eine Beschäbigung von Cachen verübt worben, burch welche an fich eine hobere Strafe als Kreisgefängniß von drei Monaten verschuldet mare, so ift die nach ber Vorschrift bes §. 182. zu erkennende Strafe burch einen Bufat zu erhoben, welcher ben britten Theil berfelben nicht überfteigen barf.
- S. 636. (Selbfibefreiung.) Der Verhaftete ober Gefangene, welcher feine Befreiung mittelft thatlicher Gewalt gegen feine Auffeher, ober mittelft Drohungen gegen biefelben bewirkt, wird, infofern seine Handlung nicht in ein bestimm= tes schwereres Verbrechen übergeht, mit Gefängniß ober Ar= beitebaus bis zu zwei Jahren beftraft.
- \$. 637. (Befreiung burch ben Gatten ober Bermandte.) Der Chegatte, Die Bermandten in gerader Abstammung und Die Geschwifter bes Berhafteten ober Gefan-

genen, welche seine Befreiung mittelst thätlicher Gewalt ober Drohungen gegen die Gefängnisaufseher bewirken, werden, so fern ihre Handlung nicht in ein schwereres Berbrechen übergeht, mit Gefängnis oder Arbeitshaus dis zu zwei Jahren bestraft, und, wenn sie die Befreiung mittelst gewaltsamer Ersbrechung des Gefängnisses bewirken, nach Verschiedenheit der Größe der Beschädigung, von der Hälfte der durch den §. 570. gedrohten Freiheitsstrafen getroffen.

§. 638. (Befreiung aus burgerlicher Saft.) Die gleichen Strafen (§. 637.) kommen in ben gleichen Fällen auch gegen Denjenigen zur Anwendung, welcher einen Gesfangenen, der privatrechtlicher Berbindlichkeiten halber verhaftet ift, widerrechtlich befreit.

XLVII. Citel.

Bon ber Canbftreicherei und bem Bettel 79).

- §. 639. (Lanbitreicherei.) Wer wegen herumziehens außer seinem Wohnsits, ohne ordentlichen Erwertesweig ober genugende Mittel seines Unterhaltes und ohne Rachweitung eines erlaubten Zweckes, im Berlauf ber letzten brei Jahre zweis mat polizeitlich bestraft worben ift, wird, im Falle ber Wiederholung, als Lanbstreicher mit geschäften Kreisgefängniß bis zu sechs Monaten bestraft **).
- \$. 640. (Bettler.) Bettler, welche falfche Baffe bei fich fuhren, ober falfche öffentliche Zeugniffe uber Gebrechen,

[&]quot;) Bgl. olbenb. Str.: G.: 286. Art. 430., wurt. Art. 196-199., heff. Art. 244-250., preuß. 68. 117-120. 341., öfterreich. 66. 517-521.

⁸⁴⁾ Gef. vom 12. April 1856, einige Menberungen bes Strafgefets buches betr.

^{\$. 639.} erhalt folgende Jassung: Ber wegen herumziehen außer seinem Bohnsige ohne ordentlichen Erwerbszweig ober genügende Mittel feines Unterhalts und ohne Nachweisung eines erlaubten Zwecks im Berlaufe ber leiten drei Jahre zweimal polizeilich bestraft worden ift, wird, im Falle ber Wiederholung, auf Antrag ber Polizeibehörbe, als Landstreicher mit geschäftem Kreisgesanguiß bis zu sechs Wonaten bestraft.

ober erlittene Ungludsfälle, die fie bei dem Betteln fälfchlich vorspiegeln, ober für andere Bersonen bestimmte Bäffe ober öffentliche Zeugniffe beim Betteln fälschlich als die Ihrigen gebrauchen, oder welche unter Drohungen betteln, werden mit geschärftem Kreisgefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

- §. 641. (Mit Waffen 2c.) Werben Lanbstreicher ober Bettler mit Waffen, mit Diebsschluffeln ober mit anderen Wertzeugen betreten, welche dieselben nach den Umständen als der Sicherheit der Bersonen oder des Eigenthums gefährlich barftellen, so werden sie auch ohne vorhergegangene polizeiliche Bestrafung mit geschärftem Kreisgefängniß oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- S. 642. (Seellung unter poligeiliche Auflicht.) In allen Fallen tamn, und beim Rudfall muß gegen ben Lanbftreicher und gegen ben Bettler, wenn er auch blos zu Rreisgefangniß verurtheilt wird, immer zugleich auf Stellung unter poligeiliche Aufficht erkannt werben *).

XLVIII. Titel.

Bon der Bilberei, der Bilbbieberei und von Jagd = und Fifcherei= freveln 82).

§. 643. (Wilberei.) Wer in frembem Sagbbezirt ohne Wiffen und Willen bes Sagbberechtigten ober feiner Bertreter mit Schufwaffen jagt, foll, als ber Wilberei fculbig,

³¹⁾ Gefet vom 12. April 1856, einige Menberungen bee Strafgefets buches betr.

S. 642. erhalt folgende Fasjung:

In allen Fällen tann und beim Rudfall muß gegen ben Landstreicher und gegen ben Bettler, wenn er auch blos zu Rreisgefängnig verurtheilt wird, immer zugleich auf Stellung unter polizeiliche Aufficht, gegen Austanber auf Landesverweisung ertannt werben.

^{**)} Bgl. altenb. Str. : G. : Bch. Art. 275—283., würtemberg. Art. 394. fg., heff. Art. 431—436., thūring. Art. 269—276., preuß. §§. 273—277.

mit Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu vier Monaten beftraft werden.

§. 644. (Jagbfrevel.) Rit die That unter Umftanben verübt, welche eine gefährliche Willensstimmung nicht annehmen laffen, so gilt sie nur als Jagbfrevel, und wird, wenn ber Schuldige wegen eines gleichen Vergehens ober eines ber im §. 651. bezeichneten Vergehen bereits zweimal polizeilich bestraft ift, von einer dem Jagdberechtigten zufallenden Geldstrafe von fünfundzwanzig bis Einhundert Gulden getroffen.

Im Falle ber Wieberholung nach Berfundigung bes ver= urtheilenden gerichtlichen Erkenntniffes wird ber Thäter mit ber

Strafe ber Wilberei (§. 643.) belegt.

§. 645. (Erfchwerenbe Umftanbe.) Mit Kreisgefängniß nicht unter brei Monaten ober Arbeitshaus bis zu zwei Jahren wird die Wilberei bestraft:

1. wenn die That von einer Mehrheit mit Schufwaffen versehener Theilnehmer, bei welchen nicht die Boraussehungen des §. 644. eintreten, in Gesellschaft verübt wurde, wobei jedoch die nicht mit Schufwaffen versehenen Theilnehmer als Gehülfen (§. 136.) bestraft werden; oder

2. wenn fich ber Thater burch Bermummung ober auf

andere Beife untenntlich gemacht hatte; ober

3. wenn er fich ben Sagbberechtigten ober Forftbebienten ober anderen bestellten Aufsehern, von benen er betreten wurde, mit Androhung ober Anwendung von Gewalt widerset hat; ober

4. wenn bie Wilberei zur Nachtzeit ftattgefunden hat; ober

5. wenn bie That, wo fie nicht nach §. 644. nur als Jagbfrevel erscheint, auf einem zur Jagbausübung fur ben Großherzog ober fur Mitglieber ber großherzoglichen Familie bestimmten Bezirke verübt wurde; ober

6. wenn es fich ergibt, bag ber Schuldige bie Wilberei

gewerbemäßig treibt.

- \$. 646. Treffen bei einem Bilbereifalle mehrere ber im vorhergehenden \$. 645. bezeichneten erschwerenden Umftanbe zusammen, so tritt Arbeitshausstrafe bis zu brei Jahren ein.
- §. 647. (Drittes Wilbereivergehen.) Der zweite Rudfall wird als brittes Wilbereivergehen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.
- \$. 648. (Erfchwerende Umftande.) Beim Dafein ber im \$. 645. bezeichneten erschwerenden Umftande wird bas britte Wilbereivergehen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren ober mit Zuchthaus von Einem Jahre bis zu brei Jahren bestraft.
- §. 649. (Strafmilberungsgrund.) In ben Fällen ber §§. 645. und 648. gilt es als Strafmilberungsgrund, wenn sich ber Wilberer bem Jagdberechtigten, Forstbebienten ober Aufseher, von bem er betreten murbe, ohne alle Wibersfestlichkeit fogleich ergeben ober bas Gewehr von sich ge- worfen hat.
- §. 650. (Gewaltthätigkeit ober Wiberfetlichkeit, verbunden mit einer Körperverletung.) Ift
 bei der vom Wilderer gegen die Jagdberechtigten, Forstbedienten oder andere Aufseher verübten Gewaltthätigkeit
 oder Widersetlichkeit eine ihm zuzurechnende Körperverletung
 eingetreten, durch welche an sich eine höhere Strafe, als Kreisgefängniß von drei Monaten, verschuldet wäre, so wird er
 von einer nach der Vorschrift des §. 182. zu erkennenden
 Strafe getroffen, welche jedoch, die Fälle des §. 175. ausgenommen, durch einen die Hälfte derselben niemals übersteigenden Zusat erhöht wird.
- \$. 651. (Jagbfrevel und Bilbbieberei.) Ber in frembem Sagbegirt, ohne Biffen und Billen bes Sagbberechtigten ober feiner Bertreter, Bilb einfängt, ober, ohne

Gebrauch von Schufmaffen, Bilb erlegt, wird, wenn er wegen gleicher Vergehen bereits zweimal polizeilich bestraft ift, als der Wildbieberei schuldig, von einer, dem Jagdberechtigten zufallenden, Geldstrafe von fünfundzwanzig bis Einhundert Gulben, und, im Falle der Wiederholung nach Verkündung des verurtheilenden gerichtlichen Erkenntnisses, von einer Gefängnissstrafe von acht Tagen bis zu drei Monaten getroffen.

- \$. 652. (Confiscation ber Gewehre u. f. w.) In allen gerichtlichen Straffällen ber vorhergehenden §§. 643. bis 651. ist zugleich zu Gunsten des Jagdberechtigten auf Confiscation der bei der That benützten Gewehre oder Fangewertzeuge und Jagdgeräthschaften, sowie der dabei gebrauchten Hunde, zu erkennen.
- \$. 653. (Fifchereifrevel.) Wer unbefugter Weise in Bachen, Bluffen ober Seen fischt, wird, wenn er wegen gleicher Vergehen bereits zweimal polizeilich bestraft ift, wegen britten Fischereifrevels von einer, bem Fischereiberechtigten zufallenden, Gelbstrafe bis zu funfzig Gulben getroffen.

Wenn burch die angewendeten Mittel ber Beftand ber Bifche felbft gefährdet wird, fo tritt ichon im erften Falle

Gefängnifftrafe bis zu brei Monaten ein.

- \$. 654. (Beschränkung ber Strafverfolgung.) In ben Fällen ber §8. 651. und 653., sowie, wenn fich eine Uebertretung als ein Jagbfrevel ber in bem §. 644. bezeicheneten Art barftellt, finbet gerichtliche Verfolgung und Besstrafung nur auf Anzeige bes Jagbs ober Fischerechtigten ober seiner Vertreter statt.
- \$. 655. (Jagbvergeben in Bilbparken.) Gine Wilberei ober Wilbdieberei, ober ein Jagbfrevel, in einem eingezäunten Park ober Wilbgarten verübt, wird als Diebstahl unter erschwerenden Umständen (§. 385. Nr. 7.), ober, unter ben Voraussetzungen des §. 381. Nr. 1., als gefährlicher

Diebstahl, und wenn die Boraussehungen ber §§. 410. u. 411. eintreten, als Raub bestraft.

§. 656. (Fifch biebftahl.) Wegen Diebstahls wirb auch Derjenige bestraft, welcher Fische aus Behältern ober Fischteichen entwendet.

XLIX. Titel.

Bon ben befonberen Berbrechen öffentlicher Diener 83).

- \$. 657. (Begriff: 1. ber öffentlichen Diener.) Die Bestimmungen bes gegenwärtigen Titels, welche nicht ausschließlich für eine bestimmte Klasse von Dienern ober Besamten gegeben sind, gelten für die Hof- und Staatsdiener, die Diener der Kirche, der Gemeinden, der Stiftungen, des öffentlichen Unterrichts und anderer in Bezug auf ihre Berwaltung unter der Aufsicht des Staates stehenden öffentlichen Unstalten, sowie für deren Stellvertreter und Gehülfen, die von der zuständigen Behörde bestellt sind.
- \$. 658. (2. ber nieberen öffentlichen Diener.) Diejenigen Bestimmungen, welche in bem gegenwärtigen Titel für niebere öffentliche Diener gegeben sind, gelten für niebere hofbiener, Gendarmen, Boll= und Steueraufseher, Bostcon-bukteure, Briefträger, Walbhüter, Felbhüter, Polizeidiener, Gefangenwärter, Kanzleidiener, Amtsbiener und andere Diener öffentlicher Behörben.

[&]quot;) Bgl. baher. Str. V. Bd. Art. 351—366. 437—459., olbenb. Art. 356—371. 466—483., altenburg. Art. 311—323., würtemberg. Art. 399—461., braunscheig. 55. 248—287., hannov. Art. 340—373., hess. Art. 439—484., thüring. Art. 307—322., preuß. §8. 309—331., sserreig. §9. 101—105., sach: Art. 362—375.

- §. 659. (Amtsmißbrauch im Allgemeinen.) Der öffentliche Diener, welcher sein Amt ober Dienstverhältniß zu widerrechtlicher Benachtheiligung Anderer oder des Staates, oder zur Bedrückung Untergebener, oder um die freie Ausäubung staats oder gemeindeburgerlicher Rechte zu hindern, aus Bosheit, Rachsucht, Eigennut oder Varteilichkeit missbraucht, wird, insofern die Handlung nicht in ein bestimmtes Berbrechen übergeht, als des Amtsmisbrauchs schuldig, von der Strafe der Dienstentlassung getroffen.
- \$.660. (Verletung ber Amteverschwiegenheit: 1. in bofer Absicht.) Der öffentliche Diener, welcher aus Bosheit, Nachsucht ober Eigennut Thatsachen, ober ben Inhalt von Akten ober anderen Urkunden, beren Geheimhaltung ihm vermöge seiner Dienstpssicht obliegt, offenbart, oder solche Akten oder Urkunden Anderen mittheilt, oder Anderen die Einsicht berselben gestattet, wird, als der Verletung der Amteverschwiegenheit schuldig, mit Dienstentlassung, und wenn baraus ein großer Schaden entstand, der dem Schuldigen zum Vorsatz zuzurechnen ist, mit Kreisgefängniß nicht unter drei Monaten oder Arbeitshaus, und zugleich mit Dienstentlassung oder Dienstentsetzung bestraft.
- \$. 661. (2. ohne bofe Abficht.) Ift durch eine Berletzung ber Amteverschwiegenheit, welcher weber Booheit, noch Rachsucht ober Eigennutzum Grunde lag, ein großer Schaden verursacht worden, ber vom Schuldigen als wahrscheinliche Folge seiner Handlung vorauszusehen war, so wird berselbe von einer Gelbstrafe nicht unter Einhundert Gulben getroffen, ober nach Umständen von der Strafe der Dienstentlassung.
- \$. 662. (Strafe ber Beftechung.) Der öffentliche Diener, welcher bei feinen Amtshandlungen einen Betheiligten zum Nachtheil eines Anderen ober bes Staates begunftigen

tann, wird, wenn er wegen einer vorzunehmenden Amtshand= lung, ober für die Unterlaffung einer Amtshandlung Geld ober andere Vermögensvortheile zum Geschenke annimmt oder zur Annahme derselben sich bereit gezeigt hat, als der Bestechung schuldig, neben Kreisgesängniß oder einer Geldstrafe, welche hier den Betrag von Gintausend Gulden in eben dem Maße übersteigen kann, als ihn das gegebene oder versprochene Geschenk übersteigt, von der Strafe der Dienstentlassung oder der Dienstentsehung getroffen.

- \$. 663. (Bei nieberen Dienern.) Niebere Diener machen sich ber Bestechung schuldig, wenn sie wegen einer vorzunehmenden Amtohandlung, oder für die Unterlassung einer Amtohandlung, bei beren Vornahme, oder durch beren Unterlassung sie einen Betheiligten zum Nachtheil eines Anderen oder des Staates begünstigen können, Geld oder andere Vermögensvortheile zum Geschenke annehmen oder zur Annahme derselben sich bereit gezeigt haben, und werden von Geldstrafe bis zu Einhundert und fünfzig Gulden, oder von Gefängnissstrafe bis zu drei Monaten getroffen, und in schwerzen Fällen überdies von Dienstentlassung oder Dienstentsehung.
- \$. 664. (Strafe bes Bestechenben.) Der Bestechenbe verfällt, sobalb er bas Geschenk angeboten ober versprochen hat, in eine Gelbstrafe bis zu funfhundert Gulben
 ober in eine Gefängnifftrafe bis zu brei Monaten.
- \$. 665. (Amtsverbrechen in Folge von Beftechung.) hat der Bestochene dem Bestechenden eine handlung zugesagt, welche ein Amteverbrechen ausmacht oder eine
 solche in Folge der Bestechung wirklich verübt, so kommt die
 hierdurch verschuldete Strafe oder die Strafe der Bestechung
 (\$. 664.), nach den Vorschriften des \$. 182., zur Anwendung.

- \$. 666. In ben Fällen bes vorhergehenden \$. 665. tömmt auch gegen ben Bestechenden, wie gegen einen Ansstifter (§§. 119. bis 122.), die Strase der Bestechung (§. 664.), oder die Strase bes vom Bestochenen zugesagten oder verübten Amtsverbrechens nach den Vorschriften des §. 182. zur Answendung, jedoch mit Ausschluß der stellvertretenden Strase für die den Letteren überdies treffende Dienstentlassung oder Dienstentsetung.
- \$. 667. (Strafbare Gefchenknahme.) hat ein öffentlicher Diener, welcher bei seinen Amtshandlungen einen Betheiligten zum Nachtheil eines Anderen ober des Staates begünstigen kann, wegen einer bereits vollzogenen Amtshandlung, oder ein niederer Diener wegen einer bereits vollzogenen Amtshandlung der im \$. 663. bezeichneten Art Geld oder andere Bermögensvortheile von nicht unbedeutendem Geldwerthe, ohne Genehmigung der ihm vorgesetzten Diensthehörde, sich zum Geschenke geben lassen, so wird er, insosern ein vorgängiges Bersprechen nicht stattgefunden hatte (§\$. 662.), wegen unerlaubter Geschenknahme von einer Geldstrafe getroffen, welche den Betrag von Cintausend Gulden in eben dem Maße übersteigen kann, als ihn das empfangene Gesschenk übersteigt, und beim Rückfall überdies von Dienstentslassung.
- §. 668. Bon ber Strafe unerlaubter Geschenknahme wird auch ein öffentlicher Diener, bei bem bie Boraussetzungen bes §. 667. nicht eintreten, getroffen, wenn er Denjenigen, von welchem er sich Gelb ober andere Bermögensvortheile von nicht unbedeutenbem Geldwerthe zum Geschenk geben ober verssprechen ließ, burch pflichtwidrige Verzögerung von Amtshandslungen hiezu bestimmt hat.
- \$. 669. (Bestechung ober Geschenke burch Mittelspersonen.) Bas im Einverständniffe mit einem öffents Deutsche Strafgesehinder. VIII.

lichen Diener wegen einer Amtshandlung besselben einem Dritten gegeben ober versprochen wird, ift in ben Fällen ber §\$. 662. 663. 667. und 668. so anzusehen, als wenn es bem öffentlichen Diener felbst gegeben ober versprochen worsen mare.

- §. 670. (Confiscation bes Geschenkes.) Bei Beftechung und unerlaubter Geschenknahme fällt bas gegebene Geschenk ober beffen Werth ber Staatskaffe zu.
- §. 671. (Deffentliche Erpressung: 1. burch Anwendung ber Amtsgewalt ober Drohung mit berfelben.) Der öffentliche Diener, welcher durch Anwendung
 der Amtsgewalt oder durch Drohung mit derselben Jemanden
 nöthigt, ihm Vortheile zu gewähren, die ihm nicht gebühren,
 oder welcher auf gleiche Weise Jemanden in rechtswidriger
 Absicht nöthigt, einem Anderen Vortheile zu gewähren, die
 ihm nicht gebühren, wird, als der öffentlichen Erpressung
 schuldig, neben der Strase des gemeinen Verbrechens der Erpressung (§§. 417. bis 419. und 422.), zugleich von der
 Strase der Dienstentlassung oder Dienstentsehung getroffen.
- \$. 672. (2. durch Befehle ober Täuschung.) Hat der öffentliche Diener ohne Anwendung der Amtsgewalt und ohne Drohung mit derselben, jedoch mit Mißbrauch seiner amtlichen Stellung durch Befehle oder falsche Vorspiegelungen Jemanden zur Gewährung von Vortheilen, die ihm nicht gebühren, bestimmt, oder hat er unter gleicher Voraussehung sich solche Vortheile durch Benügung der Unwissenheit oder des Irrihums Desjenigen zugeeignet, von dem sie ihm gewährt wurden, oder hat ein öffentlicher Diener der im \$. 662. bezeichneten Art Jemanden durch pflichtwidrige Verzögerung von Amtshandlungen zur Gewährung solcher Vortheile vorssählich veranlaßt, so wird er ebenfalls, als der öffentlichen

Erpreffung schuldig, mit Kreisgefängnif ober Arbeitshaus, und infofern im einzelnen Falle eine höhere Strafe als Kreisgefängnif von brei Monaten verschuldet ift, zugleich mit Dienstentlaffung ober Dienstentsetzung bestraft.

- §. 673. (Strafe ber verletten Richterpflicht.) Deffentliche Diener, welche in burgerlichen Rechts=, ober in Berwaltungs= ober in Straffachen wissentlich ungerechte Entscheidungen geben, ober zum Zweck solcher Entscheidungen wissentlich ungerecht abstimmen, werden von der Strafe des falschen Zeugnisses (§§. 486. bis 489.), und überdies in allen Fällen der Berurtheilung zu zeitlichen Freiheitsstrafen von Dienstentlassung oder Dienstentsetzung getroffen.
- §. 674. (In geringeren Sachen.) Ift bie burgers liche Rechts, ober bie Berwaltungs ober bie Straffache von ber Art, bag bie Bartei ber bie Zeugen ftatt Eibes nur ein Sandgelubbe abzulegen haben, fo treten bie im §. 502. gesbrohten Strafen nebst ber Strafe ber Dienstentlaffung ein.
- \$. 675. (Bu Gunften bes Angeschulbigten.) Wenn in Straffachen ber im vorhergehenden \$. 674. bezeicheneten Art der Angeschuldigte durch die ungerechte Entscheidung begunftigt wurde, so sind die Richter ermächtigt, insofern solche Uebertretung die erste ift, auf Gelbstrafe nicht unter Einhundert Gulben herabzugehen.
- \$. 676. (Fälfdung behufs ungerechter Entsicheibung.) Bon ben in ben §§. 486. bis 490., 674. und 675. gedrohten Strafen wird auch berjenige öffentliche Diener getroffen, welcher in ber Absicht, eine ungerechte Entsicheibung herbeizuführen, in Borträgen, Brotokollen, Berichten ober anderen Akten wissentlich etwas Unwahres beurkundet.
- §. 677. (Fälfdung mit Migbrauch bes amtlichen Beurkundungerechts.) Der öffentliche Diener,

welcher, mit Mißbrauch seines amtlichen Beurkundungsrechts, zu den in den §§. 423. 425. 428. und 429. bezeichneten Zwecken, öffentliche Urkunden mit unwahrem Inhalte fertigt, und davon entweder Gebrauch macht, oder sie an Andere abgibt oder absendet, oder ihrer Bestimmung gemäß in Berwahrung nimmt, wird von der Strase der Fälschung, und in den Fällen der §§. 423. 425. und 428. zugleich von der Strase der Dienstentlassung getroffen.

- §. 678. Hat ein öffentlicher Diener zum Behufe einer Fälfchung, die mit einer geringeren, als der im §. 446. fest= gesetzen Strafe bedroht ist, eine öffentliche Urkunde mit un- wahrem Inhalte, oder ein mit den äußeren Erfordernissen einer öffentlichen Urkunde versehenes Blankett gesertigt und an Andere abgegeben, so wird er, insofern die Urkunde oder das Blankett zu einem schwereren Verbrechen gebraucht wurde, nebst Dienstentlassung oder Dienstentsetzung, von der Strafe diese Verbrechens getroffen, die jedoch das höchste Maß der im §. 446. gedrohten Strafe niemals übersteigen darf.
- \$. 679. (Unterbrudung von Urkunden.) Der öffentliche Diener, welcher ihm anvertraute amtliche Akten in rechtswidriger Absicht unbrauchbar macht, vernichtet oder unterbrudt, wird von der im \$. 459. gedrohten Strafe, und insofern im einzelnen Falle eine höhere Freiheitsstrafe als Kreisegefängniß von drei Monaten verschuldet ift, zugleich von Dienstentlaffung oder Dienstentsetung getroffen.
- \$. 680. (Staatsfchreiber.) Die Strafe bes \$. 677. tritt gegen Staatsfchreiber auch ein, wenn fie, um die gewinnsfüchtige (\$. 423.) oder auf Beschädigung gerichtete Absicht (\$. 425.) eines Anderen zu befördern,
- 1. burch pflichtwibrige Verweigerung ober Bergogerung ihrer Dienstleiftungen bie Aufnahme ber Urfunde über ein

Rechtsgeschäft, beffen Giltigfeit von beren Dafein abhangt, verhindern; ober

- 2. in ber Urkunde über ein folches Rechtsgeschäft Fehler begeben, welche beffen Nichtigkeit nach fich ziehen; ober
- 3. Die in ihrer Bermahrung befindliche Urfunde über ein folches Rechtsgeschäft unbrauchbar machen, vernichten ober unterbruden.
- \$. 681. (Mißbrauch ber richterlichen Gewalt.) Richter, welche aus Bosheit, Rachfucht ober Eigennut ober sonft in rechtswidriger Absicht, gegen Jemanden eine Unterfuchung einleiten, ober eine Haussuchung, ober die Eröffnung ober Wegnahme von Briefen, ober anderen Papieren anordnen ober vornehmen, werden mit Dienstentlaffung bestraft.
- \$. 682. (Ungefehliche Gaft.) Untersuchungsrichter, welche Jemanden aus Bosheit, Rachsucht oder Eigennut, oder sonft in rechtswidriger Absicht verhaften, oder in haft behalten, eben so andere öffentliche Diener, welche in gleicher Absicht eine ungebührliche Berlängerung der haft eines Angeschuldigten verursachen, desgleichen Borstände von Strafanstalten, welche in gleicher Absicht Jemanden als Gefangenen in die Anfalt aufnehmen, werden von den in den \$\$. 275. bis 277. gedrohten Strafen, nebst Dienstentlassung oder Dienstentsegung getroffen.
- \$. i83. Untersuchungerichter, Vorstände von Strafanstalten ober andere öffentliche Diener, welche, mit Uebertretung ber Dienstvorschriften, mittelbar ober unmittelbar wiffentlich eine zehn Tage übersteigende ungebührliche Berslängerung ber Haft eines Gefangenen verursachen, werden von Gelbstrafe nicht unter Einhundert Gulben, ober in schwereren Fällen von Dienstentlassung getroffen.

- \$. 684. (Andere Billführlichkeiten.) Bon ber gleichen Strafe (s. 683.) wird ber Richter, infofern bie That nicht in ein bestimmtes schwereres Berbrechen übergeht, gestroffen:
- 1. wenn er Mißhandlungen ober Drohungen anwendet, ober burch Andere anwenden läßt, um Angeschulbigte zu Geständniffen, oder Zeugen zu Aussagen von bestimmtem Inhalte zu nothigen;
- 2. wenn er gegen verhaftete Angeschulbigte ober Strafgefangene wiffentlich ungesetzliche, ober im Urtheil nicht ausgebruckte Erschwerungen eintreten läßt; ober
- 3. wenn er burch Unterlaffung ber Untersuchung, ober burch bie Urt ber Ginleitung, ober ber Fuhrung berfelben, ben Angeschulbigten in einer bie Gerechtigkeit bes Erkenntniffes gefährbenben Weise vorsäglich begunftigt.
- \$. 685. (Vorfählich verurfachte Entweichung von Gefangenen.) Der Richter, welcher einem Berhafteten ober einem Strafgefangenen vorfählich Gelegenheit zur Flucht läßt ober verschafft, wird von ben auf bas Berbrechen ber Befreiung von Gefangenen gesetzten Strafen (§S. 632. und 633.), und überdies von ber Strafe ber Dienstentlaffung getroffen.
- \$. 686. Die Bestimmungen ber vorhergehenden §\$. 681. bis 685. sinden auch auf die Polizei=, Zoll= und Steuer= beamten Anwendung, so weit benselben richterliche Amtsbefugnisse übertragen sind, und die Bestimmungen der §\$. 684. Nr. 2. und 685. auch auf die Vorstände und Aufseher der Strafanstalten, sowie auf die Gefangenwärter, und die Bestimmungen der §\$. 684. Nr. 1. und 685. auch auf Gendarmen, Polizeidiener und Andere, welche Angeschuldigte zu verhaften, zu verwahren oder zu begleiten haben.

- \$. 687. (Rechnersuntreue.) Deffentliche Rechner ober Berwalter, welche Gelber ober andere Gegenstände ihrer Berrechnung ober Berwaltung in ihren eigenen Rugen verwenden, werden, als der Rechnersuntreue schuldig, von der Strafe der Unterschlagung, und zugleich von Dienstentlassung ober Dienstentsegung getroffen.
- §. 688. (Unter fünfzig Gulben.) Betragen bie in ben eigenen Rugen verwendeten Gelder ober anderen Gegenftände weniger als fünfzig Gulben, so tritt, infofern es die erste Uebertretung ift, nur dienstpolizeiliche Strafe ein, es sei benn, daß der Schuldige zur Verübung ober zur Verbergung der That Fälschungen ober andere Täuschungsmittel angewendet hat, oder daß die Zueignung in der Absicht geschehen ift, das Verwendete der Kasse ohne Wiederersat zu entziehen.
- \$. 689. (Wann Verwendung in eigenen Nugen zu vermuthen.) Findet sich in der Kasse oder in den Vorräthen des Rechners oder Verwalters ein Abgang, hinssichtlich dessen derselbe nicht eine andere Entstehungsursache nachzuweisen, oder wahrscheinlich zu machen vermag, so kann eine Verwendung in des Rechners oder Verwalters eigenen Nugen angenommen werden, wenn dafür noch andere Umstände sprechen, namentlich:
- 1. wenn berfelbe einen Aufwand gemacht, oder fich ein Bermögen gefammelt hat, wozu ihm feine rechtmäßigen Ginnahmen offenbar nicht bie Mittel hatten geben konnen; oder
- 2. wenn er ben Abgang burch Fälfchungen ober andere Täufchungemittel zu verbergen gefucht hat.
- \$. 690. (Bufammentreffen von Rechnersuntreue und Falfchung.) Burbe als Mittel zur Berübung ber Rechnersuntreue, ober zur Berbergung berfelben, eine falfche Urfunde gefertigt, ober eine achte verfälfcht ober unterbruckt,

- so kommt bei Bestimmung ber Strafe ber zusammentreffenben Berbrechen ber Rechnersuntreue und ber Fälschung ober bes Betrugs bie Borschrift bes §. 182. zur Anwendung.
- §. 691. (Fortgefettes Berbrechen.) Wenn mehrere Uebertretungen ber im vorhergehenden §. 690. bezeichneten Art, die von dem nämlichen Rechner oder Verwalter bei ber nämlichen, oder bei verschiedenen Verwaltungen oder Berrechnungen begangen wurden, als Gegenstand des nämlichen Strafurtheils zusammentreffen, so sind fie bei Bestimmung der Strafe als fortgesetztes Verbrechen (§. 180.) anzusehen.
- \$. 692. (Wirkung bes Ersațes.) Wird bie Kaffe von bem Schuldigen ober von Anderen, die dazu nicht recht= lich verpflichtet sind, vor eingetretener Rechtskraft des Strafeerkenntnisses, durch baaren Ersat ober in anderer Weise ganz ober zum Theile befriedigt, so fällt die nach \$. 687. ober \$. 690. sonst eintretende Freiheitsstrafe ganz ober theile weise weg.
- §. 693. Sat jedoch ber Schuldige zur Berübung ober zur Berbergung ber Rechnersuntreue faliche Ginnahms = ober faliche Ausgabsbelege gefertigt, ober achte verfälscht, so bleibt die Strafe ber Fälschung auch im Falle bes §. 692. vorbeshalten, und ber vor eingetretener Rechtskraft bes Strafurtheils geleistete Ersat gilt nur als Strafminderungsgrund.
- \$. 694. Wenn ein Verrechner ober Verwalter fich Gelber ober andere Gegenstände feiner Verrechnung ober Bermaltung zueignet und bamit die Flucht ergreift, fo ift der Betrag, ben man bei ihm findet, in Bezug auf die Bestimmung feiner Strafe nicht als geleisteter Ersat anzusehen.
- \$. 695. (Unbefugtes Ausleihen von Kaffengelbern.) Wenn ein Rechner ober Bermalter, welcher nicht befugt ift, Darleihen aus der Kaffe zu machen, Kaffengelber

ausleiht, fo wird berfelbe ebenfo wegen Nechnersuntreue beftraft, als hatte er bie bargeliehene Summe in eigenen Nugen
verwendet.

- \$. 696. (An Borgefeste bes Rechners.) Bon ber gleichen Strafe wird auch ber Borgefeste bes Rechners ober Berwalters, und ebenfo ber mit ber Dienstaufsicht über benfelben beauftragte Beamte getroffen, wenn er ein Anleihen aus einer folchen Kasse (§. 695.) felbst aufnimmt.
- \$. 697. (Ausleihen ohne Sicherheit.) Wenn ein Rechner ober Verwalter, welcher Darleihen aus der Kaffe zu machen befugt ift, Gelber wissentlich ohne Sicherheit ausleiht, so wird er, wenn sich dadurch ein Verlust von mehr als fünfzig Gulben ergibt, den er als wahrscheinlich oder doch als leicht möglich vorausssehen konnte, von der Strafe der Dienstentlassung getroffen, und zugleich von Einem Drittel der Freiheitsstrafe, welche im Falle der Rechnersuntreue nach §. 687. eintreten würde.
- \$. 698. (An Vorgesetzte bes Rechners.) Sft es ber Borgesetzte bes Rechners ober Berwalters, ober ber mit ber Dienstaufsicht über benselben beauftragte Beamte, welcher bas Unleihen aus ber Kaffe aufnimmt, so trifft ihn selbst in allen Fällen, wo sich ein Verluft ergibt, die Strafe ber Dienstentlaffung und ein Orittel ber im §. 687. auf bas Verbrechen ber Rechnersuntreue gebrohten Freiheitöstrafe, in anderen Fällen eine Gelbstrafe nicht unter fünfzig Gulben.
- \$. 699. (Umwechslung von Kaffengelbern u. f. m.) Wenn ein Rechner ober Bermalter baburch, baß er Kaffengelber umwechselt, ober baß er Schuldverschreibungen ober Staatspapiere, die sich in ber Kaffe befinden, ober andere Gegenstände feiner Bermaltung vertauscht ober vertauft, ober gegen Ginlage in Geld ober anderen Papieren sich zueignet,

ober daß er Gegenstände für sich benütt, beren Ertrag er fur die Raffe zu verrechnen hat, sich Bortheile verschafft, so gilt dies als Nechnersuntreue, bei beren Bestrafung der Betrag bes bezogenen Gewinnes, ober des ber Kasse zugefügten Schabens in Betracht kommt, je nachdem der eine oder der andere größer ift.

- \$. 700. (Amteverbrechen ber Boftbeamten 2c.: 1. Eröffnen von Briefen.) Boftbeamte und bei ber Boft angestellte Diener, welche, außer bem Falle ber urkundlichen Eröffnung von unbestellbaren Briefen ober Paketen, ber Bost anvertraute Briefe, Bakete ober andere verschloffene Gegenftände ohne Willen Desjenigen, ber sie aufgegeben hat, ober an ben sie gerichtet sind, vorsätzlich eröffnen, werden von ber Strafe ber Dienstentlassung, und in schwereren Fällen überbies auch von Kreisgefängniß ober Arbeitshausstrafe bis zu zwei Jahren getroffen.
- \$. 701. (2. Unterschlagung.) Bostbeamte und bei ber Bost angestellte Diener werden, wenn sie ber Post anverstraute Briefe oder andere Sachen, die keinen Geldwerth haben, unterschlagen, oder ohne Verfügung des zuständigen Gerichtes, oder ohne den Willen Desjenigen, der sie aufgegeben hat, oder an den sie gerichtet sind, wissenlich an andere Versonen, als an die sie gerichtet sind, wober deren Stellvertreter aussliefern, oder vorsählich zurückhalten, von der im vorhergehenden §. 700. gedrohten Strafe getrossen, und, wenn es an Geldpaketen oder anderen Gegenständen, die einen Geldwerth haben, geschieht, von der nach der Vorschrift des §. 404. zu erhöhenden Strafe der Unterschlagung, nebst Dienstentlassung, oder Dienstentsetzung.
- \$. 702. (Anwendung auf bie öffentlichen Boten.) Die Bestimmungen der beiben vorhergehenden §§. 700.

- und 701. finden auch auf bie obrigfeitlich aufgeftellten Boten Unwendung; jedoch tritt gegen fie ftatt Dienftentlaffung ober Dienstentsetzung zeitliche oder bleibende Entziehung ber ihnen ertheilten Befugniß gum öffentlichen Botengange ein, und nebftbem jebenfalle Umtegefängnifftrafe, wo nicht nach ben SS. 700, und 701. eine bobere Freiheitoftrafe verschuldet ift.
- S. 703. (Amteberbrechen burch Berübung ge= meiner Berbrechen im Amt.) Der öffentliche Diener, welcher fein Amt zur Berübung eines gemeinen Berbrechens (Titel IV. S. 142., Titel IX. bis XLVIII. und L.) miß= braucht, wird, ale eines Amteverbrechens fculbig, infofern er burch bas Berbrechen an fich eine hobere burgerliche Strafe ale Rreisgefängnif von brei Monaten verschulbet bat, zugleich von ber Strafe ber Dienstentlaffung getroffen.
- S. 704. (Stellvertretende Strafe.) Begen Denjenigen, ber, ohne ein ftanbiges öffentliches Umt zu betleiben. Die Strafe ber Dienftentlaffung ober Dienftentfegung verschuldet, tritt ftatt berfelben bie im S. 169. bestimmte ftellvertretenbe Strafe ein 84).
- S. 705. (Dienstentlaffung ale Folge von Freibeitoftrafen.) In allen gallen, in welchen ber öffentliche Diener megen eines gemeinen Berbrechens ju einer Arbeitehaus = ober zu einer Gefängnifftrafe bon feche Monaten, ober barüber verurtheilt wirb, ftebt ber Staateregierung bas Recht

^{**)} Einführungsgeset v. 5. Februar 1851 §. 2. 3iff. 4.

Der §. 704. erhält folgenden Zusat:
(Amits ver den ber Erschwornen.) Insbesondere finden die Borschriften iber Berteung ber Amtsverichwiegenheit (§§. 660. 661.), über Bestechung
(§§. 662. 664 – 666. 669. 670.), wissentlich Bertehung ber Richterpsticht (§. 673.)
und Unterbriddung von Urtunden (§. 679.) und die im §. 169. seizgesetzten stellvertretenden Strafen auch auf die Geschwornen und auf andere Berfonen Anwendung,
bie, ohne in einem öffentlichen Richterbienste zu stehen, vorübergehend zur Aussübung bon Richterpflichten berufen finb.

- zu, benselben, ohne Unterschieb, ob er noch wirklich im Dienste fteht, ober zur Rube gesetzt ift, und ohne Unterschieb, ob die Strafe im Arbeitshaus ober in ber Festung (§. 52.) vollzogen wird, mit Beobachtung bes im Ebikt über die Rechtsverhältnisse ber Staatsbiener (§. 17.) vorgeschriebenen Berfahrens, zu entlassen ober auf eine geringere Stelle zu verssetzen.
- §. 706. Das gleiche Recht fteht ber Staatsregierung gegen ben öffentlichen Diener ferner auch bann zu, wenn er wegen eines ber in ben §§. 360. bis 371., 376. bis 396., 400. bis 406., 484. bis 508. ober in ben Titeln XXXV., XXXVI. ober XLIV., ober im §. 664. genannten Berbrechen, ober wegen gewinnsuchtiger Fälschung ober gewinnsuchtigen Betrugs von einer Gefängnisstrafe getroffen wirb.
- §. 707. (Gelb= ftatt Gefängnifftrafe.) In allen Fällen, in welchen ein öffentlicher Diener, ber nicht zu ber Klaffe ber niederen Diener gehört, durch ein gemeines Versbrechen eine geringere Strafe als Kreisgefängniß von sechs Monaten, ober durch ein Amisverbrechen eine drei Monate nicht übersteigende Gefängnißstrafe verschuldet hat, kann statt derselben auf eine Gelbstrafe nicht unter fünsundzwanzig Gulden erkannt werden, die Källe ausgenommen, wo nach den Bestimmungen der vorhergehenden §§. 705. und 706. der Staatsregierung gegen den öffentlichen Diener, der von Gefängnißstrafe getroffen wird, das Recht der Dienstentslassung zusteht.
- \$. 708. (Gefängniß= ftatt Gelbstrafe.) Niebere öffentliche Diener, welche sich eines mit bloger Gelbstrafe bestrohten Amtsverbrechens schulbig machen, werben, infofern nicht bas Geset im einzelnen Falle etwas Anderes verordnet, statt berselben von verhältnismäßiger (§. 162.) Gefängniß=

ftrafe getroffen, beren Dauer bie Beit von feche Monaten nicht überfleigen tann.

L. Citel.

Bon bem Berbrechen ber Erschleichung eines Amtes ober einer Berechtigung, und bem Berbrechen ber Bestechung ober Falschung bei Ernennungen ober bei Bablen 85).

- \$.709. (Erfchleichung eines Amtes ober einer Berechtigung.) Wer burch Fälschung, Bestechung ober ein anderes Verbrechen ein öffentliches Amt, ober die nur durch Staatsprüfung zu erlangende Berechtigung zur Ausübung einer Kunst ober Wissenschaft, ober den Genuß einer Stiftung, oder die Berechtigung zur Ausübung eines Gewersbes erschleicht, wird, neben der Strafe der Fälschung, Bestechung oder des anderen Verbrechens, zugleich vom Verluste des erschlichenen Amtes, oder Stiftungsgenusses, oder der erschlichenen Berechtigung getroffen.
- §. 710. (Strafe bes beftochenen Patrons 2c.) Wenn Derjenige, bem die Präsentation ober die Ernennung zu einem öffentlichen Amt, ober zu einem Stiftungsgenusse nicht vermöge einer amtlichen Befugniß, sondern aus eigenem Rechte zusteht, Gelb oder andere Vermögensvortheile dafür, daß er eine bestimmte Person präsentire oder ernenne, angenommen oder sich zu deren Annahme bereit gezeigt hat, so wird er von einer Gelbstrafe getroffen, welche hier den Betrag von Eintausend Gulden in eben dem Maße übersteigen

^{**)} Bgl. altenb. Str. = G. = Bch. Art. 318., würtemberg. Art. 426., braunschweig. §6. 114. 266., hannov. Art. 153—155., heff. Art. 202. 203. 482—484., thuring. Art. 248. 311., preuß. §6. 85. 86.

tann, als ihn bas empfangene ober verfprochene Gefchent übersfteigt, und überdies von bem Berlufte feines Brafentationsober Ernennungsrechtes auf Lebenszeit.

Derjenige, melder bas Gefchent gegeben ober versprochen bat, wird in biefem Falle von einer Gelbstrafe ober von einer Gefängnifftrafe bis zu brei Monaten, und von bem Verlufte bes erschlichenen Amtes ober Stiftungsgenuffes getroffen.

\$. 711. (Bahlbestechung.) Wer in Bezug auf eine vorzunehmende staats = oder gemeindeburgerliche Bahl einem Wähler für seine Wahlstimme Geld oder andere Vermögens vortheile zum Geschenke gibt oder verspricht, wird ebenso, wie der Wähler selbst, der das Geschenk oder das Versprechen annimmt, wegen Wahlbestechung von einer Geldstrafe nicht unter fünfundzwanzig Gulden getroffen.

Auch kann ber Bestechende bei ber Wahl, auf welche sich bie Bestechung bezieht, ober, im Falle einer Nichtigkeitserklärung berfelben, bei berjenigen, die an ihrer Statt von Neuem vorgenommen wird, nicht gewählt werden, und ebenso ber Bestochene babei sein Wahlrecht nicht ausüben.

- §. 712. (Confiscation bes Gefchenkes.) Das zur Bestechung (§§. 709. bis 711.) gegebene Gefchenk ober beffen Werth fällt ber Staatstaffe zu.
- S. 713. (Beschränkung ber Strafverfolgung.) Burbe im Falle bes S. 711. ber Bestechende wirklich gewählt, so findet das strafgerichtliche Versahren erst dann statt, wenn die Wahl vorher von der Versammlung oder der Behörde, welche über die Giltigkeit berselben zu erkennen hat, für nichtig erklärt ist.
- \$. 714. (Fälfchung bei Bahlen.) Ber bei ftaat6= ober gemeindeburgerlichen Bahlen Bahlzettel betrüglich unterschiebt, verfälfcht ober rechtswidrig unterdrückt, wird mit Krei6=

gefängniß und bem Verluft feiner gemeindeburgerlichen ober feiner ftaatsburgerlichen Rechte ber Wahl und ber Wählbar- teit auf feche ober auf acht Jahre bestraft.

Gegeben zu Carleruhe in Unferem Staatsministerium, ben 6. Marg 1845.

Leopold.

Jolly.

Auf allerhochften Befehl Seiner Koniglichen Soheit bes Großherzogs: Buchler.

IX. Strafgesehbuch

für bas

Serzogthum Rassau

vom 14. April 1849.

1

Einleitung.

Den gleichen Gang, wie fast in allen Ländern Deutschlands nahm auch im Herzogthume Nassau die Entwickelung
bes Strafrechts. Es galt bort bis 1849 gemeines Necht
mit einigen particularrechtlichen Bestimmungen. Das Ungenügende desselben hatte sich längst fühlbar gemacht, als man
sich zur Abhülfe entschloß. Für diese versuchte man jedoch
keine selbstständige Arbeit, sondern aboptirte das großherzoglich hessische Strafgesesbuch als Grundlage, welche man nur

nach ben eigenen besonderen Bedürsnissen und den über jenes seit acht Jahren gewonnenen Erfahrungen überarbeitete. Man theilt daher in Nassau auch die Gerichtsersahrung und Literatur mit dem benachbarten Sessen. Auf das hessische Gesetzbuch wird daher auch hauptsächlich verwiesen werden.

Gefet,

bie

Einführung des neuen Strafgesethuches betreffend.

Mit Zustimmung Unferer Landstände haben Wir befchloffen und verordnen, wie folgt:

S. 1.

Das durch Stict vom 14. April 1849 publicirte neue Strafgesethuch fur bas Berzogthum Naffau tritt mit bem 1. Juli 1849 in Wirksamkeit.

§. 2.

Mit biefem Tage erlöschen alle gemeinrechtliche ober partikularrechtliche Strafgesete, soweit sie bie in dem Strafgeset;buche behandelten Gegenstände betreffen.

In Rraft bleiben:

1) Die Militärstrafgesete in Bezug auf die militärischen Berbrechen, Bergeben und Disciplinarubertretungen.

2) Die Bolizeigesetze und Verordnungen, insbesondere bie Forst=, Jagb=, Fischerei= und Felbfrevelordnungen, die Finanz=, insbesondere die Zollgesetze und Verordnungen, die Strasbestimmungen rucksichtlich der Conscription, die Berordnungen über Hazardspiele und Lotterien, die Verordnungen zum Schutze des Postregals, die Redicinalpolizeiverordnungen, die Feuer= und Baupolizeiverordnungen.

S. 3.

Berbrechen und Vergehen, welche vor bem 1. Juli bieses Jahres begangen worden sind, aber erst von diesem Zeitpunkte an zur gerichtlichen Aburtheilung kommen, sollen, die Sache mag in erster oder in letter Instanz anhängig sein, nach dem neuen Strafgesethuche beurtheilt werden, wenn nicht die zur Zeit der Verübung berselben gultig gewesenen Normen für den Angeschuldigten gunstiger sind, in welchem Falle diese letteren zur Anwendung kommen.

So gegeben Stenberup, ben 17. Mai 1849.

(L. S.) Molph, Bergog ju Raffau.

vdt. Bergenhahn.

Inhalts - Derzeichnif.

Erfter Theil. Bon ben Berbrechen und Bergehen und von beren Bestrafung im Allgemeinen.

Titel I. Bon ben handlungen und ben Personen, welche ben Strafgeseten unterworfen find, Art. 1—6.

Titel II. Bon ben Strafen und beren Folgen, Art. 7-34.

Titel III. Bon ben Fallen, in welchen teine Beftrafung ftattfinbet, Art. 35-53.

Titel IV. Bon ber Fahrläßigfeit und von bem Borfate, Art. 54-59.

Titel V. Bon ber Bollenbung und vom Berfuch, Art. 60-66.

Titel VI. Bon Urhebern, Gehülfen und Begunftigern, Art. 67-89.

Titel VII. Bon bem Rudfalle, Art. 90-98.

Titel VIII. Bon bem Busammentreffen (ber Concurrenz) mehrerer gleichzeitig zu bestrafender Berbrechen ober Bergehen, Art. 99—112.

Titel IX. Bon ber Milberung ber Strafen, Art. 113-116.

Titel X. Bon Bumeffung ber Strafe, Art. 117-121.

Titel XI. Bon ber Erlöschung ber Strafbarkeit burch ben Tob und burch Berjährung, Art. 122—127.

- Ameiter Theil. Bon ben einzelnen Berbrechen und Bergehen.
 - Titel XII. Bom Sochverrathe und vom Landesverrathe, Art. 128—138.
 - Titel XIII. Bon ber Gefahrbung ber Rechte und Berhaltniffe bes herzogthums in Beziehung ju anberen Staaten, Art. 139-144.
 - Titel XIV. Bon ber Beleibigung ber Majestat, Art. 145-149.
 - Titel XV. Bon ber thatlichen und wörtlichen Beleidigung ber Mitglieber ber Bergoglichen Familie und bes Berwesers bes herzogthums, Art. 150. 151.
 - Titel XVI. Bon bem Aufruhr und Auflauf, Art. 152-161.
 - Titel XVII. Bon Gewaltthätigkeiten und Drohungen, Art. 162-171.
 - Titel XVIII. Bon ber Widerfetung und von dem Ungehorfam gegen gewiffe obrigfeitliche Berfügungen, Art. 172-181.
 - Titel XIX. Bon Berletung ber Amtes und Dienstehre, Art. 182-188.
 - Titel XX. Bon Störung religiofer Ganblungen, Migbrauch und herabwurbigung ber Religion, Urt. 189-192.
 - Titel XXI. Bon ber unerlaubten Befreiung ber Gefangenen, Mrt. 193-197.
 - Titel XXII. Bon ben Mungverbrechen und Bergehen, Art.
 - Titel XXIII. Bon ber Falichung ber Staatspapiere und bes Gergoglichen Stempelpapiers, Urt. 212-221.
 - Titel XXIV. Bon unbefugter Berfertigung ber öffentlichen Siegel und Stempel, Art. 222—226.
 - Titel XXV. Bom Meineide u. vom Gidesbruch, Art. 227-236.
 - Titel XXVI. Bon Sanbftreichern und Bettlern, Art. 237-243.
 - Titel XXVII. Bon ber Töbtung, Art. 244-254.
 - Titel XXVIII. Bon ber Rorperverlegung, Urt. 255-265.

- Titel XXIX. Bon Löbtung ober Körperverletung bei Raufhanbeln, Art. 266-268.
- Titel XXX. Bon ber Töbtung ober Beschäbigung Anderer burch Bergiftung, Art. 269-273.
- Titel XXXI. Bon ber Abtreibung ber Leibesfrucht, Art. 274-278.
- Titel XXXII. Bon ber Aussetzung hulflofer Rinber und ansberer hulflofer Berfonen, Art. 279-284.
- Titel XXXIII. Bom 3weifampfe (Duell), Urt. 285-288.
- Titel XXXIV. Bon Berlegung ber perfonlichen Freiheit, Urt. 289-295.
- Titel XXXV. Bon ben Ungriffen auf bie Chre, Art. 296-314.
- Titel XXXVI. Bon ber boppelten Che und bem Chebruch, Art. 315-321.
- Titel XXXVII. Bon ber Unzucht und Berletjung ber Schams haftigfeit, Art. 322-336.
- Titel XXXVIII. Bon bem Raube, Urt. 337-341.
- Titel XXXIX. Bon ber Erpreffung, Urt. 342-346.
- Titel XL. Bom Diebstahle, Urt. 347-371.
- Titel XLI. Bon ber Unterschlagung, Art. 372-377.
- Titel XLII. Bon ber Schriftfälfchung und vom Betruge, Urt. 378-393.
- Titel XLIII. Bom Bucher und von Bervortheilung einer unter frember Gewalt befindlichen Berson, Urt. 394. 395.
- Titel XLIV. Bon Bervortheilung ber Gläubiger bei Concursen und Banterotten , Art. 396-400.
- Titel XLV. Bon Benachtheiligung burch Bormunder, Curatoren, Güterpfleger, Sequestrationsverwalter u. Testamentsexecutoren, Art. 401.
- Titel XLVI. Bon ber Pflichtverlegung ber Schieberichter und Sachverftanbigen, Art. 402. 403.
- Titel XLVII. Bon Berlegung frember Geheimniffe, Art. 404.
- Titel XLVIII. Bon ber Branbftiftung, Art. 405-413.

- Titel XLIX. Bon ber Ueberichwemmung und gefährlichen Befchäbigung ber Gifenbahnen, Art. 414-419.
- Titel L. Bon anderen Befchabigungen fremben Gigenthums, Urt. 420-424.
- Titel LI. Bon Befchabigung burch Beranberung ber Greng- geichen, Urt. 425. 426.
- Titel LII. Bon ber Bilberei, Art. 427-432.
- Titel LIII. Bon Beschäbigung ber Thiere burch Bergiftung ober Berbreitung von Biehseuchen, Art. 433. 434.
- Titel Liv. Bon ben besonberen Berbrechen und Bergehen ber Staatsbeamten und öffentlichen Diener, Urt. 435-471.
- Titel LV. Bon besonderen Pflichtverletungen gewiffer, ju öffentlichen Berrichtungen aufgestellter Personen, Art. 472-477.
- Titel LVI. Bon bem Berbrechen ber Umtberschleichung, Art. 478-480.
- Schlußbestimmung über bie Ginführung bes Se- feges, Art. 481.

Um der Strafrechtspflege in Verbindung mit der Einführung des öffentlichen und mundlichen Gerichtsverfahrens und der Schwurgerichte im Herzogthum eine den Zeitverhaltniffen entsprechende Grundlage zu geben, haben Wir Uns bewogen gefunden, mit Zustimmung Unserer Landstände das
nachstehende Strafgesethuch für das herzogthum
Naffau zu erlaffen.

Erster Theil.

Von den Verbrechen und Vergehen und von deren Bestrafung im Allgemeinen.

Citel 1.

Bon ben Sandlungen und ben Berfonen, welche ben Strafgefeten unterworfen fint.

- Art. 1. Nur biejenigen Sandlungen oder Unterlaffungen werden als Verbrechen oder Vergeben bestraft, welche vorher burch bas Gefet mit Strafe bebroht finb 1).
- Art. 2. Was in bem erften Theile biefes Gefethuches hinsichtlich ber ftrafbaren Sandlungen bestimmt ift, gilt ebenfalls von ben ftrafbaren Unterlaffungen, und was

¹⁾ Die Art. 1-6, ftimmen wortlich mit bem beffifchen Str. B. Bd. überein.

hinsidilich ber Verbrechen vorgeschrieben ift, gilt ebenfalls von ben Vergeben, wenn auch ber Unterlassungen, beziehungs= weife ber Vergeben, nicht überall ausbrücklich erwähnt ift.

- Art. 3. Strafbare handlungen, welche außerhalb ber Grenzen bes herzogihums angesangen, aber innerhalb berfelben vollendet, ober innerhalb angefangen, aber außerhalb vollendet worden sind, werden ebenso betrachtet, als wären sie im herzogethum angefangen und vollendet worden.
- Urt. 4. Inländer, welche sich einer durch das Gefets mit Strafe bedrohten Handlung schuldig gemacht haben, wers ben nach den Bestimmungen desselben gerichtet, die handlung mag im Gerzogthum oder im Auslande, an einem Inländer oder an einem Ausländer, wider den Herzoglichen Staat, wider das beutsche Reich oder wider einen deutschen Bundesstaat besangen worden sein.

Wegen Handlungen bes Inlanders, gegen einen nicht zum deutschen Reiche gehörigen Staat im Inlande oder im Auslande verübt, können die Gerichte nur zufolge einer von dem Ministerium erhaltenen Ermächtigung eine gerichtliche Versfolauna oder Bestrafung eintreten laffen.

Doch findet feine, beziehungeweife gelindere Strafe ftatt:

- 1) wenn die gegen einen Bundes = ober auswärtigen Staat, beffen Behörben ober Angehörige gerichtete, im Aus- lande verübte handlung in den Gefeten diefes Staats mit keiner oder mit gelinderer Strafe bedroht ift, oder die Bestrafung die Anklage des Betheiligten voraussett;
- 2) wenn ber Inlander wegen bes im Auslande begangenen Berbrechens bereits im Auslande bestraft ober freigefprochen worden ift:
- 3) wenn ber Inlander wegen bes im Auslande wiber bas Ausland, beffen Behorden ober Angehorige begangenen Berbrechens von bem Staate, gegen welchen, ober gegen

beffen Beborben ober Ungeborige bas Verbrechen be-

gangen murbe, begnabigt morben ift;

4) wenn ber Inlander wegen eines im Inlande gegen einen auswärtigen Staat, beffen Beborben ober Ungeborige verübten Berbrechens bereits im Auslande beftraft ober freigefprochen worben ift.

Ausländer werben nach ben Bestimmungen

bes im Berzogthum geltenden Gefetes gerichtet:
1) wegen aller barin mit Strafe bedrohten Sandlungen, welche innerhalb bes Bergogthums von ihnen begangen

morben finb :

wenn fie fich zwar außerhalb bes Bergoglichen Gebietes, jeboch in Bezug auf ben Bergoglichen Staat, ber Majeftate= beleibigung, bes Sochverrathe, bes Lanbesverrathe, bes Aufruhre, ber Ueberfchwemmung, ber Falfchung von Bergoglichen Stempeln ober Siegeln, von Bergoglichem Stempelpapier ober von im Bergogthum Cours habenben ober im Sanbelsverfebr befindlichen Mungen ober Staatspapieren foulbig gemacht haben.

Doch findet keine Strafe ftatt, wenn der Ausländer im Inlande gegen einen auswärtigen Staat ober beffen Beborben ein Verbrechen begangen bat und in biefem Staate beftraft

ober freigesprochen worben ift.

Art. 6. Wer eine burch bas Gefet mit Strafe bebrobte Sandlung verübt hat, ber ober beffen Nachlag haftet insoweit für Zuruckerstattung ober Entschädigung, dann für die Unterssuchungs=, Berpflegungs= und Bollstreckungekoften, als er hierzu nach ben Bestimmungen der bürgerlichen Gesetze und ber Strafprozefordnung fculbig ift.

Titel II.

Bon ben Strafen und beren Folgen.

Art. 7. Die Strafen, welche bei Berbrechen und Bergehen in Anwendung kommen, sind, vorbehaltlich der Fälle, in welchen das Kriegsrecht die Todesstrafe vorschreibt (§. 9. des Reichsgesetzes vom 27. Dezember 1848, die Grundrechte bes beutschen Bolkes betreffend 2):

1) lebenslängliche Buchthausstrafe;

2) Buchthausstrafe auf bestimmte Beit, nicht unter zwei Sahren und nicht über achtzehn Jahre;

3) Dienstentfetung;

4) Correctionshausstrafe, nicht unter zwei Monaten und nicht über zehn Sahre;

5) Veftungoftrafe, in ben Fallen bes Sit. XXXIII. bes gegenwärtigen Gefetbuches;

6) Dienftentlaffung;

7) Entziehung gewisser ftaatsburgerlicher, burgerlicher und Familienrechte, insofern biese Entziehung nicht schon als gesehliche Volge einer anderen Strafe eintritt;

8) Entziehung öffentlicher Berechtigungen ober eines öffentlichen und felbstständigen Gewerbbetriebs, entweder fur immer ober auf bestimmte Beit, nicht unter feche Monaten und nicht über funf Jahre;

9) Sufpenfion von Dienft und Gehalt, nicht unter fieben Monaten und nicht über Gin Jahr;

10) burgerliches Gefängnif, nicht über vier Bochen:

^{?)} Art. 7. entspricht bem Art. 7. bes hefflichen Str. 26. 30ch; jeboch ift bie Tobesstrafe weggefallen. 3mar find bie Grundrechte bes beutschen Boll's auch in Raffau wieber aufgehoben, allein ba ein abanberndes Gefes nicht erfolgt ist, hat es bei bem ursprünglichen Tert sein Berbleiben. Dadurch fallt auch Art. 8. bes heff. Str. 3. 20ch wea.

Die Confiscation einzelner Gegenstände ift im beff. Str. : B. : Bo. unter bie regelmäßigen Strafen nicht aufgenommen.

- 11) Gelbstrafe, nicht unter Ginem Gulben und nicht uber neunzig Gulben, infofern nicht bei einzelnen Bergeben eine hobere Gelbstrafe bestimmt ift;
- 12) Confiscation einzelner Begenftanbe;
- 13) gerichtlicher Bermeis.

Urt. 8. Die zur Buchthausftrafe Berurtheilten merben ausgezeichnet gekleidet und muffen ihre Strafe im Buchthause verbugen.

Während ber Dauer ber Strafgeit barf ihnen aus ihrem Bermogen ober von Anderen fein Geld, fein Nahrungsmittel, fein Kleibungeftuck und überhaupt nichts abgegeben werben 3).

- Art. 9. Die Correctionehausftrafe wird in bem Correctionehaufe verbugt. Die bieberige Unterscheibung zwisichen Correctionehaus erfter und zweiter Rlaffe fallt meg.
- Art. 10. Diejenigen, welche ihre Strafe im Buchthaufe ober im Correctionshaufe verbugen, werben zu ben in biefen Strafanstalten eingeführten Arbeiten angehalten.
- Art. 11. Die Strafe bes burgerlichen Gefangniffes wird in ben Orts = ober Bezirksgefängniffen, ober in jedem anderen zur Aufbewahrung eines Gefangenen tauglichen Lokal, worüber die erkennenden Gerichte disponiren können, Bucht = und Correctionshaus ausgenommen, verbuft.

Kann die zuerkannte Geloftrafe nicht beigetrieben werden, so muß sie im Gefängniß ober nach Umftänden in Arbeit verbugt werden, und zwar mit vierundzwanzig Stunden Gefängniß, beziehungsweise mit zwei Tagen Arbeit fur jeden Gulden.

Art. 12. Sat ein gerichtlich erklärter Berfchwenber eine burch bas Gefet mit einer Gelbstrafe bebrobte Sandlung be-

¹⁾ Die Art. 8-13. entsprechen ben Art. 9-15. bes hess. Str.: S.-Bos., jeboch unter Begsall bes Art. 11. bes hess. Str.: B.: Bos., begugisch ber Zusassung von Festungsstrafe und mit einer unbedeutenden Rebactionsanberung in Art. 11. Abs. 2.

gangen, fo ift von ben Berichten fogleich im Urtheil auszu= fprechen, bag bie verwirfte Gelbftrafe nach bem Dafftabe bes porbergebenden Artifels im Gefangnif ober in Arbeit gu ber= bugen fei.

Rommt erft nach Buerkennung einer Gelbftrafe bie Gigenfcaft bes Verurtheilten, als eines gerichtlich ertlärten Verfcmenbere, gur Renntnig bes Gerichts, fo bat basfelbe nach bem im erften Abfate ermabnten Magitabe bie Gelbftrafe in Gefängnififtrafe ober Arbeit zu verwandeln.

- Mrt. 13. Der Berbugung ber Strafe in einer Straf= anftalt ift es gleich zu achten, wenn ber Strafling auf Ber= fugung ber competenten Beborbe mabrend ber Dauer ber Strafgeit an einen anderen Ort gebracht und bort feftgehalten wird.
- Art. 14. Die im Art. 7. Nr. 2. 4. und 10. ermabn= ten Freiheitsftrafen tonnen gefdarft werben:
 - 1) burch Befdrankung ber Roft auf Baffer und Brob, je um ben anderen Tag, nacheinander nicht über viergebn Tage 4);

2) burch einfame Ginfperrung, ununterbrochen nicht

länger ale einen Monat;

3) burch Duntelarreft, ununterbrochen nicht langer als bier Tage:

4) burch Berbindung ber erften mit ber zweiten ober britten Schärfungsart.

Art. 15. Die lebenslängliche Buchthausftrafe fann, außer bem Falle bes Urt. 97., nicht geschärft werben.

Art. 16. Bor bem Ablauf einer Zwischenzeit, welche ber Dauer ber ftattgehabten Scharfung gleich fommt, fann

⁴⁾ Die Art. 14—19. entsprechen ben Art. 16—21. bes beff. Str.: G.: Boch, jeboch ift bie Straffcharfung burch Befchrankung ber Koft in Art. 14. (16.) in ber Marimals bauer von vier Bochen auf vierzehn Tage herabgeseht.

bie nämliche Schärfung nicht wieder eintreten, ber Dunkelarreft nicht wieder por Ablauf von brei Wochen.

- Art. 17. Die Zeit, während welcher die verschiedenen Schärfungen einzeln ober in Verbindung zur Anwendung kommen, darf bei Gefängnifstrafe nicht die Gälfte der Strafzeit übersteigen, und nicht ein Drittheil berfelben bei Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre.
- Art. 18. Bei Zuchthausstrafe, sowie bei Correctionshaussfrafe von längerer als Einjähriger Dauer, sinden die Schärsfungen, einzeln ober in Berbindung, im zweiten und in den folgenden Jahren nicht über viermal bes Jahres, nach Ablauf von funf Jahren aber jährlich nicht mehr als Einsmal flatt.
- Art. 19. Die Bestimmungen bes vorhergehenden Artikels finden in bem Falle bes Art. 97. keine Anwendung.
- Art. 20. Die rechtsträftige Berurtheilung zur Bucht= hausstrafe zieht als gefehliche Folge nach fich:
 - 1) ben Verluft ber Hof-, Staats-, Gemeinde- oder fonftigen öffentlichen Aemter, ber Abvokatur, und die Unfähigkeit zu folchen;
 - 2) ben Berluft ber Orben, Chrenzeichen und Titel;
 - 3) das Gericht kann zugleich auf ben Berluft ber Rubegehalte erkennen 5).
- Art. 21. Die rechtskräftige Berurtheilung zur Correctionshausftrafe auf Gin Sahr ober länger zieht als gesetzliche Volge ben Verlust ber Hof=, Staats=, Gemeinbesober sonstigen öffentlichen Aemter und ber Abvokatur nach sich; bas Gericht kann auch hier zugleich auf ben Verlust ber Ruhe= gehalte erkennen.

³⁾ Die Beftimmungen ber Art. 20-27. über bie Straffolgen entsprechen im Alls gemeinen ben Art. 22-29. bes heff. Str. B.: Boh., find aber wesentlich veranbert.

Art. 22. Die rechtsträftige Berurtheilung zur Correctionshausstrafe auf weniger als Gin Jahr zieht Suspenfion von Dienst und Gehalt auf die Dauer der Straf=

geit nach fich.

Geschah jedoch die Verurtheilung wegen Diebstahls, Untersschlagung, Fälschung, Betrugs ober Eidesverletzung, so tritt der Verlust der Hof-, Staats-, Gemeinde- oder sonstigen öffentlichen Aemter und der Advokatur als Rechtsnachtheil ein; auch kann das Gericht auf Verlust der Ruhegehalte erkennen.

- Art. 23. Mit ber rechtskräftigen Verurtheilung zur Strafe bes burgerlichen Gefängniffes find, wenn die Verurtheilung wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung ober Betrugs erfolgt ift, ebenfalls die im zweiten Absate bes vorhergehenden Artifels bezeichneten Nachtheile verbunden.
- Art. 24. Wenn ein Inländer im Austande eine Strafe verbüßt hat, und wenn als Folge biefer Strafe dem Ver= urtheilten im Inlande eines der Nechte bestritten wird, welche nach Art. 20. bis 23. und 27. wegen erkannter Strafen ver= loren gehen follen, so hat das zuständige inländische Gericht zu erkennen, ob und welche der in den gedachten Artikeln auf= gezählten Folgen den Verurtheilten treffen sollen.
- Art. 25. Durch die Dienstentsetzung verliert ber Berurtheilte die ihm verliehenen Orden und Ehrenzeichen, alle von ihm bekleideten Hof-, Staats-, Gemeinde- und fonstigen öffentlichen Aemter, nebst den bavon abhängenden Nechten, Besoldungen und Titeln, die Ruhegehalte, sowie die Ansprüche darauf, und die Advokatur; auch wird er badurch zur Wieder- anstellung unfähig.
- Art. 26. Die Strafe ber Dienstentlaffung hat fur ben Berurtheilten ben Berluft aller von ihm bekleibeten öffent= lichen Uemter und ber bavon abhängenben Befolbungen und Ruhegehalte zur Folge, jedoch ohne die Unfähigkeit zur Bieber=

anstellung nach fich zu ziehen, welche indeg vor bem Ablaufe von brei Sabren nicht erfolgen barf.

Die als Strafe zuerkannte Sufpenfion von Dienft und Gehalt beschränkt sich auf das bestimmte Amt ober die bestimmten Aemter und die davon abhängenden Besoldungen und Rubegehalte, hinsichtlich welcher diese Strafe in dem Urtheile ausgesprochen worden ift.

Art. 27. Die in ben betreffenden besonderen Gesehen ertheilten Borschriften über ben Ginfluß von erkannten Strafen auf die Wahlfähigkeit und Wählbarkeit bei Wahlen in politischen und Gemeindeangelegenheiten und auf die Kähigkeit zum Geschwornenamte bleiben in Kraft, und erleiben durch die Verfügungen der Art. 20—26. Dieses Gesehuches keine Absänderung.

Art. 28. Die Berurtheilungen zur Buchthausstrafe ober zur Correctionshausstrafe von Ginem Sahre ober langer und die Berurtheilungen zur Dienftentsetzung follen öffentlich

bekannt gemacht werben.

In anderen Fällen findet öffentliche Befanntmachung ber Berurtheilung ftatt, infoweit folche die Gerichte im öffentlichen Intereffe oder fur die Ehre des Beleidigten oder eines Unsschuldigen nothwendig erachten 6).

Art. 29. Infofern es ohne Verletung ber Rechte Nichtsfchuldiger geschehen kann, haben die Gerichte bei Verurtheis lungen in Strafsachen zugleich auch auf die Confiscation bersienigen Sachen, womit die strafbare Handlung begangen wurde, oder der mittelst derselben hervorgebrachten oder derjenigen Sachen, die zu der Hervorbringung gedient haben, oder die bestimmt waren, die strafbare Handlung damit zu begehen, ferner des für die strafbare Handlung versprochenen oder ershaltenen Lohnes oder Gewinnes, zu erkennen.

¹⁾ Die Art. 23-34. find wörtlich Art. 30-36. bee beff. Str.=8 :968.

Art. 30. Bei allen Berurtheilungen zu einer Freiheiteftrafe wird, wenn fich ber Berurtheilte in Saft befindet, bie Dauer ber zuerkannten Strafzeit von bem Tage an gerechnet, an welchem entweder bas Erkenntnif rechtskräftig geworben ift, ober ber Berurtheilte, welcher bagegen ein Rechtsmittel eingelegt bat, feine einftweilige Abführung in die ihm burch bas Erfenntnig angewiesene Strafanftalt verlangt, wenn biefe Abführung, ohne baburch bie gerichtliche Berhandlung gu binbern, gefcheben fann.

Art. 31. Ift in einem Urtheile Die Dauer irgend einer Strafe nach Monaten, Wochen ober Tagen bestimmt, fo wird jeber Monat zu dreißig Tagen, jede Woche zu sieben Tagen und jeder Tag zu vierundzwanzig Stunden gerechnet.

Art. 32. Wenn ohne bie Schuld eines in Saft be= findlichen Angefculbigten bas Unterfuchungeverfahren ober bie endliche Aburtheilung verzögert worden ift und Berurtheilung zu einer Freiheitsftrafe auf bestimmte Beit erfolgt, fo follen bie Gerichte, obne Berudfichtigung ber Art ber qu= ertannten Freiheiteftrafe, Die unverschulbet erlittene Saft, nach billigem Ermeffen, an ber Strafe in Abgug bringen; fle muffen jeboch in bem Urtheile bestimmt aussprechen, wie lange Die Strafzeit ohne einen folden Abzug gebauert haben murbe.

Art. 33. Gegen benjenigen, ber gur Buchthausftrafe verurtheilt wirb, fann zugleich, wenn er nach Befchaffenheit bes verubten Berbrechens und nach feiner Berfonlichkeit fur Die öffentliche Sicherheit besonders gefährlich erscheint, auf

Stellung unter polizeiliche Aufficht erkannt werben.

Sie barf auf nicht weniger als Gin und nicht mehr als funf Sahre angeordnet werben.

Art. 34. Die Wirfungen ber Stellung unter polizei= liche Aufficht find folgende:

1) bie obere Bolizeibehorbe ift ermächtigt, zu beftimmen: a. bag ber unter polizeiliche Aufficht Gestellte fich pon

feinem Wohnorte ober bem ihm angewiesenen Aufentshaltsorte ohne polizeiliche Erlaubniß nicht über Nacht entferne;

b. daß er sich an einem bestimmten Orte nicht aufhalten barf, wenn seine Anwesenheit bafelbst be-

fonbere gefährlich erfcheint;

2) die Gerichtsbehörden und Die Polizeibehörden konnen zu jeder Zeit Saussuchung in seiner Wohnung vornehmen laffen.

Die Uebertretung ber nach 1. a. und b. von ber oberen Bolizeibeborbe gegebenen Borschriften wird, auf geschehene Anzeige ber Polizeibeborbe, mit Gefängniß bestraft.

Titel III.

Bon ben Fallen, in welchen teine Beftrafung ftattfinbet 7).

Art. 35. Wegen mangelnber Burechnungefähig=

teit findet teine Beftrafung ftatt:

1) gegen Kinber, welche bas vierzehnte Lebensjahr noch nicht zuruckgelegt haben; fie find ber häuslichen ober Schulzuchtigung zu überlaffen, vorbehaltlich ber nothigenfalls polizeilich anzuordnenden Befferungsmittel;

2) gegen Caubftumme, wenn mit Gewißheit anzunehmen ift, die Sträflichkeit ihrer Sandlung und beren Folgen

fei von ihnen nicht erfannt gemefen;

3) gegen Personen, welche Die mit Strafe bebrobte Handlung in einem Buftande verübt haben, in welchem bas Bewußtsein ber Strafbarkeit ber That

^{&#}x27;) Die Art. 35-63. sind Art. 37-56, bes besi. Str. G. Dos, jeboch ist Art. 40. bes lepteren weggefassen und im Art. 51. bie burch Ges. v. 23. Februar 1849 abs geanberte hessische Saffung recipitt.

aufgehoben war, insbesondere im Schlafe, Nacht= wandeln, Wahnsinne, völligen Blödsinne, in der Naserei, Berrucktheit, ober in vorübergehender gänzlicher Ver= wirrung ber Sinne ober bes Verstandes 8).

Art. 36. Der Zustand vorübergehender Verwirrung der Sinne oder des Verstandes, sowie der Zustand des Schlass schließt jedoch die Zurechnung zur Strase dann nicht aus, wenn sich der Thäter durch Getränke oder andere Mittel abssichtlich in solchen versetzt hatte, um in demselben ein im zurechnungsfähigen Zustande beschlossenes Verbrechen auszussühren, oder wenn in Bezug auf die Handlung, wodurch er sich in jenen Zustand versetzt hat, und in Bezug auf die darin verübte That die Bedingungen der Zurechnung zur Fahrläßigkeit vorhanden sind.

Art. 37. Keiner Zurechnung unterliegen ferner Uebertretungen, zu welchen ber Uebertreter burch unwiderstehliche körperliche Gewalt genöthigt worden ist, oder durch Drohungen, die mit einer gegenwärtigen und anders nicht abzumendenden Gefahr für Leib oder Leben des Genöthigten selbst, oder des Ehegatten, oder der Verwandten in auf soder absteigender Linie, der Geschwister, der in gleichen Graden Verschwägerten, der Aboptiveltern oder der Aboptivkinder, der Pstegeltern oder Pstegkinder, sowie des Verlobten desselben, verbunden waren 9).

Art. 38. Nichtwiffen bes Gefetes schließt bie Burech-

^{*)} Bgl. baber. Str.:G.:Bch. Art. 119—121., Art. 3. bes Ges. v. 29. Aug. 1848, s. oben I. S. 59., oldenb. Art. 124—126., altenb. Art. 64. 67., würt. Art. 97. 98., braunschw. §§. 30. 60., hannov. Art. 82—85., bab. §§. 70—76., thūring. Art. 59. 62., preuß. §. 40., bstereich. §§. 2. 46., sach. § 87.

[&]quot;) Bgl. baper. Str. S. Bd, Art. 121. Ziff. 7. 8., olbenb. Art. 126. Ziff. 7. 8., altenb. Art. 69., wartemberg. Art. 101., braunichm. §. 33., bannov. Art. 84. Ziff. 8., beff. Art. 39., bab. §§. 82. 83., thuring. Art. 64., preuß. §. 40., bsterreich. §. 2. lit. g., idos. Art. 93.

nung nicht aus; eben fo wenig Unwiffenheit ober Brrthum in Anfehung ber Art und Größe ber Strafe 10).

- Art. 39. Wer eine an sich unftrafbare Handlung zu begehen glaubt, die aber bennoch wegen ihm unbekannt gewefener Thatumftande strafbar ift, dem kann dieselbe nicht als
 mit Vorsat begangen zur Strafe zugerechnet werden.
- Art. 40. Wer eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, deren Strafbarkeit durch gewiffe, ihm aber unbekannt gewesene Thatsachen oder Verhältniffe vermehrt wird, dem ist solche nur insoweit als vorsätzlich verübt zuzurechnen, als sie nach den ihm bekannt gewesenen Thatsachen oder Verhältenissen in seiner Absicht gelegen hat.
- Art. 41. Sat bie Mehrheit ober Gefammtheit einer Gemeinde ober fonstigen Körperschaft eine strafbare Sandlung verübt, so durfen nur die schuldigen einzelnen Mitglieder, nicht aber die moralische Person ber Gemeinde ober Körperschaft bestraft werden.
- Art. 42. Wer außer bem Falle ber Nothwehr eine mit Strafe bebrobte Handlung begeht, um eine gegenwärtige und bringende Gefahr fur fein eigenes ober fur bas Leben eines feiner im Art. 37. genannten Angehörigen abzuwenden, ift ftraflos.

Droht die Gefahr bem Leben einer im Art. 37. nicht genannten Berson, so ift die mit Strafe bedrohte Sandlung nur infofern, als fle gegen frembes Eigenthum gerichtet ift, ftraflos.

hat aber ber Thater, ober mit Biffen besfelben berjenige Angehörige, von welchem eine gegenwärtige und bringenbe

¹⁹⁾ Bgl. zu Art. 38—40. bayer. Str. & B. & Mrt. 71. 72. 121, olbenburg. Art. 65. 66. 126, altenburg. Art. 68., würtemb. Art. 99. 100., braunschw. §§. 31. 32., hannob. Art. 41. 45. 84., hess, kess, k

Gefahr für fein Leben abgewendet werden foll, entweder ben Buftand der Noth durch eigenes ftrafbares Berschulden hersbeigeführt, oder hat er mehr gethan, als zur Abwendung der Gefahr erforderlich war, so ist er insoweit den gesetzlichen Strafen unterworfen 11).

- Art. 43. In folgenden Fällen darf gegen einen begonnenen oder eben bevorstehenden rechtswidrigen Angriff, welcher unter den Umständen, unter denen er erfolgt,
 durch obrigfeitliche hulfe nicht abgewendet werden kann, Selb ftvertheibigung durch Brivatgewalt statisinden, nämlich:
 - 1) gegen alle gewaltthätigen, mit Gefahr fur Leben, Gefundheit, Ehre, Freiheit ober Reufchheit verbundenen, auf die Berfon felbst gerichteten Angriffe;

2) gegen Gewaltthaten, welche auf Beschäbigung ober Berstörung, beziehungsweise auf hinwegnahme liegenben ober beweglichen Besitthums gerichtet finb;

3) gegen benjenigen, welcher bei einem Diebstahle ertappt ober zum Zwecke ber Wiedererlangung bes Besitzes alsbalb verfolgt wird;

4) gegen benjenigen, welcher in eines Anderen Bestathum gewaltthätig einzufallen, einzubrechen, ober fonst auf unerlaubte Weise einzubringen such 12).

Art. 44. Die in solcher rechten Nothwehr (Art. 43.) geschehene Mißhandlung, Verwundung oder Tödtung des Angreifers ift strassos, wenn dabei die gesetzlichen Grenzen (Art. 45. und 46.) nicht überschritten worden sind.

¹¹⁾ Bgl. zu Art. 42. altenk. Str. G. Bch. Art. 72., würt. Art. 106., braunschw. §. 34., hannov. Art. 84. Ziff. 7., hest. Art. 45., bab. §. 81., thüring. Art. 65., sach. Art. 92.

¹⁵²⁾ Bgl. zu Art. 43—50. über Rothwehr bayer. Str.: G.: Bch. Art. 125—133., of the Art. 130—141., altenb. Art. 70—72., würtemb. Art. 102—106., braunichw. §6. 166—168., hannob. Art. 78—81., heff. Art. 45—53., bab. §6. 84—94., thūring. Art. 65—67., preuß. §6. 40. 41., öfterreid. §. 2. lit. g., fāch. Art. 91.

- Art. 45. Die gewaltsame Brivatvertheibigung ift nicht strassos, wenn Zeit und Gelegenheit zu anderen, dem Angegriffenen nicht unbekannt gewesenen Mitteln vorhanden waren, durch welche derfelbe, ohne alle andere Gesahr, sich dem Angriffe entziehen, das bedrohte Gut in Sicherheit bringen, oder sonst die Absicht des Angreifers vereiteln konnte.
- Art. 46. Bei eingetretener Nothwendigkeit einer gewaltsamen Privatvertheibigung barf biese nicht weiter ausgeübt und kein gefährlicheres Vertheibigungsmittel gebraucht werden, als unter ben vorhandenen Umftänden zur Abwendung ber Gesahr nothwendig ober thunlich war.

Auch muß bas angewendete lebensgefährliche Bertheibigungsmittel mit dem Berthe, ben bas bebrohte Gigenthum ober Besithtum fur den Angegriffenen hat, in einem
angemeffenen Berbältniffe fteben.

- Art. 47. Wer einem Anderen, der sich in rechter Nothwehr befindet, mit thätlicher Hulfe beisteht, gleichviel, ob der Angegriffene im Stande gewesen, sich selbst zu vertheidigen oder nicht, hat für sich alle Rechte der Nothwehr, wie der Angegriffene selbst.
- Art. 48. In den Källen des Art. 37., sowie der Artikel 42. bis 47. ist bei Beurtheilung der Frage, ob und in welchem Maße eine Bestrafung eintreten soll, auf den Gemuthszustand des Angeklagten zur Zeit des behaupteten Nothzustandes nach Maßgabe des Orts und der Zeit des Vorsfalles, der Persönlichkeit der Betheiligten und der Ansicht des Angeklagten über den größeren oder geringeren Grad der drohenden Gesahr, billige Rücksicht zu nehmen.
- Art. 49. Gine schuldhafte Ueberschreitung ber Grenzen ber rechten Nothwehr foll mit Gefängniß ober Gelbbuße, in besonders schweren Fällen aber mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten bestraft werden; es ware benn aus allen Um-

ständen mit Gewisheit zu entnehmen, daß die Grenzen der Nothwehr vorfätlich überschritten worden find, als in welchem Valle die gesetliche Strafe des dadurch verübten Verbrechens eintritt.

- Art. 50. Die Töbtung, Berwundung ober Mißhandlung bes rechtswidrigen Angreifers, welche erft nach geendigtem Angriffe und nachdem bie Gefahr vorüber gewesen, erfolgt ift, unterliegt ben gesetzlichen Strafen.
- Art. 51. In allen Fällen, in welchen ber zweite Theil biefes Gefethuches bas Verfahren von der Klage bes Beschäbigten abhängig macht, wird eine folche Klage durch Verzicht
 bes Beschädigten aufgehoben, wenn der Angeschuldigte den
 Verzicht annimmt. In Folge dieses Verzichtes ist der Kläger
 in die dem Staate verursachten Kosten zu verurtheilen, insofern nicht der Beslagte dieselben durch eine Erklärung vor
 Gericht übernimmt, in welchem Falle die Verbindlichsteit zur
 Zahlung der Kosten durch lirtheil gegen ihn auszusprechen ist.
- Art. 52. Der Verzicht auf die Rlage ist bis zu ber ersten gerichtlichen Vernehmung bes Angeschulbigten zuläßig, insofern nicht im zweiten Theile bieses Gesethuches bei einzelnen Verbrechen ober Vergeben ein weiterer Zeitraum bestimmt ift.
- Art. 53. Saben mehrere an einem Verbrechen ober Bergehen Theil genommen, fo foll die gegen Einen Theilsnehmer erhobene Klage auch gegen die Anderen gelten, und der hinsichtlich Eines derfelben erklärte Verzicht auf die Klage auch in Betreff der Uebrigen wirken.

Titel IV.

Bon ber Fahrläßigfeit und von bem Borfape.

Art. 54. Werben Handlungen, beren vorfähliche Berübung das Gesetz als Verbrechen oder Vergehen mit Strase bedroht, aus Fahrläßigkeit begangen, so unterliegen ste nur in den Fällen einer Strase, in welchen dieses im zweiten Theile dieses Gesetzbuches ausdrücklich verfügt ist; aber selbst in diesen källen sindet keine Bestrasung statt, wenn bei der Handlung oder Unterlassung die gewöhnlich gehörige Aufswerksamkeit und Vorsicht angewendet worden ist 13).

Art. 55. Jebe ben Strafgesetzen zuwiderlaufende Sandlung, zu welcher sich der Handelnde absichtlich bestimmt hat, und jeder strafbare Erfolg derfelben, auf den seine Absicht gerichtet war, wird ihm zum Vorsatze zugerechnet.

Art. 56. Bei einer wider eine Person erwiesenen, die Merkmale einer strafbaren Handlung an sich tragenden That wird weder für, noch gegen den Vorsatz vermuthet, sondern es ist unter Erwägung der erhobenen Umstände und ihres Zusammenhangs, dann der Angaben des Angeklagten zu beurtheilen, ob sie aus Vorsatz oder aus Fahrläßigkeit begangen worden.

Art. 57. War die Abstätt des Handelnden nicht ausschließlich auf einen bestimmten Erfolg gerichtet, fondern unbestimmt auf einen oder den anderen von mehreren möglichen Erfolgen, so wird ihm derjenige davon zum Vorsate zugerechnet, der wirklich eingetreten ist.

¹¹⁾ Die Art. 54—59. sind wörtlich Art. 57—62. bes hess. Str. Boch & Bgl. über Borsat baber. Str. G. Bch. Art. 39—44., oldenburg. Art. 52—57., altenb. Art. 31., würt. Art. 55—57., braunichw. §6. 27. 28., hannob. Art. 41—45., bess. Art. 58—62., bab. §6. 97—100., thüring. Art. 29., österreich. §6. 1. 4., sach. Art. 46. 47.

lleber Fahrläßigkeit vol. baver. Str.-G.-Bd. Att. 64—72., olbenb. Att. 58—65., altenb. Att. 32., würtemb. Att. 58—60., braunichv. 5, 29., hannob. Att. 46—51., beff. Att. 57., bad. 55. 101—103., thiring. Att. 29., fäch. Att. 48. 49.

Art. 58. Wenn aus einer Handlung, welche auf einen bestimmten, vom Handelnden beabsichtigten Erfolg gerichtet war, ein anderer, von ihm nicht beabsichtigter Erfolg hervorging, so wird ihm die That in Bezug auf den beabsichtigten Erfolg zum Vorsatze, in Bezug auf den eingetretenen anderen Erfolg aber zur Fahrläßigkeit zugerechnet, vorausgesetzt, daß die Bedingungen der Strafbarkeit der Fahrläßigkeit vorhanden sind.

Art. 59. hat ber Erfolg einer vorsätzlichen handlung wegen Zufalls, Irrthums ober Berwechselung eine andere Perfon ober eine andere Sache getroffen, als worauf die Absticht des Handelnden gerichtet war, so wird ihm die That mit dem wirklich eingetretenen Erfolge insoweit zum Vorsatze zugerechnet, als durch die Verschiedenheit zwischen der versletzten Verson oder Sache und derzenigen, auf welche die Absticht des Handelnden gerichtet war, nicht ein schwereres Versbrechen begründet wird.

Titel V.

Bon ber Bollenbung und vom Berfuch.

Art. 60. Die volle, im Gefet einem Berbrechen bestimmte Strafe findet Anwendung, wenn dasselbe feinem gefetlichen Begriffe nach als vollendet erscheint.

Gehort zu bem gesehlichen Begriffe, bag bie Sandlung einen bestimmten Erfolg gehabt habe, so ift bas Berbrechen erft mit bem Gintritte bieses Erfolges fur vollenbet zu halten 14).

¹⁴⁾ Art. 60. ist wörtlich Art. 63. bes hess. Str. S. Sch. Bh. Latenb. Art. 25., Bh. baber. Str. B. Art. 37. 38., oldenb. Art. 43. 44., altenb. Art. 25., würtemb. Art. 61., braunschw. §. 35., hannob. Art. 32., bab. §§. 104. 106., thuring. Art. 22., sach. Art. 37. 38.

- Art. 61. Sandlungen, burch welche die Ausführung eines beabsichtigten Verbrechens angefangen worden ift, sind als Versuch dieses Verbrechens strafbar 15).
- Art. 62. Ift burch Sandlungen bie Ausführung eines Berbrechens erft vorbereitet, aber noch nicht angefangen worden, so unterliegen sie nur in benjenigen Fällen einer Strafe, für welche bies ausnahmsweise ausdrücklich im Gefetz angeordnet ift.

Befteht die Borbereitungshandlung felbst aus einer ichon an fich ftrafbaren That, so tritt die hierdurch verwirkte Strafe ein.

Art. 63. Die Wahl von Mitteln, welche zwar ihrer Beschaffenheit nach unter gewöhnlichen Umständen zur Ausstührung des beabsichtigten Verbrechens gedient haben wurden, jedoch unter den obgewalteten besonderen Verhältnissen und nach der Art, Stärke oder Quantität, wie sie angewendet wurden, die Ausstührung des Verbrechens oder Vergehens nicht bewirken konnten, hindert die Bestrafung des Versuches eben so wenig, als wenn der Handelnde aus Verwechselung oder Irrthum sich eines untauglichen Mittels bedient hat, während er ein an und für sich taugliches anzuwenden glaubte, oder wenn derselbe irrigerweise bei einer Person oder Sache eine Eigenschaft vorausgesetzt hat, ohne welche das beabsschichtigte Verbrechen an derselben nicht begangen werden konnte.

Dagegen ist kein strafbarer Verfuch vorhanden, wenn zur Ausführung bes beabsichtigten Verbrechens aus Unverstand

¹⁸⁾ Art. 61-66. find Art. 64-70. bes heff. Str. B., Bobs. , jeboch ift Art. 66. bes letteren weggelaffen, und Art. 64. 65. (68. 69.) in ber Rebaction veranbert.

Bgl. hiezu baher. Str. G. Bd. Art. 57-63., otdenb. Art. 45-51., altenb. Art. 26-30., würtemb. Art. 62-73., braunicho. §§. 36-40., hannov. Art. 33-40., bad. §§. 106-118., ihūring. Art. 23-28., preuß. §§. 31-33., čsterreich. §§. 8-11., sach f. Art. 39-46.

ober abergläubischem Wahne folde Mittel gebraucht murben, welche bazu unter teinerlei Umftanben bienlich fein tonnten.

Art. 64. Die Strafe bes Verfuchs befteht, wenn bas vollenbete Verbrechen getroffen haben murbe:

1) lebenslängliche Buchthausftrafe:

in Buchthausstrafe bis zu fechzehn Sahren;

2) Buchthausftrafe auf bestimmte Beit:

in höchftens zwei Drittheilen biefer Strafe und minbeftens feche Monaten Correctionshaus;

3) Buchthaus = ober Correctionshausstrafe, ober nur Cor-

rectionshausstrafe :

in hochstens zwei Drittheilen biefer Strafen ober burgerlichem Gefängniß;

4) Befängniß= ober Belbftrafe:

in hochftens zwei Drittheilen biefer Strafen und menigstens in gerichtlichem Berweife;

5) Dienftentfegung:

in Dienstentlaffung ober Sufpension von Dienft und Gehalt;

6) Dienstentlaffung ober Sufpenfton von Dienst und Behalt:

in biefem Falle treten Disciplinarftrafen ein;

7) Entziehung gemiffer ftaatsburgerlicher, burgerlicher ober Familienrechte, ober Entziehung öffentlicher Berechtigungen ober eines öffentlichen und felbstftandigen Gewerbstettiebs:

in Befängnig = ober Belbftrafe.

Bei ber Bumeffung biefer Strafen innerhalb ber vorgefchriebenen Schranten haben fich bie Gerichte vorzüglich nach bem Grabe zu richten, in welchem fich ber Verfuch ber Vollenbung bes Berbrechens genähert hat.

Der Berfuch ift fur beenbigt zu achten, wenn ber Thater alles gethan hat, mas von feiner Seite zur Bollenbung eines Berbrechens nothig mar, ohne daß jedoch der nach dem gesetzlichen Begriffe bieses Berbrechens zur Vollendung ges hörige Erfolg eingetreten ift.

Art. 65. Der noch nicht beendigte Berfuch, als folcher, ift straflos, wenn ber Thäter nicht wegen physischen Unvermögens oder anderer zufälliger, von seinem Willen unabhängiger Umstände, sondern freiwillig und aus Reue von dem Unternehmen, und zwar gänzlich abgestanden ift.

Art. 66. Enthalten Berfuchshandlungen felbft ein eigenes Berbrechen, fo tritt die hierdurch verwirkte Strafe ein, infofern nicht die Strafe bes Berfuches, als folchen, bedeutender fein follte.

Kann jeboch wegen Reue (Art. 65.) biefe lettere Strafe nicht erkannt werben, fo behalt es bei ber burch bie Berfuchshandlung, als eigenes Berbrechen betrachtet, verwirkten Strafe fein Bewenden.

Titel VI.

Bon Urhebern, Behülfen und Begunftigern.

I. Urheber 16).

Art. 67. Als Urheber eines Verbrechens ift nicht nur berjenige zu bestrafen, welcher dasselbe begangen hat, sondern auch der Anstifter (intellectuelle Urheber), welcher Ursache bes Verbrechens dadurch geworden ist, daß er den Thäter vorfäglich zu dem Entschlusse, dasselbe zu begehen, bestimmt hat.

¹⁴⁾ Art. 67—78. sind Art. 71—82. bes heff. Str. G. Bos. Rrt. 67—78., alienb. Art. 33—36., würt. Art. 74—83., braunschw. §§. 41. 43—45., hannov. Art. 52—65., bab. §§. 119—133., thüring. Art. 31—34., preuß. §§. 34—36., österreich. §. 5., sach. Mrt. 50—52. 58—60. 62—68.

Dahin gehört, wer absichtlich burch Gewalt, Drohung, Befehl, Auftrag, Geben ober Bersprechen eines Lohnes, absichtliche Bewirkung ober Benutzung eines Irrthums und bergleichen, ben Urheber zur Begehung bes Verbrechens bestimmt hat.

Art. 68. Der Anstifter (intellectuelle Urheber) bleibt strassos, wenn er entweder vor einem Ansange der Aussührung den ertheilten Besehl oder Austrag, wodurch er zur Begehung des Verbrechens bestimmt hatte, zurückgenommen und das Verbrechen auf diese oder sonstige Weise verhindert, oder der Obrigkeit so zeitig davon Anzeige gemacht hat, daß ste dasselbe verhindern konnte.

Art. 69. Wer in ber Absicht, die von dem Anderen beschlossene That zu befördern, bei Bollbringung der Hauptshandlung einen solchen unmittelbaren Beistand geleistet hat, ohne welchen das Verbrechen unter den vorhandenen Umsständen nicht hätte vollbracht werden können, soll mit der Strase des Urhebers belegt werden. Die Strase ift gegen ihn, wie gegen den Urheber, innerhalb der gesetlichen Grenzen, nach der Größe seiner Witwirkung auszumessen.

II. Complott.

Art. 70. Die Berabredung Mehrerer zur Ausführung eines gemeinschaftlich bezweckten Berbrechens, zu bessen Begriff nicht schon bas Zusammenwirken mehrerer Bersonen gehört, hat in Bezug auf die Zurechnung des Erfolges die Birkung, daß, wenn das verabredete Verbrechen ausgesührt wurde, jeder Theilnehmer, welcher in Folge der Verabredung vor ober bei oder nach der That mitgewirkt, oder durch seine Gegenwart bei der Ausführung sich zur Mitwirkung bereit gezeigt hat, von der auf dieses Verbrechen gesetzten Strafe, innerhalb deren gesetzlicher Grenze, nach Maßgabe seiner Schuld getroffen wird.

- Art. 71. Diejenigen, welche zuerst ein solches Complott veranlaßt und zu Stande gebracht (Anstifter), dann diejenigen, welche das Unternehmen zur Zeit der Bollbringung geleitet haben (Anführer), sind innerhalb der Grenzen der gefehlichen Strafe höher als die gemeinen Theilenehmer zu bestrafen. Gegen letztere ist die Strafe innerhalb dieser Grenzen nach Beschaffenheit und Größe ihrer Mitwirkung auszumessen.
- Art. 72. Wurde das Unternehmen, ehe es zu einem Anfange der Ausstührung kam, freiwillig wieder aufgegeben, so bleiben die Theilnehmer strassos; andernfalls wird die bloße Eingehung der Verbindung als nicht beendigter Versuch bes beabsichtigten Verbrechens bestraft.
- Art. 73. Der Anstifter wird felbst bann, wenn er weber vor, noch bei, noch nach ber That auf irgend eine Weise mitgewirft, noch auch sich burch seine Gegenwart bei ber Aussführung zur Mitwirfung bereit gezeigt hat, von ber Strafe bes Urhebers getroffen, ber gemeine Theilnehmer aber in gleichem Falle von ber Strafe bes beenbigten Versuchs.
- Art. 74. Satte ber Anftifter im Falle bes vorhergehenden Artifels vor der That die Uebrigen von der Ausführung, so viel an ihm lag, abzuhalten sich bemuht, oder
 benselben seinen Austritt aus der Berbindung ausbrucklich erklärt, so trifft ihn die Strafe des beendigten Bersuchs;
 ben gemeinen Theilnehmer aber in gleichem Falle die
 Strafe des nicht beendigten Bersuchs.

Auch ben Anstifter trifft nur die Strafe bes nicht beendigten Versuchs, wenn er neben ber ausdrücklichen Erklärung seines Austritts die Uebrigen zugleich soviel an ihm lag, von der Aussührung abzuhalten sich bemuht hat; der gemeine Theilnehmer bleibt in gleichem Falle straflos.

Art. 75. Sowohl ber Anstifter, als andere Theilnehmer, welche ber Obrigkeit von bem Complott so zeitig Anzeige gemacht haben, bag bas Berbrechen noch verhindert werden konnte, sind straflos.

Art. 76. Die Ghefrau bes Urhebers, die unter feiner Gewalt und Bflege stehenden Verwandten in absteigender Linie und die seiner Aufsicht anvertrauten Minderjährigen, werden, wenn sie auch als Miturheber seines Verbrechens oder Theilenehmer am Complott erscheinen, doch nur als Gehülfen bestraft, es müßte sich denn aus den Umständen ergeben, daß sie nicht wegen ihrer Abhängigkeit von dem Urheber zu der strafbaren That mitgewirft haben.

Art. 77. Die Gefete miber bas Complott (Art. 70. bis 76.) find auch auf bie von einer Bande ausgeführten Berbrechen anzumenben.

Unter Banden werben folde Verbindungen von wenigsftens brei Bersonen verstanden, die zur Verübung mehrerer, einzeln noch unbestimmten Verbrechen derselben Art, oder solcher Berbrechen, welche nach Art. 90. Nr. 1. 3. 4. und 7. als gleichartig gelten, eingegangen sind.

Den einzelnen Mitgliedern einer Bande find indeffen nicht alle von derfelben verübten Berbrechen anzurechnen, sondern jeder Mitgenoffe der Bande ift blos in Ansehung berjenigen Berbrechen als Miturheber zu betrachten, zu welchen er vor, bei ober nach der That mitgewirkt, oder zu deren Mitausfüherung er durch seine Gegenwart bei der Ausführung sich bereit gezeigt hat.

Art. 78. Jeber, welcher ber Banbe beigetreten ift, foll schon wegen bes bloßen Beitritts zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden, wenn er auch an ben von der Bande verübten Berbrechen in keiner Art Antheil genommen hat.

Er bleibt wegen bes Beitritis zur Banbe ftraflos, wenn er bas Dafein berfelben ber Obrigkeit angezeigt hat.

III. Behülfen.

Art. 79 17). Wer bas bereits beschloffene ober beabstichtigte Verbrechen eines Anderen vorsäglich erleichtert ober befördert, ift, außer dem Falle des Art. 69., als Gehulfe zu bestrafen.

Mls Gehülfe ift namentlich anzuseben :

1) wer ben verbrecherischen Entschluß Anderer burch Rath, Ueberredung, Belehrung ober Verführung befördert ober bestärkt, bem Verbrecher Mittel ober Gelegenheit zur Ausführung anzeigt ober verschafft, ober Hinderniffe ber Ausführung wegräumt;

2) wer im Zeitpuntte ber Ausführung ber That burch Wachefteben, Runbschaftgeben ober auf andere Beife Beiftand leiftet, ober bie Entstehung ber verbrecherischen

Wirkung ober die Große berfelben beforbert;

3) wer dem Berbrecher in Folge einer der That vorhergegangenen Zusage durch Handlungen, die eine Begunstigung (Art. 84.) ausmachen, nach der That forberlich geworden ift.

Art. 80. Die Strafe des Gehülfen ift im Verhältniffe zur Strafe, welche auf bem von dem Urheber verübten Berbrechen steht, nach demjenigen Maßstabe herabzusehen, welchen der Art. 64. für die Strafe des Versuchs im Verhältniffe zur Strafe des vollendeten Verbrechens bestimmt. Besteht die Strafe des Urhebers in der Dienstentsetzung, Dienstentlaffung

^{&#}x27;') Art. 79-83. find Art. 83-86. bes bess. Etr. Sch. Bods. Art. 81. sindet sich aber in lesterem nicht und Art. 79. hat im Eingang eine etwas veränderte Redaction. Bgl. kaper. Etr. Gr. 3ch. Art. 73-83., oleenburg. Art. 79-89., altendurg. Art. 37., wärtemb. Art. 84-88., braunschweig. 68. 42. 46., bannov. Art. 66-73., 89. 134-141., ihüring. Art. 35., preuß. 68. 34-36., ösereich. §. 5., sach. Art. 53-57.

ober Sufpenston von Dienst und Behalt, und ift ber als Bebulfe zu Strafende tein Staatebeamter ober öffentlicher Diener, fo tritt gegen benfelben im erften Falle Correctionebausftrafe bis zu zwei Sahren ober Gefangnif nicht unter vier Bochen, und in ben beiben anderen Fällen Befangnifftrafe ober Gelbftrafe ein.

Mrt. 81. Burbe von bem Urbeber ein fcmereres Berbrechen ober ein Verbrechen von fcwererer Urt vollbracht. als worauf nach ber Meinung und Absicht bes Gehulfen feine Beihulfe gerichtet war, fo wird, fofern ihm nicht jener eingetretene ftraflichere Erfolg im einzelnen Falle gur Fabrläßigkeit zuzurechnen ift, bei ber Ausmeffung ber Strafe besfelben bie Strafe besjenigen Berbrechens zu Grunde gelegt, auf welches, feiner Absicht nach, feine Beihulfe gerichtet ge= mefen ift.

Art. 82. Die im Art. 76. genannten Berfonen mer= ben, wenn fie ale Gebulfen erscheinen, mit ben gelinderen ber im Art. 80. und ben einzelnen Nummern bes Art. 64. bestimmten Strafen belegt, es mußte fich benn aus ben Um= ftanben ergeben, bag fie nicht wegen ihrer Abhangigfeit von bem Urheber zu ber ftrafbaren That mitgewirkt haben.

Art. 83. Wer bem Urheber Beibulfe gugefagt, aber nicht geleiftet bat, ift nur bann ftraflos, wenn er vor Ausführung ber That entweder bie Burucknahme feiner Bufage bem Urheber ausbrucklich erflart, ober von beffen Borbaben ber Obrigfeit fo zeitig Anzeige gemacht bat, baf fie basfelbe verhindern fonnte.

IV. Begunftiger 18).

Art. 84. Wer, ohne vorheriges Cinverftandniß, erft nach vollbrachter That bem Urheber ober Gehulfen in Be-

^{&#}x27;9) Art. 84-89. find Art. 87-93. bes bess. Str. 28.29ds. unter hinweglassung bes Art. 88. bes letteren.
Bal. baber. Str. 28.29d, Art. 84-89., oldenburg. Art. 90-96., altenburg. Art. 38-41., wurtemb. Art. 89-94., braunichw. §§. 47. 48., hannov. Art. 74-76.,

ziehung auf das Berbrechen wiffentlich Borfchub leiftet, macht fich ber Begunftigung schuldig.

Dabin gebort namentlich:

1) wer wiffentlich Berbrecher bei fich aufnimmt, verbirgt, ober ihnen gur Flucht bebulflich ift;

2) wer Berbrechern vorfatlich burch Bertilgung ber Spuren bes Berbrechens ober ber Beweismittel Gulfe leiftet,

ober zu folcher Bertilgung mitwirkt;

3) wer die burch bas Berbrechen gewonnenen Sachen wiffent= lich in Berwahrung nimmt, verheimlicht, an fich bringt, ober zu beren Abfat an Andere verhilft.

Art. 85. Die Begünftigung wird mit Rudficht auf bie Größe und Beschaffenheit bes begangenen Verbrechens, sowie auf die Beweggrunde und die durch die Begunstigung entstandenen Nachtheile, mit Correctionshaus bis zu Einem Jahr, Gefängniß ober Gelbbuße bestraft.

Urt. 86. Wer gewerbsmäßig entweder die Urheber oder Gehülfen, oder die Gegenstände des Verbrechens bei sich aufnimmt, verbirgt, verheimlicht, oder die letzteren ankauft, eintauscht, an Zahlungsstatt oder als Geschenk, oder zum Vershandeln, Zerstören, Umändern oder Unkennbarmachen übernimmt, ist mit Correctionshaus oder Zuchthaus dis zu fünf Jahren zu bestrafen, und nach Umständen zugleich mit zeitzlicher oder bleibender Entziehung des Gewerbbetriebs, falls solcher zum verbrecherischen Verkehr mißbraucht worden ist.

Art. 87. Chegatten, Verwandte in auf = und absteigenber Linie, Geschwister und Verschwägerte in bemselben Grade, Bslegeltern und Vssegkinder, Aboptiveltern und Aboptivkinder, Vormunder und Mündel des Schuldigen sind von der Strafe ber Begunstigung frei, wenn diese blos zum Schutze bes Thäters

bab. §§. 142—147., thuring. Art. 36—40., preuß. §§. 37—39., öfterreich. §. 6., fachf. Art. 61.

gegen Entbedung ober gerichtliche Berfolgung ftattgefunben hat.

Art. 88. Wer vermoge feines Amtes ober öffentlichen Dienftes, ober wer vermoge eines befonderen, von feinen Borgefetten erhaltenen Befehls ober Auftrags, die Begehung von Berbrechen zu verhindern verpflichtet ift, foll, wenn er die Berhinderung eines Verbrechens vorfätlich unterläßt, als Ge-hulfe des Thäters bestraft werden.

Art. 89. Wer vermöge feines Umtes ober öffentlichen Dienstes, oder vermöge eines besonderen, von seinen Vorgeseten erhaltenen Befehls oder Auftrags, die Verpflichtung hat, die ihm bekannt gewordenen Verbrechen anzuzeigen, ift, wenn er diese Anzeige im Ginverständniß mit dem Urheber oder dessen Gehülfen unterläßt, als Gehülfe des Thäters oder als Begünstiger zu bestrafen.

Titel VII.

Bon bem Rudfalle 19).

Art. 90. Die Verbrechen, bei welchen bie abermalige Begehung als Ruckfall bestraft werden foll, find folgende:

1) Falfdmungen, Mungfälfdung, Fälfdung ber Bergoglichen Siegel, bes Bergoglichen Stempelpapiers, ber Staatspapiere, und Fälfdungen in Amtshandlungen;

2) Kindesmord, Abtreibung ber Leibesfrucht und Ausfebung;

3) Mord und Bergiftung;

[&]quot;) Art. 90-98, find Art. 94-103. bes beff. Str.: G.: Bos. unter hinweglaffung ber Art. 96. und Art. 100. Abf. 2. bes beff. Str.: G.: Bos., bann unter veranberter Rebaction bes Art. 95. (Art. 100. Abf. 1.) Art. 97. (102.)

4) Tobtschlag, Körperverletzung und Theilnahme an Naufhändeln;

5) Unzucht und Berlegung ber Schamhaftigkeit, boppelte Che, Chebruch und Entführung;

6) Falfche Unzeige und Verläumbung;

7) Raub, Diebstahl, Erpreffung, Unterschlagung, Betrug, Fälfchung, Wilberei und Diebshehlerei;

8) Brandfliftung und Gigenthumebefchäbigung;

9) Meineid und Gibesbruch.

Art. 91. Es wird jedoch in jedem Straffalle, ber als

Rudfall bestraft werben foll, vorausgesett:

1) baß ber Uebertreter wegen bes früheren Berbrechens vor ber abermaligen Begehung von einem inländischen ober ausländischen Gerichte rechtskräftig verurtheilt war, und diese Strafe vor der abermaligen Begehung ganz ober theilweife verbüßt hat;

2) daß die zuerkannt werdende Strafe in einer Freiheite=

ftrafe besteht, und

3) bag bas fruhere und bas neue Berbrechen Uebertretungen von gleicher Art und mit Borfat verubt find.

Art. 92. Als gleichartig gelten, außer ben liebertretungen bes nämlichen Strafgesetes, die unter jeder einzelnen Nummer bes Art. 90. zusammengestellten ftrafbaren Sandlungen.

Art. 93. Die Strafe bes Rudffalls ift auch bann verwirkt, wenn bie frubere Strafe nur wegen Versuchs erkannt worden und nun ein versuchtes ober ein vollendetes Verbrechen zu bestrafen ift, oder wenn ber jett als Urheber zu Bestrafende fruber als Gebulfe bestraft wurde.

Diefelbe Beftimmung tritt im umgefehrten Falle ein.

Art. 94. Bei einem Rudfalle ift bie Strafe innerhalb ber gefethlichen Grenzen in ihrer Dauer zu verlängern, und burch erlaubte Bufate zu fcharfen.

- Die Gerichte haben hierbei theils auf bie Große ber bereits erlittenen Strafe, theils auf ben langeren ober furgeren Bwischenraum zwischen bem Beitpunkte ber überstandenen Strafe und bem neuen Verbrechen, theils auf ben inmittelft von bem Thater geführten Lebenswandel Rucficht zu nehmen.
- Art. 95. Findet das Gericht bei einem zweiten ober weiteren Rudfalle die nach bem Gefete zulässige Gefängniß-ftrafe und beren Schärfung nicht zureichend, fo hat es auf Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre zu erkennen.
- Art. 96. Bei einem zweiten und jedem weiteren Ruckfalle kann, wenn nicht fur einzelne Fälle ein Anderes gefetzlich bestimmt ift, das hochste Daß ber im Gefetze bestimmten Buchthaus= oder Correctionshausstrafe um ein Biertheil, jedoch nicht um mehr, als um Gin Jahr überschritten werden, insofern nach Art. 7. Die Natur der Strafart diese Berlängerung der Strafzeit zuläßt.
- Art. 97. Wer, nachdem er zu lebenstänglicher Bucht= hausstrafe rechtskräftig verurtheilt und nicht begnadigt worden ift, ein neues Verbrechen verübt, foll mit ben bei ber zeit= lichen Zuchthaussfrafe zulässigen Schärfungen als Strafe be= legt werden.
- Art. 98. Der Nutfall verliert bie Eigenschaft eines Schärfungsgrundes, wenn feit bem Tage ber beenbigten Strafverbugung bis zur Begehung bes neuen Verbrechens bie im Art. 124. fur bas bestrafte Verbrechen bestimmte Verjährungs=
 zeit abgelaufen ift.

Titel VIII.

Bon bem Busammentreffen (ber Concurreng) mehrerer Berbrechen ober Bergeben 20).

Art. 99. Ift ein zu Bestrafenber mehrerer Verbrechen ober Vergehen schuldig, so sollen die sämmtlichen verwirkten Strafen, soweit sie ihrer Natur nach neben einander bestehen können, gegen denselben erkannt werden, jedoch mit Beobachtung berjenigen Ausnahmen und Vorschriften, welche in den folgenden Artikeln 100—108. dieses Gesehes und im besonberen Theile des Strafgesethuches Tit. XLI. XLII. vom Diebstahle, von der Unterschlagung, von der Schriftsalschung und von dem Betrug Art. 368. 377. und 390. enthalten sind.

Art. 100. Trifft bie lebenslängliche Buchthausstrafe mit irgend einer anderen Strafe zusammen, fo barf nur auf bie erfte erkannt werben.

Art. 101. Trifft die Gefängnifstrafe mit einer anderen Breiheitsstrafe auf bestimmte Zeit zusammen, so bleibt es dem richterlichen Ermessen überlassen, bei der Zumessung der letzteren, jedoch nur innerhalb der für die Dauer derselben bestimmten Grenzen, auf diesen erschwerenden Umstand Rücksicht zu nehmen.

Wird in einem folden Falle, nur wegen bes erschwerenben Umftanbes Correctionshausstrafe auf Gin Jahr ober mehr erkannt, so zieht bies nur biejenigen gesetlichen Folgen nach

^{2°)} Art. 99—109. entsprechen ben Art. 7—17. bes hess. E. 23. Februar 1849 mit ben nötbigen Abanberungen in Art. 100. (Art. 8. sa 105.), etwas beränderter Rebaction in Art. 104. (Art. 12. sur 109.), wesentlicher Abanberung in Art. 105. (Art. 13. sur 110.), und Art. 106. Abs. 1. (Art. 14. Abs. 1.) mit Himmelassen bes best. Art. 14. Abs. 3. und Art. 18., endlich unter Abanberung in Art. 109. (Art. 17.).

Die Art. 10. 3. net Art. 13. bet heff. Str. 50. Art. 10. (Art. 11).

Die Art. 140—112. sind Art. 111—113. bet heff. Str. 50. Ads.

Bgl. bayer. Str. 50. Bd. Art. 108—110., oldend. Art. 113—115., altenburg.

Art. 48—57., würt. Art. 115—123., braunschw. §6. 55—57., hannov. Art. 104—110., beff. Art. 104—113., bat. §6. 170—182., thüring. Art. 50—57., preuß. §8. 55—57., bstreed. §8. 34. 35., sach. 4. Art. 77—81.

fich, welche in Gemäßheit ber Artikel 22. und 28. an bie Berurtheilung zur Correctionshausstrafe von weniger als Ginem Jahr geknupft find, und biefes ift im Urtheile zu bemerken.

Art. 102. Sind nur Buchthausstrafen auf bestimmte Beit ober nur Correctionshausstrafen verwirkt, so follen bie Gerichte bie wegen ber schwersten That zu verhängende Strafe ganz in Anfat bringen.

Die wegen ber übrigen Verbrechen verwirkten Strafen find von einem Drittheil bis zu zwei Drittheilen auf-

zurechnen.

- \$. 103. Sind zugleich Buchthausstrafen und Correctionshausstrafen verwirtt, so wird auf die Correctionshausstrafen ebenso, als wenn auch diese in Zuchthausstrafe bestunden, die im zweiten Absat des vorhergehenden Art. 102.
 enthaltene Bestimmung zur Anwendung gebracht; jedoch darf
 die Dauer der hiernach zuzusehenden Correctionshausstrafe nur
 zur hälfte als Zuchthausstrafe in Ansat gebracht werden.
- Art. 104. Es barf in keinem Falle bie vereinigte Bucht= hausstrafe bie Dauer von achtzehn Jahren, und bie vereinigte Correctionshausstrafe bie Dauer von zehn Jahren übersteigen.
- Art. 105. Sind nur Gefängnifftrafen verwirkt, so wird, wenn dieselben zusammen die Dauer von vier Wochen, aber nicht die Dauer von sechs Wochen überschreiten, nur das Marimum der Gefängnifstrafe von vier Wochen verbüßt; übersteigen sie sechs Wochen, so tritt die Correctionshausstrafe ber geringsten Dauer ein.
- Art. 106. Festungsstrafen werden, sie mögen nur unter sich, ober zugleich mit Buchthaus- ober mit Correctionshausstrafen zusammentreffen, nach benselben Grundsähen, als wenn sie Correctionshausstrafen wären, behandelt (Art. 102. und 103).

Diefe zugleich mit Correctionehausstrafe verwirfte Veftungeftrafe ift in Correctionehausstrafe zu verwandeln, wobei jedoch, wenn die ursprüngliche Correctionshausstrafe hierdurch auf Gin Jahr ober weiter erhöhet wird, in Sinsicht der Volgen ber vereinigten Strafe ber Schluffat bes Artikel 101. zur Answendung kommt.

Sind nur Festungestrafen verwirkt, fo barf bei beren Bereinigung nie bie Dauer von fleben Sahren überschritten

werben.

Art. 107. Umfaßt die Untersuchung mehrere Berbrechen, beren abermalige Begehung nach Art. 90. des Strafgesetz-buches als Ruckfall strafbar ift, so kommt die Strafe des Ruckfalls nur einmal, und zwar bei dem schwerften dieser

Berbrechen, in Unwendung.

Art. 108. Die Bestimmungen ber vorstehenden Art. 99. bis 107. finden nicht blos Anwendung, wenn die mehreren Berbrechen Gegenstand besselben Strafurtheils sind, sondern auch dann, wenn ein von dem Berurtheilten vor jener Berurtheilung begangenes Berbrechen erst nach berselben Gegenstand eines Strafurtheils wird, insofern er die bei der ersten Berurtheilung gegen ihn erkannte Strafe nicht bereits erstanden bat.

In einem folden Falle ift zur Erhöhung ober Bermand= lung ber in bem ersten Urtheile ausgesprochenen Freiheits= strafe basjenige Gericht zuständig, welches das spätere Urtheil

erläßt.

Art. 109. Ift Jemand mehrerer Verbrechen ober Vergehen beschuldigt, von benen eins ober mehrere zur Zuständigkeit bes Assuchaben, so kann, wenn gleich die letteren mit ben übrigen Vergehen nicht conner sind, der Anklagesenat den Angeklagten wegen sämmtlicher Verbrechen und Vergehen zur gleichzeitigen und gleichmäßigen Verhandlung und Aburtheilung vor den Assischen verweisen, insofern dadurch die Aburtheilung sämmtlicher Verbrechen und Verzehen erleichtert wird.

- Art. 110. Mehr fache Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetes burch Sandlungen, welche zusammen als Ausstührung bes nämlichen, auf ein bestimmtes Verbrechen gerichteten Entschlufses erscheinen; ebenso mehrsache Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetes, welche als Volgen ber nämlichen fahrläßigen Sandlung zu betrachten sind, wersen als Bestandtheile oder Vortsetungen einer und derselben That angesehen und als ein einziges (fort gesetztes) Verbrechen bestraft, wobei jedoch die Vortsetungen und deren Zahl als Erschwerungsgrund bei Zumessungen ber Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen in Betracht kommen.
- Art. 111. Gin fortgesettes, nach ber Vorschrift bes vorhergehenden Artikels zu bestrafendes Verbrechen wird auch bann angenommen, wenn die mehrfachen Uebertretungen bes nämlichen Strafgesetzes in Bezug auf dasfelbe fort= bauernbe Verhältnig verübt worden sind.
- Art. 112. Sind durch eine und Diefelbe Handlung mehrere Strafgesetz zugleich übertreten worden, so wird der Schuldige zu der Strafe verurtheilt, die auf die schwerste llebertretung gesetzt ift, wobei jedoch die gleichzeitigen anderen llebertretungen ebenfalls als Erschwerungsgrund bei Zumeffung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen in Betracht kommen.

Citel IX.

Bon ber Milberung ber Strafen 21).

Art. 117. Die Buläffigfeit einer milberen Strafe, als bas Gefet gebrobt bat (Strafmilberung), wird begrundet:

- 1) burch bas jugenbliche Alter bes Schulbigen, nach ben in ben Art. 114. und 115. aufgestellten Bestimmungen;
- 2) burch biejenigen Zustände, welche nach dem Art. 35., Nr. 2. und 3. und Art. 37. beim Dasein des dort vorausgesetzen Grades gänzliche Straflosigkeit bewirken, insofern sie im einzelnen Falle in geringerem, aber doch in so hohem Grade vorhanden sind, daß die gesetzliche Strafe auch in ihrem geringsten Maße im Migverhältniß mit der Verschuldung stehen wurde. Wegen dieses Milberungsgrundes, insofern derselbe nicht mit dem jugendlichen Alter zusammentrifft, darf aber die Strafe nicht weiter herabgesetzt werden, als es die im Artikel 115. in Bezug auf das jugendliche Alter gegebenen Vorschriften gestatten.

Art. 114. Sat ein Schuldiger zur Zeit der That zwar das vierzehnte, aber noch nicht das siebenzehnte Lebense jahr zurückgelegt gehabt, so ist von den Gerichten vorerst in Erwägung zu ziehen, ob er mit hinlänglicher Unterscheidungsstraft gehandelt hat. Wird diese Frage verneint, so soll die Strafe, womit das Gesetz die That bedroht, nicht gegen ihn verhängt, sondern er soll nach Umständen und nach dem Alter, in welchem er zur Zeit der Verurtheilung steht,

²¹⁾ Art. 113-116. entsprechen ben Art. 114-117. bes heis. Str.-G.:Bchs., jedoch unter Abanberung ber Alleregrengen in Art. 114. und 116. und unter ben nöthigen Manberungen begugtich ber Tobessirafe in Art. 115. 116.

Bgl. baher. Str.: G.: Bc, Art. 98. fg., olbenb. Art. 105. fg , altenb. Art. 62. fg., würtemberg. Art. 96. fg., braunichweig. §§. 60-62., hannob. Art. 98-103., bab. §§. 153-185., thuring. Art. 58-60., preuß. §§. 42. 43., öfterreich. §§. 46, 47., fåcf. Art. 88-90. 96. 97.

ber häuslichen Buchtigung ober polizeilich anzuordnenden

Befferungsmitteln überlaffen werben.

Art. 115. Wird im Falle bes vorhergehenden Artitels bie bemerkte Frage bejaht, so soll bennoch nicht auf bie gesetliche Strafe, womit die verübte That bebroht ift, erkannt werden, sondern es treten folgende geringere Strafen ein, nämlich:

1) ftatt ber lebenslänglichen Zuchthausstrafe: Correctionshausstrafe von wenigstens fünf und höchstens zehn Jahren;

2) ftait ber Buchthausstrafe von wenigstens funf und bochftens achtzehn Sahren; Correctionshausstrafe von wenigstens Ginem Sahr und

bochftene funf Sahren;

3) flatt ber Buchthausstrafe von weniger als funf Jahren: Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahr;

4) ftatt ber Correctionshausstrafe von wenigstens funf Jahren:
biefelbe Strafe, jeboch nur von wenigstens feche Do-

naten und bochftens brei Sabren;

5) ftatt ber Correctionshausstrafe von weniger als funf Sahren:

biefelbe Strafe, jeboch nur bis zu feche Monaten ober Gefängnifftrafe;

6) ftatt ber Gefängniß= ober Gelbftrafe: gerichtlicher Berweis.

Art. 116. Auf lebenslängliche Zuchthausstrafe burfen bie Gerichte, wenn ber Schuldige zur Zeit ber That zwar bas stebenzehnte, aber noch nicht bas zwanzigste Lebensjahr zuruckgelegt hatte, in keinem Valle erkennen, sonbern es tritt statt bieser Strafe Zuchthausstrafe von wenigstens zehn und bochstens achtzebn Jahren ein.

Titel X.

Bon Bumeffung ber Strafe 22).

Art. 117. Soweit bas Befet bie Strafe ber Art und Broge nach unbeftimmt gelaffen hat, wird fle vom Richter innerhalb ber gefetlichen Grenzen nach ben besonderen 11m= ftanben bes einzelnen Falles bestimmt.

Art. 118. Bei biefer Bestimmung bat ber Richter theils auf bie Schablichkeit und Befahrlichkeit ber gu beftrafenden Sandlung, theils auf bie Bosartigfeit und Stärke bes auf die Bervorbringung bes Berbrechens gerichte= ten Willens Rudficht zu nehmen.

Art. 119. Rudfichtlich ber Bosartigfeit und Starte bes auf Bervorbringung bes Berbrechens gerichteten Billens

fteigt bie Strafbarfeit insbesonbere:

1) je zahlreichere und wichtigere sittliche Beweggrunde fur bie Unterlaffung ber That vorhanden maren, je vielfältigere und größere Bflichten von bem Thater verlett wurden, und je mehr berfelbe im Stande mar, biefe Beweggrunde beutlich zu erfennen;

2) je mehrere und großere Sinderniffe bie That erschwerten, und je mehr Graufamfeit, Gefliffenbeit, Lift ober Dreiftig= feit zur Borbereitung ober Bollbringung berfelben angewendet murben;

3) je geringfügiger bie außeren Beranlaffungen gur That waren, und je mehr ber Thater ohne außere Beran= laffung bie Belegenheit bagu felbst aufgefucht bat;

4) je mehr ber Thater burch feinen fruberen Lebensmandel

²⁷⁾ Die Art. 117—121. sind Art. 118—122. bes hess. Str. B. B., nur ist von Art. 121. bes letteren (Art. 120. bes nass) Ziss. 7. hinweggelassen, nur ist von Bgl. bayer. Str. B. B., art. 90—96., olbenburg. Art. 97—103., altenburg. Art. 42—47., würt. 4rt. 107—114., braunschw. § 63—66., hannov. Art. 91—97., bab. §§ 148—152., thuring. Art. 41—45., österreich. §§ 31—33., sach. Art. 73—76.

Berborbenheit und Sang zu ftrafbaren Sandlungen gezeigt, insbesondere je öfter und in je furzeren Zwischen räumen wegen früher verübter Berbrechen oder Bergehen er schon Strafe erstanden hat, oder ihm bereits Strafurtheile verkundigt worden sind.

Art. 120. Dagegen verminbert fich bie Strafbarteit bes einzelnen Falles insbefonbere:

- 1) wenn ber Thater zur Zeit bes begangenen Berbrechens zwischen bem vollendeten stehzehnten und bem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre gestanden hat;
- 2) wenn er ben Umfang ber Gefährlichkeit und Die Grofe ber Strafwurdigkeit feiner Sandlung nicht eingefehen hat;
- 3) wenn er burch Noth ober burch Ueberrebung, Täuschung, Berführung, Befehl ober Drohung zur strafbaren Sandlung verleitet worden ift, ohne daß die Ginwirkung von ber Urt war, baß baburch alle Strafbarkeit bes Sandelnben ausgeschloffen wird;

4) wenn eine ungesuchte, unerwartet eingetretene Gelegenheit die Entstehung und gleichzeitige Ausführung bes verbrecherischen Entschluffes veranlagt bat;

5) wenn ber Thater in einer befonders aufgeregten und an fich zu entschuldigenden Gemuthsbewegung gehandelt hat;

6) wenn sein voriger Lebenswandel oder seine Sandlungen und sein Benehmen bei oder nach der That zeigen, daß keine Berdorbenheit des Willens vorhanden ift, wie namentlich wenn er die schädlichen Volgen der strafbaren Handlung selbst zu verhindern, oder den schon verursachten Schaden wieder gut zu machen, aus freiem Antriebe thätig bemuht war;

7) wenn er fich felbst bem Gerichte als ben Schuldigen angegeben, ober am Anfange ber Untersuchung, und ohne noch überführt zu sein, seine Schuld bekannt hat. Art. 121. Die Gerichte find ermächtigt, in benjenigen Fällen, in welchen nach bem zweiten Theile diefes Gefetbuches nur Correctionshausstrafe angedroht ift und das geringste Waß dieser Strafe in zwei Monaten besteht, wegen vorliegender Strafminderungsgrunde biese Strafe auf Gefängniß herabzusehen.

Auch find die Gerichte ermächtigt, dem Thater, welchem weder Gewinnsucht noch fonst eine schändliche Gesinnung beisgemessen werden kann, die Fähigkeit, Chrens und Dienstrechte kunftig zu erlangen, und nach einer gewissen Beit den Wiederseintritt in die anderen entzogenen burgerlichen und politischen

Rechte vorzubehalten.

Titel XI.

Bon ber Erlöfchung ber Strafbarteit burch ben Tob und burch Berjahrung 23).

Art. 122. Der Tob bes Schuldigen hebt beffen Strafe auf, mit Ausnahme ber rechtstraftig guerkannten Gelbstrafe.

Art. 123. Die Strafbarkeit ber That erlifcht, wenn von bem Tage ihrer Berübung an, die im folgenden Artikel bestimmte gesetzliche Berjährungszeit abgelaufen ift, ohne bag eine Unterbrechung berselben statthatte 24).

Mrt. 124. Die Berjabrungegeit ift beftimmt:

1) auf zwanzig Sahre bei Berbrechen, welche mit lebens= länglicher Buchthausstrafe bedroht find;

²⁹⁾ Art. 122—127. find Art. 123—128. bes beff. Str. G. Bchs. mit ber nothigen Abanberung in Art. 124. Biff. 1.

²⁴⁾ Bgl. über Berjährung bayer. Str. S. 28c, Art. 139. 140., olbenb. Art. 144. 145., altenburg. Art. 76-80., würtenb. Art. 129-133., braunichweig. §6. 71. 72., hannob. Art. 88-90., bab. §6. 190-202., thuring. Art. 71-76., preuß. §8. 45-49., biterreich. §8. 227-232., jächl. Art. 109-115.

2) auf zehn Jahre bei folden mit Borfat begangenen ftrafbaren Sandlungen, welche mit mehr als Einjähriger Correctionshausstrafe, mit Zuchthausstrafe, mit Dienstentseftung ober Dienstentlassung bebroht find, wenn beren gerichtliche Verfolgung von Amtswegen stattsinbet;

3) auf funf Jahre bei ben übrigen ftrafbaren Sandlungen, beren gerichtliche Verfolgung von Amtewegen ftattfindet;

4) auf brei Sabre bei benjenigen ftrafbaren Sanblungen, welche nur auf Klage ber Betheiligten untersucht werben konnen, mit Ausnahme ber Ebrenkrankungen;

5) auf Gin Jahr bei Chrenfrantungen.

Satte jedoch ber Betheiligte vor Ablauf ber unter Nr. 4. und 5. bestimmten Zeit die erforderliche Anzeige oder Klage bei der einschlagenden Gerichtsbehorde übergeben, so gilt auch hier die funfjährige Berjährungszeit.

Art. 125. Die Verjährung wird unterbrochen burch jebe gerichtliche handlung, welche wegen ber verübten That gegen ben Angeschulbigten gerichtet wurde.

Art. 126. Die Verjährungszeit läuft von Neuem von ber letten gerichtlichen Sandlung an, die gegen ben Angeschuldigten gerichtet war; die Strafbarkeit ber That erlischt aber nur bann, wenn ohne seine Schuld ober Veranlaffung mährend bieses Zeitraums kein Urtheil erfolgt ift.

Art. 127. Die Bollziehbarkeit ber einmal rechtsträftig zuerkannten Strafen wird burch keinen Zeitverlauf aufgehoben.

Bweiter Cheil. Bon den einzelnen Berbrechen und Bergeben.

Citel XII.

Bom Sochverrathe und vom Canbesverrathe.

I. Sochverrath 25).

Art. 128. Das Verbrechen bes hochverraths wird begangen burch Angriff ober Verschwörung:

- 1) gegen die Berson des Ferzogs ober des Verwesers des Herzogthums, wenn eine folche Unternehmung dahin abzielt, den Regenten zu tödten, gefangen zu nehmen, in Feindes Gewalt zu liefern, oder demfelben auf irgend eine Weise die Ausübung der Regierung unmöglich zu machen;
- 2) gegen bie Gelbstständigkeit bes Staats, gefchebe biefes, um bas ganze Bergogthum einem fremben Staate einzuverleiben ober zu unterwerfen, ober um einen Theil feines Gebietes vom Gangen loszureißen;

3) gegen die Staatsverfaffung, fofern burch eine folche Unternehmung die gewaltsame Abanderung ber Berfaffung bes Herzogthums bezweckt wird.

Gine Berichworung ift vorhanden, fobald zwei ober mehrere Berfonen bie Ausführung eines Angriffs verabrebet haben.

²¹⁾ Die Art. 128-134. find Art. 129-135. bes beff. Str.: 3. 366., jedoch find in Art. 129. 130. 132. bie Strafandrohungen wesentlich gemilbert

Bgl. baber. Str. &. Bd. Art. 299-304., olbenburg. Art. 304-309., altenb. Art. 81-86., würtemberg. Art. 140-144. 148. 149., braunichweig. §6. 81-83. 86. 88., hannov Art. 118-121., bab. §9. 586-597., thüring. Art. 77-82., preuß. §6. 61-66., öfterreich. §6. 58-62. 65. 66., fåch. Art. 116-120.

Art. 129. Sochverrather find zu beftrafen:

1) im Falle eines hochverratherifchen Angriffs, mit lebens-

länglicher Buchthausftrafe;

2) im Valle einer hochverratherischen Verschwörung, welche noch keinen Angriff zur Folge hatte, die Anstister mit Buchthaus von sechs bis zwölf Jahren, die übrigen Theilnehmer mit Buchthaus von zwei bis acht Jahren.

Art. 130. Wer in hochverrätherischer Absicht irgend eine Handlung begeht, welche als Vorbereitung bes im Art. 128. bezeichneten Verbrechens anzusehen ift, soll mit Correctionshaus bis zu vier Jahren bestraft werden.

Dabin gebort :

mer zu einer hochverratherischen Sandlung aufforbert, Underen hochverratherische Blane mittheilt, aufreizende Schriften verbreitet, Baffen ober andere zu biesem Zwede bienliche Mittel anschafft ober bereit balt.

Ift eine hochverrätherische Unternehmung weiter gediehen, so hat der Thäter Correctionshaus – oder Zuchthausstrafe von zwei dis sechs Jahren verwirkt, insbesondere, wenn berselbe öffentlich durch Rede oder Schrift zu hochverrätherischen Sand- Iungen aufgefordert, Verbindungszeichen aufgestecht oder aus getheilt, bewaffnete Mannschaft angeworben oder eingeübt, Verstammlungen zu hochverrätherischen Zwecken gehalten, oder solchen im Bewußtsein dieses Zweckes beigewohnt, Wassen oder sonstige zum Angriffe dienliche Mittel ausgetheilt oder angenommen hat.

Art. 131. Burbe bie Verschwörung, ehe es zu einer vorbereitenden Sandlung fam, freiwillig aufgegeben, so trifft ben Anstifter Correctionshaus bis zu funf, ben gemeinen Theilnehmer aber Correctionshaus bis zu brei Jahren.

Art. 132. Gind in Folge ber Berichmorung vorbereistenbe ober Bersuchshandlungen unternommen worben, fo trifft

ben Anftifter, wenn er baran feinen Antheil genommen, bor ber That den Uebrigen seinen Austritt angezeigt und sie, so viel an ihm lag, abzuhalten sich bemuht hat, dreis dis achtjährige Zuchthausstrafe, den gemeinen Theilnehmer aber, der keinen Antheil genommen und vor der That entweder den Hebrigen feinen Austritt angezeigt ober biefelben, fo viel an ihm lag, abzuhalten fich bemuht hat, zweis bis vierjährige Buchthausstrafe, und falls er beibes gethan hat, zweis bis viers jabrige Correctionsbausftrafe.

Art. 133. Jeder Angehörige bes Berzogthums, fowie jeber, welcher unter bem Schute ber Gefete bes Bergogthums wohnt, ift, wenn er von einer hochverratherifchen Berfchworung ober Unternehmung Wiffenschaft erhält, schuldig, biefelbe einer obrigfeitlichen Stelle langstens binnen achtundvierzig Stunden nach erlangter Biffenschaft, wofern nicht bie bringenbe Befahr

eine fcleunigere Anzeige nothwendig macht, anzuzeigen. Wer dieses unterläßt, foll beswegen mit Gefängnis, wenn aber die Verschwörung ober ber Blan zur Ausführung gebracht wurde, mit Correctionebaus bis zu vier Jahren beftraft

merben.

Bei Zumeffung biefer Strafe ift befonders auch barauf, ob der Schuldige bie Verschmörung ober ben Blan mißbilligt, ober fich benfelben wiberfest, ober die Urheber bavon abzybringen versucht hat, und im Falle einer verspäteten Anzeige außerbem auf die Dringlichkeit ber Umftanbe Rucksicht zu nehmen. Die im Art. 87. genannten Bersonen sind jedoch mit

ber Strafe ber unterlaffenen Ungeige zu verfchonen.

Art. 134. Wer, in eine hochverratherische Verschwörung ober Unternehmung verwickelt, vor beren wirklichem Ausbruche und ehe bie Staatsgewalt auf anderem Bege Nachricht bavon erhalten hat, fich und feine Mitfdulbigen ber Obrigfeit angibt, ift ftraffrei.

II. Lanbesberrath 26).

Art. 135. Des Lanbesverrathe macht fich fculbig: 1) jeber Bergogliche Staatsangeborige, fomie jeber, ber mabrend feines zeitlichen Aufenthaltes im Bergogthum

ben Rechtsschutz genießt und ber

a. einen anderen Staat zu einem wiber bas Bergogthum ausgebrochenen Rriege ausbrucklich aufgeforbert, ober ibm in feindfeliger Absicht Beranlaffung ober Ge= legenheit bagu gegeben, insbefondere benfelben burch Berrath von Staatsgebeimniffen absichtlich zu biefem Rriege aufgereigt bat,

b. in einem wiber bas Bergogthum ausgebrochenen Rriege

ben Feind mit Borfat unterftutt, namentlich

c. Militarperfonen von ben Bergoglichen ober verbun= beten Truppen gum Aufftanbe, gur Biberfeslichkeit. gur Defertion, jum Ueberlaufen ober gu fonftiger Untreue verleitet, ober

d. einem feinblichen Spion, wiffenb, bag er ein folcher ift, in verratherischer Absicht Borfcub geleiftet bat:

2) wer bem Reinde ale Spion gebient bat;

3) wer bem Beinbe befette Stabte, Feftungen, Baffe ober andere Bertheibigungevoften verratherifder Beife über= geben, ober burch Berrath beren lebergabe ober Wegnahme bewirft bat;

4) wer bem Feinde Operationsplane, Riffe von Festungen ober Lagern mitgetheilt, Magagine verratben ober ibn burch Werbung ober Hebersenbung von Mannschaft.

²⁴⁾ Die Urt. 135-138. find Urt. 136-139. bes beff. Str.: G.: Bos. In Urt. 136. ift aber nur Zisch. 180-180. Into all 180-189. Tee 1891, 180-180. In art. 180-189. In art.

Munition ober fonftigen Rriegsbedurfniffen vorfählich unterftubt bat;

5) jeber Gerzogliche Staatsangehörige, welcher nach eingetretenem Kriegszustanbe zum Feinde übergegangen ift und die Waffen wider sein Vaterland ober beffen Berbundete getragen hat.

Wenn landesverratherische Sandlungen auf Vernichtung bes Staates ober eines wefentlichen Bestandtheiles besfelben abzwecken, fo begrunden sie den Begriff bes Hochverrathes.

Art. 136. Der Landesverrath wird, insoweit nicht die Militärstrafgesetze besondere Bestimmungen enthalten, mit Zucht- haus von fünf bis sechzehn Jahren, bei erschwerenden Umständen aber mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bestraft; im Falle Nr. 5. des vorhergehenden Artikels sind jedoch die Gerichte ermächtigt, auf Correctionshaus von zwei bis acht Jahren zu erkennen, wenn die persönlichen Verhältnisse des Thäters, seine Beweggrunde zum Sintritt in den Kriegsbienst des Keindes und die Beschaffenheit seines Dienstes eine mildere Strafe rechtsertigen sollten.

Art. 137. Was im Art. 134. in Beziehung auf bie Theilnahme an einer hochverrätherischen Verschwörung versordnet worden ist, gilt auch von den Theilnehmern an einer landesverrätherischen Verschwörung.

III. Soch= und Lanbesverrath gegen bas beutfche Reich.

Art. 138. Unternehmungen, welche gegen bas Dasfein, bie Integrität, die Sicherheit ober bie Verfassung best beutschen Reichs gerichtet sind, sollen nach Maßgabe ber Art. 129. 130. 131. 132. 133. und 134. beurtheilt und bestraft werben.

Ift eine ber im Art. 135. bezeichneten landesverrätherischen Sandlungen gegen bas beutsche Reich verübt worben, fo kommen bie Strafbestimmungen ber Art. 136. und 137. zur Anwendung.

Titel XIII.

Bon ber Gefährbung ber Rechte und Berhaltniffe bes Bergogthums in Beziehung zu anberen Staaten 27).

- Art. 139. Wer, um ben Gerzoglichen Staat zu benachtheiligen, die Staatsgrenze verruckt ober die Grenzzeichen vernichtet ober verändert, wird mit Correctionshaus von Ein bis drei ober Buchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.
- Art. 140. Wer, um ben Herzoglichen Staat zu benachteiligen, Urkunden, Schriften ober andere Beweismittel, welche sich auf Rechte ober Ansprüche des Staates gegen einen anberen Staat, oder umgekehrt, beziehen, unterdrückt, vernichtet ober ausliefert, oder wer mit dem Bewußtsein der Widerrechtslichkeit und Gefährlichkeit seiner Handlung, jedoch ohne hochsober landesverrätherische Absicht, ein ihm von der Herzoglichen Staatsregierung aufgetragenes Staatsgeschäft mit einem ausmätigen Staate zum Nachtheile des Herzoglichen Staats gestührt hat, soll zu Correctionshausstrafe von Ein bis drei oder Buchthausstrafe bis zu zehn Jahren verurtheilt werden.
- Art. 141. Bei Zumeffung ber in ben Art. 139. und 140. bestimmten Strafen ift besonders barauf Rucksicht zu nehmen, ob ber Staat burch die bezeichneten Sandlungen einen Schaden erlitten hat und welchen.

²⁷⁾ Die Art. 139-143. find Art. 140-144. bes beff. Str. : G. : Bos., Art. 144. faßt in veranderter Faffung die beff. Art. 145. 146. 3ufammen.

Art. 142. Ber Waffenftillftanb8 =, Neutralität8 =, Allianzober sonstige Staatsverträge vorsätlich verlett, ober benfelben zuwiderhandelt, ob er gleich weiß, daß er dadurch die Herzogliche Staatsregierung in ein feindliches Verhältniß zu anderen Staaten versetzen kann, soll mit Correctionshaus von Ein bis vier Jahren bestraft werden.

Art. 143. Wer, ohne Erlaubniß ber Staatsregierung und innerhalb ber Grenzen bes herzogthums, nicht zu Gunsten bes Feinbes (Art. 135. Nr. 4.), Werbung für auswärtige Kriegsbienste treibt, soll zu Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre verurtheilt werden.

Wenn aber baburch Militarpersonen gur Defertion, ober Militarpflichtige gum Austritt verleitet worben finb, fo tritt

Correctionshausstrafe von Gin bis ju vier Jahren ein.

Die nicht zu Gunsten des Feindes geschehene Verleitung von Militärpersonen zur Desertion, ohne Anwerbung für auswärtige Kriegsbienste, oder zur Wibersetzlichkeit gegen Vorgessetzle (Art. 135. Nr. 1. lit. b. und c.), wird mit Gefängniß und unter erschwerenden Umständen mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft.

Art. 144. Wegen Beleibigungen:

1) gegen auswärtige Regenten und beren Familienglieber;

2) fowie wegen Beleibigungen gegen bie bei bem Bergog= lichen hofe ober bei ber beutschen Reichsgewalt beglaubigten Gesandten kann bie Anklage in Folge einer von bem Juftizministerium ertheilten Ermächtigung vom Staatsanwalte erhoben werben.

Das Juftizministerium kann biese Ermächtigung nur auf Beschwerbe ber auswärtigen Regierung ober bes Beleibigten selbst und nur unter ber Boraussehung ber Gegenseitigkeit ertheilen. Burbe jedoch eine solche Beleibigung im Inlande in Gegenwart bes Beleibigten, ober wurde sie im Inlande gegen

Regenten bes beutschen Reiches in öffentlicher Rebe an eine versammelte Menge ober in öffentlich verbreiteten Schriften verubt, so ift bie Ermächtigung zur Klagerhebung nicht von einer Beschwerbe bes Beleibigten abhängig.

Soferne Die Sandlung nicht als ein schwereres Ber= brechen ober Bergeben einer boberen Strafe unterliegt, wirb:

- 1) bie Beleibigung unter 1. mit Gefängniß ober unter erschwerenden Umftanden mit Correctionshaus bis zu feche Monaten;
- 2) bie Beleibigung unter 2. mit Gefängniß nach Maggabe ber in bem Sit. XXXV. enthaltenen Grundfage bestraft.

Titel XIV.

Bon ber Beleibigung ber Majeftat 28).

Art. 145. Ber außer bem Falle bes Sochverraths bie geheiligte Berson bes Bergogs thatlich beleibigt, wirb beftraft:

1) im Falle einer hierburch zugefügten körperlichen Verletzung mit Buchthaus nicht unter zehn Jahren ober unter erschwerenben Umftanben mit lebenslänglicher Buchthausstrafe;

2) in anderen Fällen mit Buchthaus von feche bis zwolf

Jahren.

Art. 146. Ber in Gegenwart bes Gerzogs benfelben burch Rebe, Schrift, burch Beichen ober bilbliche Darftellung

²⁹⁾ Die Art. 145-151, find Art. 147-153. bes beff. Str : 8.2Bos., jeboch find in Art. 145. 146. 148. 150. bie Strafandrohungen gemilbert.

Bgl. 311 Ait. AIV. und AV. des bayer. Str.: G. Bd. Art. 309—314., oldenb. Art. 314—319., altenb. Art. 97—104., würt. Art. 150—156., braunschw. §§. 90—95., banned. Art. 138—141., bad. §§. 606—614., thüring. Art. 89—95., preuß. §§. 74—77., bsterreid. §§. 63. 64., sah. Art. 132—138.

beleidigt, oder mit thätlicher Beleidigung bedroht, wird mit Buchthaus bis zu fechs Jahren bestraft.

Art. 147. Ber öffentlich ober in verbreiteten Schriften ober bilblichen Darstellungen die Berson des Herzogs ober beffen Regierungshandlungen, insofern bei diesen feiner Berson und nicht blos seiner Behörden erwähnt wird, schmäht ober ber Geringschätzung Preis zu geben sucht, ober wer dergleichen Schriften ober Darstellungen vorsählich verbreitet, ober für den Zweck dieser Berbreitung vorsählich Abdrücke, Abschriften u. b. m. fertigt, wird mit Correctionshaus bis zu drei Jahren bestraft.

Art. 148. Wer auf andere, als die in den vorstehens ben Artikeln bemerkte Weise die Majestät des Herzogs ans greift, wird mit Gefängniß nicht unter vier Wochen bestraft.

Art. 149. Wegen der in den Art. 146. 147. und 148. bezeichneten ftrafbaren Sandlungen darf von den Behörden keine Untersuchung wider ben Thäter eingeleitet werden, bevor fle defhalb von dem Ministerium der Justig Verfügung ershalten haben.

Citel XV.

Bon ber thatlichen und wortlichen Beleibigung ber Mitglieber ber Bergoglichen Familie und bes Berwefers bes herzogthums.

Art. 150. Sind die im vorhergehenden Titel XIV. Art. 145. 146. 147. und 148. bezeichneten Sandlungen gegen bie Berzogin, gegen den Erbprinzen, gegen die Erbprinzessin ober gegen den Berwefer bes Herzogthums begangen worden, so treten folgende Strafen ein:

Nämlich:

1) ftatt ber im Art. 145. Nr. 1. bestimmten Strafe, feche bis zwolf Jahre Buchthaus;

2) ftatt ber bafelbft unter Nr. 2. bestimmten Strafe, Bucht= haus von brei bis feche Sahren;

3) flatt ber im Art. 146. beftimmten Strafe, Correction8-

haus bis zu brei Jahren;

4) ftatt ber im Art. 147. bestimmten Strafe, Gefängniß von vier Wochen ober Correctionshaus bis zu achtzehn Monaten;

5) ftatt ber im Urt. 148. bestimmten Strafe, Befängniß

von vierzehn Tagen bis zu vier Wochen.

Der Art. 149. bes vorhergehenden Titels ift auch auf bie Fälle unter Nr. 3. 4. und 5. bes gegenwärtigen Artifels anzuwenden.

Art. 151. Wer gegen ein anderes Mitglied bes Herzoglichen Sauses eine ehrenkränkenbe Sandlung begeht, wird nach ben in bem Titel XXXV. enthaltenen Grundsägen mit Gefängniß ober mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren, und im Falle ber falschen Anzeige ober Berläumdung (Art. 296. und 297.) mit Correctionshaus bis zu vier Jahren bestraft.

Titel XVI.

Bon bem Aufruhr und Auflauf 29).

Art. 152. Sat eine zusammengerottete Mehrheit von Menschen auf irgend eine Beise öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie die Absacht habe, sich gegen die Obrigkeit gewaltsam aufzulehnen, geschehe bieses um bas Ginschreiten ber

^{2*)} Die Art. 152—161. sind Art. 154—163. des hesse Str. S. Sch. unter Missberung der Strasandrohnungen in Art. 155. 156. 157.

Bgl. dayer. Str. S. Sch. Art. 319—32d., oltenb. Art. 324—331., altenburg. Art. 112—116., würtemberg. Art. 170—175—179., braunschw. §6. 96—101., hannov. Art. 161—168., dab. Sg. 622—631. ihäring. Art. 110—114., preuß. §6. 91—93. 97., dierreich. §6. 68—75., sächs. Art. 132—141.

Behorben gegen eine von ihr bezweckte Wiberrechtlichkeit unbeachtet zu lassen, ober zu verhindern, ober um eine Berfügung ober die Unterlassung ober die Zurucknahme einer solchen zu erzwingen, ober um wegen einer Amtshandlung Rache an ber Obrigkeit zu nehmen, so ist Aufruhr vorbanden.

Art. 153. Wenn die Zusammengerotteten freiwillig, ober auf Befehl der Obrigkeit oder beren Diener, sogleich wieder auseinander gehen und zur Pflicht zurücklehren, so sollen nur die Anstister und Anführer, und zwar wenn die Zusammengerotteten freiwillig auseinander gegangen und zur Pflicht zurückgekehrt sind, mit Gefängniß, wenn dies aber erst nach vorausgegangenem Befehl der Obrigkeit, oder deren Diener geschehen ift, mit Correctionshaus bis zu Einem Jahr bestraft werden.

Art. 154. Wenn bie Aufrührer wiber ben Befehl ber Obrigkeit, beren Diener ober ber bewaffneten Macht, in ihrer Zusammenrottung beharrend, burch Lärmen, Schimpfen ober Drohen hartnäckigen Trot zu erkennen gegeben haben, jedoch bie Ruhe wieder hergestellt worden ist, ehe noch jene an Versonen ober Sachen Gewalt verübt hatten, so sollen:

1) bie Anftifter und Anführer mit Correctionshaus von Gin bis funf Sabren ;

2) die bewaffneten Theilnehmer mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren, die unbewaffneten Theilnehmer hingegen mit Gefängniß ober mit Correctionshaus bis zu fechs Monaten bestraft werden.

Art. 155. Sind von ber zusammengerotteten Menge wirkliche Gewaltthaten an Versonen ober Sachen verübt worsben, so follen die Theilnehmer des Aufruhrs nach folgendem Unterschiede bestraft werden:

1) biejenigen, welche Tobtichlag, Raub ober Branbftiftung begangen haben, mit lebenslänglicher Buchthausstrafe,

ober, wenn bei ben beiben zulett genannten Berbrechen Strafminderungsgrunde eintreten, mit Buchthausstrafe

bon zwolf bis achtzehn Jahren;

2) biejenigen, welche Versonen thatlich mißhandelt haben, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu zwölf Jahren, und zwar nicht unter funf Jahren, sofern biese Mißhandlung an obrigkeitlichen Bersonen, beren Dienern, ober beorderten Militarpersonen gesichehen ift;

3) Diesenigen, welche Blunderung ober Zerstörung verübt, an Gebäuden durch Aufbrechen, gewaltsames Eindringen ober Niederreißen Gewalt ausgeübt, in Gebäuden oder anderen liegenden Grunden Verwüftungen angerichtet haben, oder diesenigen, welche mit Waffen versehen waren, mit Correctionshaus von Ein bis drei oder Zuchthaus bis zu sechs Jahren;

4) die übrigen Theilnehmer mit Correctionshaus bis zu

zwei Jahren.

Art. 156. Waren die Aufrührer freiwillig, oder auf Befehl der Obrigkeit oder ihrer Diener auseinander gegangen, es waren aber von einem oder dem anderen unbedeutende Erceffe, jedoch nicht gegen die Obrigkeit, deren Diener oder die bewaffnete Macht verübt worden, so können die unter Nr. 2. und 3. des vorhergehenden Artikels bestimmten Strafen bis zu zwei Monaten Correctionshaus herabgesetzt werden.

Art. 157. Die Anstifter und die Anführer bei einem Aufruhr, welcher zu bem im Art. 155. bezeichneten Grabe gebiehen ift, follen bestraft werben:

1) mit Buchthaus von zwölf bis fechzehn Jahren, wenn Mord, Tobtschlag, Raub, ober Brandstiftung vorges fallen ift;

2) mit Buchthaus bis zu zwolf Jahren, wenn ein Ber-

brechen von der im Art. 155. Nr. 2. oder 3. genannten Art verübt worden ist;

3) in ben übrigen Fallen mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu funf Jahren.

Art. 158. Ergibt sich, daß Anstifter, Anführer ober gemeine Theilnehmer, welche an den im Art. 155. unter Nr. 1. 2. und 3. aufgezählten Verbrechen keinen Antheil genommen haben, angelegentlich bemüht gewesen sind, die Uebrigen von deren Begehung abzuhalten, so foll hierauf bei Zumessung der in dem vorhergehenden Artikel angedrohten Strafen strafmindernde Rücksicht genommen werden.

Art. 159. Was in ben vorhergehenden Artikeln biefes Titels verordnet ift, gilt auch von an fich rechtmäßigen ober erlaubten Versammlungen, welche aber ihre Vereinigung mißsbrauchen, um handlungen zu begehen, welche Aufruhr besgründen.

Art. 160. Wer zu einem Aufruhr mundlich vor einer versammelten Volksmenge, ober schriftlich burch Verbreitung gebruckter oder ungedruckter Aufsäge, bestimmt und beutlich aufgefordert hat; wer in der bestimmten Absicht, einen Aufzuhr zu verursachen, abergläubische Prophezeihungen oder falsche Nachrichten, die eine folche Zusammenrottung zu veranlassen geeignet sind, verbreitet hat, soll bestraft werden:

1) wenn ber Aufruhr wirklich erfolgt ift, als beffen Un=

ftifter ;

2) außer biefem Falle nach ben Beftimmungen bes Art. 153.

Art. 161. Sat sich eine Menschenmenge zusammens gerottet, welche jedoch auf keine Beise zu erkennen gibt, daß ste die Absicht habe, einen gesetwidrigen Zweck durch ihre Bereinigung zu erreichen, so unterliegen die Theilnehmer an einem solchen Auflaufe nur infofern einer Strafe, als ste sich babei einer besonderen, burch das Geset für strafbar erflärten Sandlung ichulbig gemacht haben; jeboch ift bei Beftrafung biefer That ber Auflauf ale ein Erschwerungegrund

ju betrachten.

Die auf die Wiberfepung gegen bie Obrigfeit ober bie bewaffnete Macht (Art. 173. und 174.) verhängte Strafe tritt ein gegen biejenigen, welche ber Obrigfeit, beren Dienern, ober ber bewaffneten Dacht thatlichen Wiberftand geleiftet haben, nachdem fle vorber burch bie Obrigfeit, ober burch ben Befehlshaber ber bewaffneten Macht im Namen bes Gefeges laut und vernehmlich aufgeforbert worben maren. auseinanber zu geben.

Titel XVII.

Bon Gewaltthatigfeiten und Drobungen 30).

Mrt. 162. Wenn in frembe Wohnungen ober andere liegende Grunde mehrere biergu vereinigte Berfonen miberrecht= lich einfallen, fo follen, infofern ihre Sandlung nicht als Aufruhr ober als ein ichmereres Verbrechen zu ahnben ift, beftraft merben:

1) menn Gewalt an Berfonen verübt murbe, die Anftifter und Unführer mit Correctionshaus bis zu brei Sahren, bie gemeinen Theilnehmer bis zu zwei Sahren;

2) wenn Gewalt an Sachen verubt wurde, Die Unftifter und Unführer mit Correctionebaus bis zu Ginem Jahre,

³⁰⁾ Die Art. 162-169. find Art. 164-171. bes beff. Str.=G.=Bch8. 3n Art. 163.

und 166. sind Ackarderungen des best. Gelegeek vom 23. gebruar 1849 ausgenommen, Art. 164. ist abgeändert. Die Art. 170. 171. sinden sich im hess. Ekrassen 1849 ausgenommen, Art. 164. ist abgeändert. Die Art. 170. 171. sinden sich im hess. Such 20. nicht. Bgl. bader. Str. Ge. 28. dt. 332—335., obenb. Art. 337—340., altenburg. Art. 118., würtemb. Art. 189., braunschweig. S. 102., hannob. Art. 178. 179., bad. S. 618. 619., thüring. Art. 116., preuß. S. 214., österreich. S. 83. 84., säch. Art. 145. 148. 151. 201. 247.

bie gemeinen Theilnehmer mit Gefängniß ober Correc-

tionshaus bis zu feche Monaten;

3) wenn keine Gewalt an Bersonen ober Sachen verübt wurde, die Anstister und Anführer mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu sechs Monaten, die gemeinen Theilnehmer mit Gefängniß ober Gelbbuge.

Art. 163. Wer ohne die im vorhergehenden Artikel genannte Verbindung in eines Anderen Wohnung oder dazu gehörigen geschloffenen Bezirk widerrechtlich eindringt, foll bestraft werden:

1) wenn Gewalt gegen Perfonen ober Sachen verübt murbe, mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu achtzehn Monaten:

2) wenn weber gegen Berfonen, noch gegen Sachen Gewalt verübt wurde, mit Gefängnif ober Gelbbufe bis zu breifig Gulben; jeboch im letteren Falle Nr. 2. nur

auf Rlage bes Betbeiligten.

In ben Fällen biefes und bes vorhergehenden Artikels gilt ber Gebrauch von Waffen und Werkzeugen, ober wenn ber Thäter sich mit folchen versehen hatte, als Erschwerungsgrund.

Art. 164. Wer burch Gewaltthätigkeit die gottesdienstlichen Verrichtungen, ober ben Gottesdienst einer Religionsgesellschaft vorfäglich entweder stört (Art. 189.) oder verhindert, oder solchen Personen, die beiwohnen wollen, ben Zutritt rechtswidrig verwehrt, soll mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu Ginem Jahre bestraft werden.

Art. 165. Ber, um eine Beleidigung zu rachen ober um ein behauptetes Recht eigenmächtig zu verfolgen, gegen die Berson bes Underen eine Gewaltthätigkeit sich erlaubt, wird auf Klage bes Betheiligten mit Gefängniß ober Geld-bufe bestraft.

- Art. 166. Wer auf sonstige Beise einen Anderen durch Berübung widerrechtlicher Gewalt ober durch Drohung, inssofern, was die Drohung betrifft, die Berwirklichung derfelben mit Grund zu befürchten steht, zu einer handlung, Duldung ober Unterlassung nothigt, wird, insofern die That nicht in ein schwereres Berbrechen übergeht, mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu Ginem Jahre bestraft.
- Art. 167. Eltern, Pflegeltern ober Vormunder, welche ihr Kind ober ihren Pflegbefohlenen durch thätlichen Zwang ober fortgefehte Drohungen zur Eingehung einer She genöthigt haben, follen, wenn die She deshalb von dem zuständigen Gericht für ungültig erklärt worden ift, auf Klage der Bestheiligten mit Gefängniß bestraft werden.
- Art. 168. Sind in den Fällen der Art. 164. 165. und 166. Waffen gebraucht, oder sind die dort bezeichneten Berbrechen von Mehreren vereint verübt worden, so können die Gerichte das in den Art. 164. und 166. bestimmte höchste Strafmaß auf das Doppelte erhöhen und im Falle des Art. 165. bis zu sechs Monaten Correctionshausstrafe erstennen.
- Art. 169. Wer einen Anderen, ohne die Absicht, ihn zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nöthigen, mündlich oder schriftlich mit verbrecherischen Angriffen bedroht hat, wird, sofern nicht bei einzelnen Verbrechen schwerere Strase darauf gesetzt ist, wenn die Verwirklichung der Drohung mit Grund zu befürchten steht, auf Klage des Bedrohten zur Stellung unter polizeiliche Aussicht auf sechs Monate bis zu vier Jahren oder zur Sicherheitsleistung für eine Zeit von gleicher Dauer verurtheilt.
- Art. 170. Fabrikanten und Sandwerker, welche, um bie Obrigkeit ober ihre Arbeiter zu gewissen Sandlungen ober Bedingnissen zu nothigen, bie Einstellung ihrer Gewerbe mit

einander verabredet, oder zu einer folden Uebereinkunft aufgefordert haben; Fabrikarbeiter, Handwerksgefellen und Lehrzungen verschiedener Fabriken oder Meister, welche, um die Obrigkeit, ihre Fabrikherrn oder ihre Meister zu gewissen Handlungen oder Bedingnissen zu nöthigen, sich zum Einstellen ihret Arbeiten verabredet oder zu einer solchen Uebereinkunst aufgefordert haben, sollen, wenn sie nicht auf Befehl der Obrigkeit solleich davon abgestanden sind, zu Gefängnisstrafe von fünf Tagen bis zu vier Wochen und die Anstister oder Rädelsstührer zu Gefängnisstrafe nicht unter vier Wochen verurtheilt werden.

Art. 171. Ift durch die im vorhergehenden Artikel bezeichneten Berabredungen oder Aufforderungen ein Aufruhr entstanden, so sollen diejenigen, welche die Berabredung bewirkt oder zuerst dazu aufgefordert haben, insofern sie diesen Erfolg voraussehen konnten und denselben zu verhüten nicht thätig bemüht waren, mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft werden.

Citel XVIII.

Bon ber Widersetung und von bem Ungehorfam gegen gewiffe obrigfeitliche Berfügungen 31).

Art. 172. Wer ben formell verfaffungs = und gefetmäßigen Befehlen und Anordnungen ber Obrigkeit gewalt-

¹⁾ Die Art. 172-181, entiprecen ben Art. 172-181, bes beif. Str. B., Bobs., jeboch ift Art. 172. im Eingang etwas veranbert rebigirt, Art. 176. ift wefentlich

^{18000 11} Art. 172. im Erigang etwas verantert terigitt, art. 170. in expansive perändert, Art. 177. verändert revigitt.

Bzf. bayer. Str. 185. 28cd. Art. 315—330. 411—419., oldend. Art. 320—336. 439—448., altend. Art. 105—119., wärt. Art. 169—182., braunschw. §§. 107—109., hannod. Art. 166—168. 170—172., bad. §§. 615—638., thüring. Art. 100—115., preuß. §§. 87—90., österreich. §§. 68—75., sächs. Art. 142—146.

samen Biberstand leistet; wer eine obrigkeitliche Berson durch Gewalt oder Drohung mit derselben zu einer Amtshandlung zu nöthigen oder davon abzuhalten sucht; wer an einer obrigkeitlichen Verson während der formell versassungs- und gesetz mäßigen Ausübung ihres Amtes Thätlichkeiten verübt; wer an derselben wegen einer Amtshandlung auf thätliche oder gewaltsame Weise Rache zu nehmen sucht, ist, vorausgesetzt, daß diese Handlungen nicht das Merkmal des Aufruhrs (Art. 152.) an sich tragen, der Widersetzung gegen die Obrigkeit schuldig.

Mrt. 173. Diefes Verbrechen wird beftraft:

- 1) mit Correctionshaus bis zu vier Jahren, wenn bei bemfelben eine obrigkeitliche Person thätlich mißhandelt oder
 mit Waffen bedroht wurde. Bei Zumessung dieser
 Strase ist, außer der Beschaffenheit der Mißhandlung,
 besonders darauf zu achten, ob solche von mehreren
 oder durch Gebrauch von Waffen geschehen ist;
- 2) in anderen Fallen findet Correctionshausstrafe bis gu Ginem Jahre und bei geringerem Grabe ber Wiberfetung Gefängnifftrafe ftatt.

Art. 174. Wer ber bewaffneten Macht bei Bollziehung ber ihr ertheilten Befehle, wer ben Dienern ber Justig, ben Dienern der gerichtlichen ober verwaltenden Polizei, ben Landsjägern, ben Felbs ober Forstschützen, ben zur Erhebung ober Beitreibung der Steuern und Abgaben oder Gelbstrafen bestellten Personen, den gerichtlich angestellten Verwahrern, während sie mit Bollstreckung der Gesetze und Verordnungen, der Besehle oder Verfügungen der öffentlichen Gewalt, der richterlichen Urtheile, Verfügungen oder Besehle begriffen sind, gewaltsamen Widerstand entgegensetzt, oder einen thätlichen Ungriff auf ihre Person macht, oder sie damit bedroht, ist im Kalle des Art. 173. Nr. 1. mit Correctionshaus bis zu zwei

Jahren, im Falle bes Art. 173. Nr. 2. mit Correctionshaus bis zu feche Monaten ober mit Gefängniß zu bestrafen.

Art. 175. Wenn die in den Art. 172. 173. und 174. gedachte Widersetzung in anderer Beziehung strafbarer ift, so treten diese hoheren Strafen ein, und bei Zumeffung derselben haben die Gerichte es als einen erschwerenden Umftand zu betrachten, daß durch die Gewaltthätigkeit der Rifhandlung zugleich eine Widersetzung stattgefunden hat.

Art. 176. Sat die Obrigkeit durch offenbare Gefetswidrigkeit des Verfahrens Veranlaffung zum Widerstande gegeben, und ging der Widerstand nicht weiter als zur Abwendung der Gesetzwidrigkeit erforderlich war; so tritt Straflosigkeit, im Falle diese Erfordernisse nicht vollständig vorhanden sind, Strafminderung ein.

Art. 177. Mitglieder von Corporationen oder Behörden, welche, nachdem diese von der Regierung für aufgelöst erklärt worden sind, bennoch ebenso zu handeln fortsahren, als wäre keine Auflösung erfolgt, sowie die Mitglieder des Landtags, wenn sie sich ohne gesetzliche Einberusung oder nach der versfassungsmäßigen Schließung, Vertagung oder Auflösung des Landtags zu einer Landtagssthung willkührlich vereinigen, sollen mit Gefängniß oder Geldbuße, und unter erschwerenden Umständen mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 178. Wer obrigkeitlich sequestrirte, gepfändete ober mit Beschlag belegte Gegenstände in der Absicht vernichtet, verdirbt, veräußert ober verbraucht, um baburch Ungehorsam gegen die Obrigkeit zu bezeigen, oder deren Berfügung zu vereiteln, sou, wenn die handlung in anderer Beziehung nicht strafbarer erscheint, zu Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

Art. 179. Wer, um bie Befanntmachung, Beobachtung ober Bollziehung ber Gefete, Berordnungen ober obrigkeit=

Uchen Berfügungen zu verhindern, oder in ehrenkränkender Absicht öffentlich angeschlagene obrigkeitliche Erlaffe abreißt, vernichtet, verändert, besudelt oder unleserlich macht, foll zu Gefängnifftrafe von funf Tagen bis zu vier Wochen verurstheilt werden.

Art. 180. Wer unbefugter Beise Gerichts- ober andere obrigkeitliche Siegel, womit Sachen ober Schriften verschloffen gehalten werben, wissentlich und absichtlich ablöst, beschädigt ober erbricht, soll zu Gelostrase bis zu breißig Gulben ver- urtheilt werben.

Liegen erschwerende Umftande vor, fo tonnen die Gerichte

auch auf Gefängnifftrafe ertennen.

Art. 181. Ber vor einer Versammlung, ober an öffent= lichen Orten, ober in öffentlichen Lehrvorträgen ober in versbreiteten Schriften zu der in Art. 172. bis 180. bedrohten Widersehung, obwohl ohne Erfolg, direct auffordert, wird mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu zwei Sahren bestraft.

Titel XIX.

Bon ber Berlegung ber Amte = und Dienftehre 32).

Art. 182. Wer die Staatsbehorben im Allgemeinen ober einzelne berfelben burch Schmähungen angreift, foll beftraft werben :

1) mit Correctionshaus bis zu Ginem Jahre, wenn bies in einer öffentlichen Berfammlung, ober an einem öffent=

²⁷⁾ Eitel XIX. Art. 182-185, bes beff. Str. G. Bos. ift weggefallen. Die Art. 182-188. find Art. 186-192, bes beff. Str. G. Bos., mit einer geringen Redactioneanberung in Art. 182.

Bergl. bayer. Str. G. Bd. Art. 405. fg., olbenburg. Art. 433. fg., altenburg. Art. 201., würt. Art. 162., braunschw. §§. 115. 116., hannov. Art. 143.—149., bat. §. 297., thuring. Art. 192., österreich. §§. 492. 494., sach. Art. 241. 246.

lichen Orte, ober in einem verbreiteten gebruckten ober nicht gebruckten Auffage, ober in einer bilblichen Darstellung, welche öffentlich ausgehängt ober burch ben Druck ober auf sonstige Weise verbreitet wurde, gesicheben ift:

2) mit Gefängniß ober Gelbbufe, wenn bie Schmähungen in einer bei einer öffentlichen Behörbe eingereichten Schrift, ober vor einem in Berrichtung seines Umtes begriffenen Staats = ober öffentlichen Diener geäußert

worden find.

Art. 183. Ber einen Staats = oder öffentlichen Beamten, oder einen Militar von Offizierstang, mahrend feiner Dienstverrichtung oder in directer Beziehung auf Diensthandlungen desselben, durch herabwurdigende Borte, Gebehrden oder handlungen beleibigt, foll bestraft werden:

1) wenn die Beleidigung durch Thätlichkeiten begangen wurde, und insofern die That nicht in anderer Beziehung strafbarer erseheint, mit Correctionshaus bis

zu zwei Jahren;

2) wenn die Beleibigung nicht durch Thätlichkeiten, aber vor einer öffentlichen Bersammlung ober an einem öffentlichen Orte, oder durch verbreitete gedruckte oder
nicht gedruckte Auffäge, oder durch bildliche Darstellungen,
welche öffentlich ausgehängt, aufgelegt oder ausgestellt,
oder durch den Druck oder auf sonstige Weise verbreitet worden sind, begangen wurde, mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten oder Gefängniß;

3) in allen anderen Fällen mit Gefängnif ober Gelbbuge. Bei Zumeffung biefer Strafen haben die Gerichte, neben ber Schwere ber Beleibigung an fich, auch auf ben Grab bes Ranges ber beleibigten Beborbe ober Berfon Rudflicht ju

nehmen.

Mrt. 184. Die Beftimmungen bes Art. 182. finben auch Anwendung auf die Ständekammern und ftanbifchen Ausschüffe.

Art. 185. Wer Wachen auf ihren Bosten, wer Militärspersonen, welche nicht Offiziersrang haben, Landjäger ober obrigkeitliche Diener, während ihrer Dienstverrichtungen ober in Beziehung auf dieselben durch herabwurdigende Worte, Gesbehrden ober Handlungen beleibigt, foll bestraft werden:

1) im Falle Nr. 1. bes Art. 183 .:

mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu neun Monaten;

- 2) im Falle Nr. 2. bes Art. 183., und wenn eine Wache auf ihrem Posten, jedoch nicht thätlich, beleidigt wors ben ift:
 - mit Befängniß bis zu vier Wochen ober Gelbbufe;

3) in allen anderen Fallen :

mit Gefängniß bis zu acht Tagen ober mit Gelbbufe.

Art. 186. Die Verletzung ber Amte und Dienstehre barf nur auf Rlage bes Beleibigten ober auf Berlangen ber ihm vorgesetten Behorbe bestraft werben.

Art. 187. Wer sich in rechtswidriger Absicht die Ausübung eines ihm nicht übertragenen öffentlichen Amtes ober einer ihm nicht zustehenden öffentlichen Berechtigung anmaßt, foll, wenn hierbei kein anderes Verbrechen concurrirt, mit Gefängnißstrafe oder mit Geldbuße belegt werden.

Art. 188. Die Anmaßung von Amtstiteln wird mit Befängniß bis zu vierzehn Tagen ober mit Gelbbuge bis zum entsprechenben Betrag bestraft.

Titel XX.

Bon Störung religiöfer Sanblungen, Migbrauch und Berabmurbigung ber Religion 33).

Art. 189. Wer ben Gottesbienst ober eine religiöfe Feierlichkeit einer Religionsgefellschaft, zwar nicht burch Ge-waltthätigkeit (Art. 164.), jedoch absichtlich burch Schreien, Lärmen ober auf sonstige Weise stört, ober burch unanstänbiges Betragen babei Aergerniß gibt, soll zu Gefängnifftrase verurtheilt werben.

Art. 190. Wer einen Religionsbiener mahrend feiner geistlichen Amtsverrichtung thätlich beleidigt, schmaht, laftert, ober mit Beleidigung bedroht, ober folche Handlungen gegen ihn begeht, welche Verachtung ausbrücken, soll mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Art. 191. Wer die Gegenstände der Verehrung einer Religionsgesellschaft, oder ihre Lehren, Ginrichtungen oder Gesträuche durch Ausbrücke des Spottes oder der Verachtung öffentlich in Rede, Schrift oder bilblicher Darstellung, oder durch beschimpsende Handlungen herabwürdigt, oder zur Versfolgung einer solchen Religionsgesellschaft auffordert, soll mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Macht fich ein Religionsbiener eines Bergebens bieser Art schulbig, so kann unter erschwerenden Umftänden bie Strafe bis zu vier Jahren Correctionshaus erhöht werben.

^{**)} Die Art. 189 - 192. find Art. 193 - 196. bes heff. Str. 2 G. 2 Dos, jeboch Art. 189. 191. 192. in ber Rebaction und Art. 189 auch in ber Strafanbrohung wesentlich veranbert.

Bgl. baher. Str. : G. : Bd. Art. 336. 424., olbenburg. Art. 341. 453., altenb. Art. 189—193., wärtemberg. Art. 190—192., braunschweig. §§. 104. 117., hannob. Art. 193—195., bab. §§. 583—585., thüring. Art. 180—184., preuß. §§. 135—137., bsterreid. §§. 122—124., sach. Art. 221—234.

Art. 192. Wer burch Verbreitung religiöfer Meinungen ober Lehren zur Verletung ber Gefete, ber burgerlichen und staatsburgerlichen Pflichten auffordert, foll zu Corrections-hausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Sat er fur bie Lehren Unhanger geworben, um beren Befolgung im burgerlichen Leben zu bewirfen, fo tritt Cor=

rectionsbausftrafe von Gin bis vier Jahren ein,

Titel XXI.

Bon ber unerlaubten Befreiung ber Gefangenen 34).

Art. 193. Wer einen Gefangenen aus ber Bewalt ber Obrigfeit vorfablich befreit, foll bestraft merben:

1) mit Correctionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu vier Jahren, wenn die Befreiung burch Uebermannung ber Bewachung, Erbrechung bes Gefängniffes, ober auf fonstige gewaltthätige Beise geschehen ift;

2) mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu Ginem Jahre, wenn die Befreiung durch Ginsteigen in bas Gefängniß, ober auf sonstige unerlaubte Beise, jedoch ohne Gewaltthätigkeit, bewirft worden ift.

Art. 194. Bei Bumeffung ber im vorhergehenden Urtifel angebrohten Strafen haben bie Gerichte vorzugsweise zu beachten:

1) ben Grad ber angewenbeten Gewalt;

19) Die Art. 193-197. find Art. 197-201. bes heff. Str.=G.=Bos., mit etwas veranberter Strafanbrohung in Art. 195.

Bgl. bayer. Str.: S. 286. Art. 328—330. 418. 419., olbenb. Art. 333—335. 446. 447., altenb. Art. 109., würtemb. Art. 180—182., braunichw. §. 109., hannob. Art. 170—172., bab. §§. 632—638., thüring. Art. 106. 107., preuß. §§. 94—96., bsterreich. §§. 217—219., sach. Art. 152—154.

-2) bie Ratur und Groffe bes Berbrechens ober Bergehens, wegen beffen ber Befreite verhaftet mar;

3) ob Ein Gefangener ober ob mehrere Gefangene befreit

wurden.

Alls befonderer Minderungsgrund ift ber Umftand zu bestrachten, wenn der Befreite nur wegen Schulden oder wegen einer Polizeiübertretung verhaftet war, oder wenn die Befreiung von dem Chegatten, ben Descendenten, Ascendenten oder Geschwistern des Gefangenen bewirkt worden ift, als in welchen Fällen, wenn keine Gewalt gegen Personen verübt wurde, bis auf Gefängnißstrase von acht Tagen herabgegangen werden kann.

Art. 195. Saben diejenigen, welchen die Bewachung ober Verwahrung eines Gefangenen aufgetragen war ober obelag, mögen sie in öffentlichen Pflichten stehen oder nicht, deffen Entweichung vorfählich bewirkt, oder dazu hulfe oder Vorschub geleistet, so sollen sie zu Correctionshaus von Gin bis drei oder Zuchthaus bis zu fünf Jahren verurtheilt werden.

War ber Gefangene nur wegen Schulden ober wegen eines im höchsten Maße nur mit vierjähriger Correctionshausstrafe bedrohten Verbrechens, oder wegen einer Polizeiübertretung verhaftet, so tritt Correctionshausstrafe bis zu Ginem

Jahre ein.

Gine burch Fahrläßigkeit berjenigen, welchen bie Bewachung ober Verwahrung eines Gefangenen aufgetragen war ober oblag, bewirkte Entweichung wird an ben Schulbigen im Falle geringer Fahrläßigkeit mit Gefängniß bis zu vierzehn Tagen ober mit entsprechender Geldbuße, im Falle grober Fahrläßigkeit mit Gefängniß ober mit Geldbuße bestraft.

Art. 196. Der Gefangene, welcher, außer bem Valle bes Art. 197., sich felbst befreit ober burch Mitwirkung Ansberer befreit worden ift, verwirkt baburch allein keine weistere Strafe, als die ihn etwa nach ben Bestimmungen trifft,

welche über bie Befangnifpolizei und Sandbabung ber Orbnung in ben öffentlichen Strafanftalten befteben.

Bat er aber, um gur Freiheit zu gelangen, Gewalt an Berfonen ober fonftige ftrafbare Sandlungen verübt, fo find bie beshalb verwirften Strafen gegen ibn zu erfennen.

Mrt. 197. Gegen Befangene, welche im Complott ent= weichen, foll blos barum Gefängniß = ober Correctionsbausftrafe bis zu feche Monaten erfannt werben.

Die Gerichte fonnen jeboch ftatt biefer Strafe bie bereits erkannt gemefenen Strafen mit ben burch ben Art. 14. ge=

ftatteten Bufaten icharfen.

Titel XXII.

Bon Munaverbrechen und Bergeben 35).

Art. 198. Wer bie im Bergogthum im allgemeinen, ober auch nur im Sanbelsverfehr im Umlauf befindlichen Mungen, in ber Absicht, fle ale Gelb in Umlauf zu bringen, unbefugter Beife nachmacht, ift bes Falfchmungens schuldig.

Art. 199. Sind bie nachgemachten Mungen bereits in Umlauf gefest worben, fo wird bas Falfchmungen bestraft und gwar:

1) mit Buchthaus bis zu zwolf Jahren, wenn bas Berbrechen an Mungen begangen worben ift, Die nicht gu ber Scheibemunge geboren;

³²) Die Art. 198—211. sind Art. 204—217. des hess. Str. G. Bos., jedoch mit Milberung der Strasandrochung in Art. 199. 201. und einen unwesentsichen Zusah in Art. 200. Tit. XXIII. §8. 202. 203. ist weggebieben.

Bgl. baher. Str. G. Bo., Art. 341—348. 428—431., oldenburg. Art. 346—353. 457—460., attenb. Art. 268—274., wärt. Art. 206—218., braunschw. §6. 126—130. 133., hannov. Art. 200—207. dob. §6. 509—521. 527—532., thüring. Art. 260—268., preuß. §6. 121—124., bsterreich. §6. 108—121., sächs. Art. 340—348.

2) mit Correctionshaus von Ein bis brei ober Buchihaus bis zu fechs Jahren, wenn bas Verbrechen an bloger Scheibemunge verubt worben ift.

Art. 200. Die Strafen bes vorhergehenden Artikels treffen auch diejenigen, welche im Einverständnisse mit einem Valschmunger, bessen Gehülsen oder Begunstiger die falschen Mungen als Geld verbreiten.

Art. 201. Sind die nachgemachten Munzen noch nicht in Umlauf gefet worden, fo wird bas Falfchmunzen bestraft:

1) mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu feche Jahren, wenn bas Berbrechen an Mungen, welche nicht zur Scheibemunge gehören, verübt murbe;

2) mit Correctionshaus von fechs Monaten bis zu brei Jahren ober Buchthaus bis zu vier Jahren, wenn bas Verbrechen an bloger Scheibemunge begangen wurde.

Art. 202. Bei Zumeffung ber in ben vorhergehenden Artikeln angebrohten Strafen haben die Gerichte vorzüglich auf die etwa vorhandene Verbindung Mehrerer zur Begehung des Verbrechens, auf die Größe des Nennwerths, auf den inneren Werth, auf die Menge der ausgegebenen oder verfertigten falschen Munzen, auf den Grad ihrer Aehnlichkeit mit den ächten, und darauf, ob die nachgemachten Munzsorten im allgemeinen Verkehr oder nur im Sandelsverkehr angenommen zu werden pflegen, Rücksicht zu nehmen.

Art. 203. Wer bie im Bergogthum im allgemeinen, ober auch nur im Sandelsverkehr im Umlauf befindlichen achten Mungen durch Befchneiben, Durchbohren ober auf fonstige Weise in ihrem Werthe verringert, wer verrusenen Mungforten ben Schein geltenber, ober geringeren Mungforten bas Ansehen böherer, besgleichen wer bereits im Umlauf befindlichen falschen Mungen durch eine Veränderung das Ansehen gultiger ober

höherer Munzen gibt, und die auf die eine ober die andere Art verfälschien Munzen als ächte ober unverfälschte in Umstauf fetzt, ist der Munzfälschung schuldig.

Art. 204. Die Mungfälfchung mirb beftraft mit Cor- rectionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu funf Jahren.

Sind jedoch nur wenige verfalichte Mungen in Umlauf gefett worben, fo konnen bie Gerichte auch auf Gefängnig= ftrafe nicht unter gehn Tagen erkennen.

Art. 205. Wer die im Gerzogthum im allgemeinen, ober auch nur im Sandelsverkehr im Umlauf befindlichen achten Munzen durch Beschneiben, Durchbohren ober auf sonstige Weise in ihrem Werthe verringert und ohne betrügliche Abssicht wieder ausgibt, wird mit Gefängniß ober Geldbuge bestraft.

Art. 206. Wer zum Zwede ber Verübung von ben in ben Art. 198. und 203. bezeichneten Munzverbrechen Stempel ober andere zum Nachmachen ober Fälfchen ächter Munzen bienliche Werfzeuge, Defen, Schmelztiegel ze. angeschafft hat, wirb, wenn auch bavon noch kein Gebrauch gemacht worben ift, mit Gefängniß bestraft.

Art. 207. Wer, ohne mit einem Falschmunzer ober Mungfälscher, bessen Gehülfen ober Begunstiger im Ginversständnisse zu sein, jedoch wissentlich, entweder unächte ober verfälschte Munzen einwechselt, einkauft oder auf sonstige Weise an sich bringt, und als ächt oder vollgültig wieder ausgibt, oder außer Cours gesette (verrusene) Munzen zur Verbreitung einführt, soll,

- 1) wenn bies gewerbemäßig betrieben murbe, mit Correctionshaus von Ein bis brei ober Zuchthaus bis zu vier Jahren, und
- 2) wenn fein gewerbsmäßiger Betrieb ftattgefunden bat, mit Gefängniß beftraft werben.

- Art. 208. Wer nachgemachte ober verrufene Munzen, welche er felbst in gutem Glauben eingenommen hat, nach erstannter Täuschung als ächte ober geltende ausgibt, foll zu Gelbstrafe bis zu fechzig Gulben verurtheilt werden.
- Art. 209. Erfcheinen bie in ben Art. 207. und 208. bezeichneten Sandlungen, als Betrug betrachtet, ftrafbarer, fo treten bie barauf gefetten hoberen Strafen ein.
- Art. 210. Die Confiscation ber zum Falfcmungen ober zur Munzfalfchung bienenden Wertzeuge und Materialien, sowie ber vorräthigen falfchen, verfälschten ober verrufenen Munzen, findet in allen Fällen neben den in den vorstehenden Artiteln bieses Titels verhängten Strafen statt; unbeschabet des Nechts berjenigen, welche die Munzen in gutem Glauben eingenommen haben, auf deren Metallwerth.
- Art. 211. Gegen benjenigen, ber zur Fertigung falscher Mungen ober von Werkzeugen ber im Art. 206. bezeichneten Art sein Gewerbe migbraucht, kann, und gegen ben Rucksfälligen biefer Art muß zugleich die Entziehung ber Berechtigung zu bem mißbrauchten Gewerbe auf bestimmte Zeit ober auf immer ausgesprochen werben.

Citel XXIII.

Bon ber Falfchung ber Staatspapiere und bes Bergoglichen Stempelpapiere 36).

Art. 212. Wer Gerzogliche oder ausländische, auf den Inhaber lautende Staatsschuldverschreibungen, oder die bagu

¹⁴⁾ Die Art. 212-221. sind Art. 218-227, bes hess. Str. B.d.s., jeboch mit mehrsacher Milberung ber Strafandrobungen. Bal baber. Str. 34.3, 348., oftenburg Art. 352, 353., wurtemb.

gehörigen Binsanweisungen, wer Bapiergelb ober sonstige fur ben Berkehr bestimmte Staatsschuldscheine ober Unweisungen nachmacht ober verfälscht, ift ber Fälschung ber Staatspapiere schuldig.

Art. 213. Die Falfchung ber Staatspapiere wird nach

folgenden Borfdriften beftraft:

1) ift bas nachgemachte ober verfälschte Staatspapier bereits an einen Dritten abgegeben ober auf sonstige Weise in Berkehr gebracht worden, mit Zuchthaus bis zu zwölf Sahren;

2) ift bas nachgemachte ober verfälschte Staatspapier weber an einen Dritten abgegeben, noch auf sonstige Weife in Berkehr gebracht worben, mit Correctionshaus bis zu

brei ober Buchthaus bis zu feche Jahren.

Art. 214. Die Strafe bes vorhergehenden Artitels unter Nr. 1. trifft auch benjenigen, welcher im Ginverständniffe mit bem Verfälfcher ber Staatspapiere, beffen Gehulfen ober Begunftiger bieselben ausgibt.

Art. 215. Wer nachgemachte ober verfälschte Staatspapiere, ohne mit dem Verfälscher, beffen Gehulfen ober Begunftiger im Einverständniffe zu sein, jedoch wiffentlich,
an sich bringt und solche für acht ober unverfälscht an Andere
abgibt, soll zu Correctionshaus von sechs Monaten bis zu drei
Jahren ober Zuchthaus bis zu vier Jahren verurtheilt werden.

Art. 216. Wer nachgemachte ober verfälfchte Staats= papiere in gutem Glauben als acht ober unverfälfcht angenom= men, aber nach erkannter Täuschung als acht ober unverfälscht an einen Andern abgegeben hat, soll zu Gefängniß ober Cor= rectionshaus bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Art. 216—218., aftenb. Art. 274., braunichw. §§. 130—133., hannov. Art. 205—207., bab. §§. 440. 522—532., thuring. Art. 267. 268., preuß. §§. 121—124. 253., öfterr. §§. 106—117., fach. Art. 329.

Art. 217. Wer bas Gerzogliche Stempelpapier nachmacht ober verfälfcht, foll folgenbermaßen bestraft werben:

1) ift bas nachgemachte ober verfälschte Stempelpapier bereits an einen Dritten abgegeben ober zu Aften berwendet worden, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu acht Jahren;

2) ift bas nachgemachte ober verfälschte Stempelpapier weber an einen Dritten abgegeben, noch zu Aften ver- wendet worben, so tritt Correctionshausstrafe bis zu

zwei Jahren ein.

Sit jedoch die strafbare Sandlung in den unter Nr. 1. und 2. bezeichneten Fällen nur an wenigen Stempelbogen von geringem Werthe verüht worden, so können die Gerichte im Falle Nr. 1. auf Gefängnifftrafe nicht unter zehn Tagen oder auf Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten, und im Falle Nr. 2. auf Gefängnifftrafe nicht unter zehn Tagen erkennen.

Art. 218. Die Strafe unter Nr. 1. bes vorhergehenben Artikels trifft auch ben, welcher im Einverftandniffe mit bem Berfälfcher, beffen Gehülfen ober Begunftiger bas nachgemachte ober verfälfchte Stempelpapier als ächtes verwendet ober in Umlauf bringt.

Art. 219. Wer nachgemachtes ober verfälschtes Stempelspapier, ohne mit bem Verfälscher, beffen Gehülfen ober Begunftiger im Cinverständniffe zu sein, jedoch wiffentlich, an sich bringt und solches für acht ober unverfälscht an Andere abgibt ober verwendet, soll zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtbeilt werden.

Die Gerichte konnen jedoch auch auf Gefängnifftrafe von zehn Tagen bis zu vier Wochen erkennen, wenn bas abgegebene ober verwendete Stempelpapier nur in wenigen Bogen

von geringem Werthe beftanb.

Art. 220. Wer nachgemachtes ober verfalfchtes Stempelpapier in gutem Glauben als acht ober unverfälfcht angenom= men bat und folches nach erkannter Täufdung als acht ober unverfälscht an Andere abgibt ober verwendet, foll zu Gelb= ftrafe bis zu fechzig Gulben verurtheilt werben.

Art. 221. Die in ben Art. 209. 210. und 211. ent= baltenen Bestimmungen finden auch bei ben in diesem Titel bezeichneten Fällen angloge Anmendung, porbebaltlich ber Rechte Dritter aus blos berfälfchten Bavieren.

Citel XXIV.

Bon unbefugter Berfertigung ber öffentlichen Giegel unb Stempel 37).

Mrt. 222. Wer bas Bergogliche Staatsfiegel für fich ober einen Underen obne amtlichen Auftrag verfertigt ober verfertigen läßt, foll, wenn noch fein Diffbrauch bamit verübt morben ift, zu Gelbbuge ober Gefängnifftrafe perurtheilt werben.

Art. 223. Wer fich ber im borbergebenben Artifel bezeichneten Sandlung binfichtlich bes Umtoftegele einer öffent= lichen Beborbe fculbig macht, wird mit Gelbbuge bis gu fechzig Gulben ober Gefängnig beftraft.

Art. 224. Wer fich ber im Art. 222. bezeichneten Sandlung binfichtlich folder Stempel fculbig macht, mit welchen Gegenstände unter öffentlicher Autorität bezeichnet

¹⁷⁾ Die Art. 222-226. find Art. 228-232. bes heff. Str. : B. : Bche., mit Ab:

ānberung ber Strafnbrobung in Art. 223. 224.

Hgf. bayer. Str. 68. 386. Art. 338. 426., oldenb. Art. 343. 455., altenburg.
Art. 251. 252., würtemb. Art. 222—225., braunfdw. §. 131., hannob. Art. 198. 199.,
bab. §§. 446—449., thüring. Art. 257. 258., preuß. §. 340., öfterr. §. 199. lit. d.

werben, ift mit Gelbbuge bis zu breifig Gulben ober Befang=

niff zu beftrafen.

Mrt. 225. 3ft mit einem unerlaubter Beife verfertig= ten Staat8 = ober Amtessegel ober mit einem ber in bem Art. 224. bezeichneten Stempel bereits Difbrauch verubt worben, fo foll, wenn bie Sandlung nicht als Falfdung von Urfunden ober bon Stempelvavier, ober ale Betrug ftrafbarer erfcheint, ber Thater mit Gelbbufe ober Gefangnig, unter erschwerenden Umftanden mit Correctionsbaus bis zu feche Monaten beftraft werben.

Mrt. 226. Die unerlaubter Weise gemachten Siegel ober Stempel, besgleichen bie bamit etwa geflegelten Papiere ober geftempelten Gegenstände werden, unbeschadet ber Rechte eines Dritten, confiscirt.

Titel XXV.

Bom Meineibe und vom Gibesbruch 38).

Art. 227. Wer als Zeuge, als Denunciant, als Sach= ober Runftverftanbiger, ale Betheiligter in eigener Sache, als Bevollmächtigter, als Curator ober Bormund, ober als Gemeinfculoner, vor Gericht ober por einer Bermaltungsbehörbe einen Gib wiffentlich falich geschworen bat, ift bes Meineibs schuldig.

Die von ber Staatsregierung fatt bes Gibes fur guläßig anerkannten feierlichen Betheuerungeformeln driftlicher

³⁸⁾ Die Art. 227—236. sind Art. 233—243. des best. Str.:G.:Bod., jedoch mit Abanberungen in Art. 231. 232. Der heis. Art. 239. ist weggefallen.

Bgl. bayer. Str.:G.:Bo.:Bo. Art. 263. 3iss. Vart. 269—272. 290—292., otdenb.
Art. 263. 3iss. II. 2. Art. 274—277. 295—297., altenb. Art. 183—188., würtemb.
Art. 227—234., braunichw. §8. 135—142., hanned. Art. 208—215., bad. §8. 484—508., thuring. Art. 172—178., preuß. §8. 125—132., österreich. §. 199. lit. a. §. 204., fachf. Urt. 221-231.

Religionsfecten, sowie bei Behauptungen und Ausfagen bie Beziehungen auf einen schon geleisteten Sib ober auf eine abgegebene anerkannt feierliche Betheuerungsformel christlicher Religionsfecten, sind dem Sibe felbst gleich zu halten.

Art. 228. Der Wurderungseid in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten läßt keine Untersuchung wegen Meineibs gu.

Art. 229. Der Meineib wird mit Correctionshaus von Gin bis brei ober mit Buchthaus bis zu funf Jahren bestraft.

Bei Bumeffung Diefer Strafe haben Die Gerichte auch auf Die Größe ber burch ben Meineib verursachten Rechtsver=

letung Rudficht zu nehmen.

Auch ba, wo in Folge biefes und ber nachfolgenben Artikel nur auf Correctionshaus erkannt wird, treffen ben Berurtheilten bie im Titel II. aufgezählten Folgen ber Zucht-hausstrafe. Ueberdies wird Jeder wegen Meineids rechiskräftig Verurtheilte badurch unfähig, das Amt eines Sachverständigen zu verrichten, Zeuge bei einem feierlichen Akte zu sein, und vor Gericht ein gultiges Zeugniß abzulegen.

Art. 230. Burde Jemand im Strafverfahren als Zeuge über Thatfachen vernommen, über welche er (wie sich später ergab) nur als Angeklagter vernommen werden konnte, und hat er diese Thatsachen wider besseres Wissen abgeläugnet, verschwiegen oder enistellt vorgetragen, so tritt, wenn eine eibliche Erhärtung der Aussagen statthatte, Gefängnis oder Correctionshaus bis zu sechs Monaten ein.

Art. 231. Ift ber Meineib zu bem 3wede geschworen worden, um einen Unschuldigen in Strase zu bringen, und ist ber Unschuldige zu einer Zuchthausstrase von zehn Jahren ober mehr verurtheilt worden, so sollen wegen bieses Bersbrechens folgende härtere Strasen, als die im Art. 229. besstimmten, erkannt werden, nämlich:

1) Buchthausstrafe von gehn bis fechgehn Sahren, wenn ber

Angeschulbigte gur lebenslänglichen Buchthausstrafe berurtheilt worben ift;

2) Buchthausstrafe von funf bis zehn Sahren, wenn ber Angeschuldigte zur Buchthausstrafe von zehn bis acht-

gebn Sahren verurtheilt worben ift.

Eine Verwandlung ber bem unschulbig Berurtheilten zus erkannten Strafe vor ber Vollstreckung im Wege ber Gnade wird ebenso betrachtet, als ware bie hiernach bestimmte Strafe im Urtheile zuerkannt gewesen.

Art. 232. Hatte ber Meineib ben Zweck, einem Schulbigen eine höhere Strafe, als die auf ber wirklich verübten That stehenbe, zuzuziehen, so ist, unter der im Art. 231. enthaltenen Voraussetzung, in dem daselbst unter 1) bemerkten Falle auf Zuchthausstrafe von fünf bis zehn Jahren zu erstennen.

Art. 233. Wenn ber Meineibige, bevor bei ber Obrigteit eine Anzeige gegen ihn gemacht ober eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden, und so lange durch ben Meineib noch kein Schaden entstanden, oder wenn der vollständige Ersat des gestifteten Schadens binnen einer von dem Richter anberaumten Frist erfolgt ist, den falschen Eid widerrufen hat, so tritt statt der im Art. 229. bestimmten Strafe Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre ein.

Art. 234. Wer auf Handgelöbniß an Sibesstatt ein falsches Zeugniß abgelegt hat, ober wer sich zu einem falschen Sibe vor Gericht bereit erklärt hat, diesen aber, weil er von ben Parteien ober vom Gegentheil für geleistet angenommen worden ist, nicht abgeschworen hat, soll zu Correctionshaussstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Art. 235. Wer bie Erfullung einer gultigen Berbind= lichkeit, welche fich auf einzelne bestimmte Sandlungen, Leis ftungen ober Unterlaffungen bezieht, burch einen bor Gericht ober vor einer anderen öffentlichen Behorde abgelegten Gib angelobt, biese eidliche Zusage aber vorfählich gebrochen hat, soll zu Correctionshausstrafe von Gin bis vier Jahren ver= urtheilt werden.

Art. 236. Ber fich wiffentlich bes Bruchs eines an Eibesftatt abgelegten Sandgelöbniffes schuldig macht, wird mit Gefängnif nicht unter vier Wochen oder Correctionshaus bis zu feche Monaten bestraft.

Titel XXVI.

Bon Lanbftreichern und Bettlern 39).

Art. 237. Wer ohne erlaubten Zweck und ohne einen orbentlichen Erwerbszweig ober zureichende Mittel zum Untershalte, außerhalb seines Wohnorts, ober ohne einen Wohnort zu haben, herumzieht, ist ber Landstreicherei schulbig.

Mrt. 238. Lanbftreicher werben beftraft:

1) wenn fie zum erftenmale betreten werben, mit Gefang= nif nicht unter fieben Tagen ober Correctionshaus bis

zu brei Monaten :

2) wenn fle, nach bereits wegen Lanbstreicherei erlittener Strafe, zum zweitenmale betreten werben, mit Gefäng= niß nicht unter vier Wochen ober Correctionshaus bis zu Ginem Jahre;

3) bei weiteren Rudfällen, mit Correctionshaus von Gin

bis zu funf Jahren.

[&]quot;) Die Art. 237—243. find Art. 244—250. des hess. Str.26. Bchs., jedoch mit Mitberung der Strafandrobung in Art. 238. und einem Zusah in Art. 242. Begg. oftenburg. Str.26. Bch. Art. 430., würlemberg. Art. 196—199, bab. \$\$. 639—642., preuß. \$\$. 117—120. 341., österreich. \$\$. 517—521.

Art. 239. Bei Zumeffung ber in bem vorhergehenden Artikel angebrobten Strafe ift als erschwerend zu betrachten, wenn bie Landstreicher

1) Baffe, Wanberbucher, Kunbichaften, Marichrouten ober Beugniffe, Die falich ober verfälicht find, bei fich fuhren;

2) mit Waffen ober Berkzeugen versehen find, bie fur bie Sicherheit ber Bersonen ober bes Eigenthums gefährlich erscheinen;

3) mit anderen Landftreichern, Die nicht zu ihrer Familie

gehoren, in Gemeinschaft herumziehen;

4) verkleidet find, oder fich auf fonftige Urt unkenntlich zu machen fuchen.

Art. 240. Bettler aus Gewohnheit, b. h. folche, welche, im Berlaufe bes letten Jahres zweimal bestraft, abermals betteln, werden mit geschärftem Gefängniß, bei weiteren Rudfällen aber mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

Art. 241. Bei Zumessung ber in bem vorhergehenben Artikel angebrobten Strafe ift als erschwerend zu betrachten, wenn bie Betiler

1) unter Drohungen ober auf falfche Zeugniffe bin betteln;

2) bon fich ober ihren Begleitern erbichtete Bunben, Gebrechen ober Ungludeffalle vorfcugen;

3) bettelnd in fremben Wohnungen betreten werben;

4) wenn die in dem Art. 239. unter Nr. 1. 2. und 4. aufgegählten Umftände eintreten.

Art. 242. Bettler nicht aus Gewohnheit, welche unter Drohungen ober auf falfche Zeugniffe bin betteln, ober burch Bertleibung, erdichtete Bunben, Gebrechen ober Unglücksfälle, von fich ober ihren Begleitern Mitleib zu erregen suchen, werben mit geschärftem Gefängniß bestraft. Bettler, welche nicht unter diese Categorie fallen, werden mit einfachem Gefängniß bis zu vierzehn Tagen bestraft.

Art. 243. In allen Fällen kann, und bei Rudfällen muß gegen ben Lanbstreicher und ebenso gegen ben Gewohnheits-bettler zugleich auf Stellung unter polizeiliche Aufsicht bis zu vier Jahren erkannt werben.

Titel XXVII.

Bon ber Tobtung 40).

Art. 244. Jebe Beschäbigung eines Menschen wird als töbtlich betrachtet, welche im einzelnen Falle als wirkenbe

Urfache ben Tob bes Beschäbigten berbeigeführt bat.

Es hat bemnach auf die rechtliche Beurtheilung der Tobt = lichkeit einer Beschädigung keinen Einfluß, ob ihr tödtlicher Ersolg in anderen Fällen durch Hulfe der Kunst etwa schon abgewendet worden oder nicht; ob in dem gegenwärtigen Falle durch zeitige zweckmäßige Hulfe berselbe hätte verhindert wersden können, ob die Beschädigung unmittelbar, oder nur durch andere, jedoch aus ihr entstandene Zwischenursachen den Tod bewirkt habe; ob dieselbe allgemein tödtlich sei, oder nur wegen der eigenthumlichen Leibesbeschaffenheit des Beschädigten oder wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie ihm zugefügt wurde, den Tod herbeigeführt habe.

Art. 245. Wer die rechtswidrige Tödtung eines Menichen mit Vorbedacht verübt, oder wer die That zwar im Affect vollbringt, aber in Folge eines mit Vorbedacht ge-

^{**)} Die Art. 244-254. find Art. 251-261. bes beff. Str.: G.: 28che.; unter Absanberung ber Strafen in Art. 245. 246. 247. 252. 253. 254.

Agel. baher. Str.:G.:Bch, Art. 142—177., olbenb. Art. 147—182., altenburg. Art. 120—131., würtemberg. Art. 235—259., braunschweig. §§. 145—158., hannob. Art. 225—240., bah. §§. 203—224., thūring. Art. 118—130., preuß. §§. 175—186., bsterreich. §§. 134—151., sach. Art. 165—160.

faßten Entichluffes, wird als Morber mit lebenslänglicher Buchthausstrafe bestraft.

Art. 246. Wer ohne Borbebacht, im Affect ben Entfchluß zur Töbtung eines Anderen faßt und ausführt, wird
als Tobtichläger mit Zuchthaus von fechs bis zwölf Jahren,
und unter besonders erschwerenden Umständen mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Bei Zumessung bieser Strafe haben die Gerichte unter Anderem als einen erschwerenden Umstand zu betrachten, wenn die That von dem Urheber eines Raufhandels oder an Blutsverwandten in auf= oder absteigender Linie, an dem Bruder
oder der Schwester, oder von einem Chegatten an dem anderen, oder an einer Schwangeren, deren Zustand dem Thäter
bekannt war, oder an einem im Dienste befindlichen öffentlichen Beamten verübt worden ist.

Art. 247. Sat jedoch der Getödtete felbst, ohne alle oder doch ohne gerechte Beranlaffung, durch schwere Beleidigung oder thälliche Mißhandlung des Todtschlägers oder seiner im Art. 37. genannten Angehörigen den Affect desselben hervorgerusen und ist die Tödtung unmittelbar darauf verübt worden, so tritt Correctionshausstrafe von Gin bis sechs Jahren ein.

Bei Zumeffung biefer Strafe haben bie Gerichte vorzüglich auf ben Grab bes Affects, auf bie erste Veranlaffung und auf bie Größe und Ungerechtigkeit ber von bem Getöbteten zugefügten Beleibigungen und Mißhandlungen Rucksicht zu nehmen.

Art. 248. Wer ben Tob eines Menschen burch Fahrläßig feit verschulbet, wird mit Correctionshaus bis zu zwei Sahren bestraft, jedoch ift bei geringerer Fahrläßigkeit auf Gefängnißstrafe zu erkennen. Art. 249. Wenn Aerzte, Wundarzte, Geburtshelfer, Sebammen, Apotheter und Andere, welche zu Ausübung ihrer Kunft öffentlich ermächtigt sind, durch Fahrläßigkeit bei Ausübung berselben ben Tod eines Menschen verschuldet haben,
so kann neben ber im vorhergehenden Artikel angedrohten
Strase zugleich auf zeitliche, und im Wiederholungsfalle auf
bleibende Entziehung ber Befugniß zur Ausübung ihrer Kunft
erkannt werden.

Art. 250. Wer einen Anberen auf beffen ernftliches und bestimmtes Verlangen töbtet, wird mit Correctionshaus von feche Monaten bis zu brei Jahren ober mit Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft.

Art. 251. Gine Mutter, welche ihr uneheliches neugebornes Kind durch Handlungen ober Unterlaffungen abfichtlich um das Leben gebracht hat, ist des Kindesmordes schuldig.

Die von der Mutter absichtlich verübte Tödiung ihres unehelichen Kindes in und mährend der Geburt ift bem Kindesmorde gleich zu bestrafen.

Art. 252. Die Rindesmörderin wird beftraft:

1) mit Buchthaus von acht bis zwölf Sahren, wenn fie in Volge bes schon vor ber Entbindung gefaßten Entsichlusses, ihr Rind zu tödten, die That verübt har;

2) mit Buchthaus von vier bis acht Jahren in allen übri-

gen Fallen.

Bei Zumeffung biefer Strafen ift vorzugsweife Rudficht zu nehmen:

1) auf bie langere ober furgere Beit, welche gwifchen ber Geburt und ber Tobtung bes Rindes verfloffen ift;

2) auf ben burch ben Geburteaft ober burch außere Umftanbe mehr ober weniger gestörten Gemuthezustanb; 3) barauf, ob bie Mutter bereits fruber und wie oft außerebelich geboren bat;

4) auf die mehr ober minder gunftige Aussicht ber Mutter,

bas Rind ernabren gu fonnen.

Erschwerungsgrund ift es, wenn bie Thaterin als öffentsliche hure lebte; war aber bas Rind aus Nothzucht erzeugt (Art. 322.), fo ift ftatt ber unter Nr. 1. bestimmten Strafe auf die unter Nr. 2. bestimmte, und im Falle Nr. 2. auf Correctionshausstrafe von zwei bis vier Jahren zu erkennen.

Art. 253. Ergibt fich, daß bas getöbtete Kind wegen zu fruhzeitiger Geburt ober besonderer Digbildung das Leben außer Mutterleibe fortzusetzen unfähig war, so tritt ftatt der im Art. 252. bestimmten Strafen Correctionshausstrafe ein und zwar:

1) von zwei bis feche Jahren:

in bem unter Nr. 1. im Art. 252. bestimmten Falle, unb

2) von feche Monaten bie zu brei Sahren: in allen übrigen Fallen.

Art. 254. Gine außerehelich Schwangere, welche ihre Rieberkunft verheimlicht, foll bestraft werben:

1) wenn sie bieses in ber Absicht gethan hat, um ihr Kind zu tödten ober auszusetzen, die Aussührung bieses Borfates aber wegen äußerer Sindernisse unterblieben ift, mit Correctionshaus bis zu brei Jahren;

2) wenn sie ohne jene Absicht hulflos geboren und sie baburch bie todte Geburt ober bas Absterben bes Kindes veranlaßt hat, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren

ober Gefängnig nicht unter vier Bochen.

Die Nieberfunft ift verheimlicht, wenn bie außerehelich Schwangere unter Umftanben, wo fie gu ber Entbindung ben Beiftand einer anderen Verfon haben konnte, absichtlich ent-

weber ohne Beifein Anderer oder nur in Gegenwart folcher Berfonen geboren hat, die mit ihr zu ben im gegenwärtigen Artikel mit Strafe bebrohten Sandlungen einverftanden maren.

Titel XXVIII.

Bon ber Korperverlegung 41).

Art. 255. Wer rechtswidig, in ber Absicht zu miß= handeln, einen Anderen an feinem Korper oder feiner Gefundheit verlett, foll folgenbermagen bestraft werben:

1) mit Buchthaus von zwei bis zwölf Sahren, wenn ber Berlette burch die Berletung des Lebens beraubt worben, ober in eine gewiß ober mahrscheinlich unheilbare

Rrantheit ober Beifteszerruttung verfest ift;

2) mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu acht Jahren, wenn ber Berlette eines Sinnes, einer Sand, eines Fußes, bes Gebrauchs ber Sprache ober ber Zeugungsfähigkeit beraubt ober wesentlich versunstaltet worden ift;

3) mit Correctionshaus bis zu funf Sahren, wenn ber Berlette in anderer Weise an einem Theile seines Körpers verstummelt ober verunstaltet ist, ober wenn ihm die Mißhandlung eine länger andauernde, jedoch nicht für immer bleibende Krankheit ober Unfähigkeit zu seinen Berufsarbeiten verursacht hat;

⁴¹⁾ Die Art. 255-265. find Art. 262-272. bes beff. Str.: B.: Bchs. mit Rebactionkanberungen in Art. 255. und Aenberung ber Strafanbrohungen in Art. 255. 256. 257. 259.

Bgl. bayer. Str. 25.: Bch. Art. 178—185. 367—369., olbenb. Art. 183—190. 372—375., altenb. Art. 132—144., würt. Art. 260—273., braunichw. §8. 169—165., bannov. Art. 241—246., bab. §8. 225—233., thūring. Art. 131—139., preuß. §8. 187—203., hfterreich. §8. 152—157. 393—408., fach. Art. 166—176.

4) mit Gefängniß, wenn eine geringere Körperverletung zugefügt, ober die Krankheit ober Arbeitsunfähigkeit von kurzer Dauer mar.

Alls Erfchwerungsgrund ift angufeben, menn bie Berletung in verabrebeter Bereinigung Mehrerer mittelft hinterliftigen Un-

falls ober mit Waffen verübt wurde.

Art. 256. Ift bie Körperverletzung ohne Borbebacht, im Affect beschloffen und ausgeführt worben, fo treten folgenbe Strafen ein:

1) in ben Fällen bes Art. 255. Nr. 1. und 2.: Correctionshaus von Ein bis brei ober Zuchthaus bis zu fechs Jahren;

2) in ben bafelbft unter Nr. 3. bemerkten Fällen: Cor-

rectionshaus bis zu zwei Sahren;

3) in ben baselbst unter Nr. 4. bemerkten Fällen: Gefängniß bis zu vier Wochen ober Gelbbuge bis zu breißig Gulben.

Art. 257. War jeboch ber Affect, ohne alle ober boch ohne gerechte Beranlaffung, burch grobe Beleidigung ober anderes pflichtwidriges Betragen gegen ben Thäter ober die im Art. 37. genannten Angehörigen besselben von dem Bersletten felbst hervorgerufen, so treten, statt der im Art. 256. gebrohten Strafen, folgende Strafen ein:

1) in ben bafelbft unter Nr. 1. bemerften Fallen: Cor-

rectionshaus bis zu brei Jahren;

2) in den bafelbft unter Nr. 2. bemerkten Fallen: Cor-

rectionshaus bis zu Ginem Jahre;

3) in ben baselbst unter Nr. 3. bemerkten Fallen: Gefangniß bis zu vierzehn Tagen ober Gelbbufe bis zu funfzehn Gulben.

Art. 258. Bei Zumeffung ber in ben Art. 255. 256. und 257. angebrobten Strafen ift es als ein bie Strafbarkeit

minbernder Umftand zu betrachten, wenn bie Absicht bes Sanbelnben auf einen geringeren, als ben wirklich eingetretenen Erfolg gerichtet, und biefer lettere nicht als mahrscheinliche Folge ber Sandlung vorauszusehen war.

Die Gerichte find felbst ermächtigt, aus biesem Grunde in ben Fällen bes Art. 255. Nr. 1. 2. und 3., und ber Art. 256. und 257. Nr. 1. und 2. die Strafe auf ben fur bie nachste niedere Klaffe bestimmten Grad herabzuseten.

Art. 259. Sat Jemand an seinen Blutsverwandten in aussteigender Linie, an seinen Pstegeltern, Erziehern oder Vorsmundern, überhaupt an solchen Bersonen, welchen er vorzügsliche Achtung schuldig ist, oder an einer Schwangeren, deren Zustand ihm bekannt gewesen, sich vorsätzlich einer Körpersverletzung schuldig gemacht, so kann die im Art. 255. unter Nr. 4. bestimmte Strafe bis auf sechs Monate Correctionsshaus, und die im Art. 256. unter Nr. 3. bestimmte Strafe bis auf drei Monate Correctionsshaus erhöht werden.

Art. 260. Ift in Folge ber im vorhergehenden Artikel erwähnten Mißhandlung einer Schwangeren biefelbe mit einem tobten ober einem nicht lebensfähigen Kinde niedergekommen, ober ist das Kind nach ber Geburt in Folge der Mißhand-lung gestorben, so tritt Correctionshausstrafe von Gin bis funf Sabren ein.

Art. 261. Ift die Körperverletzung mit Vorfat an einer Berson verübt worden, welche unter ber Aufsicht, Gewalt oder Pflege des Thäters steht, so können die Gerichte, wenn noch weitere schwere Mißhandlungen zu besorgen sind, neben der Strafe noch verfügen, daß der Mißhandelte der Gewalt der ihn mißhandelt habenden Eltern, Pflegeltern, Vormünder oder Aufseher entzogen, und auf deren Kosten oder auf Kosten der Armenanstalten in andere Pflege und Aufsicht gegeben wers den soll.

Art. 262. Wer aus Fahrläßigkeit einem Anderen eine der im Art. 255. bezeichneten Verletzungen zufügt, wird, vorausgesetzt, daß sie den Tod des Verletzen nicht zur Folge gehabt hat, im Falle Nr. 1. und 2. mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten, im Falle Nr. 3. mit Gefängniß oder mit Geldbuße bestraft.

Die Fahrläßigkeit im Falle bes Urt. 260. wird mit Be-

fängniß bestraft.

Art. 263. Wenn die im Art. 249. genannten Versonen aus Fahrläßigkeit bei Ausübung ihrer Kunst eine Verletzung der im Art. 255. unter Nr. 1. 2. und 3. bezeichneten Art verschuldet haben, so kann nach Umständen neben den im vorhergehenden Artikel angedrohten Strafen zugleich auf zeitliche Entziehung der Besugniß zur Ausübung ihrer Kunst erkannt werden.

Art. 264. Burden förperliche Mifhandlungen gegen eine Berson längere Zeit fortgesett, ober körperliche Beinigungen ober Martern angewendet, so soll gegen den Schuldigen, wenn er nicht nach den Bestimmungen der vorhergehenden Artikel strenger zu bestrafen ist, Gefängniß oder Correctionshaus bis zu zwei Sahren erkannt werden.

Art. 265. Die mit ober ohne Vorbebacht verübte, im Art. 255. unter Nr. 4. bezeichnete Körperverletzung, und bie daselbst unter Nr. 3. bezeichnete, wenn diese durch Fahrläßigsteit bewirkt wurde, sollen, sofern nicht beren Zufügung mit Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verbunden gewesen ift, nur auf Klage des Beschädigten bestraft werden; diejenigen Fälle ausgenommen, wo die gesetzlichen Vertreter besselben sich der Körperverletzung schuldig gemacht haben und der Beschädigte außer Stand ist, sich selbst an die Obrigkeit zu wenden.

Titel XXIX.

Bon Töbtung ober Körperverlegung bei Raufhanbeln 42).

Art. 266. Die bei Raufhanbeln ober Schlägereien, als Volge vorfäglicher, ohne Borbebacht zugefügter Berletungen, eingetretene Tobtung wird in folgender Weise bestraft:

1) wenn bem Getöbteten von verschiebenen Theilnehmern mehrere Verletungen zugefügt sind, beren je be für sich einzeln als töbtlich erscheint, so wird jeder Urheber einer solchen Verletung, insofern er den Vorsag (Art. 55. 57. 59.) zu tödten gehabt hat, von der Strafe des Todtschlags (Art. 246.) getroffen, oder von der in den Art. 256. unter Nr. 1., 257. Nr. 1. und 258. bestimmten Strafe der nicht beabsichtigten, durch eine vorsägliche Körperverletzung verursachten Tödtung, wenn sie ihm blos in dieser Artzugerechnet werden kann;

2) find unter ben mehreren Berletzungen einzelne tobtlich und andere nicht tobtlich, so werden die Urheber ber ersteren ebenso wie im Falle Nr. 1. bestraft, die Urheber der anderen hingegen nach den gesetzlichen Strafbestimmungen über das Berbrechen ber Korper=

verlegung (Art. 256. 257. 258.);

3) waren bie von verschiedenen Theilnehmern zugefügten Berletzungen nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen tödtlich, so wird jeder Urheber einer solchen Berletzung von der Strafe der nicht beabfichtigten, durch vorsätliche Körperverletzung

verurfachten Töbtung (Art. 256. und 257. Nr. 1.

Urt. 258.) getroffen;

4) sind im Valle Nr. 2. die Urheber der Verletzungen zwar bekannt, aber es bleibt ungewiß, wem von ihnen die tödtlichen oder nicht tödtlichen Verletzungen zuzurechnen sind, so werden sie insgesammt als schuldig der nicht beabsichtigten, durch vorfätliche Körperverletzung veranlaßten Tödtung mit Correctionshaus bis zu zwei, oder Zuchthaus bis zu drei Jahren bestraft;

5) sind die wirklichen Urheber der Berletzungen des Getödteten nicht auszumitteln, oder hat er nur eine Berletzung erhalten, und es bleibt ungewiß, von wem sie
zugefügt wurde, so werden alle Theilnehmer, die erweislich mit ihm gerauft oder sich thätlich an ihm vergriffen haben, mit Correctionshaus bis zu drei Jahren
bestraft. Sind jedoch in Ansehung einzelner Theilnehmer Gründe vorhanden, welche gegen die Annahme
sprechen, daß sie Urheber einer Verletzung seien, so
werden dieselben von gar keiner oder blos von Gefängnisstrafe getroffen.

Art. 267. Sit bei Raufhanbeln ober Schlagereien Jemand ohne Borbebacht verwundet ober fonft beschädigt worden, so werden die Theilnehmer in folgender Beise bestraft:

1) wenn erwiesen ift, von welchen Theilnehmern bie einzelnen Berletzungen zugefügt find, so ift jeder derfelben als Urheber ber von ihm felbst bewirkten Beschädigung nach ben Bestimmungen ber Art. 256. 257. und 258. zu bestrafen;

2) wenn bagegen bie Urheber ber einzelnen Berletzungen nicht ausgemittelt werden konnen, so werden alle Theilnehmer, die erweislich mit dem Berletzten gerauft oder fich thätlich an ihm vergriffen haben, von Gefängnißftrafe ober von Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren getroffen, beren Maß im einzelnen Falle sich vorzüglich nach ber Art und Größe ber eingetretenen Beschäbigungen (Art. 255.) richtet;

3) bie nämlichen Strafen treten gegen die Urheber ber einzelnen Berletungen auch bann ein, wenn biefe bie erfolgte Beschäbigung nicht einzeln, sondern blos burch

ihr Bufammentreffen hervorgebracht haben;

4) find die Urheber einzelner Berlehungen ausgemittelt, die Urheber anderer aber ungewiß, fo wird die durch die letteren hervorgebrachte Beschädigung allen Theilenehmern insgesammt, die erweislich mit dem Verletten gerauft oder sich thätlich an ihm vergriffen haben, in der Art zugerechnet, daß gegen sie ebenfalls die unter Nr. 2. gedrohten Strafen eintreten.

In den Källen Nr. 2. und Nr. 4. werden jedoch diejenigen Theilnehmer, in Ansehung derer Grunde vorhanden sind, welche gegen die Annahme sprechen, daß sie Urheber folcher Verlegungen seien, von gar keiner oder blos von Ge-

fangnifftrafe getroffen.

Art. 268. Auf biejenigen Theilnehmer, bezüglich welcher sich durch die Untersuchung als glaubhaft herausstellt, daß sie gegen ihre Absicht in den Naufhandel verwickelt wurden, oder daß sie blos zur Abwendung dringender Gefahr für Leib oder Leben der im Art. 37. bezeichneten Personen sich in den Naufhandel, nach dessen Gentstehung, eingemischt haben, sinden die Bestimmungen der Art. 266. und 267., insoweit sich dieselben von den sonstigen im gegenwärtigen Gesetzbuche enthaltenen Grundsähen entfernen, keine Anwendung.

Titel XXX.

Bon ber Töbtung ober Beschäbigung Anberer burch Bergiftung 43).

Art. 269. Wer einem Anderen Gift oder andere Substanzen, von denen ihm bekannt war, daß sie wie Gift den Tod bewirken können, beigebracht und dadurch den Tod desselben verursacht hat, wird mit lebenslänglicher Zuchthaussfrase bestraft, sollte auch seine Absicht nicht auf Tödtung, sondern nur auf Beschäbigung gerichtet gewesen sein.

War die Abstat nicht auf Tödtung, sondern nur auf Beschädigung gerichtet und treten strasmindernde Umstände hinzu, so können die Gerichte statt auf lebenslängliche Zuchthausstrafe von zwölf bis achtzehn Jahren erkennen.

Art. 270. Ber in ber Absicht, Andere an ber Gefundbeit zu beschäbigen ober zu tobten,

1) Brunnen,

2) zum öffentlichen Berkaufe ober Berbrauche bestimmte, in fremdem Besite befindliche Baaren, ober folche in frembem Besite befindliche Sachen vergiftet, burch beren Bergiftung eine unbestimmte Menschenzahl an ber Gesundheit ober am Leben beschäbigt werden kann; ober wer

3) folden in fremdem Besitze besindlichen Sachen Substanzen beimischt ober zuset, von denen ihm bekannt ift, daß sie auf gleiche Weise, wie Gift, den Tod bewirken konnen; ober mer

4) bie unter Nr. 2. und 3. aufgezählten Sandlungen mit in eigenem Befite befindlichen Sachen ober Baaren

¹⁾ Die Art. 269 - 273. find Art. 276 - 290. bes beff. Str. : G. : Bos., unter Milberung ber Strafanbrohungen in Art. 269 - 271.

Bgl. bayer. Str.: G.: 29d. Art. 148—150. 183., ofbenb. Art. 153—155. 188., wartemb. Art. 240—242. 269. 270., braunichw. 65. 145. 159. 3iff. 3., hannob. Art. 228. 244., bab. 65. 243—250., preuß. 6. 197., bsterreich. 9. 135.

vornimmt und solche zum öffentlichen Verkaufe ober Berbrauche aussett ober auf irgend eine Beise zum Berbrauche an Andere abgibt,

foll, wenn baburch ber Tob ober ein bleibenber nachtheil an ber Gefundheit eines Anderen erfolgte, mit lebenslänglichem Buchthaus, in allen anderen Fällen aber mit Buchthaus von funf bis zwölf Jahren bestraft werben.

Art. 271. Wer ohne Absicht zu tobten, jedoch mit ber Absicht zu beschädigen, einem Anderen Gift oder andere Substanzen, von benen ihm bekannt mar, daß sie wie Gift wirsten, beigebracht hat, foll bestraft werben:

1) mit Buchthaus von acht bis zwölf Sahren, wenn baburch eine gewiß ober mahrscheinlich unheilbare Rrant-

beit ober Beifteszerruttung verurfacht ift;

2) mit Buchthaus bis zu acht Sahren, wenn bie verurfachte Beschäbigung von geringerer Art ift.

Art. 272. Gefcah bie im Art. 269. mit Strafe bebrohte handlung aus Fahrläßigkeit, so kommen, wenn
ber Tob eines Menschen erfolgte, die Strafen des Art. 248.
zur Anwendung. Burde eine Beschädigung verursacht, oder
erfolgte im Falle des Art. 270. auch keine Beschädigung, so
tritt Correctionshaus bis zu Ginem Jahre oder Gefängniß bei
besonders strasmindernden Umständen aber Gelbbuse ein.

Art. 273. Wer Nahrungsmitteln, Arzneistoffen ober anderen Waaren, die er gewerbsmäßig absett, Dinge, welche ber Gesundheit gefährlich sind, wissentlich beimischt ober zusset, wird, insofern die Sandlung im einzelnen Falle nicht in ein bestimmtes anderes, schwereres Verbrechen übergeht, mit Gefängniß ober Geldbuße, in allen Fällen mit Consiscation ber so zugerichteten Waaren und nach Umständen zugleich mit zeitlicher ober bleibender Entziehung des öffentlichen Gewerbsbetriebs bestraft.

Titel XXXI.

Bon ber Abtreibung ber Leibesfrucht 44).

Art. 274. Wenn eine Schwangere in rechtswidriger Abficht burch außere ober innere Mittel ihre Frucht im Mutterleibe tobtet ober vor ber geborigen Reife abtreibt, ober wenn bas Rind in Folge ber angewenbeten Mittel nach ber Beburt ftirbt, ober wenn bie Schwangere biefes burch Andere bewirken läßt, fo wird fie beftraft:

1) mit Correctionsbaus von feche Monaten bis zu vier Jahren, wenn bie Beugung außer ber Che;

2) mit Correctionsbaus von Gin bis feche Jahren, wenn bie Beugung in ber Che gefcheben mar.

Art. 275. Die gleiche Strafe trifft auch ben Mitfchulbigen, ber mit ber Ginwilligung ober auf Berlangen ber Schwangeren bie Mittel angewendet hat.

Mrt. 276. Berübte ein Schuldiger ber im vorbergebenben Artifel bezeichneten Art bas Berbrechen gewerbemäßig, fo findet Buchthausstrafe von vier bis acht Jahren ftatt.

Art. 277. Gefcah Die im Art. 274. mit Strafe bebrobte Sandlung burch einen Unberen ohne ober wiber ben Willen ber Schwangeren, fo wird, insofern bie That nicht als Rorperverletung ober Tobtung ftrafbarer ift, ber Thater folgenbermaßen beftraft:

1) mit Buchthaus von zwolf bis achtzehn Sahren, wenn baburch ber Tob ber Schwangeren verursacht ift und bem Thater befannt war, bag bie angewendeten Mittel

biefen Erfolg baben fonnten :

¹⁴⁾ Die Art. 274-278. find Art. 281-285. bes heff. Str. : B. : Bos., unter

Milberung ber Strafnbrohingen in Art. 276. 277.

Bgl. baper. Str.: G.: Vd. 386. Art. 171—173., ofbenburg. Art. 176—179., altenb.
Art. 128. 129., würtenb. Art. 253—255., braunfow. f. 155., hannov. Art. 236. 237., bab. §f. 251—254., thūring. Art. 127. 128., preuß. §f. 181. 182., öfterr. §f. 144—148., fachf. Art. 160. 161.

2) mit Buchthaus von sechs bis zwölf Jahren, wenn bie Schwangere ohne die in vorhergehender Nr. 1. angeführte Boraussetzung badurch das Leben verloren hat, oder wenn sie durch die angewendeten Mittel in eine gewiß oder wahrscheinlich unheilbare Geisteszerrüttung oder Krankheit versetz worden ist;

3) mit Buchthaus von vier bis acht Jahren, wenn bie Schwangere baburch in Lebensgefahr gefett, ober wenn fle mit einem tobten ober einem unreifen, nicht lebenssfähigen Kinde niebergefommen, ober bas Kind nach ber Geburt in Folge ber burch bie angewendeten Mittel erlittenen Miftbandlung gestorben ist;

4) mit Correctionshaus von Gin bis vier Jahren in allen anberen Fallen, auch wenn bie angewendeten Mittel

feinen nachtbeiligen Erfolg gehabt baben.

Art. 278. Bei Zumessung ber in ben Art. 275. 276. und 277. bestimmten Strasen wird es als Erschwerungsgrund betrachtet, wenn eine ber im Art. 249. genannten Versonen ber schuldige ober mitschuldige Theil war, und muß bann gleichzeitig auf bleibende Entziehung ber Besugniß zur Aus- übung seiner Kunst erkannt werben.

Citel XXXII.

Bon ber Aussegung hulflofer Rinder ober anderer hulflofer Berfonen 45).

Art. 279. Eltern, welche ihr Kind in der Abficht, fich bon ber Sorge fur basfelbe ju befreien, in einem Alter ober

¹¹⁾ Die Art. 279 - 284. find Art. 286 - 291. bes heff. Str. : 9 : Bos., unter Milberung ber Strafanbrohungen in Art. 281. 282. Bgl. baber. Str.: 9.: Bch. Art. 174-177. 370., olbenb. Art. 179-182. 376.,

Buftande, in welchem es fich felbft zu helfen unvermögend ift, bulflos verlaffen ober in gleichem Buftande von fich entfernen, machen fich bes Berbrechens ber Ausfehung fculbig.

Desselben Verbrechens machen sich unter ber nämlichen Voraussehung auch Andere schuldig, wenn sie gegen frembe Kinder in solchem Alter oder Zustande, oder gegen andere bulflose Versonen, die ihrer Obhut anvertraut, oder zu deren Verpstegung, Erziehung, Ernährung, Bewahrung, Transportirung oder Aufnahme sie rechtlich verpstichtet sind, solche Handlung begehen.

Art. 280. Ift die Aussetzung auf eine folde Art, an einem folden Orte und unter solchen Umftänden geschehen, daß eine Gefahr für das Leben des Ausgesetzten von dem Thäter nicht befürchtet werden konnte, so soll berselbe bestraft werden:

1) mit Correctionshaus von feche Monaten bis zu vier Sahren, wenn bemungeachtet ber Ausgesetzte babei um bas Leben gekommen ift;

2) mit Correctionshaus bis zu Ginem Sahre, wenn er nicht um bas Leben gekommen; wobei bie Gerichte barauf Rudficht zu nehmen haben, ob ber Ausgesetzte mehr ober weniger Schaben gelitten, ober ganz unversehrt geblieben ift.

Art. 281. Geschah die Aussetzung auf eine dem Leben bes Ausgesetzten zwar nicht ungefährliche Art, jedoch dergestalt, an einem folchen Orte und unter solchen Umständen, daß bessen Rettung mit Wahrscheinlichkeit von dem Thäter erwartet werden konnte, so ist derfelbe zu verurtheilen:

1) zu Buchthausstrafe bis zu feche Sahren, wenn ber Ausgesetzte fein Leben verloren bat;

altenb. Art. 131., würt. Art. 256—259., braunfchw. S. 156., hannov. Art. 239. 240., bab. §S. 260—266., thuring. Art. 130, preuß. S. 183., bfterreich. §S. 149—151., facf. Art. 163.

2) gu Correctionshausstrafe von Gin bis brei ober Bucht= hausftrafe bis zu vier Sahren, wenn er nicht um bas Leben gekommen ift, jedoch Schaben erlitten bat; 3) zu Correctionshausstrafe von feche bis achtzehn Monaten,

wenn er unbeschäbigt geblieben ift.

Art. 282. Ift die Aussetzung auf eine folde Art, an einem folden Orte und unter folden Umftanben gefcheben, bag ber Thater bie Rettung bes Ausgefesten mit Babrichein= lichfeit nicht erwarten tonnte, fo treten folgende Strafen ein:

1) Buchthausstrafe von acht bis fechgebn Sahren, wenn ber

Tob erfolate:

2) Buchthausstrafe von vier bis acht Jahren, im Falle ber Befchäbigung bes Ausgefetten;

3) Correctionshausstrafe von zwei bis vier Jahren, wenn berfelbe feinen Schaben erlitten bat.

Art. 283. Die Gerichte haben bas Dag ber in ben Art. 280. 281. und 282. angebrobten Strafen um bie Balfte berabzuseben, wenn bie Mussehung bon ber Mutter an ibrem neugebornen unehelichen Rinbe verübt worben ift.

Art. 284. Eltern, welche ihr noch unerzogenes ober gebrechliches Rind Bettlern, Lanbftreichern ober umbergiebenben Gautlern in gewinnfuchtiger Abficht, ober um fich ber Bflicht für die Ernährung und Pflege desselben zu entziehen, über= laffen ober übergeben, sollen zu Correctionshausstrafe bis zu brei ober Buchthausstrafe bis zu vier Jahren verurtheilt merben.

Auch konnen bie Berichte wegen kunftiger Pflege und Erziehung bes Rinbes, wie im Art. 261. verordnet, verfugen.

Citel XXXIII.

Bom Zweitampfe (Duell) 46).

Art. 285. Wer einen Anberen wegen einer Beleibigung zum Kampfe mit töbtlichen Waffen herausforbert, und wer auf eine folche Gerausforberung fich zum Streite ftellt, wirb, wenn ber Zweikampf wirklich vor fich gegangen ift, bestraft:

1) mit Veftungeftrafe von brei bis feche Sahren, wenn ber Zweifampf auf ben Tob eines Theiles verabrebet unb

auch ein Theil wirklich getobtet murbe;

2) mit Festungsstrafe von Ein bis brei Jahren, wenn ohne eine folche Berabredung Einer getöbtet, ober wenn ein Theil ober beibe Theile auf die im Art. 255. Nr. 1. 2. ober 3. bemerkte Weise verletzt wurde;

3) mit Festungestrafe von brei Monaten bis zu zwei Sabren,

wenn eine geringere Berletung eingetreten ift;

4) mit Festungsstrafe von Gin bis brei Monaten, wenn ber Zweikampf feine Verletzung zur Folge gehabt hat. Eben biese Strafe trifft auch benjenigen ber Duellanten, welcher in ben unter Nr. 2. und 3. bemerkten Fällen im Zweikampse eine nicht töbtliche Körperverletzung erzlitten hat; insofern sein Gegner nicht ebenfalls von ihm verletzt worden ist.

Art. 286. Die Gerichte haben bas Maß ber im borhers gehenden Artikel angedrohten Strafen um die Gälfte herabzuseten, wenn sich aus ben Umftänden ergibt, daß einer der Duellanten, er mag der Gerausforderer oder der Gerausgeforderte sein, wegen der Beschaffenheit der ihm zugefügten Beleibigung oder wegen anderer Verhältnisse dem Zweikampfe

^{**)} Die Art. 285—288. sind wörtlich Art. 292—295. des hess. Str.:G.:Bch. Art. 206—210., würt. Art. 201—205., braunschw. \$\$. 119—122., hannov. Art. 174—177., dab. \$\$. 326—334., tharing. Art. 197—201., preuß. \$\$. 164—174., dietreich. \$\$. 168—165., sach. art. 248—258.

als vermeintlichem Chrenrettungsmittel nicht ausweichen tonnte, obne fich bedeutenbem Nachtheil auszuseten.

Art. 287. Diejenigen, welche Unbere gum 3weitampfe

angereigt haben, werben als Gehulfen beftraft.

Diejenigen, welche bei bem 3meitampfe als Secundanten ober bestellte Beugen fich eingefunden haben, ober Cartelträger gewesen find, werben in bem im Urt. 285. unter Nr. 1. bezeichneten Falle mit Festungestrafe bis zu brei Monaten, und in ben Fällen unter Nr. 2. und 3. mit gerichtlichem Ber= weise bestraft. Sie find von aller Strafe freizusprechen, wenn fle fich ernftlich bemuht haben, bas Duell zu verhindern, ober mabrend bes Rampfes ben fcablichen Erfolg besfelben abzumenben.

Mrt. 288. Ift im einzelnen Falle

1) bas fdmerere Berbrechen bes Morbes ober ber borbebachtlichen Rorperverlepung bei bemjenigen, ber bas Duell ober bie Berausforderung abfichtlich veranlafit hat, vorhanden, ober ift

2) bie eingetretene Tobtung ober Rorperverlegung bie Folge einer vorfäglichen Verletung ber hergebrachten ober bes fonbere berabrebeten Regeln bes Zweikampfes,

fo tommen bie Borfdriften über bas Berbrechen ber Tobtung ober ber Korperverlegung (Tit. XXVII. und XXVIII.) gur Anwendung.

Titel XXXIV.

Bon Berletung ber perfonlichen Freiheit 47).

I. Entführung.

Mrt. 289. Wer fich einer Frauensperfon obne ibren Willen burch Gewalt, Lift, gefährliche Drohungen ober Betrua bemächtigt und biefelbe, um fie gur Ungucht ober gur Che ju bringen, ober fie ju foldem 3mede einem Unbern ju überliefern, hinwegführt, ober fle ju gleichem 3mede wiber ihren Willen in feiner Gewalt gurudhalt, follt mit Corrections= haus bis zu brei ober Buchthaus bis zu feche Jahren beftraft merben.

Diefelbe Strafe trifft auch ben, welcher eine Berfon unter funfgehn Sahren, obichon mit ihrem Billen, jeboch ohne Ginwilligung ihrer Eltern ober Bormunber, in ber borermabnten Abficht binmegführt ober in feiner Gemalt gurudhalt.

Bei Bumeffung biefer Strafe ift auf Die perfonlichen Berhaltniffe bes Entführere und ber Entführten, fowie auf ben Grad ber gebrauchten unerlaubten Mittel, und ob bie Entführte langere ober furgere Beit in ber Bewalt bes Entführere gurudaebalten worben ift, Rudficht gu nehmen.

Erfchwerungsgrund ift es, wenn bie Entfuhrte gum un=

ehelichen Beischlaf gebracht murbe.

Art. 290. Wer, außer bem Falle bes zweiten Abfates bes Urt. 289., eine ledige Frauensperfon, Die fich noch unter ber Gemalt ihrer Eltern ober Bormunber befindet, jum 3mede ber Gingehung ber Che ober Befriedigung ber Bolluft, mit ibrem Willen, jedoch ohne Ginwilligung ber Eltern ober

^{4*)} Die Art. 289—295. sinb Art. 296—302. des hessels. Str. S. Bos., unter Milberung der Strasambrohung in Art. 289. 290. 292. 293. 294. 295. und einer Redactionsänderung in Art. 292. (299).

Bgt. bayer. Str. S. Bo. Art. 192—203. 371., oldenb. Art. 197—208. 377., altenb. Art. 145—156., würtemb. Art. 274—280., braunsow. §§. 169—171., hannob. Art. 249—254., bad. §§. 267—277. 339—347., thüring. Art. 140—151., preuß. §§. 204—211., österreich. §§. 90—97., sächs. Art. 187—200.

Bormunber entführt, foll mit Correctionshaus bis zu feche

Monaten beftraft werben.

Bei Jumeffung dieser Strase ift auf die personlichen Berhältnisse bes Entführers und der Entführten, sowie auf das Lebensalter der Letteren Rücksicht zu nehmen; auch findet hier der im vorigen Artikel erwähnte Erschwerungsgrund Anwendung.

Findet die That in der Gandlungsweise ber Eltern oder Bormunder gegen die Entführte eine Entschuldigung, so konnen die Gerichte, finit auf Correctionshausstrafe, auf Gefängniß-

ftrafe nicht unter bier Wochen ertennen.

Ist eine verheirathete Berson mit ihrem Willen zu bem angegebenen Zwecke aus der Gewalt ihres Shegatten entführt worden, so sollen, insofern nicht die Strafe der doppelten She eintreten muß, der Entführer und die Entführte zu Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten verurtheilt werden. War der Entführer zur Zeit der That selbst verheirathet, so ist dies hinsichtlich beider als Erschwerungsstrund bei Zumessung der Strafe zu betrachten.

Art. 291. Bestrasung wegen Entführung sindet nur auf Klage der Entsührten, ihres Shemannes, ihrer Eltern, insofern sie noch unter deren Gewalt steht, oder ihres Vormundes, nie aber dann statt, wenn der Entführer die Entstührte geheirathet hat, und die She nicht von denjenigen als nichtig angesochten worden ist, welche dazu nach den bürgerlichen Gesehen berechtigt sind; auch darf der Entsührer nicht eher verurtheilt werden, als bis die She durch ein rechtsträftiges Erkenntnis des zuständigen Gerichts für nichtig erstlärt worden ist.

II. Menschenraub.

Urt. 292. Ber wiberrechtlich fich eines Menschen wiber beffen Billen burch Gewalt ober Lift, gefährliche Drobungen

ober Betrug, ober vor beffen zurudgelegtem fechzehnten Sahre mit beffen Willen, jedoch ohne Einwilligung der Eltern ober Bormunder, bergestalt bemächtigt, daß berfelbe dem Schutze bes Staats, ober benjenigen, welche ihn in rechtmäßiger Gewalt haben, entzogen wird, ift folgendermaßen zu bestrafen:

- 1) mit Buchthaus von acht bis fechzehn Jahren, wenn ber Geraubte im Auslande zu auswärtigem Schiffs = oder Kriegsbienste genothigt, oder in entfernte Weltgegenden geführt und ba feinem Schickfale überlaffen worden ift;
- 2) mit Buchthaus von vier bis acht Jahren, wenn zwar feine ber vorbemerkten Voraussetungen eingetreten ift, ber Thäter aber bie Absicht hatte, ben Geraubten für immer ober auf eine längere ober unbestimmte Zeit feinen Standes=, Familien= ober Gewerbsverhaltniffen zu entreißen;
- 3) in anderen Ballen mit Correctionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu funf Sahren.

Art. 293. Wenn Minberjährige, welche bas sechzehnte Lebensjahr zuruckgelegt haben, ihren Aufenthaltsort verlassen, um sich baburch ber Gewalt ihrer Eltern ober Vormünder zu entziehen, so sollen biejenigen, welche ihnen hierzu wissentlich und burch angewendete Gewalt, Lift, gefährliche Drohungen ober Betrug behülflich gewesen waren, wenn die That nicht im sonstiger Beziehung strasbarer erscheint, auf Klage der Eltern oder Vormünder zu Gefängnißstrase nicht unter vier Wochen, und bei besonders erschwerenden Umständen zu Correctionshausstrase bis zu Einem Jahre verurtheilt werden.

III. Wiberrechtliche Befangenhaltung.

Art. 294. Wer einen Underen in widerrechtlicher Absicht einsperrt ober auf fonstige Weise gefangen halt, wird bestraft:

1) wenn bie Freiheitsberaubung nicht über Ginen Monat

gebauert hat, mit Gefängniß ober Correctionshaus bis

zu zwei Jahren;

2) wenn fle über Ginen Monat gebauert hat, mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu acht Jahren.

Art. 295. Wurde das Verbrechen gegen Blutsverwandte in aufsteigender Linie verübt, ober hat derjenige, gegen den es verübt wurde, durch die Beschaffenheit des Orts, oder die Art der Gefangenhaltung Mißhandlungen erlitten, die für das Leben oder die Gefundheit desselben oder für deffen Gemuths- oder Geisteszustand von besonders nachtheiligen Folgen waren, so sind die Gerichte ermächtigt, in dem Falle des vorhergehenden Artifels Nr. 1. zu der unter Nr. 2. bestimmten Strafe überzugehen, und im Falle Nr. 2. die Zuchthausstrafe bis auf zwölf Jahre zu erhöben.

Titel XXXV.

Bon ben Angriffen auf bie Chre 48).

Art. 296. Wer einen Anderen, um eine Untersuchung ober Bestrafung gegen ihn zu veranlassen, bei der Obrigkeit wiffentlich falsch einer mit Strafe bedrohten Gandlung beschuldigt, soll wegen falscher Anzeige (Denunciation) mit Gefängniß nicht unter vierzehn Tagen oder Correctionsshaus bis zu zwei Jahren bestraft werden.

^{**)} Die Art. 296-314. find Art. 303-321. bes beff. Str.: G.: Bos., unter Milberung ber Strafanbrobungen in Art. 296. 299. 304., ferner ift im Art. 299. Abf. 2. bes entsprechenben beff. Art. 306. weggefaffen und find in Art. 303. 304. 306. wefentliche Redactionsverichtenbeiten.

Bgl. bayer. Str.: G.: Bch. Art. 284 — 289. 393 — 395., olbend. Art. 289 — 294. 404 — 412., altend. Art. 194 — 203., würt. Art. 283 — 294., braunichw. §6. 198 — 203., bannov. Mrt. 261 — 269., bad. §6. 284 — 325., thüring. Art. 185 — 194. preuß. §6. 133. 134. 152 — 163., österreich. §6. 209. 210. 487 — 499., facf. Art. 235 — 246.

Die Gerichte können überdies auf Antrag der Betheiligten verordnen, daß das gegen ben Schuldigen ergangene Strafurtheil auf beffen Rosten durch den Druck bekannt gemacht werden soll.

Art. 297. Wer, ben Vall bes vorhergehenden Artikels ausgenommen, einen Anderen wiffentlich falfch einer bestimmten unfittlichen oder verbrecherischen Sandlung beschuldigt, welche, wenn sie mahr mare, benfelben in der öffentslichen oder seiner Standesgenoffen Meinung verächtlich machen oder herabsegen wurde, ist des Verbrechens ber Verläumsbung schuldig.

Ge ift gleichgultig, ob ber Berlaumbete genannt, ober

auf eine fonstige Beife tenntlich bezeichnet worben ift.

Art. 298. Wer Jemanden einer im vorhergehenden Artikel bezeichneten handlung beschulbigt, ohne daß die wiffentlich falsche Eigenschaft der Beschulbigung erhellt, jedoch ohne daß er zureichende Gründe hatte, die Thatsache für wahr zu halten, ist ebenfalls der Verläumdung schulbig, sofern nicht:

1) die Beschuldigung unter ber ausdrücklichen Verwahrung geschah, daß die bessallige Mittheilung nur eine verstrauliche sein sollte und die Ernstlichkeit dieser Verswerzung aus den Umflühren bernaracht aber

mahrung aus ben Umftanben hervorgeht, ober

2) eine folde Bermahrung, wenn auch nicht ausbrudlich geschehen, boch stillschweigend aus ben Umständen erhellt. Art. 299. Die Verläumdung wird bestraft:

1) im Falle bee Art. 297. mit Gefängniß ober Correctiones-

haus bis zu zwei Jahren;

2) im Falle des Art. 298. mit Gefängniß ober mit Correctionshaus bis zu neun Monaten, ober Gelbbuge bis zu breihundert Gulden.

Art. 300. Bei Zumeffung ber im vorhergebenden Artikel angebrobten Strafen haben Die Gerichte zu berudfichtigen:

1) bie Größe ber Befchulbigung und bes etwa baburch entstandenen Schabens;

2) ben Grab und bie mehr ober minder boshafte Art ber Berbreitung, insbefondere ber Berbreitung burch Drud

ober bildliche Darftellung:

3) ob die Verläumdung bei Gericht ober an öffentlichen Orten, ober vor Berfonen, die auf das Fortkommen und das burgerliche Wohl des Verläumdeten Ginwirkung haben, geschehen ift;

4) bie perfonlichen Berhaltniffe bes Berlaumbers zu bem Berlaumbeten, und ob insbesondere ber erstere bem letteren zu besonderer Achtung ober Shrerbietung per-

pflichtet war.

Art. 301. Wer einem Anderen rechtswidzig durch Rebe, Schrift, Zeichen, bilbliche Darftellung ober Thatlichfeit Berachtung bezeigt, ober ihn verächtlicher Eigenschaften ober Gessinnungen bezüchtigt, macht sich ber Ehrenfrankung schuldig.

Bu ben Chrenkrankungen gehoren auch:

1) Diejenigen Sandlungen, Die eine Berlegung ber Schamhaftigfeit besjenigen enthalten, gegen melden fie verübt find, insofern die Sandlung nicht in ein anderes schwereres Verbrechen übergeht, und

2) an und für sich mahre Beschuldigungen, welche in einer solchen Form ober unter solchen Umftänden vorgebracht worden sind, welche die Absicht, den Beschuldigten que

gleich zu beleidigen, zu erfennen geben.

Art. 302. Ift die Shrenkrankung unter einem ober mehreren ber nachfolgenden Umftande begangen worben, nämlich:

1) wenn die Chrenkrankung fur die Standesverhaltniffe bes Beleidigten, feinen Gefchäftsbetrieb ober fein Fortstommen nachtheilige Folgen haben konnte;

2) wenn fle gegen Personen, benen ber Beleibiger zu bes fonderer Achtung oder Chrerbietung verpflichtet war, verübt murbe;

3) wenn die Beleibigung an einem öffentlichen Orte, ober vor einer Berfammlung ober bor ber Obrigfeit ge-

fcheben ift;

fo wird auf Gefängniß ober Correctionshausstrafe bis zu fechs Monaten, ober Gelbbufe bis zu breihundert Gulben erkannt. Im Falle einer thatlichen Chrenkrankung Diefer Art kann

Im Falle einer thätlichen Chrenkrankung Dieser Art kann bie Correctionshausstrafe bis auf Gin Jahr und Die Gelbbufe bis auf sechsbundert Gulben erhöht werden.

Art. 303. Ift die Chrenkrankung vermittelft bleibender Zeichen, fei es durch Druck, Lithographie, Schrift oder auf sonstige Weise, jedoch unter dem mahren Namen des Beleis digers verbreitet oder veröffentlicht worden, so findet Gefängnißsstrafe oder Geldbuße bis zu hundertundfunfzig Gulden flatt.

Treten einer ober mehrere ber im vorhergehenden Artikel unter Nr. 1. 2. und 3. erwähnten Umftände hinzu, so kann auf Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten oder auf Geldbuffe bis zu breihundert Gulben erkannt werden.

Art. 304. Ift die Ehrenkränkung auf die im vorhergehenden Artikel angegebene Weise verbreitet oder veröffentlicht worden, und hat sich der Thäter entweder gar nicht, oder
nicht mit seinem wahren Namen genannt, so ist der Beleidiger
zu Gefängnifstrase oder zu einer Geldbuße von fünfzig bis
dreihundert Gulden zu verurtheilen.

Treten einer ober mehrere ber im Art. 302. unter Nr. 1. 2. und 3. erwähnten Umftanbe hinzu, so kann auf Corrections-hausstrafe bis zu Ginem Jahre ober auf Gelbbufe bis zu fünfhundert Gulben erkannt werden.

Art. 305. Ift bie Ehrenfrankung burch teinen ber in ben Urt. 302. 303. und 304. genannten Umftanbe erschwert,

jeboch eine thatliche, fo tritt Gefangnifftrafe ober Gelbbufe bis zu hundertunbfunfzig Gulben ein.

Art. 306. Ift die Beleidigung keine thätliche und ift bieselbe durch keinen der in den Art. 302. 303. und 304. genannten Umstände erschwert, so wird dieselbe mit Gefängniß bis zu vierzehn Tagen oder Geldbuße von Einem Gulden bis zu fünfzig Gulden bestraft.

Art. 307. Es ift Strafminderungsgrund, wenn ber Beleibiger burch ein unbefugtes, unanständiges ober unschickliches Benehmen bes Anderen gereizt wurde.

Wer auf ber Stelle wieder beleidigt, tann felbft von aller

Strafe befreit werben.

Art. 308. Der Beweis ber Wahrheit ber vorgebrachten Thatsachen hebt bas Dasein ber Beleidigung auf, ausgenommen nicht blos ben Fall bes Art. 301. Nr. 2., sondern auch wenn die Beschuldigung in einer bildlichen Darstellung versbreitet wurde.

Art. 309. Wenn bem Beleidigten verächtliche Eigenschaften ober Gesinnungen beigelegt wurden, so hat der Beleidiger, um durch die Einrede und den Beweis der Wahrheit
das Dasein der Beleidigung aufzuheben, Handlungen anzuführen und zu erweisen, aus welchen das Dasein dieser Eigenschaften oder Gesinnungen hervorgeht.

Art. 310. Macht ber als Verläumder Angeklagte von der Thatsache, deren er den Anderen bezüchtigt hat, bei der Obrigkeit Anzeige, so soll mährend des Untersuchungsprozesses über diese Thatsache mit dem Versahren und mit dem Erkenntenisse hinsichtlich der Verläumdung eingehalten werden.

Art. 311. In allen Fällen kann ber Beleibigte, fofern bie Beleibigung öffentlich geschah, ben öffentlichen Anschlag bes Strafurtheils verlangen, und wenn sie in öffentlichen Blättern verübt wurbe, sich überbies zur öffentlichen Berkun-

bigung bes Urtheils, auf Roften bes Beleidigers, eben berfelben Blätter ober, wenn fie in ausländifchen gefchab, zugleich auch anderer, vom Gerichte zu bestimmenber, inländischer Blätter bedienen.

Mrt. 312. Berläumdungen und Beleidigungen fonnen nur auf Rlage bes Beleibigten beftraft werben, mit Borbehalt bes Berfahrens von Amtemegen gegen bie etwa babei zugleich vorgefallenen Störungen ber öffentlichen Rube und Ordnung.

Burudnahme ber Rlage ift bis zu rechtsträftig geworbe-

nem Ertenntniffe geftattet.

Art. 313. Die Schriften und bilblichen Darftellungen, welche Verläumdungen ober fonftige Beleidigungen enthalten, find jedesmal von bem Gerichte zu confisciren.

Art. 314. Wer burch Sandlungen, welche, gegen Lebenbe verübt, jur Rlaffe ber Verläumbungen geboren murben, bas Unbenten eines Berftorbenen verunglimpft, ober ibn verachtlicher Gigenschaften ober Gefinnungen bezuchtigt, wird auf Rlage ber Eltern, Großeltern, Rinder ober Entel, ober bes Chegatten, ober ber Befchwifter besfelben von ber Strafe ber Berläumbung ober Chrenkrantung getroffen.

Titel XXXVI.

Bon ber boppelten Ghe und vom Chebruch 49).

Art. 315. Gin Chegatte, welcher bei noch fortbauern= ber gultiger Che eine neue Che fchließt, foll mit Correctione-

1º) Die Art. 315-321. find mortlich Art. 322-328, bee beff. Str. Bos. mit

einer geringen Strafmilberung in Art. 319. (326.)

Bgl. bayer. Str. 26. 286, Art. 297. 298. 401 — 403., ofbenb. Art. 302. 303.

420—423., altenb. Art. 211—222., würt. Art. 304—307., braunich. §6. 187—189., hannov Art. 267.—260., bab. §6. 348—357., thirting. Art. 202—212., preuß. §6. 139. 140., bsterreich. §6. 206—203. 502. 503., sacj. Art. 259—271.

haus von Ein bis brei Jahren, und falls er ber Berfon, mit welcher er die neue She schloß, seinen Cheftand verheimlichte,

mit Buchthaus bis zu feche Jahren beftraft werben.

Befand er fich jedoch hinsichtlich ber Auflösung ber früheren Che im Irrthum, so tritt, wenn ber Irrthum unverschulbet war, teine Strafe ein, bei verschulbetem Irrthum aber ift er nach Maßgabe ber größeren ober geringeren Kahrläßigstett mit Gefängniß zu bestrafen.

- Art. 316. Standen im Falle bes erften Abfahes bes vorhergehenden Artikels beibe Theile noch in gultigen Ehen, so foll jeder von ihnen, wenn er von des anderen Cheftand unterrichtet war, zu Correctionshausstrafe von Ein bis drei ober Zuchthaus bis zu vier Jahren verurtheilt werden.
- Art. 317. Gine ledige Berfon, welche fich mit einer anderen, noch in fortbauernder gultiger Che lebenden, verseirathet, ob ihr gleich biefes Verhältniß bekannt war, foll zu Correctionshausstrafe bis zu Einem Jahre verurtheilt werden.
- Art. 318. War die frühere, in gesehlich gultiger Form abgeschlossene She nichtig, so trifft den Shegatten, welchem bieses Berhältniß bei Abschluß der weiteren She bekannt gewesen ift, Correctionshausstrafe bis zu zwei Sahren, die ledige Berson aber, welche von solcher Ungultigkeit Kenntniß hatte, Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten.
- Art. 319. Wegen wiffentlicher Verletzung ber ehelichen Treue burch Chebruch foll ber schuldige Chegatte mit Correctionshaus bis zu sechs Monaten ober Gefängniß nicht unter
 vierzehn Tagen, ober mit Gelbbuße von funfzig bis breihunbert Gulben bestraft werben.

Begeht ein verheiratheter Mann mit eines Anderen Ghefrau ben Chebruch, fo ift bies hinsichtlich beiber als ein befonderer Erschwerungsgrund bei Zumeffung ber Strafe zu betrachten. Ift ber Chebruch mit einer nicht verheiratheten Berson begangen worden, so soll die lettere zu Gefängnifstrafe von acht Tagen bis zu vier Wochen ober Gelbbuße von funfundzwanzig bis hundertundfunfzig Gulben verurtheilt werden, wenn sie von der bestehenden ehelichen Verbindung ihres Mitschulbigen zur Zeit der That Kenntniß hatte.

Das Verbrechen bes Chebruchs ift fur vollendet zu achten,

wenn forperliche Bereinigung erfolgt ift.

Art. 320. Der Chebruch wird nur auf Rlage bes be-

leibigten Gatten zur Untersuchung und Strafe gezogen.

Hat jedoch ber beleidigte Ehegatte die ibm bekannt ge= wordene Beleidigung ausdrucklich oder stillschweigend verziehen, so ift er nicht mehr zur Klage berechtigt.

Art. 321. Wenn ber beleidigte Theil erft nach erhobener Klage, jedoch vor gefälltem Strafurtheile, bem angeschulbigten Ghegatten verzeiht, oder die Klage zurudnimmt, fo findet keine Strafe statt.

Titel XXXVII.

Bon ber Ungucht und Berletung ber Schamhaftigfeit 50).

I. Nothzucht.

Art. 322. Ber eine Frauensperfon burch forperliche Gewalt, gefährliche, mit ber Aussicht unverzüglicher Berwirt-

⁵⁰⁾ Die Art. 322-336. find Art. 329-343. bes beff. Str. : Bost, unter Mifberung ber Strafanbrohung in Art. 323.

Bgl. bayer. Str. G. 28. Art. 186—191. 206—208. 297. 298. 374—378., olbend. Art. 191—196. 211—213. 302. 303. 380—387., altend. Art. 157—162. 211—222. 302—309., wart. Art. 295—310., braunidoweig. §6. 172—174. 187—197., hannov. Art. 270—278., bad. §8. 335—338. 348—375., thūring. Art. 202—212. 291—305., preuß. §6. 139—151., kitere. §6. 125—133. 206—208. 500—525., fådj. Art. 180—193., 349—361.

lichung verbundene Drohungen ober argliftige Betäubung ihrer Sinne außer Stand fest, feinen Luften Widerstand zu leiften, und in folchem Zustande sie schändet, ift ber Nothzucht schuldig.

Art. 323. Der Mothzüchtiger foll bestraft merben:

1) wenn die genothzuchtigte Berson in Folge ber erlittenen Mishandlung gestorben ift, mit Buchthausstrafe auf Lebenszeit; jedoch kann bei strafmindernden Umständen auf Zuchthausstrafe zu acht bis zwölf Jahren erkannt werden;

2) wenn bie genothzuchtigte Berson burch die That an ihrer Gesundheit bedeutenben Nachtheil erlitten hat, mit Bucht=

haus von feche bis zwölf Jahren;

3) in allen anberen Fallen mit Buchthaus bis zu acht Sabren.

II. Berführung gur Ungucht.

Art. 324. Wer eine Frauensperson, welche bas vierzehnte Lebensjahr noch nicht zuruckgelegt hat, zur Unzucht verführt und migbraucht, ist, nach Verschiedenheit der im Art. 323. genannten Fälle, mit der auf die Nothzucht gesfehten Strafe zu belegen.

Unter strasmindernden Umftanden kann jedoch im Falle bes Art. 323. Nr. 2. bis auf vier Juhre Buchthaus herabsgegangen, und im Falle Nr. 3. auf Correctionsbaus bis zu

brei Sahren erfannt werben.

Art. 325. Die im vorhergehenden Artikel angebrohten Strafen follen auch bann eintreten, wenn eine Frauensperson einen noch nicht vierzehn Jahre alten Knaben zur Unzucht verführt und bieselbe mit ihm verübt.

Art. 326. Saben Bflegeltern, Bormunber, Beichtwäter, Erzieher ober Lehrer ihre Bflegfinber, Munbel, Beichtkinber ober Boglinge gum Beifchlafe ober gur Ungucht verführt und

migbraucht, fo find die Thäter, wenn die von ihnen verführte Berson das vierzehnte Lebensjahr zuruckgelegt hatte, mit Correctionshaus bis zu brei ober Zuchthaus bis zu vier Jahren zu bestrafen.

Art. 327. Gleiche Strafe hat berjenige verwirkt, welcher eine wahnstnnige, blobsinnige ober in dem Zustande der Betäubung, sowie in einem sonst willens- ober bewußtlosen Zu-

ftande befindliche Berfon fcanbet.

III. Blutschande.

Art. 328. Der Beischlaf zwischen Bluisverwandten in auf= und absteigender Linie wird

1) an erfteren mit Correctionshaus von Gin bis brei ober

Buchthaus bis zu funf Jahren;

2) an letteren, wenn fie bas vierzehnte Jahr zuruckgelegt haben, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft; erscheint aber ber Descendent als der Verführer, so ift auf Correctionshaus von Gin bis drei oder Zuchthaus bis zu funf Jahren zu erkennen.

Art. 329. Der Beischlaf zwischen Berschwägerten in auf= und absteigender Linie, nämlich zwischen Stiefeltern und Stieffindern, Stiefgroßeltern und Stiefenkeln, Schwiegereltern und Schwiegerföhnen ober Schwiegertöchtern, soll,

1) an ben Ascendenten mit Correctionshaus von feche

Monaten bis zu zwei Jahren;

2) an ben Descenbenten, fofern fie bas vierzehnte Lebens= jahr zuruckgelegt haben, mit Gefängniß ober mit Correctionshaus bis zu fechs Monaten bestraft werben.

Art. 330. Leibliche, voll- und halbburtige Geschwifter, welche mit einander Unzucht treiben, sind zu Correctionshaussstrafe bis zu zwei Jahren zu verurtheilen. Erscheint eines berselben als der Verführer, so sollen die Gerichte den versführten Theil nur zu Gefängnifstrafe verurtheilen.

IV. Wibernaturliche Ungucht.

Art. 331. Ber fich widernaturlicher Unzucht fculbig macht, fou, insofern sein Verbrechen nicht nach einer anberen Bestimmung bieses Gesethuches mit harterer Strafe bedroht ift, mit Correctionshaus bis zu brei ober Zuchthaus bis zu funf Jahren bestraft werden.

Ift eine Berson unter ben im Art. 322. bezeichneten Umftanden zur widernaturlichen Unzucht genothigt worden, fo ift ber Thater, nach Berschiedenheit ber im Art. 323. genannsten Fälle, mit ber auf die Nothzucht geseten Strafe zu belegen.

V. Ruppelei.

Art. 332. Wer gewerbemäßig zur Unzucht Unberer Gelegenheit verschafft ober Vorschub leistet, sei es burch Ge-währung furzeren ober längeren Aufenthalts, Buführen, Untershandeln, Berführung u. f. w., ist wegen Kuppelei mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu brei Jahren zu bestrafen.

Art. 333. Haben Chemanner, Eltern, Großeltern ober bie im Art. 326. genannten Bersonen, im Sinne bes vorher= gehenden Artikels ihren Chefrauen, Kindern, Enkeln, Pfleg-kindern, Mundeln, Beichtkindern ober Zöglingen zur Unzucht Gelegenheit verschafft ober Vorschub geleistet, so tritt Correctionshaus bis zu drei Jahren, und wenn dies gewerbsmäßig geschieht, Correctionshaus bis zu drei ober Zuchthaus bis zu vier Jahren ein.

VI. Berletung ber Schamhaftigkeit.

Art. 334. Wer durch Ausstellung oder Verbreitung unzuchtiger Darstellungen oder durch öffentliche Vornahme unzüchtiger Sandlungen die Schamhaftigkeit verlett, soll zu Geldbuse oder Gefängnißstrafe, und bei grober Verletung der Sittlichkeit zu Correctionshausstrafe bis zu sechs Monaten verurtheilt werden.

In allen Fällen ift bie Confiscation ber bilblichen Darftellungen auszusprechen.

VII. Allgemeine Bestimmungen.

Urt. 335. In allen Fällen, in welchen bie Unzucht burch Beifcblaf verubt wirb, ift bas Berbrechen fur vollenbet gu achten, wenn forperliche Vereinigung erfolgt ift.

Mrt. 336. Ascendenten, welche fich ber in ben Urt. 322. bis 333. erwähnten Berbrechen gegen einen Descendenten fculbig machen, follen zugleich ihrer elterlichen Rechte fur berluftig erflart merben.

Titel XXXVIII.

Bon bem Raube 51).

Art. 337. Wer in ber Absicht, eine frembe bewegliche Sache rechtswidrig zu geminnen (Art. 347, 348.), gegen bie Berfon bes Besitere ober gegen anbere, am Orte ber That anwesende Berfonen forverliche Gewalt ober gefährliche, mit ber Aussicht unverzüglicher Berwirklichung verbundene Drobungen verübt, macht fich bes Raubes ichulbig.

Mrt. 338. Wer fich zu einem Diebstahle, außer ben gu beffen Berübung mitgebrachten Bertzeugen, mit Baffen noch besonders verfeben und bamit, um Die entwendeten Sachen in Sicherheit zu bringen, Gewalt ober Drohungen ber im vor-

¹⁾ Die Art. 337-341. find Art. 344-348. bes heff. Str.= 9.= 96. unter Mils

brung ber Strafantorhungen in Art. 333—340., otbenburg. Art. 238—245., aftenb. Agf. baher. Str.:G.:Bc. Art. 233—240., otbenburg. Art. 238—245., aftenb. Art. 311—333., ba. 56. 410—416., thüring. Art. 152—154., preuß. §6. 230—233., ba. §6. 410—416., thüring. Art. 152—154., preuß. §6. 230—233., bfterreich. §6. 190—196., sach. Art. 177—179.

hergehenden Artikel bezeichneten Art angewendet hat, ift ebenfalls bes Raubes fculbig.

Art. 339. Der Raub wird nach folgenden Bestimmungen bestraft:

1) mit lebenslänglichem Buchthaus ift ber Rauber zu beftrafen.

a) welcher eine Berfon getobtet ober lebenegefährlich

befchäbigt,

b) welcher eine Person eines Sinnes, einer hand, eines Tußes, bes Gebrauchs ber Sprache ober ber Zeugungsfähigkeit beraubt, ober bicfelbe in eine gewiß ober wahrscheinlich unheilbare Krankheit ober Geisteszerruttung versett,

c) welcher eine Berfon, um ihr bie Entbedung verborgener Sachen abzupreffen, forperlich gepeinigt bat.

Unter ftrafmindernden Umftanden tann jedoch auf Bucht= hausstrafe von zehn bis achtzehn Sahren erkannt werden.

2) Buchthausstrafe von zehn bis achtzehn Jahren trifft ben Anführer einer Rauberbanbe, wenn er nicht zu lebenslanglicher Buchthausstrafe zu verurtheilen ift.

3) In allen anderen Fallen foll auf Buchthausftrafe von

funf bis gwolf Jahren erfannt werben.

Art. 340. Alls Erfchwerungsgrunde im Falle Nr. 3. bes vorhergehenden Artikels find beim Raube insbefondere folgende Umftande anzusehen:

a) wenn fich ber Räuber mit Waffen verfeben hatte;

b) wenn ber Raub zur Nachtzeit mit gewaltsamem Ginbringen in ein bewohntes Gebaube verbunden mar;

c) wenn eine gemeine ober eine folche Noth, welche ben Beraubten besonders betroffen bat, zur Verübung bes Raubes benutt worben ift;

d) wenn ber Raub von mehreren Berfonen in Berbindung

begangen worben ift;

e) wenn fich ber Räuber burch Masken, Schwärzen und bergleichen Mittel unkenntlich, ober burch faliche Amts-kleibung, Uniform ober vorgezeigten falichen Befehl ber Obrigkeit, als eine andere Person geltend zu machen gesucht hat;

f) wenn ber Naub auf öffentlichen Wegen begangen mor-

ben ift.

Art. 341. Sat ein zu bestrafender Räuber vorher schon zweimal wegen Raubes ober wegen Erpressung, ober wegen beider Strafe erlitten, so konnen die Gerichte, wenn fle wegen ber aus allen Umständen erhellenden besonderen Gefährlichkeit bes Schuldigen die im Tit. VII., von dem Rückfalle, versordnete Schärfung der Strafe für zu gering achten, die im Art. 339. unter Nr. 3. angedrohte Juchthausstrafe von funf bis zwölf Jahren bis zu achtzehn Jahren erhöhen.

Titel XXXIX.

Bon ber Erpressung 52).

Art. 342. Wer, außer dem Falle des Raubes, durch Gewalt oder Drohungen Jemanden zu einer Sandlung, Duldung oder Unterlassung genothigt hat, um sich oder Anderen einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, ist des Verbrechens der Erpreffung schuldig.

Art. 343. Ift bie Erpreffung mittelft Gewalt ober ge-fährlicher, mit ber Aussicht unverzüglicher Berwirklichung ver-

³²⁾ Die Art 342-346. find Art. 349-353. Des heff. Str. : B. : Bos., mit einer Milberung ber Strafandrohung in Art. 346.

Bgl. baper. Cin. G. Art. 241—243., olbenb. Art. 246—248., altenburg. Art. 166. 167., würtemberg. Art. 314. 315., braunfchw. f. 177., hannob. Art. 334. 335., bab. 85. 417—422., thūring. Art. 165—167., preuß. §6. 234—236., öfterreich. § 98., fach. Art. 282. 283.

bundener Drohungen verübt worden, fo treten nach Verschiebensheit ber in ben Art. 339. 340. und 341. bezeichneten Falle bie Strafen bes Raubes ein.

- Art. 344. Sat der Thäter die Erpreffung durch Bebrohung mit funftigem Mord oder Brand verübt, fo tritt Correctionshaus von Gin bis brei oder Zuchthaus bis zu funf Jahren ein.
- Art. 345. Ift die Erpreffung durch Erregung der Furcht vor kunftigen minder gefährlichen Mißhandlungen oder Beschädigungen, oder durch Bedrohung mit Denunciation, Bersläumdung, Klage, Ablegung oder Berweigerung eines Zeugniffes, oder durch andere bergleichen beängstigende Zudringlichsteiten geschehen, so soll der Schuldige mit Ruckficht auf die Beschaffenheit der Drohung und die Größe des beabsichtigten oder erpreßten Vortheils zu Correctionshausstrafe bis zu drei oder Zuchthausstrafe bis zu funf Jahren verurtheilt werden.

Die Gerichte konnen jedoch, wenn bas angebrobte Uebel nur geringfügig war und fur ben Bebrobten aus ber Erpreffung gar kein ober nur ein geringer Bermögensnachtheil erfolat ift. auch auf Befängnififtrafe nicht unter gebn Sagen

erfennen.

Art. 346. Wer in der Absticht einer Erpressung mittelft aufgesteckter Brandzeichen, oder durch Briefe, oder auf sonstige Weise mit Drohungen von Mord, Raub, Ueberschwemmung oder Brandlegung, über ganze Orte oder Gegenden Beunzuhigung oder Besorgniß verbreitet, soll zu Correctionshaussstrafe von Gin bis drei oder Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren, und wenn er seine Absicht erreicht hat, zu Zuchthausstrafe von fünf bis zwölf Jahren verurtheilt werden.

Citel XL.

Bom Diebftahle 53).

Art. 347. Wer von einer fremden beweglichen Sache, ohne Ginwilligung bes Gigenthumers ober Inhabers, jedoch ohne Gewalt an einer Berfon, Besitz ergreift, um biefelbe rechtswidrig zu gewinnen, macht fich bes Diebstahls schulbig.

Entwendungen, welche nach ben Vorschriften ber Forft-, Sagd-, Bischerei- ober Felbfrevel-Strafordnung beftraft wer-

ben, find nicht als Diebftable zu betrachten.

Art. 348. Es ift gleichgultig, ob ber Dieb bie Sache fur fich zu behalten, ober fie einem Dritten, fei es auch unentgeltlich, zu überlaffen beabsichtigte.

Art. 349. Die widerrechtliche Wegnahme der eigenen Sache aus dem Besitze des Nugnießers, Pfandgläubigers, oder sonstigen rechtmäßigen Inhabers ist nicht als Diebstahl, sondern nach Verschiedenheit der Fälle als Selbsthülfe oder Betrug zu beurtheilen.

Art. 350. Der Erbe, welcher aus einer noch nicht angetretenen ober ungetheilten Erbschaft etwas, in bessen Besty er sich nicht besindet, entwendet (Art. 347.), desgleichen Miteigenthümer oder Gesellschaftsgenossen, welche an der gemeinschaftlichen Kasse oder Sache, in deren Besty sie sich nicht bessinden, eine Entwendung verüben, sind des Diebstahls schuldig. Bei Schätzung des Betrags des Diebstahls ist jedoch nur der den übrigen Betheiligten zugehörige oder anfallende Theil in Anschlag zu bringen.

³¹⁾ Die Art. 347-371. find Art. 354-378. bes heff. Str. G.: Bos., mit wefent- ichen Aenberungen in Art. 352. (359.), 357. (364.) Ziff. 5., hinweglassung ber beff. Jiff. 6. in letterem Artikel und unter Milberung ber Strafandrohung in Art. 364. 360. 370.

Bgl. bayer. Str. & D. Art. 209—228. 379—381., olbend. Art. 214—233. 388—390., altenburg. Art. 223—236., wartemberg. Art. 316—343., fraunfichweig. L. 213—219., hannow. Art. 279—303., bad. 58. 376—399., thiring. Art. 271—231., preuß. §6. 215—229., bfterr. §6. 171—179. 185—189. 460—466., facf. Art. 272—281.

Art. 351. Entwendungen, welche unter Shegatten, Berwandten oder Berschwägerten in auf ober absteigender Linie, oder unter in gemeinschaftlichem Saushalte lebenden Geschwistern, oder im zweiten Grade der Seitenlinie Verschwägerten, sowie zwischen Aboptiveltern und Aboptivkindern vorfallen, sollen nur auf Klage des Hauptes der Familie oder des Bestohlenen bestraft werden.

Bei Ausmittelung ber Strafe folder Entwendungen fommen vorausgegangene, wegen Diebstahls ober wegen gleichartiger Verbrechen ober Vergehen (Art. 90. Nr. 7.) verhängte Strafen nur als Erschwerungsgrunde in Betracht. Auch ist fein Ruckfall anzunehmen, wenn Jemand wegen solcher Entwendungen schon früher Strafe verwirkt und nun einen eigentlichen Diebstahl ober ein gleichartiges Verbrechen ober Vergeben verübt bat.

Art. 352. Aus hunger ober Lufternheit und innerhalb biefer Grenzen, zum unmittelbaren Genusse, an Es = ober Trinkwaaren verübte Entwendungen sollen, insofern nicht die Merkmale eines ausgezeichneten Diebstahls dabei eintreten, und insofern sie nicht als Feldfrevel erscheinen, auf Alage des Beschädigten mit Gefängniß bis zu vierzehn Tagen oder mit Geldbuße von Einem Gulden bis zu dreißig Gulden bestraft werden.

Art. 353. Der Betrag bes Diebstahls wird nach bem gemeinen Werthe bestimmt, welchen die gestohlene Sache zur Zeit der Entwendung gehabt hat. Hat die Sache, besonderer Berhältniffe wegen, für ben Bestohlenen einen höheren Werth, als ihr im gewöhnlichen Verkehr beigelegt wird, und hatte der Dieb Kenntniß von diesem Verhältniß, oder wurde mit hinwegnahme oder Arennung der entwendeten Sache ein besonderer Schaden angerichtet, so sind diese Umstände bei Zumessung der Strafe als Erschwerungsgrunde anzusehen.

Ift ber Betrag bes Werthes mit Bestimmtheit weber befannt, noch auszumitteln, fo bleibt bem Ermeffen ber Berichte überlaffen, bei Bumeffung ber Strafe auch auf ben ungefähren Betrag besfelben Rudficht zu nehmen.

Mrt. 354. Wenn Debrere einen Diebstahl verübt haben, fo wird berfelbe, ohne Berudfichtigung der etwaigen Ber-theilung des Gestohlenen, einem jeden derfelben zum Behufe ber Strafzumeffung nach bem vollen Betrage ber entwenbeten Summe zugerechnet.

Art. 355. Wenn ber Werth bes Entwendeten bie Summe von funfzehn Gulben nicht übersteigt und wenn bei ber That weber einer ber im Art. 357., noch einer ber im Art. 359. angeführten Umftanbe eintritt, fo ift ein folcher Eleiner Diebftabl mit Gefängnig zu beftrafen.

Art. 356. Derjenige Diebstahl, welcher weber als fleiner Diebstahl unter ben vorhergebenben Artitel fallt, noch burch einen ber im Art. 359. angeführten Umftanbe ein ausgezeichneter ift, wird ale einfacher Diebstahl mit Correctionshaus bis zu brei, ober Buchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Die Gerichte konnen jedoch, wenn bei einem erften

Diebstable ber Berth bes Entwenbeten funf Gulben nicht

überfteigt, auch auf Gefangnifftrafe erfennen.

Mrt. 357. Alle befondere Erfchwerungegrunde find bei bem einfachen Diebstahle folgende Umftande anzusehen:

1) wenn ber Diebftabl in einem unbewohnten Bebaube, und zwar entweder mit außerem ober innerem Ginbruch, ober burch Ginfteigen von Außen verübt morben ift; 2) wenn fich ber Dieb, in ber Absicht zu ftehlen, in einer

fremben Wohnung verborgen und barin gur Nachtzeit geftoblen bat;

3) wenn ber Diebstahl an einer zum Gottesbienfte geweihten Sache, aber nicht an einem zum Gottesbienfte geweihten Orte, ober an einem zum Gottesbienfte bestimmten Orte und mahrend bes Gottesbienftes, aber an einer nicht zum Gottesbienfte geweißten Sache verübt worben ift; 4) wenn bie Entwendung an öffentlichen Brunnen ober

4) wenn die Entwendung an öffentlichen Brunnen ober Wafferleitungen, an bazu oder zum Bergbau ober zu fonstigen Zwecken im Freien aufgestellten Mafchinen, an öffentlichen Denkmälern, an Brucken ober Schleußen flattgefunden bat;

5) wenn Bieh von ber Weibe, aus bem Pferche ober Trieb, wenn Schwemm= ober Flogholz, Zuch von ber Bleiche, Bienenstöde von bem Stanbe, geerntete Fruchte aus Gruben im Felbe ober offenen Schobern, Fabrifate ober andere Sachen, welche nicht besonders verwahrt werden können, gestohlen worden find;

6) wenn ber Dieb auf einer Deffe, auf einem Jahr= ober Wochenmarkte, ober im Gebrange einer an öffentlichen

Orten versammelten Boltsmenge geftohlen bat;

7) wenn ber Diebstahl mit Anwendung falfcher Schluffel berubt worden ift, oder mit Anwendung ber rechten Schluffel, welche sich ber Dieb burch Lift oder heimlich zu verschaffen gewußt hat;

unter falfden Schluffeln find alle Sperrmerkzeuge, Saten, Dietriche, Sauptichluffel, nachgemachte, veranberte und folde Schluffel, welche nicht fur bas bamit ge-

öffnete Schlog bestimmt waren, verftanben;

8) wenn ber Diebstahl von mehreren Berfonen in Ber-

bindung verübt worben ift;

9) wenn ber Dieb in einem Gaft= ober Wirthshaufe geftohlen hat, in welchem er als Gaft aufgenommen mar,
ober wenn ber Wirth ober bessen Dienstboten ben aufgenommenen Gast bestohlen haben;

10) wenn der Diebstahl von Dienstboten, Gefellen, Lebrjungen, von Taglobnern oder folden Berfonen, welche fur Lohn ober Koft Dienste leisten und beswegen im Saufe aus- und eingehen, an ber Dienstherrschaft, bem Meister, Hausherrn ober an Jemanden, ber sich mit bemfelben in berfelben häuslichen Gemeinschaft befindet, verübt worben ift;

11) wenn ber Dieb eine gemeine ober eine folche Noth, welche ben Bestohlenen besonders betroffen hat, gur

Berübung bes Diebstahls benutt bat;

12) wenn Gegenstände, welche eine noch nicht beerdigte Leiche an sich getragen hat, entwendet worden find.

Art. 358. Bei Zumeffung ber im Art. 356. beftimmeten Corrections- ober Zuchthausstrafe haben bie Gerichte auch auf ben Werth ber gestohlenen Sache Rucksicht zu nehmen und bie Strafe nach folgenden Normen zuzuerkennen: Nämlich

1) nicht unter feche Monaten, wenn ber Werth bee Entwendeten funfzig Gulben, aber nicht zweihundert Gulben beträgt;

2) nicht unter zwei Sahren, wenn ber Werth bes Entswendeten zweihundert Gulben ober mehr betragt.

Tritt zugleich einer ber im Art. 357. bemerkten Ersfchwerungsgrunde ein, so darf in ben Fällen des gegenwärtigen Artikels und zwar im Falle Nr. 1. nicht unter Einem Jahre, und im Falle Nr. 2. nicht unter zwei und einem halben Jahre erkannt werden.

Wenn ber Betrag bes Diebstahls die hier angegebenen Summen nur um ein weniges nicht erreicht ober übersteigt, so find die Gerichte an folche geringe Unterschiebe nicht gestunden

Urt. 359. Der Diebstahl ift ein ausgezeichneter, wenn einer ber folgenden Umftande babei eintritt:

Nämlich

1) wenn ber Diebstahl in einem bewohnten Gebaube Deutiche Strafgejegbucher. IX.

ober in einer Rirche, und zwar entweder mit außerem ober innerem Ginbruch, ober burch Ginfteigen von Augen verübt worben ift;

2) wenn sich ber Dieb zu einem Diebstahle mit Waffen

verfeben hatte;

3) wenn ber Dieb, ohne sich vorher mit Waffen versehen zu haben, entweder erft ergriffene Waffen oder bie zur Berühung bes Diebstahls mitgebrachten Berkzeuge als Waffen zur Schreckung oder Wißhandlung ber Versonen gebraucht hat, welche die Sinwegbringung der entwendeten Sachen verbindern wollten:

4) wenn ber Diebstahl von einer Bande verübt worden ift;

5) wenn ber Diebstahl auf öffentlicher Straße an bem Gepäcke ber Reifenden ober an ben von Fuhrleuten, Boten ober burch die Post verführten Sachen mittelft Abschneiben, Ablosen, Eröffnen ober Erbrechen ber Befestigungs= ober Verwahrungsmittel, ber Koffer, Kiften, Mantelfäcke, Ballen 2c. begangen worden ift;

6) wenn eine zum Gottesbienste geweihte Sache aus einem zum Gottesbienste geweihten Orte entwendet worden ift. Art. 360. Bu ben bewohnten Gebäuben werden

gerechnet :

1) alle Saufer, Gebaube, Schiffe und Sutten, in welchen Menschen wirflich wohnen, follte fich auch zur Zeit bes begangenen Diebstahls Niemand barin aufgehalten haben;

2) ber zu einem bewohnten Gebäude gehörige um fchloffene Sofraum und alle barin befindlichen Gebäulichkeiten jeber Art.

Gin umfchloffener hofraum ift ber, in welchen man nur burch ben Gebrauch bon Schluffeln, burch Ginbrechen ober Einsteigen gelangen kann.

Art. 361. Meußeren Ginbruch begeht, wer fich auf irgend eine gewaltsame Beife entweber einen vorher nicht

vorhanden gewesenen oder geschlossene Gingang eröffnet, oder eine vorhandene Deffnung zum Gindringen erweitert, oder sich sonft eine Deffnung verschafft, mittelft welcher er den vorhandenen Gingang zum Gindringen sich öffnen, oder auch, ohne einzudringen, die Entwendung im Innern vollbringen kann.

Der innere Einbruch wird durch gewaltsames Eröffnen von Thuren, Banden, Gingangen ober Durchgangen im Inneren, von Schränken, Kiften ober anderen ahnlichen Behaltniffen begangen.

Art. 362. Der Eintritt in Saufer ober andere Gebäube, ober umschloffene hofraume, ber über Mauern, Thuren, Dachewerk ober jebe andere Einfriedigung bewerkftelligt wurde, ift als Einsteigen von Außen zu betrachten. Das Eintreten ober Einschlüpfen durch eine unter oder über der Erde befindsliche Deffnung, die nicht angebracht worden ist, um zum Gingange zu bienen, wird als Einsteigen angesehen.

Art. 363. Unter Baffen versteht bas Gefet hier und überall nicht nur alle Gattungen eigentlicher Gewehre und Waffen, fondern auch alle anderen Werkzeuge, Maschinen oder Geräthschaften, mit welchen man schießen, stechen, schneisben, hauen oder zerquetschen kann.

Burden bergleichen Betkzeuge, Maschinen ober Geräthsschaften nicht zum Angriff ober zur Vertheibigung, sondern zu einem anderen Zwecke mitgeführt, so werden sie nur dann als Waffen angesehen, wenn sie wirklich zum persönlichen Angriff ober zur Vertheibigung gebraucht worden sind.

Art. 364. Der ausgezeichnete Diebstahl wird mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Zuchthaus bis zu acht Jahren bestraft.

Die Gerichte konnen jedoch bei einem erften Diebstahle, wenn die Gefährlichkeit ber Sandlung burch die Umftande febr gemindert wird (ben im Art. 359. Nr. 4. bemerkten Fall ausgenommen) und wenn ber Werth bes Entwendeten bie Summe von funfzehn Gulben nicht übersteigt, die Correctionshausstrafe bis auf zwei Monate herabseten.

Art. 365. Bei Zumeffung ber im vorhergehenden Artikel bestimmten Strafen haben die Gerichte fich nach folgenben

Regeln zu richten:

I. Wenn nur einer ber im Art. 359. bezeichneten Umftande vorliegt, so ift auf den Werth ber gestohlenen Sache in ber Art Rucksicht zu nehmen, daß die Strafe,

1) wenn ber Werth funfzig Gulben, aber nicht zwei-

hundert Gulben beträgt,

nicht unter zwei Jahren,

2) wenn der Werth zweihundert Gulden oder mehr beträgt,

nicht unter vier Jahren

bestimmt werden barf.

II. Wenn zwei ober mehrere ber im Art. 359. bezeichneten Umftänbe zugleich eingetreten sind, so ist die Strafe nicht unter zwei Jahren, und wenn ber Werth ber geftohlenen Sache funfzig Gulben ober mehr beträgt, nicht unter vier Jahren zu bestimmen.

Art. 366. Wer schon einmal wegen Diebstahls ober wegen eines ber übrigen im Art. 90. Nr. 7. genannten Bersbrechen Corrections = ober Zuchthausstrafe erlitten hat, ift wegen eines Diebstahls, ber an sich nur Gefängnifftrafe zur Volge haben wurde, zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren zu verurtheilen.

Diefelbe Strafe tritt wegen eines folden Diebstahls ein, wenn ber Dieb zweimal wegen fruherer Diebstähle Befängniß= ftrafe erlitten hat.

Art. 367. Sat ber Dieb, an welchem ein ausgezeich= neter Diebstahl zu bestrafen ift, borber fchon zweimal megen

Diebstahls ober wegen eines ber übrigen im Art. 90. Nr. 7. genannten Verbrechen Correctionshausstrafe von Ginem Jahre ober mehr, ober Zuchthausstrafe erlitten, so können bie Gerichte die Zuchthausstrafe bis auf zehn Jahre erhöhen, wenn sie wegen ber aus allen Umständen erhellenden besonderen Gefährlichkeit des Schuldigen die im Titel VII., von dem Rückfalle, verordnete Scharfung der Strafe für zu gering erachten.

Art. 368. If Semand wegen mehrerer Diebstähle zu bestrafen, von benen keiner mit einer höheren, als fünfjährigen Zuchthausstrafe bedroht ist, und beren zusammengerechneter Werthbetrag nicht mehr als hundert Gulden beträgt, so soll die in Gemäßheit des Titels vom Zusammentreffen mehrerer Verbrechen (Tit. VIII. Art. 102. 103. und 104.) eintretende Zuchthausstrafe das Waß von fünf Jahren nicht übersteigen; unbeschadet der Anwendbarkeit der Vorschriften über den Rückfall.

Art. 369. Wenn ber Dieb, ehe eine beschuldigenbe Anzeige gegen ihn geschehen, ober eine amtliche Einschreitung stattgefunden hat, aus freiem Antriebe die entwendete Sache zuruckgegeben oder die gänzliche Zufriedenstellung des Beschäbigten bewirkt hat, so ist bei kleinen oder einfachen Diebsstählen die verwirkte Strafe auf die Balfte herabzuseten.

Ift ber Diebstahl ein ausgezeich neter gewesen, fo gilt ber völlige Erfat ober bie Bufriedenstellung nur als

Minderungegrund bei Bumeffung ber Strafe.

Art. 370. Diebstähle, an Gegenständen verübt, welche einer bereits zu ihrer Ruhestätte gebrachten Leiche beigegeben waren, sowie die Entwendung einer Leiche oder eines Theils berselben, werden bestraft:

1) wenn bie Entwendung von Todtengrabern oder anderen auf bem Friedhofe angestellten Aufsehern begangen murbe,

mit Correctionshaus von Gin bis drei oder Buchthaus

bis zu feche Jahren;

2) wenn fle nicht von biefen Personen begangen wurde, mit Correctionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu vier Jahren.

Art. 371. Geschah die Entwendung einer Leiche oder eines Theils berselben von anderen, als ben im vorhergehenden Artikel unter Nr. 1. genannten Bersonen und nicht in gewinnsuchtiger Absicht, insbesondere zu blos wissenschaftlichen Zwecken, so tritt Geldbuße, Gefängnifftrase oder Corrections-hausstrafe bis zu sechs Monaten ein.

Titel XLI.

Bon ber Unterfchlagung 54).

Art. 372. Wer sich eine frembe bewegliche Sache, bie ihm zur Bewahrung ober Verwaltung, ober in Folge eines anderen, die Verbindlichkeit zur Ruckgabe ober Ablieferung berfelben begründenden Rechtsgeschäfts anvertraut oder übergeben worden ift, in der Absicht, sie dem Eigenthumer oder sonst Verechtigten zu entziehen, widerrechtlich zueignet, macht sich der Unterschlagung schuldig.

Art. 373. Die Unterschlagung ift vollendet, wenn ber Besitzer entweber:

1) bem gur Burudforberung Berechtigten ben Befit ober Gewahrfam abgeläugnet ober

³⁴⁾ Die Art. 372—377. find Art. 379—384. bes heff. Str.: G.: Bos. Bgl. baber. Str.: G.: Bc. Art. 229—232. 382., oldenb. Art. 234—237. 391., altenburg. Art. 242—244., würtemb. Art. 344—350., braunfchweig. §§. 220—223., bannes. Art. 304.—307., bab. §§. 400—409., thūring. Art. 232—235., preuß. §§. 225—229., öfterreich. §§. 181—189. 460—466., fäcjl. Art. 287—291.

2) bie Sache gang ober zum Theil verbraucht ober beräußert, ober fonft eine Sandlung, wozu nur ber Eigenthumer berechtigt ift, bamit vorgenommen hat.

Sat der Besitzer aber in den unter Nr. 2. gedachten Fällen auf erfolgte Zuruckforderung die gangliche Zufriedenstellung des Berechtigten sogleich bewirkt und ist die Untersichlagung an einer vertretbaren Sache begangen worden, fo

findet feine Beftrafung ftatt.

Art. 374. Wer eine Sache sinbet, oder zufällig in beren Besig kommt, von der er vernünftigerweise nicht annehmen konnte, daß der Eigenthümer sie aufgegeben habe,
macht sich der Unterschlagung schuldig, wenn er entweder dem
sich melbenden Eigenthümer oder Verlierer verschweigt oder
abläugnet, die Sache gefunden oder in Besig bekommen zu
haben, oder wenn er, nachdem ihm der Eigenthümer oder
Verlierer bereits auf andere Weise bekannt geworden, oder
eine erlassene öffentliche Aufforderung an den Finder oder
Besiger bereits zu seiner Kenntniß gekommen war, die Zurückerstattung oder Anzeige unterläßt, ohne Entschuldigungsgründe
nachzeigen zu können, welche jede rechtswidrige Absicht befeitigen.

Alls vollgultige Entschuldigung ift insbesondere zu bestrachten, wenn ber Obrigfeit von bem Finden oder dem Besthserlangen bes verlorenen Gegenstandes vor einem Einschreiten

ber Behörben Ungeige gemacht worben ift.

Art. 375. Die Unterschlagung wird nach bem Werthe bes Unterschlagenen und je nachbem einer ber im folgenden Artikel bemerkten Erschwerungsgründe vorliegt oder nicht, wie der einfache oder wie der kleine Diebstahl, nach den Bestimmungen der Art. 355. 356. und 358. bestraft; jedoch soll die Freiheitsstrafe um ein Viertheil, und im Falle des Artikels 374. um die Hälfte ihrer Dauer geringer bemessen werden.

Art. 376. Als besondere Erschwerungsgrunde find folgende Umftande anzusehen:

1) wenn Handelsleute, welche den Commissions oder Spebitionshandel treiben, Fuhrleute, Frachtleute oder Schiffsleute, öffentliche Boten, Inhaber öffentlicher Pfandhäuser (insofern sie nicht Staats oder öffentliche Diener sind), desgleichen die bei solchen Geschäften oder Gewerben bestellten Bersonen, z. B. Handelsbiener, Schreiber, Ausseher, Fuhr oder Schiffstnechte und bergleichen sich an Sachen, die ihnen vermöge solcher Geschäfte oder Gewerbe anvertraut worden sind, einer Unterschla-

gung fculbig gemacht haben ;

2) wenn Vormunder ober Curatoren am Vermögen ihrer Bflegbefohlenen, bei Concurs ober Debitsachen gerichte lich bestellte ober bestätigte Massecuratoren, Guterpfleger ober Sequestrationsverwalter an dem zur Masse ge- hörigen Vermögen, Testamentserecutoren an der Erbe masse, Verwalter des Kirchens, Stiftungs oder Communalvermögens (soweit sie nicht unter den Staatsoder öffentlichen Dienern begriffen sind), am Vermögen der Kirchen, Stiftungen oder Communen eine Untersschlagung begangen haben.

Art. 377. Was bei bem Diebstahl über Ausschließung bes Verfahrens von Amtswegen im Verhältniß zu Ehegatten und nahen Verwandten (Art. 351.), ferner über die Entwendung von Eß = und Trinkwaaren (Art. 352.), über die Betragsberechnung (Art. 353. und 354.), über den Rückfall im Art. 366., über das Zusammentreffen im Art. 368. und über das Zurückgeben der Sache oder die Zustriedenstellung des Beschädigten im Art. 369. verordnet ist, kommt auch bei der Unterschlagung zur Anwendung.

Citel XLII.

Bon ber Schriftfalfdung und vom Betruge.

I. Schriftfälfdung 55).

Mrt. 378. Wer eine Schrift ober fonftige Urfunde nachmacht ober mit einer falichen Unterschrift ober einem falichen Siegel verfieht, ober ein achtes Siegel zur Ausstellung einer falfchen Schrift ober fonftigen falfchen Urfunde migbraucht, ober ben Inhalt einer achten Schrift ober Urfunde, burch Beranberung, Bufat, Muslofdung von Borten, Buchftaben, Bablen, Unterscheibungszeichen ober auf fonftige Beife ent= ftellt und von einer folden falfden ober verfälfchten Schrift ober Urfunde Gebrauch gemacht bat, um Unberen zu fchaben, ober fich ober Underen unerlaubten Bortheil zu verschaffen, ift ber Schriftfälfdung fculbig.

Art. 379. Die Schriftfälfchung wird bestraft:

I. mit Correctionsbaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu acht Jahren, wenn fie verübt worben ift:

a) an Urfunden, welche mit ber Unterschrift bes Bergogs, ober mit bem Bergoglichen Staatssiegel, ober mit bem Siegel bes Bergoglichen Staatsminifteriums ober eines Minifterialbepartemente ausgefertigt find;

b) an Urfunden, welche von Stagtebehörben ausgefertigt ober beglaubigt finb :

an gerichtlichen Urtheilen, an Protofollen ber Berichte ober anderer Staatsbeborben und an bealau-

⁵⁵⁾ Die Urt. 378-384. entsprechen ben Urt. 385 - 390. bes beff. Str. : 8. : Bos., jeboch unter theilmeijer Revactioneanberung und milberer Strafanbrobung in Art. 378.

Mrt. 384, findet sich dier im best. Sett. 96, 39d, nicht, ist aber wörtlich Art. 208. Bgl. bayer. Str. 26, 28d, Art. 266–268. 293. 294. 337. 340. 425., olbenb. Mrt. 271. 272. 298. 299. 342. 454., altenb. Art. 247–250., würtemb. Art. 219–221. 356–361., braunschweig. §§. 31. 132. 228–230., hannov. Art. 196–199. 317., bab. §6. 423–434., bürting. Art. 252–250., preuß. §§. 247–252., österreich. §. 199. lit. d., fachf. Art. 311.

bigten Abschriften berselben, besgleichen an ben mit ben vorschriftsmäßigen Beglaubigungs = ober Erpe= bitionszeichen versehenen Concepten ober amtlichen Ausfertigungen, welche bei ben Aften ber Gerichte ober anberer Staatsbehörden ausbewahrt werben;

- d) an ben unter amtlichem Glauben aufgestellten ober geführt werbenden Inventarien, Grund=, Flur= und hopothekenbuchern, Steuerkatastern, Saal= und Lagerbuchern, Geburts=, Tauf=, heiraths= ober Sterb= registern (Civilftandbregistern), sowie an ben hieraus mit amtlicher Beglaubigung gefertigten Auszugen;
- e) an Motariateaften und Motariateprotofollen;
- f) an Wechfeln und fonftigen Sanbelecreditpapieren;
- g) an Creditpapieren bestätigter Corporationen und Creditvereine;
- h) an Teftamenten, insofern beren Fälfchung nicht unter eine ber vorhergehenden Bestimmungen fällt;
- II. mit Correctionshaus bis zu brei ober Buchthaus bis zu funf Jahren in allen anderen Fallen.

Die Gerichte können jedoch, wenn die Gefährlichkeit der Balfchung durch die Umstände sehr gemindert wird, und wenn der Thäter den durch die Fälschung bezweckten Bortheil nicht erreicht hat, auch durch die Fälschung weder dem Staate, noch Privaten ein wirklicher Nachtheil zugefügt worden ift, die Correctionshausstrafe im Falle unter I. bis auf zwei Monate herabsehen, und im Falle unter II. statt derfelben auf Gefängnifftrafe erkennen.

Bei Jumeffung biefer Strafen ift auf bie Wichtigkeit ber verfälschen Urkunde oder Schrift, auf Art und Beschaffensheit bes bavon gemachten Gebrauchs und auf die Größe bes baburch verursachten oder bezielten Schabens, und zwar zu I. nach Analogie ber im Art. 365., und zu II. nach Analogie

ber im Art. 358. gegebenen Bestimmungen, Rudficht zu nehmen.

Art. 380. Die im vorhergehenden Artikel enthaltenen Bestimmungen sind auch auf den anwendbar, welcher zwar die Fälschung der Urkunde oder Schrift nicht felbst verübt, jedoch von einer Urkunde oder Schrift, ob er gleich wußte, daß sie falsch oder verfälscht sei, Gebrauch gemacht hat, um Anderen zu schaben, oder sich oder Anderen unerlaubten Voretheil zu verschaffen.

Dasfelbe gilt von bem, welcher, um einem Anderen gu fchaben, rechtswibrig gultige Urfunben vernichtet ober unterbruckt.

Art. 381. Bon ben in ben Art. 378. 379. und 380. enthaltenen Berfügungen find bie an Reisepäffen, Banbersbuchern, Kundschaften, Heimathscheinen ober Marschzetteln versübten Fälschungen ausgenommen, in Ansehung berer bie in bem nachfolgenden Artikel bestimmten Strafen eintreten.

Art. 382. 1) Wer einen falschen Reisepaß macht, ober einen urfprunglich ächten Reisepaß verfälscht, ober von einem falschen ober verfälschten Reisepaß wissent=lich Gebrauch macht;

2) wer in einem Reisepaß einen untergeschobenen Namen annimmt, ober von einem ächten für einen Anderen ausgestellten Reisepaß, als sei er für ihn ausgestellt, Gebrauch macht, oder wer einen für ihn ausgestellten Reisepaß einem Anderen zum Gebrauch überläßt, oder wer als Zeuge dazu mitwirkt, daß ein Reisepaß unter einem untergeschobenen Namen verabsolgt wird,

foll mit Gelbbuffe ober Gefängnif, ober unter erfchwerenben Umftanben mit Correctionebaus bis zu feche Monaten bestraft werben.

Diefelben Strafen treten ein, wenn bie unter 1. und 2. bezeichneten Sandlungen in Bezug auf Wanderbucher,

Runbichaften, Beimathicheine ober Marichzettel ver-

Art. 383. Wer in der Absicht, eine Fälschung zu begehen, oder zu solcher behülflich zu sein, das Siegel einer öffentlichen Behörde verfertigt oder verfertigen läßt, wer zu gleichem Zwecke Stempel, womit Bapier, Waaren, Maß, Gewicht und andere Gegenstände unter öffentlicher Autorität bezeichnet werden, nachmacht oder verfälscht, nachmachen oder verfälschen läßt, oder wer sich zu solchen Zwecken unbefugter Weise in den Besitz von ächten Siegeln oder Stempeln setz, wird, insofern seine Handlung nicht unter die Bestimmungen des Art. 206. fällt, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

Art. 384. Wer Wahlzettel bei gefestlich angeordneten Wahlen verfälscht oder unterdrückt, oder betrüglich austauscht, oder absichtlich einen anderen Namen barauf fest, als ihm angegeben worden, soll mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre bestraft werden.

II. Betrug 56).

Art. 385. Wer in ber Absicht, die Rechte eines Ansberen zu benachtheiligen, oder sich oder Anderen einen unerslaubten Vortheil zu verschaffen, mit Verletzung einer besonderen Rechtspslicht wissentlich falsche Thatsachen für wahr ausgibt, oder wahre Thatsachen vorenthält oder unterdrückt, oder auch ohne Verletzung einer besonderen Rechtspslicht arglistiger Weise täuschende Handlungen vornimmt, oder den Irrthum eines

[&]quot;) Die Art. 385—393. entsprechen ben Art. 391—399. des hess. Str. & S. & Bos., unter Mitberung der Strasandrohung in Art. 391. 393.

Byl. bayer. Str. & Bos. Art. 256—283. 387—395., oldend. Art. 261—283. 387—403., altend. Art. 284—286., würtemb. Art. 351—354., braunschw. § 224—239., bamoo. Art. 308—320., bad. § 450—470., tbüring. Art. 236—259., preuß. § 241—262., bsereich. § 197—205. 486., sach Art. 284—296.

Anderen, ben er nicht felbft veranlagt hat, burch fein Benehmen unterhalt, und badurch ben Anderen in Schaben ge-

bracht hat, ift bes Betruge fculbig.

Art. 386. Wo in Vertrageverhaltniffen nach civilrecht= lichen Grundfägen wegen rechtswidriger Täuschung auf Aufshebung des Geschäftes oder auf Schadensersat geklagt werden kann, hat es hierbei sein Bewenden und das Strafgeset kommt in folden Källen nicht zur Anwendung, ausgenommen, wenn ein Theil den anderen durch besondere Arglist zur Eingehung des Vertrags im Ganzen oder einzelner Bestimmungen des selben verleitet hatte.

Auch barf bei Bertrageverhältniffen wegen Betruge nur

auf Rlage bes Befchabigten eingeschritten werben.

Art. 387. Wenn der Werth des Gegenstandes, um welchen Jemand betrogen worden ift, die Summe von funfszehn Gulden nicht übersteigt, und wenn bei der That keiner der in den Art. 389. und 391. angeführten Umstände einstritt, so ist ein folcher kleiner Betrug mit Gefängniß zu bestrafen.

Art. 388. Derjenige Betrug, welcher weder als fleiner Betrug unter ben vorhergehenden Artikel fällt, noch durch einen ber im Art. 391. angeführten Umftände ausgezeichnet ift, wird als ein facher Betrug mit Correctionshaus bis zu drei ober Buchthaus bis zu funf Jahren bestraft.

Die Gerichte konnen jedoch, wenn bei einem erften Betruge ber Gegenstand bes Betrugs ben Werth von funf Gulben

nicht überfteigt, auf Gefängnifftrafe ertennen.

Art. 389. Alls befondere Erschwerungsgrunde find bet bem einfachen Betruge folgende Umftande zu betrachten: wenn ber Betrug

1) durch Mißbrauch ber Religion, einer religiöfen Sandlung ober einer burch die Religion geheiligten Sache;

- 2) burch Gebrauch falfcher Amtefleibung, ober falfchliche Beilegung eines Amtes ober öffentlichen Dienftes; ober
- 3) burch Migbrauch, Veranberung ober Nachahmung ber gesetlichen Zeichen, womit ber Werth, ber Gehalt ober bie Eigenschaft einer Sache beurkundet wird; ober
- 4) von mehreren Berfonen in Berbindung;
- 5) burch Gebrauch falfchen Mages ober Gewichts bei einem offenen Gewerbe;
- 6) baburch, baß Jemand Nahrungs = ober Arzneimittel, wissend, baß folche mit ber Gesundheit nachtheiligen Dingen verfälscht sind, abset;
- 7) baburch verübt worden ift, bag verordnete Arzneimittel mit anderen wohlfeileren, oder mit fonstigen Substanzen verwechselt oder in der vorgeschriebenen Menge verkurzt werden.
- Art. 390. Was bei bem Diebstahl über bie Betragsberechnung (Art. 353. und 354.), über bie bei Zumessung ber Strafe auf ben Werth bes Entwendeten zu nehmende Rücksicht (Art. 358.), über ben Nücksall im Art. 366., über bas Zusammentressen im Art. 368. und über bas Zurückgeben ber Sache ober die Zusriedenstellung des Beschädigten im Art. 369. verordnet ist, kommt auch bei dem Betruge zur Anwendung.

Art. 391. Mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu acht Sahren werben bestraft:

1) wer ein ihm anvertrautes, nur mit einer Unterfdrift verfebenes Bapier (Blanfett) in betruglicher Abficht mit einer Schuldverschreibung oder einem Befreiungsscheine (Quittung), oder mit irgend einem ansberen Aufsage, welcher ber Berson oder dem Bermögen besjenigen, der unterzeichnet hat, nachtheilig sein kann, ausfüllt oder ausfüllen läßt, und davon Gebrauch gemacht hat. War das nur mit einer Unterschrift verssehene Papier ihm nicht anvertraut, so soll er als Schriftsverfälscher verfolgt und bestraft werden;

- 2) Berfonen, welche vermöge ihres Gewerbes Gold, Silber ober Ebelfteine verkaufen ober verarbeiten, und wiffentlich Waaren von uneblen ober geringhaltigen Metallen
 als probmäßig, ober unächte Steine als Ebelfteine abfegen, ober bie ihnen anvertrauten Metalle ober Ebelfteine gegen geringhaltige Metalle ober Steine vertaufchen;
- 3) wer in feine Sanbelsbucher, wo folde nach ben Gefeten als Beweismittel fur ihn vor Gericht zugelaffen
 werben, falfche Einträge macht und fle zur Begrundung
 ober Entkräftung von Rechtsansprüchen gebraucht;
- 4) Spieler von Profession, welche sich in einem Spiele falicher Burfel, falicher Karten, eines hinterlistigen Ginverständnisses ober anderer liftiger Ränke ober Kunftgriffe bedienen;
- 5) wer burch Beilegung eines falfchen Namens, falfchen Standes oder falfchen Amtes, oder burch den Gebrauch falfcher Schriften oder Urkunden die Bollziehung einer für nichtig erkannten Ehe bewirkt hat;
- 6) wer in betrügerischer Absicht sich selbst ober einem Anberen die Rechte bes Familienstandes in einer fremden Familie fälschlich beilegt, ober auf betrügerische Weise ben mahren Familienstand eines Menschen zu bessen Nachtheil unterdrückt ober verändert;

7) wer burch Anwendung betrügerischer Mittel Jemanden zum Aufgeben seines Nahrungsftandes ober zur Auswanderung verleitet hat.

Die Gerichte konnen jeboch in ben porftehenden Fällen bie bestimmte Correctionshausstrafe bis auf zwei Monate herabsfepen, wenn es sich von einem ersten Betruge handelt, ber verursachte Schaben geringfügig ift und bie Strafbarkeit ber That burch bie Umstände sehr gemindert wird.

III. Bemeinfchaftliche Bestimmungen.

Art. 392. Betrügereien ober Schriftfälfchungen, welche unter ben im Art. 351. genannten Bersonen vorfallen, follen nur auf Klage bes Sauptes ber Familie ober bes burch bie Schriftfälschung Beschädigten ober bes Betrogenen bestraft werben.

Art. 393. Hat ber, an welchem eine Schriftfälschung ober ein Betrug zu bestrafen ist, vorher schon zweimal wegen Schriftfälschung, wegen Betrugs ober wegen eines der übrigen, im Art. 90. Nr. 7. genannten Verbrechen Correctionshaussstrafe von Einem Jahre oder mehr, oder Zuchthausstrafe erzlitten, so können die Gerichte die in den Art. 379. und 391. bestimmte Zuchthausstrafe von höchstens acht Jahren bis auf zehn Jahre erhöhen, wenn sie wegen der aus allen Umständen erhellenden besonderen Gefährlichteit des Schuldigen die im Tit. VII., von dem Rückfalle, verordnete Schärfung der Strafe für zu gering erachten.

Titel XLIII.

Bom Bucher und von Bervortheilung einer unter fremder Gewalt befindlichen Berfon 57).

Art. 394. Wer einen Anderen in Creditgeschäften burch einen von den burgerlichen Gesetzen für wucherlich erklärten Bertrag übervortheilt, soll auf Klage der Betheiligten, und wenn er bereits unerlaubten Vortheil bezogen hat, nach folgendem Unterschiede bestraft werden:

1) bei unverkleibetem Bucher mit einer Gelbstrafe, melche bem zwei = bis vierfachen Betrage bes bezogenen un= erlaubten Bortheils gleichsteht;

2) bei verkleibetem Bucher, außer ber unter Nr. 1. angebrohten Gelbstrafe, mit Gefängniß nicht unter zehn Tagen:

3) bei gewerbsmäßigem Bucher mit bem vierfachen Betrage bes bezogenen unerlaubten Bertheils, ober mit Gefäng= niß ober Correctionshaus bis zu Ginem Sahre, und zugleich mit Gelbbufe von funfzig bis taufend Gulben.

Gin wucherlicher Contract heißt verkleibet, wenn bas wahre Berhältniß ber Binfen zum Kapitale nicht unmittelbar aus bem Contracte felbst mit Bestimmtheit und Klarheit ersfeben werben kann.

Art. 395. Wer die Bedürfniffe, Schwächen oder Leibenschaften eines Minderjährigen oder wegen Geistesschwäche oder Berfchwendung unter Curatel Stehenden (wiffend, daß er ein folder ist) zu bessen Schaden mißbraucht, um sich Schuldsverschreibungen, Quittungen oder Befreiungsscheine für Darslehn in Geld oder Mobiliargegenständen oder Handelseffecten,

^{**)} Die Art. 394. 395. find Art. 400. 401. bes heff. Str.«G.» Bch. Bagt. Sayr. Str.«G.» Bch. Bagt. Sayr. Str. 261. 262., oftenb. Art. 266. 267., attenburg. Art. 393—401., würtemb, Art. 355., fraunfchm. § 231. 232., hannob. Art. 313., bab. §§. 533. 534., thūring. Art. 286—290., preuß. §§. 263—265., fach. Art. 340—348.

ober sonftige verbindliche Papiere bon ihm unterzeichnen gu laffen, unter melder Form biefes Befchaft gemacht ober worin es eingekleibet fein mag, foll auf Rlage bes Batere, Bormunbes ober Curatore bes Benachtheiligten zu Gefängnifftrafe nicht unter vier Wochen, in eine Gelbftrafe von breifig bis zweihundert Gulben, und wenn biefer Digbrauch gewerbemäßig betrieben wirb, auch ohne Rlage ber genannten Berfonen, neben jener Geloftrafe zu Correctionsbausftrafe bis zu zwei Sahren verurtheilt werben.

Witel XLIV.

Bon Bervortheilung ber Glaubiger bei Concurfen und Banterotten 58).

Art. 396. Wer bei bevorftebenbem ober ausgebrochenem Concurfe, ober bei bevorftebenbem Fallimente, burch betrus gerifche Sandlungen einzelne feiner Gläubiger vor anderen begunftigt, ober, um feine Gläubiger gu verfurgen, Gelb ober gelbeswerthe Sachen beimlich gurudbehalt ober auf bie Seite fchafft, Activforberungen verschweigt ober beren Bezahlung beimlich annimmt, erdichtete Gläubiger aufstellt, ober fonftige betrügerische Beife feine Bablungeunfähigfeit bergrößert, foll, wenn er nicht als Banbelsmann, Wechsler ober Rabrifant fich baburch eines betrüglichen Banterotte fchulbig gemacht hat (Art. 397.), nach ben im Sit. XLII. II. Betruge enthaltenen Bestimmungen bestraft werben.

¹⁴⁾ Die Art. 396-400. finb Art. 402-406. bes beff. Etr. : G. : Bos., mit einer

milberen Strafandrobung in Art. 399.

Ngt. baber. Str.: G.: Bd. Mrt. 273—279., oftenb. Art. 278—284., altenburg.

Art. 256—260., wartemberg. Art. 362—367., braunschweig. §§. 233—236., hannov.

Art. 226—224., bab. §§. 465—468., thūring. Art. 242—245., preuß. §§. 259—262.,

hhereeth. §. 199. lit. £, 486., sach. Art. 304—310.

Art. 397. Ein Handelsmann, Wechster oder Fabrikant, welcher in den Zustand der Zahlungsunfähigkeit gekommen ift, foll des betrügerischen Bankerotts in folgenden Fällen für schuldig erkannt werden, wenn er nicht folche Umstände zu erweisen vermag, durch welche die Boraussetzung einer bestrügerischen Absicht gegen seine Gläubiger gänzlich beseitigt wird:

Nämlich

1) wenn er feine Sanbelsbucher auf bie Seite geschafft hat, ober wenn bie vorgelegten Sanbelsbucher falfche Gintrage enthalten;

2) wenn er Ausgaben ober einen erlittenen Berluft falfch=

lich angegeben bat;

3) wenn er in ben letten feche Monaten vor Einstellung feiner Zahlungen beträchtliche Summen an Gelb ober Waaren eingenommen hat und beren Berwendung nach= zuweisen nicht im Stande ift;

4) wenn er Gelb, geldeswerthe Sachen ober Papiere, ober Activforderungen verheimlicht ober auf die Seite gefchafft hat, ober wenn er falfche Schulben, mit ober ohne Borwiffen bes erdichteten Gläubigers, angegeben hat;

5) wenn er feine Gläubiger burch falfche ober verkleibete Geschäfte verkurzt bat;

Geschafte verkurzt hat;

6) wenn er basjenige, was er in Hanbelsgeschäften an Gelb ober gelbeswerthen Sachen ober Napieren in Folge eines besonderen Auftrages ober eines Depositums von einem Anderen erhalten, zum Nachtheile des Vollmachtgebers ober Deponenten für sich verwendet hat.

Dem betrügerischen Bankerott ift gleich zu achten, wenn ein Sanbelsmann, Wechsler ober Fabrikant in ber Absicht, feine Gläubiger burch einen Nachlagvertrag zu beschädigen, sich fälschlich fur zahlungsunfähig ausgegeben und baburch ben Nachlagvertrag zu Stanbe gebracht hat.

Art. 398. Des einfachen Bankerotts foll ein Sanbelsmann, Wechsler ober Fabrikant, welcher in ben Buftanb ber Bahlungsunfähigkeit gekommen ift, in folgenden Fällen fur schulbig geachtet werben:

1) wenn er bie zu seinem Geschäfte nach Gesetzen ober Handelssitte erforberlichen Bucher gar nicht geführt hat, ober wenn in den geführten Büchern sich eine folche Unordnung findet, daß man daraus seinen Activ = und Bassibland nicht übersehen kann;

2) wenn er unmäßigen Aufwand in seinem Hauswesen gemacht, ober große Summen entweber im Spiele verloren, ober burch Neppigkeit und Leichtsinn ver-

fcmenbet bat;

3) wenn er seine Unternehmungen so weit über fein Bermogen getrieben, daß beren Mißlingen seinen Vall hervorbringen konnte, und daraus auch seine Zahlungsunfähigkeit entstanden ift;

- 4) wenn aus seinem Inventar ober ben fonstigen Berhälteniffen hervorgeht, baß, ungeachtet sein Activvermögen um funzig Brocent geringer, als sein Bassivvermögen war, er nichtsbestoweniger beträchtliche Summen aufgenommen, ober Waaren ober Creditpapiere unter bem laufenden Preise verkauft hat;
- 5) wenn er Wechfel oder andere in Sandelscirculation fommende Creditpapiere für eine Summe unterzeichnet hat, die, wie aus seinem Inventar oder den sonstigen Verhältniffen hervorgeht, dreimal so hoch ift, als sein Activvermögen.

Art. 399. Der betrugerifche Bankerott foll mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu zehn Jahren, und ber einfache Bankerott mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werben. Bei Zumeffung biefer Strafen haben bie Gerichte auf bie Größe bes ben Gläubigern verursachten Berluftes und barauf, ob mehrere ber in ben Art. 397. und 398. erwähnten Umftanbe zugleich vorhanden find, Rucksicht zu nehmen.

Art. 400. Die in ben Urt. 397. 398. und 399. entshaltenen Bestimmungen find auch auf Mäfler, Wechselagenten, Senfale und auf Frauenspersonen, welche ein Sandelsgeschäft auf eigene Rechnung betreiben, anwendbar.

Titel XLV.

Bon Benachtheiligungen burch Bormunber, Curatoren, Guterpfleger, Sequestrationeverwalter und Teftamenterecutoren 59).

Art. 401. Vormunder, Curatoren, Massecuratoren, Guterpfleger und Testamentserecutoren, welche, auch ohne Unterschlagung oder Betrug, thren Pflegbefohlenen oder Massen absichtlich zum Nachtheil handeln, follen:

1) wenn fie fich baburch eigenen Bortheil verschafft haben, mit Correctionshaus bis zu zwei Jahren bestraft werben.

Die Gerichte konnen jeboch, wenn ber erzielte Bortheil die Summe von funfzehn Gulben nicht übersteigt und keine besonderen Erschwerungsgrunde vorliegen, auch auf Gefängnifftrafe nicht unter vier Wochen erkennen.

2) In allen anderen Fällen tritt Gefängnif ober Gelbbuffe ein.

⁹⁹⁾ Art. 401. ift Art. 407. bes hess. Str.S.B.B.B. objec. Str.S.B.B. (1295. 296. 398—400., oftenb. Art. 300. 301. 417—419., altenb. Art. 321., würt. Art. 453—457., braunsch. Str. 285., hannob. Art. 219. 368., bab. §6. 539. 540., thüring. Art. 318., preuß. §. 246., sach. Art. 371.

Titel XLVI.

Bon ber Pflichtverletung ber Schieberichter und Sachverftanbigen 60).

Art. 402. Wer als Schiebsrichter in einer Sache sich in Beziehung auf bas von ihm abzugebende Urtheil bestechen läßt, ober aus Gunft ober Ungunft ein Urtheil fällt, von welchem er mußte, baß es ein ungerechtes ift, foll zu Cor-rectionshausstrafe bis zu funf Jahren verurtheilt werden.

Wer ben Schieberichter bestochen hat, wirb mit Cor-

rectionshaus bis zu zwei Sahren beftraft.

Art. 403. Bereibigte Sachverständige ober Schäger, welche sich in Beziehung auf bas von ihnen abzugebende Gutsachten haben bestechen laffen, ober Jemanden burch ihr Gutsachten vorsätlich ober mittelst absichtlich unrichtiger Schähung in Schaden gebracht haben, sollen, insofern die im Tit. XXV. vom Meineibe, enthaltenen Bestimmungen nicht gegen sie in Anwendung kommen können, zu Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren verurtheilt werden.

Gleicher Strafe unterliegt, wer einen vereibigten Cach-

verftanbigen ober Schaper beftochen bat.

Titel XLVII.

Bon Berlegung frember Beheimniffe 61).

Mrt. 404. Wer in ber Abficht, Jemanben gu ichaben, ober in ber Abficht, fich ober einem Dritten rechtswidrigen

e) Die Art. 402. 403. entsprechen wortlich ben Art, 408. 409. bes best. Str. Gr. B. . B. . Art. 408. bes best. Str. Gr. B. . Best. B. . Br. 409. bes best. Str. Gr. B. . Burch bartere Strafantrobung.

Agf. baper. Str. S. Bd. Art. 396., olbenburg. Art. 413. 414., altenburg. Art. 323. 324., wurt. Art. 369. 370., braunfdw. S. 237., hannob. Art. 218., bab. S. 541. 544. 545., thūring. Art. 320., preuß. S. 155., biterreich. S. 498. 499., fach. Art. 372. 373.

Bortheil zu verschaffen, verstegelte Briefe oder andere verstegelte Urkunden, die nicht an ihn gerichtet sind, eigenmächtig öffnet, um unbefugter Weise zur Kenntniß des Inhalts zu gelangen, oder zu gleichem Zwecke offener Briefe oder Urkunden sich unbefugter Weise durch Gewalt oder List bemächtigt, soll, insofern ihn nicht nach einer anderen Bestimmung dieses Gesetzbuches eine härtere Strafe trifft, auf Klage des Verletzen mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu drei Wonaten oder mit Geldbuße bis zu neunzig Gulden bestraft werden.

Titel XLVIII.

Bon ber Branbftiftung 62).

Art. 405. Wer Wohnungen ober andere Aufenthaltsorte von Menschen, ober solche Gebäude ober Sachen, welche menschlichen Wohnungen ober Aufenthaltsorten nahe find und biesen das Feuer mittheilen konnten, vorsäglich in Brand gefest hat, soll bestraft werden:

- 1) mit lebenslänglichem Zuchthaus: wenn in Folge bes ausgebrochenen Feuers ein Mensch getöbtet worben ift, wofern ber Brandstifter biefen Erfolg vorberfeben konnte;
- 2) mit Buchthaus von zwölf bis achtzehn Sahren:
 - a. wenn ber Berbrecher in Stabten, Dorfern ober Bleden an verschiedenen Orten zugleich Brand ge-

e2) Die Art. 405-413. entsprechen ben Art. 411-419. bes heff. Str.: G.: Bos., Bos., and find faft alle Strafantrobungen mitber, die in Art. 412. hober. Art. 409. if anders rebairt als ber entsprechente Art. 415.

nto int lat. 1-12. govern auch eriagiarerspangen mitter, der in kit. 1-12. govern anders redigirt als der entipresgende Art. 415.

Bgl. baher. Str.: 90.28d, Art. 247—255., ofbenburg. Art. 252—258., altenb.
Art. 171—178., würtemberg. Art. 378—384., braunschweig. §§. 204—208., hannob.
Art. 181—187., das. §§. 546—562., thūring. Art. 161—167., preuß. §§. 244. 284—289., dherreich. §§. 166—170., sächs. Art. 208—214.

legt hat und bas Feuer wenigstens an einem Orte

ausgebrochen ift;

b. wenn an einem Gebaube Brandstiftung verübt worben ift, in welchem bedeutende Bulvervorrathe vorhanden waren, vorausgeseht, daß der Brandstifter hiervon Wiffenschaft hatte;

c. menn in Folge bes ausgebrochenen Feners ein Menfch lebensgefährlich beschädigt worben ift, wofern ber

Brandftifter biefen Erfolg voraussehen fonnte;

d. wenn die Brandstiftung zur Begehung eines Morbes verübt wurde, infofern zur Vollführung bes letteren Verbrechens wenigstens ein strafbarer Verfuch gemacht worden ift;

3) mit Buchthaus von fechs bis zwölf Sahren in allen übrigen Fällen.

In ben Fällen Nr. 3. haben bie Gerichte bei Zumeffung ber Strafe hauptfächlich auf die größere ober geringere Gefährlichkeit fur Menschenleben, und unter Anderem auch auf die nähere ober entferntere Gefahr der Verbreitung des Feuers, ob insbesondere die Brandstiftung bei Tag oder Nacht verübt wurde, und auf die Größe des verursachten Schadens Ruckssticht zu nehmen.

Art. 406. Wer Waldungen, Torfmoore, Rohlengruben, noch nicht abgeerntete Fruchtfluren, einsam stehende unbewohnte Gebäude, unbewohnte Schiffe oder Schiffsmuhlen, abgesondert liegende Magazine, Vorräthe von Früchten, von Bau= oder Brennmaterialien oder ähnlichen Gegenständen, oder solche Sachen, wodurch jenen genannten Gegenständen das Feuer mitgetheilt werden könnte, ohne Gefahr für das Leben Anderer, sowie für Wohnungen oder Ausenthaltsorte von Menschen, vorsätzlich in Brand geseth hat, soll, nach der größeren oder geringeren, mit seiner Handlung verbundenen Gesahr für Gigen=

thum, und nach ber Große bes berurfachten Schabens, mit

Buchthaus bis zu acht Jahren beftraft werben.

Sollte jedoch ber gestiftete Schaben gering fein und folle ten noch sonstige strafminbernbe Umftanbe eintreten, so konnen bie Gerichte auf Correctionshausstrafe von Gin bis zwei Jahren erkennen.

Art. 407. Alle anderen burch bie Art. 405. und 406. nicht vorgesehenen Fälle von Brandstiftung werden nach ben im Tit. L., von ber Eigenthumsbeschäbigung aus Bosheit, enthaltenen Bestimmungen bestraft.

Art. 408. Das Anzunden ber eigenen Wohnung ober Sache, ohne Gefahr fur Menschen ober fremdes Eigenthum, ift nur dann strafbar, wenn es in der Absicht, dadurch ein anderes Verbrechen, namentlich einen Betrug an einer Brand- versicherungsanstalt zu verüben, geschehen ist; in diesem Valle tritt Correctionshausstrafe bis zu drei oder Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren ein.

Sat ber Branbftifter biefe betrugerifche Abficht wirklich erreicht, fo konnen bie Gerichte bie Buchthausstrafe bis auf

acht Sahre erhöhen.

Art. 409. In allen Fällen ift bie Brandftiftung fur vollendet (bas Feuer fur ausgebrochen) zu erachten, sobald bie Blamme ben Gegenstand ber Brandstiftung ergriffen, ober solcher burch Glimmen verzehrt zu werben angefangen hat.

Art. 410. Der Branbstifter, welcher bas eben ausgebrochene Feuer auf ber Stelle, aus freier Entschließung,
wieder gelöscht hat, so baß außer bem burch ben bloßen Ausbruch besfelben bewirkten Schaben kein weiterer entstanden ist,
foll zu Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre verurtheilt
werden.

Art. 411. Ift bas Veuer erft nach bem Ausbruche, und nachbem es bereits einigen weiteren Schaben gestiftet bat, jeboch bor beffen fernerer Berbreitung, und ohne bag ein Menfch babei verlett murbe, aus freier Entschliegung bes Brandftiftere von biefem felbft ober burch feine Beranftaltung gelofcht worben, fo foll eine Berminberung ber bestimmten Strafe in ber Art eintreten, bag ftatt ber Buchthausftrafe Urt. 405. Nr. 2. eine folche von brei bis funf Sahren, ftatt ber im Urt. 405. Nr. 3. bestimmten Strafen Correctionebaus bis zu funf Sahren und ftatt ber im Urt. 406. bestimmten Strafen Correctionsbausftrafe bis zu achtzehn Monaten ftattfinbet.

Urt. 412. Wer bie pflichtmäßige Borficht im Gebrauche bes Feuers und Lichts verfaumt, wer insbefondere bie gur Berhutung ber Feuersgefahr gegebenen Bolizeivorschriften vernachläßigt und baburch einen Brand ber in ben Urt. 405. ober 406. bemerkten Urt verurfacht, burch welchen eine Befchabigung bes Gigenthume Unberer entfteht, foll mit Gefangnif ober Correctionshaus bis zu brei Monaten ober Gelbbufe bis zu bunbert Gulben bestraft merben.

3ft burch einen folchen Brand bie Tobtung ober Rorperverletung eines Menfchen verurfacht worben, fo finden bie Bestimmungen ber Urt. 248, und 262. Anwendung.

Art. 413. Die vorbedächtliche (nicht im Affect geschehene) Unbrobung einer Brandfliftung wird, wenn fle teine Erpreffung gum 3mede batte, mit Correctionshaus bis zu Ginem Jahre, und wenn fie über gange Orte ober Gegenden Beforgnif verbreitete, mit Correctionsbaus bis zu zwei ober Buchtbaus bis ju brei Jahren beftraft.

Auch ift in Fallen biefes Artifels jebesmal zugleich auf

Stellung unter polizeiliche Aufficht zu erfennen.

Titel XLIX.

Bon ber Ueberschwemmung und gefährlichen Beschäbigung ber Gifenbahnen 63).

Art. 414. Wer in der Absicht, Anderen zu schaben, porfählich eine Ueberschwemmung verursacht hat, wodurch voraussichtlich eine gemeine Gefahr fur Leben ober Eigenthum entstehen konnte, soll bestraft werden:

1) mit lebenslänglicher Buchthausstrafe: wenn in Folge ber Ueberschwemmung ein Mensch ge-

tödtet worden ift, wofern dem Thäter dieser Erfolg zum bestimmten oder unbestimmten Vorsatz zuzurechnen ist;

2) mit Buchthausstrafe von acht bis zwolf Jahren:

a. wenn in Folge ber Ueberschwemmung ein Mensch lebensgefährlich beschäbigt worden ist, wosern dem Thäter bieser Erfolg zum bestimmten oder unbestimmten Vorsatz zuzurechnen ist;

b. wenn die Ueberschwemmung unter ben im Art. 405. Nr. 2. lit. d. bezeichneten Umftanden verübt wurde;

3) mit Correctionshaus von Gin bis brei ober Buchthaus bis zu acht Jahren in allen anderen Kallen.

Bei Zumeffung ber unter Nr. 3. angebrohten Strafe haben bie Gerichte unter Anberem auf die Größe bes entstanbenen Schabens, sowie barauf, ob die Ueberschwemmung zur Nachtzeit verursacht worden, ob der beschädigte Deich ober Damm einem der größeren Flüsse angehört und ob die That gerade zur Zeit eines hohen Wasserstandes oder eines Gisganges verübt worden, sowie auf den größeren oder geringeren

⁴¹⁾ Die Art. 414-417. entsprechen ben Art. 420-423. bes besi. Str. Bos, unter theilweise veranderter Redaction und Strafandrohung in Art. 414. und 416. Art. 418. find neu.

Bgl. bayer. Str.: G.: Bd. Art. 254., oldenburg. Art. 259., altenb. Art. 180., wärtemb. Art. 386., braunschw. §. 209., hannov. Art. 189., 337., bad. §§. 563—569., thuring. Art. 169., preuß. §§. 290—300., österreich. §. 85., sach. Art. 216—218.

Grad ber Gefährlichkeit für Leben ober Gigenthum Anderer Rudflicht zu nehmen.

- Art. 415. Wer eine folde Ueberschwemmung burch Vahrläßigkeit verursacht, wird nach ben Bestimmungen bes Urt. 412. bestraft.
- Art. 416. Die vorbedächtliche (nicht im Affect geschehene) Androhung einer Ueberschwemmung ber im Art. 414. bezeich= neten Art soll, wenn sie keine Erpressung zum Zwecke hatte und unter Umftänden geschehen ist, welche die Aussührung möglich machten und erwarten ließen, mit Correctionshaus bis zu Einem Jahre, und wenn sie Besorgniß über ganze Orte oder Gegenden verbreitete, mit Correctionshaus von Ein bis drei oder Zuchthaus bis zu drei Jahren bestraft werden.

Auch ift in Fallen biefes Artifele jedesmal zugleich auf

Stellung unter polizeiliche Aufficht zu erfennen.

- Art. 417. Die vorfählich verursachte Ueberschwemmung, burch welche keine gemeine Gefahr fur Leben ober Eigenthum entstehen konnte, wird nach ben im Titel L. enthaltenen Be-ftimmungen bestraft.
- Art. 418. Wer in ber Absicht, Anderen zu schaben, eine Sisenbahn auf eine solche Weise beschädigt, daß baburch voraussichtlich Gesahr für das Leben oder die Gesundheit Ansberer entsteht, soll bestraft werden nach Raßgabe ber in Art. 414. enthaltenen Vorschriften.
- Art. 419. Wer bie in bem vorhergehenden Artikel bezeichneten Sandlungen aus Fahrläßigkeit verübt, wird nach ben Bestimmungen des Art. 415. bestraft.

Titel L.

Bon anderen Befdabigungen fremben Gigenthume 64).

Art. 420. Wer, außer ben in biesem Gefegbuche befonbers behandelten Fällen, fremdes Eigenthum widerrechtlich vorsätzlich zerftort oder beschädigt, foll, wenn der Betrag bes angerichteten Schabens die Summe von funfzig Gulben nicht übersteigt und wenn keiner der im Art. 421. bezeichneten Umftande eintritt, mit Gefängnig oder Gelbbuge bestraft werden.

Beträgt ber angerichtete Schaben mehr als funfzig Gulben, fo ift auf Correctionshausstrafe bis zu vier Jahren zu erkennen.

Art. 421. Correctionshausstrafe bis zu vier Sahren tritt ferner ein, wenn die vorsätzliche Eigenthumsbeschädigung (Art. 420.) durch einen ber nachfolgenden Umstände ausgezzeichnet ist:

1) wenn bie That mittelft Ginbrechens ober Ginfteigens in Bebaube, ober mit Gebrauch von Baffen verübt murbe;

2) wenn bie Zerstörung ober Beschäbigung an Berzoglichen ober öffentlichen Gebäuden, an Brücken, Deichen, Dämmen, Schleußen, Kanälen, an öffentlichen Brunnen ober Wafferleitungen, an Löschgeräthschaften, an öffentlichen Denkmälern, Grabmälern, Friedhöfen, an Gegenständen, welche zu öffentlichen Kunst = ober wissenschaftlichen Sammlungen gehören, an Wieh auf der Weide ober im Pferche, an im Freien aufgestellten Maschinen, an geernteten Früchten aus Gruben auf dem Felde ober offenen

⁶¹⁾ Die Art. 420-424. entiprechen ben Art. 424-428. bes best. Str.: G.: Bos., iebod ift Art. 421. Biff. 2. etwas verandert redigirt und Art. 423. hat die burch bas best. Gel. b. 23. Redrugar 1849 bestimmte Kaffung.

hefi. Gel. b. 23. Februar 1849 bestimmte Fassung. But. 425. zur ber bittig bestimmte Fassung. Byl. bayer. Str. 289. Art. 244—246. 383—386, olbenb. Art. 249—251. 392—396. attenb. Art. 288., würtemb. Art. 385—393., braunschw. §§. 210—212., bannov. Art. 336—339., bab. §§. 570—582., thüring. Art. 281—284., preuß. §§. 281—283., bserreich. §§. 85. 89. 468., sächs. Art. 335—337.

Schobern, Fabrifaten ober anderen Sachen, welche nicht besonbers verwahrt werben tonnen, verübt wurde;

3) wenn bie Zerftorung ober Beschäbigung von mehreren Bersonen in Berbinbung verübt wurde:

4) wenn bie Berftorung ober Beschäbigung mit Gewalt= thatigfeit gegen eine Berfon verübt wurde, ober

5) wenn bie That aus Rache wegen Amtshandlungen ver-

Die Gerichte konnen jedoch, wenn ber Betrag bes ansgerichteten Schadens bie Summe von zehn Gulben nicht übersfleigt, flatt auf Correctionshausstrafe auf Gefängnifftrafe ober Gelbbuge erkennen.

Dagegen konnen Die Gerichte in Fallen ausgezeichneter Bosheit ftatt auf Correctionshausftrafe auf Zuchthausftrafe

bis zu bier Jahren erfennen.

Art. 422. Bei Zumeffung ber in bem Art. 420. unb 421. angebrohten Strafen haben bie Gerichte besonders barauf zu achten, ob die Eigenthumsbeschäbigung aus Bosheit ober aus Muthwillen verübt, ingleichen wie groß ber badurch verübte Schaben ober bie entstandene Gefahr gewesen ift, und ob ein Ersat stattgefunden hat ober nicht.

Art. 423. Die Beschädigung fremben Gigenthums foll in ben Fällen bes ersten Absahes bes Art. 420. nur auf Rlage bes Beschädigten bestraft werben.

Art. 424. Die in diesem Titel enthaltenen Bestimmungen sind auf solche Eigenthumsbeschädigungen nicht anwendbar, über welche in den Forst=, Jagd=, Tischerei=, Feld= oder Polizeistrasordnungen und in den Gesegen und Verordnungen über den Nachdruck besondere Verfügungen bestehen.

Witel Ll.

Bon Beicabigung burd Beranberung ber Grenggeichen 65).

Mrt. 425. Wer die Dreiecksteine, Die Grenzzeichen bes Grundeigenthums ober anderer Gerechtfame, ober bie gur Bezeichnung ber Sobe und Abtheilung bes Baffere bestimmten Michpfähle, Fachbaume ober fonftigen Borrichtungen verruckt, verandert, vernichtet ober untenntlich macht, ober bas Beheimniß (bie Unterlage) ber Grengfteine hinwegnimmt, ver= rudt, veranbert ober vernichtet, um baburd, Unberen gu fchaben ober fich unerlaubten Bortheil zu verschaffen, foll mit Correctionshaus von Gin bis funf Jahren bestraft merben.

Art. 426. Sind bie im borbergebenben Artifel bezeich= neten Sandlungen zwar ohne die bafelbft vorausgefeste Abficht, iedoch vorfählich verübt worden, fo tritt Gefängnifftrafe ober Belbftrafe bis zu breifig Gulben ein.

Titel LII.

Bon ber Bilberei 66).

Mrt. 427. Wer gewerbomäßig in frembem Sagbbegirt ohne Erlaubnig bes barin gur Jagb Berechtigten, in gewinn= füchtiger Absicht jagbbare Thiere tobtschießt ober anschießt, ober mit Schuffwaffe jagt, ift ber Wilberei fculbig.

⁴³⁾ Die Art. 425, 426, entfprecen ben Art. 429, 430, bes beff, Ctr.: B.: Bos. mit einer Beranberung in ber Strafanbrobung bes Mrt. 426.

Bgl. bayer. Str.:G.:Bh. Art. 336., oldenburg. Art. 396., altenb. Art. 284. 285., würt. Art. 226., braunschweig. 6. 134., hannov. Art. 315. 3iff. 5. Art. 337., bab. 3if. 338. 439., thuring. Art. 277—279., preuß. 6. 243. 3iff. 6., österreich. 6. 199. lit. e., sach. 322.

Die Art. 427—432. sind Art. 431—436. des hess. Etr.: G.: Bchs., unter

Milberung ber Strafanbrobungen in Urt. 427. 428.

Bgt. altenb. Str. B. Art. 275-283., wurtemberg. Art. 394. fg., bab. \$\$. 643-652., thuring. Art. 269-276., preuß. \$\$. 273-277.

Einer gewerbsmäßigen Ausübung bes Jagbrechts ift es

gleich zu achten:

1) wenn ber Thater bereits fruher breimal wegen in gewinnsuchtiger Absicht mit Schuftwaffe verübten Sagbfrevels bestraft worden ist und abermals auf einem folchen betreten wird;

2) wenn bie Beeinträchtigung bes Jagbrechts burch Schuß=

maffe von einer Bande verübt wirb.

Der Wilberer wird mit Correctionshaus von fechs Monaten bis zu zwei Jahren, und im Falle Nr. 2. mit Correctionshaus von fechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Mrt. 428. Wer schon einmal wegen Wilberei bestraft worben ift, wird bei weiteren Rudfällen mit Correctionshaus

bis gu funf Sahren beftraft.

Art. 429. Bei Zumeffung ber in ben Art. 427. und 428. bestimmten Strafen haben bie Gerichte auf die Zahl der Jagdgänge, die verschiedene Art des erlegten Wildes, den dem Jagdberechtigten verursachten Schaden, darauf, ob die That von mehreren Versonen in Verbindung oder in ganzeingefriedigtem Bezirke verübt wurde, und darauf Rückssicht zu nehmen, ob sich der Thäter zur Ausübung der Jagdabssichtlich unkenntlich gemacht hatte.

Alls Strafminderungsgrund ift anzusehen, wenn sich ber Thater dem Jagdberechtigten oder dem zum Schutze der Jagd bestellten Aufseher, von dem er betreten wurde, ohne alle Widersetzung sogleich ergeben, oder die Schufiwaffe von sich

geworfen bat.

Art. 430. Sat fich ber Thäter bem Sagbberechtigten ober einem zum Schutze ber Jagb bestellten Diener ober Besamten, von bem er betreten wurde, widersett ober benfelben beleidigt, auf lebensgefährliche Weise bedroht, ober ihn verwundet ober getöbtet, so finden die Grundsätze über Zusamsmentreffen der Berbrechen Anwendung.

- Art. 431. Conftige Beeintrachtigungen bes Jagbrechts werben nach ben beshalb beftebenben befonderen Befegen und Berordnungen beftraft.
- Mrt. 432. In allen Fällen, in welchen gegen einen Wilberer auf Strafe erkannt wird, findet bie Confiscation ber gum Berbrechen benutten Schufmaffe ftatt, vorbehaltlich ber Rechte eines unfdulbigen Dritten.

Titel LIII.

Bon Befcabigung ber Thiere burch Bergiftung ober Berbreitung von Biebfeuchen 67).

Art. 433. Wer, um Thiere Anderer zu beschäbigen ober zu tobten, Beiben, Biefen, Biehtranten ober Teiche ver= giftet, ober mer eine Biebfeuche absichtlich verbreitet bat, foll verurtheilt werben:

1) wenn Thiere eines Anderen baburch wirklich getobtet -ober beschäbigt worden find, und gmar:

a. wenn fich bie Töbtung ober Beschäbigung auf bie Thiere ganger Gemeinben ober Gegenben erftrect bat, ju Buchthausstrafe von vier bis gebn Sahren;

b. wenn nur bie Thiere Einzelner baburch beschäbigt ober getobtet worben find, ju Correctionshausftrafe bis zu brei ober Buchthausftrafe bis zu vier Jahren;

2) wenn feine Thiere Unberer beschäbigt ober getobtet worben find, ju Correctionshausftrafe bis ju vier Sahren

¹⁾ Die Art. 433. 434. find Art. 437-438. bes beff. Str. : 8. : 968. mit einer

Menberung ber Strasanbrohung im letten Abs. bes Art. 433. Bgl. baber. Str. 69. Bch. Art. 246. 385. 34ff. 2., otbenb. Art. 251. 394. 34ff. 2., attenb. Art. 181., wartemb. Art. 389., braunschw. 6, 210., hannob. Art. 190. III., bab. \$6. 580—582., thuring. Art. 170., preuß. \$. 307., sach: Art. 219.

nach Daggabe ber großeren ober geringeren Gefähr= lichkeit ber That.

Sat ber Thater aus freier Entschliegung jebe nachtheilige Folge feiner That verhindert, fo konnen bie Berichte auch auf Befängnifftrafe ertennen.

Art. 434. Sat Jemand aus Fahrlägigkeit eine Biebfeuche verbreitet, fo foll berfelbe, nach bem Grabe ber Fahr= läfigfeit und ber Grofe bes entftanbenen Schabens, mit Befangnif ober Gelbbufe von zwanzig bis bundert Bulben beftraft merben.

Titel LIV.

Bon ben befonberen Berbrechen und Bergeben ber Staatsbeamten unb öffentlichen Diener 68).

I. Allgemeine Bestimmungen.

Mrt. 435. Die in biefem Titel enthaltenen Strafbeftim= mungen find auf alle Staatsbeamte und öffentlichen Diener anmenbbar, auch auf biejenigen, welche Gemeindeamter befleiben ober bei ben Stadt = und Landgemeinden und bei ben biefen untergeordneten öffentlichen Anftalten, Stiftungen ober fonftigen öffentlichen Bermaltungen angeftellt und entweber eiblich ober burch Sanbaelobnif an Gibesftatt verpflichtet merben.

⁴⁸⁾ Die Art. 435-471. entsprechen ben Art. 439-475. bes beff. Etr.=G.=Bos., ") Die Art. 435—471. entiprechen ben Art. 439—475. bes bess. Etr. E. Boch ist ber bess. Art. 442. weggeblieben, Art. 438 (443.) perschieben redigirt; ebensid Art. 444. (446.); Art. 448. sindet sich an bieser Setale im bess. Etr. S. Boch nicht, ist aber wörtlich Art. 202.; Art. 453. (457.) ist im Eingang etwas anders gefaßt; in Art. 456. (460.) ist Ziss. 3 weggelassen; in Art. 457. (461.) Abs. 1. ist die Etrasantrobung abgeändert, und Abs. 3. weggelassen; in Art. 458. Abs. 3. decandert, ebenso Art. 460. im Eingang; Art. 467. (471.)

Byl. deper. Etr. S. Bo. Art. 351—366. 437—459., oldend. Art. 356—371.
466—488., altend. Art. 311—323., wärt. Art. 399—461., braunschw §6. 248—287., banned. Art. 340—373., dad. §6. 657—708., thüring. Art. 307—322., preuß. §6. 309—331., össetrich. §6. 101—105. 331—332., sach. Art. 362—375.

Mrt. 436. Wenn Personen, welche, ohne öffentliche Diener zu fein, gur Ausbulfe im öffentlichen Dienfte ange= nommen und verpflichtet find, Sandlungen begeben, bie nicht unter ben Begriff eines gemeinen Berbrechens ober Bergebens fallen, Die aber, maren jene Berfonen öffentliche Diener, nach ben in bem gegenwärtigen Titel enthaltenen Strafbeftimmungen geahndet werden wurden, fo treten bie im Art. 437. an bie Stelle ber Dienftentfegung, Dienftentlaffung und Sufpenfion von Dienst und Gehalt festaefesten Strafen ein.

Mrt. 437. Rann bie wegen begangener Dienftverbrechen ober Bergeben verwirfte Strafe ber Dienstentfepung, ber Dienstentlaffung ober ber Guspenfion von Dienst und Gehalt gegen ben Schuldigen barum nicht ausgesprochen werben, weil berfelbe gur Beit ber Urtheilefällung fcon aus bem Dienft-

verbaltnif ausgeschieben mar, fo tritt :

ftatt ber Dienstentfenung:

Correctionsbausftrafe von Gin bis brei ober Buchtbaueftrafe bis zu vier Sabren.

ftatt ber Dienstentlaffung:

Correctionshausftrafe bis zu zwei Jahren, und ftatt ber Sufpenfion von Dienft und Wehalt:

Befängnifftrafe ein.

Urt. 438. Bei benjenigen Dienften, welche mit feinem Behalte verbunden find, fowie bei benjenigen, welche eine Denunciationspflicht in fich fchliegen, wie namentlich bei benen ber Forfter, Feldschuten, Bolizeibiener, Landjager, tonnen bie Berichte neben ber Dienstentsetzung, neben ber Dienstentlaffung und neben ber Sufpenfion vom Dienft, auf Correctionsbaus bis zu zwei Sabren, fowie auf Befangnifftrafe ober Belbftrafe ertennen.

Art. 439. Diejenigen Dienfipflichtverletungen ber Staateober öffentlichen Diener, worüber Diefer Sitel feine Beftimmungen entbalt, werben bisciplingrifch beftraft.

Art. 440. Wenn ein Staats = ober offentlicher Diener fein Amt zu Begehung gemeiner Verbrechen ober Vergehen mißbraucht, so finden zwar, soweit ein solcher Mißbrauch nicht als ein besonderes Dienstverbrechen ober Vergehen bezeichnet ist, die gegen solche Handlungen angedrohten Strafen statt, jedoch soll die Eigenschaft des Thäters als Staats = oder offentlichen Dieners für einen erschwerenden Umstand gelten.

Art. 441. In welchen Fällen bie wegen eines gemeinen Berbrechens ober Bergebens querkannte Freiheitöstrafe ben Berluft ber Staats =, Gemeinde = ober fonstigen öffentlichen Aemter gur nothwendigen Folge hat, ift in ben Art. 20.

bis 23. bes Tit. II. beftimmt.

Wenn ein Staats - ober öffentlicher Diener, außer ben Källen bes zweiten Absahes bes Art. 22., wegen eines gemeinen Verbrechens ober Vergehens zu Correctionshaus-ftrafe von weniger als Ein Jahr rechtsträftig verurtheilt ift (Art. 22.), so ist zugleich im Urtheil barüber zu erkennen, ob jenes Verbrechen ober Vergehen bie Beibehaltung seines Dienstes gestatte, unbeschabet bes versaffungsmäßigen Rechtes ber vorgesetzen Dienstbehörbe bezüglich solcher Diener, welche entlagbar sind.

Art. 442. Finden die Gerichte in den Fällen, in welchen nach ben Bestimmungen des gegenwärtigen Titels Suspension von Dienst und Gehalt angedroht ist, daß die Disciplinarsstrafbefugnif der Administrativbehörden ausreicht, so ist an

biefe bie Cache gurud zu vermeifen.

II. Bon ben einzelnen Dienftverbrechen und Bergeben.

Art. 443. Wenn gegen einen Staats- ober öffentlichen Diener, wegen unsittlicher, ber Burbe bes Dienstes zuwiber- laufenber Aufführung, wegen Unfleißes, Nachläßigkeit im Dienst, Unfolgsamkeit, Unmaßung gegen Borgesette, Berletung

bes Dienstgeheimnisses, verachtenden oder herabwürdigenden Spottes gegen die Staatsregierung als solche oder gegen Dienstvorgesetzte als solche, das höchste Maß der Disciplinarsstrafe erschöpft worden und sich der Diener ein ähnliches Berzehen wiederholt zu Schulden kommen läßt, oder der Fall an und für sich, oder wegen der großen Zahl bereits früher gegen den Diener verhängter Disciplinarstrafen so schwerer Natur ist, daß das höchste Maß der Disciplinarstrafe gegen den Thäter nicht ausreichen würde, so ist gegen einen solchen Diener Suspension von Dienst und Gehalt oder Dienstelassung zu erkennen.

Art. 444. Ift die Verletzung des Dienstgeheimnisses aus eigennütziger oder sonft rechtswidriger Absicht geschehen, oder ist dadurch der Staat oder ein Brivate in Schaden gesbracht worden, so soll, auch wenn noch keine Disciplinarstrase gegen den Schuldigen verhängt war, wosern die Handlung nicht in anderer Beziehung als strafbarer erscheint, derselbe nach der Größe des bezielten Vortheils oder gestifteten Schadens zur Suspension von Dienst und Gehalt oder zur Diensts

entlaffung berurtheilt merben.

Art. 445. Gin Staats - ober öffentlicher Diener foll

wegen Bestechung bestraft werben, und zwar:
1) mit Suspension von Dienst und Behalt,

wenn er in Bezug auf die an sich pflichtmäßige Vornahme ober Unterlaffung einer zu seinem amtlichen Wirkungskreise gehörigen Sandlung ein Geschenk ober sonst einen Vortheil, zu deffen Annahme
er nicht befugt war, angenommen, ober zur Annahme des Versprochenen ober Anerbotenen sich bereit
erklärt hat;

2) mit Dienstentlaffung,

wenn er ein Geschenk ober fonft einen Bortheil ans

ober Anerbotenen fich bereit erklärt hat, um zum Bortheil eines Anberen ober zum Nachtheil bes Staates ober eines Brivaten eine pflichtwidrige amt-liche Handlung vorzunehmen, ober eine amtliche Handlung pflichtwidrig zu unterlaffen;

3) mit Dienftentfegung,

wenn er sich, unter ber unter Nr. 2. bemerkten Voraussehung, ber bezweckten pflichtwidrigen Amtshandlung ober Unterlassung wirklich schuldig gemacht hat, insofern beshalb nicht in anderer Beziehung eine schwerere Strafe verwirkt worden ift.

Art. 446. Ein Staats- ober öffentlicher Diener, welcher fur eine vollzogene Amtshandlung, ohne ein besfalliges vorausgegangenes Berfprechen ober Anerbieten, ein Gesichent ober sonft einen Bortheil, zu beffen Annahme er nicht befugt war, angenommen hat, wirb,

1) wenn bie Amtshandlung pflichtwibrig mar und in anderer Beziehung nicht strafbarer erscheint, mit ber Dienstentlaffung.

und

2) wenn bie Amtehandlung nicht pflichtwidrig, er auch schon einmal wegen einer gleichen Berfehlung bisciplinarisch bestraft worben war,

mit Sufpension bon Dienft und Gehalt

beftraft.

Art. 447. Geschworne, welche sich, es sei zum Bortheil ober zum Nachtheil eines Ungeschulbigten, über ben fle zu erkennen berufen sind, haben bestechen laffen, sollen zu Buchtshausstrafe bis zu acht Sahren verurtheilt werben.

Art. 448. Ber in Bezug auf vorzunehmende, gefetlich angeordnete Bablen, ober in Bezug auf eine in ber Standeversammlung abzugebende Stimme, einem Babler ober einem

Ständemitgliede mittel= ober unmittelbar Gelb ober andere Bermögensvortheile zum Geschenke gibt ober verspricht, foll ebenso wie der Babler, ober das Ständemitglied, welche das Geschenk ober das Bersprechen annehmen, mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu Ginem Jahre bestraft werden.

Die Beftimmungen bes Art. 451. tommen auch bier gur

Anwendung.

Art. 449. Wenn einem Staats- ober öffentlichen Diener in Bezug auf folche Amtshandlungen, wegen welcher nach ben Bestimmungen ber vorhergehenben Artikel Bestechung stattssindet, ein Geschenk oder eine Belohnung auf irgend eine Beise selbst zugekommen, oder einem seiner Familienangehörigen von einer Partei oder einem Sollicitanten gegeben worden ist, und er unterläst, in den ersten drei Tagen nach dem Empfange oder nach der erhaltenen Kenntniß entweder die Rückgabe des Geschenks oder der Belohnung zu bewirken, oder bei seinem Amtsvorgesesten Anzeige davon zu machen, so soll er, salls er nicht nachweisen kann, durch besondere, ihn völlig entschuldigende Umstände daran verhindert gewesen zu sein, mit dem Einwande, daß er das Geschenk oder die Belohnung nicht angenommen habe oder nicht habe annehmen wollen, nicht mehr gehört werden.

Art. 450. Wer einem Staats- ober öffentlichen Diener, ober bessen Familienangehörigen irgend ein Geschenk ober sonst einen Bortheil in Beziehung auf eine zu bessen Wirkungstreise gehörige Amtshandlung verspricht, anbietet ober gibt, versprechen, anbieten ober geben läßt, bessen Annahme den Staats- oder öffentlichen Diener nach den Bestimmungen der Art. 445. und 446. strafbar gemacht hat oder gemacht haben wurde, soll, auch wenn das Versprechen oder Gegebene nicht angenommen worden ist, folgendermaßen bestraft werden:

1) mit Gefängnif ober mit Gelbbufe, wenn ber im Art, 445.

unter Nr. 1. ober im Art. 446. unter Nr. 2. bemerkte

Fall eintritt;

2) mit Gefängniß ober Correctionshaus bis zu vier Jahren, wenn einer ber im Art. 445. unter Nr. 2. und 3., ober im Art. 446. unter Nr. 1. bezeichneten Falle eintritt.

Die in gegenwärtigem Artifel enthaltenen Bestimmungen find auch auf biejenigen anwendbar, welche einen Gefcmornen

beftochen ober zu bestechen verfucht haben.

Art. 451. Das gegebene Geschent wird in allen Fällen confiscirt. Kann basselbe nicht mehr herbeigeschafft werben, so hat ber Empfänger, ober, wenn die Ruckgabe erfolgt ift, ber Geber ben Werth zu erseben.

Art. 452. Gin Staates ober offentlicher Diener, welcher in ber Abficht, bem Staate ober Brivaten zu schaben, ober fich ober Anderen unerlaubten Bortheil zuzuwenden, entweder

a. bei Abfaffung ober Aufnahme ber in fein Amt einsichlagenden Urkunden, Berichte ober Protocolle die Vershandlungen, Willenserklärungen ober Ausfagen ber Betheiligten ober Zeugen burch Ausklaffung, Zusat ober Veranderung entstellt, ober in benfelben erdichtete ober untergeschobene Personen, ober Abwesende als anwesend aufführt, ober Unterschriften nachmacht;

ober:

b. unter amtlichem Glauben unwahre Thatsachen wiffentlich als mabre beträftigt ober beurfundet;

pber:

c. Aften, Urkunden, Schriften oder Sachen, die ihm feines Umtes wegen anvertraut oder zur Aufbewahrung übergeben worden find, verfälfat, wiffentlich vernichtet, unterbrudt, verheimlicht oder auf die Seite schafft,

foll zur Dienstentsetzung, bei besonders ftrafmindernden Umftanden zur Dienstentlaffung, wenn aber bie That als voll-

enbete Falfchung ober ale vollenbeter Betrug erfcheint, gur Dienstentsetzung und zu ben auf biefe Berbrechen gefetten Strafen verurtbeilt werben.

Mrt. 453. Staatebiener ober öffentliche Diener, welche ibren Umterflichten gumiber eine ihnen obliegenbe Unterfuchung ober bie gur Ginleitung ober Fortfetung berfelben erforberlichen Sandlungen unterlaffen, ober Angefculbigte eigenmächtig ober ohne gefetlich gureichenbe Grunde aus ber Unterfuchuna entlaffen, follen,

1) wofern bies aus eigennütiger Absicht ober um einem Underen zu ichaben geschehen ift, und wenn auf ber angefculbigten Sandlung Correctionshausftrafe, Dienftentlaffung ober eine noch bobere Strafe ftebt, mit Sufpenfton von Dienft und Gehalt ober mit Dienftentlaffung,

2) in allen anberen Fallen mit Sufvenfion von Dienft

und Gebalt beftraft werben.

Bei befondere ftrafmindernden Umftanben tonnen jeboch bie Berichte auch im Falle Nr. 1. auf Sufpenfion von Dienft und Gehalt erfennen.

Urt. 454. Gerichtliche, Bolizei - ober fonftige Unter- fuchungsbeamten, welche burch unerlaubte Bwangsmaßregeln einem Unschuldigen ein unwahres Geständnig, ober einem Beugen eine falfche Ausfage abgepreßt haben, follen, wenn Daburch bie Berurtheilung eines Unschuldigen gur Dienftent= laffung ober zu einer Correctionshaus= ober Buchthausftrafe bewirft worden ift, mit Sufpenfion von Dienft und Behalt, ober, wenn bie 3mangemagregeln ausgezeichnet bart maren, mit Dienstentlaffung bestraft merben.

Sind bie 3mangemagregeln aus Rachfucht ober Bag berfügt worben, fo follen bie Berichte, auch wenn teine Berurtbeilung eines Unschuldigen erfolgt mar, auf biefe Strafen, war aber eine folche Berurtheilung eingetreten, auf Dienft-

entfegung ertennen.

Art. 455. Gerichtsbiener, Gefängniswächter, Barter ober Aufseher, Wachen ober Gerichtsboten, welche einen ihrer Obhut anvertrauten Gefangenen aus Bosheit, Rachsucht, Sas ober Muthwillen mishandeln, sollen, wenn der Grad der Mishandlung nach Tit. XXVIII. nicht eine schwerere Strafe nach sieht, zu Correctionshausstrafe bis zu Ginem Jahre verzurtheilt werden.

War die Difhandlung febr geringfugig, fo tonnen bie

Berichte auf Befangnifftrafe ertennen.

Art. 456. Gin Staatsbiener, welcher gegen einen Berurtheilten eine Strafe vollstreden läßt, wozu berfelbe entweber überhaupt ober in bem Mage nicht verurtheilt war, ober welcher bie bem Berurtheilten zu Theil gewordene Begnabigung ganz ober theilweise unberudsichtigt läßt, soll, falls bieses aus Eigennut, Nachsucht ober haß gegen ben Berurtheilten geschehen ift, wenn bie wiberrechtlich vollstreckte Strafe bestand:

1) in Gefängnifftrafe, mit Gufpenfton von Dienft und

Gehalt ;

2) in Correctionshaus = ober Buchthausstrafe, mit ber Dienstentlaffung ober Dienstentsehung, und wenn jene rechtse widrig vollstrecke Freiheitsstrafe länger ols zwei Jahre gedauert hat, außer ber Dienstentsehung mit Correctionse haus von Gin bis drei ober Buchthaus bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Art. 457. Richter, welche vorfählich über einen Unfculbigen Strafe verhängen, ober einen Schulbigen vorfählich entweber mit einer harteren ober geringeren Strafe,
als folder ben Gefegen zufolge verwirft hat, belegen ober ihn
ganz freisprechen, sollen mit ber Dienstentlaffung bestraft werben.

Ueberbies ift auch noch auf Correctionshausstrafe bon Gin bis brei ober Buchthausftrafe bis zu acht Jahren zu er-

tennen, wenn ber Unschuldige in Folge ber ungerechten Berurtheilung eine Correctionshaus - ober Buchthausstrafe von zwei ober mehr Jahren verbugt hat.

Art. 458. Geschworne, welche vorsätzlich einen Schulbigen fur nicht schulbig ober einen Unschulbigen fur schulbig erklaren, sollen mit Buchthaus bis zu acht Jahren bestraft werben.

Ift ber Unschuldige zu einer hoheren, als einer Strafe bon zwei Jahren verurtheilt worden, fo trifft ben Geschwornen jebenfalls die gegen erfteren ausgesprochene Strafe.

Burbe lebenslängliche Buchthausstrafe ausgesprochen, fo wird gegen ben Gefchwornen auf lebenslängliche Buchthaus-

ftrafe erfannt.

Art. 459. Richter, welche bei Leitung ober Entscheibung eines Rechtsftreits vorsätlich Ungerechtigkeiten begeben, sollen mit ber Dienstentsebung bestraft werben.

Art. 460. Ein Staatsbiener, welcher befiehlt ober befehlen läßt, daß die bewaffnete Macht gegen die Bollftreckung verfaffungsmäßig erlaffener Gesetze oder Verordnungen, oder gegen die Erhebung einer gesetzlichen Staatsabgabe, oder gegen die Bollziehung eines richterlichen Urtheils oder einer richterlichen Verfügung, oder jedes anderen, von einer versaffungsmäßigen Behörde innerhalb ihrer Competenz erlaffenen, Befehls in Thätigkeit gesetzt oder gebraucht werde, ist mit Suspensiton von Dienst und Gehalt, mit Dienskentlaffung oder Dienstentsetzung zu bestrafen.

Art. 461. Gin Staats = ober öffentlicher Diener, welcher, um einen unerlaubten Vortheil zu erlangen, mit irgend einem burch feine Amtsgewalt zu bewirkenden Nachtheil droht, foll, wenn die handlung nicht als Erpreffung strafbarer erscheint, mit Suspenston von Dienst und Gehalt, oder mit Dienstentslaffung oder Dienstentsetzung bestraft werden.

Bei Erkennung biefer Strafe haben bie Gerichte auf bie Beschaffenheit ber Drohung und bie Größe bes beabsichtigten ober erpreßten Vortheils, und barauf, ob ber Schulbige bezeits früher wegen einer folchen Handlung bisciplinarisch ober gerichtlich bestraft worden ift, Rucksicht zu nehmen.

Art. 462. Seber Staats = ober öffentliche Diener, welcher aus Eigennut einem Privaten an Steuern, Abgaben, Taren, Stempeln, Sporteln ober anberen Leiftungen etwas abnimmt, was diesem überhaupt nicht, ober wenigstens nicht in der gesforderten Größe zu gablen obliegt, soll bestraft werden:

1) mit Sufpenfion von Dienft und Wehalt ober mit Dienft-

entlaffung, wenn er entweber

a. wegen einer folden Sandlung schon einmal bisciplis narisch bestraft worben ift;

b. wenn er zur Erhebung ber widerrechtlich angesetzten Bahlung Zwangsmittel hat anwenden laffen ober selbst angewendet hat;

c. wenn bas wiberrechtlich Erhobene bie Summe von funfgehn Gulben ober mehr, aber weniger als funfgig Gulben beträgt;

2) mit Dienstentlaffung ober Dienstentfegung, wenn entweber

a. ber Schuldige wegen einer folden handlung schon einmal mit Suspenston von Dienst und Gehalt gerichtlich bestraft worden ift;

ober

b. wenn bas widerrechtlich Erhobene bie Summe von funfzig Gulben oder mehr beträgt.

Art. 463. Die im vorhergehenden Artitel bestimmten Strafen finden auch gegen Staates ober öffentliche Diener statt, welche die Anfetung ober Erhebung biefer Abgaben,

welchen Namen fle immer haben mogen, ben von ihnen beftellten Schreibern ober Gehulfen überlaffen, wenn hieraus
eine in bem vorhergehenden Artikel berührte Bedruckung entftanden ift, infoweit dieses mit Wiffen des Staats = ober
öffentlichen Dieners zu feinem eigenen ober zum Vortheil ber
Schreiber ober Gehulfen geschah.

Art. 464. Gin Staats = ober öffentlicher Diener, ber sich burch Geltendmachung seiner Amtsgewalt Gelder ober geldeswerthe Sachen, die seiner Berwaltung nicht anvertraut sind, zu seinem Brivatvortheile zueignet, soll, wenn die Hand-lung nicht in anderer Beziehung strafbarer erscheint, mit Dienst-

entlaffung ober Dienftentfepung beftraft werben.

Art. 465. Ein Staats = ober öffentlicher Diener, ber Geld ober gelbeswerthe Sachen, bie ihm vermöge feines Dienstes zur Verwahrung, Verwaltung, Verrechnung ober Ablieferung an eine andere Behörde, oder an einen Brivaten übergeben, oder von ihm in Empfang genommen oder erhoben worden sind, sich selbst zueignet, macht sich, es seien die Gelder oder gelbeswerthen Sachen Staats = oder Privateigenthum, bes Verbrechens der Veruntreuung im Dienste schuldig.

Mrt. 466. Die Veruntreuung im Dienfte wird mit Dienftentfetzung ober Dienftentlaffung beftraft; auch tann neben biefen Strafen auf Correctionshaus bis zu brei ober Bucht-

baus bis gu funf Jahren ertannt werben.

Bei Zumeffung biefer Strafe ist insbesondere barauf Rudflicht zu nehmen, ob der Diener vor dem Urtheile ganz ober theilweise Ersat geleistet hat, auch ob er nachweisen kann, bei der Zueignung die Absicht, Ersat leisten zu wollen, unter solchen Umftänden gehabt zu haben, welche ihn mit Wahrscheinlichkeit voraussehen ließen, den wirklichen Ersat alsbald leisten zu können.

Mrt. 467. Sinficitlich bes Thatbestanbes und ber Be-ftrafung bes einfachen Receffes wird auf Die besondere Ber-

ordnung, "bas Berfahren gegen Raffenbeamte, welche Receffe machen betreffend" verwiefen.

Art. 468. Hat ein Staats = ober öffentlicher Diener burch Fälfchung ber Rechnungen ober ber zum Eintragen ober zur Controle ber Einnahme und Ausgabe bestimmten Bucher und Register, ober burch Erstattung unrichtiger Kassenberichte ober durch Beiseitschaffung ber Akten, die verübte Berunstreuung im Dienste ober den vorhandenen Abgang zu versstecken versucht; hat er eingegangene Bosten zu diesem Zwecke absichtlich nicht verrechnet, ober von ihm nicht geleistete Bahlungen als Ausgaben in Rechnung gebracht; hat er wissentslich unverkaufte Sachen als verkauft, oder verkaufte als nicht verkauft eingetragen; hat er zur Verbergung eines Desects falsche Belege vorgelegt, zur Verdeckung seines Abgangs oder seiner Veruntreuung Geld sich mit dem Vorbehalte verschafft, dasselbe nach beendigter Kassenuntersuchung zurückzugeben, oder in Beziehung auf Zeit oder Gegenstände der Einnahme und Ausgabe irgend einen anderen Betrug gespielt, so ist er, neben der Dienstensstung, nach der Größe des verursachten Schabens zu Zuchthausstrase bis zu zehn Jahren zu verurtheilen.

Art. 469. Die im vorhergehenden Artitel bestimmte Strafe trifft auch benjenigen Staats= ober öffentlichen Diener, welcher die Flucht ergriffen und die ihm anvertraut gewesenen Gelder ober gelbeswerthen Sachen fammtlich ober zum Theil mitgenommen hat.

Art. 470. Bei ber Poft angestellte Beamte ober Diener, welche ber Boft anvertraute Briefe ober Bakete, ohne Werth, unterschlagen ober ohne obrigkeitliche Berfügung an andere Bersonen, als an die Abressaten ober Aufgeber, abgeben, ober, außer dem Falle der gesetzlichen Eröffnung von unbestellbaren Briefen oder Baketen, der Post anvertraute Briefe oder Bakete ober andere verschlossene Gegenstände, ohne Willen

beffen, an ben fie gerichtet find, ober bes Aufgebers, unbefugt erbrechen, werben, neben ben aus anderen Grunden etwa verwirkten Strafen, mit Dienstentlaffung ober in schwereren Fällen mit Dienstentsegung bestraft.

Berben gleichzeitig Gelb ober gelbeswerthe Sachen unterschlagen, fo tritt, neben ber Dienstentsetzung ober Dienstentlaffung, noch außerbem Correctionshaus von Gin bis brei

ober Buchthaus bis zu funf Jahren ein.

Art. 471. Wenn ein Staats- ober öffentlicher Diener, außer ben in ben vorhergehenden Artikeln besonders genannten Fällen, seinen Dienstpflichten vorsätzlich zuwider gehandelt hat, und wenn dieses aus haß oder Nachsucht, oder um sich oder Anderen einen unerlaubten Bortheil zuzuwenden, oder um ben Staat oder Private in Schaben zu bringen, geschehen ist, so soll er nach Analogie der in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit Suspension von Dienst und Gehalt, oder mit Dienstentlassung oder mit Dienstentsetzung bestraft werden.

Bei Zuerkennung bieser verschiedenen Strafen ift vorzüglich auf die Wichtigkeit der verletten Dienstpflicht, auf die Gefährlichkeit oder Niederträchtigkeit des Beweggrundes und die Absicht des Uebertreters, sowie auf die Größe und Bebeutendheit des bewirkten Schadens oder Nachtheils Rucksicht zu nehmen 69).

^{.)} hier ichließen fich ergangent an bie Bestimmungen einer Berorbnung v. 12. Nanuar 1852:

Bit Abolph, von Gottes Enaben Bergog ju Raffau 2c. 2c. haben, unter bem Borbehalt einer Gesehesborlage bei bem nächsten Landlage wegen Einsetung eines zur Aburtbeilung ber Dienstvergeben ber Civilfiaatsbiener competenten Disciplinars gerichtsbofs, über beren Bestrafung bie nachsosgenen näheren Besimmungen zu ers laffen Uns gnabigt bewogen gefunden.

laffen Uns gnabigt bewogen gejunden. 8. 1. Dienstwergeben ift jede handlung ober Unterlaffung, burch welche bie mit bem Amte verbundenen Michaen verlett werben.

Diese Pflichten umfaffen gewiffenhafte und treue Ausübung ber Dienstfunctionen, ein Berhalten in und außer bem Amte, wodurch fich ber Staatsbiener ber Achtung, bes Ansehens und bes Bertrauens, welche bie wirtsame Ausübung seines Berufs ers forbern, würdig beweist, und Dewahrung ber Treue und bes Geborfams.

S. 2. Dienftvergeben werben bemnach begangen:

1) burd Unfleiß, Radlagigteit, Unfolgfamfeit, Unvertraglichfeit im Dienfte, burd Anmagung gegen Borgefette, burd Entfernung ohne Urlaub, Richtbethätigung bes jur Erfullung einer Dienftrflicht ober Ausubung einer Dienfibanblung er=

forberlichen Muthes;

2) burch leichtfinniges Schulbenmachen, fo bag Arreftgefuce ofter und in einem mit bem Diensteintommen in auffallentem Digverbaltnig ftebenten Betrage vortommen, burch gur öffentlichen Rundbarteit gefommene Truntfucht, burch verbotenes Sagardipiel, überhaupt burch unfittliche, ber Burbe bes Dienftes jumiberlaufenbe Mufführung;

3) burch Berletung bes Dienftgeheimniffes, burch herabwurbigenben Grott gegen bie Staatsregierung als folde ober gegen Dienftvorgefette als folde, burch eine traendwie betbatiate feinbfelige Barteinabme gegen bie Staatsorbnung ober bie

Staateregierung.

S. 3. Die Strafen, welche auf biefe Dienftvergeben Anwendung finben, find

1) einfacher Berweis, welcher munblich ober ichriftlich ertheilt werben tann; 2) gefcharfter Bermeis, welcher bor berfammelter Beborbe mit Conftituirung au

Brotofoll ertbeilt wirb;

3) Gelbftrafen bis jum Betrage von 150 fl.;

4) Sufpenfion von Dienft und Gehalt nicht unter fieben Monate und nicht über Ein Jabr :

5) Dienfteutlaffung mit Berluft bes Amtes und ber bavon abbangenben Befolbung

und Benfion.

S. 4. Die Anwendung ber in bem vorftebenben Paragraphen bestimmten Strafen ift, in bem gegebenen falle, nach ben allgemeinen Regeln ber Strafausmeffung gu beurtheilen. Es tommen babei insbesonbere in Betracht, bie Bieberholung, bie Bichtigfeit ber verletten Intereffen bes Dienftes ober bie Comere bes Falles.

S. 5. Gin Staatsbiener, welcher, nachbem bas bochfte Dag ber im §. 3. pos. 1. bis 3. genannten Strafen wegen ber im S. 2. pos. 1. bezeichneten Dienfts vergeben gegen ihn ericopit ift, fich wiederholt eines abnilichen Dienftvergebens gu Schulben tommen lagt, ift nach ber Beichaffenheit bes Falles mit Gufrenfion von

Dienft und Wehalt ober Dienftentlaffung gu beftrafen.

S. 6. Die Entfernung ohne Urlaub ift nach bem Umfange ber Dienftvernachs Ingigung und bem Grate bes Ungehorfams gu beftrafen. Dauert jeboch bie un= erlaubte Entfernung vom gesehlichen Bobnorte langer als feche Bochen, fo ift auf Dienstentlaffung gu ertennen, wenn fich nicht ergibt, bag ber Staatebiener ohne feine Sould von feinem Dienfte abmefent gewesen ift und fich zugleich in ber Unmöglichfeit befunten bat, Urlaub nachaufuchen.

Die Gufpenfton von Dienft und Gehalt ober bie Dienftentlaffung ift auch bei fürzerer Abmefenheit ohne Urlaub zu ertennen, wenn bas Berlaffen bes Amtes unter erichwerenben Umftanben ober unter Berhaltniffen erfolgte, welche bas Berbleiben auf

ber Stelle als eine unerlägliche Dienftpflicht barftellen.

S. 7. In gleicher Beife ift bie Strafbarteit ber Richtbethatigung bes Duthes, welchen bas Amt und bie Umftanbe gur Erfüllung einer Dienftpflicht ober Ausubung einer Dienfthanblung forberten, gu beurtheilen. Unter erfcmerenben Umftanben, wenn mefentliche Intereffen bes Dienftes baburd verlett worben find ober bie Dienftautoritat in erheblichem Grabe geftort worben ift, auf Gufpenflon von Dienft und Gehalt ober Dienftentlaffung gu ertennen.

S. 8. Bei Beurtheilung ber Strafbarteit ber im S. 2. pos. 2. genannten Dienfts bergeben finben im Allgemeinen bie im S. 4. und 5. angegebenen Gefichtspuntte

Unwendung.

Titel LV.

Bon befonderen Pflichtverlepungen gewiffer, ju öffentlichen Berrichtungen aufgeftellter Berfonen 70).

Mrt. 472. Personen, Die jum Dienfte bes Publifums für besondere Beidafte bom Staate ernannt ober ermachtigt und beffalle formlich verpflichtet worden find, namentlich Rechteanwälte, Mergte, Bunbargte, Bebammen, Apotheter, Felb=

Bei folden unfittlichen Sanblungen jeboch, welche ju öffentlichen ehrenrührigen Auftritten gebieben find, woburch tie Ctanbesehre ber Dienfitategorie im Allgemeinen befleckt wird, ift auch ohne Mudficht auf Miederholung nach ber Schwere bes Falles fofort auf Supenflon von Dienft und Behalt ober Dienftentlaffung zu erkennen. § 9. Die im § 2. pos. 3. genannten handlungen find, infofern nicht eine bothere Strafe als Dienftentlaffung ausgufprechen ift, als Berletung ber Diensttreue

ju bestrafen.

Berabwurdigenber Spott gegen bie Staatsregierung als folde ober gegen Dienfts vorgefeste als folde, fowie bie irgendwie bethatigte feinbfelige Parteinahme gegen bie Staatsorbnung ober bie Ctaatsregierung find, wenn nach ber Comere bes Falles bas bechfte Maß ber im § 3. pos. 3. genannten Strafe nicht als ausreichent erachtet werben tann, mit Dienstenttassung zu bestrafen.
§ 10. Die Bestimmungen bieses Gesehes finden auf bie vorübergebend oder bleibend in ben Ausseland verzisten Eiristaatsbiener, wenn fich tieselden Bergeben

gegen bie Dienstehre (g. 2. pos. 2.) ober bie Dienstreue (g. 2. pos. 3.) gu Coulben tommen laffen.

Die ertannte Dienftentlaffung bat fur fie ben Berluft ihres Titele und ber

Benfion gur Folge.

S. 11. Rach Ablauf von zwei Jahren von bem Zeitpuntte an, wo fich ein Staatsbiener eines Dienstvergebens icultig machte, tann, wenn nicht bie Etrafe ber Dienftentlassung baburd verwirft ift, ein Strafverfahren gegen ihn nicht mehr eingeleitet werten.

S. 12. Birb gegen einen Ctaatebiener wegen gemeiner Bergeben ober Berbrechen ober wegen Amteverbrechen eine gerichtliche Untersuchung verhangt, fo wirb baburch ein gleichzeitiges Berfahren megen Dienftvergeben, wenn folche auf befonberen

Thatfachen beruben, nicht ausgeschloffen.

Beruht tie Untersuchung wegen gemeiner Bergeben ober Berbrechen ober wegen Amtoverbrechen auf ben nämlichen Thatlachen, so muß, wenn wegen jener nicht auf eine Strafe, welche bie Dienftentaffung gur Folge bat, ertannt wirb, eine nachträgliche Aburtheilung megen ber barin enthaltenen Dienftvergeben ftattfinben.

79) Die Art. 472-477. find Art. 476-481. bes beif. Str. 29. 2968., jedoch ift Art. 473. (477.), 474. (478.), wefentlich abgeanbert.

Bgl. bayer. Str.: 6. 28c. Art. 295. 296. 396-400., olbenb. Art. 300. 301. 413-419., altenb. Art. 321-324., wurtemb. Art. 453-462., braunichw. §§. 237. 285., hannov. Art. 218. 219. 368., bab. \$5. 535—543., thuring. Art. 318—320., preuß. \$5. 155. 246., bsterreich. \$5. 498. 499., sach art. 371—373. meffer, welche burch Berubung eines Berbrechens ober Bergebene bie übernommenen besonderen Pflichten verleten, trifft bie auf folche Sandlungen gefette Strafe und foll ihre Gigenschaft fur einen erfchwerenden Umftand gelten ; überbies trifft fle auch in Fallen, in welchen Staatsbiener Die Strafe ber Dienstentfegung ober Dienstentlaffung verwirkt batten, immermabrende ober zeitliche Entziehung bes Rechts

gur Ausübung ihrer Berechtigung ober ihrer Runft.
Art. 473. Wenn eine ber im vorhergehenben Artitel genannten Berfonen, mit Ausnahme ber Rechtsanwälte, wegen eines gemeinen Berbrechens ober Bergehens zu Buchthauss ftrafe überhaupt, ober zu Correctionshausftrafe rechteträftig verurtheilt ift, fo ift zugleich im Urtheile barüber zu erkennen, ob bas Berbrechen ober Bergeben bie Beibehaltung ber öffent= lichen Berechtigung geftatte, ober ob die bleibende ober zeit= liche Entziehung berfelben anzuordnen fet, unbeschadet bes verfaffungemäßigen Rechtes ber competenten Staatsbehorde bezüglich ber wiberruflichen Berechtigungen.

Urt. 474. In welchen Fällen Die wegen eines gemeinen Berbrechens ober Bergebens zuerkannte Freiheitsftrafe ben Berluft ber Abvokatur zur nothwendigen Folge hat, ift in ben

Art. 20. bis 23. bes Sit. II. beftimmt.

Wenn ein Rechtsanwalt, außer ben Fällen bes zweiten Absahes des Art. 22., wegen eines gemeinen Berbrechens ober Bergehens zu Correctionshausftrafe von weniger als Ginem Jahre rechtsträftig verurtheilt ift (Art. 22.), fo ift zugleich im Urtheil barüber zu erkennen, ob jenes Berbrechen ober Vergehen die Belaffung der Abvokatur gestatte ober er von berselben zu entfernen sei, unbeschadet ber gesetzlichen Befugniffe berjenigen Behörde, welcher die Disciplinar= gewalt über ben betreffenden Unwalt guftebt.

Art. 475. Berpflichtete Rechtsanwalte, Mergte, Bundargte, Bebammen und Apotheter, welchen vermoge ibres Berufs Brivatgeheimniffe anvertraut werden, sollen, wenn sie ein solches Geheimniß Anderen unbefugter Weise mittheilen, und folches in der Absicht, Jemanden zu schaden oder sich einen widerrechtlichen Vortheil zu verschaffen, geschehen ist, auf Klage des Betheiligten, mit Gefängniß oder Geldbuße, im Wiedersholungsfalle aber zugleich mit zeitlicher Entziehung der öffente lichen Berechtigung bestraft werden.

Art. 476. Verpflichtete Rechtsanwälte, welche im Einsverständniffe mit der Gegenpartei, dieser zu Gunften und ihrer eigenen zum Nachtheile handeln, oder in derselben Rechtssache beiden Varteien durch Rath oder Beistand dienen, sollen mit bleibender Entziehung des Nechts zur Praris und mit Gefängniß bestraft werden.

Art. 477. Verpflichtete Rechtsanwälte, welche megen Verletzung ber ihnen obliegenden Pflichten schon im Disciplinarwege von der Braris suspendirt waren, und sich einer derartigen Handlung, weshalb sie die Disciplinarstrase erlitten
haben, nochmals schuldig machen, sind mit zeitlicher Entziehung
und im weiteren Wiederholungsfalle mit bleibender Entziehung
bes Rechts zur Praxis zu bestrafen.

Titel LVI.

Bon bem Berbrechen ber Amtderfchleichung 70).

Urt. 478. Ber burch Betrug ober Bestechung ein öffentliches Ums ober bie Brasentation zu solchem, ober bie nur burch Staatsprufung zu erlangende Berechtigung zur Ausübung einer Aunft ober Wiffenschaft, ober ben Genuß einer Stiftung,

¹¹⁾ Die Art. 478—480. find Art. 482—484. bes best, Str.:S.:Bcs. Bgl. altenb. Str.:Bc. Art. 318., würtemb. Art. 426., braunschw. S. 266., hannov. Art. 153—155., bab. §S. 709—710., thuring. Art. 311.

ober die Berechtigung zur Ausübung eines Gewerbes erschleicht, wird neben ber Strafe des Betrugs, oder im Falle der Bestechung neben Correctionshausstrafe bis zu zwei Jahren, und in leichteren Fällen, neben Gelbbufe oder Gefängnifftrafe, mit dem Berluste des erschlichenen Amtes oder Genusses, oder der erschlichenen Berechtigung bestraft.

Art. 479. Wenn berjenige, bem die Brafentation zu einem Amte oder Stiftungsgenusse, oder die Ernennung zu solchen, aus eigenem Rechte zusteht, sich für eine solche Brafentation oder Ernennung Gelb oder andere Bermögensvortheile zum Geschenke geben oder versprechen läßt, so wird derfelbe mit dem zweis bis fünffachen Betrage des Gegebenen oder Bersprochenen, und außerdem mit dem Bersuste seines Brasentations oder Ernennungsrechts auf Lebenszeit zum Bortheile des zunächst Berechtigten bestraft.

Art. 480. Ueber bas gegebene Gefchent wird nach ben Bestimmungen bes Urt. 451. verfügt.

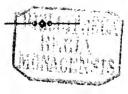
Schlufbestimmung über die Ginführung des Befetes.

Art. 481. Die Vorschriften über die Ginführung Des vorstehenden Strafgesethbuches werden in einem besonderen Befete erlaffen werden.

Co gegeben Biebrich, ben 14. April 1849. -

(L. S.) Molph, Bergog ju Raffau.

vdt. Bergenhahn.



Dig and by Google

Schöllh



